POLITISCHE PARTEIEN IN NORDAFRIKA

POLITISCHE PARTEIEN IN NORDAFRIKA

Ideologische Vielfalt – Aktivitäten – Einfluss

Sigrid Faath (Hrsg.)

Konrad Adenauer Stiftung

© 2017, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin/Berlin

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.
www.kas.de

Gestaltung: SWITSCH KommunikationsDesign, Köln
Satz: Rotkel Textwerkstatt, Berlin
Umschlagphoto: robypsycho – Fotolia.com
Druck: Kern GmbH, Bexbach

Die Publikation wurde gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-359-4

INHALT

7 | VORWORT
Dr. Hans-Gert Pöttering

11 | VORBEMERKUNG DER HERAUSGEBERIN
Sigrid Faath

15 | POLITISCHE PARTEIEN IN NORDAFRIKA NACH 2011: ZUM UNTERSUCHUNGSGEGENSTAND
Sigrid Faath

33 | DIE IDEOLOGISCHE BANDBREITE DER PARTEIEN IN NORDAFRIKA: HISTORISCHE ENTWICKLUNG UND AKTUELLE AUSPRÄGUNG
Hanspeter Mattes

79 | PARTEIEN IN NORDAFRIKA: ALS POLITIKGESTALTER WEDER GEWOLLT NOCH GEBRAUCHT
Jan Claudius Völkel

103 | **LÄNDERANALYSEN**

105 | ÄGYPTENS PARTEIEN ZWISCHEN KOOPTATION UND MARGINALISIERUNG
Jannis Grimm und Stephan Roll

147 | POLITISCHE PARTEIEN IN ALGERIEN: PLURALISMUS IN EINEM DOMINANTEN PRÄSIDIALSYSTEM
Cherif Dris und Louisa Aït-Hamadouche

201 | POLITISCHE PARTEIEN IN LIBYEN: EXISTENT, ABER OHNE EINFLUSS
Hanspeter Mattes

233 | MAROKKOS PARTEIEN: IDEOLOGISCHER WETTSTREIT UND MACHTPOLITISCHER PRAGMATISMUS
Ellinor Zeino

281 | TUNESIENS POLITISCHE PARTEIEN: FRAGMENTIERT, AUTOZENTRIERT UND AUF PROFILSUCHE
Isabel Schäfer

325 | **AUSBLICK**

327 | POLITISCHE PARTEIEN IN NORDAFRIKA: FORMAL AUFGEWERTETE AKTEURE MIT BEGRENZTEM EINFLUSS
Sigrid Faath

351 | AUSWAHLBIBLIOGRAPHIE

357 | DIE AUTOREN UND AUTORINNEN

361 | **ANHANG 1**

363 | KURZPROFILE POLITISCHER PARTEIEN

365 | ÄGYPTEN

407 | ALGERIEN

435 | LIBYEN

463 | MAROKKO

491 | TUNESIEN

541 | **ANHANG 2**

543 | ZUSAMMENFASSUNG

VORWORT

Seit der „Arabellion" Anfang 2011 begann ein komplexer und tiefgreifender Transformationsprozess. In Ländern wie Ägypten oder Tunesien führte der durch die Demonstrationen der Zivilbevölkerung eingeleitete politische Umbruch zu einem Machtwechsel. Die Protestbewegung, die vor allem von der jungen Generation getragen wurde, stieß in der ganzen Region Reformprozesse an, die der Forderung nach mehr „Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozioökonomischen Wandel" gerecht werden sollten. Regime und die über Jahrzehnte dominierenden Regierungsparteien wurden gestürzt. Mit der Gründung vieler neuer Parteien entstand in zahlreichen Ländern Nordafrikas damit ein Parteienpluralismus, der die Interessen verschiedenster Bevölkerungsgruppen repräsentieren sollte.

Realität ist allerdings, dass sich viele der politischen Hoffnungen in den Systemwandel nicht erfüllt haben. Auch beobachten wir vielerorts Rückschritte auf dem Weg zu einer funktionierenden und gelebten Demokratie. Dies hat in vielen Ländern in den letzten Jahren zu einer starken Ernüchterung über den Reformprozess geführt. Insbesondere die junge Generation, die bis heute nahezu flächendeckend in der Region unter einer hohen Arbeitslosigkeit leidet, scheint in mehreren Bereichen desillusioniert von der damaligen Aufbruchsstimmung, die nicht zuletzt soziale Gerechtigkeit versprach.

Aufgrund fehlender Erfahrungen und struktureller Kenntnisse, wie auch innerhalb einer Partei Pluralismus und Meinungsvielfalt gelebt wird, konnten gerade die neu gegründeten Parteien ihren Demokratieauftrag nicht erfüllen. Als Konsequenz beobachten wir, dass nach einem ersten Hoch, kurz nach dem politischen Umbruch vor knapp sieben Jahren, das Vertrauen der Menschen in die politischen Parteien und ihre Mandatsträger sukzessiv wieder abgenommen hat. Dabei gehören politische Parteien, die sich zusammengenommen als Sprachrohr der zivilgesellschaftlichen Meinungsvielfalt verstehen, zu den Grundfesten einer jeden Demokratie. Ohne ein stabiles Parteiensystem kann es auch keine funktionierende Opposition geben. Ohne Vertrauen in die politischen Parteien und ihre Repräsentanten wird der Abschluss eines erfolgreichen Transformationsprozesses in Nordafrika nicht möglich sein.

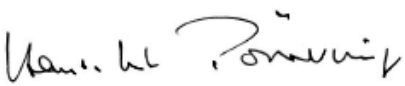
Als Nachbarn stehen wir Europäer unseren Partnern und Freunden in Nordafrika bei diesem schwierigen Prozess beratend und unterstützend zur Seite. Regierungen, die im Umgang mit demokratischer Teilhabe – egal ob direkt oder durch Parteienrepräsentation – ungeübt sind, sehen sich vielen strukturellen und programmatischen Herausforderungen gegenüber. Viele der noch sehr jungen Parteien müssen die „Instrumente" zur Ausführung ihres politischen und verfassungsrechtlich zugeschriebenen Auftrags erst noch erlernen.

Für uns in der Europäischen Union gehören politische Parteien zu Grundpfeilern unserer Demokratie. Doch auch uns hat die Geschichte – gerade in Deutschland - schmerzhaft gelehrt, was es heißt, das hohe Gut des politischen Pluralismus zu verlieren. Politische Parteien ermöglichen, so ist es im deutschen Grundgesetz festgeschrieben, die aktive Teilhabe eines jeden Bürgers. Sie sind eine unverzichtbare Plattform politischer Willensbildung und oft die Quellen politischer Mobilisierung. Dabei erfüllen Parteien einen weiteren ganz wesentlichen Zweck: Sie bilden einen strukturellen Rahmen für einen kritischen und konstruktiven Dialog – nicht nur zwischen den verschiedenen politischen Richtungen, sondern auch innerhalb des eigenen Lagers. Parteienpluralität fördert somit die Repräsentation vielfältiger Meinungen und setzt sowohl Individualität als auch Toleranz und Akzeptanz voraus. Das wiegt, wie auch diese Publikation beispielhaft vor Augen führt, besonders in einem Umfeld schwer, das oftmals von autoritären und patriarchalischen Regierungsformen gezeichnet ist.

Die Europäische Union lebt das Zusammenspiel von politischen Parteien, die unterschiedliche Interessen vertreten, eindrucksvoll vor. Aber auch auf unserem Kontinent, wo der Populismus jüngst wieder einen Aufschwung zu erleben scheint, müssen wir uns immer wieder mit der Herausforderung auseinandersetzen, wie das Vertrauen der Menschen in die demokratischen Parteien aufrecht erhalten und gestärkt werden kann. Es ist somit auch die Aufgabe und Pflicht der Parteien gerade die jungen Menschen für Politik und eine aktive Mitwirkung zu begeistern und sie zu ermutigen, für unser demokratisches Werteverständnis einzustehen.

Nach der im Jahr 2012 erstmals veröffentlichten und mittlerweile als erweiterte Neuauflage erschienenen Studie „Islamische Akteure in Nordafrika" und der Untersuchung „Nordafrikas säkulare Zivilgesellschaften" (2016) komplettiert der vorliegende Band „Politische Parteien in Nordafrika" unsere Reihe zur politischen Landschaft im Maghreb. Dieses Projekt wäre ohne die jahrelange enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Herausgeberin Dr. habil. Sigrid Faath nicht möglich gewesen. Ihr gilt mein herzlicher Dank! Ebenso möchte ich die Arbeit der Autoren würdigen und auch ihnen meine Anerkennung und meinen Dank aussprechen.

Noch nie zuvor stand die südliche Nachbarschaft so sehr im Fokus der deutschen und europäischen Außen- und Sicherheitspolitik wie heute. Aktuelle Herausforderungen wie Migrationsbewegungen, die Ausbreitung staatlicher Fragilität und Terrorismus sowie die Folgen des Klimawandels haben uns vor Augen geführt, dass es auch im Interesse der Europäischen Union ist, die Menschen in Nordafrika bei ihren Bestrebungen, demokratische Strukturen aufzubauen, zu unterstützen. Denn die gegenwärtigen Bedrohungen können wir nur in Zusammenarbeit mit unseren Partnern in Nahost und Nordafrika in unserer unmittelbaren Nachbarschaft bewältigen. Dazu müssen wir die Region verstehen und unsere Wissenslücken schließen. Genau das wollen wir mit dieser Studie, wie auch schon mit den ersten beiden Publikationen, tun.



Dr. Hans-Gert Pöttering
Präsident des Europäischen Parlaments a. D.
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

VORBEMERKUNG DER HERAUSGEBERIN

Die Zeit der alles dominierenden Regierungsparteien wie in Tunesien und Ägypten oder der zentral gesteuerten Volkskonferenzen wie in Libyen endete 2011 in Nordafrika. Bei den Protestbewegungen des Jahres 2011, die zu Machtwechseln in Tunesien, Ägypten und Libyen führten und Rückwirkungen in allen Staaten Nordafrikas haben sollten, traten neben die zwar primär sozioökonomischen Forderungen der Protestierenden vor allem Forderungen nach Pluralismus, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und nach „würdiger Behandlung" durch die staatliche Verwaltung bzw. die staatlichen Funktionsträger. Die internationalen Medien bezeichneten diese Proteste gegen die Staatsführungen damals als „Arabischer Frühling" und sahen einen Systemwandel weg von autoritären Organisations- und Entscheidungsstrukturen hin zu partizipativen, liberalen demokratischen Strukturen greifbar nahe. Die Realität erwies sich jedoch was den zügigen demokratischen Systemwandel anbelangt als „steinig" und mit Hindernissen „gepflastert".

Eine Zäsur ist das Jahr 2011 jedoch für alle Staaten und Gesellschaften Nordafrikas geblieben. In allen Staaten sind seither die Spielräume für politische Parteien und zivilgesellschaftliche Vereinigungen erweitert und die Zulassungsbedingungen erleichtert worden. Die dominanten, quasi wie eine Einheitspartei funktionierenden Parteien der Präsidenten Tunesiens und Ägyptens wurden aufgelöst und „Pluralismus" wurde zum neuen Leitwort. Politische Parteien stehen seit 2011 mehr denn je im Fokus, weil ihnen in den Verfassungen Ägyptens, Algeriens, Marokkos und Tunesiens bzw. in der Provisorischen Verfassungserklärung Libyens eine zentrale Rolle zugewiesen wird. Es stellt sich deshalb die Frage, ob die politischen Parteien Nordafrikas den ihnen jeweils formal zugewiesenen Aufgaben überhaupt gerecht werden können, zumal die stark polarisierten Gesellschaften und damit folgerichtig auch die Parteien normativ und konzeptionell tiefe Gräben aufweisen. Die politischen Veränderungen des Jahres 2011, von denen nachfolgend insbesondere islamistische Organisationen profitierten, schürten den (latent schwelenden) Konflikt um Macht und Deutungshoheit über die Organisation von Staat und Gesellschaft und ihre normativen Grund-

lagen zwischen Islamisten und ihren unterschiedlichen Gegenspielern. Die in dieser Reihe bereits erschienenen Studien „Islamische Akteure in Nordafrika" (1. Auflage 2012; 2. aktualisierte und erweiterte Auflage 2016) und „Nordafrikas säkulare Zivilgesellschaften" (2016) gingen auf diese Problematik ein. Die vorliegende Studie stellt nun die politischen Parteien in den Mittelpunkt, die – wenn es nach den Verfassungen bzw. Grundsatzdokumenten der nordafrikanischen Staaten geht – als direkte „Politikgestalter" auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene wirken sollen.

Die Studie beinhaltet einen Analyseteil und einen handbuchartig aufbereiteten Anhang, der Detailinformationen zu den Parteien bereitstellt, die in den jeweiligen Ländern im Parlament eine größere Fraktion stellen oder als außerparlamentarische Opposition in ausgeprägter Form in politische und gesellschaftliche Debatten eingreifen.

Ein einleitender Beitrag führt in den Untersuchungsgegenstand ein und weist auf Entwicklungen hin, die seit 2011 Auswirkungen auf die bestehenden Parteien oder auf die zahlreichen Parteineugründungen vor allem in Ägypten, Libyen und Tunesien hatten. Zwei Beiträge greifen Themen heraus, die für politische Parteien in allen nordafrikanischen Staaten kennzeichnend sind. Der erste Beitrag befasst sich mit dem ideologischen Spektrum der Parteien in Nordafrika in historischer Perspektive, und der zweite Beitrag behandelt die dominanten politischen Strukturen, die eine effektive Politikgestaltung durch Parteien in den nordafrikanischen Staaten erschweren.

Die Beiträge zu Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko und Tunesien sind in alphabetischer Reihenfolge angeordnet und analysieren die Entwicklung der Parteien seit 2011. Die Länderanalysen stellen die rechtlichen, politischen, politisch-ideologischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für parteipolitisches Engagement in den Mittelpunkt. Welche Rolle den Parteien in den jeweiligen politischen Systemen zufallen soll und welche Rolle sie faktisch in Politik und Gesellschaft spielen und spielen werden, welche Parteien oder Formen der organisierten politischen Partizipation mit welchem politisch-ideologischen Hintergrund wahrscheinlich mittelfristig Politik und Gesellschaft beeinflussen werden, ist Gegenstand der Länderanalysen. Ein auswertender Beitrag (Kapitel III) führt die länderspezifischen Ergebnisse zusammen.

Die beiden länderübergreifenden Beiträge, die Länderanalysen und die im Anhang gebotenen Detailinformationen bzw. „Kurzprofile" ausgewählter Parteien sollen dem Leser einen Eindruck über die Entwicklung der Parteien, ihre politisch-ideologische Verankerung, die politische Repräsentanz in den Institutionen der Länder, die organisatorischen Charakteristika, die inhaltlichen, programmatischen Schwerpunkte und das Kooperations- und Allianzverhalten vermitteln. Die Länderanalysen zu Marokko und Tunesien basieren auf Forschungsaufenthalten der Autoren und der Herausgeberin im Zeitraum Frühsommer bis Herbst 2016. Für den Algerien-Beitrag konnten zwei algerische Politikwissenschaftler, die vor Ort leben und arbeiten, gewonnen werden. Die problematische Sicherheitslage für Ausländer in Libyen und die schwierige Arbeitssituation insbesondere für ausländische Wissenschaftler in Ägypten nötigten hinsichtlich der Länderanalysen Ägypten und Libyen zu einer anderen Vorgehensweise. Libysche Kontakte konnten in Tunesien wahrgenommen werden; bei Ägypten ließ sich eine Zuarbeit durch einen ägyptischen Wissenschaftler in Kairo arrangieren. Den jeweiligen Länderanalysen liegen zahlreiche Gespräche mit Vertretern parteipolitischer Organisationen und mit Wissenschaftlern (Politologen, Soziologen, Verfassungsrechtlern) zugrunde. Die Beiträge dokumentieren den Ist-Zustand zum Ende des Jahres 2016. Stichtag für die berücksichtigten Ereignisse ist der 1. November 2016.

Die Studie wendet sich an ein breiteres Publikum. Arabische Namen und Begriffe werden deshalb vereinfacht transkribiert oder folgen der jeweils landesüblichen lateinischen Variante. Eingedeutschte Namen und Begriffe wurden gemäß Duden geschrieben. Namen von politischen Parteien und Institutionen sind in der jeweils landesüblich verbreiteten französischsprachigen (Algerien, Marokko, Tunesien) oder englischen (Ägypten, Libyen) Variante wiedergegeben; im Handbuchteil wurde die arabische Bezeichnung in vereinfachter Umschrift angefügt. Da Französisch im deutschen Sprachraum weniger geläufig ist als Englisch, wurde französischen Bezeichnungen bei der Erstnennung die deutsche wörtliche oder sinngemäße Übersetzung beigefügt.

Es soll an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass die Beiträge die Meinung der Autoren und Autorinnen zum Ausdruck bringen und nicht die ihres jeweiligen Arbeitgebers oder der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Studie zu den politischen Par-

teien wurde durch die Förderung der Konrad-Adenauer-Stiftung erst ermöglicht. Auch bei diesem Veröffentlichungsprojekt war die Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in jeder Hinsicht anregend und trug wesentlich zum Gelingen bei, so wie dies auch bei der Studie zu den Islamischen Akteuren in Nordafrika, die im Herbst 2012 erstmals erschien und Ende des Jahres 2016 in aktualisierter und erweiterter Form erneut veröffentlicht wurde, und bei der im Herbst 2016 verlegten Studie zur säkularen Zivilgesellschaft in Nordafrika der Fall war. Der Stiftung sei an dieser Stelle nochmals für die Unterstützung der bisher gemeinsam durchgeführten Vorhaben und die sehr gute Kooperation gedankt.

Berlin, Dezember 2016
PD Dr. Sigrid Faath

Politische Parteien in Nordafrika nach 2011: Zum Untersuchungsgegenstand

Sigrid Faath

1. Aufwind für Parteien in Nordafrika nach 2011

Im Rückblick stellt das Jahr 2011 für alle Staaten Nordafrikas eine Zäsur dar, auch wenn die Protestbewegungen lediglich in Tunesien, Ägypten und Libyen direkt in einen Machtwechsel mündeten, den die Beteiligten an diesen Umbrüchen als „Revolution" bezeichneten. Offenkundig ist, dass mit den politischen Veränderungen, die auf diese Proteste in allen nordafrikanischen Staaten folgten, die postkoloniale Ära der alles dominierenden Regierungsparteien in Tunesien und Ägypten sowie der zentral gesteuerten Volkskonferenzen in Libyen endete. Die dominanten, quasi wie eine Einheitspartei funktionierenden Parteien, denen in Tunesien von November 1987 bis Januar 2011 Staatspräsident Zine El Abidine Ben Ali und in Ägypten von Oktober 1981 bis Februar 2011 Staatspräsident Husni Mubarak in Personalunion vorstanden, wurden in Tunesien im März 2011 per Gerichtsbeschluss und in Ägypten im April 2011 kurz nach den Machtwechseln aufgelöst. In Libyen etablierte Muammar al-Qaddafi, der nach einem Militärputsch ab September 1969 die Führung des Landes übernahm, kurzfristig eine panarabisch-orientierte Einheitspartei. Ab 1975/1976 baute Qaddafi ein „direktdemokratisches System" auf, in dem Parteien als „spalterisches" Element verboten waren. Ungeachtet der Benennung funktionierte die libysche „Volksdemokratie" ebenso autoritär wie die politischen Systeme der Nachbarstaaten. Nach dem Sturz Qaddafis gründeten sich ab Herbst 2011 auch in Libyen schnell zahlreiche politische Parteien.

„Pluralismus", „Parteienpluralismus", „politische Partizipation" und Regierungswechsel durch Wahlen, oft gleichgesetzt mit „Demokratie", sind seit 2011 in allen nordafrikanischen Staaten zu viel benutzten Begriffen geworden.

Bei den Protesten des Jahres 2011 waren in erster Linie sozioökonomische Forderungen erhoben worden. Politische Forderungen folg-

ten. Neben Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und „würdiger Behandlung" durch die staatlichen Institutionen und Repräsentanten beinhalteten sie Forderungen nach Pluralismus, mehr Partizipation der Staatsbürger an der politischen Entscheidungsfindung und Demokratie. Die neue Verfassung Marokkos vom Juli 2011 nahm diese Forderungen ebenso auf wie die beiden seither verabschiedeten Verfassungen Ägyptens vom Dezember 2012 und vom Januar 2014, die tunesische Verfassung vom Januar 2014 oder die algerische Verfassung vom März 2016 und die – nach wie vor gültige – provisorische Verfassungserklärung vom 3. August 2011 in Libyen. In allen nordafrikanischen Staaten wurden somit nach den Protesten des Jahres 2011 politische Parteien formal gestärkt.

Eine erste Folge der Politikänderung: Islamistische Parteien im Aufwind

In allen nordafrikanischen Staaten wirkten sich die Öffnung der politischen Systeme und die Zugeständnisse an Parteien und zivilgesellschaftliche Vereinigungen direkt auf deren Handlungsspielräume aus. Unmittelbar nach den Protesten profitierten insbesondere die Parteien der islamistischen Strömung von den weitgehend freien Wahlen.[1] Gerade weil islamistische Parteien bislang nie an der Regierung beteiligt waren, obwohl es in Marokko bereits seit Mitte der 1990er Jahre eine legale islamistische Partei im Parlament gab oder weil Islamisten wie in Ägypten, Tunesien und Libyen vor 2011 die Parteigründung verboten war, galten sie bei vielen Wählern als „Alternative" zu den bisherigen, gemeinhin als „korrupt" geltenden Regierungsparteien. Das Image islamistischer Parteien war insofern positiv, als sie einen Gegenpol zu den bisherigen Regierenden darstellten und wegen ihrer religiösen Verortung als sittlich-moralisch ehrbarer und nicht korrupt eingestuft wurden. Eine erste Folge der Proteste und der politischen Freiräume, die sich in allen Staaten Nordafrikas auftaten, war somit der Aufschwung der islamistischen Bewegung dieser Länder und der Wahlsieg islamistischer Parteien in Ägypten, Marokko und Tunesien. In Libyen war dieser Aufschwung gleichfalls zu beobachten, auch wenn die islamistische Justice and Development Party bei den Parlamentswahlen vom Juli 2012 hinter der eher liberal ausgerichteten National Forces Alliance lag.

Eine Ausnahme war allerdings Algerien. Islamistische Parteien, die seit den 1990er Jahren zugelassen waren, erhielten dort keinen

vergleichbaren Zulauf; sie mussten vielmehr Stimmeneinbußen hinnehmen. Bei den algerischen Wählern waren die bewaffneten Auseinandersetzungen mit Islamisten in den 1990er Jahren noch zu präsent und prägend, um keine Ängste vor einem neuerlichen Aufschwung der Islamisten zu schüren. Im historischen Bewusstsein großer Teile der algerischen Bevölkerung sind die 1990er Jahre als „Schwarze Dekade" verankert. Die algerischen Islamisten profitierten deswegen nicht von dieser Sympathiewelle, die in den anderen nordafrikanischen Staaten islamistischen Parteien den Weg durch Wahlen in zentrale staatliche Institutionen öffnete.

Eine weitere Folge der Politikänderung: Verschärfte Konflikte um Macht

Die in den internationalen Medien als „Arabischer Frühling" und als Durchbruch für demokratische politische Systeme gefeierten Proteste und Machtwechsel des Jahres 2011 mündeten in den Folgejahren in Ägypten, Libyen und Tunesien, also gerade in jenen Ländern, in denen ein politischer Umbruch stattgefunden hatte, in heftige Auseinandersetzungen um die politische Macht und die Deutungshoheit über die normativen Grundlagen sowie das Gesellschafts- und Entwicklungsprojekt des zukünftigen Staates. Parteien, zivilgesellschaftliche und gewerkschaftliche sowie bewaffnete islamistische Gruppen und in Libyen bewaffnete Brigaden (Milizen) diverser Orientierung sind seither in diese Auseinandersetzungen involviert mit schwerwiegenden Folgen für die politische, soziale und wirtschaftliche Stabilität und die Sicherheit.[2]

In Ägypten kam es zwei Jahre nach dem Machtwechsel und dem Wahlsieg der nach 2011 legalisierten islamistischen Partei der Muslimbruderschaft, der Freedom and Justice Party, zu einer Kehrtwende. Die Muslimbruderschaft und ihre Partei wurden verboten, die Muslimbruderschaft zur terroristischen Organisation erklärt.[3] Der neue, aus dem Militär hervorgegangene Staatspräsident Abd al-Fattah al-Sisi verstärkte wiederum die autoritären Mechanismen und Strukturen und engte den Handlungsspielraum von jedweder Opposition und von Kritikern staatlicher Politik ein. Am Parteienpluralismus wurde allerdings formal festgehalten und selbst islamistische Parteien, die sich nicht gegen den Staatspräsidenten stellen, sondern sich wie die salafistische Partei des Lichts (Nour Party) kooperativ zeigen, sind weiterhin zugelassen.

In Tunesien schlug die seit 2011 politisch dominierende islamistische Partei Ennahda im Sommer 2013 eine weniger offensive Strategie zur Umgestaltung von Staat und Gesellschaft nach islamistischen Vorstellungen ein. Das Schicksal der ägyptischen Muslimbruderschaft und ihrer Partei war mit Besorgnis verfolgt worden. Zudem war es in Tunesien nach Morden an zwei säkularen Politikern durch Islamisten und dem Verdacht, dass Ennahda involviert war, 2013 zu einer starken Bewegung gegen die islamistische Bewegung gekommen, getragen von säkularen Vertretern der Gesellschaft wie insbesondere dem Gewerkschaftsverband UGTT, dem Arbeitnehmerverband und säkularen zivilgesellschaftlichen Vereinigungen. Das Umschwenken der Ennahda-Partei und ihre folgende „konziliante" Haltung sicherte den Islamisten Ennahdas eine fortgesetzte Regierungsbeteiligung. Die normativen Grundsatzfragen zum Staats- und Gesellschaftsmodell sind damit allerdings nur scheinbar gelöst worden. Bei der Werbung um Wähler tritt der Gegensatz zwischen Parteien mit religiöser (islamistischer) Referenz und Parteien, die einen säkularen Staat anstreben, deutlich zutage. Ein Gegensatz, der nicht nur in Tunesien auftritt, sondern sich auch in den Zivilgesellschaften der anderen nordafrikanischen Staaten wiederspiegelt.[4]

In Libyen mündete der Bürgerkrieg, der im Oktober 2011 zum Machtwechsel geführt hatte, ab 2014 wieder in bewaffnete Auseinandersetzungen um die Macht, bei denen die ideologische Komponente und hier insbesondere die islamistische oder nichtislamistische Verortung der Akteure eine wesentliche Rolle spielt. Der Aufbau neuer, trag- und funktionsfähiger staatlicher Strukturen wurde durch diese bewaffneten Auseinandersetzungen in Libyen verhindert; mehrere Anläufe zur Konfliktbeilegung blieben erfolglos. Der embryonale Ansatz für ein Parteiensystem lief aus politischen und gesellschaftlichen Gründen bereits bei der zweiten Parlamentswahl 2014, wo nur unabhängige Kandidaten zugelassen waren, ins Leere; dennoch bestehen Parteien formal fort, solange die provisorische Verfassungserklärung vom August 2011 nicht durch ein neues Grundsatzdokument abgelöst wird, in dem anderes bestimmt wird.

Das marokkanische politische System setzt seit der Unabhängigkeit des Landes 1956 auf Parteienpluralismus und die neue Verfassung von 2011 wertet Parteien explizit auf. In Marokko gewann

zwar die islamistische Partei PJD (Parti de Justice et du Développement/Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) 2011 die Legislativwahlen und konnte damit gemäß neuer Verfassung den Regierungschef stellen. Die Möglichkeiten der Partei, die Politik zu orientieren, sind jedoch beschränkt. Die PJD-geführte Koalitionsregierung ist nämlich weder Initiator noch eigentlicher Träger des Reformprozesses, der nach den Protesten des Jahres 2011 von König Mohamed VI. mit der neuen Verfassung vertieft wurde, sondern nur für die Umsetzung verantwortlich. Es ist der marokkanische König, der regiert und die Richtung der Politik bestimmt. Sensible Bereiche wie der religiöse Bereich oder die Außenpolitik fallen in seinen ausschließlichen Zuständigkeitsbereich, so dass der islamistische Einfluss trotz islamistischer Regierungsbeteiligung und islamistischem Regierungschef begrenzt ist.

Vermehrte Rufe nach durchsetzungsfähigen Akteuren

Die politischen Konflikte in Libyen, die eine normale Regierungs- und Wirtschaftstätigkeit massiv beeinträchtigen und zum Teil ganz unterbinden, sowie die drastische Verschlechterung der Sicherheitslage und damit auch des sozialen und ökonomischen Umfeldes,[5] die große Teile der Bevölkerung nicht nur in Libyen, sondern auch in Tunesien und Ägypten zu spüren bekommen, ließen bereits 2013 den Ruf nach einer starken, ordnenden Staatsmacht, die über das Gewaltmonopol verfügt, lauter werden. Diese Situation wird vermehrt mit der Lage vor den politischen Umbrüchen 2011 verglichen. Die Proliferation an politischen Akteuren wird nicht durchgängig als positive Entwicklung gewertet; die Parteienrivalitäten und die machtpolitischen Querelen führten bei den potentiellen Wählern zum Vertrauensverlust in Parteien und ihre Repräsentanten.

Bis Anfang des Jahres 2017 blieben allerdings in allen fünf nordafrikanischen Staaten die nach 2011 erweiterten Handlungsspielräume für politische Parteien und zivilgesellschaftliche Vereinigungen und die Erleichterungen der Zulassungsbedingungen formal bestehen. Dennoch kann eine neuerliche Entwicklung hin zu politischen Systemen, in denen eine Partei die Politik dominiert, zum jetzigen Zeitpunkt nicht für alle nordafrikanischen Staaten kategorisch ausgeschlossen werden.

2. Parteien in fortwährender Veränderung

Veränderungen in der Parteienlandschaft gab es vor allem in Ägypten, Libyen und Tunesien, in denen es 2011 zu einem Machtwechsel kam. In vergleichsweise geringerem Ausmaß veränderte sich in Marokko und Algerien die Parteienlandschaft, weil zum einen im Königreich Marokko bereits seit der Unabhängigkeit 1956 Parteienpluralismus gefördert und in der ersten Verfassung des Landes von 1962 verankert wurde und zum anderen die algerische Staatsführung nach den landesweiten sozialen Unruhen von 1988 das Einparteiensystem mit der Verfassung von 1989 aufgelöst und „politische Vereinigungen" zugelassen hatte. Daraufhin erlebte Algerien eine Flut von Parteigründungen.

Für die anderen nordafrikanischen Länder setzte der Parteienboom erst nach den Machtwechseln von 2011 ein. In Tunesien und Libyen, wo sämtliche Restriktionen zur Gründung von Parteien und zivilgesellschaftlichen Vereinigungen 2011 wegfielen, brach eine wahre Gründungsmanie aus; Parteien schossen bildlich gesprochen wie „Pilze aus dem Boden". Diese Parteigründungswelle wurde in Libyen durch die innenpolitische Entwicklung seit 2014 und in Ägypten nach dem Putsch von 2013 wieder ausgebremst,[6] in Tunesien jedoch war auch 2016 der Gründungswille ungebrochen und noch kein Ende des Parteienbooms bzw. der Aufsplitterung der Parteien abzusehen.

Es handelt sich bei den seit 2011 neu auftretenden Parteien nämlich zum Großteil nicht um völlige Neugründungen, sondern um Parteien, die Abspaltungen von bestehenden Parteien waren und manchmal sogar aus Abspaltungen von Abspaltungen hervorgingen. Den Spaltungen liegen meist innerparteiliche Querelen der führenden Parteimitglieder, machtpolitische Ambitionen Einzelner und im einen oder anderen Fall auch Differenzen über eventuelle Koalitions- und Allianzpartner oder über eine Regierungsbeteiligung zugrunde. Vereinzelt entstanden seit 2011 neue Parteien auch aus Parteizusammenschlüssen. Veränderungen in der Parteienlandschaft entstanden zudem durch den Beschluss kleinerer Parteien zur Selbstauflösung der Organisation oder, wenn es sich um eine Abspaltung handelte, zur Selbstauflösung durch „Rückkehr" in die Ursprungspartei.[7]

Veränderungen in der Parteienlandschaft sind seit 2011 auch durch Parteienverbote eingetreten: Unmittelbar nach dem Machtwechsel von 2011 wurde in Tunesien die bisherige Regierungspartei RCD (Rassemblement Constitutionnel Démocratique/Demokratische verfassungsmäßige Sammlungsbewegung) und in Ägypten die National Democratic Party verboten. Nach dem Putsch in Ägypten im Juli 2013 gegen den islamistischen Präsidenten Mursi wurde von der neuen Staatsführung die Mursi stützende Partei der Muslimbruderschaft, die 2011 gegründete und legalisierte Freedom and Justice Party, verboten.

In Ägypten sind zu Beginn des Jahres 2017 um die 86 Parteien zugelassen, in Algerien um die 60 und in Marokko 35; in Libyen gründeten sich 2011/2012 ca. 130 Parteien, wobei die Anzahl der tatsächlich registrierten unbekannt ist – eine politische Rolle kommt ihnen seither nicht mehr zu. In Tunesien wiederum waren im Oktober 2016 nach offiziellen Angaben 206 Parteien registriert.

Ein Ende der Parteienproliferation durch Neugründungen und durch Parteispaltungen ist zumindest in Tunesien nicht absehbar, wie die 2016 erfolgten Parteigründungen und häufig wiederkehrenden Ankündigungen für Neugründungen von Parteien belegen.[8]

Hinzu kommt, dass Parteiwechsel von Mitgliedern nicht selten sind; in erster Linie treten sie bei den ins Parlament gewählten Parteivertretern des nichtislamistischen Parteienspektrums auf. Einzelne Parlamentarier entscheiden sich zu einem Parteiwechsel, wenn beispielsweise „ihre" Partei aus der Regierung ausscheidet oder die Parteiführung sich einer Koalitionsregierung verweigert und somit die Entfernung ihrer ursprünglichen Partei „zur Macht" zunimmt und sie sich durch einen Parteiwechsel karrieremäßig mehr Vorteile ausrechnen.

Die Mehrheiten in den nationalen Parlamenten können sich – wie das tunesische Beispiel 2015/2016 zeigte[9] – durch die diversen Parteispaltungen und die Parteiaus- und Parteieintritte bzw. Parteiwechsel von gewählten Volksvertretern stark verändern.

3. Zunehmende Unübersichtlichkeit des Parteienspektrums

Die Zahl neuer Parteien ist in den einzelnen nordafrikanischen Staaten seit 2011 zwar in unterschiedlichem Maße angestiegen, insgesamt kann unter quantitativen Gesichtspunkten jedoch von einem wahren Parteienboom in der Region gesprochen werden. Für den potentiellen Wähler wie für den politikwissenschaftlichen Betrachter und die internationalen Kooperationspartner der nordafrikanischen Staaten nahm die Unübersichtlichkeit im Hinblick auf die politischen Parteien seit 2011 offenkundig zu. Es ist nicht nur die Anzahl der Parteien, die für diese Unübersichtlichkeit verantwortlich ist, auch die oftmals rudimentären oder kaum voneinander zu unterscheidenden Programme, politischen Stellungnahmen sowie diffuse Ziel- und Strategiebeschreibungen tragen in nicht geringem Maße dazu bei.

Das Forschungsprojekt zur Lage der politischen Parteien in Nordafrika seit den Protesten des Jahres 2011 ist dieser Unübersichtlichkeit der Parteienlandschaft in Nordafrika geschuldet. Die vorliegende Studie, Resultat des Forschungsprojektes, soll einen vertieften Einblick in die Parteienlandschaft der einzelnen nordafrikanischen Staaten geben und die äußeren Rahmenbedingungen beschreiben, in denen die Parteien seit 2011 aktiv sind. Auf der Grundlage dieser Fakten erfolgt eine Einschätzung der mittelfristigen Entwicklungstendenzen der Parteien und der politischen Systeme. Die Studie zu den Parteien versteht sich als Ergänzung zu den bereits veröffentlichten Studien zu den islamistischen Akteuren und den säkular orientierten zivilgesellschaftlichen Akteuren.[10] Diese beiden Studien waren das Ergebnis von Forschungsprojekten der Jahre 2012 und 2015/2016, die ebenfalls alle fünf nordafrikanischen Staaten behandelten.

Die geographische Nähe Nordafrikas zu Europa und die daraus resultierende Bedeutung der Entwicklungen in dieser geographischen Region für Europa waren der Anlass für die Konzentration auf die nordafrikanischen Staaten. Die politische Stabilisierung und die Reduzierung des Gewaltniveaus in den Staaten Nordafrikas sind für die Europäische Union (EU) als unmittelbarer nördlicher Nachbar von höchster Priorität, weil jede Schwächung der nordafrikanischen Staaten grenzüberschreitende Auswirkungen hat. Illegale Migrations- und Flüchtlingsströme, die über die nordafrikanischen Staaten in die Europäische Union gelenkt werden, und illegale Migra-

tion aus den nordafrikanischen Staaten selbst zählen neben der Bekämpfung transnational agierender islamistischer terroristischer Organisationen und Gruppen mit zu den offensichtlichsten Gründen für die EU, Nordafrika besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Alle Staatsführungen Nordafrikas stehen vor der Aufgabe, sich an die Veränderungen in ihren Gesellschaften und auf den globalen Märkten anzupassen; diese Prozesse verstärken Interessen- und Verteilungskonflikte, die häufig, wenn nicht gar in den meisten Fällen, von identitären Konflikten überlagert werden, bei denen religionsbasierte Konzepte und Normvorstellungen eine zentrale Rolle einnehmen. Sicherheitspolitische und machtpolitische Auseinandersetzungen mit zum Teil gewaltbereiten Akteuren sorgen für eine komplexe Problemlage in der Region, wenngleich bislang die einzelnen Staaten unterschiedlich intensiv von bewaffneten terroristischen Gruppen bedroht wurden.

Die EU und die Bundesrepublik Deutschland sind in Nordafrika vielfältig engagiert. Ihr langfristiges Ziel ist die Förderung nachhaltiger Entwicklung und partizipativer, demokratischer Strukturen und Institutionen in Nordafrika. Die normative Orientierung der nordafrikanischen Partner an diesen Werten ist eine Grundvoraussetzung, um dem langfristigen Ziel näher zu kommen. Detailinformationen zu den politischen Parteien in den nordafrikanischen Staaten sollen deshalb politisch bzw. entwicklungspolitisch engagierten ausländischen Einrichtungen und speziell auch den deutschen Parteistiftungen helfen, sich in dem seit 2011 zunehmend unübersichtlicheren Gemenge von parteipolitischen Organisationen besser zurechtzufinden und letztendlich auch potentielle Partner für die Zusammenarbeit identifizieren zu können.

4. Fragestellung, Zielsetzung und Definitorisches

Allein die Tatsache, dass in allen nordafrikanischen Staaten politischen Parteien eine offiziell verbriefte Funktion innerhalb des politischen Systems zukommt, fordert geradezu heraus, sich mit den Parteien, ihren ideologischen Verortungen, Zielen und Programmen sowie den organisatorisch-strukturellen Kapazitäten und Defiziten – um nur einige Aspekte zu nennen – näher zu befassen. Von Parteien wird formal speziell in Marokko und Tunesien, wo in den neuen Verfassungen Dezentralisierung als Staatsziel festgeschrie-

ben wurde, künftig zudem erwartet, dass sie eine zentrale Rolle in der lokalen Selbstverwaltung übernehmen.

Politische Parteien werden zumindest in Ägypten, Algerien, Marokko und Tunesien auch in den kommenden Jahren fester Bestandteil des politischen Systems sein. In Libyen ist dies momentan fraglich. Wenn auch der generelle Fortbestand politischer Parteien in den genannten vier nordafrikanischen Ländern als gesichert gelten kann, so gibt es doch nach wie vor eine ganze Reihe offener Fragen, die eine fortgesetzte Beschäftigung mit dem Thema Parteien in Nordafrika notwendig machen. Zu diesen Fragen gehört beispielsweise:

- Ob und inwieweit können politische Parteien in den nordafrikanischen Staaten dazu beitragen, dass sich allmählich moderne, demokratische Strukturen und plurale, parlamentarische Systeme etablieren?
- Sind unter den gegenwärtigen innenpolitischen, sozialen, ökonomischen, macht- und sicherheitspolitischen Bedingungen sowie angesichts der normativen und identitären Konflikte, die sich in den Institutionen des Staates und den diversen Organisationen der Gesellschaft (Parteien, Vereinigungen, Gewerkschaften) widerspiegeln, der Aufbau und die Konsolidierung moderner, demokratischer Strukturen überhaupt wahrscheinlich?
- Wie stehen die Chancen, dass Parteien in den nordafrikanischen Staaten zu aktiven Politikgestaltern werden?
- Welche ideologische Großrichtung wird mittelfristig in den nordafrikanischen Staaten parteipolitisch dominieren?
- Wie stehen die Chancen, dass politische Parteien, die sich als säkular und liberal bezeichnen, bei Wahlen erfolgreich sein werden und sich als politische Kraft konsolidieren können?
- Wie wahrscheinlich ist es, dass autoritäre Tendenzen und Verhaltensmuster in den Parteien abgebaut werden?

Um diese Fragen zumindest annähernd beantworten zu können, ist es notwendig, die wichtigsten Parteien oder jene, die möglicherweise in den nächsten Jahren politisches Gewicht erhalten könnten, zu identifizieren und die gesetzlichen wie politischen, sozialen, ökonomischen, identitär-kulturellen und religiösen Rahmenbedingungen, in denen die Parteien handeln und sich behaupten müssen, zu erfassen.

Das Forschungsprojekt legte das Schwergewicht auf die legalen Parteien, die im Parlament vertreten sind und mindestens zehn Sitze errangen. Es wurden ferner legale Parteien in die Untersuchung einbezogen, die nicht im Parlament vertreten sind, weil sie entweder die Wahlen boykottierten oder weil sie neu gegründet wurden und noch nicht an Wahlen teilnehmen konnten, sofern diese Parteien seit 2011 bzw. seit ihrer Gründung durch regelmäßige Aktivitäten auffielen und gesellschaftlich wahrgenommen werden, oder mit anderen Worten, wenn es sich um Parteien handelt, die in den Medien oder durch Aktivitäten auf lokaler Ebene „Präsenz" zeigen, ihre Positionen verbreiten, in Debatten eingreifen und somit „Einfluss" nehmen.[11]

Im Unterschied zu den beiden vorausgegangenen Publikationen in dieser Reihe zu den islamischen Akteuren und zu den säkularen zivilgesellschaftlichen Vereinigungen werden in diesem Band zu den politischen Parteien alle ideologischen Orientierungen berücksichtigt. Das Forschungsprojekt geht allerdings von der Annahme aus, dass langfristig gewaltfreiere Konfliktlösungen und ein friedlicheres kooperatives Miteinander der ethnisch, linguistisch, religiös, weltanschaulich und in Bezug auf die Lebensführung und Ordnungsvorstellungen pluralistischen Gesellschaften Nordafrikas nur durch ein intensives politisches und vor allem gesellschaftliches Engagement zugunsten von Pluralismus, Durchsetzung der universellen Menschenrechte und Gewaltfreiheit gelingen kann. Dazu bedarf es der Förderung demokratischer Kultur und all jener Akteure in Politik und Gesellschaft, die sich der Förderung demokratischer Kultur verpflichteten und nachweislich in diesem Sinne als politische Partei oder zivilgesellschaftliche Vereinigung aktiv sind. Ein Ziel des Forschungsprojektes ist es folglich, länderspezifische Aussagen über diesbezügliche Entwicklungstrends und Akteure zu ermöglichen.

In der Studie wird nicht durchgängig der Begriff „politische Partei" benutzt, sondern in der Regel aus Gründen der Lesefreundlichkeit der Begriff „Partei" verwendet. Der Begriff Partei meint allerdings im vorliegenden Text stets „politische Partei". Unter einer „politischen Partei" bzw. „Partei" – Ausdruck der „politischen Zivilgesellschaft" – wird angelehnt an die minimalistische Definition von Giovanni Sartori[12] eine politische Gruppe oder Organisation verstanden, die sich offiziell zusammenschloss, um bei Wahlen anzutreten, und fähig ist oder sich zumindest als fähig erachtet, durch Wah-

len Kandidaten für öffentliche Ämter zu platzieren. Parteien sind Zusammenschlüsse von Menschen mit ähnlichen politischen Vorstellungen, die politisch meinungs- und willensbildend in der Bevölkerung wirken, um Zustimmung für ihr politisches Programm (bei Wahlen) zu erhalten.

In modernen repräsentativen Demokratien werden Parteien fünf Hauptfunktionen zugeschrieben.[13] Es handelt sich hierbei um die Funktion

- zur Rekrutierung von Personal, um öffentliche Ämter besetzen zu können;
- zur Artikulierung von Interessen, das heißt die Formulierung der Interessen jener Öffentlichkeit bzw. gesellschaftlichen Gruppen, die von einer Partei vertreten werden und die von ihr in das politische System eingebracht werden;
- zur Formulierung eines politischen Programms, für das eine Partei steht und für das sie in der Bevölkerung wirbt;
- zur Gewährleistung von Partizipation, indem Parteien zwischen Staatsbürgern und dem politischen System, den staatlichen Institutionen ein Bindeglied herstellen und die politische Beteiligung von Einzelnen und Gruppen ermöglichen;
- zur Legitimation und Verankerung der politischen Ordnung durch Wahrnehmung der Mittlerrolle zwischen Staatsbürgern, gesellschaftlichen Gruppen und politischem System.

Im Idealfall erfüllen Parteien in einer repräsentativen Demokratie diese zentralen Funktionen. Bei den politischen Systemen in den nordafrikanischen Staaten handelt es sich jedoch nicht um politische Systeme, die bereits kurz davor stehen, einen demokratischen Transformationsprozess abzuschließen und in eine Konsolidierungsphase einzutreten.

In allen Staaten Nordafrikas finden allerdings politische Transformationsprozesse statt. Ob und wie weit diese Prozesse in den einzelnen Staaten in Richtung einer repräsentativen Demokratie weiter voranschreiten werden, ist offen. Offen ist auch, in welchen Staaten es wie in Ägypten seit Sommer 2013 zu Rückentwicklungen kommen wird und autoritäre Herrschafts- und Kontrollmechanismen teilweise oder umfassender ausgebaut werden.

Die formal seit 2011 in all diesen Ländern gestärkten politischen Parteien sind ebenfalls herausgefordert, sich in den Transformationssystemen neu zu definieren und an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Um etwaige funktionale Veränderungen bei den einzelnen Parteien besser zu erkennen, sollen die (idealen) modernen Parteifunktionen als Referenz dienen. Im auswertenden Beitrag der Studie werden die Parteien unter diesen Funktionsaspekten nochmals näher betrachtet.

5. Zu den Beiträgen und dem Aufbau der Studie

Die Studie will über politische Parteien informieren, ihren derzeitigen Zustand analysieren und Prognosen für ihre Fortentwicklung abgeben; sie will jedoch auch zur schnellen Information über einzelne Parteien dienen und ist deswegen in einen Analyseteil und einen „Handbuchteil" (Anhang I) gegliedert, in dem Kurzprofile ausgewählter Parteien abgedruckt sind. Die während der Forschungsaufenthalte der Länderbearbeiter und der Dokumentenauswertung gesammelten Informationen flossen in die Parteienprofile des Handbuchteils ein.

Die Länderanalysen konzentrieren sich hauptsächlich auf die Entwicklungen seit 2011. Die einzelnen Länderanalysen sollten nicht jeweils mit Abschnitten zu den historischen Entwicklungen der einzelnen ideologischen Strömungen überfrachtet werden, zumal die bereits in der Kolonialepoche einsetzende Entwicklung des Parteiwesens in den nordafrikanischen Staaten und die Ausbildung der Grundströmungen, die bis heute den ideellen Überbau der Parteien in Nordafrika abgeben und sie prägen, zu komplex ist, um sie lediglich in einem kurzen Absatz zu Beginn der Länderanalysen zu behandeln.

Weil der Blick in die Geschichte und die Genese der Parteien jedoch aufschlussreich für den heutigen Zustand und die Fortentwicklung der Parteien und ihrer ideologischen Verortung ist, wird diese Thematik in einem eigenständigen Beitrag behandelt. Der Titel des Beitrags: „Die ideologischen Bandbreite der Parteienlandschaft in Nordafrika: Historische Entwicklung und aktuelle Ausprägung" weist darauf hin, dass es sich um einen Überblick handelt, in dem der zeitliche Bogen bis ins Jahr 2016 reicht und dementsprechend die Veränderungen seit 2011 mit einschließt. Sieben tabellarische Aufstellungen, die in sich nach Ländern gegliedert sind, geben zudem

einen Überblick zu den wichtigsten Parteien während der Kolonialzeit und der Dekolonisationsperiode (Tabelle 1), zu den dominanten Parteien der postkolonialen Zeit bis 2011 (Tabelle 2) und, jeweils nach ideologischer Strömung geordnet, zu den wichtigsten seit 2011 aktiven islamistischen, „zentristischen", nationalistischen, liberalen und linken Parteien (Tabellen 3 bis 7). Der Beitrag erläutert die jeweiligen ideologischen Selbstverortungen der Parteien.

Ein zweiter Themenbeitrag mit dem Titel „Parteien als Politikgestalter in Nordafrika: Kaum gewollt und kaum gebraucht" lenkt den Blick auf die bislang sehr unterschiedliche Beteiligung von Parteien an der politischen Macht und an der politischen Entscheidungsfindung in den formellen Mehrparteiensystemen Nordafrikas. Der Beitrag stellt die unterschiedlichen Rahmenbedingungen einander gegenüber, die es Parteien bis in die Gegenwart erschweren, eine politikgestalterische Rolle zu übernehmen.

Die alphabetisch angeordneten Länderanalysen zu den fünf nordafrikanischen Staaten Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko und Tunesien sind ähnlich aufgebaut. Sie konzentrieren sich auf die innenpolitische Entwicklung und ihre Rückwirkungen auf die Parteien seit 2011. Die Länderbeiträge gehen auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die politische Repräsentation der verschiedenen politischen Strömungen in den nationalen Institutionen seit 2011 ein und erörtern die Widerstände in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gegen Parteien mit islamistischen und Parteien mit säkularen Ordnungskonzepten.[14] Jeder Länderanalyse ist eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse vorangestellt.

Um eine fundierte Prognose über die Zukunftsfähigkeit der einzelnen Parteien und politischen Strömungen zu erlauben, versuchten die Länderanalysten bei der Betrachtung der Parteien so weit wie möglich Antworten auf die folgenden Leitfragen zu finden:

- Was tun die Parteien selbst, um sich den neuen Aufgaben, die in der Verfassung formuliert sind, anzupassen?
- Welche Mittel stehen Parteien materiell und personell, sach- und fachverstandsmäßig zur Verfügung, um sich zu modernisieren?
- Welche Anstrengungen unternehmen die Parteiführungen, um jüngere Erwachsene und Frauen verstärkt mit parteipolitischen Führungsaufgaben zu betrauen?

- Wie stark sind die einzelnen Parteien in den Institutionen des Staates auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene bereits verankert?
- Welche Vorschläge zur Problemlösung und für Gesetzesinitiativen gehen von den einzelnen Parteien aus?
- Wie sehen die Aktivitäten der Parteien an der gesellschaftlichen Basis aus?
- Wie gehen Parteien mit konkurrierenden Parteien um?
- Wie gestaltet sich die Kommunikation der Parteien mit der Bevölkerung?
- Welche Beziehungen unterhalten die Parteien zu den Medien, zu Wirtschaftsvertretern und wichtigen Interessengruppen?
- Welches sind die Parteien, die aktuell und mittelfristig politisch gestaltend sein werden; auf welcher normativen Grundlage, für welches Staats- und Gesellschaftskonzept stehen diese Parteien, wie ist ihr Ansehen in der Bevölkerung, wie mobilisierungsfähig waren sie seit 2011 bei Wahlen und zur Organisierung von Protest und wie zukunftsfähig sind sie?

Die direkten Kontakte der Länderbearbeiter zu den Parteien wurden durch Forschungsaufenthalte im Zeitraum Frühjahr bis Spätherbst 2016 ermöglicht. In den Ländern, in denen es die Sicherheitslage 2016 nicht erlaubte, dass ausländische Wissenschaftler direkt vor Ort recherchierten wie in Ägypten und Libyen, konnten Wissenschaftler aus den Ländern zur Zuarbeit gewonnen werden oder bei Treffen mit parteipolitisch aktiven Personen im Ausland Informationen zur lokalen Situation der Parteien gesammelt werden. Darüber hinaus wurden zum Erstellen der Länderanalysen – soweit vorhanden – die Internetauftritte (Web- und Facebook-Seiten), die offiziellen Dokumente der Parteien und Berichte über ihre Aktivitäten und Interviews ihrer Führungskader in diversen Online-Medien (Presse, Radio, Fernsehen) hinzugezogen.

Ein auswertender Beitrag führt in einer Gesamtschau die wichtigsten Ergebnisse der Themenbeiträge und der Länderanalysen zusammen und geht auf die Bedeutung der Erkenntnisse für die Entwicklungszusammenarbeit bzw. die Arbeit der deutschen Parteistiftungen ein. Der Analyseteil wird ergänzt durch eine Auswahlbibliographie und Informationen zu den Autoren.

Der „Handbuchteil" (Anhang I) bietet in Form eines Repertoires Informationen zu politischen Parteien, die von den Länderbearbei-

tern als politisch und/oder gesellschaftlich „einflussreich", im Sinne von Politik mitbestimmend und/oder Politik prägend, identifiziert wurden. Sei es, dass die Parteien „einflussreich" sind

- durch ihre signifikante Präsenz im Parlament und/oder in der Regierung,
- durch ihr Potential zur Mobilisierung von Opposition gegen Gesetzentwürfe oder sonstige Maßnahmen der Regierung,
- durch enge Beziehungen zu anderen mobilisierungskräftigen Akteuren wie z. B. in Tunesien die Gewerkschaften,
- durch Rekurs auf bewaffnete Gruppen (Milizen wie z. B. in Libyen).

Die Informationen zu den Parteien werden tabellarisch präsentiert und sind nach einem einheitlichen Raster aufgebaut, das u. a. das Jahr der Gründung und Legalisierung umfasst, die Wahlteilnahmen seit 2011 und gegebenenfalls die Sitzgewinne oder die Regierungsbeteiligung auflistet und auf organisatorische und programmatische Aspekte sowie das Kooperations- und Allianzverhalten eingeht.

Eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse schließt die Studie ab (Anhang II).

Mit ihren Analysen und handbuchartig dargebotenen Informationen zu den Parteien in den fünf nordafrikanischen Staaten möchte die Studie einen Beitrag leisten, um die Parteienlandschaft transparenter zu machen. Der präzisere Blick auf die politischen Parteien, ihre Orientierung und Mobilisierungskraft soll helfen, die Aussagen und Vorhersagen über politische, ideologische, kulturell-identitäre Verschiebungen in einer für Europa wichtigen Region zu verbessern.

1| Vgl. zum Aufschwung islamistischer Organisationen und Akteure (Parteien, Vereinigungen, Prediger) in den einzelnen Ländern Nordafrikas Faath, Sigrid (Hrsg.): Islamische Akteure in Nordafrika. Aktualisierte und erweiterte Auflage, Sankt Augustin/Berlin 2016 (1. Auflage 2012) und die dort abgedruckte Auswahlbibliographie mit weiterführender Literatur zur Thematik; http://www.kas.de/wf/de/33.47389/ (letzter Abruf: 25.12.2016).

2| Vgl. aus der Fülle der inzwischen erschienenen Literatur z. B. Jünemann, Annette/Zorob, Anja (Hrsg.): Arabellions. Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und Nordafrika, Wiesbaden 2013; Joffé,

George: North Africa's Arab Spring, New York 2013; Kamrava, Mehran (Hrsg.): Fragile politics. Weak states in the Greater Middle East, London 2016; Sassoon, Joseph: Anatomy of authoritarianism in the Arab republics, Cambridge 2016; Florensa, Senen (Hrsg.): The Arab transitions in a changing world, Barcelona 2016, http://www.iemed.org/publicacions/historic-de-publicacions/monografies/11.-the-arab-transitions-in-a-changing-world (letzter Abruf: 25.12.2016) sowie Dworkin, Anthony (Hrsg.): Five years on: A new European agenda for North Africa, Brüssel: European Council on Foreign Relations 2016, http://www.ecfr.eu/page/-/FIVE_YEARS_ON_-_A_NEW_EUROPEAN_AGENDA_FOR_NORTH_AFRICA_-_ECFR-159.pdf (letzter Abruf: 25.12.2016).

3| Am 3.7.2013 wurde der am 30.6.2012 zum ersten islamistischen Staatspräsidenten gewählte Mohamed Mursi von der Freedom and Justice Party, dem vorgeworfen wurde, die Herrschaft der Muslimbruderschaft zu etablieren und nicht als Präsident aller Ägypter zu handeln, nach Massendemonstrationen vom Militär abgesetzt und inhaftiert. Die Muslimbruderschaft und ihre Partei wurden verboten und die Muslimbruderschaft im Dezember 2013 zur terroristischen Organisation erklärt.

4| Vgl. hierzu ausführlich die Länderanalysen in Faath, Sigrid (Hrsg.): Nordafrikas säkulare Zivilgesellschaften. Ihr Beitrag zur Stärkung von Demokratie und Menschenrechten, Sankt Augustin/Berlin 2016, http://www.kas.de/wf/de/33.47223/ (letzter Abruf: 25.12.2016).

5| Vgl. aus der Fülle der erschienenen Publikationen die Studie von Lynch, Marc: The new Arab wars: Uprisings and anarchy in the Middle East, New York 2016; vgl. die umfangreiche und detaillierte Analyse von Cordesman, Anthony H./Toukan, Abdullah: The underlying causes of stability and instability in the Middle East and North Africa (MENA) 2016 sowie Politi, Alessandro (Hrsg.): Arab geopolitics in turmoil. Perceptions, unknown and policies, Rom: NATO Defence College Foundation 2016, http://www.grc.net/data/contents/uploads/NDCF-Arab-Geopolitics-Feb-2016_3297.pdf (letzter Abruf: 25.12.2016).

6| Vgl. hierzu im Detail die Länderbeiträge zu Libyen und Ägypten in der vorliegenden Studie.

7| Wie z. B. die tunesische islamistische Partei für Reform und Entwicklung (Hizb al-islah wa-tanmiya), die 2014 ihren ersten Kongress abhielt; sie gewann bei den Legislativwahlen 2014 keinen Sitz, stellte 2015 ihre politische Arbeit praktisch ein und löste sich selbst auf. Im September 2016 gab ihr Gründer, Mohamed Goumani, ein ehemaliges Ennahda-Mitglied, seinen Wiedereintritt in die Ennahda-Partei bekannt.

8| Im Sommer 2016 gründete sich die Partei Mouvement Cinq Étoiles (Bewegung fünf Sterne), die sich als reformerische, zentristische Partei auf den ersten tunesischen Staatspräsidenten, Habib Bourguiba, beruft. Seit August 2016 kursierte z. B. das Gerücht, der ehemalige Premierminister Jomaa werde bald eine eigene Partei gründen. Jomaa gründete Ende Oktober 2016 jedoch keine Partei, sondern (erst einmal) einen Think Tank, „Tunisie Alternatives", der Studien und Debatten zu alternativen Problemlösungskonzepten für Tunesien erstellen bzw. organisieren soll.

9| Bei den Legislativwahlen vom Oktober 2014 wurde die Partei Nida Tounes mit 86 Sitzen stärkste Fraktion im 217 Sitze umfassenden Parlament, sie verpasste allerdings die absolute Mehrheit. Zweitstärkste Fraktion wurde mit 69 Sitzen die islamistische Partei Ennahda. Am 11.1.2016 zählte Nida Tounes nach parteiinternen Querelen, die zu Parteiaustritten geführten hatten, nur mehr 58 Deputierte. Nach Parteiwechseln zu ihren Gunsten konnte Nida Tounes erneut Sitze gewinnen

und lag zu Beginn der neuen Legislaturperiode Anfang Oktober 2016 mit 67 Sitzen knapp hinter Ennahda.

10| *Vgl. die bibliographischen Angaben der beiden Studien in den Anmerkungen 1 und 4.*

11| *Es sollen ggf. auch Neugründungen berücksichtigt werden, die ihre Zulassung (Registrierung) beantragten, aber zum Zeitpunkt der Projektdurchführung noch auf ihre Zulassung warteten.*

12| *Vgl. Sartori, Giovanni: Parties and party systems: A framework for analysis, Cambridge 1976, S. 63.*

13| *Vgl. zu den „klassischen Funktionen", die Parteien erfüllen sollen, z. B. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 15.3.2013, http://www.bpb.de/165178/aufgaben-und-funktionen?p=all (letzter Abruf: 25.12.2016).*

14| *In diesem Zusammenhang ist von Belang, welche Faktoren und Entwicklungen sich begünstigend oder hemmend auf das künftige Mobilisierungs- und Protestpotential von Parteien mit unterschiedlichem politisch-ideologischen Hintergrund und unterschiedlicher Haltung zur Stellung der Religion im Staat bzw. zum Verhältnis von Religion und Politik auswirken. Werden künftig, nach den Erfahrungen mit bewaffneten Gruppen, die ihre Gewaltakte mit dem Rekurs auf Religion begründen, eher säkular verortete Parteien oder erneut wie 2011 nach den Umbrüchen in Tunesien und Ägypten Parteien mit religiöser Referenz und islamistischen Konzepten die Politik mitbestimmen oder gar dominieren, weil sich die nichtislamistischen Parteien weiterhin zu zerstritten, zu undiszipliniert, zu unprofessionell und zu konzeptlos verhalten?*

Die ideologische Bandbreite der Parteien in Nordafrika: Historische Entwicklung und aktuelle Ausprägung

Hanspeter Mattes

Zusammenfassung

Die unterschiedlichen Kolonisationserfahrungen und die unterschiedliche koloniale Durchdringung der nordafrikanischen Gesellschaften beeinflussten in den nordafrikanischen Ländern seit dem 19. Jahrhundert die jeweils sehr spezifische Entstehungsgeschichte politischer Parteien. Die Parteibildungen folgen seither den drei Grundströmungen, die sich ihrerseits im gleichen Zeitraum herausbildeten und den ideellen Überbau für die Vereinigungen und Parteien lieferten: Gemeint sind die islamisch-reformerische (heute: islamistische), die nationalistische und die liberale Grundströmung. Die nationalistische Grundströmung ist die am stärksten diversifizierte und umfasst neben zentristischen Parteien vor allem das breite Spektrum linker Parteien. Es ist davon auszugehen, dass die islamistischen Organisationen und als Hauptvertreter der nichtislamistischen Grundströmung das zentristische Parteienspektrum auch in den nächsten Jahren Einfluss auf die politischen Entscheidungsprozesse nehmen werden. Vertreter linker und liberaler Politikauffassungen sind zwar in allen nordafrikanischen Staaten präsent und verstehen es durchaus, sich in den Medien Gehör zu verschaffen, sind aber numerisch und hinsichtlich ihrer Mobilisierungskraft zu schwach, um sich im politischen System führend zu positionieren. Dabei beinhaltet insbesondere der gegenwärtig dominierende Gegensatz zwischen islamistischen und nichtislamistischen, säkular orientierten Parteien und ihr Streben nach politischer und gesellschaftlicher Vorherrschaft auch zukünftig das größte politische Konfliktpotential.

1. Ideologische Strömungen der Parteien in Nordafrika

Politische Parteien als Vereinigungen von Individuen auf Grund gleicher Weltanschauung und Interessen mit dem Ziel, die Staatsführung zu beeinflussen oder gar zu übernehmen, sind in den nordafrikanischen Staaten ein junges, kaum hundert Jahre altes Phänomen; ihre Entstehungsgeschichte geht auf die Kolonialzeit und die Pene-

tration europäischer Politikmodelle in der Region zurück und macht Parteien damit zu einem importierten, „westlichen" Produkt. Diese Ausgangsvoraussetzung belastet die Akzeptanz von politischen Parteien bis heute, zumal nationalistische und islamistische Gruppen Parteien als Fremdkörper bzw. als „unislamisch" brandmarken.[1] Dies war auch die Ursache, warum sich islamistische Gruppen nur zögerlich und spät als Parteien konstituierten, um sich innerhalb des bestehenden politischen Systems für die Umsetzung ihrer Gesellschaftskonzeption einzusetzen.[2]

Die unterschiedlichen Kolonisationserfahrungen und die unterschiedliche koloniale Durchdringung der nordafrikanischen Gesellschaften haben in jedem nordafrikanischen Land seit dem 19. Jahrhundert zu einer jeweils sehr spezifischen Herausbildung politischer Parteien geführt. Diese Parteibildungen lassen sich indes in allen Staaten Nordafrikas (und des Nahen Ostens) drei Grundströmungen zuordnen, die sich ihrerseits im gleichen Zeitraum formierten und den ideellen Überbau für die Gründung von Vereinigungen und Parteien lieferten: gemeint sind die islamisch-reformerische (heute: islamistische), die nationalistische und die liberale Grundströmung. Diese drei Grundströmungen sind indes keine scharf voneinander abgegrenzten Phänomene, sondern zeichnen sich – wie im Falle der arabisch-islamischen Nationalisten – durch fließende Übergänge und Überlappungen aus.[3]

Die islamisch-reformerische Grundströmung,[4] an die islamistische Bewegungen des 20. und 21. Jahrhunderts anknüpfen, geht auf die Eindrücke islamischer Reisender in Europa wie jene des Ägypters Rifaa al-Tahtawi und die unaufhaltbaren Expansionsbestrebungen der europäischen Kolonialmächte zurück, so dass sich islamische Gelehrte zunehmend die Frage stellten, warum die islamisch geprägten Regionen gegenüber Europa zurückgeblieben seien.[5] Die Antwort auf diese Frage war zwar die Befürwortung von Reformen in den eigenen Gesellschaften, doch fiel die Antwort auf den Charakter der erforderlichen Reformen zweifach aus: Islamische Reformer wie Jamal al-Din al-Afghani (1839–1898) wie auch sein prominentester Schüler Mohamed Abduh (1849–1905) befürworteten zwar technische und militärische Neuerungen und Modernisierungen, doch sollte „Europa nicht blind kopiert" werden, sondern zugleich der verschüttete Bezug zu den „wahren Tugenden und Werten des Islam" wiederhergestellt werden.

Da trotz dieser Reformansätze der Kolonialismus nicht aufgehalten werden konnte, radikalisierte sich die islamisch-reformerische Strömung. Hauptvertreter der radikalisierten Strömung war die 1928 von Hassan al-Banna gegründete Muslimbruderschaft, die in der „Islamisierung der Gesellschaft" und der Gründung eines auf religiösem Recht, der Scharia, basierenden „islamischen Staates" den einzig gangbaren Weg zur Entwicklung der muslimischen Gesellschaften und der Abschüttelung des Kolonialismus bzw. der kolonial bedingten Unterentwicklung sah. Die ägyptischen Muslimbrüder waren damit die Vorreiter der sich in allen nordafrikanischen Staaten mit identischem Anliegen gründenden islamistischen Gruppen, die erst recht nach der erfolgreichen „islamischen Revolution" in Iran 1979 Aufschwung erhielten.

Die Attraktivität islamistischer Gruppen und der von ihnen propagierten „islamischen Lösung" für die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme wurde dabei umso größer, je offenkundiger die nationalistisch-sozialistischen Ideologien bei dieser Aufgabe gescheitert waren. Insbesondere die mit der Schwankung der Erdölpreise verbundenen enormen wirtschaftlichen Krisen und die missglückten Industrialisierungspolitiken waren Auslöser für die sich in Nordafrika vor allem in den 1980er Jahren ausbreitenden islamistischen Gruppen,[6] darunter die Jamaa al-islamiya (Islamische Gruppe) in Ägypten, der Mouvement de la Tendance Islamique (MTI; Bewegung islamische Tendenz; 1989 umbenannt in Mouvement Ennahda/Bewegung der Erneuerung) in Tunesien, die innerlibyschen Zellen der National Front for the Salvation of Libya, die bereits in den 1960er Jahren wurzelnde Gruppe Qiyam islamiya (Islamische Werte) in Algerien oder die Shabiba islamiya (Islamische Jugend) in Marokko.[7] Die Anfang der 1990er Jahre aus Afghanistan zurückkehrenden Islamisten, die dort gegen die sowjetische Armee gekämpft hatten, verschärften den sich anbahnenden Konflikt zwischen den säkular ausgerichteten Staatsführungen und den islamistischen Gruppen, weil sie, kampfgeschult, mit Gewalt für ihr Ziel eines „islamischen Staates" eintraten.[8]

Die nationalistische und liberale Strömung lehnten (und lehnen) hingegen den Rückgriff auf die Religion zur Modernisierung der Gesellschaften ab und plädierten in Anlehnung an Gelehrte wie Ali Abd al-Raziq für eine säkulare Entwicklung. Ali Abd al-Raziq, Autor des 1925 verfassten Werkes „Der Islam und die Grundlagen der Staats-

macht", postulierte, dass der Islam nicht wie von orthodoxen Ulama (Religionsgelehrten) behauptet untrennbar Staat und Religion[9] umfasse, sondern vielmehr „Gott (...) den Bereich der weltlichen Regierung und der diesseitigen Interessen gänzlich der menschlichen Vernunft überlassen"[10] habe. Diese Argumentation begünstigte die Ausbreitung säkularer nationalistischer Ideologien, wie sie insbesondere von überwiegend nahöstlichen Autoren wie Sati al-Husri, Chakib Arslan, Michel Aflaq oder Salah al-Din al-Bitar ausformuliert und parteipolitisch vor allem durch die Baath-Partei im Nahen Osten verfochten wurden.

Die Vertreter der säkular nationalistischen Bewegung optierten für Abgrenzung, antikolonialen Widerstand, nationale Formen der politischen Organisation bei zugleich unterschiedlich starken Anlehnungen an sozialistische und kommunistische Entwicklungskonzepte, die Rivalitäten untereinander nicht ausschlossen.[11] Der Baathismus mit seinen Ablegern in nordafrikanischen Staaten, insbesondere aber das von Gamal Abd al-Nasser nach dem Militärputsch der Freien Offiziere (1952) Anfang der 1950er Jahre in Ägypten umgesetzte und panarabisch angelegte Modell des „arabischen Sozialismus" ist hier zu verorten. Das nasseristische Verfassungsmodell war seinerseits ein Exportprodukt und zumindest bis Mitte der 1970er Jahre auch zeitweise Grundlage der Regime in Libyen, Sudan, Jemen und Syrien.[12] Diese Hochphase des arabischen Nationalismus einschließlich seiner nordafrikanischen Hauptvariante in Form des arabischen Sozialismus war aber in dem Maße dem Niedergang geweiht, in dem die politischen Versprechen sozial- und wirtschaftspolitischer Entwicklung und der Verbesserung der Lage der Bevölkerung nicht eingelöst wurden.[13] Das Scheitern der Ideologie des arabischen Nationalismus/Sozialismus führte dazu, dass sich die Bevölkerung seit den 1980er Jahren von neuen Heilsversprechen – namentlich dem von islamistischen Gruppen formulierten Credo „al-Islam – huwa al-hall" („Der Islam ist die Lösung") – eine Besserung ihrer Lage versprach.

Auch die linke (und kommunistische) Strömung bzw. die in ihr aktiven Gruppen und Parteien durchlebte ähnlich den Befürwortern des arabischen Sozialismus seit ihrer Entstehung Anfang des 20. Jahrhunderts[14] politische Höhen und Tiefen. Die arabische Linke ist zwar ein seither kontinuierlich existierendes politisches Phänomen, doch intern fragmentiert, orthodoxen Muslimen wegen ihres Säkularis-

mus suspekt (Vorwurf des Atheismus), von den kontrollobsessiven postkolonialen Regimen als Rivale und Gegner verfolgt und spätestens seit dem Zerfall der Sowjetunion 1989 ohne einflussreichen außenpolitischen Bündnispartner.[15] Andererseits sorgten die anhaltend massiven sozioökonomischen Probleme in den nordafrikanischen Staaten, die Armut der Bevölkerung insbesondere in den Regionen des Landesinnern, die Abhängigkeit von ausländischen Unternehmen und nicht zuletzt die hohe Verschuldung bei internationalen Finanzeinrichtungen sowie die Interventionen der USA und der Nato im Irak (2003) und Libyen (2011) dafür, dass die Argumentation der linken Parteien für eine Revision der nationalen Politiken im Dienste der Bürger und nationaler Interessen auf fruchtbaren Boden fiel.[16]

Die anhaltende Unterstützung für linke Parteien oder Parteienbündnisse und ihre Präsenz in den Parlamenten (Tunesien: Parteienbündnis Front Populaire/FP, Volksfront; Algerien: Parti des Travailleurs/PT, Arbeiterpartei; Marokko: Parti Socialiste Unifié/PSU, Vereinigte sozialistische Partei) zeugen von der Überzeugungs- und Anziehungskraft ihrer Interpretation der aktuellen Lage und ihrer Vitalität. Insbesondere ihre Kritik an „neokolonialer Einmischung", an der zu starken Verschuldung bei westlichen Staaten, der importierten neoliberalen Wirtschaftspolitik, der zu massiven Präsenz westlicher Nichtregierungsorganisationen und ihre Einmischung in innere Entwicklungen stoßen über die Sympathisanten des linken Spektrums hinaus bis weit in nationalistische Kreise auf Zustimmung.[17]

Im Unterschied zur nationalistischen Strömung, die bei der Umsetzung ihrer Ziele mehrheitlich auf dominante Staatsparteien oder Einheitsparteien wie in Ägypten oder Libyen die Arabische Sozialistische Union[18] setzte, optierten die Vertreter der säkularen liberalen Strömung für westliche Regierungsformen (Parlamente; Wahlen; Parteien) und stärkere politische Rechte der Bürger.[19] Die restriktiven Bedingungen bis zu den politischen Umbrüchen 2011, die Nähe zu westlichen Politikmodellen und die von Islamisten bewusst geschürte Gleichsetzung von Säkularismus mit Atheismus sorgten indes dafür, dass bis heute die liberale Strömung und die in ihr verankerten politischen Parteien ohne Massenbasis blieben und ihre Förderung von Liberalen inner- und außerhalb Nordafrikas als „Herkules-Aufgabe" angesehen wird.[20]

2. Historische Entwicklung der Parteien nach Ländern

Die Entwicklung der drei Grundströmungen und der in ihnen verankerten Parteien vollzog sich in den nordafrikanischen Staaten zwangsläufig unterschiedlich, wofür der unterschiedliche Grad der Kolonisierung mitverantwortlich zeichnete: Ägypten war formal nie Kolonie, Algerien hingegen seit 1830 militärisch erobertes französisches Staatsgebiet, Tunesien (ab 1881) und Marokko (ab 1912) bis 1956 französische Protektorate und Libyen war zwar Ziel eines 1911 einsetzenden blutigen Kolonialkrieges, aber de facto nur wenige Jahre bis zum Zweiten Weltkrieg „quarta sponda" („vierte Küste") des italienischen Mutterlandes.

In Abgrenzung zu jenen Parteien, die sich als Ableger von Parteien der Kolonialmacht bzw. als Ausdruck des politischen Willens der Kolonisten konstituierten, wurden in allen nordafrikanischen Staaten bereits vor der Unabhängigkeit „national-autochthone" Parteien gegründet (Tabelle 1). Parteien spielten folglich bereits während der Dekolonisation als Ausdruck des wachsenden Nationalismus und Strebens nach Unabhängigkeit als auch in der Zeit nach Erlangung der Unabhängigkeit als Formgeber der neuen institutionellen Ordnung eine zentrale Rolle.

Ägypten

Die Gründung der ersten ägyptischen Parteien geht auf den Beginn des 20. Jahrhunderts zurück, als sich politisch bewusste Ägypter zur Einflussnahme auf die zunehmend von Briten bestimmte Politik zuerst in politischen Zirkeln organisierten. Aus diesen Zirkeln gingen die 1906 von Anhängern des islamischen Reformers Abduh gegründete moderat-nationalistische Partei der (islamischen) Gemeinde (Hizb al-umma) und die vom Nationalistenführer Mustafa Kamil 1907 gegründete islamisch-konservative Vaterlandspartei (al-Hizb al-watani) als erste Parteibildungen hervor.[21] Ihnen folgten schnell weitere Parteien aus dem nationalistischen, liberalen und linken Spektrum nach, darunter die 1919 von Saad Zaghlul Pasha gegründete national-liberale Wafd-Partei (Delegationspartei), die eine zentrale Rolle bei der Beendigung des britischen Protektorats und der Gründung der Monarchie im Februar 1922 spielte, ferner die 1921 gegründete erste ägyptische Kommunistische Partei, die Partei der liberalen Konstitutionalisten oder die royalisti-

sche Unions-Partei (Hizb al-ittihad). Die Muslimbrüder, die sich in den 1920er Jahren formierten, verzichteten auf eine Parteigründung. Der Parteienpluralismus fand nach dem Militärputsch von Gamal Abdel Nasser vom Juli 1952[22] mit dem im Januar 1953 verhängten Parteienverbot sein abruptes Ende. Nasser optierte für die Bündelung der politischen Kräfte, was nach Zwischenetappen über die Organisation der Befreiungsfront und der Nationalen Union ab Dezember 1962 mit Gründung der Arabischen Sozialistischen Union (al-Ittihad al-ishtiraki al-arabi)[23] als „Bündnis der arbeitenden Volkskräfte Ägyptens" geschah. Die Arabische Sozialistische Union hatte als Einheitspartei bis zu ihrer Restrukturierung 1977 das Monopol zur politischen Mobilisierung inne.

Algerien

In Algerien, seit 1830 französische Siedlungskolonie, formierten sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts (jenseits der französischen Parteien, unter denen die Kommunistische Partei stark war) erste algerische nationalistische Reformbewegungen, die allerdings zunächst keine parteipolitische Organisation annahmen.[24] Zu diesen Reformbewegungen zählte erstens die 1912 gegründete Bewegung der Jung-Algerier, die auf dem reformistischen Weg über Naturalisierungen (selbst unter Verzicht des muslimischen Personalstatuts) die Zukunft Algeriens mitgestalten wollten. Aus ihr ging 1927 die Fédération des Élus Indigènes hervor, ein parteiähnlicher Verband der autochthonen Algerier, die in die Lokalversammlungen (Gemeinderäte) gewählt worden waren. Einer der Hauptvertreter war Ferhat Abbas, der 1943 sein „Manifest an das algerische Volk" veröffentlichte, das deutlich nationalistische Züge trug und die spätere Annäherung an die Nationale Befreiungsfront FLN (Front de Libération Nationale) vorbereitete. Die zweite Gruppierung innerhalb der Reformbewegung war der 1919 von Emir Khaled gegründete Bloc des Algériens Musulmans Élus (Block der gewählten muslimischen Algerier), der als Folge seiner traditionalistischen, islamischen Prägung mehr Bürgerrechte und politische Mitbestimmung unter Wahrung des muslimischen Personalstatuts anstrebte. Die aus dem Block hervorgehende Association des Oulémas Musulmans Algériens (Vereinigung der algerischen muslimischen Religionsgelehrten; gegründet 1931 in Constantine) war zwar laut Statut strikt „apolitisch", sie verfolgte aber mit dem Credo des muslimischen Reformers Scheich Ben Badis: „L'islam est ma religion,

l'arabe ma langue, l'Algérie ma patrie" („Der Islam ist meine Religion, Arabisch meine Sprache, Algerien mein Heimatland") deutlich (partei-)politische Ziele. Die dritte Reformströmung entstand ab Mitte der 1920er Jahre. Die von Messali Hadj 1926 in Paris gegründete, von modernen sozial- und nationalrevolutionären Ideen beeinflusste Partei L'Étoile Nord-Africaine (ENA; Stern Nordafrikas) forderte als erste Partei der autochthonen Algerier unverblümt u. a. die volle Unabhängigkeit Algeriens, den Abzug der französischen Besatzungsarmee und die Rückgabe des geraubten Agrarlandes.[25] Nachfolgeorganisation der 1929 verbotenen Partei ENA war die 1937 ins Leben gerufene Partei des algerischen Volkes PPA (Parti du Peuple Algerien), die ein nahezu ähnliches Programm wie zuvor die Partei ENA vertrat. Nach dem Verbot aller Parteien unter der Vichy-Regierung (1940–1943) reaktivierte sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auch in Algerien wieder das Parteileben. Ferhat Abbas gründete die eher dem Kleinbürgertum nahestehende Union Démocratique du Manifeste Algérien (UDMA; Demokratische Union des algerischen Manifestes), deren Programm: „Ni assimilation, ni nouveaux maîtres, ni séparatisme" („Weder Assimilierung, noch neue Beherrscher, noch Separatismus") allerdings Nationalisten wenig überzeugte und daher keine große Schlagkraft entwickeln konnte. Die Anfang 1947 von Messali Hadj gegründete Bewegung für den Triumph der Freiheiten MTLD (Mouvement pour le Triomphe des Libertés) erreichte mit ihrem populistisch-nationalistischen Diskurs zwar breite Volksschichten, konnte sich letztlich aber gegenüber einem reformunwilligen Kolonialregime ebenfalls wenig durchsetzen. Spätestens der Ausbruch des algerischen Befreiungskrieges unter Führung der Nationalen Befreiungsfront FLN am 1. November 1954 verdeutlichte, dass alle Versuche der algerischen Nationalisten, auf friedlichem Wege Reformen zu erzielen, gescheitert waren.[26]

Libyen

In Libyen sind politische Parteien im engeren Sinne eine Erscheinung, die erst nach der Niederlage Italiens im Zweiten Weltkrieg konkretere Formen annahm. Sowohl vor als auch nach der Eroberung Libyens durch Italien (ab 1911) spielten weniger Parteien denn Einzelpersönlichkeiten eine Rolle; dies gilt auch für die kurzfristig von 1918 bis 1922 bestehende Republik Tripolitanien, die vor allem von Sulaiman al-Baruni und Ramadan al-Suwehli geprägt wurde. Erst im Kontext der angestrebten Unabhängigkeit formierten sich

aus allen Strömungen rekrutierende, aber allesamt nationalistisch (pro-Unabhängigkeit) ausgerichtete Parteien, die sich bereits vorher in Form von politischen Clubs zusammengefunden hatten. Beispiele hierfür sind die 1946 in Ostlibyen aktive Nationale Front (Jabha wataniya) und der Omar-al-Mukhtar-Club, deren Ziel die Proklamation des Führers (Emirs) der religiösen Sanusi-Bruderschaft, Mohamed Idris, zum König von Libyen war. Ferner sind die gleichfalls 1946 in Tripolis von Ahmad al-Faqih Hassan gegründete Nationalpartei (al-Hizb al-watani) und die Vereinigte Nationale Front (al-Jabha al-wataniya al-muttahida), beide konservativ und zur Monarchie tendierend, sowie der Freie Nationale Block (al-Kutla al-wataniya al-hurra), republikanisch, säkular und folglich gegen die Sanusi-Bruderschaft eingestellt, zu nennen. Die 1947 von Bashir Ben Hamza gegründete Arbeiterpartei und die 1948 gegründete Liberale Partei sind zwei weitere Beispiele. Mit der Erlangung der Unabhängigkeit Libyens und der Proklamation des Vereinigten Königreiches Libyen am 24. Dezember 1951 verloren die bestehenden Parteien, deren Hauptprogrammpunkt die Erlangung der Unabhängigkeit gewesen war, ihre Existenzberechtigung, weil weitergehende Programme gefehlt hatten. Diese Schwäche zeigte sich bereits bei den ersten Parlamentswahlen im Februar 1952, mit der Folge, dass König Idris gewalttätige zwischenparteiliche Auseinandersetzungen über das Wahlergebnis zum Anlass nahm, die Parteien zu verbieten und nur noch über Notabeln und Stammesführer zu regieren.[27]

Marokko

Die Parteiengeschichte Marokkos reicht gleichfalls in die französische Protektoratszeit zurück. Im Dezember 1943 konstituierten sich nach ersten seit 1937 laufenden Bemühungen die marokkanischen Nationalisten unter Führung von Allal al-Fassi in der Unabhängigkeitspartei PI (Parti de l'Istiqlal), die erste autochthone Parteiengründung Marokkos. Ihr folgte 1946, gleichfalls in der Nationalbewegung verwurzelt, die Demokratische Partei der Unabhängigkeit PDI (Parti Démocratique de l'Indépendance). Kurz nach der Unabhängigkeit (März 1956) gründeten sich schließlich zwei weitere Parteien, die in der politischen Entwicklung des postkolonialen Marokko eine wichtige Rolle spielen sollten: Dies waren die im berberophonen Milieu verhaftete national-liberale Volksbewegung MP (Mouvement Populaire, gegründet 1957) und die Nationale Union der Volkskräfte UNFP (Union Nationale des Forces Populaires, gegründet 1959).

Tunesien

Die Parteigeschichte Tunesiens ist eng mit dem Kampf gegen das französische Protektorat verknüpft. So gründete Abdelaziz Taalbi 1920 die Destour-Partei (Verfassungspartei), die im städtischen, religiös geprägten Milieu verankert war und über konstitutionelle Reformen langfristig eine Überwindung des Protektorats anstrebte. Diese Vision war der jungen, säkular orientierten Generation zu wenig aktivistisch und nationalistisch; auf dem Parteikongress von Ksar Hellal radikalisierten sich deshalb die Nationalisten unter Führung von Habib Bourguiba und Taher Sfar und gründeten die Neue Verfassungspartei PND (Parti Néo-Déstourien), die wie auch die 1934 gegründete Kommunistische Partei Tunesiens PCT (Parti Communiste Tunisien) den Kampf für die schnelle Dekolonisation aufnahm. Nach der Unabhängigkeit Tunesiens im März 1956 und der Wahl Bourguibas im April 1956 zum Präsidenten der Verfassunggebenden Versammlung bzw. im Juli 1957 zum ersten Präsidenten der Republik Tunesien festigte sich die Macht der von ihm präsidierten Partei PND, die nachfolgend die zentrale staatstragende Partei wurde.

Tabelle 1: Parteien während der Kolonialzeit und der Dekolonisationsperiode (Auswahl)

Staat	Partei (Gründungsdatum)	Ideologische Ausrichtung
Ägypten	Hizb al-umma/Partei der (islamischen) Gemeinde (1906)	nationalistisch, konservativ-islamisch
	al-Hizb al-watani/ Vaterlandspartei (1907)	nationalistisch
	Wafd Party/Delegationspartei (seit 1919)	nationalistisch, säkular, liberal
	Egyptian Communist Party (1920)	nationalistisch, kommunistisch
	Hizb al-ittihad/Unionspartei (1924)	nationalistisch, monarchisch
Algerien	L'Étoile Nord-Africaine, ENA/ Stern Nordafrikas (1926)	nationalistisch

Staat	Partei (Gründungsdatum)	Ideologische Ausrichtung
Fortsetzung Algerien	Parti du Peuple Algérien, PPA/Partei des algerischen Volkes (1937)	nationalistisch
	Mouvement pour le Triomphe des Libertés, MTLD/Bewegung für den Triumph der Freiheiten (1946; Nachfolgepartei von PPA)	nationalistisch
	Union Démocratique du Manifeste Algérien, UDMA/ Demokratische Union Algerisches Manifest (1946)	nationalistisch
Libyen	al-Jabha al-wataniya al-muttahida/Vereinigte nationale Front (1946)	nationalistisch, monarchisch
	al-Hizb al-watani/ Vaterlandspartei (1946)	nationalistisch
	al-Kutla al-wataniya al-hurra/Freier nationaler Block (1946)	nationalistisch, republikanisch
Marokko	Parti de l'Istiqlal, PI/Unabhängigkeitspartei (1943)	nationalistisch, konservativ
	Parti Démocratique de l'Indépendance, PDI/Demokratische Partei der Unabhängigkeit (1946)	nationalistisch
	Mouvement Populaire, MP/ Volksbewegung (1957)	nationalistisch
	Union Nationale des Forces Populaires, UNFP/Nationale Union der Volkskräfte (1959)	nationalistisch, sozialistisch
Tunesien	Parti Déstourien, PD/ Verfassungspartei (1920)	nationalistisch, moderat

Staat	Partei (Gründungsdatum)	Ideologische Ausrichtung
Fortsetzung Tunesien	Parti Néo-Déstourien, PND/ Neo-Verfassungspartei (seit 1934)	nationalistisch, aktivistisch
	Parti Communiste Tunisien, PCT/Tunesische kommunistische Partei (seit 1934)	nationalistisch, kommunistisch

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

3. Parteien in den postkolonialen Nationalstaaten

Mit Ausnahme Libyens, wo bereits wenige Monate nach der Unabhängigkeit 1951 von König Idris I. jegliche Parteiaktivität verboten wurde, waren in den anderen nordafrikanischen Staaten die politischen Parteien zumindest formal zentrale Akteure. Formal deshalb, weil die Parteien zwar die Abgeordneten der regelmäßig gewählten Parlamente stellten und für die Gesetzgebung verantwortlich waren; die neopatrimonialen Mechanismen der etablierten Präsidialregime und die dominanten politischen Führungspersönlichkeiten reduzierten allerdings die Parteien zu Instrumenten, die ihre Politik umzusetzen hatten und nicht umgekehrt.[28] Diese Funktionsweise wurde durch die Einparteienregime unterstützt, die sich nach der Unabhängigkeit herausbildeten, und sie galt selbst im Königreich Marokko, wo seit 1963 in allen Verfassungen ein Mehrparteiensystem festgeschrieben wurde, weil die dominante Rolle des Königs und sein politischer Gestaltungswille von vielen Parteien anerkannt wurde und parteipolitische Opposition wenig Spielraum und Einfluss hatte.

Ägypten

In Ägypten bestimmte die Arabische Sozialistische Union (ASU) seit ihrer Gründung im Dezember 1962 als Einheitspartei die parteipolitische Landschaft und sollte die Dominanz der „progressiven Volkskräfte" (Bauern und Arbeiter) im Parlament sowie den sozialistischen Entwicklungsweg absichern. Die Niederlage im Sechstagekrieg 1967 gegen Israel, nicht überwindbare wirtschaftliche Probleme, die 1969 zu sozialen Protesten führten, programmatische Defizite über die benutzten Schlagworte hinaus sowie der Tod von Staatspräsident und ASU-Gründer Gamal Abdel Nasser im Septem-

ber 1970 zeigten indes schnell das Unvermögen der ASU, sich politisch im postnasseristischen Ägypten zu behaupten.

Nassers Nachfolger im Präsidentenamt, Anwar al-Sadat, distanzierte sich von den sozialistischen Zielen der ASU und leitete 1974 seine Infitah-Politik (Öffnungspolitik) ein. Diese Öffnungspolitik erfasste ab 1976 auch den politischen Bereich und führte zum kontrollierten Übergang der ASU in zunächst drei „Plattformen" (links, zentristisch, rechts). Aus diesen drei Plattformen entwickelten sich 1977 drei Parteien: die linke Nationalprogressive Organisation, die zentristische Ägyptisch-arabische sozialistische Organisation und die rechte Liberalsozialistische Organisation.[29] Aus der Nationalprogressiven Organisation formierte sich im Oktober 1977 die National Democratic Party (NDP; al-Hizb al-watani al-dimuqrati), die zunächst unter dem Vorsitz von Staatspräsident Sadat, ab 1981 unter dessen Nachfolger Husni Mubarak bis zu ihrem Verbot am 16. April 2011 als dominante Staatspartei fungierte. Die anderen seit 1978 vom Parteienkomitee legalisierten rund zwei Dutzend Parteien, darunter mit als Erste die 1977 rekonstituierte New Wafd Party (Neue Delegationspartei), die Liberal Socialists Party (Partei der sozialistischen Liberalen), die National Progressive Unionist Party (kurz auch: Tagammu Party), die Egyptian Communist Party und die Egyptian Islamic Labour Party, umfassten das ganze Spektrum der klassischen Grundströmungen.[30] Angesichts der Übermacht der NDP konnten sie allerdings auf den Verlauf der politischen Entwicklung nur geringen Einfluss nehmen.

Algerien

Auch in Algerien mündete die langjährige dominante Herrschaft der sozialistisch ausgerichteten Nationalen Befreiungsfront FLN (Front de Libération Nationale), die mittels ihres militärischen Armes im Juli 1962 die Unabhängigkeit Algeriens erkämpft hatte, nach wirtschaftlichen Schwierigkeiten Ende der 1980er Jahre in eine Phase politischer Öffnung. Diese Öffnungsphase verlief allerdings wesentlich abrupter und unkontrollierter als in Tunesien. Seit dem zweiten FLN-Kongress von Tripolis im Juni 1962 war der FLN die mit der Umsetzung der „Politik der Nation" beauftragte Institution;[31] in der Verfassung von 1963 und der 1964 verabschiedeten „Charta von Algier" wurde diese Rolle der Partei explizit festgeschrieben. Der FLN sollte im Hinblick auf den angestrebten Sozialismus die Massen

mobilisieren, organisieren und erziehen.[32] Der FLN als Ausdruck des Volkswillens war folglich die einzig legalisierte Partei und besetzte sowohl unter Staatspräsident Ben Bella (1962–1965) als auch unter den Staatspräsidenten Houari Boumediène (1965–1978) und Chadli Bendjedid (1979–1992) bis zur Verfassungsmodifikation vom Februar 1989 monopolistisch die parlamentarischen Institutionen sowie die Staats- und Regierungsämter.

Oppositionelle Aktivitäten außerhalb des FLN wurden verfolgt. Dies galt vor allem für die in den 1980er Jahren politisch aktiv gewordene islamistische Bewegung. Der säkulare FLN-Staat und der propagierte Sozialismus des Regimes waren der islamistischen Bewegung ein Dorn im Auge und sie schreckte auch vor bewaffneten Aktionen nicht zurück, wie die 1981 von Mustafa Bouiali gegründete Bewaffnete islamische Bewegung (MIA; Mouvement Islamique Armé) bewies.

Die Anfang Oktober 1988 landesweit ausgebrochenen Unruhen, eine Folge der wirtschaftspolitischen Krise und des Unvermögens der Staatspartei FLN, ihrer Herr zu werden, waren Auslöser für eine grundlegende Revision des politischen Systems, deren zentraler Schritt in der hastigen Umsetzung einer Verfassungsmodifikation (23. Februar 1989) bestand. Kern dieser Verfassungsmodifikation war die Zulassung von „Vereinigungen politischen Charakters" (Parteien).[33] Dieser schwerwiegende Systemeingriff führte nicht nur zur Legalisierung teils bereits vorher im Untergrund aktiver Parteien wie der Front sozialistischer Kräfte FFS (Front des Forces Socialistes; gegründet 1963 als Abspaltung des FLN) oder der Partei der sozialistischen Avantgarde PAGS (Parti de l'Avant-Garde Socialiste; gegründet 1966 als Nachfolgerin der früheren Kommunistischen Partei Algeriens). Es kam auch zur Neukonstituierung politischer Formationen, darunter islamistische Parteien wie die Islamische Heilsfront FIS (Front Islamique du Salut).[34] Im FIS kanalisierte sich die langjährige Unzufriedenheit mit dem FLN; von den neuen Handlungsspielräumen profitierte folgerichtig der FIS am meisten. Der sich abzeichnende Sieg des FIS bei der Parlamentswahl im Dezember 1991/Januar 1992 konnte von der Staatsführung und dem FLN nur durch den Abbruch des Wahlprozesses und die Entmachtung von Präsident Bendjedid durch einen Höchsten Staatsrat am 11. Januar 1989 verhindert werden. Der bewaffnete Widerstand des FIS[35] und anderer islamistischer Gruppen gegen diesen Schritt stürzte Algerien in einen Bürgerkrieg.

Der von Präsident Zéroual (1995–1999) vorbereitete und von dem 1999 gewählten Präsidenten Abdelaziz Bouteflika mit einem nationalen Dialog umgesetzte Versöhnungsprozess stellte spätestens seit der Parlamentswahl im Mai 2002 die Machtposition des FLN wieder her. Der FLN muss sich diese Machtposition aber seither (Parlamentswahlen 2007, 2012) mit dem Rassemblement National Démocratique (RND; Nationale demokratische Sammlungsbewegung) teilen.[36] Der RND, im Vorfeld der Parlamentswahlen vom Juni 1997 von Ex-Premierminister Ahmed Ouyahia gegründet, ist wiederum eine Abspaltung des FLN, der wirtschaftspolitisch für Privatisierungen und mehr Privatwirtschaft steht. Die islamistischen Parteien, u. a. die Bewegung für eine Gesellschaft des Friedens MSP (Mouvement de la Société pour la Paix) und die Bewegung für islamische Wiedergeburt (Mouvement de la Renaissance Islamique), die sich explizit von Gewalt als politischem Mittel distanzieren mussten, um ihre legale Existenz nicht zu gefährden, spielen trotz einer gewissen Gunst in Ex-FIS-Wählerkreisen nur eine nachgeordnete Rolle.[37] Gleiches gilt aber auch für die Parteien der anderen politischen Grundströmungen.[38]

Libyen

In Libyen gab es in der fast sechzigjährigen Periode 1952 bis 2011, die sich durch das Verbot von Parteien bzw. parteipolitischer Aktivitäten auszeichnete, nur eine kurze Ausnahmephase. Der libysche Revolutionsführer Muammar al-Qaddafi, der am 1. September 1969 König Idris I. gestürzt hatte und sich offen zum Nasserismus bekannte, übernahm ab 1971 das Modell der Arabischen Sozialistischen Union (ASU) als „revolutionäre Einheitspartei", die als unionistische „Allianz der Volkskräfte" eingestuft wurde, die den Willen des Volkes kanalisiert und zum Ausdruck bringt. Offiziell im Juni 1971 gegründet, enttäuschte sie aber bereits Ende 1972 die Erwartungen Qaddafis hinsichtlich der Massenmobilisierung und der sozioökonomischen Entwicklung.

Mit der im März 1973 (Rede von Zuwara) eingeleiteten „Volksrevolution" und der Befürwortung direktdemokratischer Strukturen mutierte das System der ASU ab 1976 in das Basisvolkskonferenzen-Volkskomitee-System, dessen ideologische Grundlage und politische Handlungsanleitung das von Qaddafi seit 1976 verfasste „Grüne Buch" war. Seit der sogenannten Proklamation der Volks-

herrschaft am 2. März 1977 galt die ASU für aufgelöst und wurde das bereits 1972 verordnete generelle Parteienverbot, von dem nur die ASU ausgenommen worden war, wieder voll in Kraft gesetzt.[39]

Marokko

In Marokko wurde der Wunsch der Istiqlal-Partei (Unabhängigkeitspartei), nach der Unabhängigkeit Marokkos ein Einparteiensystem zu begründen, von dem damals regierenden König Mohamed V. zurückgewiesen; er plädierte für ein Mehrparteiensystem und befürwortete die zügige Gründung neuer Parteien. So formierte sich 1957 der Mouvement Populaire (MP; Volksbewegung) und 1959 die Union Nationale des Forces Populaires (UNFP; Nationale Union der Volkskräfte). Die Gründung weiterer Parteien setzte allerdings erst unter seinem Sohn und Nachfolger im Amt, König Hassan II. (1961–1999), ein.

Seit den 1970er Jahren erfolgte eine kontrollierte Öffnung des Parteienspektrums. Dreizehn Parteien, teils tatsächliche Neugründungen, teils Abspaltungen bereits bestehender Parteien, entstanden und das linke, sozialistische, liberale und islamistische Spektrum differenzierte sich aus.[40] Wichtigste Neugründungen der linken, sozialistischen Strömung waren die Partei für Fortschritt und Sozialismus PPS (Parti du Progrès et du Socialisme, gegründet 1974), die Union sozialistischer Volkskräfte USFP (Union Socialiste des Forces Populaires; gegründet 1975),[41] die marxistisch ausgerichtete Partei des demokratischen Weges (Parti Annahj addimoqrati, gegründet 1995). Die liberale Strömung wurde durch die Nationale Sammlungsbewegung der Unabhängigen RNI (Rassemblement National des Indépendants, gegründet 1978), die Verfassungsmäßige Union UC (Union Constitutionnelle, gegründet 1983) sowie die Demokratische und soziale Bewegung MDS (Mouvement Démocratique et Social, gegründet 1996) erweitert.

Zur dominanten Partei im islamistischen Lager wurde die 1998 gegründete Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung PJD (Parti de la Justice et du Développement), die allerdings keine direkte Neugründung war. Der PJD resultierte aus der 1997 eingeleiteten Übernahme und Umfirmierung der bereits 1968 von Abdelkrim al-Khatib ins Leben gerufenen Demokratischen und verfassungsmäßigen Volksbewegung MDPC (Mouvement Populaire Démocratique et Constitutionnel) durch Islamisten.

Eine noch weitere Ausdifferenzierung der Parteienlandschaft vollzog sich unter dem seit 1999 herrschenden König Mohamed VI. und der von ihm forcierten demokratischen Öffnung. Allein zwischen 1999 und 2011 wurden 20 Parteien legalisiert, darunter viele mit liberaler Ausrichtung. Wichtigste islamistische Neugründung mit der Intention, salafistische Persönlichkeiten in den politischen Prozess zu integrieren, war die Partei für Erneuerung und Tugend PRV (Parti de la Renaissance et de la Vertu, gegründet 2005 von Mohamed Khalidi); wichtigste Gründung des zentristischen sozialliberalen Lagers war die Partei für Authentizität und Moderne PAM (Parti Authenticité et Modernité), die ein Jahr nach den Legislativwahlen von 2007 von dem Königsvertrauten Fuad Ali El Himma gegründet wurde, um als säkular ausgerichtete Sammlungsbewegung bei kommenden Wahlen einen Gegenpol zum islamistischen PJD zu schaffen. Das ökologische Lager stärkte hingegen die im Mai 2010 gegründete „ökosozialistische" Partei der grünen Linken (Parti de la Gauche Verte).

Tunesien

In Tunesien gab es nach der Unabhängigkeit den schnellen Weg in die faktische Einparteienherrschaft der Neo-Destour-Partei (PND; Parti Néo-Déstourien),[42] weil der zweiten existierenden Partei, der Kommunistischen Partei Tunesiens, im Dezember 1962 die Verwicklung in ein Staatskomplott vorgeworfen wurde, was am 8. Januar 1963 das Verbot der Partei nach sich zog. Ab diesem Zeitpunkt war die von Staatspräsident Habib Bourguiba in Personalunion präsiderte Neo-Destour-Partei die einzig legale Partei. Zugleich straffte Staatspräsident Bourguiba auf dem siebten PND-Parteitag im Oktober 1964 in Bizerte die Parteistrukturen und beauftragte – beeinflusst von der von Ägypten ausgehenden arabisch-sozialistischen Grundströmung – seinen innerparteilichen Mitstreiter Ahmed Ben Salah mit der Durchsetzung eines sozialistischen Wirtschaftskonzeptes, dessen Kern Kooperativen im Agrar- und Handelssektor sein sollten.[43] Die Partei selbst spiegelte diesen Kurswechsel in der Umbenennung in Sozialistische Verfassungspartei (PSD; Parti Socialiste Déstourien) wider.

Das wirtschaftspolitische Scheitern dieses Kollektivierungs- und Verstaatlichungskurses brachte zwar 1969 die Entlassung Ben Salahs, nicht aber das Ende der PSD-Alleinherrschaft, die noch bis 1981 andauerte. Auslöser für die Liberalisierung nach 1981 und

die anschließende Zulassung neuer Parteien war der Angriff eines tunesischen bewaffneten Kommandos auf die südtunesische Bergbaustadt Gafsa im Januar 1980 und die sich verschärfende wirtschaftliche Lage. Ein PSD-Sonderparteitag im April 1981 reagierte darauf mit Liberalisierungsbeschlüssen. Als erste Partei rekonstituierte sich am 18. Juli 1981 die Kommunistische Partei Tunesiens, der 1983 zwei weitere Parteien, die Bewegung der Sozialdemokraten MDS (Mouvement des Démocrates Socialistes) und die sozialistisch-panarabische Partei der Volkseinheit PUP (Parti d'Unité Populaire) folgten. Die Rolle des PSD als dominante Staatspartei war allerdings zu keinem Augenblick gefährdet.

Die kontrollierte Pluralisierung der Parteienlandschaft setzte sich auch nach der Absetzung von Staatspräsident Habib Bourguiba durch Premierminister Zine El-Abidine Ben Ali am 7. November 1987 fort. Im Zuge des nationalen Dialoges Ende 1988 wurden die Sozialliberale Partei PSL (Parti Social-Libéral) und die sozialistisch-panarabisch orientierte Partei UDU (Union Démocratique Unioniste; Demokratisch-unionistischer Zusammenschluss) gegründet. Im Oktober 2002 folgte die Zulassung der sozialdemokratisch ausgerichteten Partei Forum für Arbeit und Freiheiten (Forum Démocratique pour le Travail et les Libertés, FDTL; auch kurz „Ettakatol", Forum, genannt). Die Partei FDTL entstand aus einer Abspaltung vom MDS. Im März 2002 wurde schließlich die ökologische Partei der Grünen für den Fortschritt PVP (Parti des Verts pour le Progrès) legalisiert. Islamistische Parteien blieben weiterhin verboten. Die Regierungspartei PSD selbst änderte auf dem vom neuen Staatspräsidenten und Parteivorsitzenden Ben Ali für Juli 1988 anberaumten „Rettungskongress" ihren Namen in Rassemblement Constitutionnel Démocratique (RCD; Konstitutionelle demokratische Sammlungsbewegung). Als anhaltend dominante Staatspartei erzielte die Partei bei den Parlamentswahlen 1989, 1994, 1999, 2004 und 2009 jeweils erdrückende Mehrheiten.[44] Nach dem Machtwechsel vom Januar 2011 wurde die Regierungspartei RCD am 21. Februar 2011 aufgelöst.[45]

Tabelle 2: Politikbeeinflussende Parteien der postkolonialen Periode bis 2011 (Auswahl)

Staaten	Parteien (Gründungsdatum)	Ideologische Ausrichtung
Ägypten	Arab Socialist Union/ASU (1962–1977)	sozialistisch; stark geprägt von Gamal Abdel Nasser; sie gilt deshalb als „nasseristische" Partei
	National Democratic Party/ NDP (1978–2011)	nationalistisch
Algerien	Front de Libération Nationale, FLN/Nationale Befreiungsfront (seit 1954)	nationalistisch, bis in die 1990er Jahre sozialistisch
	Rassemblement National Démocratique, RND/Nationale demokratische Sammlungsbewegung (Abspaltung vom FLN 1997)	nationalistisch
	Front Islamique du Salut, FIS/Islamische Heilsfront (1989–1992)	islamistisch
Libyen	Arab Socialist Union/ASU (1970–1977), danach direktdemokratisches System bis 2011	nasseristisch
Marokko	Parti de l'Istiqlal, PI/Unabhängigkeitspartei (1943)	national-konservativ
	Mouvement Populaire, MP/ Volksbewegung (1957)	national-liberal; Amazigh-orientiert (pro-Rechte der berberophonen Bevölkerung)
	Parti du Progrès et du Socialisme, PPS/Partei für Fortschritt und Sozialismus (1974)	kommunistisch

Staaten	Parteien (Gründungsdatum)	Ideologische Ausrichtung
Fortsetzung Marokko	Union Socialiste des Forces Populaires, USFP/Union sozialisischer Volkskräfte (1975)	sozialistisch
	Rassemblement National des Indépendants, RNI/ Nationale Sammlungs-bewegung der Unabhängi-gen (1978)	liberal
	Union Constitutionnelle, UC/ Verfassungsunion (1983)	liberal-konservativ
	Parti de la Justice et du Développement, PJD/Partei für Gerechtigkeit und Ent-wicklung (1998)	islamistisch
Tunesien	Parti Néo-Destourien, PND/ Neo-Destour-Partei bzw. Neo-Verfassungspartei (1934); Umbenennung in: Parti Socialiste Déstou-rien, PSD/Sozialistische Destour-(Verfassungs-) Partei; erneute Umbenen-nung 1988 in: Rassem-blement Constitutionnel et Démocratique, RCD/ Konstitutionelle demokrati-sche Sammlungsbewegung (2011 aufgelöst/verboten)	nationalistisch, (zeitweise sozialis-tisch: 1962–1969)

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

4. Folgen der Umbrüche des Jahres 2011 für die Parteien

Die mit dem Sturz des tunesischen Präsidenten Zine El-Abidine Ben Ali am 14. Januar 2011 ausgelösten politischen Umbrüche in Nord-afrika und Nahost hatten vielfältige politische, wirtschaftliche und soziale Auswirkungen.[46] Die politischen Auswirkungen zeigten sich

u. a. in formalen Umgestaltungen der politischen Systeme durch eine zumindest partielle Stärkung der Parlamente. Die neuen, seit 2011 verabschiedeten Verfassungen (Marokko 2011; Tunesien 2014; Ägypten 2012 und 2014; Algerien 2016) und Libyens provisorische Verfassungserklärung vom August 2011 lassen den jeweiligen Grad dieser machtpolitischen Verschiebung erkennen. Gestärkte Parlamente bedeuten implizit auch eine Aufwertung der nationalen Parteiensysteme, da die im Rahmen der Legislativwahlen[47] gewählten Abgeordneten allesamt bis auf den Sonderfall Libyen[48] Mitglieder politischer und rivalisierender Parteien sind.

4.1. Eine „Parteienexplosion" seit 2011

Weitaus wichtiger als diese Verfassungsentwicklungen seit 2011 und die damit einhergehenden Reformen der Parteiengesetzgebung (Ägypten: März 2011, Juni 2014, Juli 2015; Algerien: Januar 2012; Tunesien: September 2011; Marokko: November 2011) waren die im Rahmen der Umbrüche und Machtwechsel erfolgten politischen Öffnungsprozesse, die in Ägypten und Tunesien mit dem Verbot der NDP bzw. des RCD die Dominanz der Staatsparteien beendeten; in Libyen wurde mit dem Sturz Qaddafis das Monopol des Systems der Basisvolkskonferenzen aufgehoben.

Die neuen Handlungsspielräume wurden von politischen Akteuren aller ideologischen Strömungen zügig genutzt: Die Gründung zahlreicher politischer Parteien war eine Ausdrucksform dieses 2011 einsetzenden neuen politischen Aktivismus. Allerdings erfolgte nicht jede Parteigründung ausschließlich im Hinblick auf die Beteiligung an Wahlen und die Einflussnahme auf die weitere politische Entwicklung. Vielen Parteigründungen lagen sehr persönliche Beweggründe ihrer Initiatoren und materielle Interessen zugrunde.

Tatsache ist, dass in den nordafrikanischen Staaten Tunesien, Libyen und Ägypten nach den politischen Machtwechseln des Jahres 2011 eine „Explosion" von Parteigründungen festzustellen ist.[49] So wurden seit 2011 in Ägypten rund 100 Parteien, in Libyen 130 Parteien und in Tunesien seit der Liberalisierung der Parteienzulassung am 20. Januar 2011 allein in den ersten sechs Monaten 92 Parteien neu gegründet; nach Angabe des tunesischen Innenministeriums waren im Oktober 2016 206 Parteien legalisiert.

Dieser schnelle Gründungsprozess weist schon darauf hin, dass viele Parteien nur lokal oder regional verankert sind, also weder über landesweite parteipolitische Strukturen noch eine große Mitgliederzahl verfügen. Die Quantität der Parteien darf folglich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Mehrzahl der Parteien „Einmannparteien" ohne realen politischen Einfluss sind, die bei Wahlen keinen Sitz oder höchstens einen Sitz erzielen. Die marokkanische Presse prägte für diese Art von Kleinstparteien den arabisch-französischen Begriff „Hizbicules".[50] Sie verdanken ihre Existenz dem jeweiligen nationalen Wahlrecht, das bislang keine oder nur eine niedrige Sperrklausel kennt und damit die Zersplitterung der Parteienpräsenz in den Parlamenten begünstigt.[51]

Ausnahmen hinsichtlich der Parteigründungswelle sind Algerien und Marokko: In Algerien gab es zwar seit der von Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika angekündigten Verfassungsreform im April 2011 und der nachfolgenden Modifikation des Parteiengesetzes im Januar 2012 Parteineugründungen, doch liegt deren Zahl mit rund 25 deutlich unter den Zahlen der Neugründungen in Tunesien, Libyen und Ägypten.

In Marokko, wo sich der Prozess der Parteienausdifferenzierung bereits seit dem Amtsantritt von König Mohamed VI. 1999 vollzog, gab es seit der Verfassungsmodifikation vom 1. Juli 2011 nur noch eine Handvoll Parteineugründungen. Im September 2011 konstituierte sich als erste Parteineugründung nach 2011 der Parti du Printemps Démocratique Marocain (PPDM; Partei des demokratischen marokkanischen Frühlings). Im Januar 2014 gab der Hochschullehrer Mohamed Darif die Gründung der antiislamistisch ausgerichteten Partei (Union) der Neo-Demokraten bekannt (Parti/Union des Néo-Démocrates) und im April 2016 riefen USFP-Dissidenten um Ali El Yazghi die sozialistisch orientierte Partei Alternance Démocratique (Partei demokratischer Wandel) ins Leben.[52]

4.2. Ideologische Verortung der seit 2011 aktiven (alten und neuen) Parteien

Die seit 2011 gegründeten und offiziell zugelassenen Parteien repräsentieren alle drei ideologischen Grundströmungen. Allerdings gründeten sich weniger neue zentristische Parteien; bei den Neugründungen dominierten vielmehr vor allem islamistische, links-nationalistische und liberale Parteien.

Islamistische Parteien

Am augenfälligsten war der Aufschwung islamistischer Parteien in Tunesien, Ägypten und Libyen.[53] In allen drei Staaten wurde die Gründung von Parteien und Vereinigungen voll liberalisiert, wovon insbesondere die bislang an Parteigründungen gehinderten und nur in der Illegalität operierenden Islamisten profitierten. Mit ihren Parteigründungen polarisierten sie umgehend die Parteienlandschaft: Den bislang vorherrschenden säkular orientierten Parteien[54] bzw. dem parteilosen direktdemokratischen System in Libyen erwuchsen mit den islamistischen Parteigründungen in allen drei Staaten mobilisierungskräftige Gegner/Nachfolger: in Ägypten mit der Freedom and Justice Party (FJP) und der salafistischen Nour Party, in Libyen mit der Justice and Construction Party und in Tunesien vor allem mit der Ennahda-Partei. Über ihre Programme und ihre Gesellschaftskonzeption informieren seither umfangreiche Propagandaaktivitäten und ausgefeilte Webseiten.[55] In Algerien und Marokko blieben hingegen islamistische Parteineugründungen aus, weil sowohl die großen islamistischen Parteien, die marokkanische PJD und der algerische MSP, bereits vor 2011 gegründet und legalisiert worden waren. In Algerien schloss Premierminister Sellal zudem seit 2014 mehrfach kategorisch eine Wiederzulassung (und damit Rehabilitierung) des im März 1992 verbotenen FIS und seine Rückkehr in die Politik aus.[56]

Tabelle 3: Islamistische Parteien (Auswahl; Stand 2016)[57]

Staat	Islamistische Parteien (Jahr der Gründung)
Ägypten	Freedom and Justice Party, FJP (2011; Parteigründung der Muslimbruderschaft; Verbot und Auflösung der FJP August 2014)
	Wasat Party, Kurzform für: New Wasat Party/ Neue Partei der Mitte (1996; legalisiert 2011)
	Nour Party, Kurzform für: Party of the Light/ Partei des Lichts (2011)
	Authenticity Party (2011)
	Building and Development Party (2011)
	Homeland Party (2012)
	Strong Egypt Party (2012)

Staat	Islamistische Parteien (Jahr der Gründung)
Algerien	Mouvement de la Renaissance Islamique, MRI/ Bewegung der islamischen Erneuerung; kurz auch: Ennahda/Erneuerung (1989)
	Mouvement de la Société de la Paix, MSP/ Bewegung der Gesellschaft des Friedens (1990; legalisiert 1991)
	Mouvement pour la Réforme Nationale, MRN/ Bewegung der nationalen Reform; kurz auch: El Islah (1999)
	Front du Changement, FC/Front des Wandels (2011), Abspaltung vom MSP
	Front de la Justice et du Développement, FJD/ Front für Gerechtigkeit und Entwicklung; kurz auch: Adala/Gerechtigkeit (2012)
Libyen	Justice and Construction Party, JCP (2012)
	Umma Party (2012)
	Homeland Party (2012)
Marokko	Parti de la Justice et du Développement, PJD/ Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (1998)
	Parti de la Renaissance et de la Vertu, PRV/ Partei für Erneuerung und Tugend (2005)
Tunesien	Mouvement Ennahda/Bewegung der Erneuerung (1981 gegründet als Mouvement de la Tendance Islamique/Bewegung der islamischen Tendenz; rekonstituiert und legalisiert 2011)
	Petition Populaire pour la Liberté, la Justice et le Développement/Volkspetition für Freiheit, Gerechtigkeit und Entwicklung (2011)
	Jabhat al-islah/Reformfront (2012)
	Hizb al-asala/Partei der Authentizität bzw. Partei der (arabischen) Herkunft (2012)
	Hizb al-rahma/Partei der Barmherzigkeit (2012)
	Hizb al-tahrir/Befreiungspartei (Gründung in den 1980er Jahren; legalisiert 2012)
	Hizb al-umma/Partei der (islamischen) Gemeinde (2013)

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Zentristische Parteien

Zu dieser Rubrik werden in den nordafrikanischen Staaten einige große Parteien bzw. Regierungsparteien gezählt. Die Erfassung von sogenannten zentristischen Parteien ist allerdings schwierig, weil nicht nur der Begriff diffus ist, sondern auch das politische Profil der ihm zugeordneten Parteien. Die Zuordnung zum Label „zentristisch" erfolgt meistens über die negative Abgrenzung zu anderen parteipolitischen Ausrichtungen: Zentristische Parteien haben demzufolge kein ausgeprägtes linkes, sozialistisches oder sozialdemokratisches Profil; sie weisen auch kein nationalistisches, kein islamistisches und kein streng liberales Profil auf. Sie können aber von allem etwas in ihrem Programm haben; zentristische Parteien sind in der Regel ideologisch pragmatisch.

In Nordafrika finden sich mit Ausnahme Libyens, wo sich nur wenige zentristische Miniparteien gründeten und das Parteiwesen nach seinem fulminanten Start 2011 und der euphorischen Wahlbeteiligung im Juli 2012 seit Ausbruch des zweiten Bürgerkrieges im Mai 2014 stockt, in allen Staaten aktive zentristische Parteien. In Ägypten stellt die am 3. April 2011 gegründete liberal-zentristische Free Egyptians Party (Hizb al-misriyin al-ahrar) im 2015 gewählten Parlament mit 65 Abgeordneten (von 596) die größte Fraktion, in Tunesien galt das Gleiche für die 2012 als Gegenpol zu Ennahda gebildete Partei Nida Tounes (Ruf Tunesiens), die bei den Parlamentswahlen 2014 stärkste Partei wurde. Sie büßte ihren führenden Fraktionsstatus nach der Abspaltung der Mohsen-Marzouk-Fraktion im Januar 2016 ein. Mohsen Marzouk gründete im Frühjahr 2016 die zentristische Partei Mouvement Projet Tunisie (MPT, Bewegung Projekt Tunesien), die im Juli 2016 ihren Gründungskongress veranstaltete. In Algerien ist der Rassemblement National Démocratique (RND; Nationale demokratische Sammlung), die zweitgrößte Parlamentsfraktion nach dem FLN, als zentristische Partei einzustufen; sie ist Teil der Koalitionsregierung und hat 2016 zahlreiche Ministerposten inne. In Marokko zählt der Parti Authenticité et Modernité (PAM; Partei Authentizität und Modernität), seit den Kommunal- und Regionalwahlen vom September 2015 eine der einflussreichsten politischen Parteien, zur zentristischen Strömung. Der PAM versteht sich explizit als Gegenpol zum islamistischen PJD.

Festzuhalten bleibt, dass in Algerien und Marokko 2011 die Rückwirkungen der politischen Umbrüche in Tunesien, Ägypten und Libyen keine vergleichbaren Auswirkungen hatten. Sie führten in beiden Ländern zwar zu intensiveren Reformprozessen; eine Parteienexplosion fand hingegen nicht statt. Die politisch einflussreichen zentristischen Parteien waren in Algerien und Marokko bereits vor 2011 gegründet worden. In Tunesien und Ägypten kam es hingegen zu Neugründungen, die vom Verbot der bisherigen Staatsparteien RCD (Tunesien) und NDP (Ägypten) profitierten und in das von ihnen hinterlassene Vakuum stießen; seit 2011 erhielten die zentristischen Parteien jedoch große Konkurrenz durch die islamistischen Organisationen.

Tabelle 4: Zentristische Parteien (Auswahl; Stand 2016)

Staaten	Parteien (Jahr der Gründung)
Ägypten	New Wafd Party/Neue Delegationspartei (1978); seit 2015: Wafd Party
	Free Egyptians Party (2011); größte Fraktion im 2015 gewählten Parlament
	Justice Party (2011)
	Reform and Development Party (2011)
	The Constitution Party (2012)
	Egypt Future Party (2012)
	Future of the Homeland Party (2014)
Algerien	Rassemblement pour la Culture et la Démocratie, RCD/Sammlungsbewegung für Kultur und Demokratie (1989)
	Rassemblement National Démocratique, RND/ Nationale demokratische Sammlungsbewegung (1997)
	Parti National Algérien, PNA/Nationale algerische Partei (2012)
Libyen	National Centrist Party (2012)
Marokko	Parti Authenticité et Modernité, PAM/Partei für Authentizität und Modernität (2008)
	Parti de l'Unité et de la Démocratie, PUD/Partei für Einheit und Demokratie (2008)

Staaten	Parteien (Jahr der Gründung)
Tunesien	Parti du Centre Social, PCS/Partei des sozialen Zentrums (2011)
	Parti de la Concorde/Partei der Harmonie (2011)
	Congrès pour la Republique, CPR/Kongress für die Republik (gegründet 2001, legalisiert März 2011); seit 2011 mit zunehmend islamistischer Prägung; quasi Nachfolgepartei des CPR, der allerdings fortbesteht, ist seit 2016 die Partei Mouvement Tunisie Volonté, MTV/Bewegung Tunesien des Willens (kurz: Al-Irada)
	Nida Tounes, NT/Ruf Tunesiens (2012), gegründet als säkularer Gegenpol zur Ennahda
	Mouvement Déstourien, MD/Verfassungsbewegung (2013); 2016 Umbenennung in: Parti Déstourien Libre (Freie Verfassungspartei)
	Tounes baytona, TB/Tunesien ist unser Haus (2014)
	Mouvement Projet Tunisie, MPT/Bewegung Projekt Tunesien (2016), kurz auch: Machrou Tounes; MPT ist eine Abspaltung von Nida Tounes

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Nationalistische Parteien

Ähnlich wie für die zentristischen Parteien gilt auch für die nationalistischen Parteien, dass ihr parteipolitisches Profil schwierig einzugrenzen ist. Insofern nationalistisch in der Regel mit der Ablehnung ausländischen Einflusses und der Betonung von nationaler Souveränität und Identität verbunden ist, ergeben sich sowohl Überlappungen mit linken als auch mit islamistischen Parteien; zugleich erhält die Kooperation mit ähnlich orientierten Parteien im arabischen Raum einen hohen Stellenwert, was die Anknüpfung an panarabisches Gedankengut beinhaltet.

Inhaltlich zeigt sich das nationalistische Profil in der Kritik an den ausländischen Interventionen in Libyen und Syrien, an der zu starken Einmischung westlicher Staaten in die inneren Angelegenheiten,[58] am zu massiv empfundenen Engagement westlicher Nichtregierungsorganisationen; der Vorwurf des Neokolonialismus und Neoimperia-

lismus erlebt seit 2011 eine deutliche Renaissance.[59] Die nationalistischen Parteien sind zudem gegen die neoliberalen Reformvorschläge von Internationalem Währungsfonds und Weltbank für die nationale Wirtschaft, gegen die zu hohe Verschuldung bei westlichen Finanzinstitutionen und gegen die Freihandelspolitik der EU, die den nordafrikanischen Staaten mehr schade als nütze. Sie optieren für die Beibehaltung oder sogar den Ausbau der Staatswirtschaft und befürworten u. a. eine stärkere Politik der Armutsbekämpfung zu Lasten der bislang privilegierten Oberschicht.

Diese Positionen werden von Linksparteien und partiell von islamistischen Parteien geteilt, so dass es in der Vergangenheit, selbst vor den politischen Umbrüchen 2011, vor allem zwischen arabischen Nationalisten und Islamisten mehrfach zu Konferenzen zur Abstimmung der gemeinsamen Positionen gekommen ist.[60] Im Mittelpunkt der Kontakte zwischen Linksparteien und Islamisten stand hingegen hauptsächlich – und auch dies schon vor 2011 – die Sondierung, wie beide Strömungen dazu beitragen können, eine gemeinsame „Position des Südens"[61] zu fördern. Einzelne Parteien wie die in Ägypten 2011 gegründete Arab Unification Party vereinigen in sich beide Positionen.

Das heutige Spektrum aktiver nationalistischer Parteien setzt sich aus solchen Organisationen zusammen, die bereits vor 2011 gegründet wurden, und solchen, die sich erst nach 2011 konstituierten und die neuen Handlungsspielräume nutzten. Die Neugründungen konzentrieren sich dabei hauptsächlich in den drei Staaten, in denen Machtwechsel stattfanden[62] und beinhalten auch solche Parteien, die explizit an das „republikanische Erbe" des Nasserismus anknüpfen. In Tunesien wiederum wird von etlichen Parteien an das „republikanische Erbe" des „Bourguibismus" angeknüpft und damit auf die Ideen und Ideale des ersten Staatspräsidenten nach der Unabhängigkeit Tunesiens, Habib Bourguiba, verwiesen. Eine Ausnahme ist Libyen, wo der Nationale Übergangsrat Anfang Mai 2012 noch vor der im Juli 2012 anberaumten Legislativwahl die Verherrlichung des Qaddafi-Regimes und implizit damit auch die Gründung pro-qaddafistischer Parteien per Gesetz kriminalisierte.[63]

In Tunesien verstehen sich hingegen Parteien wie die Partei Mouvement Déstourien (Verfassungsbewegung), die sich auf ihrem ersten Parteitag am 13. August 2016 in Parti Déstourien Libre (Freie Verfassungspartei) umbenannte, als Wahrer der bourguibistischen

Tradition. Ihre Parteiprogramme sind bislang aber diffus und beinhalten nicht nur nationalistische Positionen, sondern auch solche, die sich bei zentristischen Parteien finden.

Tabelle 5: Nationalistische Parteien (Auswahl; Stand 2016)

Staaten	Parteien (Jahr der Gründung)
Ägypten	National Progressive Unionist Party, kurz: Tagammu Party (gegründet 1976; zugelassen 1992)
	Arab Unification Party (2011)
	Egyptian Arab Union Party (2011)
	Arab Democratic Nasserist Party (1992)
Algerien	Front de Libération Nationale, FLN/Nationale Befreiungsfront (1954)
	Front National Algérien, FNA/Nationale algerische Front (1995)
	Alliance Nationale Républicaine, ANR/Nationale republikanische Allianz (1995)
Libyen	Libya Our Home and Tribe Party (2012)
	The Union for Homeland Party (2012)
Marokko	Parti de l'Istiqlal, PI/Unabhängigkeitspartei (1943)
	Mouvement Populaire, MP/Volksbewegung (1957)
	Parti de la Liberté et de la Justice Sociale, PLJS/ Partei für Freiheit und soziale Gerechtigkeit (2004)
Tunesien	Parti de l'Unité Populaire, PUP/Partei der Volkseinheit (1983)
	Union Démocratique Unioniste, UDU/Demokratisch unionistischer Zusammenschluss(1988)
	Mouvement Baath/Baath-(Erneuerungs-)Bewegung (2011)
	Parti des Patriotes Démocrates Unifiés, PPDU/Partei der vereinigten demokratischen Patrioten (2011)
	Parti des Conservateurs Tunisiens, PCT/Partei der tunesischen Konservativen (2012)
	Parti Elghad/Partei des Morgen (2013)
	Parti de l'Indépendance Nationale, PID/Partei der nationalen Unabhängigkeit (2014)

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Liberale Parteien

Die neuen politischen Handlungsspielräume, die sich seit Januar 2011 eröffneten, führten auch zu einer Flut neuer liberaler Parteigründungen. Die Parteigründer waren in Bezug auf die Kapazität liberaler Parteien zur Massenmobilisierung und zur Stärkung politischer Partizipation allerdings zu optimistisch, wie die weitere Entwicklung zeigte.[64] Die Attraktivität islamistischer, teilweise auch der neuen zentristischen und linken Parteien sowie das Fehlen überzeugender eigener Konzepte zur Lösung der aktuellen Probleme war für die breitere Verankerung der liberalen Parteien hinderlich. Die numerische Bilanz an neuen liberalen Parteien fällt dabei von Land zu Land sehr unterschiedlich aus. In Algerien wie auch in Marokko gab es keine Neugründungen. In Marokko waren jedoch fünf Führungspersönlichkeiten des bereits 1978 gegründeten Rassemblement National des Indépendants (RNI; Nationale Sammlungsbewegung der Unabhängigen) in der Koalitionsregierung vom Oktober 2013 vertreten (u. a. stellte der RNI den Außenminister, Salaheddine Mezouar). Die 2002 von Mohamed Ziane als Abspaltung von der Union Constitutionnelle (UC; Verfassungsmäßige Union) gegründete Liberale Partei Marokkos (PML; Parti Marocain Libéral) war hingegen nie an der Regierung beteiligt und auch nur 2002 bis 2007 mit drei Sitzen im Repräsentantenhaus vertreten; sie optierte im August 2016 für einen Boykott der im Oktober 2016 stattfindenden Legislativwahl. Die Partei bemängelte die Benachteiligung kleiner Parteien gegenüber den Großparteien u. a. beim Zugang zu den Medien und das Fehlen einer wirklichen politischen Debatte.[65]

Zahlreiche liberale/liberalnahe Neugründungen gab es hingegen in Tunesien und Ägypten,[66] von denen einige sogar den Sprung ins Parlament schafften, darunter am erfolgreichsten die liberal-zentristische Free Egyptians Party. In Tunesien stellte die 2011 gegründete Partei Afek Tounes (Horizonte Tunesiens) in den beiden Regierungen von Premierminister Habib Essid (Februar 2015 bis August 2016) drei Minister, darunter mit Parteichef Yassin Brahim den Minister für Entwicklung, Investitionen und internationale Kooperation. In Libyen gilt die säkular ausgerichtete, formal moderat-islamisch apostrophierte National Forces Alliance als liberale Partei. Sie wurde 2011 von Mahmud Jibril als Sammlungsbewegung gegründet und ist der Gegenpol zur islamistischen Strömung; bei den Wahlen zum libyschen Parlament im Juli 2012 stellte sie die größte Fraktion.[67]

Tabelle 6: Liberale Parteien (Auswahl; Stand 2016)

Staaten	Parteien (Jahr der Gründung)
Ägypten	Democratic Peace Party (2005)
	Democratic Front Party (2007)
	Free Egyptians Party (2011); vgl. auch zentristische Parteien
	Ghad al-Thawra Party/Partei revolutionäres Morgen (2011)
Algerien	keine
Libyen	National Forces Alliance (2011)
	Free Libyans Party (2012)
Marokko	Rassemblement National des Indépendants, RNI/ Nationale Sammlungsbewegung der Unabhängigen (1978)
	Union Constitutionnelle, UC/Verfassungsunion (1983)
	Forces Citoyennes, FC/Staatsbürgerliche Kräfte (2001)
	Parti Marocain Libéral, PML/Marokkanische liberale Partei (2002)
	Parti Al Ahd Addimocrati, PAD/Partei der demokratischen Generation (2009)
Tunesien	Afek Tounes/Horizonte Tunesiens (2011)
	Union Patriotique Libre, UPL/Union der freien Patrioten (2011)
	Parti de la Jeunesse Libre, PJL/Partei der freien Jugend (2011)
	Parti Libéral Tunisien, PLT/Liberale Partei Tunesiens (2011)
	Parti des Jeunes Démocrates, PJD/Partei der jungen Demokraten (2011)
	Parti Démocrate Libéral, PDL/Demokratisch-liberale Partei (2012)

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Linke Parteien

Das Spektrum der linken Parteien in den nordafrikanischen Staaten (mit Ausnahme Libyens) ist äußerst vielfältig. Es setzt sich sowohl aus historischen Parteien als auch aus Neugründungen seit 2011 zusammen. Einige linke Parteien schafften sogar den Einzug in die Parlamente (Ägypten, Algerien, Marokko, Tunesien). Vereinzelt nahmen sie nach 2011 sogar Regierungsverantwortung wahr wie in Tunesien die Partei Demokratisches Forum für Arbeit und Freiheiten FDTL/Ettakatol von 2011 bis 2014 oder in Marokko die Partei für Fortschritt und Sozialismus PPS (seit 2012). Zudem ist die ideologische Bandbreite der Linksparteien vom Trotzkismus bis hin zur Sozialdemokratie breit gefächert. Die Ursachen für die Gründung der linken Parteien liegen in der ungleichen Einkommens- und Eigentumsverteilung, der verbreiteten Armut und den aus Sicht der linken Aktivisten falschen Regierungspolitiken zur Beseitigung der Defizite, deren Fortbestand zugleich der Ansporn für ihre weitere politische Aktion ist.[68]

Hinsichtlich der Entstehungsgeschichte linker Parteien ist festzuhalten, dass es in Marokko und Algerien seit 2011 wegen des bereits vorher bestehenden Mehrparteiensystems die wenigsten Neugründungen gab (Marokko: keine[69]; Algerien: Parti Algérien pour la Démocratie et le Socialisme/PADS). In Tunesien und Ägypten kam es hingegen zu zahlreichen Neugründungen im linken Spektrum.[70] Der hohe Zersplitterungsgrad der Linksparteien, der im öffentlichen Auftreten und beim politischen Agieren ihre Hauptschwäche ausmacht, ließ in den letzten Jahren deshalb zunehmend Rufe nach einer Fusion bzw. Überwindung der ideologischen Zersplitterung der in aller Regel linken Kleinstparteien laut werden.[71]

Die linken Parteien haben sich durch ihr Bekenntnis zu einem säkularen Gesellschaftsmodell sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart Feindschaft insbesondere von Seiten islamistisch-salafistischer Gruppen zugezogen. Der Mord an dem marokkanischen USFP-Politiker und linken Gewerkschaftsaktivisten Omar Benjelloun (18. Dezember 1975) erfolgte durch Mitglieder der Shabiba Islamiya (Islamische Jugend). Die Morde an den tunesischen Linkspolitikern und Parteigründern Chokri Belaid (ermordet am 6. Februar 2013) und Mohamed Brahmi (ermordet am 25. Juli 2013), die sich mit ihren Parteien dem im Oktober 2012 gegründeten linken

Parteienbündnis Front Populaire (Volksfront) angeschlossen hatten, wurden durch Mitglieder der salafistischen Ansar al-sharia verübt. Die Morde sind Ausdruck der Härte, mit der seit 2011 in einigen Staaten die Auseinandersetzungen zur Durchsetzung der islamistischen Gesellschaftskonzeption geführt wurden (und werden).

Die linken Parteien haben sich mehrheitlich nach 2011 zum Sprachrohr der unter Kaufkraftverlust leidenden Bevölkerung gemacht und opponieren gegen jede Form des Subventionsabbaus und gegen weitere Privatisierungen, die Arbeitsplätze kosten.[72] Zugleich warnen sie vor dem „Ausverkauf" ihrer Länder an ausländische Akteure wie den Internationalen Währungsfonds oder Einzelstaaten, die über die Kreditgewährung und die damit teils drastisch ansteigende Auslandsverschuldung an Einfluss gewinnen.

Tabelle 7: Linke Parteien (Auswahl; Stand 2016)

Staaten	Parteien (Jahr der Gründung)
Ägypten	Egyptian Communist Party (1975)
	National Progressive Unionist Party, kurz: Tagammu Party (1976)
	Dignity Party (2011)
	Socialist Popular Alliance Party (2011)
	Workers Democratic Party (2011)
	Egyptian Social Democratic Party (2011)
	Bread and Freedom Party (2013)
Algerien	Parti Socialiste des Travailleurs, PST/Sozialistische Arbeiterpartei (1989)
	Parti des Travailleurs, PT/Arbeiterpartei (1990)
	Parti Algérien pour la Démocratie et le Socialisme, PADS/Algerische Partei für Demokratie und Sozialismus (2012)
Libyen	keine
Marokko	Parti du Progrès et du Socialisme, PPS/Partei für Fortschritt und Sozialismus (1974)
	Union Socialiste des Forces Populaires, USFP/Sozialistische Union der Volkskräfte (1975)

Staaten	Parteien (Jahr der Gründung)
Fortsetzung Marokko	Parti de l'Avant-Garde Démocratique et Socialiste, PADS/Partei der demokratischen und sozialistischen Avantgarde (1989)
	Parti Annahj Addimocrati/Partei demokratischer Weg (1995)
	Parti Socialiste Unifié, PSU/Partei der vereinigten Sozialisten (2005)
	Parti Travailliste, PT/Arbeiterpartei (2005)
	Parti Socialiste, PS/Sozialistische Partei (2006)
	Parti de la Sociéte Démocratique, PSD/Partei der demokratischen Gesellschaft (2007)
Tunesien	Forum Démocratique pour le Travail et les Libertés, FDTL/Demokratisches Forum für Arbeit und Freiheiten; Kurzform auch: Ettakatol/Forum (2002), eher sozialdemokratisch denn sozialistisch orientiert
	Part Socialiste, PS/Sozialistische Partei (2011)
	Mouvement du Peuple, MP/Volksbewegung (2011)
	Parti des Travailleurs, PT/Arbeiterpartei (2011); die nicht legalisierte Vorgängerpartei nannte sich: Parti Ouvrier Communiste Tunisien, POCT/Kommunistische Arbeiterpartei Tunesiens (1983 gegründet)
	Parti des Patriotes Démocrates Unifiés, PPDU/ Partei der vereinigten demokratischen Patrioten (2011)
	Parti de la Culture et du Travail, PCT/Partei für Kultur und Arbeit (2011)
	Parteienbündnis Front Populaire, FP/Volksfront (2012), (in dem linken Parteienbündnis sind u. a. PT, PPDU, LGO zusammengeschlossen)
	Al-Massar/Parti Voix Démocratique et Sociale/Partei demokratische und soziale Stimme (2012)
	Ligue de la Gauche Ouvrière, LGO/Liga der linken Arbeiterschaft (2012)
	Parti Elkadehine en Tunisie, PET/Partei der Arbeiterschaft in Tunesien (2013)
	Parti Force Ouvrière, FO/Partei Kraft der Arbeiterschaft (2014)

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

5. Charakteristische Binnenmerkmale der Parteien

Trotz der ideologischen Bandbreite der nordafrikanischen Parteien weisen diese in mehreren Teilbereichen identische Binnenmerkmale auf.[73] Hierzu gehören in erster Linie eine ausgeprägt paternalistische (Führungs-)Struktur, ein flexibles und teilweise ideologische Grenzen überschreitendes Allianzverhalten sowie intensive internationale Kontakte.

Die ausgeprägte paternalistische und autoritäre Führungsstruktur ist Kennzeichen vieler Parteien. Der Parteigründer dominiert die Partei in vielen Fällen bis zu seinem Tod und oft übernimmt dessen Sohn[74] danach die Führung. Dieses Phänomen, das einen hohen Grad an innerparteilichem Personenkult einschließt, wird in arabischen Publikationen oft mit dem Begriff des Zaimismus[75] umschrieben. Damit einher geht die geringe Präsenz jüngerer Parteimitglieder in den Parteigremien. Gleiches gilt für die geringe Präsenz von Frauen in Führungspositionen. Nur in ganz wenigen Parteien stell(t)en Frauen in der postkolonialen Zeit die Generalsekretärin oder Parteipräsidentin; Beispiele hierfür sind die algerische Arbeiterpartei PT (Louisa Hanoune),[76] die marokkanische Partei der vereinigten Sozialisten PSU (Nabila Mounib, Generalsekretärin seit 16. Januar 2012), die tunesische Republikanische Partei (Parti Républicain/Al-Joumhouri), zu deren Generalsekretärin 2012 Maya Jribi gewählt wurde, oder die tunesische Partei Mouvement Déstourien (Verfassungsbewegung), die auf ihrem Parteitag am 13. August 2016 Abir Moussi zur Generalsekretärin wählte.

Das Koalitions- und Allianzverhalten der politischen Parteien, das seit 2011 keinerlei politischen Restriktionen mehr unterworfen ist, zeigte sich in allen nordafrikanischen Staaten als äußerst flexibel. Hauptindiz für diese Flexibilität sind die Regierungskoalitionen zwischen parteiprogrammatisch prinzipiell antagonistisch ausgerichteten Parteien: nämlich zwischen sich säkular verortenden Parteien des linken, nationalistischen oder zentristischen Parteienspektrums einerseits und islamistischen Parteien andererseits. Die in Marokko seit Januar 2012 von dem islamistischen Premierminister Benkirane (PJD) angeführte Regierungskoalition zählt hier ebenso dazu wie in Algerien die Teilhabe des islamistischen MSP an der Regierungskoalition zur Unterstützung des Programmes von Staatspräsident Bouteflika, der „Allianz des Präsidenten"; MSP-Präsident Soltani war

von 2005 bis 2009 Minister in mehreren Regierungen unter Premierminister Belkhadem (FLN) und Ouyahia (RND). Ein weiteres Beispiel sind die in Tunesien seit 2015 von Nida Tounes und der islamistischen Ennahda dominierten Koalitionsregierungen unter Premierminister Essid und seit 27. August 2016 unter Premierminister Chahed.

Die ideologische Bipolarisierung in den Gesellschaften Nordafrikas zwischen islamistischen und nichtislamistischen Akteuren übertrug sich folglich nicht automatisch auf die parteipolitische Ebene, wo es um Zugang zu Macht, Einfluss und Ressourcen geht. Die Regierungsteilnahme stellt für die nach paternalistischen Prinzipien funktionierenden Parteien die einzige Möglichkeit dar, entsprechende materielle „Gewinne" und politischen Einfluss zu erzielen, so dass ideologisch-pragmatische Aspekte zwar nicht ganz ignoriert, aber hinter den Vorteilen, die eine Regierungsbeteiligung mit sich bringt, zweitrangig werden.[77] Unter diesem Gesichtspunkt werden deshalb vor anstehenden Wahlen selbst Parteien, die sich ideologisch nahestehen, zu erbitterten Gegnern. Exemplarisch hierfür ist vor den marokkanischen Legislativwahlen am 7. Oktober 2016 der Kampf um die Führerschaft innerhalb der „Linken" zwischen der Union der sozialistischen Volkskräfte USFP und der Partei für Fortschritt und Sozialismus PPS.[78]

Zahlreiche nordafrikanische Parteien besitzen zudem enge Kontakte zu den jeweils übergeordneten internationalen Parteizusammenschlüssen wie der Sozialistischen Internationale oder der Internationalen Demokratischen Union, um Rückhalt, Unterstützung und Expertise für ihr nationales Agieren zu finden. Diese Mitgliedschaften datieren in der Regel allerdings bereits in die Zeit vor 2011 zurück.

So sind in der 1951 gegründeten Sozialistischen Internationale gegenwärtig die algerische Partei Front des Forces Socialistes (FFS), die marokkanische Union Socialiste des Forces Populaires (USFP) und die tunesische Partei Forum Démocratique pour le Travail et les Libertés (FDTL/Ettakatol) Vollmitglieder; assoziiert sind der algerische Front de Libération Nationale (FLN) und die Egyptian Social Democratic Party. Ausgeschlossen wurden hingegen nach den Machtwechseln vom Januar 2011 die ehemaligen Regierungsparteien RCD (Tunesien) und NDP (Ägypten). In der 1983 for-

mierten Arbeitsgemeinschaft der konservativen (und überwiegend) christdemokratischen Parteien ist gegenwärtig an nordafrikanischen Parteien nur die marokkanische Istiqlal-Partei Mitglied. Die 1947 gegründete Liberale Internationale zählt die Free Egyptians Party sowie die Union Constitutionnelle (UC) und den Mouvement Populaire (MP) aus Marokko zu ihren Mitgliedern; der marokkanische Rassemblement Nationale des Indépendants (RNI) hat Beobachterstatus. Hinzu kommen innerarabische Kooperationen z. B. innerhalb der 2008 in Kairo gegründeten liberal ausgerichteten Arab Alliance for Freedom and Democracy[79] oder der 2013 gegründeten Entente Internationale des Travailleurs et des Peuples (Internationales Bündnis der Arbeiter und Völker), der Louisa Hanoune, Generalsekretärin der algerischen Arbeiterpartei PT, als erste Koordinatorin vorsteht. Zugleich gibt es zahlreiche enge bilaterale Kooperationen, sei es zwischen Parteien (wie zwischen der tunesischen islamistischen Partei Ennahda und der türkischen AKP), sei es zwischen lokalen Parteien und ausländischen Einrichtungen wie dem US-amerikanischen National Democratic Institute oder deutschen Parteistiftungen.[80]

6. Zukunftsperspektiven der ideologischen Haupttrends

Die politischen Parteien in Nordafrika decken ideologisch ein breites Spektrum ab; dementsprechend haben sie unterschiedliche Antworten auf die aktuellen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme. Ihre organisatorische Stärke, ihre Verankerung in der Gesellschaft, ihr wählerbindendes bzw. wählermobilisierendes Potential sowie ihre reale politische Gestaltungskraft weisen krasse Unterschiede auf. Seit 2011 beeinflussen entweder islamistische oder zentristische Parteien (als Hauptvertreter des zugleich nichtislamistischen Parteienspektrums) oder eine Koalition aus beiden die politischen Entscheidungsprozesse. Vertreter linker und liberaler Politikauffassungen sind zwar in allen nordafrikanischen Staaten präsent und verstehen es durchaus, sich in den Medien Gehör zu verschaffen, sind aber numerisch und hinsichtlich ihrer Mobilisierungskraft zu schwach, um sich im jeweiligen nationalen politischen System führend zu positionieren. Dies bleibt auch in naher Zukunft den islamistischen und zentristischen Parteien vorbehalten.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass die Parteienlandschaft extrem ausdifferenziert bleiben und die großen ideologischen Strö-

mungen widerspiegeln wird, die bereits in der Vergangenheit prägend waren.[81] Dabei beinhaltet insbesondere der bereits gegenwärtig dominierende Gegensatz zwischen islamistischen und nichtislamistischen, säkular orientierten Parteien und das gegenseitige Streben nach politischer (und gesellschaftlicher) Vorherrschaft auch zukünftig beträchtliches Konfliktpotential; manche Autoren wie Fadi Elhusseini sprechen in diesem Zusammenhang sogar vom real stattfindenden „clash of ideologies".[82] Die säkularen Parteien haben die bereits von Marina Ottaway und Amr Hamzawy 2007 konstatierte Krise[83] im organisatorischen und programmatischen Bereich bislang nicht überwunden und waren folglich angesichts der organisatorischen Stärke der islamistischen Parteien und ihrer landesweiten Verwurzelung auch nicht diejenigen politischen Organisationen, die nach den Umbrüchen des Jahres 2011 automatisch die politische Entwicklung bestimmten.[84] Ob sie in den nächsten Jahren ihre internen Krisen überwinden und das parteipolitische Ringen um die „ideologische Vorherrschaft" für sich gewinnen können, ist noch offen.

Bislang waren Parteien an sich, d. h. unabhängig der ideologischen Ausrichtung, bei den praktischen Angeboten zur Neugestaltung der Alltagsrealität wenig produktiv und effektiv. Islamisten verschanzten sich bislang hinter dem Schlagwort „Der Islam ist die Lösung" und setzten auf eine wenig problemlösungsorientierte Strategie der Moralisierung der Gesellschaft, und die säkularen Parteien erschöpften sich in politischen Forderungslisten nach dem Motto „Wir müssen die Korruption bekämpfen" oder „Die Entwicklung der vernachlässigten Binnenregionen muss vorangetrieben werden", denen aber bislang keinerlei operative Umsetzungskonzepte folgten. Angesichts dieses Scheiterns ist es nicht verwunderlich, wenn die Bevölkerungen verstärkt und losgelöst von rein ideologischen Überlegungen über zivilgesellschaftliches Engagement nach alternativen Problemlösungsansätzen zur Verbesserung ihrer alltäglichen Lebenssituation suchen.[85] Letztendlich geht jedoch an den politischen Parteien, solange ihnen die geltenden Verfassungen im politischen System eine zentrale Rolle zuweisen, kein Weg vorbei.

1| *Zur Herausbildung des Nominativs „Hizb" aus einer ganzen Reihe ähnlicher Nomina als Äquivalent für politische Partei im 19. Jahrhundert vgl. Rebhan, Helga: Geschichte und Funktion einiger politischer Termini im Arabischen des 19. Jahrhunderts (1798–1882), Wiesbaden 1986, Kapitel 5 (Parteien und politische Strömungen), S. 97 ff.; der Begriff ist mit wenigen Ausnahmen wie „hizb allah" (Partei Gottes) eher negativ besetzt. Am deutlichsten wurde dies im Anfang der 1970er Jahre geprägten Diktum des libyschen Revolutionsführers Qaddafi: „Man tahazzaba khana" („Wer Parteien bildet, verrät die nationale Einheit").*

2| *Zu berücksichtigen ist allerdings auch, dass die Regime die Legalisierung islamistischer Parteien verzögerten bzw. blockierten. Die ägyptische Muslimbruderschaft konnte erst nach dem Sturz Präsident Mubaraks 2011 ihre Freedom and Justice Party gründen; auch in Tunesien wurden unter Präsident Ben Ali islamistische Parteien nicht legalisiert. In Marokko, das seit der Unabhängigkeit ein breites Spektrum an Parteien zuließ, gründeten Vertreter des orthodoxen, islamisch-konservativen und dem islamistischen Gedankengut nahestehenden Spektrums allerdings erst 1968 eine erste Partei (MPDC); in diese Partei, die keine politische Rolle spielte, traten Mitte der 1990er Jahre Vertreter des islamistischen Spektrums ein, „übernahmen" praktisch die Partei MPDC und benannten sie 1998 um in Parti de la Justice et du Développement (PJD; Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung).*

3| *Vgl. beispielhaft Abu-Uksa, Wael: Freedom in the Arab world: Concepts and ideologies in Arabic thought in the nineteenth century, Cambridge 2016.*

4| *Vgl. als Überblick Peters, Rudolph: Erneuerungsbewegungen im Islam vom 18. bis zum 20. Jahrhundert und die Rolle des Islams in der neueren Geschichte: Antikolonialismus und Nationalismus, in: Ende, Werner/Steinbach, Udo (Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart, München 2005, S. 90–127.*

5| *Typisch für die Aufarbeitung dieser Fragestellung ist das allerdings erst 1930 von Chakib Arslan (1869–1946), einem aus dem Libanon stammenden arabisch-islamischen Nationalisten, verfasste Buch mit dem Titel: Pourquoi les Musulmans ont-ils pris du retard et pourquoi les autres ont-ils pris de l'avance?*

6| *Vgl. Burgat, François: L'islamisme au Maghreb: La voix du sud (Tunisie, Algérie, Libye, Maroc, Paris 1988; Lamchichi, Abderrahim: Le Maghreb face à l'islamisme, Paris 1998.*

7| *Zur Entstehung der islamistischen Gruppen in Marokko vgl. Zeghal, Malika: Les islamistes marocains. Le défi à la monarchie, Paris 2005.*

8| *Vgl. hierzu im Detail Faath, Sigrid/Mattes, Hanspeter: Die „Arabischen Afghanen". Faktor interner Konflikte in Nordafrika/Nahost und des internationalen Terrorismus, Wuqûf-Kurzanalyse, Berlin, Nr. 4, August 1996, S. 1–53.*

9| *Ihr Leitsatz, der auch von den Islamisten bis heute so vertreten wird, ist: „al-islam – din wa dawla" („Der Islam ist Religion und Staat").*

10| *Vgl. Peters 2005, a. a. O. (Anm. 4), S. 124.*

11| *Zur Herausbildung der arabischen Nomina „Ishtirakiya" (Sozialismus) und „Shuyu'iya" (Kommunismus) vgl. Rebhan 1986, a. a. O. (Anm. 1), S. 103 ff.; ein Beispiel für sozialistisch-kommunistische Rivalitäten innerhalb des nationalistischen Lagers ist der 1971 von Offizieren organisierte kommunistische Putschversuch im Sudan gegen das arabisch-sozialistische und mit Nasser verbündete Regime von Jaafar al-Numairi.*

12| *Vgl. Büren, Rainer: Nassers Ägypten als arabisches Verfassungsmodell, Opladen 1972 sowie zur politischen Einordnung ergänzend Tibi, Bassam:*

Militär und Sozialismus in der Dritten Welt. Allgemeine Theorien und Regionalstudien über arabische Länder, Frankfurt am Main 1973.

13| *Wesentlichen Anteil am wirtschaftspolitischen Scheitern hatte der forcierte Ausbau des ineffizient arbeitenden Staatssektors; vgl. Rohac, Dalibor: The dead hand of socialism. State ownership in the Arab world, Cato Institute, New York, Policy Analysis, Nr. 753, 25.8.2014, S. 1–24, http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2508009## (letzter Abruf: 18.9.2016). Zum Gesamtkontext vgl. Dawisha, Adeed: Arab nationalism in the twentieth century: From triumph to dispair, Princeton NJ 2002.*

14| *Vgl. zum Hintergrund Tibi, Bassam: Die arabische Linke, Frankfurt am Main 1969 sowie Ismael, Tareq Y.: The communist movement in the Arab world, London 2004.*

15| *Vgl. Plum, Werner: Außenseiter im Maghreb. Die kommunistischen Parteien, in: Vierteljahresberichte, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Nr. 31, 1968, S. 69–80 sowie den Abschnitt „Reasons for the marginalization of leftist parties in the Arab world", in: Hilal, Jamil/Hermann, Katja (Hrsg.): Mapping of the Arab left. Contemporary leftist politics in the Arab East, Berlin 2014, S. 20 ff., https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Mapping_of_Arab_Left-%D9%90English.pdf (letzter Abruf: 18.9.2016).*

16| *Die Unterstützung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass trotz aller gesellschaftlichen Probleme die Linke mit ihren politischen Rezepten nie eine Massenbewegung war; selbstkritisch stellten einige Linke fest, dass „eines der bemerkenswertesten Merkmale der arabischen Revolutionen 2011 die Schwäche der organisierten Linken und ihr bisheriges Scheitern, sich an die Spitze der Bewegungen für demokratische Rechte zu setzen, war"; so Marcus Halaby in seinem Beitrag: Der Preis für den Stalinismus, in: Neue Internationale, Nr. 170, Juni 2012, http://www.arbeitermacht.de/ni/ni170/arabischelinke.htm (letzter Abruf: 18.9.2016).*

17| *Vgl. Le Temps, Tunis, 29.10.2015 (La Tunisie à nouveau sous „Protectorat"); Joya, Angela u. a.: The Arab revolts against neoliberalism, Toronto: Centre for Social Justice 2011, http://www.socialjustice.org/uploads/pubs/ArabRevolts_csj.pdf (letzter Abruf: 18.9.2016).*

18| *Vgl. Büren, Rainer: Die Arabische Sozialistische Union. Einheitspartei und Verfassungssystem der VAR unter besonderer Berücksichtigung der Verfassungsgeschichte von 1840–1968, Opladen 1970.*

19| *Vgl. Arab liberalism and democracy in the Middle East, in: Middle East Review of International Affairs, Herzliya, Band 8, Nr. 4, 2004, https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2016/06/wittes20041222.pdf (letzter Abruf: 18.9.2016).*

20| *Vgl. Meinardus, Ronald: Liberalism remains a foreign concept in the arab world, in: IOL, Kapstadt, 30.5.2014, http://www.iol.co.za/business/international/liberalism-remains-a-foreign-concept-in-the-arab-world-1696078 (letzter Abruf: 18.9.2016); zur Geschichte des Liberalismus im arabischen Raum vgl. umfassend Recker, Clemens: Die Entdeckung der Freiheit. Liberalismus in der arabischen Ideengeschichte, Dissertation, Universität Heidelberg 2012, http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/13319/1/Die_Entdeckung_der_Freiheit_12_03_2012_FINAL.pdf (letzter Abruf: 18.9.2016).*

21| *Zur Gründungsgeschichte der Parteien vgl. Mattes, Hanspeter/Züfle, Winfried: Ägypten, in: Nohlen, Dieter u. a. (Hrsg.): Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane. Band II: Afrika, Berlin/New York 1978, S. 227–302, besonders S. 242 ff.*

22| *Die Grundlinien der Revolution der „Freien Offiziere" legte Nasser in seiner 1953 veröffentlichten „Philosophie der Revolution" nieder.*

23| *Vgl. Büren 1970 (Anm. 18).*

24| *Vgl. hierzu Mattes, Hanspeter: Algerien, in: Nohlen 1978, a. a. O. (Anm. 21), S. 345–457, besonders S. 367 ff.*

25| *Die Partei Stern Nordafrikas wurde stark von der Kommunistischen Partei Frankreichs unterstützt; vgl. allgemein zu dieser Verflechtung Bibliothèque Internationale de la Gauche Communiste: Le communisme et les partis algériens, Paris 1960, http://www.sinistra.net/lib/bas/progco/qima/qimaedebof.html (letzter Abruf: 18.9.2016).*

26| *Vgl. Saphirnews.com, Saint-Denis, 2.11.2015 (Du MTDL au FLN, au crépuscule de la guerre d'Algérie), http://www.saphirnews.com/Du-MTLD-au-FLN-au-crepuscule-de-la-guerre-d-Algerie_a21486.html (letzter Abruf: 18.9.2016).*

27| *Vgl. Djaziri, Moncef: Clivages partisans et partis politiques en Libye, in: Baduel, Pierre-Robert/Catusse, Myriam (Hrsg.): Les parties politiques dans les pays arabes. Tome 2: Le Maghreb, Aix-en-Provence 2006, S. 119–138, besonders S. 120–124, https://remmm.revues.org/2866 (letzter Abruf: 18.9.2016).*

28| *Vgl. hierzu auch Dawisha, Adeed/Zartman, I. William (Hrsg.): Beyond coercion. The durability of the Arab state, London 1988, besonders Kapitel 2 (Political parties in the Arab state. Libya, Syria, Egypt) sowie Baduel/Catusse 2006, a. a. O. (Anm. 27).*

29| *Grundlage war das Parteiengesetz Nr. 40 von 1977, das 1978 ergänzt wurde. Über die Zulassung politischer Parteien entscheidet laut Gesetz ein siebenköpfiges „Political parties committee", das von 1978 bis 2011 mehrheitlich von NDP-Mitgliedern besetzt war.*

30| *Zum Spektrum der Parteien quasi am „Vorabend" des Machtwechsels von 2011 vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung: Parteienprofil Ägypten, Stand 31.10.2005, 53 S., http://www.kas.de/wf/doc/kas_7369-544-1-30.pdf (letzter Abruf: 18.9.2016).*

31| *Vgl. hierzu ausführlich Faath, Sigrid: Algerien. Gesellschaftliche Strukturen und politische Reformen zu Beginn der 1990er Jahre. Hamburg 1990, besonders S. 102–126 (Die Einheitspartei FLN 1962–1989).*

32| *Vgl. im Detail Clausen, Ursel (Hrsg.): Der algerische Sozialismus. Opladen 1969.*

33| *Vgl. Faath 1990, a. a. O. (Anm. 31), S. 289–394 (Kapitel III. Die Oktoberunruhen 1988: Auslöser für Systemmodifikationen und innenpolitische Machtverschiebungen); die rechtliche Grundlage für die „Parteigründungen" wurde mit Gesetz Nr. 89–11 bzgl. der Vereinigungen mit politischem Charakter geschaffen, das vom Parlament am 2.7.1989 verabschiedet und von Präsident Bendjedid am 5.7.1989 in Kraft gesetzt wurde.*

34| *Der FIS wurde am 6.9.1989 als erste islamistische Partei Algeriens legalisiert. Erste legalisierte Partei jenseits des FLN war am 16.8.1989 der Parti Social-Démocrate (PSD; Sozialdemokratische Partei).*

35| *Die Armée Islamique du Salut (AIS), die sich ab Sommer 1993 formierte, gilt als der bewaffnete Arm des FIS; 1997 verkündete der AIS-Führer Madani Mezrag einen Waffenstillstand und im Januar 2000 gab die AIS formell den bewaffneten Kampf auf. Im Gegenzug profitierten Mezrag und die anderen AIS-Mitglieder von der Amnestie im Rahmen des nationalen Versöhnungsprozesses.*

36| *Bei der Parlamentswahl 1997 erzielte der RND 156, der islamistische Mouvement de la Société pour la Paix (MSP) 69 und der FLN 62 Sitze der 380 Gesamtsitze; ab 2002 stellte der FLN wieder die größte Fraktion (199 Sitze; RND 47 Sitze).*

37| *Vgl. zur Entwicklung der islamistischen Parteien in den 2000er Jahren Burgat, François: Les partis et mouvements islamistes en Algérie: Quelles perspectives pour l'Union Européenne, in: Algeria-Watch, 1.4.2007, besonders Abschnitt II, http://algeria-watch.org/fr/article/analyse/burgat_geze.htm (letzter Abruf: 18.9.2016).*

38| *Vgl. zur Parteienlandschaft unter Präsident Bouteflika den Beitrag von Addi, Lahouari: Les partis politiques en Algérie, in: Baduel/Catusse 2006, a. a. O. (Anm. 27), S. 139–162, https://remmm.revues.org/2868 (letzter Abruf: 18.9.2016).*

39| *Vgl. zu den Details Mattes, Hanspeter: Bilanz der libyschen Revolution. Drei Dekaden politischer Herrschaft Mu'ammar al-Qaddafis, Wuqûf-Kurzanalyse, Berlin, Nr. 11–12, September 2001, S. 1–81, http://www.wuquf.de/www/cms/upload/wuquf_2001_libyen.pdf (letzter Abruf: 18.9.2016).*

40| *Vgl. zur Geschichte der Parteigründungen und den wichtigsten Parteien Faath, Sigrid: Marokko. Die innen- und außenpolitische Entwicklung seit der Unabhängigkeit, Hamburg 1987, Band 1, Kapitel III.1 (Die politischen Parteien), S. 239–275; vgl. ergänzend Santucci, Jean-Claude: Les partis politiques marocains à l'épreuve du pouvoir. Analyse diachronique et socio-politique d'un pluripartisme sous contrôle, Revue Marocaine d'Administration Locale et de Développement (REMALD), Rabat, Nr. 24, 2001.*

41| *Die UNFP und die USFP waren in den Anfangsjahren als linke Oppositionsparteien massiv staatlichen Repressalien ausgesetzt; der nationalistische Oppositionspolitiker Mehdi Ben Barka (UNFP) wurde 1965 in Paris entführt und ermordet; der USFP-Politiker Omar Benjelloun wurde hingegen im Dezember 1975 von Gegnern der USFP-Politik aus den Reihen der islamistischen Shabiba Islamiya ermordet. Erst nach dem erfolgreichen Abschneiden des Wahlbündnisses von USFP, PI und PPS („Kutla"/ Block) bei den Legislativwahlen 1997 wurde im Februar 1998 der USFP-Politiker Abderrahmene Youssoufi von König Hassan mit der Regierungsbildung beauftragt, die als „Alternance" (Regierungswechsel) in die Geschichtsbücher eingegangen ist.*

42| *Vgl. Faath, Sigrid: Tunesien. Die politische Entwicklung seit der Unabhängigkeit 1956–1986, Hamburg 1986, besonders Kapitel 3, S. 39–60.*

43| *Vgl. Tibi 1973, a. a. O. (Anm. 12), Kapitel 10 (Sozialismus ohne Militär: Das Agrarexperiment des konstitutionellen Sozialismus in Tunesien).*

44| *Vgl. zum engen Verhältnis von Staat und Partei unter den Präsidenten Bourguiba und Ben Ali die detailreiche Analyse von Kraiem, Mustapha: État et société dans la Tunisie bourguibienne, Paris 2003.*

45| *Bereits am 17.1.2011 schloss die Sozialistische Internationale, deren Mitglied der RCD war, die Partei aus.*

46| *Vgl. zum politikwissenschaftlichen Rahmen Roy, Olivier: The transformation of the Arab world, in: Journal of Democracy, Washington DC, Band 23, Nr. 3, 2002, S. 5–18, http://www.journalofdemocracy.org/sites/default/files/Roy-23-3.pdf (letzter Abruf: 18.9.2016) sowie Elhusseini, Fadi: Post Arab spring thoughts: The Middle East between external and internal mechanisms, in: Hemispheres, Warschau, Band 29, Nr. 2, 2014, S. 5–28.*

47| *Ägypten: November 2011 bis Januar 2012, Oktober bis Dezember 2015; Algerien: April 2012, 2017; Marokko: November 2011, Oktober 2017; Tunesien Oktober 2011, Oktober 2014.*

48| *In Libyen waren nur bei den Wahlen zum General National Congress im Juli 2012 80 von 200 Sitzen für Parteienvertreter reserviert; vgl. den Beitrag zu Libyen in der vorliegenden Studie.*

49| Einen guten Überblick über die Parteienlandschaft am Vorabend des Jahres 2011, der als Referenzpunkt für die Erfassung der ausgelösten Veränderungen dienen kann, liefert Azzouzi, Abdelhak: Autoritarisme et aléas de la transition démocratique dans les pays du Maghreb, Paris 2006, besonders Kapitel 4 (Figures et valeurs des partis politiques maghrébins), S. 177–221.

50| Zusammensetzung aus arabisch „hizb" (Partei) und französisch „crépuscules" (etwas im Verschwinden Begriffenes).

51| Die Einführung einer Sperrklausel bzw. die Festlegung ihrer Höhe (3 Prozent; 5 Prozent usw.) ist unter Politikern aus unterschiedlichen Kalküls heraus umstritten; vgl. Telquel, Rabat, 13.4.2016 (La classe politique divisée sur l'abaissement du seuil électoral).

52| Im Juli 2016 verweigerte das marokkanische Innenministerium allerdings die Legalisierung, weil das eingereichte Dossier nicht die Kriterien des Parteiengesetzes erfüllte.

53| Dieser Aufschwung zeigte sich nicht nur bei der absoluten Zahl der Parteineugründungen, sondern auch in der Anzahl der zu den Legislativwahlen antretenden Parteien; in Ägypten registrierten sich für die Parlamentswahlen 2011 insgesamt 36 Parteien, darunter u. a. zwölf mit islamistischer Ausrichtung (also ein Drittel), zwei mit nasseristischer, zwei mit sozialistischer, fünf mit links-zentristischer, sechs mit zentristischer und fünf mit liberaler Ausrichtung.

54| Vgl. zur Bestandsaufnahme vor 2011 die Analyse von Ottaway, Marina/Hamzawy, Amr: Fighting on two fronts. Secular parties in the Arab world, Washington DC: Carnegie Endowment 2007, http://carnegieendowment.org/files/cp85_secular_final.pdf (letzter Abruf: 18.9.2016).

55| Zugleich nahmen auch die Debatten innerhalb der islamistischen Bewegung über die Ausgestaltung des „islamischen Weges" zu; vgl. als Überblick The Cordoba Foundation (Hrsg.): Cordoba Intellectual Revisions – The Arab spring through the lens of the islamic movement, Cordoba, November 2012, http://www.thecordobafoundation.com/attach/CF%20IR%20-%20Brief.pdf (letzter Abruf: 18.9.2016).

56| Vgl. ChoufChouf, Paris, 3.9.2015 (Sellal: „Le FIS, c'est fini", http://www.chouf-chouf.com/actualites/sellal-le-fis-cest-fini/ (letzter Abruf: 18.9.2016).

57| Zu zahlreichen islamistischen Parteien nordafrikanischer Staaten finden sich weitere Informationen (u. a. Parteiprogramme, Wahlprogramme) auf der Webseite des Centrums für Nah- und Mittelost-Studien der Philipps Universität Marburg zum Thema Islamisten im regionalen Transformationsprozess, https://www.uni-marburg.de/cnms/politik/forschung/forschungsproj/islamismus/dokumentation/links/linklisteparteien (letzter Abruf: 18.9.2016).

58| Im Falle Libyens richtet sich die Kritik der nationalistischen Parteien gegen das zu starke Engagement der UNO bzw. des UN-Sondergesandten, seit November 2015 der deutsche Diplomat Martin Kobler; die 2015 ins Spiel gebrachte neue Einheitsregierung Sarraj sei „ein Instrument der UNO, keines im Dienste des libyschen Volkes".

59| Vgl. zu dem bereits nach dem 11.9.2001 einsetzenden Prozess Mattes, Hanspeter: Auswirkungen des „11. September" und des Irakkriegs auf die Neoimperialismus- und Neonationalismusdebatte in den arabischen Staaten, in: Faath, Sigrid (Hrsg.): Politische und gesellschaftliche Debatten in Nordafrika, Nah- und Mittelost, Hamburg 2004, S. 365–382.

60| Vgl. zu den Kontakten zwischen Vertretern des nationalistischen, linken und des islamistischen ideologischen Spektrums den Beitrag in: Café Thawra, 29.6.2009 (Nationaliste, gauche, et islamo nationaliste: même

combat?), https://cafethawrarevolution.wordpress.com/2009/06/29/nationaliste-gauche-et-islamo-nationaliste-meme-combat/ (letzter Abruf: 18.9.2016) sowie Garcia, Luz Gomez: Vers un islamo-nationalisme, in: Confluences Mediterranée, Paris, Nr. 76, 2011, S. 22–36, https://www.cairn.info/revue-confluences-mediterranee-2011-1-page-23.htm (letzter Abruf: 18.9.2016).

61| Im maghrebinischen politischen Diskurs wird in Anlehnung an die französische Debatte von „tiers-mondisme" gesprochen; vgl. D. P. Nicolas: Un islamisme ouvert sur sa gauche, 20.6.2007, http://mouvements.info/un-islamisme-ouvert-sur-sa-gauche-lemergence-dun-nouveau-tiers-mondisme-arabe/ (letzter Abruf: 18.9.2016); diese Nähe der Linken zu den Islamisten wird in der französischen Linken sehr kritisch gesehen, vgl. http://www.atlantico.fr/rdv/geopolitico-scanner/gauche-revolutionnaire-complice-totalitarisme-islamiste-alexandre-del-valle-2736982.html (letzter Abruf: 18.9.2016).

62| Vgl. zur allgemeinen Verortung Ellison, Danielle Bella: Nationalism in the Arab spring. Expression, effects on transitions, and implications for the Middle East state. A comparative analysis of Egypt and Libya, New Haven CT 2015, http://politicalscience.yale.edu/sites/default/files/files/Ellison_Danielle.pdf (letzter Abruf: 18.9.2016).

63| Vgl. AFP/Reuters, 2.5.2012 (Libya bans glorification of Gaddafi).

64| Vgl. zum Hintergrund Meinardus, Ronald (Hrsg.): Liberalism in the Arab world: just a good idea?, Kairo 2014, http://docslide.us/documents/liberalism-in-the-arab-world-just-a-good-idea.html (letzter Abruf: 18.9.2016).

65| Vgl. Telquel, Rabat, 30.8.2016 (Le parti libéral marocain boycotte les élections législatives du 7 octobre).

66| Vgl. die Beiträge von Cherif, Houda: The struggle for liberalism in Tunisia (S. 75–86) und Wagih, Shehab: Politics and liberalism in Egypt: Did anything change?, in: Meinardus 2014, a. a. O. (Anm. 64), S. 129–144.

67| Vgl. zu Details den Länderbeitrag Libyen in der vorliegenden Studie.

68| Vgl. Internationale Marxistische Strömung: Der Arabische Frühling: Thawra hatta'l nasr – Revolution bis zum Sieg! Manifest der Internationalen Marxistischen Strömung, Berlin 2011.

69| Vgl. zur bereits vor 2011 bestehenden linken Parteienlandschaft, die trotz aller Kritik am politischen System promonarchisch agiert, El Maslouhi, Abderrahim: La gauche marocaine, défenseur du trône. Sur les métamorphoses d'une opposition institutionnelle, in: L'Année du Maghreb, Paris, Band 5, 2009, S. 37–58, https://anneemaghreb.revues.org/485 (letzter Abruf: 18.9.2016).

70| Vgl. zu den linken Parteien in den einzelnen Staaten (Stand Dezember 2014) die jeweiligen Länderkapitel in: Kalfat, Khalil (Hrsg.): Mapping of the Arab left, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dezember 2014, Tunesien (S. 16–42); Ägypten (S. 44–69); Marokko (S. 134–160) und Algerien (S. 162–186); Gesamtstudie unter http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Mapping_of_the_Arab_left_Tunisia_en.pdf (letzter Abruf: 18.9.2016).

71| Vgl. Gherib, Baccar: Pour une refondation de la gauche tunisienne, Tunis 2014 sowie Zeghidi, Salah: Pas d'avenir pour la gauche sans reconstruction, rénovation et unification, in: Al Huffington Post Tunisie, 2.9.2016, http://www.huffpostmaghreb.com/salah-zeghidi/pas-davenir-pour-la-gauche-sans-reconstruction-renovation-et-unification_b_11833764.html?utm_hp_ref=maghreb-politique (letzter Abruf: 18.9.2016).

72| Vgl. zum Beispiel mit weiteren Details Le Soir d'Algérie, Algier, 3.9.2016 (Remise en cause des acquis sociaux et politique de privatisation: les inquiétudes du PT); Louis Hanoune bezeichnete Privatisierungen sogar als „kriminellen Akt". Vgl. auch Businessnews, Tunis, 29.8.2016 (Hamma Hammami: Le FP s'opposera à toute tentative de menacer le pouvoir d'achat des tunisiens).

73| Hierzu gehört implizit, dass zumindest die legalisierten Parteien die bestehende republikanische bzw. monarchische Staatsform wie in Marokko anerkennen.

74| Vgl. Actualité-Maroc, 7.9.2016 (Les partis favorisent les fils de leurs leaders); vgl. auch Yabiladi.com, 23.9.2016 (Istiqlal: Les grandes familles imposent leurs proches en tête de la liste des jeunes), http://www.yabiladi.com/articles/details/47249/istiqlal-grandes-familles-imposent-leurs.html (letzter Abruf: 18.9.2016).

75| Abgeleitet von arabisch „zaim" (Führer); vgl. zur Definition: „Le zaim incarne l'image centrale du pouvoir, dans un pays, un parti, un syndicat, etc., autour duquel s'organise ou sont appelées à s'organiser toutes les autres forces représentatives ou constitutives d'un pouvoir quelconque", http://forumdesdemocrates.over-blog.com/page-page_sans_titre-2410860.html (letzter Abruf: 18.9.2016).

76| Auch in diesem Fall gilt indes das paternalistische Führungsprinzip; Louisa Hanoune führt die Arbeiterpartei seit 2003 als Generalsekretärin.

77| Vgl. hierzu Algérie-Focus, 4.8.2016 (Opposition/Le MSP se prépare à une nouvelle lune de miel avec le pouvoir).

78| Vgl. im Detail Huffington Post, 28.9.2016 (Bataille de leadership au sein de la gauche entre le PPS et l'USFP), http://www.huffpostmaghreb.com/abdelhak-riki/bataille-de-leadership-au-sein-de-la-gauche-entre-le-pps-et-lusfp_b_12232660.html (letzter Abruf: 18.9.2016).

79| Mitglieder sind derzeit aus Ägypten die Democratic Front Party, die Free Egyptians Party und die Ghad al-Thawra Party; aus Marokko der Mouvement Populaire und die Union Constitutionnelle sowie aus Tunesien die Partei Afek Tounes.

80| So kooperiert in Tunesien die Konrad-Adenauer-Stiftung seit 2012 mit der Partei Nida Tounes, die Friedrich-Naumann-Stiftung mit Afek Tounes, die Friedrich-Ebert-Stiftung zumindest zeitweise mit dem Forum Démocratique pour le Travail et les Libertés (FDTL; auch kurz: Ettakatol/Forum), die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Al-Massar.

81| Vgl. Browers, Michaella L.: Political ideology in the Arab world. Accommodation and transformation, Cambridge 2009; Browers analysiert insbesondere Veränderungen, die sich in den letzten Jahren in den unterschiedlichen Ideologien vollzogen. Dieser komplexe Vorgang, der sich nach 2011 beschleunigte, erfordert noch vielfältige Forschung, zu der 2016 Browers explizit auffordert; vgl. https://thedisorderofthings.com/2016/01/24/arab-political-thought-after-2011-lines-of-inquiry-for-a-research-agenda/ (letzter Abruf: 18.9.2016).

82| Vgl. Elhusseini 2014, a. a. O. (Anm. 46), besonders S. 27.

83| Vgl. Ottaway/Hamzawy 2007, a. a. O. (Anm. 54) sowie aktueller die Einschätzung von Al Yafai, Faisal: The death of Arab secularism, in: The National, Abu Dhabi, 3.11.2012, http://www.thenational.ae/arts-culture/the-death-of-arab-secularism (letzter Abruf: 18.9.2016); Al Yafai zufolge ist es der säkularen Bewegung bis heute nicht gelungen, eine „organised, large-scale political form" zu finden.

84| Vgl. zum Kontext Fabbe, Kristin u. a.: After the Arab spring: Are secular parties the answer?, in: Journal of Democracy, Washington DC, Nr. 10,

2015, S. 125–139, http://www.journalofdemocracy.org/article/after-arab-spring-are-secular-parties-answer (letzter Abruf: 18.9.2016).

85| Vgl. hierzu den Beitrag von Mebtoul, Abderrahmane: Face à la crise économique, quel rôle pour les partis politiques et la société civile en Algérie, in: Maghreb Émergent, Algier, 22.4.2016, http://www.maghrebemergent.com/actualite/maghrebine/58233-face-a-la-crise-economique-quel-role-pour-les-partis-politiques-et-la-societe-civile-en-algerie-contribution.html (letzter Abruf: 18.9.2016).

Parteien in Nordafrika: Als Politikgestalter weder gewollt noch gebraucht

Jan Claudius Völkel

Zusammenfassung

Politische Parteien haben auch nach den politischen Umbrüchen des Jahres 2011 kaum Einfluss auf die Politikgestaltung in den Ländern Nordafrikas. Formell sind die Staaten Nordafrikas allesamt Mehrparteiensysteme, dennoch sind Parteien vom direkten Zugang an die Macht weitgehend abgeschnitten und entwickelten sich nicht zu einem Ort grundlegender politischer Meinungsbildung und des Gedankenstreits. Die Parteien erfüllen bislang weder zufriedenstellend die Funktion der Interessenvertretung der Bevölkerung, noch dienen sie der Rekrutierung von politischem Führungspersonal. Das Ansehen der nationalen Parlamente leidet unter diesem Defizit, was sich wiederum negativ auf die Wahlbeteiligung auswirkt. Den Parteien fehlt die tiefer gehende gesellschaftliche Verwurzelung und Professionalität. Der in allen nordafrikanischen Staaten anzutreffende Konflikt zwischen religionsbasierten Parteien auf der einen Seite und den im Prinzip an einem säkularen Staatsmodell orientierten Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen (Tunesien) oder Staatsführungen (Marokko, Algerien, Libyen) auf der anderen Seite nimmt seit 2011 in besonderem Maße Einfluss auf die innenpolitischen Entwicklungen und die Parteienlandschaft: Die Anpassungsfähigkeit der islamistischen Parteien an die jeweils gegebenen Machtverhältnisse entscheidet darüber, ob ihre legale Existenz und Teilnahme an Wahlen sowie gegebenenfalls ihre Beteiligung an der Regierung geduldet werden oder sie mit Repression rechnen müssen.

1. Parteien in Nordafrika: Der beständige Nicht-Wandel

Politische Parteien in Nordafrika haben trotz aller Euphorie im Umbruchsjahr 2011 nur vereinzelt Einfluss auf die Politik gewonnen. Lediglich in Tunesien übten Parteien nach 2011 einen starken Einfluss auf die innenpolitischen Geschehnisse aus. In Marokko und Algerien, die in weitaus geringerem Maße als Tunesien von Demonstrationen während des sogenannten Arabischen Frühlings

2011 betroffen waren, herrscht zwar eine beachtliche Parteienvielfalt quer durch das gesamte politische Spektrum, alle zugelassenen Parteien agieren aber unter strikter Kontrolle des jeweiligen Machtapparats.

Ägypten wiederum erlebte nach dem schnellen politischen Aufstieg der Muslimbruderschaft mit dem Militärputsch im Juli 2013 ein jähes Ende parteigetragener Politik: Die Regierungen von zunächst Interimspräsident Adly Mansour und seit 2014 Präsident Abd al-Fattah al-Sisi brachten beide keinerlei Initiativen zur Stärkung der Parteien auf den Weg; stattdessen wurden auch nach dem Machtwechsel keine zügigen Wahlen zur Neubesetzung des 2012 aufgelösten Parlaments angesetzt. Erst im Herbst 2015 wurden Parlamentswahlen abgehalten.

In Libyen machten der zunehmende Staatszerfall und die gewalttätige Übernahme der Kontrolle in vielen Gebieten durch islamistische Milizen einen institutionalisierten politischen Prozess nahezu unmöglich. Hier bestimmen seit 2011 nicht nur die militärisch Stärksten, sie üben auch beständigen Druck auf die rudimentär funktionierenden Institutionen wie das Parlament oder die in etlichen Städten bestehenden lokalen Räte aus, damit diese im Sinne der Milizen entscheiden.

Die nach den politischen Umbrüchen einsetzende „Revitalisierung der formellen politischen Landschaft" mit Parteien, Wahlen und Parlamenten im Zentrum[1] hatte außer in Tunesien keine grundlegenden Auswirkungen für die Stellung der Parteien im politischen System. Parteien spielen bei der Politikgestaltung in Ägypten und Libyen keine nennenswerte Rolle. Marokko ist zwar nach wie vor weit von demokratischen Verhältnissen entfernt, parteipolitisch aber dennoch als pluralistisches Land neben Tunesien positiv herauszuheben. Algerien lässt sich als „Zwischenland" begreifen.

Im Folgenden werden die wesentlichen gemeinsamen Charaktermerkmale der Parteien in den fünf Ländern Nordafrikas dargestellt. Der Beitrag geht von der Annahme aus, dass in Tunesien der politische Wandel nach 2011 teils durch Parteien gefördert wurde und die Parteien ihrerseits wiederum durch die politischen Veränderungen beeinflusst wurden. In den anderen nordafrikanischen Staaten bauten die Staatsführungen ihre Machtbasis auf anderen Faktoren

denn auf Parteien und eventuellen Mehrheiten in den Parlamenten auf; das heißt, die Regierenden sichern ihre Macht durch Netzwerke ab, die Parteien zwar umfassen, aber nicht auf diese angewiesen sind.

2. Trotz Liberalisierung nur wenige Freiheiten für Parteien

Obwohl im Zuge der von westlichen Gebern seit den 1990er Jahren verlangten „Demokratisierung" (Steven Heydemann spricht von „upgrading authoritarianism"[2]) die Wahlverfahren in der Tat liberalisiert wurden, was den Erfolg islamistischer Kandidaten in Ägypten bei den Wahlen 2005 und in Marokko bei den Wahlen 2007 zur Folge hatte, beugten die Staatsführungen einer Gefährdung ihrer eigenen Machtfülle vor. Sie ließen keine erweiterten Wahlfreiheiten zu oder beschränkten diese sogar erneut.[3] So wurden in Ägypten die zunächst verbesserten Teilnahmebedingungen bei den Wahlen 2010 wieder rückgängig gemacht, so dass die Kandidaten der Muslimbruderschaft keinen einzigen Sitz mehr erhielten. In Marokko wählte der erweiterte Machtzirkel um das marokkanische Königshaus („Makhzen") die Strategie der Einbindung der erstarkten islamistischen Opposition in das Regime. Die Wahlsysteme waren also, und sind es mit Ausnahme Tunesiens nach wie vor, strukturell zur Kontrolle der Opposition maßgeschneidert. Wahlen in Nordafrika sind – erneut mit der Ausnahme Tunesiens – nur bedingt frei und fair.

Neben den Wahlgesetzen wurden ab den 1990er Jahren auch die sehr restriktiven Parteiengesetze liberalisiert. In keinem Fall erreichten sie aber auch nur annähernd liberaldemokratische Qualität. Die Regime (sei es durch die Innenministerien, die Gerichte oder spezielle Gremien der Regierungspartei) behielten sich weitreichende Befugnisse vor, Parteien mit manchmal fadenscheinigen Gründen zu verbieten; islamistische Parteien sowieso, aber auch demokratisch gesinnte Initiativen hatten meist keine Chance, als eigenständige Partei anerkannt zu werden.

2011 wurden in allen fünf Staaten grundlegende Überarbeitungen der Partei- und Wahlgesetze angegangen. Im Falle Algeriens erfolgte die Reform des Parteiengesetzes 2012 und die des Wahlgesetzes 2016. In Libyen verabschiedete der Nationale Übergangsrat im Mai 2012 ein gänzlich neues Gesetz, das die Bildung politischer Parteien regelt, nachdem es in den ersten Monaten nach dem

Sturz des Qaddafi-Regimes zu völlig unkontrollierten Parteigründungen und folglich einer absolut unübersichtlichen Parteienlandschaft gekommen war. Das neue Gesetz schrieb nun vor, dass zur Registrierung einer Partei mindestens 250 Gründungsmitglieder nötig sind. Während Marokko seit 2005 mindestens 1.000 Gründungsmitglieder aus wenigstens der Hälfte der 16 Provinzen vorsah, reduzierte das reformierte Gesetz vom Frühsommer 2016 diese Zahl auf nur noch 300. Die mit Abstand höchste Anzahl Gründungsmitglieder verlangte der Hohe Militärrat im 2011 formulierten ägyptischen Parteiendekret (Dekret Nr. 12): Für die Gründung einer Partei sind demnach 5.000 Personen aus mindestens zehn der 29 Gouvernorate notwendig; nach dem Parteiengesetz von 1977 waren lediglich 50, gemäß dem 2005 modifizierten Gesetz 1.000 Gründungsmitglieder nötig gewesen.[4] Seit 2011 müssen die Namen aller 5.000 Gründungsmitglieder zudem in zwei nationalen Zeitungen veröffentlicht werden, was insbesondere kleine und unabhängige Parteien vor immense finanzielle Herausforderungen stellt.[5] Gleichwohl waren diese Neuerungen eine wichtige Verbesserung für reformorientierte Aktivisten, bestanden unter Präsident Mubarak doch kaum Chancen auf eigene Parteigründungen, da sämtliche Anträge vom Political Parties Committee genehmigt werden mussten, das nur in Ausnahmefällen Genehmigungen erteilte. Dieses Komitee wurde nach 2011 mit offiziell unabhängigen Juristen vollständig neu besetzt, so dass Parteineugründungen nun leichter möglich waren.[6]

Eine weitere Diskriminierung insbesondere kleinerer Parteien erfolgt in vielen Ländern durch Quotenregelungen. Marokkos Parteiengesetz (Organgesetz 29-11) vom 22. Oktober 2011 macht den Parteien beispielsweise zur Auflage, Frauen und Jugendliche mit in die Führungsstrukturen aufzunehmen (Artikel 26). Ägypten schreibt für Wahlteilnahmen exakte Quoten für Frauen, Christen, Arbeiter und Landwirte, Behinderte, Jugendliche und Exil-Ägypter vor. Was Vorteile bringt für die Repräsentation von benachteiligten Gruppen, diskriminiert insbesondere die kleinen Parteien, die Mühe haben, ausreichend diversifizierte Kandidaten aufzustellen.[7]

Seit den 1990er Jahren unterliegen die Parteien in allen Ländern (in Libyen seit 2012) einer gesetzlich geregelten Parteienfinanzierung. Diese wird aber nicht immer strikt nach neutralen Kriterien angewendet, im Gegenteil: Weil die Finanzen der Parteien oftmals gar nicht oder nur unvollständig dargelegt werden und unabhängige

Kontrollinstanzen entweder fehlen oder institutionell nur schwach abgesichert sind, ist nicht nachweisbar, aus welchen Quellen die Gelder der Parteien kommen, in welcher Höhe sie von einzelnen Gebern unterstützt werden oder ob regimenahe Parteien eine besondere finanzielle Förderung erhalten.[8]

Wie in Ägypten wurde auch in Libyen eine ausländische Parteienfinanzierung ohne vorherige Genehmigung verboten. Dieses Verbot sollte in Ägypten vorrangig die Finanzströme an die Muslimbruderschaft unterbinden, aber auch die Zusammenarbeit von westlichen Einrichtungen mit säkularen Parteien deutlich erschweren. In Tunesien wurden 2011 Parteispenden von Firmen oder juristischen Personen verboten; öffentliche Gelder stehen Parteien zu, doch fehlt bislang eine genaue Definition, nach welchen Maßstäben sich diese öffentliche Finanzierung bemisst.[9] Der vom Hohen Militärrat in Ägypten verabschiedete Erlass Nr. 12/2011 sah hingegen eine ausschließliche Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge vor; die seit 1977 gewährten jährlichen Zuschüsse pro Partei von je 100.000 Ägyptischen Pfund fielen weg.[10] Aufgrund der undurchsichtigen Finanzierungsnetzwerke[11] trifft dies in der Realität aber nur die regimekritischen Parteien,[12] was zuletzt bei der generösen Unterstützung der Staatspräsident Sisi-nahen „Aus Liebe zu Ägypten"-Liste im Parlamentswahlkampf 2015 durch die ägyptischen Geheimdienste deutlich wurde.[13] Offiziell finanzieren sich die ägyptischen Parteien aus Mitgliedsbeiträgen, privaten Spenden und eventuellen Erlösen aus Parteizeitungsverkäufen,[14] zudem sind Parteien steuerbefreit.

In Marokko hingegen erhalten Parteien öffentliche Zuschüsse gemäß ihrer Repräsentanz im Parlament und der bei Wahlen erreichten Stimmen; Spenden sind nur durch registrierte Parteimitglieder zugelassen, wobei im Innenministerium derzeit Pläne diskutiert werden, private Parteispenden zuzulassen, wovon insbesondere die dem Königshaus nahestehenden Parteien und die islamistische Regierungspartei PJD (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) profitieren würden.

Die Finanzknappheit der meisten Parteien, die mit Personalknappheit einhergeht, verhindert eine ausreichende Präsenz der Parteien auf lokaler Ebene. Am ehesten noch sind Parteien in Marokko und seit 2011 auch in Tunesien lokal strukturiert, wenngleich die von

den Zentralregierungen entsandten Gouverneure meist die Entscheidungen in Rücksprache mit der Hauptstadt treffen, aber nicht im Dialog mit lokal anzutreffenden Parteien.[15] In Algerien sind die beiden großen Regierungsparteien FLN (Nationale Befreiungsfront) und RND (Nationale demokratische Sammlungsbewegung) lokal verankert. Analog zu den Verhältnissen auf der nationalen Ebene spielen Lokalwahlen bisweilen nur in Marokko eine nennenswerte Rolle.[16] In Tunesien sind die ersten Kommunalwahlen seit dem politischen Umbruch 2011 erst für Ende 2017 angesetzt.

Schwache lokale Parteienpräsenz sorgt dafür, dass öffentlicher Unmut vor und auch nach 2011 durch Streiks und Demonstrationen, Proteste wie Sit-ins und Straßenblockaden zum Ausdruck gebracht wird, kaum jedoch über lokale Parteivertreter.

3. Funktionen der Parteien in Nordafrika

In demokratischen Gemeinwesen erfüllen Parteien im Wesentlichen zwei Funktionen: eine repräsentative und eine prozedurale. Während die erste die politischen Inhalte von Parteien in den Blick nimmt und entsprechende Interessen der Bevölkerung in den politischen Prozess einbringt, dient die zweite der Durchführung von Politik in Form von Parteitagen, Ortsverbänden und Parlamentssitzungen, wozu auch die Rekrutierung und der Aufbau von politischen Entscheidungsträgern gehört.[17]

Angesichts der noch mangelhaften demokratischen Gesamtqualitäten der nordafrikanischen Staaten erfüllen auch nach 2011 die Parteien Nordafrikas diese Aufgaben wenig zufriedenstellend: Sie repräsentieren weder ausreichend die Interessen der Bevölkerung (sie werden allerdings aufgrund mangelnder Erwartungen auch nicht ausreichend von dieser dazu aufgefordert), noch dienen sie der Rekrutierung von politischem Führungspersonal. Dies gilt insbesondere in den strikten Präsidialregimen Algeriens und Ägyptens sowie im monarchischen System Marokkos, wo politische Entscheidungen sowohl über Inhalte als auch über Führungspersonal eher an den Staatsspitzen getroffen werden denn von den einzelnen Parteien.

Die Parteien stehen somit außerhalb der relevanten Entscheidungswege, zumal die Regierenden ihre Macht durch Netzwerke absichern, die Parteien zwar umfassen, aber nicht auf

diese angewiesen sind. Während die Kontrolle und Einbindung der Sicherheitsorgane und der Wirtschaftseliten für das Fortbestehen der autoritären Strukturen von zentraler Bedeutung sind, und ihre Vertreter entsprechend in die Machtstrukturen eingebunden werden, stehen politische Parteien als „schmückendes Beiwerk" eher im Abseits und sind auf das Wohlwollen der Staatsführung angewiesen. Selber haben sie gegenüber den Staatsführungen jedoch kaum Druckmittel in der Hand, um ihre Stellung zu verbessern. Tunesien ist die Ausnahme; hier haben nach 2011 zumindest zeitweilig einige Parteien, allen voran die islamistische Ennahda-Partei und die säkular-orientierte Partei Nida Tounes, an Bedeutung gewonnen, um sowohl auf Politikinhalte als auch Politikprozesse spürbaren Einfluss zu nehmen.[18] Innerparteiliche Querelen um Führungspositionen schwächen allerdings seit 2015 die Partei Nida Tounes, führten zu Parteiaustritten und 2016 zur Neugründung der Partei Mouvement Machrou Tounes (Bewegung Projekt Tunesien) durch ehemalige Führungspersönlichkeiten von Nida Tounes. Die Funktionsfähigkeit und das Ansehen der Partei wurden dadurch schwer beeinträchtigt. Solche innerparteilichen Konflikte wirken sich zudem auf die Arbeit der Parlamentarier und das Ansehen der Parlamente aus.

Den Parlamenten nordafrikanischer Staaten wird auch nach den politischen Umbrüchen von 2011 nur wenig Vertrauen entgegengebracht: Lediglich 7,4 Prozent der Ägypter beispielsweise gaben 2014 in der Datenerhebung des ArabTrans-Projekts der Universität Aberdeen an, Vertrauen in das Parlament zu besitzen. Besser sah es in Libyen aus, wo sich im gleichen Jahr immerhin 27 Prozent positiv über das Parlament äußerten, in Algerien waren es sogar etwa 40 Prozent.[19] Die niedrigen Wahlbeteiligungen bei Parlamentswahlen in allen nordafrikanischen Staaten zeigen zudem, dass breite Bevölkerungsschichten den Parlamenten wenig Bedeutung beimessen. An den jeweils letzten Parlamentswahlen nahmen in Ägypten (2015) rund 28 Prozent der Wahlberechtigten teil, in Algerien (2012) 43 Prozent, in Libyen (2014) 18 Prozent (nach 62 Prozent 2012 bei den ersten Wahlen nach dem Sturz des Qaddafi-Regimes, also nur zwei Jahre zuvor), in Marokko (2016) 43 Prozent, in Tunesien (2014) allerdings 60 Prozent.

Die Revolutionen gegen die Monarchie in Ägypten 1952 und in Libyen 1969 sowie der Kampf gegen die europäischen Kolonialherren, der

in Marokko und Tunesien im Jahr 1956 und in Algerien 1962 in die Unabhängigkeit führte, mündeten in politische Systeme, die stark auf Führerpersönlichkeiten zugeschnitten waren. In Ägypten war dies 1952 Gamal Abdel Nasser, in Tunesien 1956 Habib Bourguiba, in Libyen 1969 Muammar al-Qaddafi. Die Fixierung auf einzelne Führer verhinderte die Entwicklung eines Parteienpluralismus, denn von Anfang an war „Nationale Einigkeit" eine der zentralen Losungen der neuen Machthaber. Bis auf Libyen, in dem Qaddafi 1972 per Gesetz Parteien kriminalisierte, blieb es deswegen zunächst bei Einparteiensystemen, die sich nur zögerlich ab den 1970er Jahren zu Mehrparteiensystemen öffneten – allerdings stets unter strikter Kontrolle der Staatsführung und der sie stützenden Staatsparteien.[20] So leitete Ägyptens damaliger Staatspräsident Anwar al-Sadat 1977 selber das Ende der Einparteienherrschaft ein, als er die von seinem Vorgänger Gamal Abdel Nasser gegründete Arabisch-Sozialistische Union (ASU) in Parteien aufspalten ließ, darunter die bis 2011 regimetragende Nationaldemokratische Partei (NDP). Ein echter Parteienwettbewerb entwickelte sich daraus aber nicht, sondern alle Parteien unterstützten das Regime.

Während insbesondere Marokko und mit Abstrichen auch Algerien schon vor 2011 als leidlich „echte" Mehrparteiensysteme bezeichnet werden konnten, wurden die ägyptischen und tunesischen Oppositionsparteien überwiegend aus Scheingründen von den Staatsführungen geduldet und sogar finanziell gefördert. Zum einen wurden die schwachen Oppositionsparteien zur Einbindung der Konkurrenz in die Regime benutzt, zum anderen dienten die Parteien – bisweilen auch die eigenen Regierungsparteien – als „Sündenböcke" im Falle von Politikversagen. So richtet sich bis heute in Marokko die Kritik wenn überhaupt gegen den dem Parlament (und damit den Parteien) verantwortlichen Regierungschef, nicht aber gegen den König. Ähnliches lässt sich in Algerien und Ägypten beobachten, wo die beiden Staatspräsidenten bei Aufkommen von Kritik an den Verhältnissen im Land den Premierminister mitsamt seiner Ministerriege austauschen, sich selber aber nicht als Adressat der Kritik sehen. Schlussendlich dienen Oppositionsparteien zur Aufrechterhaltung der „demokratischen Fassade", die insbesondere für den Ausbau der Zusammenarbeit mit westlichen Geberländern wichtig war und ist.[21] So war es in Ägypten beispielsweise üblich, bei Parlamentarierreisen nach Europa oder Übersee auch Angehörige der Oppositionsparteien mitreisen zu lassen, um den westlichen Parla-

mentariern die politische Vielfalt im Lande zu präsentieren; da die Delegationen jeweils vom Parlamentspräsidenten zusammengestellt wurden, der stets der Regierungspartei angehörte, war dies ein sehr einfaches Mittel, die Regierungskritiker innerhalb des Parlaments zu disziplinieren, da eine Teilnahme an diesen Reisen als lukrative Angelegenheit galt.[22]

Für Marokko muss dies insofern eingeschränkt werden, weil hier von den Oppositionsparteien wiederholt spürbare Politikinitiativen ausgingen. Herausragend war der Regierungswechsel 1998, als der „Nationale Block", ein Zusammenschluss mehrerer Parteien mit der Union der sozialistischen Volkskräfte (USFP; Union Socialiste des Forces Populaire) im Zentrum, nach den Wahlen des Jahres 1997 die Regierung übernahm – zugleich aber damit auch vom Regime kooptiert wurde.[23] Die islamistische Partei Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD; Parti de Justice et de Développement), seit Ende 2011 Regierungspartei, hatte 1997 erstmals an den Wahlen teilnehmen dürfen und schwang sich direkt zur stärksten Oppositionspartei auf. Zu keinem Zeitpunkt waren die Oppositionsparteien jedoch außerhalb der Kontrolle des Königs.[24] Dies ist seit 2011 nicht anders, auch wenn der König seit der Verfassungsänderung von 2011 fortan den Regierungschef aus der Partei mit den meisten Sitzen im Parlament wählen muss.

Ägypten erlebte zwischen 2011 und 2013 eine leichte Öffnung zu mehr Parteienpluralismus, erreichte mit dem nachfolgenden Verbot der Muslimbruderschaft und der angegliederten Freiheits- und Gerechtigkeitspartei (FJP) aber wieder seinen alten eingeschränkten Stand, wie beispielsweise der Bertelsmann Transformationsindex (BTI) in seinem spezifischen Indikator zum Parteiensystem ermittelte.[25] Libyen entwickelte unmittelbar nach dem Sturz des Qaddafi-Regimes zunächst für gut ein Jahr eine erstaunliche, zugleich völlig ungeregelte Parteienvielfalt, die dann aufgrund des 2014 ausbrechenden zweiten Bürgerkrieges schnell ihre gewaltsamen Grenzen fand. Algerien und Marokko, kaum verändert durch den „Arabischen Frühling", erfuhren auch keine Änderung in der BTI-Bewertung ihrer Parteiensysteme. Mit Ausnahme Tunesiens, das sich von einem der ehemals am schlechtesten Bewerteten nach 2011 zum Spitzenreiter innerhalb der arabischen Länder aufschwang, befinden sich alle hier betrachteten Länder bezüglich ihrer Parteiensysteme im unbefriedigenden Bereich. Allerdings sind auch

in Tunesien die formalen Errungenschaften, die sich positiv auf die Bewertung auswirkten, nicht konsolidiert.

4. Verfassungsgarantien für Parteien im Widerspruch zur politischen Realität

Die Verfassungen aller fünf nordafrikanischen Staaten (im Falle Libyens gilt immer noch die Übergangsverfassung vom August 2011) garantieren den politischen Parteien Freiheiten, sowohl was ihre Gründung als auch ihre Aktivitäten angeht. Explizite gesellschaftliche Funktionen wie das in Deutschland berühmte Postulat der „Mitwirkung an der politischen Willensbildung" (Grundgesetz Artikel 21) werden ihnen allerdings nicht zugeschrieben, was den untergeordneten Stellenwert der politischen Parteien in Nordafrika bereits verdeutlicht. Wichtige Einschränkungen gibt es zudem in den Verfassungen von Algerien (Artikel 52), Ägypten (Artikel 74) und Marokko (Artikel 7): Hier wird die Gründung von auf Religion beruhenden Parteien explizit verboten; dies wird bisweilen als Bekenntnis zum Säkularismus verstanden. Die Bestimmung muss aber eher vor dem Hintergrund des jahrzehntelangen Konflikts mit islamistischen Parteien gesehen werden. Derartige Verfassungsartikel dienen beispielsweise in Ägypten vorrangig dem Ausschluss der Muslimbruderschaft vom politischen Prozess. In Ägypten sind auch nach dem Verbot der Muslimbruderschaft weiterhin islamistische Parteien zugelassen, so die salafistische Nour-Partei. Trotz entsprechender Bestimmungen wurden in den anderen nordafrikanischen Staaten ebenfalls Parteien auf religiöser Basis legalisiert wie die islamistische Ennahda in Tunesien, die Partei Bewegung für eine Gesellschaft des Friedens (MSP; Mouvement pour la Société de la Paix) oder die Front für Gerechtigkeit und Entwicklung (FJD; Front pour la Justice et le Développement) in Algerien sowie die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung PJD in Marokko, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Die islamistischen Parteien genießen trotz ihres religiösen Bezugssystems Handlungsspielraum, solange sie sich nicht gegen das verfassungsmäßig etablierte System wenden und diesem System gefährlich werden.[26] Mitglieder legalisierter islamistischer Parteien verhalten sich aufgrund dieses Drucks von vorneherein kaum konfliktiv, sondern arrangieren sich mit den bestehenden Machtstrukturen.[27] Die marokkanische PJD orientiert sich auch als Regierungspartei klar an den Vorgaben des Königs. Die ägyptische salafistische Nour-Partei (Partei des Lichts) unterstützt seit dem Militärputsch 2013 die neuen Machthaber.[28]

Nach den politischen Umstürzen 2011 in Ägypten, Libyen und Tunesien, die allesamt gegen die personenfixierten Regime gerichtet waren, wurde in allen drei Ländern die Einführung eines parlamentarischen Systems diskutiert, um einen erneuten Machtmissbrauch durch einzelne Führer einzugrenzen. Laut Umfragen des Arab-Trans-Projekts war die Bevölkerung Ägyptens noch im Jahr 2014 – also ein Jahr nach dem Sturz der bis dahin dominierenden Muslimbruderschaft und ihrem Verbot – durchaus aufgeschlossen für ein stärkeres parteipolitisches Engagement auf nationaler Ebene. Auf die Frage, welches politische System am geeignetsten für das eigene Land erscheine, entschieden sich 69,8 Prozent der befragten Ägypter für die Option einer parlamentarischen Demokratie, in der das gesamte Spektrum politischer Parteien seinen Platz finden sollte. Alternative Modelle wie ein rein islamistisches Modell oder gar die gehabte Autokratie fanden hingegen nur wenige Anhänger.[29]

Sowohl in Ägypten als auch in Tunesien kam es dann aber zu einem Stimmungsumschwung. In beiden Fällen wurden semipräsidentielle Systeme eingeführt, um mit einem vergleichsweise starken Präsidenten ein Gegengewicht zu den islamistisch dominierten Parlamenten aufzubauen. Während Tunesiens Verfassung dem direkt gewählten Präsidenten formal vergleichsweise geringe Kompetenzen zuschreibt und wesentliche Entscheidungsbefugnisse beim Regierungschef belässt, schreibt die ägyptische Verfassung dem Staatspräsidenten eine Fülle von Kompetenzen zu, die denen von Ex-Präsident Hosni Mubarak in nahezu nichts nachstehen.

Insofern erhielt in Ägypten das Parlament, und damit der Hauptort parteipolitischer Arbeit, keine nennenswerten Kompetenzzuwächse, auch wenn in der Verfassung von 2014 erstmals beispielsweise die Möglichkeit des Vertrauensentzugs gegenüber der Regierung und dem Präsidenten festgeschrieben wurde. Der Grund dafür liegt im Wahlsystem begründet, das von den insgesamt 596 Parlamentssitzen 448 für unabhängige Kandidaten vorsieht (75,2 Prozent) und nur 120 Sitze für Kandidaten von Parteilisten, die in landesweit nur vier Wahlkreisen nach dem Mehrheitsprinzip in geschlossenen, konditionierten Listen gewählt werden. Am Ende bekommt die Partei mit den meisten Stimmen alle Sitze. Kleinere Parteien gehen hingegen leer aus, selbst wenn sie ein für ihre Verhältnisse gutes Ergebnis erzielt haben. Weitere 28 Kandidaten (5 Prozent der Gesamtsitze) werden gemäß Artikel 102 der Verfassung vom Präsi-

denten bestimmt. Damit ist von vorneherein nahezu ausgeschlossen, dass sich innerhalb des Parlaments eine starke Fraktion bilden kann, die dem Staatspräsidenten kritisch gegenübersteht.[30] Tatsächlich schloss sich nahezu die Hälfte der Abgeordneten seit Anfang 2016 zur Staatspräsident Sisi unterstützenden „Support Egypt"-Allianz zusammen, die seitdem gemeinsam mit den ebenfalls Sisi unterstützenden Vertretern der Partei Freie Ägypter (Free Egyptians Party) sämtliche Kritik der wenigen verbliebenen oppositionellen Abgeordneten am Staatspräsidenten und der Regierung überstimmt. Oppositionelle Stimmen kommen somit innerhalb des ägyptischen Parlaments kaum noch zu Wort.[31]

Der ägyptische Staatspräsident Sisi ist selbst, im Gegensatz zu seinen Vorgängern, kein Parteimitglied, muss also nicht auf Parteitagen zumindest pro forma zu seiner Politik Stellung beziehen. Auch deswegen zeigte er bislang kein gesteigertes Interesse an schlagkräftigen Parteien.[32] Höhepunkt diesbezüglich war seine Aussage im Wahlkampf 2014, alle Kandidaten mögen sich doch zu einer Liste zusammenschließen, da Ägypten in diesen Tagen Einigkeit brauche.[33] Damit war klar, was er vom künftigen Parlament erwartet: keine parteipolitischen Debatten, sondern einhellige Unterstützung der Regierung.

In Marokko hätte eine solche „gleichschaltende Funktion" die erst 2008 vom ehemaligen stellvertretenden Innenminister und engen Königsvertrauten Fouad Ali El Himma gegründete Partei für Authentizität und Moderne (PAM; Parti Authenticité et Modernité) übernehmen sollen.[34] Das Ansinnen scheiterte allerdings, denn die islamistische PJD wurde 2011 stärkste Kraft; sie steht indes nicht in Opposition zur Monarchie, sondern bewegt sich im Rahmen des bestehenden Systems. Bei den Lokal- und Regionalwahlen im September 2015 wurde die islamistische Partei PJD mit 26,6 Prozent der Stimmen erneut stärkste Partei vor der säkularen PAM, die 19,4 Prozent der Stimmen erhielt.[35]

Das marokkanische Parlament wird zudem auf zwei weitere Weisen schwach gehalten. Zum einen werden Parteien schon in der Verfassung darauf verpflichtet, die Monarchie zu unterstützen, Kritik am monarchischen System und am Königshaus wird also nicht geduldet. Zum anderen führt das Wahlsystem zu einer Zersplitterung des Parlaments in etliche Kleinstparteien. Nach den Legislativwahlen von 2011 fanden sich 18 Parteien in der ersten Kammer des Parlaments

wieder, davon fünf mit lediglich einem Sitz und weitere fünf mit weniger als fünf Sitzen; nach den Legislativwahlen vom Oktober 2016 zogen zwölf Parteien in die erste Kammer des Parlaments ein, davon nur zwei mit über 100 Sitzen und fünf mit weniger als zwölf Sitzen.[36]

Noch zersplitterter ist Algeriens Parlament, in dem seit den Wahlen 2012 27 Parteien vertreten sind, mit der Nationalen Befreiungsfront (FLN), die 47,8 Prozent der Stimmen bei den Wahlen erzielte, als stärkster, aber nicht alleindominierender Regimepartei. Fünf Parteien sind mit lediglich einem Sitz, weitere 13 Parteien mit weniger als fünf Sitzen vertreten. Der Effekt ist ähnlich wie im Falle von vielen unabhängigen Kandidaten: Mehrheiten sind nur mühsam zu beschaffen und Parteien können sich nur schwer ein sichtbares eigenes Profil zulegen.

Die libyschen Parlamentswahlen vom Juli 2012 – weithin als Erfolg gepriesen – fanden unter enormen Sicherheitsvorkehrungen, insbesondere im Osten des Landes statt.[37] Dutzende Parteien hatten sich zur Wahl gestellt, am erfolgreichsten mit fast 50 Prozent der Wahlstimmen schnitt die Allianz nationaler Kräfte (NFA; National Forces Alliance) unter Führung von Mahmoud Jibril ab, gefolgt von der Partei der libyschen Muslimbruderschaft JCP (Justice and Construction Party/Partei für Gerechtigkeit und Aufbau), die etwas mehr als zehn Prozent der Stimmen bekam. Von den insgesamt 200 Sitzen waren 120 für unabhängige Kandidaten reserviert. Die NFA erhielt von den für Parteien reservierten 80 Sitzen insgesamt 39 und die JCP 17 Sitze. Fünfzehn Parteien erhielten lediglich einen Sitz, drei weitere zwei Sitze, und eine Partei drei Sitze. Bei den Wahlen zum Repräsentantenhaus im Juni 2014 standen offiziell keine Parteien mehr zur Wahl, sondern nur noch unabhängige Kandidaten. Nach der Annullierung der Wahl durch den Obersten Gerichtshof im November 2014 und der Rekonstituierung des von Islamisten dominierten „neuen" Allgemeinen Nationalkongresses (GNC; General National Congress) in Tripolis sowie nach der Verlegung des von säkularen Kräften dominierten „Repräsentantenhauses" nach Tobruk trat eine Situation ein, in der formelle politische Aktivität für den „normalen Bürger" kaum noch sinnvoll erscheint; zu stark ist die Vetomacht der bewaffneten Milizen, die oftmals mit politischen Parteien derart eng verwachsen sind, dass eine Unterscheidung kaum möglich ist.

Die Dominanz unabhängiger Kandidaten bzw. die Zersplitterung der Parlamente in letztlich ineffektive Kleinstparteien bewirkt nicht

nur eine Marginalisierung der Parteien in den Parlamenten, sondern reduziert auch die Anreize für politisch interessierte Bürger, sich Parteien anzuschließen. Außerdem reduziert sich so die Stabilität und Effektivität der Parlamente durch permanentes Neuaushandeln von Mehrheiten und vergleichsweise hohe „turnover rates" bei Wahlen: Die mangelnde Stabilität von Parteien und der große Anteil unabhängiger Kandidaten sorgt dafür, dass bei jeder Neuwahl vergleichsweise viele neue Abgeordnete ins Parlament einziehen.[38] Die neuen Abgeordneten müssen sich erst einfinden und können kaum auf „institutionalisiertes Wissen" zurückgreifen, das ihnen funktionierende Parteistrukturen bieten könnten. Dieser Sachverhalt mindert die Effektivität der nordafrikanischen Parlamente und wirkt sich damit negativ auf jene Institution aus, die eigentlich der Hauptort parteipolitischer Entfaltung sein sollte.

5. Gemeinsamkeiten nordafrikanischer Parteien

Auch wenn die Parteiensysteme der fünf nordafrikanischen Staaten vor 2011 sehr divergierten (Quasi-Einparteiensysteme in Ägypten und Tunesien, Quasi-Mehrparteiensysteme in Algerien und Marokko, keine Parteien in Libyen), so waren die Einflussmöglichkeiten aufgrund der autokratischen Strukturen insgesamt gering. In Ägypten war die Rolle der regimetragenden (und damit staatstragenden) Nationaldemokratischen Partei selbstredend herausragend und muss bei der Analyse strikt von den (wenigen) Oppositionsparteien unterschieden werden. Dasselbe gilt für die regimetragende Partei Demokratische verfassungsmäßige Sammlungsbewegung (RCD; Rassemblement Constitutionnel Démocratique) in Tunesien. Mit dem politischen Umbruch nach 2011 und dem Verbot der beiden Staatsparteien wurde Platz frei für die Gründung der zahllosen neuen Parteien, die in ausgesprochen unübersichtlicher Vielfalt an den ersten freien und demokratischen Wahlen teilnahmen: Mehr als 60 Parteien stellten sich in Ägypten, mehr als 100 in Tunesien und Libyen zur Wahl.[39]

Im Gegensatz zu einigen wenigen traditionsreichen Parteien, wie z. B. die Wafd-Partei in Ägypten, und abgesehen von den 2011 legalisierten islamistischen Parteien der Muslimbruderschaft (wie die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei FJP in Ägypten, die Partei Gerechtigkeit und Entwicklung JCP in Libyen oder die Ennahda-Partei in Tunesien) bestanden diese neu gegründeten Parteien meist

nur aus wenigen Personen, hatten keine Büroinfrastruktur und erst recht keine landesweite Präsenz. Oftmals verfügten sie auch über keinen regulären Haushalt, so dass einige inzwischen schon wieder aufgelöst oder zumindest inaktiv sind.

Insgesamt fehlt den heutigen Parteien in allen Ländern die tiefer gehende gesellschaftliche Verwurzelung. Nach Erhebungen des ArabTrans-Projekts der Universität Aberdeen sind in Ägypten nur 0,3 Prozent der Bevölkerung Mitglied einer Partei, in Libyen 6,3 Prozent, in Marokko 6,4 Prozent und in Tunesien 2,6 Prozent.[40] Gemäß der gleichen Erhebung bringen nur jeweils 10,1 Prozent der Ägypter und Libyer politischen Parteien Vertrauen entgegen. Marokko ist wegen seines traditionsreichen Mehrparteiensystems hingegen ein positiver Ausreißer: 51,1 Prozent der Befragten bringen hier den politischen Parteien Vertrauen entgegen.

Ein ähnliches Bild zeichnen die Daten des „World Values Survey Wave 6", in der auch nach dem Vertrauen in politische Parteien gefragt wurde, wenngleich das positive Bild Marokkos hier weniger deutlich ausfällt. Lediglich 25,2 Prozent der Marokkaner bringen Parteien „a great deal" oder zumindest „quite a lot" Vertrauen entgegen, verglichen mit 18,8 Prozent in Algerien und 19,9 Prozent in Ägypten sowie niederschmetternden 6,0 Prozent in Libyen und nur 3,1 Prozent in Tunesien, wie folgende Tabelle veranschaulicht.

Tabelle: Vertrauen der Bevölkerung in Parteien (Angaben in Prozent)

	Algeria 2014	Egypt 2012	Libya 2013	Morocco 2011	Tunisia 2013
A great deal	7,5	3,5	2,9	7,3	0,9
Quite a lot	11,3	16,4	3,1	17,9	2,2
Not very much	26,2	34,3	23,0	37,0	27,9
None at all	37,0	44,6	60,7	27,8	59,7
Don't know	n.a.	n.a.	8,6	5,6	9,3
No answer	17,9	1,3	1,8	4,4	n.a.

Quelle: Zusammenstellung nach World Values Survey Wave 6, http://www.worldvaluessurvey.org/WVSDocumentationWV6.jsp (letzter Abruf: 30.10.2016). Die Frage lautete: „Could you tell me how much confidence you have in political parties?"

Parteien, selbst die politisch führenden, sind also kaum gesellschaftlich verankert. Sie sind stattdessen eher als Schöpfung einflussreicher lokaler Individuen anzusehen, von denen sie entsprechend finanziell abhängig sind. Bisweilen werden Oppositionsparteien sogar von staatlicher Seite mitfinanziert,[41] was meist aus Gründen der (vorgespielten) „demokratischen Vielfalt" und zur Einbindung potentieller Kritiker geschieht.

Wohlhabende Sponsoren werden in die finanzielle Förderung von regimenahen Parteien eingebunden, sehen von der Förderung oppositioneller Parteien aber weitgehend ab, da sie damit die Grundlage ihrer Geschäfte gefährdet sehen.[42] So erhielt die ägyptische Sozialdemokratische Partei (Egyptian Social Democratic Party) ab 2011 zahlreiche Spenden insbesondere koptischer Geschäftsleute, die damit das erfolgreiche Abschneiden der Muslimbrüder konterkarieren wollten. Nach dem Militärputsch im Juli 2013 nahmen diese Spenden nahezu vollständig ab, da die Spender nicht in Konflikt mit dem neuen Regime unter Kontrolle der Armee geraten wollten.[43]

Der Finanzmangel der Parteien führt zu Mitarbeitermangel, was mit ein Grund für die meist fehlenden lokalen Parteibüros ist, in denen sich Bürger für örtliche Angelegenheiten stark machen könnten. Dies ist insbesondere außerhalb der Hauptstädte der Fall. Stattdessen werden in Ägypten beispielsweise Abgeordnete des nationalen Parlaments häufig mit lokalen Anliegen aus ihren Wahlkreisen konfrontiert, was wiederum ihre Arbeit auf nationaler Ebene beeinflusst.[44] Dies erklärt auch, warum bei insgesamt niedriger Wahlbeteiligung in städtischen Bezirken Wahlen noch weniger Zuspruch erfahren als in ländlichen, da hier aufgrund der personalisierten Beziehungsstrukturen („Wasta"-Strukturen) die Wähler von den Kandidaten viel offener eigene persönliche Vorteile erwarten.[45] Diese informellen politischen Institutionen schwächen die formalen politischen Institutionen, also Parteien, Parlamente und die von ihnen verabschiedeten Gesetze.[46]

Letztlich führt die Dominanz der städtischen Zivilgesellschaft, so demokratisch sie aus Inklusionsperspektive erscheinen mag, zu einer Aufsplitterung gesellschaftlicher Interessen in verschiedene Partikularinteressen und zu einer „Depolitisierung" der Gesellschaft.[47] Ein Sonderfall ist Libyen, wo aufgrund des nicht existenten nationalen Rahmens vielerorts auf kommunaler Ebene eine beacht-

liche Arbeit in den seit 2012 sukzessive gewählten Lokalräten (Local Councils) geleistet wird. Als beispielsweise im November 2013 verschiedene Milizen aus Misrata zahlreiche Teilnehmer einer Demonstration in Tripolis erschossen, blieb der Allgemeine Nationalkongress weitgehend untätig – es waren aber die Lokalräte, gemeinsam mit örtlichen Vereinigungen, die der Gewalt durch Verhandlungen ein Ende bereiteten.[48] Allerdings sind die Lokalräte oftmals auch mit den örtlichen Milizionären eng verbunden, so zum Beispiel in Misrata selber, wo im Dezember 2012 auf Betreiben der Bevölkerung einer der ersten Lokalräte gewählt wurde.[49]

Ein weiteres übergreifendes Merkmal ist die mangelnde Professionalität der meisten Parteien Nordafrikas, insbesondere in Ländern, in denen bis 2011 keine Parteien erlaubt waren (Libyen) oder aber eine Staatspartei quasi alleinherrschend war (Ägypten, Tunesien). Andauernde Repression der Regime verhinderte eine Konsolidierung von kleineren Parteien, die, wenn nicht ganz verboten (wie insbesondere islamistische Parteien), massiv an ihrer Arbeit gehindert wurden und deren Anführer oftmals zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Nach Auflösung der dominanten Staatsparteien in Ägypten (NDP) und Tunesien (RCD) ging damit auch ein großes Stück „Professionalismus" auf parteipolitischer Ebene verloren, so undemokratisch diese Parteien auch gewesen waren.[50]

6. Religion als dominierendes Differenzkriterium

In den überwiegend religiös-konservativen Gesellschaften Nordafrikas ist „Wie hältst du's mit der Religion" auch für politische Parteien die Gretchen-Frage. Nicht nur, dass mit den 1970er Jahren islamistische Parteien – und hier insbesondere Ausformungen der in allen Ländern verbotenen Muslimbruderschaft – zunehmend Anerkennung und Einfluss gewannen. Auch die offiziell säkularen Parteien nahmen religiöse Argumentationen auf wie beispielsweise die Quasi-Einheitsparteien NDP in Ägypten und RCD in Tunesien, einerseits um Unterstützung in den sich weithin konservativ verhaltenden Gesellschaften zu erhalten, andererseits um den Islamisten entgegenzutreten und diese mit ihren eigenen Waffen zu schlagen. Ähnlich wie die säkularen Parteien verhielten sich das marokkanische Königshaus und die algerische Staatsführung. Dieses sehr typische Verhalten gegenüber den Nischenparteien, also den islamistischen Parteien, hat diesen jedoch nicht geschadet, sondern eher genutzt.

In den insgesamt zunehmend religiös geprägten gesellschaftlichen Diskursen wurden Forderungen nach stärkerer Berücksichtigung von Scharia-Prinzipien, eine der Kernforderungen islamistischer Parteien, zunehmend salonfähig; selbst die ägyptische Wafd-Partei (Delegationspartei) verschärfte von Wahlprogramm zu Wahlprogramm in den 1980er und 1990er Jahren ihre Forderung nach Anerkennung der Scharia als zentrale Rechtsquelle.[51] Geholfen hat es den säkularen Parteien nicht: Ende 2010 wurde, trotz ihres Verbots, lediglich die Muslimbruderschaft als reale Opposition gesehen, die nasseristische Wafd-Partei, die linke Tagammu-Partei oder die 2004 gegründete Ghad-Partei (Partei des Morgen) wurden hingegen kaum von der Bevölkerung wahrgenommen und unterstützt.[52]

Islamistische Parteien standen trotz der jahrzehntelangen Diskriminierung zum Zeitpunkt der politischen Umbrüche in Nordafrika 2011 und in den ersten Jahren nach den Umbrüchen besser in der öffentlichen Wahrnehmung da als säkulare Parteien. So bevorzugten laut Umfragen der Universität Aberdeen im Jahr 2014 55,2 Prozent der Marokkaner islamistische vor säkularen Parteien („agree" und „strongly agree"), in Ägypten sprachen sich ebenfalls 2014 54,3 Prozent zugunsten islamistischer Parteien aus. In Algerien, wo große Teile der Bevölkerung immer noch unter dem Eindruck des Bürgerkrieges der 1990er Jahren stehen, hielten sich hingegen bei der Umfrage 2013 die Ansichten die Waage: 25,7 Prozent der Befragten bevorzugten islamistische Parteien, 26,7 Prozent säkulare Parteien, der Rest hatte keine Präferenzen.[53]

Insofern lassen sich die überragenden Wahlerfolge der Freiheits- und Gerechtigkeits-Partei FJP und der salafistischen Nour-Partei in Ägypten, der Ennahda-Partei in Tunesien und der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung PJD in Marokko leicht nachvollziehen. Zumal diese Parteien für viele Wähler unmittelbar nach den politischen Umbrüchen 2011 zunächst als einzige glaubhafte Alternative zu den alten Regimen erschienen,[54] und sie wegen ihrer Unterdrückung in Ägypten, Libyen und Tunesien vor 2011 einen „Vertrauensbonus" genossen. In Ägypten hatten sie darüber hinaus vor 2011 durch soziales Engagement auf sich aufmerksam gemacht.[55]

Insgesamt ist in den religiös-konservativen Gesellschaften Nordafrikas die Akzeptanz säkularer Parteien schwierig: Wie sich ein bei den Wahlen 2011/2012 in Ägypten (erfolglos) kandidierender Libe-

raler erinnerte, habe er während des Wahlkampfs weniger seine politischen Absichten erklären, sondern eher belegen müssen, dass er kein Atheist sei.[56]

Die Konzentration auf religiöse Ansichten lässt, neben der weiteren Trennlinie der Nähe bzw. Zugehörigkeit zu den alten Regimen, ideologisch-programmatische Fragen kaum zur Geltung kommen. Die in Deutschland und anderen europäischen Staaten trotz gegenseitiger Annäherung klassische Teilung zwischen wirtschaftsliberalen und sozialdemokratischen, bis hin zu ökologischen Parteien ist in den nordafrikanischen Staaten so kaum anzutreffen. Während das wertkonservative politische Spektrum durch die islamistischen Parteien abgedeckt wird, gibt es nur wenige nennenswerte progressive Parteien; die linken Parteien sind zerstritten und uneinig in ihrer Strategie sowohl gegen die alten Regimerepräsentanten als auch gegen die Islamisten.[57]

Hinsichtlich ihrer wirtschaftspolitischen Vorstellungen unterscheiden sich die dominierenden Kräfte übrigens kaum: Sowohl islamistische als auch das Gros der jeweils die Staatsführungen stützenden „Mainstream-Parteien" sind geeint im Glauben an die freie Marktwirtschaft.[58]

7. Perspektiven

Die Stellung und Rolle der Parteien änderte sich seit 2011 nur in Tunesien beträchtlich (wenn man von Libyen einmal absieht, wo Parteien bis 2011 gänzlich verboten waren). In Ägypten, Algerien und Marokko ist der Einfluss der Parteien zwar unterschiedlich ausgeprägt, er veränderte sich im Vergleich zu der Zeit vor 2011 jedoch nur marginal. In der Summe gilt, dass Parteien nur dann toleriert werden, wenn sie dem Regime nicht gefährlich werden können. Das Phänomen des parteipolitischen Fassadenpluralismus ist in diesen Ländern trotz der Geschehnisse 2011 weiterhin Fakt, echter Parteienwettbewerb und insbesondere Parteieneinfluss existieren außerhalb Tunesiens kaum.

Aus dieser Perspektive ist es nicht verwunderlich, dass es sich bei den Protesten des Jahres 2011, die zu den politischen Umbrüchen in Tunesien und Ägypten führten, um soziale Proteste handelte, die nicht von institutionalisierten Oppositionsparteien ausgingen.

In beiden Ländern waren Oppositionsparteien zu Beginn nicht eingebunden, erst nach dem Sturz der Präsidenten Ben Ali und Husni Mubarak sprangen sie gewissermaßen auf den Zug auf und warben für ihre jeweiligen Ziele im Rahmen der jeweils als „Revolution" benannten Ereignisse.[59]

Die mangelnde gesellschaftliche Akzeptanz politischer Parteien, die Ausrichtung auf eine Führerfigur, die oftmals unklare Parteiprogrammatik, die ambivalente Rechtslage, die dominierende Differenz zwischen islamistisch und säkular auf Kosten weiterer ideologischer Unterschiede, die knappen Finanzmittel der meisten Parteien, die Irrelevanz nationaler Parlamente und die häufigen Anschuldigungen durch die Regime im Falle öffentlicher Politikkritik gehen zu Lasten konstruktiver Beiträge der Parteien zur Politikgestaltung in Nordafrika.

Angesichts des generellen Bedeutungsverlusts von politischen Institutionen in den Staaten Nordafrikas ist kaum zu erwarten, dass politische Parteien in absehbarer Zukunft eine bedeutendere Rolle in den Staaten Nordafrikas spielen werden. Zu grundlegend wären dafür nötige Reformmaßnahmen, die nicht nur eine Überarbeitung der Parteien- und Wahlgesetze beinhalten müssten, sondern auch einen Wandel des Selbstverständnisses der Parteivertreter. Zu sehr werden Parteien zur Verfolgung individueller Partikularinteressen benutzt und zu marginal ist das Interesse, mittels Parteien Entscheidungen zum Wohle der Allgemeinheit zu treffen. Weder die Staatsführungen noch die Parteiorganisationen selbst, ob an der Regierung oder in der Opposition, messen funktionierenden Parteien ausreichende Bedeutung bei.

1| Valbjørn, Morten: Upgrading post-democratization studies: Examining a re-politicized Arab world in a transition to somewhere, in: Middle East Critique, London, Band 21, Nr. 1, 2012, S. 25–35, hier: S. 32.

2| Heydemann, Steven: Upgrading authoritarianism in the Arab world, Washington DC: The Saban Center for Middle East Policy at the Brookings Institution 2007, https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2016/06/10arabworld.pdf (letzter Abruf: 30.10.2016).

3| Durac, Vincent: Protest movements and political change: An analysis of the 'Arab uprisings' of 2011, in: Journal of Contemporary African Studies, London, Band 31, Nr. 2, 2013, S. 175–193, hier: S. 176.

4| El-Hennawy, Noha: Egypt's new political party law fails to please everyone, in: Egypt Independent, Kairo, 29.3.2011, http://www.egyptindependent.com/node/379401 (letzter Abruf: 30.10.2016).

5| *Selim, Gamal M.: The international dimensions of democratization in Egypt: The limits of externally-induced change, Heidelberg 2015, S. 40.*

6| *Persönliches Interview mit Ahmed Abd Rabou, Universität Kairo, 1.10.2016.*

7| *Kirkpatrick, David: Egyptian election law helps to block opposition, New York Times, 6.6.2014, http://www.nytimes.com/2014/06/07/world/middleeast/egyptian-election-law-blocks-opposition-to-supporters-of-the-muslim-brotherhood.html?_r=0 (letzter Abruf: 30.10.2016).*

8| *International Foundation for Electoral Systems (Hrsg.): Public funding solutions for political parties in muslim-majority societies, Washington DC 2009, S. 7, http://www.legislationline.org/download/action/download/id/2796/file/IFES Public Funding for Pol Parties in Muslim Majority Count.pdf (letzter Abruf: 30.10.2016).*

9| *Al Zarif, Mohammad Atil: Tunisia, in: Ohman, Magnus (Hrsg.): Financing politics: The Middle East and North Africa, Washington DC: International Foundation of Electoral Systems, 2013, S. 57–72, hier: S. 59, http://www.ifes.org/sites/default/files/political_finance_manual_final_0.pdf (letzter Abruf: 30.10.2016).*

10| *Guirguis, Dina: Egypt opposition divided over new political parties law, Washington DC: The Washington Institute for Near East Policy, 30.3.2011, http://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/egypt-opposition-divided-over-new-political-parties-law (letzter Abruf: 30.10.2016).*

11| *Al Izbawi, Yousra: Egypt, in: Ohman 2013, a. a. O. (Anm. 9), S. 26.*

12| *Elagati, Mohamed: Citizenship in the discourse of Egyptian political parties, Kairo: Arab Forum for Alternatives 2015, S. 6, http://www2.warwick.ac.uk/fac/soc/pais/research/researchcentres/irs/euspring/publications/euspring_paper_6_citizenship_in_the_discourse_of_egyptian_political_parties.pdf (letzter Abruf: 30.10.2016).*

13| *Bahgat, Hossam: Anatomy of an election. How Egypt's 2015 parliament was elected to maintain loyalty to the President, in: Mada Masr, Kairo, 14.3.2016, http://www.madamasr.com/sections/politics/anatomy-election (letzter Abruf: 30.10.2016).*

14| *Ammar, Dina: Public funding of political parties: The case of Egypt, in: International Foundation for Electoral Systems 2009, a. a. O. (Anm. 8), S. 58.*

15| *Für Ägypten vgl. Völkel, Jan Claudius: Dezentralisierung und lokale Verwaltung in Ägypten, in: Europäisches Zentrum für Föderalismusforschung (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2016, Baden-Baden 2015, S. 355–368.*

16| *Walther, Verena: Die Wahlen 2015 in Marokko, Rabat: Konrad-Adenauer-Stiftung, April 2015, http://www.kas.de/wf/doc/kas_41293-1522-1-30.pdf?150511180507 (letzter Abruf: 30.10.2016).*

17| *Mair, Peter: Populist democracy vs. party democracy, in: Mény, Yves/Surel, Yves (Hrsg.): Democracies and the populist challenges, Basingstoke 2002.*

18| *Bahi, Riham/Völkel, Jan Claudius: The surprising success of the Tunisian Parliament, in: OpenDemocracy, 31.1.2014, http://www.opendemocracy.net/arab-awakening/riham-bahi-jan-v%C3%B6lkel/surprising-success-of-tunisian-parliament (letzter Abruf: 30.10.2016).*

19| *Abbott, Pamela/Teti, Andrea u. a.: The Arab Transformations Reports on political, economic and social attitudes (jeweils eigene Bände: Algeria 2013, Egypt 2014, Libya 2014, Morocco 2014, Tunisia 2013), Aberdeen: University of Aberdeen 2016.*

20| *Pratt, Nicola: Democracy and authoritarianism in the Arab world, Boulder 2008, S. 72 ff.*

21| *Allal, Amin/Kohstall, Florian: Opposition within the state: Governance in Egypt, Morocco, and Tunisia, in: Albrecht, Holger (Hrsg.): Contentious politics in the Middle East: Political opposition under authoritarianism, Gainesville 2010, S. 181–204, hier: S. 182 f.*

22| *Persönliches Interview mit Ahmed Abd Rabou, Universität Kairo, 21.6.2014.*

23| *Vgl. Rollinde, Marguerite: L'alternance démocratique au Maroc: Une porte entreouverte, in: Confluences Méditerranée, Paris, Band 51, Heft 4, 2004, S. 57–67.*

24| *Allal/Kohstall 2010, a. a. O. (Anm. 21), S. 185.*

25| *Vergleiche die Daten auf www.bti-project.de.*

26| *Lübben, Ivesa: Welche Rolle für den Islam?, in: Jünemann, Annette/Zorob, Anja (Hrsg.): Arabellions. Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und Nordafrika, Wiesbaden 2013, S. 279–305, hier: S. 294.*

27| *Volpi, Frédéric: Explaining (and re-explaining) political change in the Middle East during the Arab Spring: Trajectories of democratization and of authoritarianism in the Maghreb, in: Democratization, London, Band 20, Nr. 6, 2013, S. 969–990, hier: S. 975 f.; versuchte Parteigründungen wie beispielsweise der „Partei des Aufbaus und der Entwicklung" des ägyptischen „Islamischen Jihad" bleiben verboten.*

28| *Cavatorta, Francesco: No democratic change … and yet no authoritarian continuity: The inter-paradigm debate and North Africa after the uprisings, in: British Journal of Middle Eastern Studies, London, Band 42, Nr. 1, 2015, S. 135–145, hier: S. 139.*

29| *Abbott/Teti u. a. 2016, a. a. O. (Anm. 19).*

30| *Abd Rabou, Ahmed: What future awaits Egypt's parties? Analysing new legislation for the House of Representatives, Paris: Arab Reform Initiative 2014, S. 35, http://www.arab-reform.net/en/node/476 (letzter Abruf: 30.10.2016).*

31| *Saeed, Karam: Egyptian parliament 2016: The limitations of coalitions, Kairo: The Regional Center for Strategic Studies, 5.5.2016, http://www.rcssmideast.org/en/Article/20814/Egyptian-Parliament-2016-The-Limitations-of-Coalitions-#.V9PjobUsnaY (letzter Abruf: 30.10.2016).*

32| *Dawoud, Khaled: Egypt's parties face marginalization once again, Washington DC: Carnegie Endowment for International Peace 2015, http://carnegieendowment.org/sada/60824 (letzter Abruf: 30.10.2016).*

33| *Galal, Rami: Sisis calls for unifying Egypt's electoral lists, in: Al-Monitor, 3.6.2015, http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2015/06/egypt-sisi-call-unify-electoral-lists-elections-parties.html (letzter Abruf: 30.10.2016).*

34| *Joffé, George: Moroccan elections may turn ugly, in: The New Arab, London, 13.8.2015, https://www.alaraby.co.uk/english/comment/2015/8/13/moroccan-elections-may-turn-ugly (letzter Abruf: 30.10.2016).*

35| *Engelcke, Dörthe: Wo Islamisten noch Wahlen gewinnen, in: Zenith, Berlin, 17.9.2015, http://zenithonline.de/deutsch/politik/a/artikel/wo-islamisten-noch-wahlen-gewinnen-004446/ (letzter Abruf: 30.10.2016).*

36| *Vgl. Élections au Maroc: Les résultats définitifs, in: Bladi.net, 8.10.2016, http://www.bladi.net/elections-maroc-resultats-definitifs,46422.html (letzter Abruf: 30.10.2016).*

37| *Moore, Candice: Four years after the fall of Gaddafi: The role of the international community in stabilising a fractured Libya, in: Conflict Trends, Mt. Edgecombe, Nr. 1, 2015, S. 50–56, hier: S. 53.*

38| *Lust, Ellen: Competitive clientelism in the Middle East, in: Journal of Democracy, Washington DC, Band 20, Nr. 3, 2009, S. 122–135, hier: S. 131.*
39| *Muasher, Marwan: The path to sustainable political parties in the Arab world, Washington DC: Carnegie Endowment for International Peace 2013, S. 2, http://carnegieendowment.org/files/sustainable_arab_polit_parties.pdf (letzter Abruf: 30.10.2016).*
40| *Abbott/Teti u. a. 2016, a. a. O. (Anm.19).*
41| *Zu Tunesien unter der autoritären Herrschaft der Präsidenten Bourguiba und Ben Ali vgl. Axtmann, Dirk: Reform autoritärer Herrschaft in Nordafrika, Wiesbaden 2007, S. 149 f.*
42| *Muasher 2013, a. a. O. (Anm. 39), S. 7.*
43| *Persönliches Interview mit Hussein Gohar, Sekretär für Internationales der Sozialdemokratischen Partei Ägyptens, Kairo, 26.5.2016.*
44| *Persönliches Interview mit Mazen Hassan, Universität Kairo, 17.4.2014.*
45| *Lust 2009, a. a. O. (Anm. 38), S. 128.*
46| *Albrecht, Holger: The nature of political participation, in: Lust-Okar, Ellen/Zerhouni, Saloua (Hrsg.): Political participation in the Middle East, Boulder 2008, S. 15–32, hier: S. 23.*
47| *Cavatorta, Francesco: The convergence of governance: Upgrading authoritarianism in the Arab world and downgrading democracy elsewhere?, in: Middle East Critique, London, Band 19, Nr. 3, 2010, S. 217–232, hier: S. 225 f.*
48| *Bertelsmann-Stiftung: Libya Country Report. Bertelsmann Transformation Index 2016b, Gütersloh 2016, S. 29, http://www.bti-project.org/fileadmin/files/BTI/Downloads/Reports/2016/pdf/BTI_2016_Libya.pdf (letzter Abruf: 30.10.2016).*
49| *Lacher, Wolfram: Libya's local elites and the politics of alliance building, in: Mediterranean Politics, London, Band 21, Nr. 1, 2016, S. 64–85, hier: S. 70.*
50| *Persönliches Interview mit Abdelrahman Haridy, Egyptian Current Party, Kairo, 9.6.2014.*
51| *Hamid, Shadi: Political party development before and after the Arab Spring, in: Kamrava, Mehran (Hrsg.): Beyond the Arab Spring. The evolving ruling bargain in the Middle East, Oxford 2014, S. 131–150, hier: S. 142.*
52| *Allal/Kohstall 2010, a. a. O. (Anm. 21), S. 181.*
53| *Abbott/Teti u. a. 2016, a. a. O. (Anm. 19).*
54| *Engelcke 2015, a. a. O. (Anm. 35).*
55| *Hamid 2014, a. a. O. (Anm. 51), S. 131.*
56| *Shaikh, Salman/Hamid, Shadi: The beginnings of transition: Politics and polarization in Egypt and Tunisia, Doha: Brookings 2012, S. 2, https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2016/06/Transitions-paper-english.pdf (letzter Abruf: 30.10.2016); vgl. auch Fouad, Ahmed: Is Egypt ready for a secular party?, in: Al-Monitor, 24.7.2015, http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2015/07/egypt-secular-party-religion-liberal- constitution.html (letzter Abruf: 30.10.2016).*
57| *Vgl. hierzu in der vorliegenden Studie den Beitrag von Mattes, Hanspeter: Die ideologische Bandbreite der Parteien in Nordafrika: Historische Entwicklung und aktuelle Ausprägung.*
58| *Cavatorta 2015, a. a. O. (Anm. 28), S. 139; für Tunesien vgl. Sadiki, Larbi: Tunisia's political parties and the shared vision. Common goals unite the Islamists and their secular adversaries in Tunisia, in: Al-Jazeera, 26.10.2014, http://www.aljazeera.com/indepth/opinion/2014/10/tunisia-political-parties-shar-201410265513640655 9.html (letzter Abruf: 30.10.2016).*

59| *Eyadat, Zaid: A transition without players: The role of political parties in the Arab revolutions, in: Democracy and Security, London, Band 11, Nr. 2, 2015, S. 160–175, hier: S. 161.*

Länderanalysen

Ägyptens Parteien zwischen Kooptation und Marginalisierung

Jannis Grimm und Stephan Roll

Zusammenfassung

Ägyptens Parteienentwicklung reicht bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts zurück. Dennoch war die Parteienlandschaft vor 2011 äußerst klein und wurde von der National Democratic Party (NDP), der Regierungspartei unter den Präsidenten Anwar al-Sadat und Husni Mubarak, dominiert. Erst durch das jähe Ende der Mubarak-Ära 2011 setzte eine Ausdifferenzierung des Parteienspektrums ein. Die Freedom and Justice Party (FJP) der islamistischen Muslimbruderschaft wurde bei den ersten freien Parlamentswahlen Ende 2011/Anfang 2012 stärkste politische Kraft. Ihrem Versuch, die neu gewonnene Macht zu konsolidieren, wurde indes bereits nach fünf Monaten durch die Parlamentsauflösung seitens der ägyptischen Justiz ein Dämpfer verpasst. Der Militärputsch vom Juli 2013 führte schließlich zur vollständigen Exklusion der Muslimbruderschaft aus dem politischen System. Die kurze Phase des Parteienpluralismus fand hierdurch ihr vorläufiges Ende. Unter Führung des neuen Präsidenten Abd al-Fattah al-Sisi kam es zur weitgehenden Restauration des Sicherheitsstaates. Das Parlament, das durch die neue Verfassung formal mehr Macht erhielt, spielt sei den Legislativwahlen Ende 2015 im politischen Entscheidungsprozess faktisch kaum eine Rolle. Anders als unter Präsident Mubarak bildete sich unter Präsident Sisi indes keine Staatspartei heraus. Stattdessen versuchen einige regimenahe Parteien, über einen parlamentarischen Block die Legislative zu dominieren. Oppositionelle Parteien wurden in der „neuen" politischen Ordnung weitgehend marginalisiert. Durch das Verbot der Muslimbruderschaft und ihrer Partei bildet die Parteienlandschaft seit 2013 ohnehin nur einen Teil des politischen Spektrums ab. Nichtislamistische legale Oppositionsparteien, die zum Teil die Wahlen boykottiert hatten, versuchen, sich außerhalb des Parlaments zu vernetzen. Nur wenn es ihnen gelänge, ihre ideologischen Differenzen zu überwinden und Allianzen mit reformorientierten Parteien mit islamistischem Hintergrund zu knüpfen, könnte ein Gegengewicht zur politischen Führung unter Präsident Sisi erwachsen.

1. Das Jahr 2011: Zäsur und neue Chance für Parteien

Das Ende der dreißigjährigen Ära von Staatspräsident Husni Mubarak 2011 bedeutete auch eine Zäsur für die Entwicklung der Parteien in Ägypten. Mit Mubaraks erzwungenem Rückzug aus der Politik zerfiel auch die von ihm geführte National Democratic Party (NDP). Der Weg für ein pluralistisches Mehrparteiensystem schien frei. Es folgte die Gründung von mehr als einhundert neuen politischen Organisationen, darunter soziale Bewegungen und Protestkoalitionen, aber auch eine Reihe neuer politischer Parteien, welche ihre Agenden meist eng an den Zielen der „Tahrir-Revolution" orientierten, also jenen umwälzenden Ereignissen, die im Februar 2011 zum Sturz des Staatspräsidenten geführt hatten und nach dem Hauptschauplatz der Demonstrationen, dem Kairoer Tahrir-Platz, benannt wurden. Hoffnungen auf eine Pluralisierung des politischen Wettbewerbs, die durch die starke mediale Präsenz der neu gebildeten jungen und dynamischen liberalen Gruppen zusätzlich befördert wurden, erfüllten sich indes nicht.

So wurden die Parlamentswahlen 2012 zum Lackmustest für die Parteineugründungen, der ihren geringen Rückhalt in der ägyptischen Bevölkerung offenbarte. Gewinnen konnten vor allem Parteien mit islamistischem Hintergrund, die aufgrund ihrer langjährigen Verwurzelung in der ägyptischen Gesellschaft eine breite Wählerbasis mobilisieren konnten. Im Parlament füllten sie das Vakuum, das die ehemalige Regierungspartei hinterlassen hatte. So trugen bereits die ersten freien Wahlen kaum zu einer nennenswerten Pluralisierung von Ägyptens Parlament bei. Stattdessen sahen sich diejenigen Mahner bestätigt, die nach dem Umbruch argumentiert hatten, eine unkontrollierte Liberalisierung des politischen Wettbewerbs würde weniger liberalen und pluralistisch eingestellten Kräften Erfolg bescheren, sondern vor allem islamistischen Parteien zu einer dominierenden Stellung innerhalb der politischen Ordnung verhelfen. Diese Angst hatte stets das Mubarak-Regime genährt und damit die Ausgrenzung von Gruppen wie der Muslimbruderschaft aus dem politischen System legitimiert.

Spätestens mit dem Militärputsch im Sommer 2013 verloren die Islamisten, allen voran die Muslimbruderschaft, ihre dominante Stellung im Parteiensystem wieder. Allerdings fanden mit der Machtübernahme der Generäle und der darauffolgenden „Wahl" des

Verteidigungsministers Abd al-Fattah al-Sisi in das Präsidentenamt auch alle Hoffnungen auf einen demokratischen Wandel des Landes ein jähes Ende. Rund sechs Jahre nach Beginn der politischen Umbrüche in Ägypten scheinen die Voraussetzungen für demokratische Strukturen in einem parlamentarischen System denkbar schlecht.

Vor dem Hintergrund des anfänglich diagnostizierten Aufbruchs aus der Einparteienherrschaft und der bald darauffolgenden Rückkehr zu einer autoritären Ordnung beleuchtet dieser Beitrag die Entwicklung des Parteiensystems und des Parlamentarismus in Ägypten: Was bedeuteten die Tahrir-Proteste für das ägyptische Parteiengefüge? Konnte in der kurzen Phase der politischen Öffnung der Boden für eine ausdifferenzierte, pluralistische Parteienlandschaft gelegt werden? Wie hat sich das parlamentarische System seitdem entwickelt? Und kehrt Ägypten unter Staatspräsident Abd al-Fattah al-Sisi zur Zeit der alles dominierenden Regierungspartei zurück?

Um Antworten auf diese Fragen zu geben, werden nach einem kurzen Rückblick auf die Entwicklung des Einparteiensystems in Ägypten die Auswirkungen des politischen Umbruchs von 2011 auf die Parteienlandschaft und die Parlamentsentwicklung in den Mittelpunkt der Analyse gestellt (Abschnitt 3). Die Öffnung des Parteiensystems, die nach dem Ende der Mubarak-Ära und der Regierungspartei NDP einsetzte, war indes nur von kurzer Dauer. Der Militärputsch vom Juli 2013 bildete erneut eine Zäsur, die in Abschnitt 4 untersucht wird. Hier wird insbesondere auf die Neuformulierung des restriktiven rechtlichen Rahmens und dessen Auswirkungen auf den politischen Wettbewerb und die Parlamentswahlen von 2015 abgehoben. In Abschnitt 5 wird schließlich die Entwicklung der Parteienlandschaft und des Parlamentarismus unter Staatspräsident Sisi nachgezeichnet. Darauf aufbauend erfolgen eine abschließende Bewertung der bisherigen Entwicklungen und ein Ausblick auf die zukünftige Bedeutung von Parteien im politischen System Ägyptens.

2. Die Entwicklung zum Einparteiensystem

Parlamentarismus und damit verbunden politische Parteien haben in Ägypten eine lange Tradition.[1] Während der Monarchie und der britischen Besatzung diente das 1866 gegründete Parlament als Inte-

ressenvertretung der Notabeln und Großgrundbesitzer. Anfang des 20. Jahrhunderts bildeten sich im Rahmen der Unabhängigkeitsbewegung erstmals Parteien wie die al-Hizb al-watani (Vaterlandspartei) und die Wafd Party (Delegationspartei), die für das Ende der britischen Besatzung eintraten. Zwischen 1923 und 1952, nach dem formalen Ende der britischen Besatzung, erlebte das Land sogar eine Phase lebendigen Parlamentarismus mit Parteienwettbewerb und wechselnden Regierungen. Allerdings blieb der tatsächliche politische Handlungsspielraum aufgrund der weiterhin bestehenden Monarchie und dem Einfluss Großbritanniens äußerst beschränkt.

Mit dem Militärputsch der Freien Offiziere im Juli 1952 und der Ausrufung der Republik im darauffolgenden Jahr fand diese „liberale" Phase ein jähes Ende. Nachdem sich gezeigt hatte, dass die traditionellen Parteien nicht zur Zusammenarbeit mit den Offizieren bereit waren, wurden sie verboten. Um das daraus entstandene Vakuum zu füllen, beschloss der Revolutionsrat die Gründung der sogenannten Liberation Rally, einer Ersatzinstitution für das aufgelöste Parlament, die sich den Prinzipien der Revolution verpflichten und die Mitglieder der aufgelösten Parteien integrieren sollte.[2] Mit der Verabschiedung einer neuen republikanischen Verfassung unter Präsident Gamal Abdel Nasser wurde diese Struktur 1957 durch die neu gegründete Nationale Union ersetzt, einer Massenorganisation mit korporatistischer Struktur, nach dem Vorbild von Präsident Titos Einheitspartei in Jugoslawien.[3] Statt die Partizipation der Massen an der Politikgestaltung zu ermöglichen, diente die Nationale Union als Instrument zur Kanalisierung der Kritik an Nassers zunehmend autoritärem Regierungsstil sowie zur Kontrolle von Opposition und Gewerkschaften. Generalsekretär der Nationalen Union wurde der spätere Präsident Anwar al-Sadat, der ebenfalls den Freien Offizieren angehörte und Mitglied des Revolutionsrats unter Nasser war. In dieser Rolle übernahm Sadat auch die Funktion des Parteisprechers und „Sprachrohrs" der Revolution.[4]

1962 wurde die National Union in eine Einheitspartei, die Arab Socialist Union (ASU) überführt, die als Koalition der gesamten ägyptischen Arbeiterschaft (tahaluf al-quwa al-amila) nicht zuletzt auch ein politisches Gegengewicht zum übermächtigen Militär bilden sollte.[5] Partei und Staatsapparat wurden eng miteinander verbunden. Da Nasser fürchtete, die neue Organisation könnte reaktionären Kräften innerhalb der Streitkräfte eine Basis bieten, sollte die

ASU nur treue und gut ausgebildete Kader aufnehmen. Bereits im Januar 1963 zählte die ASU allerdings über 4,5 Millionen Mitglieder. Aufgrund ihrer lokalen Präsenz, nicht nur in Dörfern und Stadtteilen, sondern auch in Fabriken und Schulen, wurde die ASU zum wichtigen Instrument des Nasser-Regimes, um die ägyptische Gesellschaft bis auf die untersten lokalen Ebenen zu durchdringen. Der ASU wurden schrittweise auch administrative Funktion übertragen, und die Partei wurde zur zentralen Stütze von Nassers Herrschaftssystem.

Erst unter der Präsidentschaft von Anwar al-Sadat (Amtszeit 1970–1981) setzte eine Öffnung des Parteiensystems ein. Der neue Präsident war darauf bedacht, sich Nassers Herrschaftsstrukturen möglichst gefügig zu machen und potentielle Widerstände auszuräumen.[6] Die ASU wurde daher gemäß der in ihr existierenden drei ideologischen Richtungen („Links", „Zentrum" und „Konservativ") in drei eigenständige Parteien aufgespalten, von denen heute nur noch die National Progressive Unionist Party (Hizb al-tagammu al-watani al-taqaddumi al-wahdawi) existiert. Zudem wurden zwei weitere Parteien legalisiert. Die größte Abspaltung der ASU, die im Zentrum stehende Egypt Arab Socialist Organisation, wurde 1978 schließlich in die National Democratic Party (NDP; Hizb al-watani al-dimuqrati) überführt, die bis 2011 Regierungspartei blieb. Überdies ratifizierte Präsident Sadat im Juni 1977 Ägyptens erstes Parteiengesetz seit der Unabhängigkeit des Landes (Gesetz 40/1977). Dieses sprach Bürgern erstmals das Recht zu, politische Parteien zu gründen sowie sich Parteien anzuschließen. Ein politisches Komitee, das überwiegend aus NDP-Mitgliedern bestand, sollte über etwaige Neugründungen formal entscheiden.[7]

Die grundsätzliche Struktur der ASU als „Staatspartei" mit einer straffen Hierarchie, bei der Entscheidungen von oben herab getroffen wurden, hielt Sadat indes auch für die NDP aufrecht. Die Partei bildete weitgehend alle staatlichen Organisationsebenen ab. So waren etwa die einzelnen Fachkomitees der Partei ebenso unterteilt wie die entsprechenden Ministerien. Die enge Verzahnung mit den Ministerien wurde durch die Parteiführung sichergestellt. Im Politbüro, dem wichtigsten Gremium, dem der Präsident vorstand, waren nahezu alle wichtigen Minister vertreten.[8]

Nach Sadats Ermordung 1981 übernahm sein Nachfolger im Präsidentenamt, Husni Mubarak, den Vorsitz der NDP. Mubarak ließ

zunächst offen, ob er in Personalunion das Präsidentenamt und den Parteivorsitz behalten oder vielmehr als „parteiunabhängiger" Präsident herrschen würde. Letztlich blieb er bis zu seinem erzwungenen Rücktritt Vorsitzender der Regierungspartei. Er besetzte ihre Führungspositionen sukzessive mit seinen eigenen Vertrauten und schaffte sich hierdurch eine Machtbasis, die ihn zumindest ein Stück weit unabhängig vom übermächtigen Militär werden ließ.[9]

Obgleich auch unter Mubarak die NDP ihr Monopol als „staatstragende" Regierungspartei behielt, setzte Mubarak die von seinem Vorgänger begonnene vorsichtige politische Öffnung fort. In Mubaraks dreißigjähriger Amtszeit wuchs die Zahl der legalisierten Parteien von anfänglich sechs auf über zwanzig. Allerdings wurden nur solche Parteien zugelassen, die den vorgegebenen restriktiven politischen Rahmen akzeptierten und der NDP nicht gefährlich werden konnten. Eine tatsächliche Opposition konnte sich hierdurch nicht herausbilden.[10]

3. Die Neuordnung der Parteienlandschaft im Zeichen des Umbruchs von 2011

3.1. Das Ende der National Democratic Party

Mit dem Sturz Husni Mubaraks im Februar 2011 nahm auch „seine" NDP ein jähes Ende. Kurzzeitig wurde noch Talaat al-Sadat, ein Neffe des Parteigründers, zum neuen NDP-Vorsitzenden bestimmt. Allerdings wurde das NDP-dominierte Parlament durch den Obersten Militärrat (Supreme Council of the Armed Forces/SCAF), der die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, aufgelöst. Die Partei wurde am 16. April 2011 schließlich gerichtlich verboten und ihre Vermögenswerte konfisziert. Den NDP-Mitgliedern wurde durch die Militärführung zudem die Kandidatur bei Neuwahlen untersagt.

Der Niedergang der einst mächtigen Regierungspartei hatte allerdings schon lange vor 2011 eingesetzt. Mehr noch, die zunehmenden Konflikte innerhalb der NDP hatten der Protestbewegung 2011 zusätzlich Nahrung gegeben. Kern dieser Auseinandersetzungen, die Anfang der 2000er Jahre begannen, war das Entstehen einer „Jungen Garde" innerhalb der Partei, angeführt vom Präsidentensohn Gamal Mubarak. Dieser versuchte über Netzwerkbildung innerhalb der NDP seine eigene Position im Herrschaftssystem aus-

zubauen, um eines Tages seinem Vater im Präsidentenamt nachfolgen zu können.[11] Er verhalf zahlreichen eigenen Vertrauten, insbesondere aus dem privaten Unternehmenssektor, in einflussreiche Parteiämter, was wiederum Konflikte mit alteingesessenen Parteikadern entfachte.[12]

Für das präsidiale Machtzentrum wurde dieser schwelende Konflikt innerhalb der NDP zunehmend unkontrollierbar und stellte eine größere Herausforderung dar als die organisierte politische Opposition. Um eine Eskalation zu vermeiden, mussten immer neue „Versorgungsmöglichkeiten" für NDP-Kader gefunden werden. Die abermalige Verengung des politischen Raums, die vor den Parlamentswahlen 2010 einsetzte, diente daher nicht nur der Schwächung der Opposition. Vielmehr musste sich die NDP bei den Wahlen möglichst viele Sitze im Parlament sichern, um die Parteikader zufrieden zu stellen. Doch auch die Kontrolle über 87 Prozent der Sitze, die durch die unfreien und manipulierten Wahlen im Jahr 2010 an die NDP gegangen waren, reichte kaum aus, um die parteiinternen Machtkämpfe zu befrieden.[13]

Die Entwicklungen innerhalb der NDP riefen auch das Militär auf den Plan. Die Generalität hatte grundsätzliche Bedenken gegen einen Vater-Sohn-Wechsel im Präsidentenamt, der mit Gamal Mubarak erstmals seit Gründung der Republik einen Zivilisten ins Präsidialamt gebracht hätte. Zudem sah die Militärführung die eigenen Privilegien durch die zunehmende Dominanz der Unternehmer-Netzwerke um Gamal Mubarak bedroht. Dem Militär nahestehende Parlamentarier, wie der bekannte Publizist Mustafa Bakri, prangerten öffentlich immer wieder die Verflechtungen zwischen NDP-Führung und privater Wirtschaft an. Aber auch die korrupten Machtnetzwerke der alten „Parteigarde" wurden von der Militärführung offensichtlich kritisch gesehen.[14] Die Massenbewegung, die Anfang 2011 das Ende des Mubarak-Regimes und damit auch das Ende der Alleinherrschaft der Regierungspartei einforderte, dürfte von Teilen der Militärführung daher durchaus mit gewisser Sympathie gesehen worden sein. Nach der Machtübernahme durch den Obersten Militärrat im Februar 2011 versuchten Teile der NDP-Führung zwar, die Parteistrukturen durch personelle Neubesetzungen der Führungsämter zu retten, zwei Monate später wurde die Partei aber per Gerichtsurteil verboten.

3.2. Die Öffnung des Parteiensystems

Der Oberste Militärrat ebnete auch den Weg für Parteineugründungen – selbst im islamistischen Lager. Unmittelbar nach dem erzwungenen Rücktritt Mubaraks konnte sich die moderat-islamistische Wasat Party (Hizb al-wasat al-jadid/Partei der neuen Mitte) offiziell registrieren lassen.[15] Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stand aber die Gründung der Freedom and Justice Party (FJP; Hizb al-hurriya wal-adala) Ende April 2011. Aufgrund der existierenden Organisationsstrukturen der Muslimbruderschaft auch außerhalb der Metropolen konnte die FJP in kürzester Zeit landesweit Parteibüros aufbauen.[16]

Nur einige Wochen nach Gründung der FJP kam es zu einer – für viele Beobachter durchaus überraschenden – weiteren spektakulären Parteineugründung im islamistischen Lager: Die salafistische Nour Party (Hizb al-nur/Partei des Lichts) wurde von Mitgliedern der Daawa al-salafiya, einer salafistischen Vereinigung, registriert. Damit zeichnete sich eine Fragmentierung des islamistischen Parteienspektrums ab, die in den darauffolgenden Jahren gravierende Konsequenzen für die politische Entwicklung des Landes haben sollte.[17]

Im Unterschied zum islamistischen Lager taten sich dagegen andere politische Kräfte – insbesondere solche, die für sich beanspruchten, die Revolutionäre des Tahrir Platzes zu repräsentieren – schwer, tragfähige Parteistrukturen auszubilden. Grundsätzlich standen nichtislamistische Akteure vor der Frage, ob sie sich bestehenden Parteien anschließen oder Parteineugründungen vornehmen sollten. Nicht nur zahlreiche Aktivistengruppen entschieden sich für Neugründungen. Ehemalige Kader der NDP gründeten eine Reihe neuer Kleinstparteien, die jeweils von den Netzwerken der einst mächtigen Regierungspartei profitieren wollten.[18]

Vorangetrieben wurden die Parteineugründungen im nichtislamistischen Spektrum oftmals von bekannten Persönlichkeiten. Wohl prominentestes Beispiel hierfür war die Gründung der Free Egyptians Party (FEP; Hizb al-misriyin al-ahrar), die maßgeblich durch Gelder des koptischen Milliardärs Naguib Sawiris ermöglicht wurde. Der wirtschaftsliberal ausgerichteten FEP gelang es in kürzester Zeit eine landesweite Parteiinfrastruktur aufzubauen. Bis August 2011

hatte die Partei nach eigenen Angaben bereits 100.000 Mitglieder gewinnen können.[19]

Eine weitere, spektakuläre Parteineugründung war die der Egyptian Social Democratic Party (ESDP; Hizb al-masri al-dimuqrati al-ijtimai). Eine Reihe prominenter Persönlichkeiten insbesondere aus der Wissenschaft, darunter der Mediziner Muhamad Abul Ghar, der Politikwissenschaftler Amr Hamzawy sowie der Ökonom und spätere Ministerpräsident Hazim Bablawy, versuchte, mit der Neugründung an die Popularität der Protestbewegungen vor 2011, der Kifaya-Kampagne sowie der National Association for Change,[20] anzuknüpfen und dem kritischen Teil der ägyptischen Bildungselite eine politische Heimat zu bieten.

Von den bereits vor 2011 bestehenden etablierten „Oppositionsparteien" konnte sich insbesondere die national-säkular orientierte New Wafd Party (Hizb al-wafd al-jadid/Neue Delegationspartei; kurz: Wafd Party) gute Chancen für die Post-Mubarak-Ära ausrechnen. Durch ihre landesweit operierenden Parteibüros, die eigene, bekannte Tageszeitung al-Wafd sowie finanzstarke Unternehmer in Führungspositionen hätte sie eigentlich über ausreichend Ressourcen verfügt, um sich gegenüber den neugegründeten Parteien behaupten zu können. Allerdings war die Wafd Party bereits vor 2011 immer wieder durch parteiinterne Führungsstreitigkeiten und Flügelkämpfe geschwächt worden.[21] Auch nach dem politischen Umbruch 2011 gelang es ihr nicht, eine kohärente politische Linie zu entwickeln. Ihr Ansehen hatte überdies unter ihrer Bereitschaft gelitten, ähnlich wie die Muslimbruderschaft während der Massenproteste im Januar 2011 bereitwillig mit dem Mubarak-Regime zu verhandeln.[22]

Deutlich schlechter war allerdings die Ausgangslage für die sozialistisch-nasseristische National Progressive Unionist Party (kurz: Tagammu Party). Unter Mubarak war es der Partei noch weniger als der Wafd Party gelungen, ein zumindest in Teilen unabhängiges Image zu bewahren. Entsprechend waren auch die Massenproteste 2011 von ihrer Führung zunächst verurteilt worden, was eine Reihe von Parteiaustritten zur Folge hatte. Teile der sozialistisch orientierten Parteibasis schlossen sich den Neugründungen linksorientierter Parteien an, wie etwa der Socialist Popular Alliance Party (SPAP; Hizb al-tahaluf al-shaabi al-ishtiraki).

3.3. Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2011/2012 und ihre Folgen

Als stärkste politische Kraft unterstützte die Muslimbruderschaft gemeinsam mit der salafistischen Nour Party nach 2011 ein vom Militär initiiertes Verfassungsreferendum im März 2011, durch das eine grundlegende Neuordnung des politischen Systems auf die Zukunft verschoben und zunächst die Abhaltung von Parlamentswahlen beschlossen wurde.

Vergeblich hatten sich nahezu alle nichtislamistischen Parteien gleich welcher politischen Ausrichtung gegen das Referendum und die Übergangsverfassung ausgesprochen. Sie befürchteten, bei frühen Wahlen nicht über ausreichende Organisationsstrukturen zu verfügen, um gegen die islamistischen Parteien bestehen zu können.[23] Nach ihrer Niederlage bei dem Referendum versuchten sie durch die Bildung von Wahlallianzen ihre Erfolgschancen bei den Parlamentswahlen, die im November 2011 und Januar 2012 zweistufig stattfanden, zu vergrößern.

Auch die Muslimbrüder setzten auf diese Strategie, in der Hoffnung, hierdurch die absolute Mehrheit im neuen Parlament zu erlangen. Allerdings konnten sie sich nicht mit der zweiten starken Kraft im islamistischen Spektrum, der Nour Party, auf eine Allianz einigen. Dem Wahlbündnis unter Führung der FJP, der „Democratic Alliance for Egypt", schlossen sich vor allem kleinere Parteien, darunter überraschend auch die von Hamdin Sabahi mitbegründete linksnationalistische Dignity Party (Hizb al-karama) an. Das Wahlbündnis verfehlte die absolute Mehrheit und kam „nur" auf 47 Prozent der Parlamentssitze.[24] Die Nour Party konnte mit dem von ihr angeführten „Islamic Bloc" beachtliche 24 Prozent der Sitze gewinnen. Die anderen, nichtislamistischen Parteiallianzen, „Egyptian Bloc" und das Bündnis „The Revolution Continues", blieben mit zusammengenommen weniger als zehn Prozent der Sitze weit abgeschlagen.[25]

Im Parlament selbst kam es zwar im Aushandlungsprozess über die Modalitäten zur Bildung einer Verfassunggebenden Versammlung zur Kooperation im islamistischen Lager. Darüber hinaus verfestigten sich Parteiallianzen aber kaum, nicht zuletzt auch deshalb, weil das erste freigewählte Parlament nach Mubaraks Sturz nur sehr beschränkt handlungsfähig war. Die eigentliche Macht, auch über

die Bildung der Regierung, lag weiterhin beim Obersten Militärrat, der einem fragwürdigen Gerichtsurteil folgend das Parlament nur fünf Monate nach seiner konstituierenden Sitzung am 14. Juni 2012 kurzerhand auflöste. Dem Urteil des Obersten Verfassungsgerichts zufolge, das sich auf das komplexe gemischte Wahlsystem des Landes berief, waren die Parlamentswahlen nicht verfassungsgemäß abgehalten worden, weshalb auch die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses nicht verfassungsmäßig sei. Ein Drittel der Sitze, die eigentlich unabhängigen Kandidaten vorbehalten waren, seien von Abgeordneten belegt worden, die von Parteien ins Rennen geschickt wurden. Auch das Verbot für ehemalige NDP-Mitglieder, aktiv als Kandidaten bei nationalen Wahlen zu partizipieren, befand das Gericht für verfassungswidrig.[26]

Diese offensichtliche Schwäche des Parlaments – die zusätzlich dadurch zur Schau gestellt wurde, dass Soldaten den gewählten Volksvertretern bereits am Folgetag des Urteils den Zugang zu den Räumlichkeiten des Abgeordnetenhauses verwehrten – war auch ein Rückschlag für die Parteienentwicklung. Viele politisch engagierte Ägypter sahen selbige indes nicht als vordringliches Thema, da sich die eigentlichen politischen Auseinandersetzungen noch immer auf der Straße abspielten. Hier mobilisierten verschiedene revolutionäre Gruppen, etwa die „Jugendbewegung des 6. April", seit dem 2. Juni 2012 gegen die aus ihrer Sicht zu milde Verurteilung des ehemaligen Staatspräsidenten Husni Mubarak. Mubarak war vor Gericht zwar der Mitkomplizenschaft an der Tötung von Demonstranten auf dem Tahrir-Platz 2011 für schuldig befunden, aber vom Vorwurf der Korruption freigesprochen worden. Zudem begann schon kurze Zeit nach den Parlamentswahlen der Präsidentschaftswahlkampf, in dem die Parteien ebenfalls kaum eine Rolle spielten. Denn mit Ausnahme von Muhamad Mursi, der von der Muslimbruderschaft und deren FJP nominiert wurde, traten die Kandidaten für das Präsidialamt weitgehend parteiunabhängig auf.[27]

Erst im Nachklang der Präsidentschaftswahlen im Juni 2012, die Mursi in einer Stichwahl im zweiten Wahlgang mit nur knapp zwei Prozentpunkten Vorsprung (51,73 Prozent) für sich entschied, erfuhr die Parteienentwicklung neuen Schwung. Die unterlegenen Kandidaten gründeten ihrerseits neue Parteien und trugen damit zur weiteren Verbreiterung der Parteienlandschaft bei. Ahmad Shafiq und der ehemalige Generalsekretär der Arabischen Liga Amr

Mussa versuchten, mit der Egyptian National Movement Party (Hizb al-haraka al-wataniya al-misriya) und der Conference Party (Hizb al-mutamar) ihre politischen Netzwerke insbesondere zu Kadern der ehemaligen Regierungspartei NDP zu institutionalisieren. Ihre Parteien, die sich in der programmatischen Ausrichtung nicht wesentlich unterscheiden, zielten vor allem auf die Unterstützung der Millionen von Mitarbeitern im Staatsapparat und deren Angehörigen ab. Zu einer weiteren Parteineugründung kam es durch den ehemaligen Muslimbruder Abd al-Munim Abu al-Futuh, der im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen immerhin auf über 17 Prozent der Stimmen kam und damit sogar den populären Diplomaten Amr Mussa überholt hatte (Mussa erreichte elf Prozent). Seine Strong Egypt Party (Hizb misr al-qawiya) sprach vor allem junge Ägypter an – sowohl reformorientierte Muslimbrüder als auch solche mit eher liberal-säkularem Hintergrund. Und auch der Friedensnobelpreisträger Muhamad al-Baradei, der vor dem Zusammenbruch des Mubarak-Regimes die liberale Opposition angeführt und aus Protest gegen die andauernde Herrschaft des Obersten Militärrats nicht an den Präsidentschaftswahlen teilgenommen hatte, gründete eine neue Partei. Seine Constitution Party (Hizb al-dustur) versuchte, ähnlich wie die Egyptian Social Democratic Party, an die Popularität der Oppositionsbewegung vor 2011 anzuknüpfen.

Bis zum Militärputsch gegen Staatspräsident Mursi im Juli 2013 differenzierte sich die ägyptische Parteienlandschaft somit deutlich aus. Für die FJP der Muslimbruderschaft wurde dabei vor allem die salafistische Nour Party im islamistischen Lager zu einer ernst zu nehmenden Konkurrenz. Sowohl bei den Parlaments- als auch bei den Präsidentschaftswahlen hatte sie sich einer Allianz mit der Muslimbruderschaft verweigert. Im säkular-orientierten Lager gab es dagegen keine Parteien, die der FJP tatsächlich gefährlich werden konnten. Hier hatte die Zersplitterung Selbstzerfleischungsprozesse zur Folge. Dabei waren es oftmals nicht ideologische oder programmatische Unterschiede, die Allianzen oder Fusionen zwischen Parteien verhinderten, sondern vielmehr die jeweiligen Führungspersönlichkeiten. Diese waren allzu oft nicht bereit, ihren eigenen Machtanspruch gemeinsamen Zielen unterzuordnen.

4. Der Militärputsch 2013: Zäsur für Ägyptens Parlamentarismus

4.1. Das Verbot der Freedom and Justice Party

Am 3. Juli 2013 wurde Staatspräsident Mursi durch das ägyptische Militär abgesetzt. Vorausgegangen waren diesem Militärputsch Massenproteste gegen die Mursi-Administration und die Muslimbruderschaft, zu denen auch zahlreiche Parteien aufgerufen hatten. Der 22. Millionenmarsch innerhalb von acht Monaten gegen den zunehmend polarisierenden Herrschaftsstil der Regierung, zu dem die regierungskritische Tamarud-Bewegung aufgerufen hatte, hatte Menschenmengen in nie zuvor dagewesener Größenordnung auf die Straßen gebracht, die vorgezogene Neuwahlen forderten. Nach Ablauf einer 48-Stunden-Frist zur Beilegung des Konflikts ergriff die Armee am 3. Juli 2013 Partei gegen die amtierende Administration und nahm den Staatspräsidenten in Gewahrsam. Das von Vertretern der Muslimbruderschaft dominierte Oberhaus wurde am 5. Juli aufgelöst.

An Mursis Stelle trat eine vom Militär gestützte zivile Interimsregierung: Der ehemalige Verfassungsgerichtspräsident Adly Mansour erhielt weitreichende legislative Kompetenzen, um den „Transformations-Fahrplan" des Militärs umzusetzen, der neben der Ausarbeitung einer neuen Verfassung und eines neuen Wahlrechts auch die Durchführung von Neuwahlen vorsah.[28] Das Eingreifen des Militärs beendete indes nicht nur die Präsidentschaft Mursis, sondern leitete auch das Ende des kurzen ägyptischen Experiments mit Parteienpluralismus ein.

So wurde zunächst die Muslimbruderschaft durch die Einstufung als Terrororganisation im Dezember 2013 und das Verbot ihrer Freedom and Justice Party im August 2014 aus dem politischen Prozess des Landes ausgeschlossen.[29] Die Mitgliedschaft in beiden Vereinigungen wurde strafrechtlich verfolgt. Das äußerst radikale Vorgehen nach dem erfolgreichen Putsch deutete einmal mehr darauf hin, dass das Militär unter Verteidigungsminister Sisi nicht bloß darauf abzielte, einen unliebsam gewordenen Präsidenten zu vorgezogenen Neuwahlen zu zwingen. Vielmehr ging es darum, den „wichtigsten und mitglieder-stärksten Gegner politisch, sozial und gegebenenfalls sogar physisch durch die Zerschlagung der Organisationsstruk-

turen bis hin zum Entzug der Lebensgrundlagen der Mitglieder auszuschalten".[30]

Die Zunahme von Gewalt im öffentlichen Raum diente als Begründung für das äußerst repressive Vorgehen der Sicherheitskräfte. Dieses richtete sich zunehmend nicht nur gegen die Bruderschaft, sondern auch gegen andere Mitglieder der „Nationalen Koalition zur Wiederherstellung der Legitimität", eines Zusammenschlusses von elf islamistischen Parteien und weiteren zwei Dutzend überwiegend islamistischen Gruppierungen und Gewerkschaften, der oftmals auch als Anti-Coup-Allianz bezeichnet wird. Die Koalition hatte sich nach dem Putsch gebildet, um gegen Mursis Absetzung zu protestieren.[31] Parteien, die neben der FJP der Koalition beigetreten waren, wurden zwar nicht verboten, allerdings sahen sie sich nach dem Putsch einer Vielzahl zivilrechtlicher Klagen und semi-öffentlicher Kampagnen ausgesetzt. Seit November 2014 führte etwa die „Volksfront zum Widerstand gegen die Ikhwanisierung Ägyptens" (wörtlich: „Verbruderschaftlichung," eine Anspielung auf die arabische Bezeichnung der Muslimbruderschaft als „Ikhwan") mehrere Gerichtsprozesse gegen die elf größten islamistischen Parteien des Landes, darunter die Building and Development Party (Hizb al-bina wal-tanmiya), die Authenticity Party (Hizb al-asala), die Homeland Party (Hizb al-watan) und die Nour Party aus dem salafistischen Spektrum, die zentristische und moderat-islamistische Wasat Party, sowie Abu al-Futuhs Strong Egypt Party.[32]

Die Klagen wurden von den Gerichten zunächst mit der Begründung einer fehlenden Zuständigkeit abgewiesen.[33] Dennoch wurden durch die Verfahren die Ressourcen der betreffenden islamistischen Parteien verknappt, die sich zudem durch systematische polizeistaatliche Restriktionen zunehmend in ihren Handlungsspielräumen beschränkt sahen. Insbesondere die Verhaftung vieler Führungskader, aber auch einfacher Parteimitglieder zwang die meisten Parteien zur weitgehenden Aufgabe ihrer Aktivitäten.

Ausnahme blieb die Nour Party, die sich als einzige islamistische Partei nach dem Putsch gegen die Muslimbruderschaft gestellt hatte und das Vorgehen des Militärs ausdrücklich mittrug. Damit nahm die Partei eine Allianz wieder auf, die sich bereits vor 2011 zwischen Salafisten der Daawa-Bewegung und der politischen Führung unter Staatspräsident Mubarak entwickelt hatte. Bereits

damals hatte das Regime versucht, mit den Salafisten ein Gegengewicht zur Muslimbruderschaft aufzubauen und die Salafisten weitgehend toleriert.[34] Einem Verbot wirkte die Nour Party ferner durch formale Änderungen hin zur weltlichen Partei entgegen.[35] Sie verzichtete in den Folgemonaten zudem weitgehend auf religiöse Referenzen in ihren politischen Slogans.[36] Die Strategie der offenen Parteinahme für das repressive staatliche Vorgehen gegen die Muslimbruderschaft stieß indes schnell an ihre Grenzen. Vor allem nach dem Massaker von Rabaa al-Adawiya am 14. August 2013, bei dem innerhalb von einem Tag über tausend Menschen, darunter zumeist Mitglieder und Sympathisanten der Muslimbruderschaft, durch Sicherheitskräfte getötet wurden,[37] wandten sich viele Salafisten von der Nour Party ab.

Doch auch für die nichtislamistischen Parteien war die Situation nach dem Militärputsch keineswegs einfacher geworden. Die überwiegende Mehrheit hatte sich bereits Ende 2012 zur National Salvation Front zusammengeschlossen, um ein gemeinsames politisches Gegengewicht gegen die Mursi-Administration und die hinter ihr stehende Muslimbruderschaft zu bilden. Das repressive Vorgehen gegen die Muslimbruderschaft nach Mursis Sturz stieß jedoch auch bei einigen nichtislamistischen Parteien und Politikern auf Kritik. Das Rabaa-Massaker bildete diesbezüglich einen Kulminationspunkt: Während die meisten nichtislamistischen Parteien und Politiker das Vorgehen des Militärs begrüßten, legte Muhamad al-Baradei aus Protest sein Amt als Vizepräsident nieder, das er nach dem Putsch in der Übergangsregierung eingenommen hatte, und verließ das Land.[38] Die von Baradei gegründete liberale Constitution Party geriet daraufhin in eine schwere Krise, von der sie sich bis heute nicht mehr erholte.

Doch auch bei vielen Politikern, die das repressive Vorgehen des Militärs zunächst mittrugen, wuchs die Unzufriedenheit mit den neuen Machthabern. Insbesondere das offenkundig mangelnde Interesse an schnellen Parlamentswahlen wurde von vielen Parteivertretern kritisch gesehen. Für die zumeist kleinen Parteien hatte das diesbezügliche Zögern der neuen politischen Führung existenzielle Folgen: Viele Großunternehmer, die nach dem politischen Umbruch 2011 den Aufbau kleiner, nichtislamistischer Parteien finanzierten, stellten ihre Hilfen ein, aus Angst, hierdurch gegen die Interessen der neuen politischen Führung zu handeln.[39]

4.2. Neuer rechtlicher Rahmen

Jenseits des unmittelbaren Parteiverbots der FJP und des repressiven, polizeistaatlichen Vorgehens gegen mit ihr verbündete Parteien hatten eine Reihe neuer Gesetzesvorgaben und Vorschriften, allen voran die neue Verfassung und das Wahlgesetz von 2014, grundlegende Folgen für die ägyptische Parteienlandschaft.

Durch die neue Verfassung, die unter der Ägide der Übergangsregierung Ende 2013 erarbeitet und Anfang 2014 implementiert wurde,[40] wurde ein kategorisches Verbot religiöser Parteien ausgesprochen. So heißt es in dem entsprechenden Verfassungsartikel 74: „Bürger haben das Recht, politische Parteien durch Mitteilung zu gründen, wie gesetzlich geregelt. Auf der Basis von Religion, Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Konfession oder geographischem Hintergrund darf keine politische Aktivität ausgeübt werden und dürfen keine Parteien gegründet werden, noch darf irgendeine Aktivität ausgeübt werden, die demokratiefeindlich, geheim oder von militärischer oder quasi-militärischer Natur ist.“[41] Hierdurch wurde nicht nur einer Parteineuformierung der FJP unter einem anderen Namen ein Riegel vorgeschoben, auch andere islamistische Parteien konnten nun nicht mehr mit Bezug auf die Religion Politik machen, was den Parteienpluralismus, der sich zwischen 2011 und 2013 herausgebildet hatte, grundsätzlich einschränkte.

Hinzu kam die strukturelle Neuordnung des ägyptischen institutionellen Gefüges als Einkammersystem. Der alte Shura-Rat (Majlis al-shura), das Oberhaus des Parlaments, wurde aufgelöst und das Unterhaus, der Volksrat (Majlis al-shaab), durch das neue Repräsentantenhaus (Majlis al-nuwwab) ersetzt. Damit verloren Parteien zunächst eines der beiden Gremien, über das sie Einfluss auf den politischen Gestaltungsprozess nehmen konnten. Zwar hatte der Shura-Rat in der Vergangenheit überwiegend beratende Funktionen inne, und zudem wurde stets ein Drittel seiner Mitglieder ohnehin durch den Präsidenten direkt ernannt. Gerade bei Verfassungsänderungen und bei Vertragsabschlüssen, welche die territoriale Integrität des Landes betrafen, verfügte er aber gemäß der Vorgängerverfassung von 2013 über ein Vetorecht und stärkte damit die Stellung der im Rat vertretenen Parteien gegenüber der Exekutive.[42]

Überdies erneuerte die Verfassung, die im Januar 2014 per Referendum beschlossen und verabschiedet wurde, die institutionellen Strukturen, welche schon die Verfassung von 1971 vorgegeben hatte, die eine starke Exekutive über ein schwaches Parlament stellte: Zwar gewährt die Verfassung dem Parlament das Recht, über Wirtschafts- und Sozialpolitiken zu entscheiden, den nationalen Haushalt zu verabschieden und – zumindest de jure – das Handeln der Exekutive zu kontrollieren. Das Parlament bekam sogar ein Mitspracherecht bei der Ernennung des Ministerpräsidenten.[43] Allerdings hat es weder ein Aufsichtsrecht über den Militärhaushalt, noch hat es Einfluss auf den Einsatzbereich der Streitkräfte. Überdies kann der Präsident das Parlament nach Artikel 137 durch ein Referendum auflösen.[44]

Strukturelle Barrieren gegen die Entstehung eines starken Parlaments finden sich indes vor allem auch in der Gesetzgebung zum Ablauf der Parlamentswahlen, die in den vergangenen Jahren immer wieder revidiert wurde: Im Juni 2014 verabschiedete die Interimsregierung von Staatspräsident Adly Mansour schließlich ein neues Wahlgesetz,[45] im Dezember 2014 folgte per Dekret von Staatspräsident Sisi noch ein eigenständiger Gesetzentwurf zur Neuverteilung der Wahlkreise.[46] Im August 2015 traten beide Entwürfe, die durch ein technisches Komitee und ohne jede Beteiligung von Parteivertretern ausgearbeitet worden waren, per Präsidialdekret in Kraft.[47]

In ihrer Kombination reduzieren die beiden Gesetze die Chancen für politische Parteien – vor allem die der Opposition –, eine substantielle Anzahl an Parlamentssitzen zu gewinnen. Einerseits verankern sie ein komplexes gemischtes Wahlsystem aus Kandidatenlisten und Einzelwahlkreisen, das unabhängige Kandidaten gegenüber Parteikandidaten klar bevorzugt. Dieses System erinnert an die Wahlpraxis der Mubarak-Ära, die es vor allem einflussreichen Personen mit Privatvermögen ermöglichte, Parlamentssitze zu erringen. Lediglich ein Fünftel der Parlamentssitze wird hiernach über Wahllisten vergeben – in lediglich vier Wahldistrikten (Oberägypten und Großraum Kairo mit jeweils 45 Sitzen, Westliches und Östliches Delta mit jeweils 15 Sitzen), in denen das Ergebnis zudem nach dem absoluten Mehrheitsprinzip entschieden wird.[48] Die überwiegende Mehrheit aller Mandate, insgesamt 448 von 596 Sitzen, wird hingegen größ-

tenteils über ein Mehrheitswahlverfahren in Wahlkreisen vergeben, in denen nur ein einziges Mandat zur Wahl steht.

Andererseits werden durch beide Gesetze hohe bürokratische Hürden für die Kandidatur als Parteiliste gesetzt und hierdurch die Zahl der potentiellen Wettbewerbsteilnehmer systematisch reduziert: So können in den Einerwahlkreisen zwar auch Parteivertreter als individuelle Kandidaten antreten. Um als Parteivertreter in einem Wahlkreis zur Wahl zugelassen zu werden, muss jedoch die jeweilige Partei unter all ihren Kandidaten im übergeordneten Wahldistrikt, zu dem der Wahlkreis zählt, bindende Quoten für Frauen, Kopten, Arbeiter und Bauern, Jugendliche, Behinderte und ägyptische Arbeitsmigranten erfüllen, die sich nur teilweise überlappen dürfen (Tabelle).[49]

Präsentiert wurde dieses komplexe Quotensystem als Instrument zum Minderheitenschutz, gleichzeitig erhöht es aber die Hürden für die Teilnahme am Parteienwettbewerb: Gerade die vielen kleineren Parteineugründungen aus dem Kreise der Tahrir-Revolutionäre, die über keine breite Basis verfügen und mit ihrem Personal stark regional konzentriert sind, können den notwendigen Proporz in ihren Reihen für viele Landesteile kaum gewährleisten.[50]

Tabelle: Quotenverteilung in den jeweiligen Wahldistrikten

Wahldistrikte	Frauen	Kopten	Arbeiter & Jugend	Expats & Behinderte
1 (Kairo, Qalyubiya, Daqahliya, Gharbiya, Menofiya, Kafr El-Sheikh)	21	9	je 6	je 3
2 (Giza, Fayoum, Beni Suef, Minya, Assiut, El-Wadi El-Gedid, Sohag, Qena, Luxor, Assuan, Rotes Meer)	21	9	je 6	je 3
3 (Sharqiya, Damietta, Port Said, Ismailiya, Suez, Nordsinai, Südsinai)	7	3	je 3	je 1
4 (Alexandria, Behira, Matrouh)	7	3	je 3	je 1
Gesamt	**56**	**24**	**36**	**16**

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach http://www.election.eg.

Die Ausrichtung und Komplexität des Wahlsystems erschwert nicht nur die Stellung der Parteien im neuen politischen System. Auch das Parlament als solches wird hierdurch geschwächt. So wurde bereits 2012 das Parlament aufgrund angeblicher Fehler im Wahlgesetz aufgelöst. Angesichts der Unübersichtlichkeit des neuen rechtlichen Rahmens scheint eine ähnliche Entwicklung zumindest im Bereich des Vorstellbaren.[51]

Tatsächlich erklärte das Verfassungsgericht im März 2015 mehrere Artikel des Wahlrechts und der parlamentarischen Geschäftsordnung für verfassungswidrig.[52] Um die überfälligen Wahlen dennoch abhalten zu können, revidierte die Regierung nur die kritisierten Artikel, anstatt die gesamte Wahlgesetzgebung zu überarbeiten. Der Kern der juristischen Kontroverse, das umständliche gemischte Wahlsystem, wurde indes beibehalten und kam schließlich bei der im Dezember 2015 abgehaltenen Parlamentswahl erneut zur Anwendung.

4.3. Die Parlamentswahlen 2015

Während die Präsidentschaftswahlen entgegen dem ursprünglichen Wortlaut des institutionellen „Fahrplans" vom Juli 2013 vorgezogen wurden, verschob die Staatsführung die Parlamentswahlen und damit die Chance für Ägyptens Parteien, an der Weitergestaltung des Transformationsprozesses mitzuwirken, insgesamt fünf Mal. Begründet wurden die Verschiebungen mal mit Verfahrensfehlern, mal mit juristischen Streitigkeiten, mit Unzulänglichkeiten im Wahlgesetz und bei der Verteilung der Wahlkreise oder mit der instabilen innenpolitischen Lage. Erst als das Verfassungsgericht jedem weiteren Aufschub einen Riegel vorschob, fand der Urnengang schließlich mehr als zwei Jahre nach dem ursprünglich angesetzten Termin im Frühjahr 2015 statt. Viele Beobachter sahen diese offensichtlich gewollte Verzögerung als Indiz dafür, dass in Militärführung und Präsidialamt die Notwendigkeit eines parlamentarischen Systems keineswegs unumstritten war. Tatsächlich schien sich nach der Machtübernahme des Militärs im Sommer 2013 erst allmählich die Überzeugung durchzusetzen, dass ein Parlament vor allem für die Außendarstellung Ägyptens unverzichtbar sei. Wie sich Staatspräsident Sisi ein solches Parlament vorstellte, machte er im Januar 2015 bei einem Treffen mit den Spitzen von fünfzehn Parteien deutlich. Er rief zur Bildung einer Einheitsliste auf,53 ein unmissver-

ständliches Signal, dass politischer Wettbewerb und Parteienpluralismus nicht erwünscht waren.

Um den Ausgang der Parlamentswahlen genau in diese Richtung zu lenken, setzte das Präsidialamt gemeinsam mit Vertretern und Organen des Sicherheitsestablishments auf eine Doppelstrategie:[54] Zum einen wurde – insbesondere durch den militärischen Geheimdienst – eine Parteigründung forciert. Die Future of the Homeland Party (Hizb mustaqbal watan) war offenbar als eine neue Regimepartei geplant. Sie formierte sich Ende 2013 zunächst als Jugendorganisation, die im Sommer 2014 dann in eine Partei umgewandelt wurde. Zentrale Figur war der erst vierundzwanzigjährige Studentenführer Muhamad Badran, der enge Beziehungen zum Militärgeheimdienst unterhielt und massiv von Staatspräsident Sisi protegiert wurde.[55] Dank der logistischen Unterstützung durch staatliche Stellen konnte die Partei in kürzester Zeit landesweit über 100.000 Mitglieder gewinnen.

Zum anderen bemühte sich die politische Führung um die Bildung einer Wahlallianz. Hierbei ging es darum, möglichst viele der vorhandenen nichtislamistischen Parteien sowie „unabhängige" Kandidaten bereits im Wahlkampf an das Regime zu binden. Zunächst oblag die Bildung dieser Allianz, die anfangs unter dem Namen „National Alliance" firmierte, dem zweiundachtzigjährigen ehemaligen Ministerpräsidenten Kamal al-Ganzuri, der aber wenig erfolgreich war. Im Februar 2015 wurde daher ein neuer Versuch unternommen und es kam zur Bildung der Allianz „Aus Liebe zu Ägypten" (For the love of Egypt/Fi hub misr). Diesmal oblag die Organisation offenbar dem ägyptischen Auslandsgeheimdienst (General Intelligence Service), der bereits unter Staatspräsident Mubarak zu einem mächtigen innenpolitischen Akteur geworden war. Koordinator wurde der ehemalige Geheimdienstoffizier Samih Saif al-Yazal,[56] der nicht nur zu den staatlichen Sicherheitsorganen, sondern auch zu einer Reihe von Parteien hervorragende Beziehungen unterhielt und dem das Regime offenbar eher zutraute, einen Unterstützerblock von mindestens 400 Abgeordneten (und damit die absolute Mehrheit) im Parlament zu organisieren.[57]

Bei der Wahl selbst war die „Aus Liebe für Ägypten"-Allianz, der sich letztlich über zehn Parteien sowie zahlreiche unabhängige Kandidaten angeschlossen hatten, überaus erfolgreich. Sie konnte

alle 120 Parlamentssitze, die landesweit an Parteilisten vergeben wurden, gewinnen. Darüber hinaus konnten die Parteien der Wahlallianz auch über Einzelkandidaten viele Mandate holen. Dennoch bekamen die drei größten Parteien der Allianz, die Free Egyptians Party, die Future of the Homeland Party und die Wafd Party, die gleichzeitig auch die stärksten Parteien im neuen Repräsentantenhaus wurden, mit insgesamt 151 Mandaten nur die Kontrolle über ein Viertel der Parlamentssitze (vgl. Schaubild).[58] Der Wahlsieger, die Free Egyptians Party, hatte lediglich elf Prozent der Sitze gewinnen können.

Großer Verlierer im Parteienspektrum war die salafistische Nour Party. Bei den Parlamentswahlen 2011 noch zweitstärkste Kraft, gelang es der Nour Party lediglich elf Mandate, also zwei Prozent der Sitze, zu gewinnen. Im neuen Parlament blieb sie die einzige islamistische Partei. Andere islamistische Parteien, die sich nach dem Militärputsch eher auf die Seite der Muslimbruderschaft gestellt hatten, hatten die Wahl boykottiert. Und auch die Strong Egypt Party hatte ihre Mitglieder angesichts der aus ihrer Sicht staatlichen Manipulation dazu aufgerufen, dem Urnengang fernzubleiben.[59] Im neuen Parlament ebenfalls kaum vertreten waren aber auch Parteien des linken und linksliberalen politischen Spektrums. Die Egyptian Social Democratic Party etwa gewann gerade einmal vier Parlamentssitze. Die Dignity Party von Hamdin Sabahi blieb sogar gänzlich erfolglos.

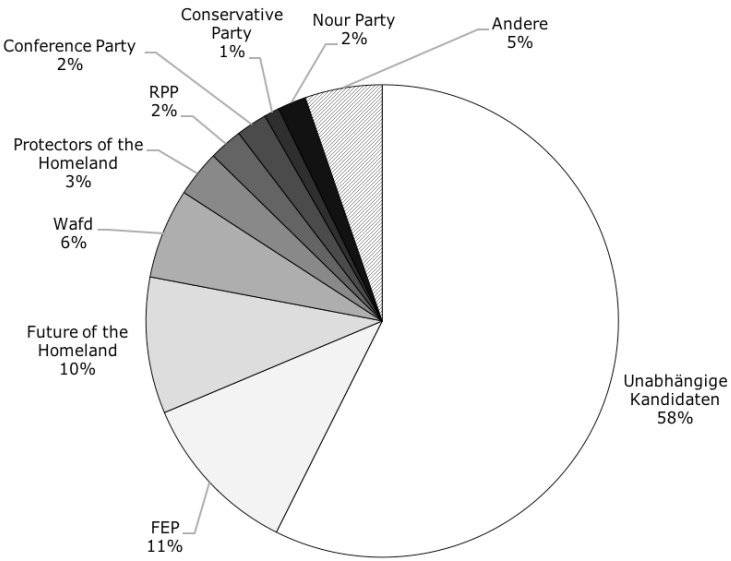
Der übergroße Teil der Mandate (57 Prozent) ging aufgrund der beschriebenen Änderungen des rechtlichen Rahmens an parteiunabhängige Kandidaten (vgl. Schaubild). Bei diesen handelte es sich – ebenso wie bei Parteikandidaten – nicht selten um ehemalige Mitglieder der verbotenen und aufgelösten Regierungspartei der Mubarak-Ära, der NDP.[60] So nahmen offenbar allein 145 Ex-NDP-Funktionäre an der Wahl teil, die bereits 2010 Parlamentsmandate innehatten.[61] Mindestens 65 von ihnen zogen trotz des offiziellen Teilnahmeverbots für NDP-Mitglieder ins Parlament ein.[62]

Auch die Gruppe der 28 Parlamentsmitglieder, die Staatspräsident Sisi gemäß der Verfassung selbst ernennen konnte, bestand größtenteils aus Führungspersonal der ehemaligen Regierungspartei. Insgesamt stellen Kandidaten aus der Mubarak-Ära, die teils als Einzelkandidaten und teils unter dem Banner neuer Parteien antraten,

mit mindestens 124 Sitzen (die 21 Prozent der Gesamtsitze entsprechen) mehr Mitglieder als jede andere Partei.[63]

Ein Grund für diesen ungebrochenen Erfolg regimefreundlicher Parteien und Kandidaten war, dass mehrere Parteien und Parteikoalitionen bereits nach der ersten Wahletappe den Pro-Regime-Allianzen das Feld räumten, teils aus Protest gegen die klare Parteinahme der Medien für die regimetreuen Listen, teils aus Protest gegen angeblichen Stimmenkauf.[64]

Schaubild: Wahlergebnis der Parlamentswahlen 2015 nach Parteien



Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Angaben bei http://www.election.eg.

5. Parlamentarismus unter Präsident Sisi

5.1. Regimekoalition statt Blockpartei?

Am 19. Januar 2016 wurde die bis dato größte Abgeordnetenkammer Ägyptens mit 596 Abgeordneten offiziell vereidigt. Trotz ihres Wahlerfolgs gegenüber den anderen Parteien löste sich die Parteienallianz „Aus Liebe zu Ägypten" unmittelbar nach den Parlamentswahlen auf. Saif al-Yazal, der Koordinator, bemühte sich vergeblich, die einzelnen Parteien des Wahlbündnisses in eine Parlamentsko-

alition einzubinden. Die Free Egyptians Party und die Wafd Party lehnten einen Beitritt indes ab. Dennoch gelang es al-Yazal bis Januar 2016 insbesondere unabhängige Abgeordnete für seine Koalition zu gewinnen. Viele Parlamentarier kamen mit ihrem Beitritt dem Aufruf Staatspräsident Sisis nach, der die neuen Volksvertreter mehrfach dazu aufgerufen hatte, ideologische Differenzen beiseitezulegen und sich – ganz in nasseristischer Tradition – zu einer gemeinsamen Fraktion zusammenzuschließen.[65]

Das neue Bündnis, das unter dem Namen „Support Egypt" (Daam misr/Unterstützung für Ägypten) firmierte, umfasste zum Zeitpunkt seiner Gründung bereits 315 Parlamentarier aus mindestens acht Parteien. Es avancierte rasch zum neuen Sammelbecken für Unterstützer des Staatspräsidenten und Kader der ehemaligen Regierungspartei NDP.[66] Der erklärte Zweck des Bündnisses ist in Artikel 2 seiner Satzung damit angegeben, einen „Konsens zur Unterstützung nationaler Prinzipien" zu formen, um das Vorgehen der Staatsorgane sowie den Plan der Sisi-Administration für die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu unterstützen und zur Wiederherstellung der nationalen Sicherheit beizutragen.[67] Wie weit diese Unterstützung ging, offenbarte sich bereits in den ersten Amtswochen der neuen Volksvertretung, in denen alle Dekrete des Präsidenten, die dieser seit dem Militärputsch 2013 erlassen hatte, nachträglich durch die Legislative bestätigt werden mussten. Innerhalb von fünfzehn Tagen nach Beginn der neuen Legislaturperiode wurden so nahezu alle 332 Erlasse des Staatspräsidenten ohne weitreichende Prüfung durch das Parlament gebilligt. Ausschlaggebend hierfür waren insbesondere die Stimmen der Support-Egypt-Allianz, deren Vorsitzender Saif al-Yazal ausdrücklich die Annahme empfohlen hatte.[68] Einzig das Gesetz zur Neuregelung der Bezüge im öffentlichen Dienst wurde mit breiter Parlamentsmehrheit, auch mit den Stimmen von Mitgliedern der Allianz, zunächst abgelehnt – ein Hinweis darauf, dass viele Parlamentarier nicht nur die Präferenzen der politischen Führung, sondern auch ihre Kernklientel – die ägyptische Staatsklasse – im Blick hatten.[69]

Überdies offenbarte sich bereits in den ersten Wochen die Absicht der Koalition, weniger als lose Parteienallianz, sondern vielmehr als eigenständige Körperschaft mit Presseabteilung, Public-Relations-Büro und Verwaltungsstruktur zu fungieren. Vor allem die ersten Entwürfe für die internen Bestimmungen von Support Egypt,

die das Bündnis kurz nach seiner Gründung veröffentlichte, zeigten, dass die Allianz nicht bloß darauf ausgerichtet war, die Kompromissfindung im Parlament und die Bildung einer einfachen Mehrheitsfraktion zu erleichtern. In einer umstrittenen Vorgängerversion der Satzung hieß es etwa, dass sich Mitglieder der Koalition verpflichten müssten, ihr Abstimmverhalten an die Mehrheitsmeinung innerhalb der Koalition anzupassen.[70] Erst nach massiver interner und medialer Kritik wurde dieser Passus überarbeitet und Koalitionsmitgliedern ein freies Stimmrecht garantiert (Artikel 3).

Beibehalten wurde indes das Ziel, eine straffe Organisationsstruktur zu schaffen. Entsprechend bildete die Allianz eine ausdifferenzierte und durch interne Wahlen bestimmte Führung aus, bestehend aus Vorsitzendem, Stellvertretern und einem Politbüro, in dem die Koalitionsmitglieder anteilig vertreten sind (Artikel 5–7). Der Parteivorsitzende und das Politbüro verfügen dabei über weitreichende Befugnisse. Hiernach nominiert das Politbüro etwa die Vorsitzenden für parlamentarische Komitees und wählt Kandidaten aus, die bei Parlaments- und Lokalratswahlen antreten sollen (Artikel 8). Zudem entwerfen und genehmigen die Mitglieder des Politbüros die politischen Leitlinien der Partei. Dem Koalitionsvorsitzenden obliegt dagegen die Einstellung von Personal für die Verwaltung, die Einberufung von Sondertreffen und die Beaufsichtigung der Administrationen der jeweiligen Mitglieder (Artikel 10). Bemerkenswert ist auch die Sonderfinanzierung des Blocks mit einem eigenen Budget, das sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden speist.

Trotz dieser straffen Organisationsstruktur gab es von Beginn an Auseinandersetzungen innerhalb der Allianz über den Einfluss einzelner Mitglieder. Unklar war etwa die Rolle der Future of the Homeland Party, die anfangs mehr Mitsprache eingefordert und sich sogar kurzzeitig geweigert hatte, dem Bündnis beizutreten.[71] Obgleich zweitstärkste Partei im Parlament und damit stärkstes Mitglied der Allianz, trat sie in den Folgemonaten indes immer weniger in Erscheinung, was offenbar auf interne Führungsstreitigkeiten und Massenaustritte zurückzuführen war. Muhamad Badran legte im September 2016 schließlich den Parteivorsitz nieder und verließ damit vorerst die politische Bühne des Landes.[72]

Streit gab es auch in Bezug auf die Vergabe wichtiger Posten im Parlament. Durch ihre absolute Mehrheit konnte Support Egypt

sowohl die Wahl des Parlamentspräsidiums als auch die Wahl der Ausschussvorsitzenden dominieren. Mustafa Bakri, einer der bekanntesten Politiker der Allianz, der bereits in den letzten Jahren der Mubarak-Ära dem Parlament angehörte und als wichtiger Vertreter der Interessen des Militärs galt, fühlte sich dabei derart übergangen, dass er im Februar 2016 aus der Allianz austrat.[73] Seine öffentlich geäußerte, scharfe Kritik am autoritären Führungsstil Saif al-Yazals zeigte einmal mehr, wie fragil Support Egypt war.

Entsprechend stellte der Tod des bereits seit Jahren gesundheitlich angeschlagenen Saif al-Yazal im April 2016 eine Bewährungsprobe für die Allianz dar. Yazal war die zentrale Integrationsfigur von Support Egypt und ihr mächtigster Strippenzieher. Zunächst schien es so, als würde der Sicherheitsapparat weiterhin versuchen, über die Führungsposition die Allianz zu steuern. Interimsvorsitzender wurde Saad al-Jamaal, ein Abgeordneter der Conservative Party. Der ehemalige Polizeigeneral Jamaal, der bereits vor 2011 dem Parlament angehörte, Führungsämter in der NDP innehatte und mit einer Schwiegertochter Husni Mubaraks verwandt ist, galt als typischer Vertreter der alten Staatselite.[74]

Im Oktober 2016 wurde indes Muhamad al-Suwaidi zum neuen Vorsitzenden der Allianz gekürt. Da es keine Gegenkandidaten gab, erfolgte die Wahl per Akklamation. Suwaidi kommt anders als seine Vorgänger nicht aus dem staatlichen Sicherheitsestablishment, sondern aus dem Unternehmerlager, das besonders stark im neuen Parlament vertreten ist.[75] Er stand bis Oktober 2016 nicht nur dem Industrieausschuss im Parlament, sondern auch dem ägyptischen Industrieverband (Federation of Egyptian Industries) vor. Bei der Neuwahl der Ausschussvorsitzenden kandidierte er aufgrund seiner Führungsposition bei Support Egypt nicht mehr für den Ausschussvorsitz. Als Mitglied einer der größten Unternehmerfamilien des Landes verfügt er über hervorragende Beziehungen zur ägyptischen Wirtschaftselite[76] und damit auch zu den zwei großen, Unternehmer-dominierten Parteien im Parlament, die sich bislang der Support-Egypt-Allianz verweigert hatten, der Free Egyptians Party und der Wafd Party.

5.2. „Opposition" im Parlament

Schon allein aufgrund der unfreien und unfairen Parlamentswahlen war die Herausbildung einer tatsächlichen Opposition im Parlament kaum zu erwarten. Wenig überraschend war daher, dass bei Abstimmungen, die für die Regierung von zentraler Bedeutung waren, kaum Gegenstimmen zustande kamen. Das Regierungsprogramm etwa, das im April 2016 im Parlament vorgestellt wurde, wurde mit 433 Stimmen angenommen. Nur 38 Parlamentarier (6 Prozent) lehnten das Programm ab.[77] Streit innerhalb des Parlaments gab es daher weniger um inhaltliche Fragen als um die Postenverteilung und die Geschäftsordnung.

Zudem war die Dominanz der Support-Egypt-Allianz gewaltig. Die einzige Partei, die hierzu ein Gegengewicht hätte aufbauen können, war die Free Egyptians Party. Sie lehnte bei der Bildung der Support-Egypt-Allianz nicht nur eine Zusammenarbeit kategorisch ab, sondern kritisierte diese auch scharf. Ihr Gründer und wohl wichtigster Finanzier, der Unternehmer Naguib Sawiris, beklagte in den ägyptischen Medien die demokratiefeindliche Wirkung der Superkoalition im Parlament und verglich sie mit der nach seiner Ansicht obrigkeitshörigen Muslimbruderschaft: Wie die Muslimbrüder seien die Mitglieder der Support-Egypt-Allianz „Schafe, die durch einen Obersten Führer angeführt werden".[78]

Allerdings gelang es der Free Egyptians Party bislang nicht, eine eigene Koalition mit anderen Parteien, wie etwa der Wafd Party, sowie mit unabhängigen Abgeordneten einzugehen, um ein parlamentarisches Gegengewicht zu Support Egypt zu bilden. Dies ist unter anderem auch eine Konsequenz der Regularien zur Koalitionsbildung, welche die Opposition im gegenwärtigen Parlament schwächen: Artikel 3 im vierten Abschnitt der Satzung des Abgeordnetenhauses schreibt vor, dass jede parlamentarische Koalition mindestens 25 Prozent der Mandate im Parlament halten sowie jeweils drei Mitglieder aus mindestens 15 Provinzen des Landes vorweisen muss.[79] Zudem darf kein Mitglied des Parlaments mehreren Koalitionen gleichzeitig beitreten. Diese Bestimmungen konnten bislang nur von der Support-Egypt-Allianz erfüllt werden, die im Mai 2016 den Koalitionsstatus offiziell zugesprochen bekam.[80] Eine Herabsetzung der administrativen Hürden, auf die einige klei-

nere Parteien wie die Egyptian Social Democratic Party drängten, ist nicht in Sicht.

Inhaltliche Opposition wurde bislang daher nur von Vertretern einiger Kleinstparteien und einzelnen unabhängigen Abgeordneten geübt. So taten sich einige Parlamentarier aus dem linken Spektrum zur informellen „25–30 Gruppe" zusammen.[81] Der Name der Gruppe bezieht sich auf die Daten der beiden „Revolutionen" von 2011 und 2013 und soll unterstreichen, dass sich die Gruppe beiden Ereignissen verpflichtet fühlt und die Wiederkehr des alten Regimes nach dem Militärputsch von 2013 kritisch sieht. Bei wichtigen Abstimmungen im Parlament, etwa über die Einführung einer Umsatzsteuer, stimmte die „25–30 Gruppe" zumeist geschlossen gegen die Pläne der Regierung und stellte sich damit sowohl gegen die Support-Egypt-Allianz als auch gegen die Free Egyptians Party.[82] Auf Konfrontationskurs zur politischen Führung ging auch Muhamad Anwar Ismat al-Sadat. Dabei trat er weniger als Repräsentant der von ihm gegründeten Reform and Development Party (Hizb al-islah wal-tanmiya) in Erscheinung, einer Kleinstpartei, die nur durch ihn im Parlament vertreten wurde. Vielmehr hatte er durch seine persönlichen Netzwerke, die er nicht zuletzt durch seinen familiären Hintergrund als Neffe des ehemaligen Staatspräsidenten Anwar al-Sadat im politischen Establishment des Landes unterhielt, eine herausgehobene Stellung im neuen Parlament. Als Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses übte er immer wieder Kritik an der politischen Führung, ohne dieser indes ihre Legitimität abzusprechen. Aus Protest gegen die Behinderung seiner Arbeit, nicht nur durch die politische Führung, sondern vor allem auch durch das Parlamentspräsidium, legte Sadat schließlich im August 2016 sein Amt nieder.[83]

Tatsächlich wurde die wenige Opposition, die sich im Parlament zeigte, durch das Präsidium scharf bekämpft. Der parteilose Ali Abd al-Al, ein Rechtsprofessor, der bereits 2014 bei der Ausarbeitung der neuen ägyptischen Verfassung mitgearbeitet hatte und offenkundig enge Beziehungen zum Präsidialamt sowie dem Sicherheitsestablishment unterhielt, war mit den Stimmen der Support-Egypt-Allianz zum Parlamentspräsidenten gewählt worden.[84] Er agierte ganz im Sinne der politischen Führung und versuchte nicht zuletzt über die Geschäftsordnung kritische Parlamen-

tarier zu disziplinieren. So untersagte er etwa parlamentarische Delegationsreisen, verwehrte einzelnen Abgeordneten das Rederecht oder zitierte sie vor den Disziplinarausschuss des Parlaments.[85]

5.3. Legalisierte Parteien in der außerparlamentarischen Opposition

Nicht nur die schwache Repräsentanz im Parlament, die beschriebenen institutionellen Hürden und die umfassende polizeistaatliche Repression, unter der auch legalisierte Parteien zu leiden hatten, standen der Bildung einer effektiven Opposition im Wege. Interne Finanz- und Personalstreitigkeiten der einzelnen Parteien und politischen Gruppierungen sowie ideologische Unterschiede zwischen ihnen schwächten ebenfalls das Oppositionslager. Vor allem aber zwei grundsätzliche Fragen, die oftmals auch innerhalb der Parteien zu Verwerfungen führten, verhinderten eine engere Zusammenarbeit.

Zum einen gab es unterschiedliche Ansichten über die richtige Strategie im Umgang mit der politischen Führung unter Staatspräsident Sisi. Unter der Präsidentschaft von Muhamad Mursi hatte die gemeinsame Gegnerschaft gegenüber der Muslimbruderschaft und ihrer Freedom and Justice Party die nichtislamistische Opposition ungeachtet etwaiger programmatischer Differenzen zwischen Liberalen, Sozialisten, Nasseristen und Konservativen noch unter dem Dach der National Salvation Front vereint, die im Wesentlichen auf Frontalopposition setzte. Nach der Absetzung Mursis war dieses Bündnis zerbrochen und zwischen den einzelnen Gruppen und Parteien herrschte Uneinigkeit darüber, ob die politische Ordnung grundsätzlich in Frage gestellt werden oder ob vielmehr in dem vorgegebenen Rahmen agiert werden sollte und wie stark in letzterem Fall die Annäherung an das Regime ausfallen dürfte.

Selbst unter Parteien, die die Parlamentswahlen nicht boykottierten, war diese Frage umstritten. Beispielhaft hierfür waren die Auseinandersetzungen innerhalb der Egyptian Social Democratic Party. Diese hatte durch ihre Teilnahme an den Parlamentswahlen und die Arbeit ihrer vier Abgeordneten im Parlament den vorgegebenen politischen Rahmen zunächst grundsätzlich akzeptiert. Innerhalb der Partei gab es aber auch erhebliche Unzufriedenheit mit diesem Kurs, die bei der Wahl der Parteiführung offensichtlich wurde: Die

zwei Spitzenkandidaten Farid Zahran und Bassim Kamil, die für eine klarere Oppositionshaltung gegenüber der Sisi-Administration eintraten, konnten sich nur mit vier Stimmen Vorsprung bei 800 Wahlberechtigten gegenüber ihren Konkurrenten im Parteikongress durchsetzen, die für eine Annäherung plädierten.[86]

Zum anderen gab es innerhalb des oppositionellen Lagers erhebliche Differenzen bei der Frage des Umgangs mit der Muslimbruderschaft. Die meisten linken und liberalen Parteien sahen deren vollständige Exklusion aus dem politischen Prozess durchaus als gerechtfertigt an. Auch die Einstufung der Bruderschaft als Terrororganisation wurde von vielen mitgetragen.

Hamdin Sabahi etwa, dessen Dignity Party 2011 noch mit der Freedom and Justice Party der Muslimbruderschaft ein Wahlbündnis eingegangen war, sprach sich 2014 explizit gegen eine politische Teilhabe der Bruderschaft „weder als Partei noch als Gruppe" aus.[87] Parteien mit einem islamistischen Hintergrund waren – selbst wenn sie sich wie die Strong Egypt Party eindeutig von der Muslimbruderschaft distanzierten – diesbezüglich weitaus offener. Abu al-Futuh, Gründer und Führer der Strong Egypt Party, ließ bei vielen Gelegenheiten durchblicken, dass er das polizeistaatliche Vorgehen gegen die Muslimbruderschaft keineswegs billigt. Eine Exklusion der Muslimbruderschaft aus dem politischen Leben, so Futuh, sei gefährlich und wenig zielführend.[88]

Durch diese fundamentalen Differenzen war eine breite Opposition auch außerhalb des Parlaments kaum vorstellbar. Dennoch kam es im April 2016 überraschend zu einer Protestwelle gegen die Sisi-Administration, die auch von einer Reihe von Parteien explizit oder implizit mitgetragen wurde. Auslöser dieser Proteste war die Ankündigung Staatspräsident Sisis am 9. April 2016, zwei Inseln im Roten Meer, die seit Jahrzehnten unter ägyptischer Kontrolle standen, an Saudi-Arabien zu übertragen. Diese Ankündigung stand im unmittelbaren Zusammenhang mit einem Staatsbesuch des saudischen Königs Salman, bei dem Ägypten umfangreiche Finanzhilfen in Aussicht gestellt wurden.

Im sozialen Netz wurde die Inselrückgabe scharf kritisiert und als Ausverkauf des Landes gebrandmarkt. In den darauf folgenden zwei Wochen bildete sich die „Kampagne zur Verteidigung des

Heimatbodens" (al-hamla al-shaabiya lil-dafa an al-arth), zu deren Gründungsmitgliedern neben mehreren politischen Gruppen und Einzelpersonen auch sieben legalisierte Parteien gehörten, darunter die Egyptian Social Democratic Party, die Socialist Popular Alliance Party, die Dignity Party und die Strong Egypt Party.[89]

Auch wenn die Demonstrationen, zu denen die Kampagne aufrief, in kürzester Zeit durch ein erhebliches Sicherheitsaufgebot und eine Verhaftungswelle weitgehend im Keim erstickt wurden, bekamen sie ein großes Medienecho und bildeten bislang den sichtbarsten Protest der verbliebenen, legalisierten Opposition.[90] Zudem konnte die Kampagne über die Straßenproteste hinaus weitergeführt werden. Ein Gerichtsverfahren gegen die ägyptische Regierung, das durch Mitglieder der Kampagne, allen voran den ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Khalid Ali, geführt wurde, war zumindest in erster Instanz erfolgreich.[91] Dennoch gelang es offenbar nicht, auf Grundlage der Kampagne eine weiterführende Kooperation zwischen den beteiligten Parteien zu etablieren und hierdurch den Kern für eine schlagkräftige außerparlamentarische Oppositionsbewegung nach dem Vorbild der Kifaya-Bewegung oder der National Association for Change während der Mubarak-Ära oder der National Salvation Front während der Präsidentschaft Mursis zu bilden.

6. Schlussfolgerungen und Ausblick

In Ägypten bewegt sich die Parteienentwicklung seit dem politischen Umbruch Anfang 2011 zwischen zwei Extremen: Durch das Ende des Mubarak-Regimes kam es zunächst zur Aufwertung der Parteien im politischen System des Landes. Unter Staatspräsident Sisi stehen Parteien indes vor der politischen Bedeutungslosigkeit.

Zwischen 2011 und 2013 wurden zahlreiche Parteien gegründet, die das gesamte ideologische Spektrum abdeckten. Eng verbunden war diese Entwicklung mit einem erkennbaren Bedeutungszuwachs des Parlaments im politischen System des Landes. Insbesondere die entscheidende Rolle, die der Volksvertretung zunächst bei der Verfassungsgebung eingeräumt wurde, weckte bei vielen politisch engagierten Ägyptern Erwartungen, dass das Parlament auch dauerhaft eine wichtigere Rolle im politischen Entscheidungsprozess einnehmen würde.

Die Parlamentsauflösung 2012 und die fast zeitgleich erfolgte Wahl Muhamad Mursis in das Präsidentenamt waren diesbezüglich ein erster Dämpfer. Vor allem das ägyptische Militär setzte auf eine Fortsetzung des faktischen Präsidialsystems, wie es seit Gamal Abdel Nassers Präsidentschaft Bestand hatte. Die Muslimbruderschaft, die mit ihrer Freedom and Justice Party anfangs tatsächlich eine breite Wählerbasis ansprechen konnte und hierdurch die Chance gehabt hätte, eine Volkspartei zu etablieren, arrangierte sich allzu schnell mit der neuen Situation. Die von ihr maßgeblich ausgearbeitete Verfassung des Jahres 2012 stärkte zwar das Parlament, hielt aber zugleich an den Grundzügen des präsidial ausgerichteten Regierungssystems fest.

Der Militärputsch 2013 gegen die Regierung Mursis setzte der Hoffnung auf ein plurales, parlamentarisches System ein Ende. Denn das Scheitern der islamistischen Kräfte ebnete nicht den Weg für den Aufstieg der bis dato marginalisierten pluralistischen, reformorientierten und liberalen politischen Kräfte, die während der Tahrir-Proteste 2011 über die Landesgrenzen hinaus die Hoffnung auf eine demokratische Transformation des Landes genährt hatten. Stattdessen wurde mit dem Putsch der Grundstein für die Rückkehr zu altbekannten autoritären Mustern gelegt. Zwar wurde mit der Verfassung von 2014 abermals ein semipräsidiales System etabliert, der polizeistaatliche Rahmen, der seit dem Putsch errichtet worden war, ließ indes keine Zweifel, dass in der Praxis die Exekutive und hier zuvorderst der Staatspräsident und das ihn stützende Militär den politischen Entscheidungsprozess in ihrem Sinne dominieren würde: Das „neue" System erinnert folglich stark an die Zeit vor 2011.

Für die Parteienentwicklung in Ägypten bedeutete der Militärputsch in jeder Hinsicht einen Rückschritt. Zum einen wurde durch das Verbot der Freedom and Justice Party, der mit Abstand größten und bestorganisiertesten Partei des Landes, Ägyptens Parteienpluralismus faktisch beendet. Die Restriktion des Wettbewerbs machte jede Verschiebung des Machtzentrums vom Präsidialamt hin zum Parlament unwahrscheinlich. Zum anderen können Parteien über das Parlament kaum noch Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess nehmen. Ausschlaggebend hierfür ist nicht nur die schwache Rolle des Parlaments im politischen System, sondern auch die Ausgestaltung des Wahlsystems. Die klare Begüns-

tigung von unabhängigen Kandidaten gegenüber Parteien trug bereits während der Parlamentswahlen 2015 ihre Früchte, indem sie die Entstehung eines kohärenten parlamentarischen Oppositionsblocks erfolgreich verhinderte. Durch Überrepräsentierung von Einzelkandidaten wurde zudem bereits im Vorfeld der Wahl ein effektiver Themenwahlkampf und die damit verbundene Setzung von Schwerpunkten für die künftige Parlamentsarbeit verhindert. Diese Entkopplung der Legislative von programmatischen Vorgaben erleichterte die Kooptierung von Parlamentariern, die sich nicht an etwaigen Wahlkampfversprechen messen lassen müssen.

So ebneten die Parlamentswahlen 2015 nicht etwa den Weg für mehr Transparenz, Verantwortlichkeit und Rechenschaft in der Regierungspolitik. Vielmehr verkamen sie zum formaldemokratischen Feigenblatt, das den autoritären Status quo noch weiter zementierte.

Dennoch befindet sich Ägyptens Staatspräsident heute in einer bislang einzigartigen Position: Mit Ausnahme der ersten zwei Jahre nach dem Umbruch von 2011, die von einer Liberalisierung des politischen Wettbewerbs geprägt waren, waren es in Ägypten zumeist wenige einzelne starke und über personelle Netzwerke mit der Wirtschaftselite und dem Sicherheitsestablishment verflochtene politische Organisationen gewesen, welche die politische Öffentlichkeit des Landes dominierten und sich gegenseitig in ihrer Führungsrolle ablösten. Fünf Jahre nach dem Sturz Mubaraks und seiner NDP ist indes erstmals keine Mehrheitspartei direkt mit der Präsidentschaft affiliiert. Zudem erscheint es eher unwahrscheinlich, dass es unter Staatspräsident Sisi abermals zur Bildung einer Regierungspartei nach Vorbild der NDP kommen wird. Nicht zuletzt die Militärführung dürfte aufgrund der negativen Erfahrungen mit der NDP, die sich unter Staats- und Parteipräsident Mubarak zum konkurrierenden Machtzentrum im Land entwickelt hatte, diesbezüglich Vorbehalte haben. Die gegenwärtige Strategie der Militärführung scheint vielmehr darauf ausgerichtet, über die Bildung einer „Herrschaftskoalition" das Parlament zu kontrollieren.

Dass die verbliebenen Parteien weitgehend bedeutungslos im politischen Prozess seit 2013 sind, liegt indes auch an ihnen selbst. Insbesondere die großen Parteien im Parlament haben keine erkennbaren politischen Programme und damit kein wirkliches inhaltliches

„Angebot", das sie potentiellen Wählern unterbreiten könnten. Ihnen geht es weniger um die Verwirklichung sachlicher oder ideeller Ziele als vielmehr um die persönlichen Vorteile ihrer Mitglieder und insbesondere ihrer Führungskader. Entsprechend opportunistisch unterstützen sie die politische Führung und machen sich damit zum stabilisierenden Element der autoritären Ordnung. Dass diese Parteien für politische Reformen eintreten könnten, ist daher mehr als unwahrscheinlich. Doch auch von den kleineren, oppositionellen Parteien, die zumeist nicht im Parlament vertreten sind, können kaum Impulse für einen demokratischen Wandel in Ägypten erwartet werden, zumindest so lange, wie es ihnen nicht gelingt, sich stärker zu vernetzen. Der Bedeutung, die Beobachter gerade den liberalen und sozialistischen Kräften in der außerparlamentarischen Opposition für die politische Transformation des Landes zumessen, steht deren äußerst schwache soziale Verankerung gegenüber.

Für die Entwicklung von Ägyptens parlamentarischem System wird es daher entscheidend sein, ob es reformistischen Parteien aus dem säkularen, liberalen und linken Spektrum zukünftig gelingen wird, gemeinsam mit ähnlich reformorientierten Parteien, die einen islamistischen Hintergrund haben, effektivere politische Allianzen zu bilden, die zudem die gegenwärtige Spaltung der Gesellschaft überbrücken könnten. Denn letztlich ist es in Ägypten vor allem die erzwungene Polarisierung der politischen Öffentlichkeit in ein regimeloyales und ein regimefeindliches Lager, in ein pro- und ein antiislamistisches Lager sowie in ein nationalistisches und ein vorgeblich staatszersetzendes Lager, die die autoritäre Herrschaft und Repression und eine Marginalisierung von politischem Pluralismus befördert.

1| Für einen historischen Abriss zum Parteiensystems vgl. Deeb, Marius: Party politics in Egypt: The Wafd und its rivals 1919–1939, London 1979; Landau, Jacob: Parliaments and parties in Egypt, New York 2016 [1953]; Hopwood, Derek: Egypt: Politics and society 1945–1984, Boston u. a. 1985.

2| Harik, Iliya: The single party as a subordinate movement: The case of Egypt, in: World Politics, Cambridge, Band 26, Nr. 1, 1973, S. 85.

3| Beattie, Kirk J.: Egypt during the Nasser years. Ideology, politics, and civil society, Boulder/Oxford 1994.

4| Vgl. Sadat, Anwar: al-Ittihad al-qawmy, Kairo, ohne Jahr.

5| Vgl. Binder, Leonard: Political recruitment and participation in Egypt, in: LaPalombara, Joseph/Weiner, Myron (Hrsg.): Political parties and political development, Princeton 1966, S. 230.

6| *Zu den Umbildungen des politischen Systems im Zuge von Sadats Politik der Öffnung (Infitah) vgl. Waterbury, John: The Egypt of Nasser and Sadat. The political economy of two regimes, Princeton 1983.*

7| *Joffé, George: North Africa's Arab Spring, New York 2013, S. 53.*

8| *Arafat, Alaa al-Din: The Mubarak leadership and future of democracy in Egypt, Basingstoke 2009, S. 22 ff.*

9| *Für eine detaillierte Analyse vgl. Arafat 2009, a. a. O. (Anm. 8), S. 43 ff.; Menza, Mohamed Fahmy: Patronage politics in Egypt: The National Democratic Party and Muslim Brotherhood in Cairo, New York 2012.*

10| *Makram Ebaid, Mona: The role of the official opposition, in: Owen, Roger/Tripp, Charles: Egypt under Mubarak, Abingdon/New York 1989, S. 29. Zur herrschaftsstützenden Funktion der kontrollierten Liberalisierung des politischen Wettbewerbs unter Mubarak vgl. Albrecht, Holger: How can opposition support authoritarianism? Lessons from Egypt, in: Democratization, London, Band 13, Nr. 3, 2005, S. 378–397.*

11| *Vgl. Demmelhuber, Thomas/Roll, Stephan: Herrschaftssicherung in Ägypten. Zur Rolle von Reformen und Wirtschaftsoligarchen, Berlin 2007, S. 1–33, https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2007_S20_DemmelRoll_ks.pdf (letzter Abruf: 28.12.2016).*

12| *Vgl. Arafat 2009, a. a. O. (Anm. 8), S. 43 ff.*

13| *Carnegie Endowment for International Peace: Egypt elections. National Democratic Party, in: The Cairo Review of Global Affairs, New Cairo, 13.11.2011, https://www.thecairoreview.com/tahrir-forum/egypt-elections-national-democratic-party/ (letzter Abruf: 20.10.2016); zur Korruption während der Wahlen 2010 vgl. Teti, Andrea/Gervasio, Gennaro: Egypt's post-democratic elections: Political meaning beyond the menu of manipulation, https://www.opendemocracy.net/andrea-teti-gennaro-gervasio/egypts-post-democratic-elections-political-meaning-beyond-menu-of-manip (letzter Abruf: 28.12.2016).*

14| *Vgl. Menza 2012, a. a. O. (Anm. 9).*

15| *Zu Parteigründungen im islamistischen Lager vgl. auch Roll, Stephan: Islamistische Akteure in Ägypten: Pragmatismus als Leitmotiv nach dem Sturz Mubaraks, in: Faath, Sigrid (Hrsg.): Islamische Akteure in Nordafrika, Sankt Augustin/Berlin 2012, S. 30 ff., http://www.kas.de/wf/de/33.32394/ (letzter Abruf: 28.12.2016) sowie die aktualisierte und erweiterte Auflage Sankt Augustin/Berlin 2016, S. 37–74, http://www.kas.de/wf/de/33.47389/ (letzter Abruf: 28.12.2016).*

16| *Für eine Analyse der Entwicklung und Parteiwerdung der Muslimbruderschaft nach 2011 vgl. El-Shimy, Yasser: Egypt after the spring: The Muslim Brotherhood, in: The Adelphi Series, Washington DC/New York, Band 55, Nr. 453–454, 2016, S. 75–104; Al-Anani, Khalil: Upended path: The rise and fall of Egypt's Muslim Brotherhood, in: The Middle East Journal, Washington DC, Band 69, Nr. 4, 2015, S. 527–543; Ranko, Annette: The Muslim Brotherhood and its quest for hegemony in Egypt, Wiesbaden 2015.*

17| *Vgl. El Ashwal, Nagwan: Egyptian salafism between religious movement and Realpolitik. Adapting to the demands of the political game, Berlin 2013, S. 1–8, http://www.swp-berlin.org/en/publications/swp-comments-en/swp-aktuelle-details/article/egypt_salafism_between_religion_and_realpolitik.html (letzter Abruf: 25.10.2016).*

18| *Carbonari, Jacopo: Map of Egyptian political parties: First phase of parliamentary elections, 28.11.2011, http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/dmas/dv/dmas20120125_02_/dmas20120125_02_en.pdf (letzter Abruf: 28.12.2016).*

19| *Daily News Egypt, Kairo, 26.8.2016 (Liberal Egyptian Party secures*

100,000 members, http://www.dailynewsegypt.com/2011/08/26/liberal-egyptian-party-secures-100000-members/ (letzter Abruf: 28.12.2016).

20| Vgl. Clarke, Kilian: Saying 'Enough': Authoritarianism and Egypt's Kefaya Movement, in: Mobilization, Band 16, Nr. 4, 2011, S. 397–416, http://mobilizationjournal.org/doi/abs/10.17813/maiq.16.4.m728m673p7340l23?journalCode=maiq (letzter Abruf: 28.12.2016); Carnegie Moscow Center: National Association for Change, 22.9.2010, http://carnegie.ru/2010/09/22/national-association-for-change (letzter Abruf: 28.12.2016).

21| Mahmoud, Nervana: The new old Wafd, Atlantic Council, Washington DC, 27.5.2015, http://www.atlanticcouncil.org/blogs/menasource/the-new-old-wafd (letzter Abruf: 28.12.2016).

22| Teti, Andrea: Political parties and movements in post-revolutionary Egypt, ISPI Working Paper 42, Mailand: Istituto per gli Studi di Politica Internazionale, 2011, S. 11, http://www.ispionline.it/it/documents/WP42_2011ok.pdf (letzter Abruf: 28.12.2016).

23| Zu den Grabenkämpfen um den institutionellen „Fahrplan" nach den Umbrüchen 2011 vgl. Stilt, Kristen A.: The end of „One Hand": The Egyptian constitutional declaration and the rift between the „People" and the Supreme Council of the Armed Forces, in: Faculty Working Papers, Chicago, Nr. 208, 2012, http://scholarlycommons.law.northwestern.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1207undcontext=facultyworkingpapers (letzter Abruf: 28.12.2016).

24| Vgl. Dunne, Michele: Egypt: Elections or constitution first?, Carnegie Endowment for International Peace, Washington DC, 16.3.2011, http://carnegieendowment.org/2011/06/21/egypt-elections-or-constitution-first-pub-44744 (letzter Abruf: 28.12.2016).

25| Die Wafd Party und die Wasat Party waren außerhalb von Allianzen angetreten und erreichten lediglich 9,2 Prozent bzw. 3,7 Prozent der Stimmen.

26| Dieser Bestandteil des Urteils ist vor allem im Kontext der Kandidatur des letzten Premierministers unter Husni Mubarak und ehemaligen Luftwaffenkommandeurs Ahmed Shafik bei den Präsidentschaftswahlen zu sehen. Erst der Urteilsspruch legalisierte formal Shafiks Teilnahme.

27| Von den anderen, bekannteren Kandidaten hatte nur Hamdin Sabahi mit der nasseristischen Dignity Party eine Partei hinter sich, wurde aber aufgrund seiner eigenen Popularität ebenfalls als unabhängiger Kandidat wahrgenommen.

28| Pioppi, Daniela: Playing with fire. The Muslim Brotherhood and the Egyptian Leviathan, in: The International Spectator, Rom, Band 48, Nr. 4, 2013, S. 51–68, http://www.iai.it/sites/default/files/pioppi_2.pdf (letzter Abruf: 28.12.2016); Dunne, Michele: Egypt's transition roadmap: Main event or sideshow?, Atlantic Council, Washington DC, 5.11.2013, www.atlanticcouncil.org/blogs/menasource/egypt-s-transition-roadmap-main-event-or-sideshow (letzter Abruf: 28.12.2016).

29| Die Auflösung der Partei und die Beschlagnahmung ihrer Vermögenswerte wurde durch das zuständige Oberste Verwaltungsgericht mit der Nähe der Freedom and Justice Party zur Muslimbruderschaft begründet, der bereits seit einem Gerichtsbeschluss im September 2013 die Durchführung von politischen Aktivitäten im Land verboten war.

30| Lübben, Ivesa: Die ägyptische Muslimbruderschaft zwei Jahre nach der Amtsenthebung Präsident Mursis: Generationsumbrüche und Strategiedebatten, https://www.uni-marburg.de/cnms/politik/forschung/forschungsproj/islamismus/analysen/policy_paper/menadirekt08.pdf (letzter Abruf: 28.12.2016).

31| *Vgl. Ketchley, Neil: The Muslim Brothers take to the streets, in: Middle East Report, Washington DC, Nr. 269, 14.8.2013, S. 12–17, http://www.merip.org/mer/mer269/muslim-brothers-take-streets (letzter Abruf: 28.12.2016).*

32| *Auf, Yussef: Political islam's fate in Egypt lies in the hands of the courts, Atlantic Council, Washington DC, 25.11.2014, http://www.atlanticcouncil.org/blogs/menasource/political-islam-s-fate-in-egypt- lies-in-the-hands-of-the-courts (letzter Abruf: 28.12.2016).*

33| *Daily News Egypt, Kairo, 26.11.2014 (Key court cases outside court's jurisdiction), http://www.dailynewsegypt.com/2014/11/26/court-claims-jurisdiction-religiously-affiliated-parties/ (letzter Abruf: 28.12.2016).*

34| *Reichinnek, Heidi/Lübben, Ivesa: Die Strategie der Nour-Partei nach dem Militärputsch: Ziele, Vorgehen und Beweggründe (Stand: Juni 2014), Marburg, August 2015, https://www.uni-marburg.de/cnms/politik/forschung/forschungsproj/islamismus/analysen/policy_paper/menadirekt07.pdf (letzter Abruf: 28.12.2016).*

35| *Washington Post, 12.11.2015 (Olidort, Jacob: Why are salafi islamists contesting Egypt's election?), https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2015/11/12/why-are-salafi-islamists-contesting-egypts-election/ (letzter Abruf: 28.12.2016).*

36| *War das Kernthema des Wahlkampfes der Partei bis dato noch der Schutz der islamischen Identität Ägyptens gewesen, so zierte 2015 der Slogan „Klarheit und Ehrgeiz" die Wahlplakate der Partei. Vgl. Youssef, Abdelrahman: Despite concessions Nour Party loses out in parliamentary elections, Atlantic Council, Washington DC, 21.10.2015, http://www.atlanticcouncil.org/blogs/menasource/despite-concessions-nour-party-loses-out-in-parliamentary-elections (letzter Abruf: 28.12.2016).*

37| *Für einen detaillierten Bericht zum Ablauf des Massakers vgl. Human Rights Watch: All according to plan. The Rab'a massacre and mass killings of protesters in Egypt, Washington DC 2014, https://www.hrw.org/report/2014/08/12/all-according-plan/raba-massacre-and-mass-killings-protesters-egypt (letzter Abruf:28.12.2016).*

38| *Grimm, Jannis: Riding the tiger, in: Sada, Washington DC, 26.8.2013, http://carnegieendowment.org/sada/?fa=52761 (letzter Abruf: 28.12.2016).*

39| *The Economist, London, 10.10.15 (The sad state of Egypt's liberals), http://www.economist.com/news/middle-east-and-africa/21672255-who-left-fight-democracy-sad-state-egypts-liberals (letzter Abruf: 28.12.2016).*

40| *Mansour, Adly: Constitution of the Arab Republic of Egypt 2014, Kairo 2014, http://www.sis.gov.eg/Newvr/Dustor-en001.pdf (letzter Abruf: 28.12.2016).*

41| *Der Wortlaut der neuen ägyptischen Verfassung findet sich auf der offiziellen Seite der ägyptischen Regierung unter: http://www.egypt.gov.eg/arabic/laws/download/Constitution_2014.pdf (letzter Abruf: 28.12.2016); für eine englische Übersetzung vgl. Constituteproject.org: Egypt's Constitution of 2014, https://www.constituteproject.org/constitution/Egypt_2014.pdf (letzter Abruf: 28.12.2016).*

42| *Schoeller-Schletter, Anja: Die ägyptische Verfassung von Dezember 2012. Betrachtungen aus verfassungstheoretischer Perspektive, Kairo: Hanns-Seidel-Stiftung, 2013, S. 13, http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/Berichte/130121_Aegypten_SB.pdf (letzter Abruf: 28.12.2016).*

43| *Bereits die Ernennung des Premierministers und seines Kabinetts muss nun nach Artikel 139 von der Volksversammlung bestätigt werden (Artikel 139). Zudem hat die Volksversammlung zumindest formal das*

Recht, selbständig eine Regierung zu bilden, sollte sie der Nominierung des Premierministers durch den Präsidenten nicht zustimmen. In diesem Fall kann die stärkste Partei im Parlament, insofern diese über eine Mehrheit verfügt, nicht nur ein alternatives Kabinett einsetzen, sondern sogar dem Präsidenten das Vertrauen entziehen. In einer Mandatsmehrheit durch eine einzelne Partei können sich Abgeordnete in einer Mehrheitskoalition zusammenschließen und dieselben Rechte wahrnehmen. Auch amtierende Regierungen können auf dem Papier jederzeit durch ein Misstrauensvotum des Parlaments aufgelöst werden (Artikel 126). Vgl. Schoeller-Schletter 2013, a. a. O. (Anm. 42), S. 1–28.

44| Umgekehrt kann zwar auch das Parlament nach Artikel 161 dem Präsidenten das Vertrauen entziehen, allerdings sind die Hürden hier höher: So ist zunächst eine parlamentarische Zweidrittelmehrheit notwendig, anschließend entscheidet ebenfalls ein Referendum. Wird dieses nicht angenommen, folgt hierauf unmittelbar die Auflösung des Abgeordnetenhauses.

45| Der arabische Wortlaut des neuen Wahlgesetzes ist abrufbar unter: http://www.cc.gov.eg/Images/Legislations/G/2014/06/46-2014__05-06-2014.pdf (letzter Abruf: 28.12.2016); für eine detaillierte Analyse vgl. Dawoud, Khaled: Egypt's parliamentary elections law: A setback for democracy, Atlantic Council, Washington DC, 26.6.2014, http://www.atlanticcouncil.org/blogs/menasource/egypt-s-parliamentary-elections-law-a-setback-for-democracy (letzter Abruf: 28.12.2016).

46| Der arabische Wortlaut des Gesetzes ist auf der Webseite der Obersten Wahlkommission abrufbar unter: https://www.elections.eg/images/pdfs/laws/Constituencies2014-202.pdf (letzter Abruf: 28.12.2016).

47| Reuters, 2.8.2015 (Egypt President signs elections law – Official Gazette), http://uk.reuters.com/article/uk-egypt-election-idUKKCN0Q70SS20150802 (letzter Abruf: 28.12.2016).

48| Nach diesem Winner-Takes-All-Prinzip müssen Kandidaten oder Parteilisten jeweils mehr als 50 Prozent der Stimmen in einem Wahlkreis erhalten, um alle verfügbaren Sitze für diesen Wahlkreis zu gewinnen. Kommt keine absolute Mehrheit für eine Liste oder einen Kandidaten zustande, so kommt es zur Stichwahl.

49| Eine genaue Übersicht über die Verteilung der Quoten in den jeweiligen Wahlkreisen findet sich unter: Parliament Electoral Districts 2015, https://docs.google.com/spreadsheets/d/1wWdEg0LKxtgGCZcZtGUYVlT5x-PUygeoIXzhjpDg0uis/edit#gid=1587789788 (letzter Abruf: 28.12.2016).

50| Völkel, Jan C.: Why almost nobody participated in the Egyptian parliamentary elections, OpenDemocracy, 23.10.2015, https://www.opendemocracy.net/arab-awakening/jan-v-lkel/why-almost-nobody-participated-in-egyptian-parliamentary-elections (letzter Abruf: 28.12.2016).

51| Vgl. Washington Post, 13.10.2015 (Brown, Nathan, J.: Why Egypt's new parliament will be born broken), https://www.washingtonpost.com/blogs/monkey-cage/wp/2015/10/13/why-egypts-new-parliament-will-be-born-broken/ (letzter Abruf: 28.12.2016).

52| Mada Masr, Kairo, 1.3.2015 (Court rules election laws unconstitutional, parliament elections postponed), http://www.madamasr.com/news/court-rules-election-laws-unconstitutional-parliament-elections-postponed (letzter Abruf: 28.12.2016).

53| Daily News Egypt, Kairo, 13.1.2015 (Al-Sisi calls for '1 Political Coalition' in meeting with political party leaders, http://www.dailynewsegypt.com/2015/01/13/al-sisi-calls-1-political-coalition-meeting-political-party-leaders/ (letzter Abruf: 28.12.2016).

54| *Vgl. hierzu auch den Bericht des bekannten ägyptischen Investigativjournalisten Hossam Bahgat in: Mada Masr, Kairo, 14.3.2016 (Anatomy of an election), http://www.madamasr.com/en/2016/03/14/feature/politics/anatomy-of-an-election/ (letzter Abruf: 28.12.2016).*

55| *El Sirgany, Sarah: The 24 year old party leader who seeks to rule Egypt, Alantic Council, Washington DC, 19.1.2015, http://www.atlanticcouncil.org/blogs/menasource/the-24-year-old-party-leader-who-seeks-to-rule-egypt (letzter Abruf am 28.12.2016).*

56| *Für eine Kurzbiographie Yazals vgl. Eleiba, Ahmed: Obituary: Sameh Seif Al-Yazal — Political intelligence, in: Al Ahram Weekly, Kairo, 7.4.2016, http://weekly.ahram.org.eg/News/16025/17/Obituary-Sameh-Seif-Al-Yazal-%E2%80%94-Political-intelligence.aspx (letzter Abruf: 28.12.2016).*

57| *Vgl. hierzu auch das vielbeachtete „Zeugnis über das Parlament des Präsidenten", das auf der Onlineplattform JustPaste.it erschien und in dem minutiös Augenzeugenberichte von Treffen zwischen angehenden Parlamentariern und Geheimdienstlern im GIS Hauptquartier im Vorjahr der Wahl wiedergegeben werden. Das arabischsprachige Dokument ist abrufbar unter: https://justpaste.it/truth_2016 (letzter Abruf: 28.12.2016).*

58| *Für eine detaillierte und fortwährend aktualisierte Übersicht über die Ergebnisse der Parlamentswahlen und die Zusammensetzung des ägyptischen Parlaments vgl. The Tahrir Institute of Middle East Policy: Electoral maps, Kairo, https://timep.org/pem/electoral-map/electoral-maps/, sowie Elections Summary, http://timep.org/pem/elections-summary/elections-summary/ (letzter Abruf: 28.12.2016).*

59| *Atteya, Ahmed: Islamist party to boycott Egyptian parliamentary election, in: Al-Monitor, 16.10.2015, http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2015/10/egypt-parliament-elections-boycott-constitution-breaches.html (letzter Abruf am 28.12.2016).*

60| *Zu den prominentesten Beispielen zählen hierbei etwa Shahinaz el-Naggar, die Frau des umstrittenen Stahlmagnaten und ehemaligen Sekretärs der NDP Ahmad Ezz, oder der ehemalige Sozialminister unter Mubarak, Ali-Al-Mseilhi. Vgl. Aman, Ayah: Egyptians prepare for elections ... but do they really matter?, in: Al-Monitor, 15.10.2015, http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2015/10/egypt-parliament-elections-mubrarak-sisi-parties-candidates.html (letzter Abruf: 28.12.2016).*

61| *Vgl. den auf Arabisch vorliegenden „Einblick in die Zusammensetzung der neuen parlamentarischen Elite: Familien, Geschäftsleute und NDP-Abgeordnete" von Akram Alfi vom 29.12.2015 unter https://goo.gl/qZAK3W (letzter Abruf: 28.12.2016).*

62| *Insgesamt bestand mehr als die Hälfte aller 5.420 Kandidaten, die zur Wahl standen, aus ehemaligen NDP-Mitgliedern und ihren Angehörigen. Vgl. hierzu El-Ghazouly, Islam: New generations of old families in Ismailia, The Tahrir Institute of Middle East Policy, Kairo, 1.12.2015, http://timep.org/pem/exclusive-coverage/new-generations-of-old-families-in-ismailia/ (letzter Abruf: 28.12.2016).*

63| *Vgl. Alfi 2015, a. a. O. (Anm. 61); Saied, Mohamed: Is Egypt's former ruling party making a comeback?, in: Al-Monitor, 13.5.2015, http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2016/05/egypt-parliament-ndp-party-mubarak-return-committee.html (letzter Abruf: 28.12.2016); Said Aly, Abdel Monem/Essaila, Sobhy: Egypt's 2015 parliamentary elections: A prelude to stability?, Brandeis Middle East Policy Brief 98, Waltham 2016, http://www.brandeis.edu/crown/publications/meb/MEB98.pdf (letzter Abruf: 28.12.2016).*

64| *Vgl. u. a. Aswat Masriya, Kairo, 24.10.2015, (Nidaa Misr coalition withdraws from phase two of parliamentary race), http://en.aswatmasriya.com/news/details/5066 (letzter Abruf: 28.12.2016); Daily News Egypt, 19.10.2015 (El-Fekki, Amira: Political parties exchange accusations of bribing on first elections day), http://www.dailynewsegypt.com/2015/10/19/political-parties-exchange-accusations-of-bribing-on-first-elections-day/ (letzter Abruf: 28.12.2016).*

65| *Daily News Egypt, Kairo, 20.1.2015 (Mustafa, Mahmoud: 19 parties to sign joint list for parliamentary elections), http://www.dailynewsegypt.com/2015/01/20/19-parties-sign-joint-list-parliamentary-elections/ (letzter Abruf: 28.12.2016).*

66| *Vgl. Ahram Online, Kairo, 9.5.2016 ('Support Egypt' first coalition to receive recognition in parliament), http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/211447/Egypt/Politics-/Support-Egypt-first-coalition-to-receive-recogniti.aspx (letzter Abruf: 28.12.2016). Vgl. Halawa, Omar: Meet Egypt's new parliamentary majority bloc: In Support of Egypt, Atlantic Council, Washington DC, 11.1.2016, http://www.atlanticcouncil.org/blogs/menasource/meet-egypt-s-new-parliamentary-majority-bloc-in-support-of-egypt (letzter Abruf: 28.12.2016).*

67| *Der arabischen Wortlaut der aktuellen Koalitionssatzung ist abrufbar unter https://goo.gl/TjnQtS (letzter Abruf: 28.12.2016).*

68| *Reuters, 8.10.2015 (Noueihed, Lin: Former Egyptian general sees his bloc leading new parliament), http://in.reuters.com/article/egypt-election-elyazal-idINKCN0S20YA20151008 (letzter Abruf: 28.12.2016).*

69| *Bei dem Gesetz ging es letztlich um Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst. Eine Nachfolgeversion des Gesetzes wurde mittlerweile vom Parlament verabschiedet. Vgl. Ahram Online, Kairo, 4.10.2016 (Egypt's parliament approves controversial civil service law), http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/245204/Egypt/Politics-/Egypts-parliament-approves-controversial-civil-ser.aspx (letzter Abruf: 28.12.2016).*

70| *Vgl. Auf, Yussef: Is 'In Support of Egypt' the new NDP?, Atlantic Council, Washington DC, 8.3.2016, http://www.atlanticcouncil.org/blogs/menasource/is-in-support-of-egypt-the-new-ndp (letzter Abruf: 28.12.2016).*

71| *Vgl. Ahram Online, Kairo, 23.12.2015 (El-Gundy, Zeinab: Future of Homeland Party returns to pro-Sisi coalition in Egypt's new parliament), http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/164/177245/Egypt/Egypt-Elections/Future-of-Homeland-party-returns-to-proSisi-coalit.aspx (letzter Abruf: 28.12.2016).*

72| *Mada Masr, Kairo, 26.9.2016 (Mohamed Badran resigns as president of Nation's Future Party), http://www.madamasr.com/en/2016/09/26/news/u/mohamed-badran-resigns-as-president-of-nations-future-party/ (letzter Abruf: 28.12.2016).*

73| *Mada Masr, Kairo, 2.2.2016 (MP Mostafa Bakry resigns from Support Egypt Coalition), http://www.madamasr.com/en/2016/02/02/news/u/mp-mostafa-bakry-resigns-from-support-egypt-coalition/ (letzter Abruf: 28.12.2016).*

74| *Vgl. den arabischsprachigen Beitrag von Samer Medhat (Informationen über Major Saad al-Jamaal, den Nachfolger von al-Yazal in der Koalition „Support Egypt") unter https://goo.gl/M4DW5P (letzter Abruf: 28.12.2016).*

75| *Ahram Online, Kairo, 5.12.2015 (El-Din, Gamal Essam: High-profile businessmen MPs to play big role in Egypt's new parliament: Analysts), http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/164/172667/Egypt/Egypt-Elections-/Highprofile-businessmen-MPs-to-play-big-role-in-Eg.aspx (letzter Abruf: 28.12.2016).*

76| Muhamad Zaki al-Suwaidi ist Anteilseigner der Holdinggesellschaft El-Sewedy Electrical Solutions. Ein anderer Teil der weitverzweigten Suwaidi-Familie ist Eigentümer der weltweit agierenden, börsennotierten Holding Elsewedy Electric. Vgl. The Financial Times, London, 20.5.2013 (El Sewedy shows how Egyptian companies can beat the odds).

77| Vgl. Al-Monitor, 26.4.2016 (Mikhail, George: 100 days on, Egypt's parliament has seen few achievements, much controversy), http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2016/04/egypt-parliament-100-days-controversy-sisi-acheivement.html (letzter Abruf: 28.12.2016). Auch das zunächst umstrittene Gesetz zur Neuregelung der Bezüge im öffentlichen Dienst wurde nach geringfügigen Änderungen mit überwältigender Mehrheit angenommen. Vgl. Reuters, 4.10.2016 (Egyptian parliament approves civil service law after rare defiance of Sisi), http://www.reuters.com/article/us-egypt-politics-idUSKCN12423X (letzter Abruf: 28.12.2016).

78| Vgl. den arabischsprachigen Beitrag von Nour Rashwan in: Shorouknews, Kairo, 16.12.2015 (Sawiris: Die Koalition „Support Egypt" erinnert mich an die „Unterstützer der Schariah"), https://www.shorouknews.com/news/view.aspx?cdate=16122015&id=9dd5cb94-1a2b-481e-8b11-b0ace4d3da5a (letzter Abruf: 28.12.2016).

79| Ahram Online, Kairo, 8.3.2016 (El-Din, Gamal Essam: Egypt parliament approves new bylaws), http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/190468/Egypt/Politics-/Egypt-parliament-approves-new-bylaws.aspx (letzter Abruf: 28.12.2016).

80| Ahram Online, Kairo, 9.5.2016 ('Support Egypt' first coalition to receive recognition in parliament), http://english.ahram.org.eg/NewsContentP/1/211447/Egypt/Support-Egypt-first-coalition-to-receive-recogniti.aspx (letzter Abruf: 28.12.2016).

81| Der Name bezieht sich auf die Daten der beiden „Revolutionen" von 2011 und 2013 und soll unterstreichen, dass sich die Gruppe beiden Ereignissen verpflichtet fühlt und die Restauration des alten Regimes nach 2013 kritisch sieht.

82| Vgl. Ahram Online, Kairo, 29.8.2016 (El-Din, Gamal Essam: Egypt's 25–30 Bloc of MPs says won't apologise for anti-VAT press conference), http://english.ahram.org.eg/NewsContentP/1/241930/Egypt/Egypts--bloc-of-MPs-says-wont-apologise-for-antiVA.aspx (letzter Abruf: 28.12.2016).

83| Daily News Egypt, Kairo, 30.8.2016 (Al-Sadat resigns as head of parliament's human rights committee), http://www.dailynewsegypt.com/2016/08/30/541637/ (letzter Abruf: 28.12.2016).

84| Egypt Independent, Kairo, 11.1.2016 (Meet parliament's new speaker: Ali Abdelaal), http://www.egyptindependent.com/news/meet-parliament-s-new-speaker-ali-abdelaal (letzter Abruf: 28.12.2016).

85| Delegationsreisen von Parlamentariern in westliche Staaten konnten durch das Einschreiten von al-Al offenbar verhindert werden. Zudem ließ er parlamentarische Anfragen, wie etwa die von Sadat nach Offenlegung der Gehälter von Militärangehörigen, nicht zu und verweigerte kritischen Abgeordneten das Rederecht. Vgl. Al-Monitor, 11.8.2016 (Hassan, Khalid: Is discussing military budget taboo in Egypt?), http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2016/08/egypt-parliament-debate-military-budget-pension-increase.html (letzter Abruf: 28.12.2016); Al-Monitor, 8.9.2016 (Mikhail, George: Egyptian speaker accuses MPs of 'Terrorizing' parliament), http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2016/09/egypt-parliament-bloc-25-30-terrorize-opposition-vat-law.html (letzter Abruf: 28.12.2016).

86| Cox, Christopher J.: Egypt's loyal opposition, Washington DC, 29.6.2016, http://carnegieendowment.org/sada/63961 (letzter Abruf: 28.12.2016).

87| Amnesty International Media Briefing Index: Egypt: key human rights concerns ahead of presidential elections, London 2014, S. 1, https://www.amnesty.org/download/Documents/8000/mde120282014en.pdf (letzter Abruf: 28.12.2016).

88| Vgl. Al-Monitor, 21.2.2014 (Bassiouni, Mustafa: Aboul Fotouh justifies decision to boycott Egypt elections), http://www.al-monitor.com/pulse/politics/2014/02/abdel-moneim-aboul-fotouh-interview-boycott-egypt-elections.html (letzter Abruf: 28.12.2016). Vgl. auch Äußerungen über seinen Twitter-Account, wie etwa sein überschwängliches Lob Muhamad al-Baltagis, einer der wichtigsten Führer der Bruderschaft, der seit dem Militärputsch inhaftiert ist, am 10.8.2016 unter https://twitter.com/drabolfotoh?lang=de (letzter Abruf: 28.12.2016).

89| Die arabische Gründungserklärung der Kampagne ist abrufbar unter: http://www.masress.com/alshaab/325110 (letzter Abruf: 28.12.2016).

90| New York Times, 16.4.2016 (Fahim, Kareem: Egyptians denounce President Sisi in biggest rally in 2 years), http://www.nytimes.com/2016/04/16/world/middleeast/cairo-protesters-denounce-egyptian-president-sisi.
html (letzter Abruf: 28.12.2016).

91| The Wall Street Journal, New York, 21.6.2016 (Egyptian judge quashes President Sisi's Red Sea Island deal with Saudi Arabia), http://www.wsj.com/articles/egyptian-judge-quashes-president-sisis-red-sea-island-deal-with-saudi-arabia-1466520126 (letzter Abruf: 28.12.2016).

Politische Parteien in Algerien: Pluralismus in einem dominanten Präsidialsystem

Cherif Dris und Louisa Aït-Hamadouche
(Übersetzung aus dem Französischen von Gudrun Meddeb)

Zusammenfassung

Die politischen Parteien in Algerien unterliegen rechtlichen Regeln, die 1989 umfassend abgeändert und 2012 nochmals revidiert wurden. Die erste Änderung besiegelte den „Algerischen Frühling" und führte das Mehrparteiensystem ein, die zweite suchte nach Antworten auf den „Arabischen Frühling". Seither zeichnet sich die politische Landkarte durch ein sich weiter entwickelndes Mehrparteiensystem aus, dessen Pluralismus durch einen politischen Einheitsdiskurs und die Durchlässigkeit der ideologischen Grenzen geschwächt wird. Zudem gibt es eine steigende Anzahl von Parteien, die durch Abspaltung entstanden und Ausdruck ungelöster parteiinterner Krisen sind. Die Legislativ- und Kommunalwahlen von 2012 haben die politische Landschaft nicht erschüttert, ebenso wenig stellten sie die von den dominierenden Parteien etablierte Ordnung in Frage. Allerdings kam es im Vorfeld dieser Wahlen zur Bildung neuer politischer Gruppierungen, deren plötzliches Auftauchen nur durch ihre wohlwollende Position gegenüber dem Staatspräsidenten zu erklären ist. Mit Blick auf die Lage in der Region Nordafrika können der Verlauf und die Ergebnisse der Wahlen von 2012 als ein gelungener Test für die Staatsführung betrachtet werden. Die Staatsführung wird ihre Handlungsstrategie fortsetzen und weiterhin politische Allianzen bilden. Diese Allianzen werden nicht nur die Macht des Staatspräsidenten konsolidieren, sondern auch die politischen Parteien in einer Weise aneinander binden, die das Entstehen einer hegemonialen Partei – selbst wenn es sich dabei um die „Partei des Präsidenten" und derzeit stärkste Partei im Parlament, den Front de Libération Nationale (FLN; Nationale Befreiungsfront) handeln sollte – verhindert. Das Spiel mit den Allianzen ist weniger Ausdruck einer Übereinstimmung hinsichtlich des Staats- und Gesellschaftsmodells als vielmehr Überlegungen geschuldet, die der Unterstützung des Staatspräsidenten dienen. Bei der Auswahl der Verbündeten und Allianzen gewinnen indessen zwei Ele-

mente immer mehr an Bedeutung: Gelder, die oft aus Grauzonen stammen, und die Kommunikation mit der Öffentlichkeit als immer entscheidenderes Element der Politik. Zu den Parteien, die in den nächsten fünf Jahren die Politik beeinflussen werden, zählen sicherlich der nationalistisch-konservative FLN, während die Zukunft des Zusammenschlusses von Oppositionsparteien in der Nationalen Koordination für Freiheiten und demokratische Transition (CNLTD) oder anderer neu gegründeter Parteien unsicher ist. Künftig könnte sich eine breite Bevölkerungsteile umspannende Front als vorherrschendes Modell der parteipolitischen Organisation etablieren, falls die kritische Situation des Landes nicht die Gründung einer Elitenpartei erzwingt, deren Aufgabe darin bestünde, schmerzhafte Reformen durchzuführen.

1. Parteienpluralismus seit 1989 im Überblick

Die nach den landesweiten sozialen Protesten vom Oktober 1988 eingeleitete politische Öffnung markierte einen Wendepunkt in der algerischen Politik seit der Unabhängigkeit des Landes 1962. Zum ersten Mal nach fast drei Jahrzehnten Einheitsparteiherrschaft des FLN wurden politische Aktivitäten anderer Parteien erlaubt. Artikel 40 der neuen Verfassung vom 23. Februar 1989 bestätigte diese Öffnung, präzisierte dabei aber auch, dass sich die Erleichterungen mehr auf Vereine mit politischem Charakter als auf Parteien im eigentlichen Sinn bezogen. Das ist ein entscheidender Unterschied. Nichtsdestotrotz wurden nach der Verabschiedung der neuen Verfassung Dutzende politische Parteien gegründet. Andere Parteien erhielten nach Jahrzehnten der Illegalität erstmals einen legalen Status, so etwa die von Hocine Aït-Ahmed gegründete Partei Front des Forces Socialistes (FFS; Front sozialistischer Kräfte).

Das in Algerien mit der Verfassungsänderung von 1989 etablierte Mehrparteiensystem führte zu den ersten pluralistischen Kommunal- (1990) und Legislativwahlen (1991). Allerdings hatten die algerischen Wähler keinerlei Erfahrung mit Wahlen dieser Art. Der FLN, die dominierende Partei, erlebte zum ersten Mal eine schwere Wahlniederlage, während der neu gegründete islamistische Front Islamique du Salut (FIS; Islamische Heilsfront) bei den Kommunalwahlen im Juni 1990 einen erdrutschartigen Sieg errang. Dies ermöglichte es dem FIS, die Kontrolle über die Gemeinderäte (APC) und die regionalen Versammlungen der Wilayas (APW) zu über-

nehmen, die Verwaltung zu infiltrieren und parallel zum offiziellen System ein eigenes Regierungssystem einzuführen („islamische Gemeinde", „islamischer Markt", „islamische Polizei" usw.). Der politische Aufstieg der islamistischen Partei FIS wurde im Dezember 1991 durch ihren Sieg beim ersten Wahlgang der Legislativwahlen bestätigt. Die obersten politischen und militärischen Instanzen des Landes beschlossen daraufhin, die Wahlen abzubrechen. Der Rücktritt von Staatspräsident Chadli Bendjedid am 11. Januar 1992 war der Beginn einer politischen Krise; ein fünfköpfiger Hoher Staatsrat (Haut Comité d'État) übernahm die Staatsführung und ernannte am 14. Januar 1992 einen Staatsratspräsidenten, der bis zum Ablauf des regulären Mandats von Chadli Bendjedid dessen Funktion übernehmen sollte. Die Ermordung von Staatsratspräsident Mohamed Boudiaf am 29. Juni 1992 spitzte die politische Krise allerdings dramatisch zu.

Mit dem Abbruch der Wahlen Anfang Januar 1992 und dem sich daraus logisch ergebenden Verbot des FIS wurde eine neue politische Ordnung etabliert, in der sicherheitspolitische Aspekte dominierten. Die Erfordernisse der Terrorismusbekämpfung zwangen die damalige Staatsführung zur Einschränkung des politischen Handlungsspielraums; die Errungenschaften der Verfassung von 1989 insgesamt stellten sie damit jedoch nicht in Frage. Im Februar 1992 wurde der Ausnahmezustand verhängt; das Militär und die Sicherheitskräfte wurden mit Befugnissen ausgestattet, die jene der traditionellen Vermittlungsinstanzen überstiegen. Dies betraf den Conseil National de Transition (CNT; Nationaler Übergangsrat), der das aufgelöste Parlament ersetzen sollte, und das kollegiale neue Führungsorgan, den Hohen Staatsrat, das nach dem Rücktritt von Staatspräsident Bendjedid eingeführt worden war. Der Kampf gegen den Terrorismus wurde zur absoluten Priorität erklärt; demokratische Prozesse und demokratische Rechte sowie die Meinungsfreiheit wurden diesem Ziel untergeordnet. Anzumerken ist jedoch, dass die parteipolitischen Aktivitäten in den 1990er Jahren nicht vollständig ausgesetzt wurden, auch wenn der Einfluss der Parteien als Vermittlungsinstanzen zwischen politischer Macht und Bevölkerung bei den politischen, sicherheitsspezifischen und wirtschaftlichen Weichenstellungen nicht entscheidend war. Die Präsidentschaftswahlen 1995[1] und die Legislativwahlen 1997 erlaubten es den bestehenden legalen Parteien, erneut aktiv zu werden, wenn auch beschränkt durch die alles beherrschende Sicherheitsthematik.

Der Amtsantritt von Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika im Jahr 1999[2] verbesserte die Position der Parteien innerhalb des Institutionengefüges nicht. Im Gegenteil, die Präsidentschaft von Abdelaziz Bouteflika zeichnet sich durch eine politische Deliberalisierung[3] aus, die zu einer systematischen Schwächung der Legislative bei gleichzeitiger Stärkung der Macht des Präsidenten führte. Das markanteste Beispiel für diese Deliberalisierung ist die Unterstützung jener Parteienallianzen, die Präsident Bouteflikas Machtanspruch akzeptierten und seinen Wunsch, das Amt des Staatspräsidenten zu stärken, unterstützten.[4] Paradoxerweise erleichterten die Ereignisse des Jahres 2011, die in einigen nordafrikanischen Staaten zu politischen Umbrüchen führten, die Umsetzung dieser Vorhaben. Der Staatspräsident nutzte die „Reformen" von 2012, um seine Rivalen um Macht und Einfluss, insbesondere den Nachrichtendienst DRS (Département de Renseignement et de Sécurité), zu neutralisieren und die politischen Aktivitäten bestehender Parteien durch die Zulassung zahlreicher neuer Parteien zu schwächen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie groß der Handlungsspielraum der politischen Parteien in der seit 2012 etablierten politischen Ordnung tatsächlich ist. Zur Beantwortung dieser Frage analysiert die vorliegende Studie die politischen Parteien auf der Grundlage des geltenden Parteiengesetzes, ihrer ideologischen Ausrichtung, ihrer politischen Projekte, ihrer Mobilisierungsfähigkeit, ihrer Wahlergebnisse und der von ihnen geschlossenen Allianzen.

2. Rechtliche und politische Rahmenbedingungen

Die Verfassung von 1989 zeichnete sich dadurch aus, dass sie die Gründung von politischen Parteien gestattete. Zu Beginn der 1990er Jahre sprach man in Algerien sogar von „sechzig Parteien" (sitoune hizb), eine Anspielung auf die sechzig Teile des Koran. Seither schlugen sich verschiedene politische Entwicklungen im neuen Parteiengesetz nieder.

2.1. Die Definition der politischen Partei im Gesetz

Das algerische Gesetz zu den politischen Parteien vom Januar 2012 definiert eine politische Partei als „eine Gruppe von gleichgesinnten Staatsbürgern, die sich mit dem Ziel zusammenschließen, ein gemeinsames politisches Projekt umzusetzen, um auf demokra-

tischem und friedlichem Weg die Macht zu erlangen und die Verantwortung für die Leitung der öffentlichen Aufgaben zu übernehmen". Interessant ist im Gegensatz zu früheren Gesetzen, dass diese Definition ausdrücklich anerkennt, dass Parteien über ihre politischen Aktivitäten die Macht zu erlangen suchen. 1989, als das Mehrparteiensystem eingeführt wurde, sprach das Gesetz noch „verschämt" von „Vereinen mit politischem Charakter". Das Gesetz von 2012 nennt zudem ausdrücklich den demokratischen und friedlichen Charakter der parteipolitischen Aktivitäten, die eine Übernahme der öffentlichen Verantwortung ermöglichen: ein indirekter Verweis auf die in den 1990er Jahren von den Islamisten des FIS ausgeübte Gewalt.

Zur Gründung einer politischen Partei müssen, zumindest nach außen hin, drei Bedingungen erfüllt werden: Repräsentativität, Unbescholtenheit und ein Mindestalter der Gründungsmitglieder.[5] Allerdings stellt sich hier wie in vielen anderen, die individuellen und öffentlichen Freiheiten betreffenden Fällen das Problem, dass das Gesetz zum Teil unpräzise ist und diese Ungenauigkeiten jenen, die das Gesetz anzuwenden haben, einen gewissen Handlungsspielraum einräumen. So bestimmt das Gesetz, dass ein Gründungsmitglied, das vor Juli 1942 geboren wurde, mit „seinem Verhalten nicht gegen die Prinzipien und Ideale der Revolution vom 1. November 1954" verstoßen haben darf. Gehen wir von dem eher unwahrscheinlichen Fall aus, dass ein über 70-jähriger Bürger eine Partei gründen möchte, so wird die genaue Art seines damaligen Verhaltens schwer festzustellen sein. Das Gesetz verlangt auch, dass die Gründungsmitglieder einen „repräsentativen Anteil an Frauen" zu umfassen haben, ohne dass dieser Anteil und vor allem die Stellung der Frauen in den Entscheidungsgremien genau definiert wird.

Die Aktivitäten einer anerkannten politischen Partei werden auf verschiedene Art und Weise reglementiert. Die Verfassung garantiert zwar das Recht auf Versammlungsfreiheit, dennoch ist die Anwendung dieses Rechts keineswegs selbstverständlich. So kann eine politische Partei ohne offizielle Genehmigung keine öffentlichen Versammlungen in geschlossenen Räumen abhalten. Auch wenn der Gesetzgeber das entsprechende Dokument als „Erklärung"[6] bezeichnet, so handelt es sich in Wirklichkeit um eine Genehmigung, da mit diesem Dokument nicht nur über eine Versammlung „informiert" wird, sondern tatsächlich um eine Genehmigung

ersucht wird; ohne diese Genehmigung kann keine Versammlung abgehalten werden. Diese als „Bestätigung" bezeichnete Genehmigung muss vom Gouverneur (Wali) der Wilaya (Provinz) persönlich unterzeichnet werden. Nach welchen Kriterien eine Genehmigung erteilt oder verweigert wird, ist schwer zu sagen. Zumindest eine Teilantwort liefert das folgende Beispiel: Die Verwaltungsbehörde der Wilaya von Algier erteilte dem Oppositionsbündnis CNLTD (Coordination Nationale pour les Libertés et la Transition Démocratique; Nationale Koordination für Freiheiten und demokratische Transition) die Genehmigung zur Organisation einer öffentlichen Veranstaltung über die Erdölkrise, verweigerte ihm diese jedoch für Veranstaltungen zum Thema Korruption und Schiefergas in Algerien. Jeder weitere Kommentar ist überflüssig.

Bei öffentlichen Veranstaltungen auf der Straße verzichtet das Gesetz gänzlich auf beschönigende Worte und fordert explizit eine Genehmigung,[7] die acht Tage vor der geplanten Veranstaltung beantragt werden muss. Im Gegensatz zu den öffentlichen Versammlungen in geschlossenen Räumen muss der Wali mindestens fünf Tage vor dem Datum der geplanten Veranstaltung eine positive oder negative Antwort erteilen. Trotz der Aufhebung des Ausnahmezustands im Februar 2011 wurde seither kein einziger Antrag der Oppositionsparteien für eine öffentliche Veranstaltung unter freiem Himmel genehmigt. Um der Ablehnung durch die Behörden zu entgehen, finden Versammlungen am Sitz der jeweiligen Partei statt.

2.2. Das Gesetz von 2012: Ein grundlegender Fortschritt oder eine geschickt kalkulierte Umformulierung?

Mit Ausnahme von circa zehn Parteien sind die meisten der im Anschluss an die Verfassung von 1989 gegründeten Parteien heute wieder verschwunden. Viele überlebten nicht wegen mangelnder Finanzierung, vor allem aber, weil es ihnen vor dem Hintergrund einer politischen Ordnung, die regimenahe Parteien begünstigt, nicht gelang, sich durchzusetzen. Die nachlassende Tendenz zur Gründung von politischen Parteien verstärkte sich nach der Wahl von Abdelaziz Bouteflika im Jahr 1999 zum Staatspräsidenten. Die Genehmigungen zur Gründung neuer Parteien wurden ausgesetzt. Erst 2011 kündigte Präsident Bouteflika Reformen an und stimmte einer Öffnung der Parteienlandschaft zu.

Um die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen für politische Parteien im heutigen Algerien besser verstehen und beurteilen zu können, bedarf es des Vergleichs mit den vor 2012 bestehenden Bedingungen. Unter den rechtlichen Einschränkungen legt Artikel 40 der Verfassung von 1989 klar fest, dass das Recht zur Gründung eines Vereins mit politischem Charakter „nicht dazu verwendet werden darf, um gegen die Grundfreiheiten, die nationale Einheit, die territoriale Integrität, die Unabhängigkeit des Landes und die Souveränität des Volkes" zu verstoßen. Das Gesetz verbietet zudem „sektiererische oder regionalistische Praktiken, Feudalismus und Vetternwirtschaft" sowie „jedes Verhalten, das der islamischen Moral und den Werten der Revolution vom 1. November 1954"[8] widerspricht. Diese Bestimmungen wurden durch das neue Parteiengesetz von 2012 nicht geändert. Bezüglich der zu verwendenden Sprache nennt das Gesetz von 1989 das Arabische als einzige offizielle Sprache Algeriens. Im Mai 2002 war allerdings Tamazight, das Berberische, erstmals als „nationale Sprache" anerkannt worden; das Parteiengesetz von 2012 geht darauf nicht ein. Bezüglich der Finanzierung der politischen Parteien gilt weiterhin, dass Spenden und materielle Unterstützung aus dem Ausland strengstens untersagt sind.

Belegen diese Beispiele, dass sich seit 2012 nichts geändert hat? Diese Frage mit Nein zu beantworten wäre zu einfach und widerspräche der Realität. Tatsächlich nahm die Zahl der politischen Parteien nach der Verabschiedung des neuen Gesetzes um 50 Prozent zu. Die Liste der nach 2012 zugelassenen Parteien ist in Anhang 1 (Länderrubrik Algerien, Tabelle 2) abgedruckt.

Bleibt die Frage, welcher Zusammenhang zwischen dem neuen Gesetz und der rasch zunehmenden Zahl an politischen Parteien besteht. Wurden die Verfahren vereinfacht, die Bedingungen erleichtert und die Behandlung der Anträge beschleunigt? Die neu genehmigten Parteien beantworten diese Frage selbst mit Ja, während die Führer jener Parteien, die noch auf eine Antwort der Behörden warten, dem widersprechen. Zu den 36 Parteien, die einen Antrag stellten und Ende 2016 noch auf ihre Genehmigung warteten, gehören u. a. folgende Parteien: die Union Démocratique et Sociale (UDS; Demokratische und soziale Union) von Karim Tabbou, der Front National pour l'Authenticité et le Renouveau (FNAR; Nationale Front für Authentizität und Erneuerung)

von Sadek Temmache, Nida El Watan (Ruf des Vaterlandes) von Ali Bounouari, Ansar El Djazair (Söhne Algeriens) von Said Morsi und der Parti de l'Algérie pour la Justice et la Construction (PAJC; Algerische Partei für Gerechtigkeit und Aufbau) von Abderrahmane Henanou. Diese Parteien klagen über die Behörden, die keine Termine vergeben, um den Antrag zur Gründung einer Partei stellen zu können, die die Abhaltung des Gründungsparteitags nicht genehmigen oder den Gründungsparteitag nicht anerkennen. In jedem Fall ist es das Fehlen einer schriftlichen Ablehnung – die laut Gesetz mit Argumenten gerechtfertigt werden müsste – bzw. das Nichtbeantworten der Anträge, die formal legale Aktivitäten dieser Parteien verhindern. Einige Parteien beschlossen deshalb, ein Kollektiv von 50 Rechtsanwälten mit der Verteidigung ihrer Interessen und der Durchsetzung ihrer Angelegenheiten zu betrauen.[9]

Tatsache ist, dass es trotz aller Hindernisse in Algerien mehrere Dutzend genehmigter Parteien gibt. Aber genügt dieser Umstand, um von Pluralismus zu sprechen?

3. Wenn ein Mehrparteiensystem nicht zum Pluralismus führt

Eine Vielzahl von parteipolitischen Akteuren ist nicht gleichbedeutend mit einer grundlegenden Veränderung der Parteienlandschaft und inhaltlich-programmatischer Vielfalt. Letztlich stärken die Parteineugründungen nach Spaltungen bestehender Parteien zwar das Mehrparteiensystem, der einheitliche Diskurs dieser Parteien verhindert aber einen echten Parteienpluralismus in Algerien.

3.1. Der Einheitsdiskurs begrenzt den Pluralismus

Der fast sakrosankte Verweis der Parteien auf die „Werte der Revolution des 1. November 1954", die als „festverankerte und nationale Werte" bezeichnet werden, bestimmt den Inhalt der parteipolitischen Kommunikation. Wenn sich die gesamte politische Klasse auf das gleiche ideologische Fundament stützt, ist es berechtigt zu fragen, ob tatsächlich ein echter, auf den Prinzipien des Meinungsaustauschs und der Weiterentwicklung von Ideen und Konzepten aufbauender Pluralismus existiert. Wenn sich alle politischen Parteien auf eine einzige historische Epoche als Quelle ihrer politischen Identität und wesentliches Element ihres zukünftigen Programms berufen, handelt es sich dann noch um echten Pluralismus oder nur um

Vielfalt in der Einheit? Wenn alle politischen Parteien nationalistisch sind, die nationale Souveränität verteidigen und mit historischem und revolutionärem Gedankengut überfrachtet sind, wie kann sie der Normalbürger dann noch unterscheiden?

Wenn die historischen Umstände und Ereignisse, die zur Gründung des algerischen Staates geführt haben, in den parteipolitischen Diskursen an oberster Stelle stehen, können sie sich dann noch kalkulierter parteipolitischer Instrumentalisierung entziehen? Dies ist umso schwerer, wenn die Regierungsverantwortlichen und ihre parteipolitischen Verbündeten die Legislativwahlen vom 10. Mai 2012 mit dem Ausbruch des Befreiungskrieges am 1. November 1954 vergleichen und das mit dem alleinigen Ziel, die politisch unmotivierten Wahlberechtigten zur Teilnahme an der Wahl zu mobilisieren.[10]

Das zweite Element, das den Inhalt der Kommunikation politischer Parteien bestimmt, ist die Omnipräsenz der Sicherheitsfrage. Ob Oppositionspartei oder regimenahe Partei, alle politischen Parteien haben die sicherheitspolitische Dimension in ihrer Kommunikation verinnerlicht. Der Terrorismus und alle damit direkt oder indirekt verbundenen Entwicklungen und Faktoren können zweifelsfrei die ständige Präsenz der Sicherheitsthematik in den Reden der politischen Parteien erklären. Die Sicherheitsthematik vermischt Angst in Bezug auf die Vergangenheit, die Gegenwart und selbst die Zukunft, Argwohn gegenüber dem inneren und äußeren Feind, eine fast reflexartige Abwehrhaltung und die ostentative Unterstützung des Militärs; die Nationale Volksarmee (ANP) gilt als Ausdruck des Nationalismus[11] im Sinne von Patriotismus.

Die Art, wie der Terrorismus den politischen Diskurs prägt, verdient hierbei eine genauere Analyse, da sie die politischen Grenzen aufzulösen scheint und bestimmte Werte ihrer ursprünglichen Bedeutung enthebt. Die politischen Grenzlinien zwischen Anhängern des Regimes und Oppositionellen verblassen, sobald von den Gefahren der Eskalation, der Destabilisierung und des Chaos, die Algerien bedrohen, die Rede ist. So behauptet der Oppositionspolitiker Said Saadi von der Partei Rassemblement pour la Culture et la Démocratie (RCD; Sammlungsbewegung für Kultur und Demokratie), dass „mit einem schwachen Staatschef, einem sich auflösenden Geheimdienst [DRS] und angesichts der schwierigen Finanzlage die Men-

schen auf die Straße gehen werden und sich damit die ‚Daechisierung' wie ein Lauffeuer in den Köpfen der Jugend ausbreiten wird".[12] Vor der gegenwärtigen „Daech-Manie" (Hinwendung zur terroristischen Organisation „Islamischer Staat") war es der „Arabische Frühling", der die Reden der politischen Parteien prägte und herangezogen wurde, um das Schreckgespenst von Destabilisierung, Chaos und Krieg an die Wand zu malen.

Für jene Parteien, die der Staatsführung nahestehen, muss die teuer erkaufte politische Stabilität um jeden Preis erhalten werden, auch deshalb, weil der „Arabische Frühling" ihrer Meinung nach ein riesiges (westliches) Komplott ist, das nur dazu dient, die arabische Welt und vor allem jene Staaten, die sich den Interessen des Westens und Israels nicht unterordnen, zum Einsturz zu bringen.[13]

Für die Oppositionsparteien ist es der politische Status quo, der die eigentliche Gefahr darstellt. Allerdings darf auch nach ihrer Meinung die politische Veränderung nicht durch Protestbewegungen auf der Straße erfolgen, da dies Algerien erneut in ein Chaos vergleichbar jenem der 1990er Jahre stürzen würde. Letztlich bedienen sich sowohl die Oppositionellen als auch die Regimeanhänger eines sicherheitspolitischen Diskurses, der die Staatsführung als Garant der Sicherheit in ihrer Position bestärkt.

3.2. Die Behinderung des Pluralismus durch die aus den Spaltungsprozessen hervorgegangenen Parteien

Die zugelassenen Parteien sind nicht aus dem Nichts entstanden, sondern oftmals Ableger von Parteien, die durch parteiinterne Krisen stark zerrüttet wurden. Teile dieser krisengeschüttelten Parteien versuchten, durch eine Parteineugründung die Partei und die ursprünglichen Parteiziele wieder zu beleben.

Eine Bestandsaufnahme

Die Parteien Front El Moustakbal (FM; Front der Zukunft) und Front Algérien Nouveau (FAN; Front des neuen Algerien) wurden von ehemaligen Mitgliedern des FLN gegründet. Die zahlreichen Krisen innerhalb des FLN veranlassten viele Parteimitglieder zum Austritt. Der Präsident des FM, Abdelaziz Belaid, war von 1997 bis 2002 und erneut von 2002 bis 2007 Abgeordneter des FLN in der ers-

ten Kammer des Parlaments. Politisch sozialisiert wurde er in den Satellitenorganisationen des FLN, der Union Nationale des Étudiants Algériens (UNEA; Nationale Union der algerischen Studenten), deren Vorsitzender er viele Jahre hindurch war, und der Union Nationale de la Jeunesse Algérienne (UNJA; Nationale Union der algerischen Jugend).

Der Parti El Fedjr El Djadid (PFD; Partei der neuen Morgenröte) von Tahar Benbaibech und die Union des Forces Démocratiques et Sociales (UFDS; Union der demokratischen und sozialen Kräfte) von Noureddine Bahbouh sind ihrerseits Ausdruck der Krise in einer anderen Regierungspartei, dem Rassemblement National Démocratique (RND; Nationale demokratische Sammlungsbewegung), der selbst wiederum eine Abspaltung des FLN aus dem Jahr 1997 ist. Die Parteichefs des PFD und der UFDS waren führende Parteimitglieder des RND; Benbaibech war sogar Generalsekretär des RND gewesen.

Der Mouvement Populaire Algérien (MPA; Algerische Volksbewegung) wird geleitet von Amara Benyounes, der über viele Jahre Parteimitglied des RCD war, bevor er aus der Partei austrat, um seine Differenzen mit der Parteiführung über den Umgang mit der politischen und sozialen Krise in der Kabylei 2001 zum Ausdruck zu bringen und seine Unterstützung für die Kandidatur von Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika für eine zweite, dritte und vierte Amtsperiode öffentlich bekannt zu geben. Auf der Suche nach einem Platz innerhalb des politischen Spektrums nahm der MPA an den Legislativwahlen vom Mai 2012 teil und errang sieben Sitze; Amara Benyounes hatte mit Unterbrechungen seit 1999 mehrere Ministerposten inne; zuletzt war er von April 2014 bis Juli 2015 Handelsminister.

Anzumerken ist, dass es auch bei den islamistisch ausgerichteten Parteien zu Parteigründungen nach Abspaltungen kam und dieser Prozess in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Die große Anzahl islamistischer Parteien (Anhang 1, Länderrubrik Algerien, Tabelle 3) zeigt das Ausmaß der Krise, die die islamistische Bewegung in Algerien seit ihrer politischen Institutionalisierung durchlebt. So sind die Parteien Rassemblement de l'Éspoir de l'Algérie (Sammlungsbewegung Hoffnung für Algerien; kurz: TAJ, abgeleitet von ihrem arabischen Namen), Front du Changement (FC; Front des Wandels) und Mouvement pour l'Édification Nationale (MEN; Bewegung für nationalen Aufbau), um nur diese drei zu nen-

nen, das Ergebnis von mehreren Abspaltungen innerhalb des MSP. Amar Ghoul, Abdelmadjid Menasra und Ahmed Belmahdi standen dem 2003 verstorbenen, ehemaligen MSP-Gründer Mahfoud Nahnah sehr nah und waren quasi dessen „Schüler". Ihrem Parteiaustritt liegen nicht nur Differenzen wegen der strittigen Frage einer Regierungsbeteiligung oder einer Aufkündigung der Unterstützung der Pro-Bouteflika-Allianz zugrunde. Ursächlich ist vielmehr der Tod Mahfoud Nahnahs im Juni 2003, der die bereits seit längerem schwelende Krise innerhalb der Partei um die Parteiführung aufflammen ließ. Der innerparteiliche (Nachfolge-)Konflikt war nicht zu lösen und mündete letztendlich zu Parteiaustritten. Andere islamistische Parteien wie der Front de l'Algérie Nouvelle (FAN; Front des neuen Algerien) von Djamel Ben Abdeslem und der Front pour la Justice et le Développement (FJD; Front für Gerechtigkeit und Entwicklung) von Abdallah Djaballah entstanden ebenfalls nach Krisen und Reorganisationsbemühungen, denen Ansprüche einzelner Parteikader auf die Parteiführung zugrunde lagen.

Versuch einer Erklärung

Im Allgemeinen geht es bei den parteiinternen Differenzen um die strategischen oder taktischen Weichenstellungen der Partei. Zudem spielt auch das Verhältnis zur Staatsführung eine Rolle; es geht also oftmals um die Frage, ob die Partei eine auf Kooperation oder auf Konfrontation basierende Beziehung zur Staatsführung pflegen soll. Der MSP erlebte eine wahre Austrittswelle, als seine Parteiführung 2012 beschloss, aus der Präsidentenallianz auszutreten und in die Opposition zu wechseln. Zu Beginn der 2000er Jahre hatte den RCD aus eben diesem Grund ein ähnliches Schicksal ereilt. Zwischen 1996 und 1997 wiederum verließen viele Mitglieder die Reihen des FLN, damals in der Opposition, zugunsten des neu gegründeten RND, der die gleichen Ziele wie der FLN verfolgte, aber die Staatsführung unterstützte.

2015 erlebte die Arbeiterpartei PT eine schwere interne Krise, ausgelöst durch den PT-Abgeordneten Salim Labatcha, der nicht mit der Politik der Parteiführung um Louisa Hanoune einverstanden war. Die Parteispitze um Louisa Hanoune beschloss, die „Verräter" aus der Partei auszuschließen; sie warf ihnen vor, die Partei nur dazu nutzen zu wollen, „ihre persönlichen Ambitionen zu verwirklichen".[14] Offensichtlich lag dem pateiinternen Konflikt die von der PT-Füh-

rung geäußerte Kritik an bestimmten Entscheidungen der Staatsführung zugrunde.[15]

Diese Beispiele zeigen, welchen maßgeblichen Einfluss die Positionierung einer Partei im Sinne von Kooperation mit oder Opposition gegen die Staatsführung auf ihren inneren Zusammenhalt hat.

Die Frage des Wechsels an der Spitze der politischen Parteien ist eine entscheidende Frage, wenn nicht sogar ein Tabu, in dem Sinne, dass die Parteispitze paradoxerweise gerade auch in den Parteien, die sich als demokratisch definieren, nicht regelmäßig neu gewählt wird: Louisa Hanoune bewahrte sich ihre Vormachtstellung innerhalb des PT seit dessen Gründung und Said Saadi stand dem RCD 22 Jahre lang vor, während Hocine Aït-Ahmed die Führung des FFS seit 1963 innehatte, bis ihn eine Krankheit ein halbes Jahrhundert später zum Rückzug aus der Politik zwang. Am linken Ende des politischen Spektrums war es schließlich Salhi Chawki, der im März 2012, nach mehr als zwei Jahrzehnten an der Spitze des Parti Socialiste des Travailleurs (PTS; Sozialistische Arbeiterpartei), seinen Austritt aus der Partei erklärte. Er berief sich dabei auf „organisatorische Unstimmigkeiten und Konfrontationen zwischen verschiedenen Fraktionen“[16] innerhalb der Partei.

Bei den Islamisten sind Kämpfe um die Führung ebenfalls häufig. Amar Ghoul, Abdelmadjid Menasra und Ahmed Belmahdi gründeten ihre jeweils eigene Partei, obwohl sie langjährige MSP-Führungskader waren. Ihr Austritt hatte seine Ursache auch in der seit dem Tod von Mahfoud Nahnah im Juni 2003 schwelenden Nachfolgekrise. Der Werdegang von Abdallah Djaballah ist ebenso symptomatisch. Dieser langjährige islamistische Oppositionelle war einer der Gründer der Vereinigung Ennahda (Erneuerung), einer soziokulturellen Hilfsorganisation, die sich sofort nach der Einführung des Mehrparteiensystems 1989 in eine politische Partei, den Mouvement de la Renaissance Islamique (Bewegung der islamischen Erneuerung), umwandelte. Grundlegende interne Differenzen hinsichtlich der Unterstützung der Präsidentschaftskandidatur von Abdelaziz Bouteflika führten 1998 zum Parteiausschluss von Abdallah Djaballah durch den von Lahbib Adami angeführten Parteiflügel, der die Kandidatur Bouteflikas für das Amt des Staatspräsidenten unterstützte und sich zur Regierungsbeteiligung bereit erklärte. Abdallah Djaballah gab sich indes nicht geschlagen; er stützte sich auf sein

hohes gesellschaftliches Ansehen vornehmlich im Osten Algeriens[17] und gründete nach seinem Parteiausschluss die Partei Mouvement de la Réforme Nationale (MRN, kurz auch: El Islah; Bewegung der nationalen Reform). Auch aus dieser Partei wurde er 2007 ausgeschlossen.[18] 2012 gründete Djaballah eine weitere Partei, den Front de la Justice et du Développement (Front für Gerechtigkeit und Entwicklung; kurz auch: Adala).

Der Kampf um die Parteiführung ist oft eine sehr persönliche Angelegenheit zwischen Personen, die politische Ambitionen haben. Das trifft für den RCD und den FFS zu, deren historischer Bruch (Spaltung 1989) unter anderem durch die persönlichen Animositäten zwischen zwei starken Führungspersönlichkeiten, Hocine Aït-Ahmed und Said Saadi,[19] ausgelöst wurde. Said Saadi war zwischen 1978 und 1982 Parteimitglied des FFS und aktiv an der als „Frühling der Berber" bezeichneten Proteste vom April 1980 beteiligt. Wie groß die Distanz zwischen den beiden Führungspersönlichkeiten war, lässt sich daran ermessen, dass beide Kompromisse mit ihren jeweiligen politischen Gegnern eingegangen sind,[20] aber nie bereit waren, derartige Kompromisse miteinander einzugehen. Die Widersprüche und Inkohärenzen zwischen diesen beiden Parteien sind ausgeprägt; der FFS verlangte z. B. 2009 als Vorbedingung für eine etwaige Kooperation mit dem RCD, dass die RCD-Abgeordneten im Parlament ihr Mandat zurückgeben. Nach Meinung der FFS-Führung war bereits die Teilnahme an den Wahlen ein Zugeständnis an das Regime. 2012 boykottierte der RCD die Legislativwahlen, während der FFS daran teilnahm. Zwischen den beiden Führungspersönlichkeiten Hocine Aït-Ahmed und Said Saadi gab es niemals auch nur die kleinste symbolische Geste der Annäherung. Ob es sich bei dieser Gegnerschaft letzten Endes um eine persönliche Rivalität zwischen Kabylen oder um die rivalisierenden Ansprüche zweier Parteien um die Führung handelte, ist nicht exakt zu bestimmen; das Ergebnis bleibt sich jedoch gleich. Die destruktive Rivalität hatte ihren politischen Preis: den Verlust von Wählern in den kabylisch sprechenden Regionen und die Schwächung beider politischen Parteien.

Die Parteispaltungen und nachfolgenden Parteineugründungen führten zu einer zunehmenden Zahl politischer Parteien, die kaum voneinander zu unterscheiden sind und sich doch oder gerade deswegen massiv bekämpfen. Das Parteiengesetz und die parteiintern

generierten Krisen und Konflikte sind allerdings nicht die einzigen Ursachen für den schwach ausgeprägten parteipolitischen Pluralismus in Algerien.

4. Ideologische Ausrichtungen und politische Programme mit unscharfen Konturen

Eine detaillierte Kategorisierung der einzelnen algerischen Parteien nach ihrer ideologischen Ausrichtung würde den Rahmen dieses Beitrags überschreiten. Im Folgenden sollen deshalb nur die politischen „Familien" oder „Lager" dargestellt werden, zu denen die einzelnen Parteien zu rechnen sind und aus denen sich ihre politischen und gesellschaftlichen Programme ableiten lassen.

4.1. Die ideologischen Strömungen

In seiner Studie über die politischen Parteien in Algerien teilte der algerische Soziologe Lahouari Addi[21] die Parteien in drei Kategorien ein: die Regierungsparteien, die islamistischen Parteien und jene, die sich in ihrem Diskurs auf den Säkularismus beziehen. In die erste Kategorie fallen der FLN und der RND. Die zweite Kategorie umfasst u. a. den MSP, MRI (Ennahda) und den MRN (El Islah). Zur dritten Kategorie zählen RCD, FFS, MPA, PST und PT.

Die Parteien der ersten Kategorie wie FLN und RND berufen sich auf den Nationalismus, dessen feste Bezugspunkte die Erklärung vom 1. November 1954 und der algerische Befreiungskrieg sind. Sie sind jedoch längst nicht die einzigen Parteien, die dieser Strömung angehören. Dieses Lager umfasst eine Vielzahl von Parteien, die sich auf den Nationalismus berufen und aus dem Erbe der „Novembristen"[22] das Bezugssystem ihrer politischen Aktion ableiten. Sie sind in der Mehrheit und ihre Zahl hat seit 2012 weiter zugenommen, wie die Tabellen 1 und 2 in Anhang 1 (Länderrubrik Algerien) verdeutlichen. Der gemeinsame Nenner dieser Parteien ist die politische Sozialisierung ihrer Parteispitzen in der Schule des FLN. Sie haben die nationalistischen Konzepte wie die Respektierung der nationalen Souveränität, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, die Referenz auf den nationalen Befreiungskrieg und auf die algerische Armee als Beschützerin der Nation sowie den engen Bezug zu den Grundlagen der algerischen Identität (Islam, Arabertum und Amazigh-Kultur[23]) verinnerlicht.

Das islamistische Lager bezieht sich hingegen auf den Islam als Rechtsquelle und gesellschaftliches Projekt. Zu diesem Lager gehören u. a. der MSP, FAN (Front de l'Algérie Nouvelle; Front des neuen Algerien), FC, FJD (Adala), TAJ. Mit Ausnahme des FIS, der sich 1992 für einen Gewaltkurs entschied, und deshalb verboten wurde, vollzogen alle islamistischen Parteien eine langsame Wende in Richtung Nationalismus. Der an der Regierung beteiligte TAJ übernahm sogar einige Positionen des FLN und des RND, wie etwa die Wahrung der nationalen Einheit und der nationalen Souveränität, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und die Unterstützung der Armee als Bollwerk gegen äußere und innere Gefahren. Der Parteivorsitzende von TAJ übersteigert sein Bekenntnis zum Nationalismus sogar noch weiter, indem er erklärt: „Algerien muss sich neuen Herausforderungen stellen, zu denen auch der Kampf gegen jene zerstörerischen Ideen zählt, die mehr die territoriale Einheit des Landes als die Wirtschaft im Visier haben."[24] Diese Verschiebung des politischen Diskurses ist ein typisches Zeichen für die veränderte Haltung dieser islamistischen, als „pragmatisch" zu bezeichnenden Bewegung. In der Vergangenheit, insbesondere zur Zeit, als er Mitglied der Regierung war (2004 bis 2012), hatte auch der MSP eine gehörige Dosis Nationalismus in seinen Diskurs einfließen lassen, wobei er oft energisch die Entscheidungen der Staatsführung verteidigte.

Das durch die traditionellen parteipolitischen Akteure wie RCD, FFS und PT vertretene säkulare, demokratische Lager erhielt gleichfalls Zuwachs u. a. durch den Parti Jil Jadid (Partei Neue Generation), den MPA, Parti Algérien pour la Libérté et la Démocratie (PALD; Algerische Partei für Freiheit und Demokratie), Parti des Jeunes Démocrates (PJD; Partei der jungen Demokraten), ferner die Union pour le Changement et le Progrès (UCP; Union für Wandel und Fortschritt) und die Union des Forces Démocratiques et Sociales (UFDS; Union der demokratischen und sozialen Kräfte), um nur einige zu nennen. Diese Parteien unterscheiden sich von den nationalistischen und den islamistischen Parteien durch ihre modernistischen und säkularen Positionen; sie stehen für ein demokratisches, Religion und Politik trennendes System, in dem zugleich die Gleichheit zwischen Mann und Frau umgesetzt wird; sie fordern deswegen insbesondere die Novellierung oder sogar die Aufhebung der bisherigen Familiengesetzgebung, die Reform des Bildungssystems, die Stärkung der indi-

viduellen Freiheiten, insbesondere der Religionsfreiheit, und die Etablierung eines Rechtsstaates.

Zwischen diesen drei Lagern bestehen jedoch keine festen Trennlinien. Die Analyse der politischen und gesellschaftlichen Projekte der genannten Parteien zeigt, dass es zwischen den Strömungen auch Überschneidungen bzw. Gemeinsamkeiten geben kann.

4.2. Gesellschafts- und Staatsprojekt: Die Suche nach dem Konsens

Selbst wenn die Konturen des Staatsprojekts bei den meisten Parteien unterschiedlich sind, teilen sie als gemeinsames Fundament die Idee einer einzigen, geeinten und unteilbaren (algerischen) Nation.

Staatsprojekt: Die Nation im Zentrum des Konsenses

Nationalstaat, islamischer Staat oder säkularer (National-)Staat: Es gibt unter den politischen Parteien keinen Konsens über das Staatsmodell, das in Algerien umgesetzt werden soll; die ideologischen Unterschiede der Parteien sind zu groß. Um diese Unterschiede präziser benennen zu können, soll auf die Programmatik der wichtigsten Parteien der drei ideologischen Lager näher eingegangen werden.

Für den FLN und den RND gründet sich der algerische Nationalstaat auf den Werten des 1. November 1954. Beide Parteien betrachten sich als nationalistische, konservative und demokratische Parteien. Ihr Bekenntnis zur nationalen Souveränität, zur territorialen Einheit sowie zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten bilden die Komponenten der nationalistischen Ideologie, deren Wurzeln im Befreiungskrieg, der nationalen Bewegung und der Erklärung vom 1. November 1954 liegen. Die beiden Parteien verbindet der Wille zum Aufbau eines starken Zentralstaates, in dem die exekutive Gewalt das Zentrum des politischen Entscheidungsprozesses bildet. Aus diesem Grund zögern sie auch nicht, sich dem Programm von Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika[25] anzuschließen und ihn bei allen Präsidentschaftswahlen zu unterstützen. Der zweite gemeinsame Nenner zwischen den beiden Parteien ist ihr Wirtschaftskonzept. FLN und RND verteidigen gegenwärtig eine liberale Wirtschaftspolitik und stellen damit Prinzipien in Frage, für die sie sich in der Vergangenheit eingesetzt hatten,

wie etwa den Staatsinterventionismus und die öffentlichen Investitionen. Seit dem Rückgang des Erdölpreises und den damit verbundenen geringeren Staatseinnahmen sind beide Parteien vermehrt bereit, den liberalen Ansatz zu verteidigen. Insbesondere der FLN ruft seit geraumer Zeit zu einer verstärkten Liberalisierung der Wirtschaft und zur Privatisierung der Staatsbetriebe auf.

Die islamistischen Parteien integrieren den Islam in das Konzept des Nationalstaates. Im Unterschied zu den nationalistischen Parteien verteidigen sie ein Staatskonzept, in dem der Islam eine vorherrschende Stellung einnimmt und als Bezugssystem für das politische, wirtschaftliche und soziale Handeln dient. Allerdings ist der islamische Staat, auf den sich diese Parteien berufen, kein theokratischer Staat. Die islamistischen Parteien Algeriens „nehmen eine pro-nationalistische Haltung ein und erweisen sich als sehr sensibel hinsichtlich der islamischen Komponenten der Identität des algerischen Staats und seiner Institutionen".[26] Sie wählen damit eine pragmatische und keine radikale Linie. So vertritt etwa Abderrazak Mokri, Parteichef des MSP, die Auffassung, dass die politischen Verantwortlichkeiten von den religiösen Verantwortlichkeiten zu trennen seien.[27] Diese Aussage deutet auf eine Trennung zwischen politischen und religiösen Aufgaben und vielleicht sogar auf eine Professionalisierung der politischen Tätigkeit hin. Diese Konzeption beinhaltet die Bereitschaft zum Dialog und zur Verhandlung sowie zur Einhaltung der demokratischen Spielregeln wie der Teilnahme an den Präsidentschafts-, Legislativ- und Kommunalwahlen. Islamistische Parteien, wie der Fall von MSP und TAJ beweist, beteiligen sich sogar an der Regierung. Die pragmatischen Islamisten distanzieren sich vom radikalen islamistischen Diskurs, der die religiöse Gemeinschaft, die (islamische) „Umma", vor das Vaterland stellt. Für die pragmatischen Islamisten ist Algerien ein islamisches Land und die algerische Gesellschaft braucht keine gewaltsame Islamisierung. Auf wirtschaftlicher Ebene vertreten die islamistischen Parteien eher eine liberale Linie, unterstützen dabei aber auch das Prinzip des Sozialstaates, der sich für soziale Gerechtigkeit und die Gleichheit aller Bürger einsetzt.

Die säkularen Parteien sprechen vom Aufbau eines säkularen Nationalstaates. Mit den nationalistischen und islamistischen Parteien teilen FFS, MPA, PT und RCD also das Prinzip des Nationalstaates. Dabei beziehen sie sich auf die Erklärung vom 1. November 1954

und die Plattform von Soummam vom 20. August 1956. Für den RCD „zeigen die Erklärung von November 1954 ebenso wie die Plattform von Soummam, dass die Algerier in schwierigen Zeiten ihre innersten Ressourcen und ihre letzten Energien zu mobilisieren wissen, um dem Schicksal eine neue Wendung zu geben".[28] Trotzdem besteht zwischen dem PT und dem RCD eine tiefe Kluft hinsichtlich der Verwaltungsorganisation des säkularen Nationalstaates. Der PT ist trotzkistisch und zentralistisch ausgerichtet und verteidigt das Monopol eines starken Zentralstaates im öffentlichen Dienst und der Wirtschaft, während der RCD auf die Regionalisierung setzt, die das Gewicht des Zentralstaates zugunsten der lokalen Entwicklung und der Organisation auf Ebene der Bevölkerungen und der Regionen reduziert. Der FFS tendiert zu einem Rechtsstaat, der auf den universellen Menschenrechten, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit basiert.[29] Nach Auffassung des FFS sind Nationalismus und Säkularismus untrennbar. Die säkularen Parteien teilen das gleiche Ideal des algerischen Staates, den sie sich modern und säkular wünschen.

Die Gesellschaftsprojekte: Der ideologische Einfluss

Bei den Gesellschaftsprojekten der Parteien treten die Demarkationslinien zwischen den verschiedenen politischen Strömungen am stärksten hervor. Es gibt einen direkten Bezug zwischen dem propagierten Staatsmodell und dem Gesellschaftsmodell der Parteien. Das gesellschaftliche Projekt spiegelt die philosophische Basis des politischen Ansatzes der Parteien wider.

So vertritt das nationalistische Lager ein gesellschaftliches Projekt mit einer ganzheitlichen Vision, deren Bestandteile im Wesentlichen die Bereiche Religion, Sprache, Frauen-/Familienpolitik und nationale Werte umfassen. Für den FLN stellen die Religion des Islam, die arabische Sprache und die Werte des 1. November 1954 jene Eckpunkte dar, auf denen die algerische Gesellschaft aufzubauen ist. Die Familie als Stütze dieser Gesellschaft muss sich auf die islamischen Werte berufen, die im 1984 verabschiedeten und 2015 novellierten Familienstatut festgelegt wurden. Bezüglich der Rolle der Frau unterstützt der FLN aus Loyalität gegenüber dem Staatspräsidenten und trotz der parteiinternen Opposition des konservativeren Parteiflügels die Förderung von Frauen durch eine Quotenregelung und positive Diskriminierung.

Das RND-Gesellschaftsprojekt ähnelt dem des FLN. Im Beschluss des außerordentlichen Parteitages (5. bis 7. Mai 2016) zu wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten ist zu lesen, dass sich der RND „den Werten der sozialen Gerechtigkeit und der nationalen Solidarität, die sich aus der Erklärung vom 1. November 1954 ergeben, und über die ein nationaler Konsens herrscht, verpflichtet fühlt. (...) Diese soziale Vision steht im Einklang mit den relevanten nationalen Referenzen, die von den Texten der Revolution bis zur Nationalen Charta des unabhängigen Algerien reichen". Bezüglich der nationalen Identität bestätigt der RND auf seinem außerordentlichen Parteitag, dass „er zur Konsolidierung der inneren Front und der drei untrennbaren Komponenten unserer nationalen Identität – Islam, Arabertum und Amazigh-Kultur – beitragen will".[30]

Die Gesellschaftsmodelle des demokratischen, säkularen Lagers sind kontrastreich; beispielhaft hierfür stehen der RCD und der PT. Für den RCD ist das Gesellschaftsmodell fester Bestandteil eines in seiner Gesamtkonzeption demokratischen und republikanischen Staates. Mit Bezug auf das Gleichheitsprinzip heißt es beim RCD: „Als Bestandteil der gesellschaftlichen Praxis Algeriens begründet das Prinzip der Gleichheit den staatsbürgerlichen Pakt, der die Republik leitet und die Bürgerrechte garantiert. Dabei stößt sich das in der Verfassung festgeschriebene Prinzip der Gleichheit aller Bürger und insbesondere der Gleichheit zwischen Frau und Mann oft an den patrimonialen und auf Vetternwirtschaft basierenden Missständen der Institutionen. Das Familienstatut, das den Algerierinnen die Anerkennung für ihr Engagement im Befreiungskampf und im Kampf um die Demokratie verleugnet, muss abgeschafft werden." Unter Berufung auf seine säkulare und sozialdemokratische Orientierung bekräftigt der RCD „seine Verbundenheit mit der Gewissensfreiheit, der Laizität des Staates und der Schule".[31]

Die gleiche Philosophie wird zwar mit kleinen Abweichungen auch vom PT vertreten, der u. a. für die „rechtliche Gleichstellung zwischen Frauen und Männern eintritt". Dies bedeutet faktisch die Abschaffung der derzeit geltenden Familiengesetzgebung und kommt der Verabschiedung von staatsbürgerlichen, auf dem Prinzip der Gleichheit basierenden Gesetzen, die den Frauen die volle Gleichstellung als Bürgerinnen zuerkennen, gleich. Der PT fordert ferner in seiner Charta die Anerkennung des Tamazight als offizielle Sprache, die landesweite Verbreitung der Sprache als Pflicht-

fach im Unterricht an den öffentlichen Schulen, ihre Anwendung in den Institutionen der Republik und ihre Förderung durch Haushaltsmittel des Staates.[32] Allerdings spricht sich der PT im Gegensatz zum RCD gegen eine Quotenregelung für Frauen aus; nach Ansicht des PT widerspricht eine Quotenregelung der Philosophie der Demokratie.

Auch wenn der islamische Staat für die islamistisch-orientierten Parteien Algeriens kein theokratischer Staat ist, so basiert das von ihnen vertretene Gesellschaftsmodell dennoch im Wesentlichen auf den Prinzipien des Islam. Abdallah Djaballah, Parteichef des FJD (Adala), kritisierte z. B. bestimmte Gesetzentwürfe wie die Revision des Familienstatuts und der Strafgesetzgebung. Er widersetzte sich auch mit Vehemenz dem Vorschlag des ehemaligen Handelsministers Amara Benyounes (Parteivorsitzender des MPA), Genehmigungen für den Verkauf von alkoholischen Getränken zu erteilen. Djaballah warnte vor den Gefahren, „denen das laizistische Lager die algerische Gesellschaft aussetzt", und ging dabei so weit, dem Minister vorzuwerfen, er wolle „die algerische Identität zerstören".[33] Für den FJD bzw. Djaballah wurzelt die algerische Identität im Islam, der Teil der algerischen Geschichte ist. Noch expliziter verweist das politische Programm des MSP in seiner Präambel auf die Religion. Dem MSP zufolge ist „das algerische Volk ein muslimisches Volk, das durch die wesentlichen Komponenten seiner Identität, nämlich den Islam, das Arabertum und die Amazigh-Kultur geeint wurde".[34] Der MSP plädiert demzufolge für die Förderung der islamischen Werte innerhalb der Familie, der Schule und in allen staatlichen Institutionen. Für den MSP ist die breite Verankerung der arabischen Sprache eines der zentralen Ziele seines politischen Aktionsprogramms. Nach dem politischen Programm der Partei muss auch die Reform des Bildungssystems auf den „festverankerten nationalen Werten Islam, Arabertum und Amazigh-Kultur" aufbauen.

5. Die Wahlen von 2012: Erstarrte politische Realität

Das Jahr 2012 stand im Zeichen der Legislativ- und Kommunalwahlen. Die ersten Wahlen nach der Verabschiedung des neuen Parteiengesetzes fanden in einem durch den „Arabischen Frühling" seit 2011 veränderten regionalen Kontext statt. In diesem Sinne waren die Wahlen für die algerische politische Führung ein Test.

Von den 44 Parteien, die an den Legislativwahlen im Mai 2012 teilnahmen, waren 21 kurz vor den Wahlen 2012 gegründet worden.[35] Damit wird die Hypothese untermauert, dass die Zulassung so vieler politischer Parteien zielgerichtet war: Angesichts des vollständigen Desinteresses der Wahlberechtigten an den Wahlen und vor dem Hintergrund der Protestbewegungen des Jahres 2011 sollte der Wahl auf diese Weise mehr Glaubwürdigkeit verliehen werden.

Offenkundig ist, dass die Neugründungen und Neuzulassungen von politischen Parteien die politische Landkarte modifizierten.

5.1. Die Repräsentation auf nationaler Ebene: Der Sieg der Status-quo-Parteien

Auch wenn sie bei den Wahlen 2012 einige Stimmen verloren, so büßten die traditionell im Parlament vertretenen Parteien dennoch ihre Bedeutung insgesamt nicht ein. Der FLN konnte seine Position konsolidieren und errang im Mai 2012 bei den Legislativwahlen 221 der insgesamt 462 Sitze der ersten Kammer des Parlaments, das sind 45 Prozent der Sitze; der FLN erhielt 17 Prozent mehr Stimmen als bei den Legislativwahlen 2007 und ist somit eindeutig die stärkste politische Kraft in Algerien. Angesichts der innerparteilichen Krisen war das vom FLN erzielte Ergebnis eine Überraschung. Viele Analysten hatten vor dem Hintergrund des regionalen Kontexts den Niedergang des FLN bei den Wahlen vorhergesagt. Dennoch verzeichnete der FLN nicht nur ein besseres Ergebnis als 2007, es gelang ihm sogar erneut die Führung der Regierung zu übernehmen. Die Legislativwahlen von 2012 bestätigten somit die Hypothese, der zufolge die alte Partei FLN sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene eine ernstzunehmende Wahlmaschine bleibt, die immer dann, wenn die Staatsführung ihre Projekte durchsetzen möchte, die Wähler zu mobilisieren weiß. Im Übrigen hatte auch die Aufkündigung der „Präsidentenallianz“[36] vor den Wahlen 2012 keine negativen Auswirkungen auf den FLN. Im Gegenteil. Im Alleingang gewann der FLN auf Kosten seiner ehemaligen Verbündeten an Stimmen. Der FLN ergriff die Initiative und gab Parolen für den Wahlkampf aus, wie die Stärkung des Rechtsstaates, mit denen er Dutzende Parteien und zivilgesellschaftliche Vereinigungen hinter sich scharte.

Während der FLN aus den Legislativwahlen eindeutig gestärkt hervor ging, errang der RND hingegen nur 70 Sitze, was dennoch den

zweiten Platz bedeutete. Das Wahlergebnis spiegelt das politische Gewicht der Partei als „Partei des Apparates" bzw. des bestehenden Regimes wider. Der RND ist ebenso wie der FLN mit der Aufgabe betraut, die etablierte politische Ordnung aufrechtzuerhalten. Mit den Legislativwahlen von 2012 verlor der RND, auch wenn er weiterhin eine der Regierungsparteien ist, seine 2007 errungene Stellung als Primus inter pares, eine Stellung die seit 2012 der FLN wahrnimmt.

Der MSP, der 2012 das Wahlbündnis Alliance Verte (Grüne Allianz) mit den islamistischen Parteien MRN und Ennahda schloss, wollte mit dieser Strategie die Mehrheit der Sitze im Parlament für das islamistische Parteienspektrum sichern. Ermutigt durch die Erfolge der islamistischen Parteien in Tunesien, Marokko und Ägypten hofften diese drei Parteien, den FLN und RND zu entthronen; sie rechneten mit der Abkehr der algerischen Wähler von den beiden großen Regierungsparteien. Ihre Strategie führte jedoch nicht zum erwarteten Ergebnis; die Alliance Verte errang nur 47 Sitze. Der MSP hatte bei den Legislativwahlen 2007 alleine 52 Sitze errungen; die Niederlage für die Alliance Verte war somit eindeutig. Das bescheidene Ergebnis der islamistischen Parteien hat zwei zentrale Gründe: Ein Grund war ihre Unfähigkeit, sich als föderative Kraft zu präsentieren, was sich auch in der hohen Zahl islamistischer Parteien mit ähnlichen Inhalten widerspiegelt. Der zweite Grund steht in Zusammenhang mit dem nicht linearen Verlauf der Protestbewegungen in den nordafrikanischen Staaten 2011 und der Spezifizität Algeriens: Die Entwicklungen in Tunesien und Ägypten oder in Marokko waren nicht einfach in Algerien reproduzierbar.

Schließlich sind noch jene Parteien zu erwähnen, die über eine gewisse gesellschaftliche und historische Verankerung verfügen, die es ihnen erlaubte, sich 2012 bei den Legislativwahlen neu zu positionieren. Dies war zum einen der FFS, der 21 Sitze gewann, und der PT, der mit 17 Sitzen fünftstärkste Kraft in der ersten Kammer des Parlaments wurde. Dem FFS gelang es, sich als dominante politische Kraft in der Kabylei zu positionieren; begünstigt wurde dieses Ergebnis für den FFS allerdings durch den Wahlboykott seines direkten Konkurrenten RCD.

Den seit Verabschiedung des Parteiengesetzes im Januar 2012 neu zugelassenen Parteien gelang es immerhin, bei den Legislativwah-

len vom Mai 2012 einige Sitze im Parlament zu gewinnen. Sie bestätigen damit die Hypothese von der Erosion der Wählerbasis der traditionellen Parteien. Etliche der neu gegründeten Parteien, die aus Abspaltungen hervorgingen, warben offensichtlich auf dem Terrain ihrer „Mutterparteien" um Stimmen wie z. B. der Mouvement Populaire Algérien (MPA; 7 Sitze), der Front du Changement (FC; 4 Sitze), der Front El Moustakbel (FM; 2 Sitze) und der Parti El Fedjr El Djadid (5 Sitze). Stimmen wanderten vom RCD zum MPA, vom MSP zum Front du Changement, vom RND zum Parti El Fedjr El Djadid und vom FLN zum Front El Moustakbel. Die neu gegründeten Parteien nutzten die Gelegenheit, durch ihre Teilnahme bei den Legislativwahlen Präsenz zu zeigen.

5.2. Die lokale Repräsentation

In den kommunalen Versammlungen, den Assemblées Populaires Communales (APC), errangen die beiden großen Parteien FLN und RND bei den Kommunalwahlen vom 29. November 2012 die Spitzenposition. Der FLN sicherte sich mit 26,30 Prozent der abgegebenen Stimmen 7.191 Sitze (28,86 Prozent der insgesamt zu vergebenden Sitze); der RND errang mit 21,22 Prozent der abgegebenen Stimmen 5.988 Sitze (24,06 Prozent der Sitze). Das Ergebnis war ein echter Zuwachs an Sitzen für diese beiden Parteien, nicht jedoch ein Zuwachs an Stimmen, da bei den Kommunalwahlen 2007 der FLN 30,05 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen erhalten hatte (4.201 Sitze) und der RND 24,50 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen konnte (3.226 Sitze).

Die große Überraschung der Kommunalwahlen von 2012[37] war der MPA, der erstmals an Kommunalwahlen teilnahm und mit 6,18 Prozent der abgegebenen Stimmen 1.493 Sitze (6,0 Prozent aller Sitze) errang. Auch der FFS gewann deutlich Sitze hinzu: Er erhielt 3,5 Prozent der abgegebenen Stimmen und 954 Sitze (3,83 Prozent aller Sitze), während er 2007 nur 566 Sitze erringen konnte. Der RCD, der die Legislativwahlen vom Mai 2012 boykottiert hatte, aber an den Kommunalwahlen im November 2012 teilnahm, konnte 1,71 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen und gewann damit 526 Sitze.

Wie nach den Legislativwahlen war die Enttäuschung bei den Islamisten, die auch bei den Kommunalwahlen einen klaren Rückgang

an Wählerstimmen zu verzeichnen hatten und hinter den säkularen Parteien MPA und FFS lagen, groß. Der MSP errang nur 718 Sitze (2,88 Prozent der Stimmen) und die in der Alliance Verte verbliebenen islamistischen Parteien erzielten zusammen 552 Sitze (2,69 Prozent der abgegeben Stimmen), während bei den Kommunalwahlen 2007 der MSP alleine 1.495 Sitze (10,69 Prozent der abgegeben Stimmen) gewonnen hatte.

Anzumerken ist, dass die von den Islamisten bei den Kommunalwahlen 2012 erreichten Ergebnisse nicht dem Kräfteverhältnis entsprechen, das aus den Legislativwahlen hervorging. Die Erklärung hierfür liegt im Wahlverfahren. Das neue Wahlgesetz vom 12. Januar 2012 legt für die proportionale Verteilung der Sitze bei den Kommunalwahlen eine Sieben-Prozent-Hürde und bei den Legislativwahlen eine Fünf-Prozent-Hürde fest. Diese Regel begünstigte die dominierenden Parteien (FLN und RND) und benachteiligte zahlreiche Parteien, darunter die Islamisten, deren Wählerschaft zu sehr gespalten war. Es ist nicht auszuschließen, dass die Staatsführung aus Angst vor einer Dominanz der Islamisten in den lokalen Gebietskörperschaften das Gesetz bewusst so gestaltete, um ein Szenario wie 1990 zu verhindern, als die Islamisten des FIS siegreich aus den Kommunal- und Regionalwahlen hervorgingen. Das Gesetz von 2012 erweist sich somit als ein geschickter rechtlich-administrativer Kunstgriff, der die soziologische Realität nicht berücksichtigt. Das Gesetz wurde vielmehr so gestaltet, dass es dieser Realität entgegenwirkt, weil der soziologische Druck (Familie, Stamm oder Clan) in beträchtlichem Ausmaß die Stimmvergabe und damit den Ausgang des Urnengangs bestimmt. Das Gesetz zwingt die Parteien, Allianzen zu bilden, um die absolute Mehrheit zu erlangen und damit einer kommunalen Versammlung (APC) oder einer Versammlung auf Wilaya-Ebene (APW) vorstehen zu können. Für eine Partei alleine ist es extrem schwierig, die absolute Mehrheit zu erreichen. Sogar der FLN als erste politische Kraft Algeriens gewann nur in 159 Gemeinden von insgesamt 1.451 Gemeinden die Mehrheit, der RND in 132 Gemeinden, der RCD in 13, der MPA in zwölf, der FFS in elf; die Islamisten des MSP und die Islamisten der Alliance Verte konnten jeweils in fünf Gemeinden die Mehrheit erringen.

6. Die politischen Parteien und ihre Aktivitäten

Im folgenden Abschnitt sollen die politischen Parteien vor dem Hintergrund ihrer Beziehungen zu den anderen politischen Parteien, den staatlichen Behörden und der Zivilgesellschaft betrachtet werden.

6.1. Das Spiel der parteipolitischen Allianzen

Die politischen Parteien Algeriens werden oft mit der Kritik konfrontiert, zu selbstbezogen zu sein. Dadurch entsteht das Bild einer zersplitterten politischen Klasse, die durch eine Vielzahl von Gruppierungen mit geringer Tragweite gekennzeichnet ist. Selbst große politische Ereignisse wie Wahlen nutzen Parteien nicht immer, um Allianzen zu bilden, die ihnen mehr Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit verleihen würden. Ein Bündnis oder ein Pakt wird nur dann geschlossen, wenn mehrere Akteure zu einem bestimmten Thema die gleiche Meinung vertreten und sie beschließen, durch ein Abkommen ihre Energien zu bündeln, um ein gemeinsames Ziel konkret umzusetzen. Zwei Arten von Allianzen strukturieren die Konvergenzdynamik der politischen Parteien in Algerien: die Allianzen der Regimetreuen und die Allianzen der Opposition.

Die Allianzen der Regimeunterstützer

Trotz seiner Zugehörigkeit zum FLN und seiner Funktion als Ehrenpräsident der Partei gab sich Staatspräsident Bouteflika nie damit zufrieden, nur mit dem FLN zu regieren. Deshalb wurden immer wieder sogenannte Präsidentenallianzen mit den zentralen politischen Akteuren und mit (allerdings austauschbaren) sekundären Akteuren geschlossen. Die zentralen politischen Akteure rekrutieren sich aus den dominierenden ideologischen Lagern und ihren parteilichen Vertretern. So umfasst jede Präsidentenallianz Vertreter des „nationalistischen" (FLN, RND) und Vertreter des „gemäßigten islamistischen" (MSP) Lagers. In diesem Sinne sind der FLN, der RND und der MSP – der 2012 aus der Präsidentenallianz austrat und durch den TAJ ersetzt wurde – unumgängliche Partner der Präsidentenallianz. Die Parteien der Präsidentenallianz unterstützten den Staatspräsidenten bei all seinen Vorhaben, von der nationalen Versöhnung 2005 über die Verfassungsänderung 2008 bis hin zu den durch die Exekutive vorgeschlagenen Gesetzen, die ohne echte Debatte durch die Legislative gebilligt wurden.

An diese loyalen parteipolitischen Akteure schlossen (und schließen) sich bekannte Persönlichkeiten des „modernistischen" und „demokratischen" Lagers an wie z. B. Khalida Toumi, Kulturministerin von 2002 bis 2013, Amara Benyounes, Präsident des MPA, der u. a. von 2012 bis 2015 Industrie- und Handelsminister war, sowie die seit 5. Mai 2014 amtierende Bildungsministerin Nouria Benghabrit und der ebenfalls seit 5. Mai 2014 amtierende Minister für Kommunikation Hamid Grine.[38] Mit oder ohne Parteizugehörigkeit tragen diese Persönlichkeiten dazu bei, der Regierung den Anschein der Öffnung gegenüber säkularen Teilen der Gesellschaft zu verleihen. Damit entsteht ein Gegengewicht zum Konservatismus einiger parteipolitischer Akteure innerhalb der Präsidentenallianz. Durch die Bildung von Allianzen mit zahlreichen Akteuren will die Staatsführung offensichtlich verhindern, dass eine Partei eine Vormachtstellung einnehmen kann. Zudem gestatten diese Allianzen auch eine vertraglich festgelegte Verwaltung divergierender Interessen, sowohl zwischen den Parteien als auch innerhalb jeder Partei. Die Präsidentenallianz funktionierte nicht immer reibungslos, da manchmal parteiinterne Konflikte ausbrachen. Ein Beispiel hierfür ist Amar Ghoul, der sich als Minister für öffentliche Arbeiten der Präsidentenallianz anschloss, aus dem MSP austrat, nachdem dieser 2012 die Präsidentenallianz verließ, und eine eigene Partei, den TAJ, gründete. Unstimmigkeiten gab es auch bei FLN und RND, sodass de facto 2012 eine Erneuerung der Allianz erforderlich wurde. Kandidaten waren leicht gefunden: TAJ, angeführt von Amar Ghoul, und der MPA, eine Abspaltung des RCD, geleitet von Amara Benyounes. Vor allem die Parteipräsidenten von TAJ und MPA erwiesen sich als besonders eifrige Unterstützer der Kandidatur von Staatspräsident Bouteflika für eine vierte Amtsperiode von fünf Jahren. Mit dem Beitritt dieser beiden Parteien, von denen eine Partei, der MPA, explizit säkular orientiert ist, erweiterte der Unterstützerkreis des Staatspräsidenten seine parteipolitische Klientel.

Neben der Präsidentenallianz, die sich in der Zusammensetzung der Regierung widerspiegelt, zeigt sich die Loyalität gegenüber dem Staatspräsidenten auch im politischen Alltag durch Aktivitäten, die ad hoc organisiert werden, um die Staatsführung zu stärken. Als Beispiel kann hier der Zusammenschluss im Rahmen der Initiative zur Errichtung einer breiten nationalen Front, einer „nationalen Schutzmauer" gegen die inneren und äußeren Herausforderungen, vor denen Algerien steht, genannt werden. Federführend

bei dieser Initiative war der FLN unter seinem damaligen Generalsekretär Amar Saidani; unterstützt wurde sie von zahlreichen politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Vereinigungen. Bei einer großen Versammlung am 30. März 2016 bekräftigten die Teilnehmer erneut ihre Loyalität gegenüber dem Staatspräsidenten und seinem Programm.[39] Sie bedienten sich dabei eines Diskurses, der die Sicherheitsfrage in den Vordergrund stellte, indem sie auf die äußeren und inneren Gefahren hinwiesen, mit denen Algerien konfrontiert ist.

Die Allianzen der Opposition

Eines der Merkmale der parteipolitischen Opposition in Algerien, das im Übrigen oft als Vorwurf formuliert wird, ist ihre Tendenz zur Zersplitterung und Spaltung. Die verschiedenen Diskurse der Parteien mögen sich im Einzelnen zwar sehr gleichen, kollektiv enden sie dennoch oft in Kakophonie und Zwist. Sogar bei großen Ereignissen wie dem Abbruch der Legislativwahlen im Januar 1992, der Verfassungsänderung 1996 oder der 2005 verabschiedeten Charta für Frieden und nationale Aussöhnung gelang es der Opposition nicht, geeint aufzutreten. Einige wenige außergewöhnliche Versuche zum geeinten Auftreten bilden die Ausnahme. Die erste große gemeinsame Entscheidung trafen die Oppositionsparteien 1999, als alle Kandidaten der Opposition beschlossen, ihre Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen zurückzuziehen, weil sie überzeugt waren, dass der Wahlsieg von Abdelaziz Bouteflika bereits im Voraus feststand. Die Kandidaten der Oppositionsparteien weigerten sich, in einer Wahl anzutreten, die ihrer Meinung nach nicht transparent war. Es stellt sich allerdings die Frage, ob es für die Öffentlichkeit nicht überzeugender gewesen wäre, wenn die Parteien dem Kandidaten des Systems einen gemeinsamen Kandidaten entgegengestellt hätten. Auch wenn es darauf keine Antwort gibt, so scheint doch klar, dass die Opposition für eine derartige Initiative nicht einig genug war.

Die zweite Initiative für ein politisches Bündnis ist die Alliance de l'Algérie Verte (AAV; Allianz grünes Algerien). „Grün" verweist hier auf die Religion, den Islam. Diese Allianz umfasst Parteien des islamistischen Lagers: den MSP, den MRN (El Islah) und den MRI (Ennahda). Nicht alle islamistischen Parteien entschlossen sich indessen, Mitglieder dieser Allianz zu werden. So gehören bei-

spielsweise die Partei von Abdallah Djaballah, der FJD (Adala), oder Parteien, die sich vom MSP abspalteten, wie der von Abdelmadjid Menasra geleitete Front du Changement, der Allianz nicht an.

Motiviert wurde diese Wahlallianz islamistischer Parteien durch innenpolitische und vor allem außenpolitische Entwicklungen. Innenpolitisch standen im Mai 2012 Legislativwahlen an. Kurz vor den Wahlen wurde die AAV gegründet, weil die drei in ihr vertretenen Parteien nicht nur entschlossen, sondern überzeugt waren, dass sie diese Wahlen gewinnen würden. Diese optimistische Sicht wurde durch außenpolitische Entwicklungen bestärkt, nämlich die Wahlsiege islamistischer Parteien in jenen arabischen Ländern, in denen große politische Veränderungen (Ägypten, Tunesien) oder beachtliche Reformen (Marokko) stattgefunden hatten. Die algerischen Islamisten wurden von der Euphorie der islamistischen Organisationen in diesen Ländern erfasst und waren fest überzeugt, dass sie geeint auf der regionalen Welle des Aufschwungs für Islamisten ebenfalls zum Sieg surfen könnten. Das Wahlergebnis der Legislativwahlen von 2012 war für die AAV ernüchternd.

Die AAV gibt seither weiterhin gemeinsame Stellungnahmen heraus, deren oppositioneller Gehalt ist jedoch so kalkuliert, dass darüber kein offener Konflikt mit der Staatsführung ausbrechen kann. So stimmte die AAV zum Beispiel nicht „gegen" die Verfassungsänderung von 2016, sondern boykottierte lediglich die Abstimmung im Parlament.[40] Die Partei FJD (Adala) von Abdallah Djaballah verfolgte den gleichen Ansatz und das, obwohl sie zu einem radikaleren oppositionellen Bündnis gehörte. Es wird sicherlich in die Geschichte eingehen, dass nur drei Abgeordnete gegen den Verfassungsentwurf stimmten.

Die größte Medienpräsenz sicherte sich bislang das oppositionelle Bündnis der Coordination Nationale pour les Libertés et la Transition Démocratique (CNLTD; Nationale Koordination für Freiheiten und demokratische Transition), das sich aus dem ehemaligen Regierungschef Ahmed Benbitour, den islamistischen Parteien FJD (Adala), MRI (Ennahda), MSP sowie dem säkularen RCD und Parti Jil Jadid zusammensetzte; 2015 schlossen sich der CNLTD auch die neu gegründete Partei von Ali Benflis, der Parti de l'Avant-Garde des Libertés (PAGL; Partei Avant-Garde der Freiheiten), an. Wie die AAV entstand auch die CNLTD unter dem Einfluss einer bevorste-

henden Wahl, nämlich den Präsidentschaftswahlen vom April 2014. Die gemeinsame Opposition gegen eine vierte Amtsperiode von Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika hatte die Mitglieder der CNLTD veranlasst, eine gemeinsame, für unterschiedliche politisch-ideologische Strömungen offene, und von den privaten Medien besonders intensiv verfolgte Kampagne zu organisieren. Die ideologische Heterogenität dieser Allianz erwies sich dabei sowohl als Stärke als auch als Schwäche. Tatsächlich war es das erste Mal, dass sich eindeutig islamistisch orientierte Parteien wie Djaballahs FJD (Adala) pragmatisch mit einer eindeutig säkular orientierten Partei (RCD) zu einer Allianz zusammenschlossen. Dieser pragmatische Ansatz brach mit einer Gewohnheit, für die gerade die Oppositionsparteien in der Vergangenheit immer wieder kritisiert worden waren. Ihnen wurde vorgehalten, dass sie unfähig seien, ein und dieselbe Sprache zu sprechen, weil sie von ihren jeweiligen parteipolitischen Ambitionen geblendet werden. Die Heterogenität der CNLTD hatte aber auch ihren Preis. Die Parteichefs von RCD und MSP, den beiden Säulen dieser Allianz, wurden von den konservativen Flügeln ihrer Parteien, die sich gegen diese ihrer Meinung nach widernatürliche Annäherung auflehnten, unter Druck gesetzt.[41] Die ideologischen Divergenzen sind allerdings nicht der einzige Schwachpunkt dieses formal bis heute fortbestehenden Bündnisses. Die CNLTD war mit dem erklärten Ziel angetreten, die Kräfteverhältnisse zu verändern und Einfluss auf die Staatsführung zu gewinnen. Um dieses Ziel zu erreichen, akzeptierte sie auch den Beitritt der im Juni 2015 offiziell gegründeten Partei PAGL von Ex-Regierungschef Ali Benflis. Der Beitritt des PAGL führte unmittelbar zu Führungskämpfen, da Ali Benflis, der seit Juni 2014 an den Treffen der CNLTD teilnahm, innerhalb der CNLTD Vorrechte für sich beanspruchte, weil er als Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen vom April 2014 1.288.338 (12,3 Prozent) der abgegebenen Stimmen für sich gewonnen hatte. Das brachte die Gründer der CNLTD und jene Parteien, die zum Wahlboykott aufgerufen hatten, gegen Ali Benflis auf.[42] Neben dem Kampf um die Führung innerhalb der CNLTD stellt sich für die CNLTD im Vorfeld der Legislativwahlen vom April 2017 erneut die Frage der Teilnahme oder des Boykotts; selbst wenn eine Teilnahme beschlossen wird, bleibt zu klären, ob gemeinsame Listen gebildet werden oder die Parteien einzeln antreten sollen. Bislang fanden die Mitglieder der CNLTD zu keiner einheitlichen Linie.

Die punktuellen Allianzen

Die meisten Allianzen von Parteien, sowohl solche, die der Staatsführung nahestehen, als auch jene von Oppositionsparteien, haben ein gemeinsames Merkmal: sie sind fragil und damit von kurzer Dauer. Ein Beispiel hierfür ist der islamistische MRN (El Islah). Die Partei beteiligte sich zunächst aktiv an dem Oppositionsbündnis der CNLTD. Dann machte der MRN unter seinem neuen Generalsekretär Filali Ghouini im Juli 2016 eine 180-Grad-Wende und näherte sich dem FLN und dem TAJ von Amar Ghoul an. Unklar ist, ob dahinter ein parteiinterner Führungskampf zwischen Filali Ghouini und dem ehemaligen Generalsekretär des MRN, Djahid Younsi, steckt, oder ob es sich um eine Neuorientierung vor den Legislativwahlen 2017 handelt.

Auch die Allianz zwischen FLN und RND ist zerbrechlich, wie die erbitterten Anfeindungen in den Medien, die unterschiedlichen Vorstellungen darüber, wie der Staatspräsident zu unterstützen ist,[43] und die Divergenzen hinsichtlich der Umbesetzungen in den Führungspositionen des Nachrichtendienstes erkennen lassen.

Sowohl bei der Wahl der Präsidenten der Kommunal- und Wilaya-Versammlungen als auch bei der Erneuerung der von den Wilaya-Versammlungen durch indirekte Wahl zu bestimmenden Senatoren für die zweite Kammer des Parlaments kommt es oft zu ungewöhnlichen Bündnissen, deren Logik nur schwer nachzuvollziehen ist. So schloss beispielsweise der RND im Januar 2010 vor der teilweisen Erneuerung der zweiten Kammer des Parlaments eine Allianz mit der ansonsten befeindeten Arbeiterpartei PT.[44]

Die Allianzen sind auch aus einem weiteren Grund zerbrechlich und in hohem Maße situationsabhängig. Es handelt sich nämlich eher um Vereinbarungen zwischen Personen als zwischen Parteien. Diese Tatsache wurde bei den Kommunalwahlen 2012 besonders deutlich. Die Wähler stimmen mehr für die Personen auf einer Liste als für die Partei, die diese Personen vertreten.[45] Daraus ergibt sich, dass bei den Wahlen der verschiedenen Funktionen der Kommunal- und Wilaya-Versammlungen die einzelnen Politiker ebenso viele Allianzen auf der Basis von persönlichen Beziehungen wie auf der Basis von Anweisungen ihrer Parteiführung eingehen.

Die „Sowohl-als-auch-Position" einiger Parteien

Die Begriffe Regimetreue und Opposition nehmen in Algerien eine besondere Bedeutung an. Sie lassen sich nicht auf die Unterscheidung „Anhänger" bzw. „Gegner der herrschenden politischen Macht" reduzieren. So kann sich eine politische Partei als Teil des Oppositionslagers präsentieren und gleichzeitig das Symbol der herrschenden Macht, den Staatspräsidenten, unterstützen. Dies trifft z. B. auf die Arbeiterpartei PT zu; die Partei verurteilt die Wirtschaftspolitik der Regierung, kritisiert ihre Minister, beschimpft den FLN-Generalsekretär und verstärkt gleichzeitig ihre indirekte und direkte Unterstützung des Staatspräsidenten.[46] Im umgekehrten Fall kann eine Partei, die in der Regierungskoalition vertreten ist, konträre Positionen einnehmen und trotzdem weiterhin in der Regierung verbleiben. Das war beim MSP der Fall, der während seiner Zeit in der Regierung (bis Mai 2014) eine völlig neue Position einnahm: „Wir sind weder in der Regierung noch in der Opposition."[47]

Noch komplizierter wird es, wenn sich die Bruchlinie zwischen Opposition und Regimetreue/Nähe zur Staatsführung bis in die politischen Machtstrukturen verschiebt. In diesem Fall werden innerhalb dieser Strukturen Allianzen und Gegenallianzen gebildet, was die algerischen Medien die „Kämpfe zwischen den Clans" nennen. Das bemerkenswerteste Beispiel hierfür ist die Polemik, die wegen der Entlassung von General Mohamed Mediène, dem Leiter des algerischen Nachrichtendienstes DRS, im Herbst 2015 ausbrach.[48] Tatsächlich verteidigten die Arbeiterpartei PT, der islamistische MSP und die Partei von Ali Benflis, PAGL, den abgesetzten General. Der FLN und Parteien wie El Karama unterstützten hingegen die Entscheidung des Staatspräsidenten und vertraten die Meinung, es handele sich dabei um einen Schritt zur Stärkung ziviler Strukturen. Der RCD und der FFS wiederum stellten die Verteidiger und Gegner des Generals auf eine Stufe, da für sie beide Clans zum gleichen System gehören. Die beiden an der Regierungskoalition beteiligten Parteien RND und TAJ wählten den Mittelweg: Sie erkannten die souveräne Entscheidung des Staatspräsidenten an und lobten gleichzeitig die Verdienste des Generals. Dies war eine Position, die vom Nahverhältnis der beiden Parteien zu beiden Lagern diktiert wurde.

6.2. Die politischen Parteien und die Zivilgesellschaft: Zwiespältige Nähe

Zwischen politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Vereinigungen ist eine klare Abgrenzung oft nicht möglich.[49] Natürlich bestehen bei den Statuten und auf rechtlicher Ebene klare Unterschiede und sowohl die Parteien als auch die zivilgesellschaftlichen Vereinigungen sind genauen Vorschriften unterworfen.[50] Es kommt zudem häufig vor, dass in wissenschaftlichen Analysen Protestaktionen zivilgesellschaftlicher Organisationen politisiert werden.

Ein Beispiel für die Vermischung von parteipolitischen und zivilgesellschaftlichen Aufgaben und Aktivitäten durch die Organisationen selbst ist der Conseil des Lycées d'Algérie (CLA; Rat der algerischen Gymnasien), dessen Aufgabe als gewerkschaftliche Vertretung der Lehrer der Sekundarstufe eigentlich darin besteht, deren Interessen zu vertreten und zu schützen. Dennoch behauptet der Präsident des CLA, Achour Idir, dass der CLA nicht zögern würde, wenn es die Machtverhältnisse zuließen, die politische Macht zu ergreifen und auszuüben.[51]

In der Praxis kann sowohl der Diskurs als auch die Selbstpositionierung zivilgesellschaftlicher Vereinigungen eine unerwartete Nähe zur Politik aufweisen. Zudem erklären sich nur 31 Prozent der Vereinigungen als vollständig unabhängig von den Machtstrukturen und der Politik, während sich 43 Prozent als Mittler zwischen Zivilgesellschaft und Politik definieren und 36 Prozent zugeben, dass ihre Situation nicht eindeutig ist. Außerdem gestehen 20 Prozent der Verantwortlichen von zivilgesellschaftlichen Organisationen eine direkte Verbindung zu einer politischen Partei ein, während 60 Prozent das Gegenteil behaupten und 20 Prozent dazu keine Angaben machen wollen.[52] Da per Gesetz jede Verbindung zwischen einer zivilgesellschaftlichen Vereinigung und einer politischen Partei verboten ist, ist zu vermuten, dass auch jene Personen, die keine Angaben machen, de facto jener Gruppe zuzurechnen sind, die eine Verbindung zwischen ihrer Vereinigung und einer politischen Partei zugeben.

Die Zivilgesellschaft und die Regierungsparteien

Dieses Verwirrspiel um die Beziehungen zivilgesellschaftlicher Organisationen zu politischen Parteien ist weder Merkmal einer bestimm-

ten politischen Strömung, noch handelt es sich dabei um ein neues Phänomen. Bereits in den 1960er Jahren umgab sich der damals als Einheitspartei regierende FLN mit zahlreichen Massenorganisationen, die in allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen tätig waren. So wurden Studenten, Arbeiter, Frauen, ehemalige Kämpfer im kolonialen Befreiungskrieg („Freiheitskämpfer") und Kinder von gefallenen Freiheitskämpfern („Märtyrer") in entsprechenden Organisationen erfasst. Als Gegenleistung für die Unterstützung des FLN-Apparates trat der FLN für deren Rechte (und Privilegien) ein. Ehrgeizigen Personen dienten diese Organisationen oft als Sprungbrett für eine politische Karriere. Beispiel hierfür ist Abdelaziz Belaid, einer der Präsidentschaftskandidaten von 2014. Belaid gründete 2012 die Partei Front El Moustakbel. Seine politische Sozialisierung verdankt er der FLN-nahen Nationalen Union der algerischen Studenten (UNEA), in der er sich über Jahre profilieren konnte. Diese FLN-nahen Massenorganisationen ermöglichten die Mobilisierung der gesellschaftlichen Basis während des Einparteienregimes. Diese Mobilisierungsaufgabe der großen Organisationen wurde im Mehrparteiensystem auf Dutzende Organisationen ausgeweitet, die um das Zentrum der politischen Macht kreisen. Vor jeder Wahl erhöhen Gewerkschaften, Sportvereine und andere Organisationen ihre Präsenz in den Medien und im öffentlichen Raum. Sie fordern die Kandidatur dieser oder jener Persönlichkeit für ein bestimmtes Amt und versuchen, die Nichtwähler zum Urnengang aufzurufen. So mobilisierten sich z. B. im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen vom April 2009 zahlreiche Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen,[53] um die Kandidatur von Abdelaziz Bouteflika für eine dritte Amtszeit einzufordern bzw. um für seine Wahl zu werben.[54] Außerhalb der Wahlperioden erfüllen diese der Staatsführung nahestehenden Organisationen ebenfalls eine Funktion. So waren viele Organisationen bereit, an den vom Staatspräsidenten 2012 und 2014 beschlossenen Konsultationen zur Verfassungsrevision teilzunehmen, die im Januar 2016 zur Verabschiedung der modifizierten Verfassung führten. Die algerische Frauenorganisation UNFA (Union Nationale des Femmes Algériennes), eine historische Satellitenorganisation des FLN, nahm nicht nur an den hochpolitischen Konsultationen teil, sondern brachte selbst Vorschläge dazu ein, die größtenteils wenig mit ihrem eigentlichen Kompetenzbereich zu tun hatten.[55]

Durch die Nähe zahlreicher zivilgesellschaftlicher Vereinigungen zu den regimenahen politischen Parteien werden die politischen Aus-

einandersetzungen der Regierungsparteien bis in die Vereinigungen hineingetragen. So zerfleischten sich 2014 die im Fahrwasser der Staatsführung agierenden Massenorganisationen solange über die Möglichkeit einer vierten Amtsperiode des Staatspräsidenten, bis dessen Kandidatur offiziell angekündigt wurde.[56] Die Mitglieder und Aktivisten der Massenorganisationen spalteten sich in Befürworter und Gegner einer neuerlichen Kandidatur von Staatspräsident Bouteflika, dessen Gesundheitszustand sich zwischenzeitlich sehr verschlechtert hatte und der sich zudem als unabhängiger Kandidat den Wahlen stellen wollte. Der Dissens löste etwa bei der Organisation Nationale des Enfants de Chouhada (ONEC; Märtyrer des Befreiungskrieges) eine interne Krise aus und führte zur Umstrukturierung der Organisation.[57] Die Jugendorganisation UNJA (Union Nationale des Jeunes Algériens) und die Studentenorganisation UNEA (Union Nationale des Étudiants Algériens), deren Nahverhältnis zum FLN bekannt ist, spalteten sich 2014 intern wegen der Präsidentschaftskandidatur von Ali Benflis, dem ehemaligen Generalsekretär des FLN. Die UGEA (Union Générale des Étudiants Algériens), eine dem RND nahestehende Studentenorganisation, ereilte das gleiche Schicksal.[58]

Die Zivilgesellschaft und die Oppositionsparteien

Die Verbindungen zwischen zivilgesellschaftlichen Vereinigungen und Oppositionsparteien sind zwar weniger offensichtlich als die Verbindungen zivilgesellschaftlicher Vereinigungen zu den Regierungsparteien, sie existieren jedoch gleichfalls und tragen merklich zu einer Politisierung zivilgesellschaftlicher Anliegen bei. Die Identitätsfrage ist ein offenkundiges Beispiel für eine solche Politisierung. Obwohl die Identitätsfrage als nationale Angelegenheit betrachtet wird, kann sich die parteipolitische Bindung einer Vereinigung, die sich mit identitären Aspekten befasst, für diese negativ auswirken. Ein Beispiel hierfür ist der Mouvement Culturel Berbère (MCB; Berberische kulturelle Bewegung), der sich 1980 noch zur Zeit der Einparteienherrschaft des FLN formierte und zunächst nur im Untergrund aktiv werden konnte. Der MCB forderte die Anerkennung der Sprache und Kultur der berberophonen algerischen Bevölkerung (Amazigh); die Vereinigung entfaltete Mobilisierungskraft und sie prägte maßgeblich die Amazigh-Aktivisten der 1990er und 2000er Jahre. Mit dem Ende des Einparteiensystems und der Zulassung von Parteien- und Vereinigungspluralismus nach Verabschiedung der

neuen Verfassung von 1989 kam es zu einer allmählichen Schwächung des MCB und letztlich zu seiner Implosion. Der MCB wurde Opfer einer übermäßigen Politisierung, die ihre Ursache in der Rivalität zwischen jenen beiden Parteien hatte, die seit ihrer Gründung Amazigh-Interessen vertreten, nämlich der FFS (Front des Forces Socialistes) und der RCD (Rassemblement pour la Culture et la Démocratie). Indem diese Parteien die Forderungen des MCB zu ihren eigenen machten und gegeneinander arbeiteten, trugen sie mit dazu bei, den MCB zu schwächen und in die Bedeutungslosigkeit abzudrängen.

Ein anderes Beispiel für die Politisierung einer zivilgesellschaftlichen Vereinigung ist der 1992 gegründete RAJ (Rassemblement-Actions-Jeunesse; Zusammenschluss-Aktionen-Jugend), der sich eigentlich speziell mit jugendspezifischen Fragen befassen wollte. Die Veranstaltungen des RAJ, die sich zwar insbesondere an Jugendliche und junge Erwachsene richten, behandeln jedoch zunehmend Themen wie die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Demokratisierung; in diesem Zusammenhang kritisierte der RAJ mehrfach das Vorgehen der Sicherheitskräfte bei sozialen Protesten.[59] Die Positionen und Stellungnahmen des RAJ ähneln deshalb inzwischen mehr denen einer Oppositionspartei als einer apolitischen Vereinigung.

Allerdings gibt es nicht viele Beispiele für eine Kooperation oder Absprachen zwischen zivilgesellschaftlichen Vereinigungen und Oppositionsparteien. Der Grund ist jedoch weniger in einer klar etablierten Arbeitsteilung zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und den Oppositionsparteien zu suchen als vielmehr in der strengen Kontrolle der Oppositionsparteien durch die Behörden. Diese Kontrolle erfolgt bereits im Vorfeld der Gründung, da bis zur Genehmigung einer Partei zahlreiche Bedingungen erfüllt und langwierige Verfahren durchlaufen werden müssen.

Die Nähe einer Oppositionspartei zu einer zivilgesellschaftlichen Vereinigung hat mitunter negative Auswirkungen auf den inneren Zusammenhalt der Vereinigung. So wurde die islamistische Studentenunion UGEL (Union Générale des Étudiants Libres), die enge Verbindungen zu den Islamisten des MSP unterhält, von den internen Flügelkämpfen der Partei, die im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen von 2014 ausbrachen, mitgerissen. Während die kollegiale

MSP-Parteiführung um Abderrazak Mokri zum Boykott der Präsidentschaftswahlen 2014 aufgerufen hatte, unterstützte der ehemalige MSP-Parteipräsident Aboudjerra Soltani die erneute Kandidatur von Staatspräsident Bouteflika.

7. Die Mittel der politischen Parteien

Heute benötigen Parteien, um ihre Existenz und ihre Wählerchancen zu sichern, nicht mehr nur ausreichend finanzielle Mittel. Es bedarf auch der richtigen, zeitgemäßen Kommunikationsstrategie.

7.1. Die politischen Parteien und die Welt des Geldes: Die Herrschaft der Grauzonen

Die Finanzierung der Parteiarbeit und die Geldquellen der Parteien sind eine äußerst heikle Thematik. Zwar können die täglichen Aufgaben einer politischen Partei nicht ohne ein Mindestmaß an Finanzierung wahrgenommen werden; problematisch wird die Finanzfrage aber vor allem während des Wahlkampfes, denn die Kandidaten müssen die für ihre Kampagnen erforderlichen Mittel selbst aufbringen. Gesetzliche Bestimmungen zur Finanzierung von Partei und Wahlkampf liegen zwar vor, dennoch ist die Parteienfinanzierung intransparent.

Die Gesetzeslage

Die Parteienfinanzierung wird in den Artikeln 54 bis 59 des seit 2012 gültigen Parteiengesetzes über den Zugang politischer Parteien zu finanziellen Zuwendungen durch den Staat sehr präzise geregelt. So kann eine genehmigte politische Partei eine staatliche Zuwendung im Verhältnis zur Anzahl der von ihr errungenen Parlamentssitze oder der Anzahl der aus ihrer Partei in die Kommunal- und Wilaya-Versammlungen gewählten Politiker erhalten. Diese Logik entspricht dem Prinzip, dass nur „den Reichen Geld geliehen wird", denn je reicher eine Partei ist, umso leichter, effizienter und schlagkräftiger ist sie in der Lage, ihre Wählerbasis zu mobilisieren und zu erweitern.

Die zweite Finanzierungsquelle sind die Mitgliedsbeiträge. Das Gewicht dieser Ressource ist jedoch gering, da die meisten Parteien wenige Mitglieder haben. Hinzu kommen noch die Abgaben

der gewählten Volksvertreter, insbesondere der Parlamentsabgeordneten, die sehr großzügige Diäten erhalten.[60] Das Gesetz sieht zudem die Finanzierung über Spenden, Erbschaften und Geschenke inländischen Ursprungs, die von „klar identifizierbaren natürlichen Personen" stammen müssen, vor. Diese Zuwendungen unterliegen einer Obergrenze und dürfen nicht mehr als „das Dreihundertfache des Mindestlohns pro Spende und Jahr" betragen; sie müssen dem Innenministerium unter Angabe des Spenders und des Betrages deklariert werden.

Parteien dürfen jedoch weder direkt noch indirekt Geld- oder Sachspenden oder andere Beiträge, in welcher Form auch immer, von einem ausländischen Staat oder einer natürlichen oder juristischen Person ausländischer Nationalität annehmen.[61]

Das Gesetz legt die Ausgabenhöhe für Wahlkampfausgaben fest. Eine Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen darf einen Betrag von 60.000.000 DA (493.000 Euro) im ersten Wahlgang und 80.000.000 DA (657.000 Euro) im zweiten Wahlgang nicht übersteigen. Wenn es einem Kandidaten überhaupt gelingt, diese Summe aufzubringen, werden ihm 10 Prozent der Ausgaben rückerstattet, wenn er zwischen 10 und 20 Prozent der abgegebenen Stimmen erringen konnte; wenn er mehr als 20 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte; werden ihm 30 Prozent der Ausgaben rückerstattet. Jeder Kandidat weiß, dass er, außer im Fall eines Wahlsieges, seine Investition entweder vollständig oder zum großen Teil verliert.

Bei den Legislativwahlen sind die Wahlkampfausgaben auf eine Million Dinar (8.217 Euro) pro Kandidat beschränkt. Gelingt es dem Kandidaten mindestens 20 Prozent der Stimmen auf sich zu vereinen, werden ihm 25 Prozent der tatsächlich getätigten Ausgaben bis zur maximal erlaubten Höhe rückerstattet. Hinzu kommt die Finanzierung des Wahlkampfes, vorausgesetzt der Kandidat hatte bereits einen Sitz im Parlament. In diesem Fall erhält die Partei eine öffentliche Subvention in Höhe von 400.000 Dinar (3.286 Euro) pro Abgeordnetem und Jahr. Letztlich begünstigt das Gesetz die großen im Parlament vertretenen Parteien, die per definitionem bereits über Eigenmittel verfügen.

Die Praxis

Die Parteienfinanzierung in Algerien weist mehrere Besonderheiten auf. Erstens sind nicht alle Details per Gesetz geklärt, da noch nicht alle Durchführungsbestimmungen zum neuen Parteiengesetz verabschiedet wurden. Aber auch in den Bereichen, in denen bereits Durchführungsverordnungen bestehen, ist das Gesetz nicht immer leicht umzusetzen. Zwischen den gesetzlichen Höchstgrenzen und den realen Kosten ist die Kluft zum Teil erheblich. Ein Beispiel: Ein landesweiter Wahlkampf für die Legislativwahlen kostet eine Partei in der Regel deutlich mehr Geld als im Gesetz vorgesehen und beläuft sich für Plakate und Transport der Kandidaten auf zwischen 60 und 70 Millionen Dinar, anstatt der dafür im Gesetz vorgesehenen eine Million Dinar. Bei den Kommunalwahlen liegen die realen Kosten zwischen zehn und 30 Millionen Dinar (82.000 bzw. 246.000 Euro).[62] Natürlich variieren die Ausgaben je nach Ort (und sind in Großstädten höher als auf dem Land) und nach der Anzahl der Kandidaten.

Die mangelnden Kontrollen und die fehlende Transparenz der Parteienfinanzierung schüren Gerüchte und führen zu gegenseitigen Anschuldigungen. Zwei Kritikpunkte werden besonders häufig angebracht und nehmen in der öffentlichen Debatte einen zentralen Platz ein: die Finanzierung der islamistischen Parteien durch ausländische Staaten und die Rolle des Schwarzgeldes bei der Förderung von politischen Akteuren. Immer wieder wird die Frage nach der Rolle nahöstlicher Staaten wie insbesondere Saudi-Arabien, Katar und in jüngster Zeit der Türkei und der türkischen islamistischen AKP bei der Unterstützung algerischer islamistischer Parteien in die öffentliche Debatte eingebracht und sehr kontrovers und polemisch diskutiert. Die liberalen und linken Parteien,[63] die sich der Modernität verpflichtet haben, prangern bevorzugt die Golfstaaten und deren Unterstützung der islamistischen Parteien an. Universitätsprofessoren wie der Soziologie Zoubir Arrous vertreten ähnliche Standpunkte, verweisen aber auch darauf, dass es an Beweisen fehle. Amel Boubeker, der zu dieser Thematik recherchierte, bestätigte indessen diese Finanzierungen. Allerdings ist für ihn diese Unterstützung aus den Golfstaaten in erster Linie eine Maßnahme dieser Staaten, um ganz pragmatisch ihre Interessen zu sichern und ihren geopolitischen und wirtschaftlichen Einfluss auszuweiten. Die Unterstützung der algerischen islamistischen Parteien ist Bou-

beker zufolge Teil dieser Strategie. Die algerischen islamistischen Parteien bestreiten, Gelder aus den Golfstaaten zu erhalten. Sie erklären, dass ihre gesellschaftliche Basis, ihre Anhänger und Sympathisanten, die häufig Geschäftsleute, Unternehmer und Kleinindustrielle sind, die Finanzierung der Partei sichern.[64]

Es ist nicht klar, wie groß der Einfluss der gewählten Instanzen Algeriens bei der Ausarbeitung von Entscheidungen ist, die direkt den Wirtschaftssektor betreffen. Folglich ziehen einige algerische Geschäftsleute formelle und informelle Kontakte zur jeweiligen Regierung und deren Ministern der Kontaktpflege mit Vertretern des Parlaments vor.[65] Die Geschäftsleute, die sich die letzten Jahre mehr mit politischen Fragen befassen, weigern sich allerdings, offen über ihre Verbindungen zu sprechen; eine Ausnahme ist die Unterstützung des Staatspräsidenten und seiner direkten Verbündeten. Hier fallen die Tabus, wie der zunehmende politische Einfluss des Unternehmerverbandes FCE (Forum des Chefs d'Entreprises) beweist.[66]

Im Zusammenhang mit den Parteien und ihren Parteiführern bleiben offene Fragen zur Finanzierung bestehen. Es ist oft unklar, wie manche Parteiführer ihren aufwändigen Lebensstil finanzieren können, denn weder ihr jeweiliger Beruf noch ihre offiziellen Vermögensangaben reichen dazu aus. „Die Existenz undurchsichtiger Finanzierungssysteme ist offensichtlich. Das System der Pfründe füllt die schwarzen Kassen der politischen Parteien. Eine politische Partei, die gut läuft, ist wie ein mittelständisches Unternehmen, das sich im Dunstkreis der Schattenwirtschaft, der Basarwirtschaft, entwickelt", meint dazu der Politikwissenschaftler Rachid Tlemçani.[67]

7.2. Die politischen Parteien und die Kommunikation: Eine neue Herausforderung

Die politische Kommunikation ist in Algerien noch nicht etabliert. Dieser Bereich beginnt sich gerade erst zu entwickeln und seine Unzulänglichkeiten – sowohl auf Ebene der offiziellen Institutionen als auch der politischen Akteure jenseits der Regierungsebene – sind offenkundig.

Die Kommunikation: Das Stiefkind der Politik

Den politischen Parteien wird im Allgemeinen vorgeworfen, dass sie 1) mehr auf Ereignisse reagieren, als diese selbst zu gestalten; 2) die Kommunikation auf einen engen Zirkel begrenzen, anstatt sie über Netzwerke mit großer Reichweite zu verbreiten;[68] 3) lieber auf traditionelle Weise kommunizieren, als sich den neuen Medien gegenüber zu öffnen und diese zu nutzen;[69] 4) nur unregelmäßig nach außen kommunizieren und gelegentlich politische Kommunikation mit Wahlkampfwerbung verwechseln. Eine Studie belegt die Dominanz der Wahlkampagnen in der parteipolitischen Kommunikation. Dazu befragt, bestätigten 90 Prozent der Abgeordneten einer großen Partei diesen Sachverhalt. Dies galt auch für den Medienauftritt des Generalsekretärs des RND, Ahmed Ouyahia, vom Juli 2016, als er sich in einer sowohl in Arabisch, Französisch und Tamazight ausgestrahlten Videobotschaft an die Öffentlichkeit und potentielle RND-Wähler wandte.[70] Dieser Medienauftritt stand bereits in direktem Zusammenhang mit den 2017 bevorstehenden Legislativwahlen.

Ein anderer zentraler Kritikpunkt an der politischen Kommunikation der algerischen Parteien bezieht sich auf die verbreitete Angewohnheit, sich eines einheitlichen Diskurses zu bedienen. Das heißt, alle Parteien beziehen sich kontinuierlich auf den kolonialen Befreiungskrieg und auf die damit verbundenen Gründungsprinzipien der algerischen Republik, nämlich den in den Rang eines Dogmas erhobenen Patriotismus. So weigert sich die Partei Union pour le Rassemblement National (URN; Union für nationale Sammlung) sich als eine Partei mit klassisch ideologischer Ausprägung (rechts oder links, liberal oder konservativ) zu definieren und beruft sich stattdessen auf den Patriotismus: „Die URN ist weder eine Links- noch eine Rechtspartei. Wir sind eine ihrem Wesen nach nationale politische Organisation, die sich für die Aufrechterhaltung der nationalen Souveränität, die Verteidigung der konstanten Werte der Nation und der Errungenschaften des Volkes im Sinne der Ideale des 1. November 1954 einsetzt."[71] Der islamistische Front pour la Justice et le Développement (FJD), präsidiert von Abdallah Djaballah, bekräftigt seinerseits, dass „die ideologischen Referenzen des FJD die Gründungsdokumente der algerischen Revolution sind, die auf den Werten des Islam basieren".[72] Die islamistische Partei TAJ wählt das gleiche konsensorientierte ideologische Register. Amar Ghoul, der

Gründer der Partei, definiert den TAJ als „nationalistische Partei", wobei er behauptet, dass „wir [bei TAJ] alle Algerier als unsere Partner betrachten. Wir haben die ideologischen Differenzen verbannt. Wir reichen allen Algeriern ohne Ausnahme die Hand, um dem Aufbau des Landes zu dienen".[73]

Keine einzige politische Partei klammert diese doktrinäre Referenz aus. Der am 1. November 1954 ausgebrochene Befreiungskrieg ist jenes zentrale Ereignis, das zur Gründung des algerischen Staats führte. Allerdings ist Algerien als Kultur, Identität und Volk nicht erst 1954 entstanden. Vielmehr waren die Ideale und Ziele der Befreiung und die Freiheiten, die in der Erklärung vom 1. November 1954 benannt wurden, bereits durch zahlreiche frühere Widerstandsbewegungen, deren Ausgangspunkt die französische Invasion Algeriens 1830 war, eingefordert worden.

Die parteipolitische Kommunikation zwischen alten Zwängen und neuen Perspektiven

Der FLN als direkte Nachfolgeorganisation der bis 1989 bestehenden Einheitspartei und Repräsentant der Kontinuität nimmt in den Medien paradoxerweise den größten Platz ein und zieht mit oft polarisierenden Meldungen die Aufmerksamkeit der gesamten politische Klasse, der Medien und der breiten Öffentlichkeit auf sich. Seine große Nähe zu den Zentren der Entscheidungsfindung, die unterschiedlichen ideologischen Strömungen und Fraktionen, die er umfasst, und der Einfluss seines jeweiligen Generalsekretärs sind Faktoren, die dem FLN eine Rolle zuweisen, die nicht ignoriert werden kann. Um die Erklärungen, Positionen und die Spannungen im Inneren der Partei öffentlich zu machen, verfügt der FLN über eine ganze Palette an klassischen und elektronischen Medien wie z. B. die Tageszeitung „Sawt El Ahrar" (Stimme der Freien), Verbindungen zu bestimmten Fernsehsendern wie Ennahar und eine große Präsenz im Internet (Mailadresse, offizielle Webseite, Facebook, Twitter, Youtube). Die Medien des FLN (wie auch des RND) sind inhaltlich eine geschickte Kombination aus aktuellen parteispezifischen Nachrichten und aus Meldungen zu den politischen Verantwortlichen (Staatspräsident, Regierung). Dadurch unterscheiden sich die Medien des FLN von den Medien anderer Parteien wie RCD, FFS oder MSP.[74]

Insgesamt gilt für Algerien wie auch für andere nordafrikanische Länder: Die politischen Parteien müssen sich verstärkt der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien bedienen, wenn sie die Jugend, die soziale Kategorie, die den Wahlen am häufigsten fernbleibt, mobilisieren wollen.[75] Durch den spektakulären Einzug des Internets in die algerischen Haushalte, insbesondere seit der Einführung des 3G-Netzes, werden die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zu tatsächlich anwendbaren Kommunikationsmitteln für die Parteien. Dem FFS stehen beispielsweise zwei Online-Zeitungen nahe: „Libre Algérie" und „La Nation"; die Partei besitzt zwei Webseiten (französisch und arabisch), einen TV-Sender auf Youtube, vier offizielle Facebook-Seiten, darunter die offizielle Seite der Partei und der Parlamentsfraktion; hinzu kommen die Seiten und Blogs der regionalen Parteistrukturen. Der FFS unterscheidet sich von anderen politischen Parteien durch die Facebook-Seite seiner Parlamentsfraktion.[76]

Die sozialen Netzwerke nehmen den ersten Rang bei den Nutzern der Informationstechnologien ein;[77] mit einem persönlichen Account kann deshalb mehr Breitenwirkung als mit einem offiziellen politischen Internetauftritt erzielt werden. So hat in der Regel ein einzelner Abgeordneter mehr „Freunde" als die Parlamentsfraktion, der er angehört.[78]

Trotz der Bereicherung durch die neuen Informationstechnologien weist die parteipolitische Kommunikation in Algerien weiterhin schwere Mängel auf. Ein Journalist stellte sogar die Frage, ob die Kommunikationsverantwortlichen der politischen Parteien tatsächlich Kommunikationsprofis sind oder ob es sich nur um einfache Parteisekretäre handelt, deren Aufgabe darin besteht, das Telefon zu beantworten und Einladungen zu verschicken.[79] Die Parteien kennen diese Kritik und reagieren darauf. Der islamistische MSP weist die Kritik zurück und behauptet, mit der Bevölkerung kontinuierlich in Kontakt zu stehen. Sein Parteichef Abderrazak Mokri behauptet, pro Woche zwei Treffen mit Bürgern durchzuführen und dazu 48 Wilaya des Landes zu bereisen. Die Mitglieder des nationalen Parteivorstandes seien ebenfalls in den Wahlkreisen unterwegs und hielten in den großen Städten Treffen mit den Bürgern auf Märkten und Plätzen ab. Im Übrigen organisiere die Partei zur Bereicherung der öffentlichen Debatte einmal pro Monate einen Vortrag zu einem bestimmten Thema.[80]

Alle Oppositionsparteien behaupten, dass die Blockade des politischen Lebens, die Behinderungen ihrer öffentlichen Auftritte und ihr eingeschränkter Zugang zu den wichtigsten Medien für ihre geringe Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit verantwortlich sind. Paradoxerweise wird diese Behauptung auch von einer der Regierungsparteien, dem RND, aufgestellt. Eine 2015 durchgeführte Studie zeigt, dass 74,77 Prozent der befragten Abgeordneten der Auffassung sind, dass das politische System in seiner aktuellen Form einen wesentlichen Einfluss auf die Funktionsweise und Wirkung der politischen Kommunikation habe.[81]

8. Perspektiven

8.1. Mittelfristig einflussreiche Parteien

Die Jahre bis zu den nächsten Präsidentschaftswahlen 2019 werden für Algeriens Zukunft entscheidend sein, da sich in diesem Zeitraum die Nachfolge von Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika klären wird. Wenn von der Hypothese ausgegangen wird, dass die Nachfolge der inneren Logik des politischen Systems gehorchen und dem Erhalt des Status quo dienen wird, dann können die Parteien, die mit großer Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft eine Rolle spielen werden, in zwei Kategorien unterteilt werden: die „Unvermeidlichen" und die „Unsicheren".

Die Unvermeidlichen

Der FLN: Die Partei wird wahrscheinlich auch weiterhin ein entscheidender Akteur in Algerien bleiben und eine wichtige politische Rolle spielen, nicht zuletzt als im Bedarfsfall zu mobilisierender Wahlapparat. Dieses Szenario könnte allerdings durch eine an höchster Stelle getroffene Entscheidung in Frage gestellt werden, durch die der FLN als historischer Akteur mit nationaler Dimension der politischen und parteiischen Instrumentalisierung entzogen würde; damit würde die Partei ins „Museum der Geschichte" verbannt.[82] Die Erhebung des FLN in den Rang eines Symbols für die kollektive historische Identität (wie die Sprache und die Religion, deren politische Instrumentalisierung per Gesetz gleichfalls untersagt ist) würde faktisch den Ausschluss der Partei aus der politischen Arena besiegeln. Ohne gleich diesen weitreichenden Schritt in naher Zukunft für wahrscheinlich zu halten, sollte dennoch die

Möglichkeit einer Schwächung der Partei in Betracht gezogen werden, besteht sie doch aus unterschiedlichen Fraktionen, die von den Auseinandersetzungen der verschiedenen Gruppen im Entscheidungsapparat direkt beeinflusst werden.

Das islamistische Lager: Die politische Landschaft Algeriens ist ohne einen Akteur dieses Lagers nur schwer vorstellbar; es ist jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorherzusehen, welche islamistische Partei dieses Lager in Zukunft vertreten wird. Der MSP ist die Partei mit der ältesten und umfassendsten Verankerung, da er den Muslimbrüdern angehört und gute Beziehungen zur Wirtschaft und zur Verwaltung unterhält. Er achtet auch auf einen regelmäßigen Wechsel an der Parteispitze, der einflussreiche Führungspersönlichkeiten hervorbringt. Diese Qualität sollte in einer Gesellschaft mit einer stark traditionell, patriarchalisch und oral geprägten Kultur nicht unterschätzt werden. Dennoch hat die Partei Mühe, aus dem Schatten eines ihrer Gründer, dem 2003 verstorbenen Mahfoud Nahnah, zu treten. Der MSP wird zudem häufig von internen Auseinandersetzungen erschüttert, die seine Entwicklung hemmen und damit eine Vormachtstellung der Partei im islamistischen Lager verhindern. Die Kontroversen zwischen dem amtierenden MSP-Parteipräsidenten Mokri und seinem Vorgänger Soltani halten unvermindert an. Aufgrund dieser Schwächen erscheint es eher unwahrscheinlich, dass der MSP eine Vormachtstellung erlangt, nicht zuletzt auch deshalb, weil andere islamistische Parteien auf den Plan getreten sind wie z. B. der Front du Changement oder TAJ, die als Konkurrenten zum MSP bei der Mobilisierung von Ressourcen und der Zusammenarbeit mit der Staatsführung auftreten.

Das „demokratische" Lager:[83] Dieses Lager existiert in der algerischen Gesellschaft, die sich wie andere nordafrikanische Gesellschaften in den letzten Jahren urbanisierte, feminisierte und über die Informationstechnologien in den Globalisierungsprozess eingliederte. Mehrere Parteien des rechten und linken Spektrums verteidigen Ideen und Prinzipien, die sich auf ein demokratisches System im „westlichen" Sinn beziehen und dessen Errichtung einfordern. Eine Quantifizierung dieses Lagers bleibt jedoch schwierig, denn die ihm zuzurechnenden Parteien wie FFS, MPA, Parti Jil Jadid, PT, RCD oder Union pour le Changement et le Progrès (UCP; Union für Wandel und Fortschritt) haben Mühe, sich auf nationaler Ebene zu verankern. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass Vertreter

dieses Lagers auch zukünftig in den gewählten Instanzen vertreten sein werden und die Staatsführung ihre Präsenz in den gewählten Institutionen auf nationaler, lokaler und regionaler Ebene sowie in der Regierung fördern wird, weil die Existenz dieses Lagers für das internationale Image Algeriens wichtig ist. Die Präsenz von säkular-demokratisch orientierten Parteien in den Institutionen erlaubt es der Staatsführung, auf die Anwesenheit von (modernistischen) „Demokraten" zu verweisen.

Das wahrscheinlichste Szenario wird sein, dass der FLN aufgrund seiner politischen Repräsentativität und seiner nationalistisch-konservativen Orientierung die stärkste Partei bleiben wird, weil die derzeitige Staatsführung das nationalistische Lager konsolidieren will. Parallel dazu werden das islamistische und das demokratische Lager jeweils durch eine Vielzahl von Parteien vertreten sein: 1) um zu verhindern, dass eine politische Kraft entsteht, die einem politischen oder ideologischen Block als „Zugpferd" dienen kann; 2) um die Auswahl der auswechselbaren Parteien zu erleichtern, die in der Allianz der Regimetreuen vertreten sind, und 3) um Algerien als demokratisches und pluralistisches Land präsentieren zu können.

Die Unsicheren

Die Nationale Koordination für Freiheiten und demokratische Transition (CNLTD): Dieses Oppositionsbündnis weist mehrere Schwachpunkte auf, die sein Überleben unsicher machen. Zum einen entschlossen sich bereits einige Parteien wie der Parti Jil Jadid, das Bündnis zu verlassen. Im Abschlussdokument der als „Mazafran 1" bekannt gewordenen Konferenz, die im Juni 2014 in Algier stattfand, wurde festgehalten, dass sich die Koordinationsinstanz der CNLTD, die ICSO (Instance de Coordination et de Suivi de l'Opposition), als oberstes Gremium des Bündnisses regelmäßig einmal pro Monat trifft. Bei diesen Treffen analysierten dem Bündnis beigetretene Politiker, Akademiker und Vertreter der Zivilgesellschaft nicht nur die aktuelle politische Lage Algeriens mit dem Ziel, eine Annäherung der verschiedenen Parteien der CNLTD untereinander zu erwirken. Die Treffen waren auch eine monatliche Begegnung mit der Öffentlichkeit und ein wichtiges Instrument der politischen Kommunikation. Je näher die Legislativwahlen 2017 rücken, umso mehr zeichnet sich jedoch ein möglicher Zerfall des Bündnisses ab, da seine Mitglieder individuell einen Vorteil aus den Wahlen ziehen

wollen und eine Annäherung der Positionen und gemeinsame Aktionen nicht mehr zur Debatte stehen.

Die Unterstützerparteien der Staatsführung: Die Zukunft vieler Parteien dieser Kategorie ist ungewiss. Sie wurden in Rekordzeit nach 2011 gegründet und genehmigt und sollten eine spezifische Funktion übernehmen, nämlich das Präsidentenlager zu stärken. Parteien, die zweckgebunden gegründet wurden, verschwinden oftmals nach Erfüllung ihrer Mission. Die in Algerien nach 2011 gegründeten Unterstützerparteien der Staatsführung haben derzeit große Mühe, die für ihren Fortbestand erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen zu mobilisieren. So war die von Abdelaziz Belaid gegründete Partei Front de l'Avenir (Front der Zukunft) bei den Legislativwahlen 2012 und bei den Präsidentschaftswahlen 2014 zwar auf der politischen Bühne und in den Medien präsent, während des Jahres 2016 war die Partei allerdings fast unsichtbar.

Andere Parteien überlebten bislang nur, indem sie wie Chamäleons ihre politische Identität veränderten. Die Alliance Nationale Républicaine (ANR; Nationale republikanische Allianz) wurde im Mai 1995 gegründet, als die Staatsführung einen modernistisch und säkular orientierten Sprecher brauchte. Zwanzig Jahre später verteidigt die ANR eine konservative und nationalistische Linie.

8.2. Zwei Hypothesen zur Zukunft von Parteien in Algerien

Es stellt sich für Algerien die Frage, welche Art von Partei in Zukunft eine Rolle spielen kann. Mit zwei Hypothesen soll versucht werden, sich einer Antwort anzunähern.

Hypothese I: Die künftig einflussreiche Partei wird nach Art einer Front strukturiert sein.

Das jüngste Beispiel einer erfolgreichen Front ist die islamistische Heilsfront FIS der Jahre 1989 bis 1992. Es ist vorstellbar, dass eine als Front strukturierte politische Partei mit einem vergleichbar ultrapopulistischen Diskurs, der eventuell mit religiösen Referenzen angereichert ist, die Massen mobilisieren kann. Eine solche Front könnte in Algerien insbesondere als Folge einer Wirtschaftskrise entstehen. Auch wenn Algerien 2016 einer solchen Krise gerade noch entging, stehen alle wirtschaftlichen Indikatoren weiterhin auf Rot.[84]

Unabhängig von der aktuellen wirtschaftlichen Lage scheint es auch aus historischen Gründen wahrscheinlicher, dass nicht eine „Partei" im Sinne der modernen Politikwissenschaften künftig eine Rolle spielen wird, sondern vielmehr eine „Front", die ein Auffangbecken für verschiedene Tendenzen und Strömungen darstellt. So wie das bereits beim FLN der Fall war, der bis heute eine ideologisch verwässerte „Volkspartei" geblieben ist und Sozialisten, Liberale, Konservative und Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten zu seinen Mitgliedern zählt. Der Begriff „Front" wird überdies nicht nur im nationalistischen Lager verwendet. Auch bei den Islamisten (Front du Changement usw.) und bei den säkularen Demokraten (FFS usw.) wird er benutzt.

Auf der Ebene der politischen Aktion wird die Strategie der Ad-hoc-Koalitionen (flexibel, zeitlich begrenzt, unterschiedlich anwendbar) die Norm darstellen. Ihre Hauptakteure schließen sich nicht aufgrund ideologischer Ähnlichkeiten zusammen, sondern weil es die politische Situation erfordert bzw. es politisch opportun ist.

Hypothese II: Die künftig einflussreiche Partei wird eine Partei der Eliten sein.

Sollte die politische Krise weiter andauern und sich die Gefahr weitreichender negativer sozioökonomischer Folgen konkretisieren, kann nicht ausgeschlossen werden, dass eine neue Partei gegründet wird, die hauptsächlich aus Geschäftsleuten, Unternehmern und Fachleuten diverser Sparten bestehen. Die Aufgabe dieser Partei würde darin bestehen, Krisenmanagement zu betreiben und Algerien die notwendigen, allerdings auch schmerzlichen Reformen zu verordnen. Diese Partei mit geringer ideologischer Verankerung, aber mit beachtlichem, ihre soziologische Verankerung übersteigendem sozialen Kapital würde mithelfen, eine gewaltfreie Transitionsphase des bestehenden Systems vorzubereiten und erfolgreich umzusetzen.

1| Sieger der Präsidentschaftswahl vom 16.11.1995 wurde mit 61,34 Prozent der abgegebenen Stimmen General Liamine Zeroual, weit vor Mahfoud Nahnah, dem Kandidaten des islamistischen Mouvement de la Société pour la Paix (MSP; Bewegung der Gesellschaft des Friedens), der 25,6 Prozent der Stimmen erhielt, und vor Said Sadi, dem Kandi-

daten des säkular orientierten Rassemblement pour la Culture et la Démocratie (RCD; Sammlungsbewegung für Kultur und Demokratie), der 9,6 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte.

2| Abdelaziz Bouteflika war Sieger der Präsidentschaftswahl vom 15.4.1999; Bouteflika vereinigte 73,8 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich. Die anderen sechs Kandidaten hatten zusammen 26,2 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten.

3| Mehrere Arbeiten wurden zur Frage der politischen Deliberalisierung in Algerien verfasst. Vgl. insbesondere die Studien von Mohammed Hachemaoui; u. a. seinen Beitrag: La représentation politique en Algérie entre médiation clientélaire et prédation (1997–2002), in: Revue Française de Science Politique, Paris, Band 53, Nr. 1, 2003, S. 35–72.

4| Dris, Cherif: Quatrième mandat de Bouteflika: le parachèvement de la sanctuarisation du pouvoir présidentiel, in: L'Année du Maghreb, Paris, Band 11, 2014, S. 215–228.

5| Im Gründungkomitee müssen zwei Gründungsmitglieder pro Wilaya (Provinz) vertreten sein, die mindestens ein Viertel der (insgesamt 48) Wilayas repräsentieren müssen. Die Gründungsmitglieder müssen einen Auszug aus dem Strafregister vorlegen. Das Mindestalter für Gründungsmitglieder beträgt 25 Jahre.

6| Die Erklärung muss unterzeichnet und drei Tage vor dem Datum der Veranstaltung durch drei Personen, die ihren Wohnsitz in der betreffenden Wilaya haben und über alle staatsbürgerlichen Rechte verfügen, beim Amtssitz der Wilaya eingereicht werden. Die Erklärung muss den Gegenstand, den Ort, den Tag, die Uhrzeit, die Dauer der Versammlung und die vorgesehene bzw. wahrscheinliche Anzahl der Teilnehmer enthalten; vgl. http://www.interieur.gov.dz/index.php/fr/vie-associative#faqnoanchor (letzter Abruf: 30.12.2016).

7| Der Antrag auf Genehmigung muss folgende Informationen enthalten: Das Ziel der Veranstaltung, die Anzahl der (erwarteten) Teilnehmer und woher sie kommen, Name und Sitz der betreffenden politischen Partei, den Weg, den die Demonstration nehmen soll, Tag, Uhrzeit und Dauer der Veranstaltung; ferner müssen Angaben zu den bereitgestellten materiellen Mitteln und den Mitteln zur Sicherung der Veranstaltung von ihrem Beginn bis zur Auflösung der Demonstration gemacht werden; vgl. http://www.interieur.gov.dz/index.php/fr/vie-associative#faqnoanchor (letzter Abruf: 30.12.2016).

8| Am 1.11.1954 begann der vom FLN angeführte Befreiungskrieg gegen die französische Kolonialmacht.

9| Reporters, Algier, 17.10.2015 (Imad Boubekri: Ils se sont réunis au bureau d'Ali Benouari à Alger: Les partis non agréés s'organisent).

10| Zur Wahlenthaltung bzw. zu den Nichtwählern vgl. Dris-Aït Hamadouche, Louisa: L'abstention en Algérie: un autre mode de contestation politique, in: L'Année du Maghreb, Paris, Band 5, 2009, S. 263–273.

11| Die Autoren dieser Studie verwenden den Begriff „Nationalismus" für den arabischen Begriff „wataniya" (Patriotismus; Heimatliebe). Nationalismus bzw. nationalistisch verweist in diesem Beitrag somit nicht auf Nationalismus als extremistische Strömung, die den Hass gegenüber dem Anderen beinhaltet.

12| So Said Saadi im Fernsehsender Berbère TV, zitiert in der Tageszeitung Liberté, Algier, 19.12.2015.

13| Vgl. Algérie Presse Service, Algier, 4.11.2013 (Le printemps arabe, un chaos programmé avec un soutien étranger).

14| Vgl. L'Éconews, 25.3.2016 (PT: Les avertissements de Louisa Hanoune), http://www.leconews.com/fr/politique/politique-national/activite-partisane/

pt-les-avertissements-de-louisa-hanoune-25-03-2016-177117_367.php (letzter Abruf: 30.12.2016).

15| Diese Entscheidungen betreffen insbesondere das Finanzgesetz 2016 und die Absetzung von General Mediène, Leiter des Nachrichtendienstes DRS.

16| Vgl. Liberté, Algier, 20.3.2012 (Mahmoud Rechidi succède à Salhi Chawki à la tête du PST), http://www.liberte-algerie.com/actualite/mahmoud-rechidi-succede-a-salhi-chawki-a-la-tete-du-pst-105160/print/1 (letzter Abruf: 30.12.2016).

17| Abdallah Djaballah stammt aus der Gemeinde Tamalous (Wilaya Skikda).

18| Nach dem Ausschluss Djaballahs erlitten beide Parteien bei Wahlen erhebliche Verluste. Der MRN (El Islah) gewann bei den Legislativwahlen 2007 nur drei Sitze, während die Partei unter Führung Djaballahs bei den Legislativwahlen 2002 43 Sitze errungen hatte.

19| Algérie Patriotique, Algier, 25.8.2013 (Sonia B.: Guerre ouverte entre le FFS et le RCD en Kabylie), http://www.algeriepatriotique.com/fr/article/guerre-ouverte-entre-le-ffs-et-le-rcd-en-kabylie (letzter Abruf: 30.12.2016).

20| Hocine Aït-Ahmed versöhnte sich 1985 mit seinem ehemaligen Gegner, Ahmed Ben Bella (algerischer Staatspräsident 1962–1965), unter dessen Präsidentschaft Aït-Ahmed inhaftiert worden war, während Said Sadi die Beteiligung seiner Partei an einer Regierung akzeptierte, der auch die Islamisten des MSP angehörten.

21| Addi, Lahouari: Les partis politiques en Algérie, in: Revue des Mondes Musulman et de la Méditerranée, Aix-en-Provence, Band 111–112, 2006, S. 139–162 (Themenband: Les partis politiques au Maghreb), https://remmm.revues.org/2868 (letzter Abruf: 30.12.2016).

22| Anspielung auf die Erklärung vom 1. November 1954 als doktrinäre Basis des Befreiungskrieges.

23| Mit dem Begriff „Amazigh-Kultur", der sowohl die Sprache als auch kulturelle Ausdrucksformen der Berberophonen umfasst, wird hier der in den französischen Texten der Maghrebstaaten gebräuchliche Begriff „Amazighité" übersetzt.

24| Tamurt News, 31.8.2015 (Hakim Tazrout, Amar Ghoul, président du parti algérien TAJ: „La vraie menace sur l'Algérie sont les idées séparatistes"), http://www.tamurt.info/amar-ghoul-president-du-parti-algerien-taj-la-vraie-menace-sur-lalgerie-sont-les-idees-separatistes/ (letzter Abruf: 30.12.2016).

25| Zum Programm des FLN vgl. Le FLN: Le Programme Général du Parti. 2013–2015, http://www.pfln.org.dz/ (letzter Abruf: 30.12.2016).

26| Boubekeur, Amel: Les partis islamistes algériens et la démocratie: vers une professionnalisation politique?, in: L'Année du Maghreb, Paris, Band 4, 2008, S. 219–238, http://anneemaghreb.revues.org/444 (letzter Abruf: 30.12.2016).

27| Africatime.com, 7.5.2013 (Abderrezak Mokri dévoile son programme politique: „Le MSP restera dans l'opposition"), http://fr.africatime.com/algerie/articles/abderrezak-mokri-devoile-son-programme-politique-le-msp-restera-dans-lopposition (letzter Abruf: 30.12.2016).

28| Präambel des Wahlprogramms von Said Sadi in: Liberté, Algier, 3.–4.11.1995, zitiert nach Ouali, Ilikoud: FFS et RCD: partis nationaux ou partis kabyles?, in: Revue des Mondes Musulmans et de la Méditerranée, Aix-en-Provence, Band 111–112, 2006, S. 163–182, http://remmm.revues.org/2870 (letzter Abruf: 30.12.2016).

29| Hirech, Mohamed Baghdad: La citoyenneté dans le discours des partis politiques (arabischer Text), in: Remaoun, Hassan (Hrsg.): L'Algérie aujourd'hui: Approches sur l'exercice de la citoyenneté, Oran: Centre de Recherche en Anthropologie Sociale et Culturelle 2012, hier S. 52–53.

30| *RND: Congrès extraordinaire tenue les 05 et 07 mai 2016. Résolution Economique et Sociale, http://www.rnd-dz.org/spip.php?article531. (letzter Abruf: 30.12.2016); RND: Congrès extraordinaire du 05 au 07 Mai 2016. Déclaration politique du Congrès extraordinaire, http://www.rnd-dz.org/spip.php?article531 (letzter Abruf: 30.12.2016).*

31| *Fondements et Principes du RCD, http://www.rcd-algerie.org/2016/06/07/fondements-et-principes-du-rcd/2/ (letzter Abruf: 30.12.2016).*

32| *Vgl. La Charte du Parti des Travailleurs, http://www.pt.dz/?La-Charte (letzter Abruf: 30.12.2016).*

33| *Zu Abdallah Djaballahs Kritik an der geplanten Verfassungsänderung und der Änderung des Strafgesetzes vgl. in arabischer Sprache die Meldung vom 3.4.2015 in: Siliana-net, http://siliana-net.blogspot.com/2015/04/blog-post_4.html (letzter Abruf: 30.12.2016).*

34| *Das politische Programm des MSP (in arabischer Sprache) findet sich auf der Webseite der Partei http://hmsalgeria.net/ar (letzter Abruf: 30.12.2016).*

35| *Vgl. Almanach-dz.com, Algier, http://www.almanach-dz.com/index.php?op=fiche&fiche=4511 (letzter Abruf: 30.12.2016).*

36| *Bei der sogenannten Präsidentenallianz handelte es sich um eine im Februar 2004 vereinbarte Allianz zwischen den Parteien FLN, RND und MSP, um das Regierungsprogramm von Staatspräsident Bouteflika zu unterstützen. Die „Allianz des Präsidenten" gewann bei den Legislativwahlen 2007 die absolute Mehrheit (249 von insgesamt 389 Sitzen). Im Januar 2012 trat der MSP aus der Allianz aus.*

37| *Djabi, Abdenasser/Tlemçani, Rachid/Laggoune, Walid: Étude sur les élections locales du 29 novembre 2007 en Algérie, 269 S., hier: S. 255–256, http://www.cdg-lab.dirpolis.sssup.it/files/2012/10/A-Study-of-the-Local-Algerian-Elections-of-November-29-2007-FRENCH.pdf (letzter Abruf: 30.12.2016).*

38| *Diese Beispiele dienen nur der Illustration des Gesagten. Im Rahmen dieses Artikels kann nicht näher auf den realen Einfluss dieser Persönlichkeiten im modernistischen und demokratischen Lager eingegangen werden.*

39| *Vgl. hierzu La Tribune, Algier, 30.3.2016 (L'initiative du FLN se poursuivra à un niveau régional et local), http://latribunedz.com/article/15933-L-Initiative-du-FLN-se-poursuivra-a-un-niveau-regional-et-local (letzter Abruf: 30.12.2016).*

40| *Die Argumente lassen allerdings keinen Zweifel an der Position der Parteien aufkommen. Einhellig erklärten sie, dass es sich nicht um eine auf der Basis eines Konsenses erarbeitete Verfassungsänderung handele, die vom Volk ausgiebig diskutiert werden konnte. Die Abgeordneten hätten keine Änderungen einbringen können. Der Entwurf garantiere weder transparente Wahlen noch lege er das politische System fest oder garantiere die Gewaltentrennung und die Unabhängigkeit der Justiz.*

41| *Rabah Boucetta, führendes Mitglied des RCD, trat gefolgt von anderen führenden Mitgliedern aus der Partei aus, wobei er der CNLTD vorwarf, von der Demokratie abzuweichen und das islamistische Lager zu stärken.*

42| *Die Autoren nahmen an dem CNLTD-Treffen vom 30.3.2016 teil, das als „Mazafran 2" bezeichnet wurde. Bei diesem wichtigen Treffen wurden die Autoren Zeugen der Spannungen innerhalb des Bündnisses.*

43| *So schlug der RND vor, die Präsidentenallianz formell zu erneuern, was vom FLN mit dem Hinweis abgelehnt wurde, die Partei verfüge über eine komfortable Mehrheit im Parlament und sei nicht auf die Allianz angewiesen.*

44| *Dris, Cherif: Élections, dumping politique et populisme: Quand l'Algérie triomphe du «printemps arabe», in: L'Année du Maghreb, Paris, 2013, Band 9, S. 279–297.*

45| *Anlässlich der Kommunalwahlen von 2012 ging der RCD in der Gemeinde Barbacha (Wilaya Bejaia) ein Bündnis mit dem FLN und dem FFS gegen den Kandidaten des Parti Socialiste des Travailleurs (PST) ein. Der PST-Kandidat hätte die relative Mehrheit errungen, konnte sich aber gegenüber dem Parteienbündnis nicht durchsetzen.*

46| *„Ich werde öffentlich aussprechen, was Präsident Bouteflika mir über Sie sagte: ‚Nichts wird uns aufhalten. Wir wissen nun, dass es Widerstand gibt, auch in den Reihen der Armee; diesen Personen, die unser Land verkaufen und seinen Reichtum verschleudern wollen, werden wir uns in den Weg stellen'." Impact24.info, 9.12.2015 (Hanoune tire à boulets rouges sur Saadani), http://www.impact24.info/hanoune-tire-a-boulets-rouges-sur-saadani/ (letzter Abruf: 30.12.2016).*

47| *Le Soir, Algier, 29.12.2005 (Abboudjerra Soltani définit le MSP: Un parti stratégique).*

48| *Vgl. Tout sur l'Algérie, 13.9.2015 (Guenanfa, Hadjer/Mellal, Nadia: Mise à la retraite du général Toufik: les réactions), http://www.tsa-algerie.com/20150913/mise-a-la-retraie-u-geral-toufik-les-reactions/ (letzter Abruf: 30.12.2016).*

49| *Zur Veranschaulichung dieser Politisierung der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten vgl. Thieux, Laurence: Le secteur associatif en Algérie: la difficile émergence d'un espace de contestation politique, in: L'Année du Maghreb, Paris, Band 5, 2009, Band 5, S. 129–144, http://annee-maghreb.revues.org/545 (letzter Abruf: 30.12.2016).*

50| *Das Gesetz 90-14 vom Juni 1990 über die Ausübung der gewerkschaftlichen Rechte verbietet es Gewerkschaften ausdrücklich, „organische oder strukturelle Beziehungen" zu Vereinigungen mit politischem Charakter einzugehen.*

51| *So der Präsident des CLA Achour Idir auf einer Veranstaltung in Algier am 3.10.2015, an der die Autoren teilnahmen.*

52| *Vgl. Derras, Omar: Le phénomène associatif dans le cadre des réformes: réalités et perspectives, in: Insaniyat. Revue Algérienne en Anthropologie et Sciences Sociales, Algier, Nr. 3, 2012, S. 39 (Beitrag in Arabisch).*

53| *Wie z. B. der Gewerkschaftsverband UGTA (Union Générale des Travailleurs Algériens) und die Unternehmerverbände wie die Confédération Algérienne du Patronat (CAP), die Confédération Nationale du Patronat Algérien (CNPA), die Confédération Générale des Entreprises Algériennes (CGEA), die Confédération des Industriels et des Producteurs Algériens (CIPA) oder der Zusammenschluss von Unternehmerinnen, die Association des Femmes Algériennes Chefs d'Entreprise SEVE.*

54| *El Watan, Algier, 17.2.2014 (Berkouk, Safia: Lorsque le pouvoir convoque ses organisations de masse).*

55| *Die UNFA schlug die Einführung eines semipräsidentiellen Systems, die Ausweitung der Befugnisse der (indirekt gewählten) zweiten Kammer des Parlaments (Conseil de la Nation; Nationalrat/Senat), die Konstitutionalisierung des Wirtschafts- und Sozialrates CNES (Conseil National Économique et Social) und der Massenorganisationen vor.*

56| *Vgl. z. B. Algérie360.com, 11.3.2014 (Élection présidentielle. Malaise au sein des organisations de masse), http://www.algerie360.com/algerie/election-presidentielle-malaise-au-sein-des-organisations-de-masse/ (letzter Abruf: 30.12.2016).*

57| *Der Generalsekretär der ONEC, Tayeb Houari, wurde wegen des Verdachts, Ali Benflis (den Herausforderer von Abdelaziz Bouteflika) zu un-*

terstützen, durch die ONEC-Fraktion um Hadj Abdelkader Mokhtari im März 2014 seines Amtes enthoben.

58| *Einige führende Mitglieder schlossen sich Ali Benflis an, so etwa Ahmed Boubrik, Mitglied des Nationalrates, während die Leitung unter Abdelkader Bensalah den Kandidaten Bouteflika unterstützte.*

59| *Vgl. das Kommuniqué des RAJ vom 8.7.2015 auf der Facebook-Seite der Vereinigung, https://www.facebook.com/pages/RAJ-Algerie/325639970801796 (letzter Abruf: 30.12.2016).*

60| *Manche Abgeordnete überweisen einen Teil ihres Gehalts an die Partei, andere sind angehalten, das gesamte Gehalt an die Partei abzuführen.*

61| *Die Nichteinhaltung dieses Gesetzes zieht schwere Gefängnisstrafen zwischen einem und fünf Jahren nach sich. Die Geldstrafen sind demgegenüber bescheiden und variieren zwischen 2.000 Dinar (16 Euro) und 20.000 Dinar (164 Euro). Die Botschaft ist eindeutig, Parteienfinanzierung aus dem Ausland ist ein schweres Vergehen.*

62| *Die Zahlenangaben stammen von der Partei Front National Algérien (FNA; Nationale algerische Front); vgl. El Watan, Algier, 3.12.2012, abgedruckt von Algeria-Watch, http://www.algeria-watch.org/fr/article/pol/partis/financements_campagnes.htm (letzter Abruf: 30.12.2016).*

63| *Der PT von Louisa Hanoune, der MPA von Amara Benyounes und der RND von Ahmed Ouyahia unterstützen diese Debatte mit Nachdruck.*

64| *Vie Politique, 5.3.2012 (Mohand Aziri: Partis islamistes: Les gros sous de l'étranger), http://forumdesdemocrates.over-blog.com/article-partis-islamistes-les-gros-sous-de-l-etranger-100810224.html (letzter Abruf: 30.12.2016).*

65| *Gespräch mit dem Vizepräsidenten des FCE, Brahim Benabdeslam, Algier, 11.3.2015.*

66| *Dris, Cherif: Algérie 2014 : De l'élection présidentielle à l'émergence des patrons dans le jeu politique, in: L'Année du Maghreb, Paris, Band 13, 2015, S. 149–164.*

67| *Vgl. hierzu El Watan, Algier, 3.12.2012 (Financement des campagnes électorales des partis politiques), abgedruckt bei Algeria-Watch, http://www.algeria-watch.org/fr/article/pol/partis/financements_campagnes.htm (letzter Abruf: 30.12.2016).*

68| *Vgl. Liberté, Algier, 7.12.2016 (Les partis politiques aphones!).*

69| *Begegnungen in kleinen Gruppen im Café, die Mund-zu-Mund-Propaganda, Hochzeiten und Beerdigungen bieten nach wie vor viele Gelegenheiten zur politischen Kommunikation im kleinen Kreis.*

70| *Vgl. Algérie-Focus.com, 4.7.2016 (Semmar, Abdou: Communication politique/Ouyahia, dans la peau de l'homme nouveau), http://www.algerie-focus.com/2016/07/communication-politique-ouyahia-peau-de-lhomme-nouveau/ (letzter Abruf: 30.12.2016).*

71| *Vgl. Liberté, Algier, 15.7.2012 (Les dissidents du PNA donnent naissance à l'URN), http://www.liberte-algerie.com/lalgerie-profonde/les-dissidents-du-pna-donnent-naissance-a-lurn-110800 (letzter Abruf: 30.12.2016).*

72| *Algérie-Focus.com, 30.7.2011 (Abdellah Djaballah crée un nouveau parti politique), http://www.algerie-focus.com/2011/07/abdellah-djaballah-cree-un-nouveau-parti-politique-pjd/ (letzter Abruf: 30.12.2016).*

73| *Algérie-dz.com, Algier, 25.8.2012 (Amar Ghoul: TAJ n'est pas un parti islamiste!), http://www.algerie-dz.com/forums/archive/index.php/t-248733.html (letzter Abruf: 30.12.2016).*

74| *Anzumerken ist hier, dass die Facebook-Seite des MSP die höchste Anzahl an „Freunden" verzeichnet.*

75| *Anduiza, Eva/Jensen, Michael/Jorba, Laia (Hrsg.): Digital media and political engagement world-wide. A comparative study, New York 2012.*

76| *Ghezlaoui, Mohammed Chérif: La communication politique à travers le réseau social Facebook chez les députés de l'Assemblée Populaire Nationale (APN). Étude de cas: page Facebook „Groupe parlementaire du FFS" session automne 2013 et printemps 2014. Mémoire de Master en Sciences de l'Information, Algier: École Nationale Supérieure de Journalisme et des Sciences de l'Information (ENSJSI) 2015, S. 116.*

77| *Kezzou, Bilal: La communication politique des partis politiques algériens. Étude du cas du RND. Mémoire de Master en Sciences de l'Information, Algier: École Nationale Supérieure de Journalisme et des Sciences de l'Information (ENSJSI) 2015, S. 89 (arabischer Text).*

78| *Vgl. Ghezlaoui 2015, a. a. O. (Anm. 76), S. 55–56.*

79| *So Jallal Menad im Sommer 2016 in seinem auf Arabisch erschienenen Beitrag bei Sabqpress, Algier, o. D. (August 2016) http://www.sabqpress.net/opinion/10937.html (letzter Abruf: 30.12.2016).*

80| *Vgl. hierzu das Interview mit MSP-Präsident Mokri in: Tout sur l'Algérie, 30.3.2016 (Abderrezak Mokri, président du MSP: „Aujourd'hui, c'est celui qui domine la cour du Président qui décide"), http://www.tsa-algerie.com/20160330/abderrezak-mokri-president-du-msp-aujourdhui-cest-celui-qui-domine-la-cour-du-president-qui-decide/ (letzter Abruf: 30.12.2016).*

81| *Kezzou 2015, a. a. O. (Anm. 77), S. 75.*

82| *Vgl. hierzu Liberté, Algier, 1.8.2016 (Appel des 14 moudjahidine pour „la délivrance du FLN confisqué"); zum Text der Erklärung vom 31.7.2016 vgl. http://www.algerie-dz.com/forums/archive/index.php/t-381241.html; vgl. auch Liberté, Algier, 1.8.2016 (Hocine Senouci: „Il faut mettre le FLN au musée"), http://www.liberte-algerie.com/actualite/il-faut-mettre-le-fln-au-musee-252207 (letzter Abruf: 30.12.2016).*

83| *Da eine klare Definition dieses Lagers schwierig ist, fassen wir unter diesem Begriff jene Parteien zusammen, die weder dem FLN noch dem islamistischen Lager nahestehen.*

84| *In den ersten sieben Monaten 2016 sanken die Erdöleinnahmen auf 15 Milliarden Dollar (das ist ein Rückgang von 31 Prozent gegenüber 2015); damit können nur 56 Prozent der Importe abgedeckt werden. Das Haushaltsdefizit wird 2016 30 Milliarden Dollar erreichen und der algerische Souveränitätsfonds wird 2018 seine Mittel aufgebraucht haben. Vgl. Liberté, Algier, 10.9.2016 (Le Fonds de régulation des recettes épuisé totalement en 2018), http://www.liberte-algerie.com/actualite/le-fonds-de-regulation-des-recettes-epuise-totalement-en-2018-254514 (letzter Abruf: 30.12.2016).*

Politische Parteien in Libyen: Existent, aber ohne Einfluss

Hanspeter Mattes

Zusammenfassung

Die Geschichte der libyschen Parteien ist trotz der Gründung erster parteipolitischer Organisationen Anfang des 20. Jahrhunderts kurz und die Chronik der Parteien eher eine Chronik ihrer Nichtexistenz. Denn abgesehen von parteipolitischen Intermezzi im Umfeld der Tripolitanischen Republik (1918–1922) und während der Dekolonisationsphase (1943–1951) waren Parteien insbesondere während der Sanusi-Monarchie (1951–1969) und unter dem Regime Muammar al-Qaddafis (1969–2011) explizit verboten. Der Sturz des parteienfeindlichen Qaddafi-Regimes 2011 veränderte die Ausgangsvoraussetzungen für Parteigründungen und parteipolitisches Engagement in Libyen allerdings grundlegend. Das vom Nationalen Übergangsrat abgegebene Bekenntnis zu Pluralismus und Parteien führte umgehend zur Gründung von Parteien. Ihre Anzahl ist sukzessive angestiegen und erreichte 2013 mit 145 Parteien einen Höhepunkt. Im Rückblick aus der Perspektive Anfang des Jahres 2017 sind die dominierenden „Entscheider" seit dem Sturz des Qaddafi-Regimes jedoch nicht die Parteien gewesen, die nur von 2012 bis 2014 innerhalb der gewählten Allgemeinen Nationalkonferenz gemäß dem Wahlgesetz 80 der 200 Sitze besetzen durften, sondern das ohne Parteilisten 2014 neu gewählte Repräsentantenhaus, die unter dem Kommando von Feldmarschall Khalifa Haftar stehende Libyan National Army, die nichtstaatlichen, mehrheitlich islamistischen Brigaden, der salafistische Großmufti Sadiq al-Ghariani sowie die Scheichs der libyschen Stämme mit ihrer gesellschaftlich prägenden Rolle. Die Perspektiven für politische Parteien sind angesichts ihrer Marginalisierung, ihrer internen personellen und finanziellen Defizite und der bestehenden gesellschaftlichen Vorbehalte (Parteien werden als „westliche Produkte" wahrgenommen) deshalb zurückhaltend einzustufen. Sie kämpfen ums Überleben, um gesellschaftliche Akzeptanz und sind weit davon entfernt, Gestalter der politischen Prozesse zu sein. Die Rahmenbedingungen begünstigen auch in Zukunft eindeutig andere Akteure als die Parteien.

1. Politische Parteien – Fremdkörper in der libyschen Politik

Die Geschichte der libyschen Parteien ist trotz der Gründung erster parteipolitischer Organisationen Anfang des 20. Jahrhunderts kurz und die Chronik der Parteien eher eine Chronik ihrer Nichtexistenz. Denn abgesehen von parteipolitischen Intermezzi im Umfeld der Tripolitanischen Republik (1918–1922) und der Dekolonisationsphase (1943–1951) waren Parteien verboten. Dies galt sowohl unter der Sanusi-Monarchie ab 1952 bis zu ihrem Sturz durch die nasseristischen Offiziere um Muammar al-Qaddafi am 1. September 1969 als auch für die über vierzigjährige Herrschaftszeit danach, galten doch in der Ideologie Qaddafis Parteien als westliche und spalterische Organisationen. Wenn überhaupt, konnten sich Parteien folglich nur innerhalb der oppositionellen libyschen Auslandsgemeinden bilden, die als Folge der internen Repression seit Ende der 1970er Jahre massiven Zulauf erfuhren. Erst der Sturz des Qaddafi-Regimes im Oktober 2011 und die damit geschaffenen neuen politischen Handlungsspielräume eröffneten politischen Aktivisten die Möglichkeit, mittels Parteien die politische Entwicklung mitzubestimmen. Doch auch diese Chance schwand spätestens mit dem Ausbruch des zweiten Bürgerkrieges ab Sommer 2014 und den daraus resultierenden politischen Querelen. Parteien existierten folglich in der über hundertjährigen post-osmanischen Geschichte Libyens knappe 15 Jahre. Diese marginalen Erfahrungen mit Parteien haben Rückwirkungen auf ihre Akzeptanz in der Bevölkerung, ihre lokale Verankerung, ihre Funktionsweise und ihr Selbstverständnis.

In Libyen sind politische Parteien im engeren Sinne eine Erscheinung, die erst nach der Niederlage Italiens im Zweiten Weltkrieg und dem damit einhergehenden Verlust der Siedlungskolonie Libyen konkretere Formen annahm; die Vorläufer hatten eher den Charakter politischer Clubs und Debattierzirkel, in denen nationale Fragen diskutiert wurden.

1.1. Politische Clubs zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Sowohl vor als auch nach Beginn des kolonialen Eroberungsfeldzuges Italiens gegen Libyen (ab 1911) spielten weniger Parteien (im westlichen Verständnis) an sich denn Einzelpersönlichkeiten und politische Clubs als Vorform politischer Parteien eine Rolle. Dies

gilt sowohl für die sich ab 1908 auch in Libyen manifestierende Jungtürkische Bewegung als auch für die kurzfristig von 1918 bis 1922 bestehende autonome Republik Tripolitanien (al-Jumhuriya al-tarabulusiya), die vor allem von politischen Führern wie Sulaiman al-Baruni, Ramadan al-Sawihli, Ahmad al-Murayyid, Mukhtar Kubar und Abd al-Nabi Bilkhair und den von ihnen geleiteten nationalistischen politischen Clubs geprägt wurde.

In Ostlibyen entsprach noch am ehesten die nationalistisch ausgerichtete Omar-al-Mukhtar-Widerstandsbewegung, die für ein Sanusi-Emirat eintrat, der Vorform einer politischen Sammlungsbewegung.[1] Die vollständige Eroberung Libyens durch die Italiener im Zeitraum 1922 bis 1932 unterband danach jegliche politische Aktivitäten libyscher Nationalisten, unabhängig davon, ob sie für eine Republik oder ein Emirat bzw. eine Monarchie eintraten.

1.2. Parteien im Dekolonisationsprozess

Nach dem Sieg der alliierten Streitkräfte über die deutsch-italienischen Achsenmächte und der Einrichtung der British Military Administration 1943 formierten sich im Kontext der von den Libyern angestrebten Unabhängigkeit erneut nationalistisch (pro-Unabhängigkeit) ausgerichtete politische Clubs, die den Keim für die nachfolgend gebildeten Parteien bildeten.[2] In Ostlibyen gründete Khalil al-Kawwafi bereits im April 1943 den „literarischen" Omar-al-Mukhtar-Club und im August 1946 formierten 75 Stammesführer die Jabha al-wataniya (Nationale Front), deren Ziel es war, den Emir der religiösen Sanusi-Bruderschaft, Mohamed Idris, zum König des Sanusi-Emirats Cyrenaika zu proklamieren.[3]

In Tripolis tendierten die im April 1946 von Ahmad al-Faqih Hassan gegründete Vaterlandspartei (al-Hizb al-watani), die schnell Zulauf von rund 15.000 Tripolitanern erhielt, ebenso wie die konservative Vereinigte nationale Front (al-Jabha al-wataniya al-muttahida) gleichfalls zur Monarchie, während der zeitgleich formierte Freie nationale Block (al-Kutla al-wataniya al-hurra) republikanisch, säkularistisch und folglich gegen die Sanusi ausgerichtet war.[4] Die im September 1947 von Bashir Ben Hamza gegründete Arbeiterpartei, die im Mai 1948 gegründete Liberale Partei und die in Banghazi gegründete Kommunistische Partei Libyens (KPL)[5] tendierten gleichfalls zur Republikgründung.

Mit der Erlangung der Unabhängigkeit Libyens und der Proklamation des Vereinigten Königreiches Libyen am 24. Dezember 1951 wurden die drei historischen Provinzen Tripolitanien, Cyrenaika und Fazzan in einem Staatsgebilde vereint. Alle bestehenden Parteien, deren Hauptprogrammpunkt im Ziel der nationalen Unabhängigkeit bestand, verloren damit ihre Existenzberechtigung, weil über das formulierte Unabhängigkeitsziel hinaus weitergehende programmatische Ziele fehlten.

Die Parteien waren abgesehen von Parteien wie der KPL oder der Omar-Mukhtar-Gruppe zudem mehrheitlich Organisationen, die sich um einen Stammesführer oder einen städtischen Notabel herum gebildet hatten, was angesichts des dominanten Stammesdenkens eine Verbreiterung der Basis erschwerte. Von ihrem Selbstverständnis her war den tribalen Parteiführern die Idee, nationale Mobilisierungsstrategien zu entwickeln, fremd. Diese Schwäche zeigte sich bereits nach den ersten Parlamentswahlen im Februar 1952, als heftige zwischenparteiliche Auseinandersetzungen über das Wahlergebnis und damit den Zugang zu Posten und Ressourcen sowie Differenzen zwischen den eher republikanisch orientierten Parteiführern Tripolitaniens und den Stammesführern der Cyrenaika ausbrachen, die den Bestand der jungen Monarchie in Frage stellten. Diese Auseinandersetzungen nahm König Idris zum Anlass, die aus seiner Sicht konfliktgenerierenden Parteien zu verbieten, unliebsame Parteipolitiker nach Tunesien und Ägypten abzuschieben und nur noch mittels ihm gewogener städtischer Notabeln und Stammesführer zu regieren.6 Die Parlamentswahlen 1956, 1960 und 1964 fanden folglich nur mittels unabhängiger Kandidaten statt, die allerdings angesichts einer kontrollierten Presse, verbotener Parteien und Massenorganisationen immer weniger die zunehmenden gesellschaftlichen Spannungen des spätestens seit Beginn der 1960er Jahre voll in die Erdölära eingetretenen Landes[7] wahrnahmen und somit auch nicht die erforderlichen Reformen einleiteten, um die Spannungen zu lösen.

1.3. Das Intermezzo der Arabischen Sozialistischen Union (1971–1976)

Nach dem Sturz der Sanusi-Monarchie am 1. September 1969 setzte sich unter Qaddafi das Parteienverbot fort. In der Verfassungserklärung des Revolutionsrates vom 11. Dezember 1969[8] wurden Anga-

ben zur politischen Organisation bewusst ausgespart und implizit mit dem am gleichen Tag erlassenen Gesetz zum Schutz der Revolution in Artikel 2 allen Personen Gefängnisstrafen angedroht, die „Aktionen zur Spaltung der Einheit des Volkes" durchführen, also nach Lesart des Regimes Parteigründungen anstreben. Diese „Spaltung der Volkseinheit" durch Parteigründungen wurde – zahlreiche Reden Qaddafis Anfang der 1970er Jahre[9] ließen dies bereits erahnen – im April 1972 mit Gesetz Nr. 71/1972 kriminalisiert.[10] Das sogenannte Parteienkriminalisierungsgesetz, das bis zum Sturz des Regimes 2011 in Kraft war,[11] verhängte in Artikel 3 über jeden die Todesstrafe „who advocates the establishment of any assembly, organisation, or formation that is prohibited by law".

Die Ablehnung von Parteien, Gewerkschaften und sonstigen Institutionen wurde vom Revolutionsrat als Maßnahme zur Überwindung der „bestehenden ungerechten Ordnung" angesehen und mit der „historisch belegten Gefährlichkeit solcher Gruppierungen" begründet, da von ihnen Spaltungstendenzen ausgingen, die wiederum die Einheit des Landes gefährden würden und die jeweiligen Gruppeninteressen nicht die Gesamtwohlfahrt Libyens zum Ziel hätten. Deshalb lautete auch der Wahlspruch des Revolutionsrates von Beginn der Revolution an: „Wer eine Partei bildet oder wer sich einer Partei anschließt, verrät das Volk" (Man tahazzaba khana).

Als einzige Institution zur Organisierung und Kanalisierung des Volkswillens wurde von Qaddafi nach dem Vorbild des nasseristischen Ägypten die politische Allianz der „aktiven Volkskräfte", d. h. der Zusammenschluss der „revolutionären Bauern, Arbeiter, Intellektuellen und Soldaten" in der panarabisch ausgerichteten Parteiorganisation der Arabischen Sozialistischen Union (ASU; al-Ittihad al-ishtiraki al-arabi) gebilligt. Sie war wegen ihres „unionistischen Charakters" vom Parteienkriminalisierungsgesetz nicht betroffen. Die ASU verkörperte für Qaddafi den Willen des gesamten libyschen Volkes im Einklang mit den Zielen der Revolution vom 1. September 1969. Die ASU wurde mit Dekret des Revolutionsrates am 11. Juni 1971 mit Hauptquartier in Tripolis begründet und Revolutionsratsmitglied Bashir al-Hawadi zu ihrem Generalsekretär bestimmt.[12]

Die Hoffnungen auf eine stärkere Partizipation der Bevölkerung an politischen Entscheidungen und ihre Mobilisierung zugunsten von Entwicklungsmaßnahmen vor allem in den Bereichen Landwirt-

schaft, Gesundheit und Bildung, die Qaddafi bzw. der Revolutionsrat mit der Gründung der ASU verband, erfüllten sich trotz entsprechender Beschlüsse auf dem ersten ASU-Nationalkongress im April 1972 indes nicht. Die ASU entwickelte sich vielmehr schnell zu einer Parallelbürokratie und litt darunter, dass sich zahlreiche soziale Gruppen (vor allem Vertreter der Mittelschicht, höhere Verwaltungsbeamte, Intellektuelle, Händler) der Mitarbeit verweigerten, weil sie ihre Interessen nicht von der ASU vertreten sahen.

Mit der Rede von Zuwara am 15. April 1973 leitete Qaddafi deshalb die sogenannte Volksrevolution ein, die neben mehreren Maßnahmen gegen „politisch Kranke" (darunter die oben aufgeführten Gruppen) auch die Überwindung der schwerfälligen ASU durch direktdemokratische Strukturen zum Gegenstand hatte. Der zweite Nationalkongress der ASU im November 1974 stand folglich schon ganz im Zeichen des neuen Volkskonferenzen-Volkskomitee-Systems, das aus den ASU-Parteiinstitutionen heraus aufgebaut wurde und diese de facto ab Januar 1976 mit der ersten Tagung der Allgemeinen Volkskonferenz ablöste. [13] Formal galt die ASU mit der „Proklamation der Volksherrschaft" vom 2. März 1977, die den neuen libyschen „Volksmassenstaat" (arabisch: Jamahiriya) konstitutionell begründete, als aufgelöst und das Parteienintermezzo der ASU damit als beendet.[14]

1.4. Parteien von libyschen Auslandsoppositionellen

Die massive Repression des Qaddafi-Regimes gegen all jene, die in Wort und Tat die Ideologie des qaddafischen Volksmassenstaates in Frage stellten, führte ab 1975/1976[15] zu einer bis in die 1990er Jahre anhaltenden Fluchtbewegung politischer Oppositioneller ins Ausland. Die zu Zehntausenden zählenden Exillibyer formierten in ihren Gaststaaten, primär Ägypten, die USA und europäische Staaten, Parteien nahekommende politische Organisationen, deren primäres Ziel der Sturz des Qaddafi-Regimes und danach der Aufbau eines politischen Systems entsprechend der jeweiligen ideologischen Ausrichtung der Organisation war. Zu diesen Exiloppositionsgruppen zählte:

Erstens die monarchische Opposition, zum einen repräsentiert in Mohamed Hassan Rida al-Sanusi, dem Sohn des Kronprinzen und Neffen von König Idris; diese Opposition war eher informell organi-

siert. Zum anderen gründete Mohamed Ben Ghalbun 1981 in Großbritannien die monarchisch ausgerichtete Partei Libyan Constitutional Union, die für die Wiedereinführung der Verfassung vom Dezember 1951 eintrat, zugleich aber jegliche ausländische Einmischung zum Sturz Qaddafis ablehnte. Die Partei kritisierte die schnelle Verabschiedung der provisorischen Verfassungserklärung durch den National Transitional Council im August 2011 und enthielt sich einer Parteigründung in Libyen; ihr Anliegen wird noch am ehesten von der 2012 gegründeten National-konstitutionellen Sammlungsbewegung (al-Tajammu al-watani al-dusturi) wahrgenommen.

Zweitens das breiter angelegte Oppositionsbündnis der National Front for the Salvation of Libya (NFSL). Die im Oktober 1981 von Mohamed al-Muqaryif in den USA gegründete NFSL verstand sich als politische Oppositionsgruppe, die trotz des republikanischen Bekenntnisses wegen der Referenz zur Scharia auch Islamisten in ihren Reihen zählte. Muqaryif führte die NFSL nach dem Sturz Qaddafis in die im Mai 2012 gegründete National Front Party über, die im Juli 2012 an der Wahl des General National Congress (GNC) teilnahm und drei Sitze gewann. Parteipräsident Muqaryif wurde im August 2012 zum GNC-Präsidenten gewählt.

Drittens die politischem Pluralismus, Demokratie und Menschenrechten verpflichtete Partei Nationale libysche Allianz (Hizb al-tahaluf al-watani al-libi), die 1984 vom früheren Außenminister Qaddafis, dem Rechtsanwalt und Menschenrechtsaktivisten Mansur Rashid al-Kikhya, in seinem Exil in Kairo gegründet wurde und danach strebte, alle demokratisch orientierten politischen Kräfte im Exil und innerhalb Libyens zu vereinen, ohne allerdings für eine zentrale Einheitsfront zu optieren. Nachfolger von Kikhya, der 1993 unter dubiosen Umständen in Ägypten entführt wurde und seither verschwunden ist, wurde Ashur Saad Ibn Khayyal. Khayyal fungierte nach dem Sturz Qaddafis im Kabinett von Premierminister al-Kib von November 2011 bis November 2012 als Außenminister.

Viertens die islamistische Opposition, die nach der Rückkehr libyscher Afghanistankämpfer Anfang der 1990er Jahre mehrere Oppositionsgruppen gründete, die den bewaffneten Kampf gegen das in ihren Augen „ketzerische" Qaddafi-Regime aufnahmen und für den

Aufbau eines auf der Scharia basierenden „islamischen Staates" kämpften.[16] Insbesondere die Führungskader der größten Gruppe, der Libyan Islamic Fighting Group (LIFG; al-Jamaa al-islamiya al-libiya al-muqatila), die wie Abd al-Hakim Belhaj, Miftah al-Mabruk al-Dhawadi oder Khalid al-Sharif die Repression und Haft überlebten, beteiligten sich 2011 am Sturz des Qaddafi-Regimes und sammelten sich 2012 vor allem in den beiden neugegründeten islamistischen Parteien Hizb al-watan (Vaterlandspartei) und Umma-Partei (Partei der islamischen Gemeinde).

Fünftens die eher linksorientierte Opposition. Als Hauptvertreter kann die im August 1980 in den USA gegründete Libyan National Democratic Front (LNDF) gelten. Die LNDF trat entsprechend ihrer linken ideologischen Ausrichtung für strikte nationale Unabhängigkeit, demokratische Regierungsführung und soziale Gerechtigkeit ein. In ihrem Zentralkomitee befanden sich mehrere Libyer mit marxistischer Orientierung. Prominenteste Mitglieder waren Mahmud Shammam (2011 Sprecher des Nationalen Übergangsrats) und Dr. Ali Tarhuni (Präsident der Verfassungskommission 2014–2016).

2. Parteien in Libyen nach dem Sturz Qaddafis 2011

2.1. Formale Aspekte

Der Sturz des Qaddafi-Regimes und damit des parteienfeindlichen „Volksmassenstaates" veränderte die Ausgangsvoraussetzungen für Parteigründungen/Parteien in Libyen grundlegend. Bereits in der vom Nationalen Übergangsrat (National Transitional Council/NTC) am 3. August 2011 verkündeten provisorischen Übergangsverfassung mit insgesamt 37 Artikeln, die bis heute, wenngleich mehrfach in Einzelaspekten modifiziert, das zentrale politische Grundlagendokument darstellt, wurde in Artikel 15 ein Bekenntnis zur Zulassung politischer Parteien abgelegt.[17] Der im Artikel enthaltenen Aufforderung zur gesetzlichen Regelung der Parteiengründung kam der NTC in zwei Schritten nach. Mit Gesetz Nr. 2 vom 4. Januar 2012 hob der NTC in einem ersten Schritt explizit das Parteienkriminalisierungsgesetz von 1972 auf und machte damit den Weg für Parteienpluralismus frei. Mit diesem Gesetz reagierte der NTC allerdings lediglich auf den Tatbestand, dass sich seit dem Sturz Qaddafis im Herbst 2011 bereits zahlreiche Parteien gegründet hatten.

Der zweite Schritt erfolgte fünf Monate später, als nach vorausgehenden Konsultationen innerhalb des NTC und des NTC mit Verfassungsrechtlern und Parteivertretern der NTC am 2. Mai 2012 das in der Verfassungserklärung festgeschriebene Parteiengesetz verabschiedete. Das Gesetz Nr. 29/2012 bezüglich der Organisation politischer Parteien regelt in 33 Artikeln

- die Formalitäten der Parteigründung (u. a. Vorlage eines Parteistatuts mit Angabe des Parteinamens, der Parteigründer und der Parteiziele),
- die Mindestmitgliederzahl (250),
- das Verbot für Soldaten und Richter, einer Partei beizutreten (Artikel 6),
- das Verbot, dass Bürger gleichzeitig zwei Parteien angehören können,
- die Konformität des Parteiprogrammes mit den Zielen der Revolution vom 17. Februar,
- das Verbot zur Bildung bewaffneter/paramilitärischer Parteieinheiten, die Verpflichtung zum Gewaltverzicht und zum Verzicht der Propagierung tyrannischer Herrschaft (Artikel 9),
- das Verbot, gegen die islamische Scharia zu agieren (Artikel 9, Absatz 4), was in der Öffentlichkeit als Verbot der Gründung säkularer Parteien interpretiert wurde,
- Finanzierungsfragen (Artikel 17 und 18); ausländische Finanzhilfen sind untersagt,[18]
- die Gründung eines staatlichen, beim Justizministerium angesiedelten „Komitees für Parteienangelegenheiten" (Lajnat shuun al-ahzab)[19] gemäß Artikel 10, das für die Registrierung der Parteien und die Ausarbeitung einer Durchführungsverordnung zum vorliegenden Parteiengesetz zuständig ist,
- die Registrierung der Partei beim zuständigen Komitee für Parteienangelegenheiten, das innerhalb von fünf Tagen nach Antragstellung über die Zulassung des Antrages zu entscheiden hat (Artikel 14) sowie
- die jährliche Rechenschaftspflicht der Partei (Artikel 23 ff.), ohne allerdings die zuständige Stelle exakt zu benennen, die Empfänger der Jahresberichte sein soll.

Weitere Artikel regeln schließlich das Recht einer Partei auf eigene Medien (Zeitungen, Fernsehsender; Artikel 28) sowie die Auflösung einer Partei (Artikel 29) u. a. durch Fusion mit einer dritten

Partei oder auf richterlichen Beschluss nach Verstößen gegen das Gesetz.

Der am 2. Mai 2012 verabschiedete Gesetzestext war in wesentlichen Punkten gegenüber dem seit Dezember 2011 diskutierten und im April 2012 fertiggestellten Gesetzentwurf unter dem politischen Druck von potentiellen Parteigründern, bewaffneten Brigaden und Politikern überwiegend aus dem islamistischen Spektrum modifiziert worden. Im ursprünglichen Gesetzestext, den der NTC am 24. April 2012 nach Angaben von NTC-Sprecher Mohamed al-Harizi verabschiedete, war die Gründung von Parteien entlang religiöser, regionaler, tribaler oder ethnischer Kriterien strikt ausgeschlossen worden.[20] Gegen diesen Passus opponierten insbesondere die islamistischen Parteien, darunter die Vaterlandspartei von Abd al-Hakim Belhaj, zu jener Zeit noch Vorsitzender des einflussreichen Militärrates Tripolis, die Reform- und Entwicklungspartei in Banghazi, aber auch Parteien der Berberophonen (Amazigh) und Parteien, die den in der Cyrenaika starken Föderalisten nahestanden.

In der von diesen Akteuren erzwungenen Überarbeitung des Parteiengesetzes wurde der indizierte Passus komplett gestrichen.[21] Die am 2. Mai 2012 verabschiedete Gesetzesversion enthielt folglich keinerlei Beschränkungen mehr; die Folge war eine weitere Flut von Parteigründungen. Ausgenommen von der Zulassung blieben lediglich solche Parteien, die sich auf das gestürzte Qaddafi-Regime bezogen. Das gleichfalls am 2. Mai 2012 vom NTC unter dem Druck der Islamisten verabschiedete sogenannte Anti-Glorifizierungsgesetz (der Qaddafi-Ära)[22] verbot indirekt Parteien, die sich für Ziele einsetzen, die mit dem gestürzten Regime in Zusammenhang stehen. Auch wenn das Gesetz Mitte Juni 2012 vom Verfassungsgericht wegen der damit verbundenen Einschränkung der Redefreiheit für verfassungswidrig erklärt wurde, blieb de facto das damit einhergehende Parteienverbot in Kraft.[23] Qaddafistische Organisationen wie die bereits Ende November 2011 von Anhängern Saif al-Islam al-Qaddafis, dem ältesten Sohn Qaddafis, gegründete Hizb mutamar libiya al-ghad (Partei Konferenz Libyen des Morgen) oder die Partei Libyan Popular National Movement[24] haben folglich nur im Exil bzw. außerhalb Libyens die Möglichkeit, offen zu agieren.

Die provisorische Verfassungserklärung vom August 2011 und das Parteiengesetz vom Mai 2012 blieben bislang die einzigen Doku-

mente, die den juristischen Rahmen für Parteien regeln. Im 67 Artikel und sechs Anhänge umfassenden Libyan National Accord, der am 17. Dezember 2015[25] im marokkanischen Skhirat zwischen den dialogbereiten Konfliktparteien abgeschlossen wurde und der die seit Ausbruch des zweiten Bürgerkrieges im Sommer 2014 erfolgte institutionelle Zweiteilung Libyens[26] u. a. durch die Gründung einer Regierung der nationalen Einheit (Government of National Accord/GNA) überwinden soll, wird an keiner Stelle auf politische Parteien direkt Bezug genommen, sondern diese an wenigen Stellen nur indirekt einbezogen.[27] Dies gilt für die Präambel und die Grundprinzipien in Artikel 1, wo Bezug auf die provisorische Verfassungserklärung (und damit das Parteiengebot in Artikel 15) genommen wird, sowie für Artikel 20 bzw. Anhang 3 des Abkommens, wo festgelegt ist, dass der neue Staatsrat aus 145 Mitgliedern des im Juli 2012 gewählten General National Congress bestimmt werden soll, von dem ursprünglich 80 Mitglieder über Parteienlisten gewählt wurden. Auch im Anhang 2 zu den Arbeitsprioritäten des Government of National Accord werden Parteien nicht explizit als politische Akteure hervorgehoben; dort ist ausschließlich die Rede davon, (u. a.) den Dialogprozess fortzusetzen, das Verfassungsreferendum zu organisieren, die Frauenförderung durch Gründung einer Women Empowerment Unit voranzutreiben und dafür zu sorgen, dass „Bürger frei und friedlich ihre Meinung äußern können"; das Recht auf Vereinigung und auf Parteienbildung fand explizit keine Erwähnung.

Die neue permanente Verfassung Libyens ist seit der am 20. Februar 2014 erfolgten Wahl der 60-köpfigen Verfassungskommission in Vorbereitung bzw. in Diskussion. Noch ist bislang keine Endversion vorgelegt worden, die dann vom Parlament mit Zweidrittelmehrheit zu verabschieden und anschließend per Referendum zu bestätigen wäre. Die Kommission hat seit Aufnahme ihrer Beratungen 2014 inzwischen sukzessive mehrere Versionen vorgelegt (21. Dezember 2014; 6. Oktober 2015; Juli 2016), die sich sowohl inhaltlich als auch in der Reihenfolge der Kapitel/Inhalte deutlich unterscheiden. Dies betrifft auch die Aussagen zu Parteien.

Im ersten Entwurf vom Dezember 2014 wird auf Parteien erst im fünften Kapitel (Rights and liberties part) Bezug genommen; in Kapitel I (Form of state and fundamental cornerstones) wurde allerdings in Artikel 14 das Bekenntnis zum „politischen Pluralismus"

abgegeben.[28] Im fünften Kapitel (das noch keine durchgehende Artikelnummerierung trug) wurde erst nach einem vorausgehenden Bekenntnis zu Wahlen, zu zivilgesellschaftlichen Organisationen und dem Recht auf Versammlungsfreiheit zu Parteien Stellung genommen. Im Artikelentwurf wurde vom Staat das Recht auf Parteienbildung bestätigt, zugleich aber den Parteien Pflichten auferlegt, darunter: Keine Verbindungen von Parteimitgliedern „with trends outside the country", Schutz der nationalen Einheit, keine Auslandsfinanzierung für Parteien, Verbot der Gewaltanwendung, keine Instrumentalisierung von Stämmen und Regionen, keine Allianzbildung mit paramilitärischen Gruppen und das Verbot für Richter, Staatsanwälte und Angehörige von Militär und Polizei, in Parteien Mitglieder zu werden.

Im zweiten Verfassungsentwurf vom Oktober 2015 wurden die Aussagen zu Parteien bereits deutlich gekürzt. In Kapitel I blieb zwar das Bekenntnis zum politischen Pluralismus (Artikel 9) unverändert bestehen, doch in Kapitel V (Rechte und Freiheiten; Artikel 112–152) wurde im rangmäßig nachgeordneten Artikel zu politischen Parteien (Artikel 136: Freedom to form political parties) nur noch das Recht jeden Bürgers „to choose his political positions" bestätigt und die Freiheit zur Bildung politischer Parteien bzw. die Freiheit, Mitglied in einer Partei zu werden, zugesichert. Die im ersten Entwurf aufgestellten acht Bedingungen schrumpften hingegen auf drei: Wahrung der nationalen Einheit, Transparenz der Parteifinanzen (d. h. Auslandsfinanzierung wäre bei Offenlegung nunmehr möglich) sowie Absage an Gewalt und Hassreden.

Der jüngste Verfassungsentwurf vom Juli 2016[29] unterscheidet sich von den Vorgängervarianten dadurch, dass die Kapitelreihung modifiziert wurde und nunmehr das Kapitel zu den Rechten und Freiheiten vorgezogen wurde (Kapitel II; Artikel 37–75); im gleichfalls nach vorne gerückten Artikel zu den Parteien (nunmehr Artikel 48) wird der Text der vorhergehenden Version beibehalten ebenso wie in Kapitel I (Grundlagen des Staates) das Bekenntnis zum politischen Pluralismus (Artikel 10). Ein Auftrag an die Parteien zur aktiven politischen Gestaltung lässt sich daraus aber schwerlich ablesen.

2.2. Die Gründung von Parteien

Die Gründung von Parteien[30] setzte unmittelbar nach der Befreiung der Cyrenaika von der Qaddafi-Herrschaft ab Sommer 2011 ein.[31] Nach der Befreiung von Tripolis im August 2011 kam es auch in Westlibyen zu ersten Parteigründungen, so dass Anfang 2012 bereits rund 50 Parteien existierten. Ihre Anzahl stieg bis Juni 2012 im Vorfeld der für den 7. Juli 2012 angesetzten Wahl des General National Congress auf rund 130 Parteien an und erreichte 2013 mit 145 ihren Höhepunkt.[32] Die meisten Parteien wurden bis April 2012 vom National Transitional Council direkt per Dekret legalisiert;[33] seit Inkrafttreten des Parteiengesetzes Anfang Mai 2012 übernahm das im Justizministerium angesiedelte Komitee zur Registrierung der Parteien diese Aufgabe.

Die genaue Anzahl der Parteien (Ende 2016) ist wegen der anhaltenden institutionellen Zweiteilung Libyens und den damit verbundenen Erfassungsschwierigkeiten nicht exakt zu bestimmen. Tatsache ist aber, dass sich etliche Parteien seit 2014 wieder auflösten oder fusionierten; es gab jedoch auch Parteineugründungen, darunter z. B. im November 2015 die von eher linksgerichteten Politikern ins Leben gerufene Sammlungsbewegung Insaf (Gerechtigkeit).

Die Liberalisierung der Parteigründung, insbesondere die Annullierung des Artikels im Parteiengesetz hinsichtlich des Verbots von Parteien auf religiöser, regionaler oder ethnischer Basis, löste eine breite Gründungswelle solcher Parteien aus:[34]

- Parteien mit religiöser Basis sind die von der Muslimbruderschaft gegründete Justice and Construction Party (JCP), die Vaterlandspartei, die Umma-Partei, die Ennahda-Partei, die von Khalid al-Warshafani, ein ehemaliges Mitglied der Muslimbruderschaft, gegründete Partei für Reform und Entwicklung oder die Gipfel-Partei (Hizb al-qimma).[35]
- Parteien mit stark regionalem Bezug sind die Sammlungsbewegung Jabal Nafusa (Tajammu jabal nafusa), die in der südlibyschen Region Ubari aktive Wadi-al-Hayat-Partei (Hizb Wadi al-hayat), die in Ubari sogar 2012 einen Parlamentssitz errang, die in Fazzan operierende Nationale Sammlungsbewegung Wadi al-Shati (al-Tajammu al-watani wadi al-shati), die gleichfalls 2012

einen Parlamentssitz errang, oder die Sammlungsbewegung Tripolis (Tajammu tarabulus).
- Parteien mit ethnischem Bezug sind primär die Parteien, die sich an die Amazigh-, die Tuareg- und schwarzafrikanisch stämmige Tubu-Bevölkerung wenden, auch wenn der Parteibezug nicht auf den ersten Blick im Parteinamen ersichtlich wird wie beim Libyschen Amazigh-Kongress.

Aber auch außerhalb der religiös-basierten und lokal verorteten Parteien ist das Parteienspektrum ideologisch ausdifferenziert. Neben Parteien mit Bezug zum Nasserismus und Baathismus optieren einige für die Wiedereinführung der Monarchie[36] bzw. den Föderalstaat auf Basis der drei historischen libyschen Provinzen (Tripolitanien, Cyrenaika, Fazzan), wie er zwischen 1951 und 1963 verfassungsmäßig verankert war; exemplarisch ist die in Banghazi ansässige Libyan Unionist Party[37] zu nennen. Zahlreiche Parteien sind mit unterschiedlicher Ausprägung dem Liberalismus[38] verpflichtet; wieder andere stellen die Jugend in den Mittelpunkt, wie z. B. die Demokratische Jugend-Partei, die Partei Jugend Libyens (Shabab Libiya), die Sammlungsbewegung Unsere Jugend (Tajammu shababuna), oder präsentieren sich als Parteien mit einer Zukunftsvision wie die Zukunftspartei (Future Party/Hizb al-mustaqbal) und die Partei Zukunft des Vaterlandes (Homeland Future Party/Hizb mustaqbal al-watan). Wandel zum Besseren durch umfassende Wirtschaftsreformen will explizit die am 15. Mai 2012 gegründete Party of Change (Hizb al-taghiir) von Dr. Jumaa al-Qammati[39] herbeiführen.

Die von libyschen Aktivisten betriebene Webseite „Temehu" bezeichnete (für den Zeitraum 2013/2014) etwa 40 Prozent der Parteien als „nationalistisch", 20 Prozent als „islamistisch", 20 Prozent als „liberal" und 15 Prozent als „berberisch". Eine Aussage über ihren politischen Einfluss erfolgte nicht. Etwa fünf Prozent (gegebenenfalls sogar mehr) der Parteien sind „Temehu" zufolge im Prinzip „säkular" ausgerichtet, ohne dies indes offen anzuzeigen, dürfen doch Parteien sowohl laut Parteiengesetz als auch laut Wahlgesetz (Gesetz Nr. 29/Mai 2012), sofern sie am politischen Leben teilnehmen wollen, die Gültigkeit der Scharia in Libyen nicht in Frage stellen.

3.3. Parteien und Wahlen nach 2011

Die ersten Wahlen, die in Libyen nach dem Sturz Qaddafis abgehalten wurden, waren die Wahlen zum General National Congress (GNC), dem neuen libyschen Parlament. Der GNC sollte entsprechend Artikel 30 der provisorischen Verfassungserklärung vom August 2011,[40] die gleichzeitig die Funktion einer Roadmap für die politische Transition darstellt, binnen 240 Tagen nach der Proklamation der „Befreiung Libyens" gewählt werden. Die 240-Tage-Frist begann am 23. Oktober 2011, dem Tag der Proklamation der „Befreiung Libyens", und lief Ende Juni 2012 aus. Der für den 7. Juli 2012 angesetzte Wahltermin lag somit knapp nach der festgelegten Periode. War der personelle Umfang des GNC (200 Sitze) von Anfang an in der Verfassungserklärung festgeschrieben, galt dies nicht für die Zusammensetzung der Sitze. Hier waren von den unterschiedlichen politischen Akteuren verschiedene Modelle ins Spiel gebracht worden: die Direktwahl von ausschließlich „unabhängigen" Kandidaten nach dem Mehrheitsprinzip, die Wahl der 200 Kandidaten nach Proporz auf der Basis von Parteilisten oder ein gemischtes Modell, wobei auch hier unterschiedliche Varianten kursierten (120 Parteikandidaten/80 Unabhängige oder 80 Parteikandidaten/120 Unabhängige).

Der National Transitional Council (NTC), selbst eine Ansammlung von Vertretern der Stämme und von Lokalräten, favorisierte anfänglich das ausschließliche Direktwahlprinzip ohne Berücksichtigung von Parteien. Nach Protesten der inzwischen bestehenden Parteien stimmte der NTC nach langen und kontroversen Debatten jedoch dem Modell einer gemischten Zusammensetzung des GNC zu: 120 unabhängige Abgeordnete[41] sollten in Direktwahl nach dem Mehrheitsprinzip bestimmt werden; 80 Abgeordnete sollten entsprechend der sich zur Wahl stellenden Parteilisten nach Proporz gewählt werden (Verhältniswahl). Die Details des Wahlverfahrens wurden im 49 Artikel umfassenden „Gesetz Nr. 4/2012 für die Wahl des GNC"[42] festgelegt, das der NTC am 28. Januar 2012 verabschiedete. Die insbesondere von Frauenorganisationen und zivilgesellschaftlichen Gruppen geforderte Frauenquote wurde nicht in das Gesetz aufgenommen; ursprünglich hatte der NTC zehn Prozent der 200 Sitze für Frauen reserviert, was als zu gering moniert wurde. Anfang Februar 2012 wurde nachträglich in das Gesetz eine Auflage eingefügt, die von den Parteien verlangte, dass die von ihnen

aufgestellten Listen zur Hälfte mit Frauen besetzt sein müssen. Die Aufteilung der Wahlkreise wie auch die Einrichtung einer High National Election Commission (HNEC; al-Mufawadiya al-wataniya al-ulya lil-intikhabat), deren Aufgabe die Organisation und Überwachung des Wahlprozesses war, wurden mit eigenen Gesetzen geregelt.[43]

Insgesamt wurde Libyen vom NTC mit Gesetz Nr. 14 vom 21. März 2012 in 13 Hauptwahlkreise mit jeweils den lokalen Gegebenheiten angepassten Unterwahlkreisen aufgegliedert, so dass effektiv in 73 Wahlkreisen gewählt wurde. In 19 der 73 Wahlkreise traten keine Parteilisten zur Wahl an; in vier Wahlkreisen traten nur Parteilisten, jedoch keine unabhängigen Kandidaten an. Die insgesamt zu wählenden 200 Abgeordneten verteilten sich entlang der Bevölkerungsverteilung Libyens auf 102 in Westlibyen (Tripolitanien), 60 in Ostlibyen (Cyrenaika), 29 in Südlibyen (Fazzan) und neun in Zentrallibyen (Region Sirt).[44]

Von den libyschen Parteien nahmen insgesamt 54 an den Wahlen teil, die auf ihren Listen insgesamt 1.202 Kandidaten nominierten, darunter 540 Frauen. De facto lag die Zahl der teilnehmenden Parteien jedoch deutlich höher, da sowohl die National Forces Alliance als auch die National Centrist Party Parteienbündnisse darstellen. Von den 54 an der Wahl beteiligten Parteien haben allerdings nur zehn mehr oder weniger landesweit Präsenz gezeigt, darunter die Justice and Construction Party (JCP), die National Forces Alliance (NFA), die Homeland Party und die National Front Party (NFP), während sich der Großteil der Parteien nur in Teilregionen, in der Regel den Heimatregionen der Parteigründer, zur Wahl stellte.

Das Ergebnis der GNC-Wahl vom 7. Juli 2012, die in einer freudigen und erwartungsvollen optimistischen Atmosphäre verlief, so dass selbst das Wort von der „Wahlparty" die Runde machte,[45] fiel in zweifacher Weise überraschend aus: Zum einen fiel die Wahlbeteiligung mit 61,58 Prozent der 2.865.937 registrierten Wähler (darunter 45 Prozent Frauen) hoch aus, was auch für die Zahl der registrierten Wähler im Verhältnis zur Gesamtzahl der wahlberechtigten Libyer und Libyerinnen über 18 Jahre galt.

Zum anderen lag bei den Ergebnissen der Parteilisten die NFA mit 39 der 80 für Parteien reservierten Sitze deutlich vor der islamistischen JCP (17 Sitze), die sich ihrerseits die Mehrheit der Sitze aus-

gerechnet hatte;[46] während die „säkulare" NFA mit 60 Prozent der Stimmen überraschenderweise besonders gut in der islamisch-konservativen Cyrenaika abschnitt (nur 40 Prozent der Stimmen in Tripolitanien und 20 Prozent im Fazzan), erzielte die islamistische JCP in allen drei Landesteilen jeweils nur neun bis zehn Prozent, obwohl sie in der Cyrenaika als besonders gut verankert gilt. An dritter Stelle lag abgeschlagen die NFP mit drei Sitzen, während weitere drei Parteien je zwei und 15 Parteien nur je einen Sitz erzielen konnten.[47] Hierbei handelte es sich um Kleinstparteien, die in der Heimatregion ihres Gründers/ihrer Gründer und der zugehörigen tribalen Klientel angetreten sind und lokal die für einen Sitz erforderliche Mehrheit aufbrachten, außerhalb dieser Heimatregion aber vollkommen bedeutungslos sind.

Bei den 120 unabhängigen Kandidaten[48] war zwangsläufig die „ideologische" Zuordnung auf den ersten Blick wenig transparent, doch zeigte das Verhalten der Abgeordneten in den Debatten, bei politischen Entscheidungen und bei der Einflussnahme auf Gesetzesentwürfe, dass zwar ein Teil der Abgeordneten Parteigänger der NFA bzw. des nichtislamistischen Lagers waren, ein noch größerer Anteil aber Präferenzen für das islamistische Lager hatte, so dass im Endeffekt der GNC islamistisch dominiert war.

Die Wahl des GNC blieb in Libyen bislang die erste und einzige Wahl, bei der Parteien über Parteilisten und für sie reservierte Sitzkontingente unmittelbar in den politischen Entscheidungsprozess eingebunden waren. Alle anderen nachfolgenden Wahlprozesse, nämlich

- die Wahl der 60 Mitglieder der Verfassungskommission am 20. Februar 2014,
- die Wahl der Lokalräte ab Dezember 2013 bis Sommer 2014 sowie die
- Wahl des den GNC ablösenden Repräsentantenhauses (House of Representatives/HoR; arabisch: Majlis al-nuwwab) am 25. Juni 2014

waren Wahlen, an denen Parteien nicht institutionell über das Wahlgesetz eingebunden waren; die entsprechenden Wahlgesetze sahen nur unabhängige Kandidaten bzw. Direktmandate ohne Parteienbezug vor.

Die Wahl der Verfassungskommission[49] wurde nötig, weil die ursprünglich in Artikel 30 der provisorischen Verfassungserklärung vorgesehene Ernennung der Kommission durch den GNC insbesondere von islamistischen Abgeordneten und von islamistischen Brigaden abgelehnt wurde, die sich über eine Wahl mehr Einfluss erhofften; für sie kamen dabei nicht Parteilisten, sondern ausschließlich „unabhängige" Kandidaten in Frage.[50] Allerdings erklärten die Parteien trotz ihres direkten Ausschlusses unisono, dass „die Wahl der Kommission wichtig und von ihnen unterstützt werde" (so JCP-Präsident Yusuf Sawwan). Der GNC verabschiedete für die Wahl der Verfassungskommission am 20. Juli 2013 ein eigenes Wahlgesetz (Gesetz Nr. 17/2013),[51] das die Kandidatur unabhängiger Einzelpersönlichkeiten und die Wahl nach dem Mehrheitsprinzip pro Wahlkreis (Artikel 6) festlegte.

Die sich bereits verschlechternde Sicherheitslage belastete die Wahlbeteiligung deutlich; sie lag nur bei 45 Prozent und auch die Wahl konnte nur in elf der 13 Wahlbezirke stattfinden, so dass de facto nur 47 der 60 Kommissionsmitglieder gewählt werden konnten. Aber auch das Ergebnis selbst war überraschend, weil nur ganz wenige der gewählten Kommissionsmitglieder direkt der islamistischen Strömung zugerechnet werden konnten, während die überwältigende Mehrheit liberal ausgerichtete Persönlichkeiten waren.

Die Kommission kam am 21. April 2014 in El Beida (dem Kommissionssitz) zu ihrer ersten Sitzung zusammen und wählte nachfolgend den säkular ausgerichteten früheren Ölminister in der vom National Transitional Council eingesetzten Regierung (Executive Board), Ali Tarhuni, der 2012 die National Centrist Party gegründet hatte, zu ihrem Vorsitzenden. Innerhalb der langwierigen Konsultationen der Kommission wurden zwar auch verschiedene Parteivorsitzende angehört, als es indes daran ging, für die unterschiedlichen Verfassungsentwürfe die Unterstützung der Bevölkerung zu mobilisieren, waren nicht die Parteien, sondern die einflussreichen Stammesführer die ersten Ansprechpartner.[52]

Die Wahl der Lokalräte (majlis al-baladiya) erfolgte nach Vorläuferwahlen u. a. in Misrata (20. Februar 2012), in Banghazi (19. Mai 2012), Darna (17. Juli 2012) und Sabratha (7. Oktober 2012) landesweit ab Dezember 2013 in insgesamt 102 städtischen Gemeinden, um die sich 2011 nach dem Sturz der qaddafischen Adminis-

tration spontan gegründeten Räte durch gewählte Räte mit einer breiteren legitimatorischen Basis zu ersetzen.[53] Gesetzliche Grundlage war das vom National Transitional Council am 31. Juli 2012 verabschiedete 82 Artikel umfassende Lokalverwaltungsgesetz Nr. 59/2012. Das Gesetz regelte u. a. in Artikel 8 die Wahlvorschriften der Gemeinderatsmitglieder und bestimmte lokale Wahlkommissionen, ohne dass dabei Parteien erwähnt wurden. Diese spielten dann auch als Organisationen bei der Wahl keine Rolle. Bei den Wahlen traten nur Einzelkandidaten an, die je nach Einzelfall allerdings Mitglieder oder Sympathisanten von bestehenden Parteien sein konnten. In den Wahlkreisen gewann jeweils der Kandidat (oder die Kandidatin)[54] mit den meisten Wählerstimmen.

Die Wahl der in „House of Representatives" (HoR; Majlis al-nuwwab) umbenannten nationalen Legislative wurde nach dem Ablauf des 18-monatigen und provisorisch im Februar 2014 verlängerten Mandats des GNC dringend notwendig und vom GNC auf den 25. Juni 2014 terminiert. Wegen der Unzufriedenheit vor allem der islamistischen Abgeordneten mit der Erfahrung der GNC-Wahlen 2012 und mit den dort für Parteien reservierten 80 Sitzen verabschiedete der GNC trotz des Widerstandes zahlreicher Deputierter des Parteienblocks ein neues, Parteien ignorierendes Wahlgesetz.[55] Das Wahlgesetz Nr. 10 vom 31. März 2014 legte in Artikel 18 ausschließlich die Kandidatur von Einzelkandidaten[56] fest und schloss explizit Parteilisten aus.

Die Wahl fand in einer bereits stark von bewaffneten Auseinandersetzungen geprägten Atmosphäre statt, was dazu führte, dass in manchen Wahlbezirken die Wahl nicht stattfinden konnte. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Arbeit des GNC und den politischen Querelen führte zudem dazu, dass sich deutlich weniger Bürger (nur 1,5 Millionen von 3,4 Millionen de jure Wahlberechtigten) für die Wahl registrieren ließen und von diesen auch nur 630.000 tatsächlich ihre Stimme abgaben, was einem Anteil von nur 18 Prozent der Wahlberechtigten entspricht.[57] Die dadurch bereits geschmälerte Legitimität des neuen Parlaments wurde durch die Anfechtung des Wahlergebnisses durch Mitglieder des formal eigentlich abgelösten GNC, den Transfer des HoR nach Tobruq und den Beginn des zweiten Bürgerkrieges ab Juli 2014 zwischen den bewaffneten Kräften der „Operation Karama" (Operation Würde), die vom HoR unterstützt wurde, und der „Operation

Fajr" (Operation Morgenröte), für die der Ex-GNC Partei ergriff, weiter verschärft. Die marginalisierten Parteien, beschränkt auf politische Arbeit außerhalb des HoR, konnten dieser dynamischen und auf Konflikt programmierten Entwicklung nichts entgegensetzen.

3. Politik ohne Parteien

Die Frage, ob die politischen Parteien in Libyen seit ihrer Gründung in den Jahren 2011/2012 politische Gestaltungskraft erlangten, muss auf der Basis der Faktenlage klar mit „Nein" beantwortet werden.

Sowohl an den durchgeführten Wahlen – mit Ausnahme der Wahl des General National Congress 2012 – als auch an den politischen Debatten zur Verfassung, zu den internen Dialogansätzen, zum Föderalismus, dem Kampf gegen den Terrorismus, zur Aufhebung des UN-Waffenembargos, zum Kampf für Minderheitenrechte, zu wirtschaftlichen Reformen usw. waren sie nicht groß beteiligt. Wenn im Zusammenhang mit diesen Themenkomplexen in den libyschen Medien Akteure genannt wurden, dann waren es die Stammesscheichs, Vertreter ethnischer Gruppen (Amazigh, Tuareg, Tubu), die bewaffneten Brigaden oder die gut organisierten Frauenorganisationen und nur in sehr seltenen Fällen Parteien.

Parteien klinkten sich nicht gänzlich selbst aus der Diskussion der politischen Dossiers aus;[58] es gab immer wieder Offerten an die anderen politischen Akteure, sich in die Verfassungsdebatte oder die Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen einzubringen und an entsprechenden Diskussions- und Dialogprozessen teilzunehmen. Aber im Ergebnis spielten sie im Konzert der zahlreichen Akteure nur eine marginale Rolle und konnten den Verlauf der Entwicklungen nicht prägen.[59] Selbst die unter der libyschen Bevölkerung weit verbreitete Kritik am zu starken UNSMIL-Engagement im innerlibyschen Dialogprozess wurde nicht von den Parteien formuliert und angeführt, sondern von diversen parteiungebundenen Protestgruppen. Während diese aus ihrer Unzufriedenheit heraus umgehend Demonstrationen organisierten, äußerten sich von Parteienseite im Einzelfall nur die Parteipräsidenten, in der Regel Mahmud Jibril (NFA) und Yusuf Sawwan (JCP), ohne dass Aktionen folgten.

Parteien traten während des zweiten Bürgerkrieges zwischen den Kräften der „Operation Karama" und der „Operation Fajr", der 2014

ausbrach, und der nachfolgenden institutionellen Zweiteilung des Landes im Gegensatz zu vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht lautstark für die Einstellung der Kämpfe ein. Sie wurden folglich öffentlich nicht als deeskalierende Akteure wahrgenommen – im Gegenteil, Parteien selbst wurden zum immanenten Teil des ausgebrochenen Konflikts: Die Justice and Construction Party und die anderen islamistischen Parteien stehen eher auf Seite der islamistischen Kräfte der „Operation Fajr", während die liberaleren Parteien überwiegend dem antiislamistischen Lager um die „Operation Karama" zuzurechnen sind.[60]

Die dominierenden „Entscheider" seit dem Sturz des Qaddafi-Regimes sind deshalb eindeutig nicht die Parteien gewesen, sondern institutionell der aus Einzelpersönlichkeiten gebildete National Transitional Council, der General National Congress (2012–2014) und das 2014 ohne Parteilisten gewählte, nichtislamistisch ausgerichtete House of Representatives sowie der sich im gleichen Jahr als Sprachrohr der Islamisten rekonstituierende und reaktivierende Ex-General-National-Congress einschließlich der jeweils den genannten Legislativorganen zugeordneten Regierungen. Hinzu kommen das unter dem Kommando von Feldmarschall Khalifa Haftar stehende Militär (Libyan National Army/al-Jaish al-watani al-libi), die mehrheitlich nichtstaatlichen islamistischen Brigaden, seit Herbst 2014 die Jihadisten der Terrormiliz „Islamischer Staat",[61] der salafistisch geprägte Großmufti Sadiq al-Ghariani sowie die Scheichs der libyschen Stämme, deren gesellschaftlich prägende Rolle und deren indirekter Einfluss auf die politische Entwicklung insbesondere von ausländischen Politikern gravierend unterschätzt wurde. Aber auch mit der aktiven Zivilgesellschaft, die seit 2011 analog zu den Parteien einen ähnlich rasanten Aufschwung erfuhr, erwuchs den Parteien landesweit und lokal gut verankert eine durchaus beachtliche Konkurrenz.[62]

4. Gründe für den geringen Einfluss der Parteien

Der gegenwärtig geringe Einfluss der Parteien in Libyen lässt sich auf mehrere, darunter auch von den Parteien selbst verschuldete Faktoren zurückführen. Hierzu zählen insbesondere

- die Nachwirkungen der in den 1970er Jahren einsetzenden Indoktrination der libyschen Bevölkerung durch die eingängigen Parolen

aus dem „Grünen Buch", der politischen Handlungsanleitung von Qaddafis seit 1973 entwickelter „Dritter universaler Theorie". Für Qaddafi stellten Parteien eine Form zeitgenössischer Diktatur dar („Sie sind das moderne diktatorische Instrument zum Regieren") und trugen dazu bei, die Demokratie abzuschaffen und die Gesellschaft zu spalten. Parlamentarische Repräsentation wurde als Verfälschung des Volkswillens und Verfälschung der Demokratie gebrandmarkt („tamthil – tajil").[63] Qaddafis Auffassung nach waren Parteien (und analog die durch sie gebildeten Parlamente) ein importiertes, „westliches" Produkt. Die Indoktrination der Bevölkerung mit diesen ideologischen Versatzstücken belastet in Libyen die Akzeptanz von politischen Parteien und eines parlamentarischen Systems bis heute,[64] wobei diese Vorbehalte durch die Ablehnung von Parteien durch nationalistische und islamistische Gruppen, die ihrerseits Parteien als Fremdkörper bzw. als „unislamisch" brandmarken, unterstützt werden.

- die dominante tribale Prägung des Landes, die dazu führt, dass innerfamiliäre und innertribale Personenbeziehungen bzw. das Vertrauen in die eigene Verwandtschaft/den eigenen Stamm weitaus stärker ausgeprägt sind als die Unterstützung und Zustimmung zu einer politischen Partei. Die Idee, Interessen in Parteien zu bündeln und mit Parteien durchzusetzen, ist dem Selbstverständnis einer Stammesgesellschaft wie der libyschen fremd. Die starke gesellschaftliche Rolle der Stämme, die nach Jahren der Zurückweisung unter Qaddafi nach dem Machtwechsel 2011 nicht unmittelbar sichtbar war, konsolidierte sich seither sukzessive und machte die Stämme erneut zu einem politikbestimmenden Faktor.[65] Eine Studie des United States Institute of Peace (USIP), die auf der Befragung von Hunderten von Einwohnern in der Cyrenaika, Tripolitanien und dem Fazzan beruht, zeigt auf,[66] dass sich 77 Prozent der Befragten mit ihrem Stamm identifizieren (86 Prozent in Ostlibyen; 74 Prozent in Westlibyen). Zugleich brachten sich die Stämme, die im Mai 2015 auf einem Treffen in Kairo einen 240 Mitglieder umfassenden nationalen Stammesrat (Supreme Council of Tribes)[67] gründeten, in den letzten Jahren verstärkt und deutlich sichtbarer als die Parteien in die innerlibyschen Dialogbestrebungen zur Lösung des politischen Konflikts ein.
- die geringen materiellen und personellen Kapazitäten der Parteien. Die Parteien sind bis auf wenige Ausnahmen Kleinstparteien, die um ihren Gründer herum nur wenige aktive Mitglieder scharen.

Nach Angaben eines libyschen Politologen wurden sie letztendlich geführt „wie Ben Ladins Baufirma", also wie ein Privatbetrieb, in dem nur der Eigentümer Entscheidungen trifft. Zur schwachen personellen Basis/Anhängerschaft kamen die beschränkten Finanzmittel, die weitere materielle Defizite nach sich zogen wie z. B. das Fehlen von Parteibüros mit moderner Büroausstattung, keine oder nur geringe Verfügbarkeit von Informationsmaterialien und der fehlende Zugang zu den Medien. Der Bürgerkrieg seit 2014 verschärfte diese Engpässe durch häufige Stromausfälle, die Unterbrechung der Telefonverbindungen und des Internet[68] sowie die Blockaden der Straßenverbindungen insbesondere zwischen Tripolitanien und der Cyrenaika.

- der Antagonismus der Parteien, der dazu führte, dass sich die Parteien der beiden voneinander abgrenzenden Lager (der Islamisten und Nichtislamisten) oftmals in Kooperation mit anderen Akteuren gegenseitig befeindeten und dadurch dringliche politische und sozioökonomische Reformmaßnahmen blockierten;[69] dadurch entstand in der Bevölkerung der Eindruck, dass sich die Parteien nicht um das Wohl Libyens, sondern um die Durchsetzung ausschließlich der eigenen Machtinteressen kümmerten. Dieses Verhalten verhinderte, dass die Parteien durch ein erfolgreiches Engagement bei der Umsetzung von Reformmaßnahmen bei ihrer potentiellen Klientel bzw. in der Bevölkerung positiv wahrgenommen wurden.

Das sich von Jahr zu Jahr verschlechternde Bild der Parteien in der Bevölkerung schlug sich seit 2012 in diversen Umfragen nieder. Waren die Erwartungen der Bevölkerung an die Parteien und die Wahlen im Vorfeld der ersten Parlamentswahl im Juli 2012 laut einer repräsentativen Umfrage des US-amerikanischen National Democratic Institute[70] noch hoch und wurden Parteien als „positive Kräfte beim Aufbau einer demokratischen Zukunft" gesehen, so schwächte sich die Zustimmung 2013 – insbesondere nach den Querelen um das „Politische Isolationsgesetz" – deutlich ab. Parteien wurden zwar immer noch von rund 50 Prozent der Befragten als Organisationen angesehen, die für die Gestaltung politischer Prozesse notwendig sind, doch hatten nur noch 15 Prozent derselben Befragten in Parteien politisches Vertrauen, wobei die National Forces Alliance noch am vertrauenswürdigsten galt und die Justice and Construction Party am wenigsten vertrauenswürdig abschnitt.[71] Dieser Trend setzte sich fort. Im Libyen-Kapitel einer Umfrage von

Arab Barometer aus dem Jahr 2014 zeigte sich deutlich, dass politische Parteien als Instrument zur Gestaltung nationaler Politik von vielen libyschen Bürgern abgelehnt werden: 68 Prozent der im März/April 2014 befragten Libyer verweigerten politischen Parteien ihre Unterstützung. Dabei gab es überraschenderweise keine Unterschiede nach Generationen und nach Regionen. Lediglich unter denjenigen, die sich für Parteien aussprachen, gab es leichte Differenzen: Während die Zustimmung der Ostlibyer zur National Forces Alliance mit 29 Prozent stärker ausgeprägt war als jene der Tripolitaner (17 Prozent), lag die Zustimmung zur Justice and Construction Party landesweit relativ gleichmäßig bei neun Prozent.[72] Die Wahlergebnisse zum House of Representatives bestätigten diese Umfragewerte.

Die Perspektiven für politische Parteien sind angesichts dieser gesellschaftlichen Vorbehalte und Widerstände, ihrer De-facto-Marginalisierung sowie ihrer internen personellen und finanziellen Defizite folglich wenig zuversichtlich einzuschätzen. Sie kämpfen ums Überleben, sind gesellschaftlich wenig akzeptiert und sind weit davon entfernt, Gestalter der politischen Prozesse zu sein.[73] Die politischen Rahmenbedingungen Libyens werden mittelfristig eindeutig andere Akteure bestimmen.

1| Vgl. zu den Details dieser Frühphase politischer Organisation in Libyen Khadduri, Majid: Modern Libya. A study in political development, Baltimore 1963, besonders S. 9 f. (Rise of nationalism), S. 21 f. (The Tripolitanian Republic) und S. 23 f. (The Umar al-Mukhtar resistance movement) sowie Hayford, Elizabeth R.: The politics of the Kingdom of Libya, Tufts University, Dissertation 1971, besonders Kapitel II (Italy in Libya: Imperialism, self determination, and colonialism).

2| Vgl. Hayford 1971, a. a. O. (Anm. 1), S. 138 f. (Growth of political groups and aspirations); vgl. Djaziri, Moncef: Clivages partisans et partis politiques en Libye, in: Baduel, Pierre-Robert/Catusse, Myriam (Hrsg.): Les parties politiques dans les pays arabes. Tome 2. Le Maghreb, Aix-en-Provence 2006, S. 119–138, besonders S. 120–124, https://remmm.revues.org/2866 (letzter Abruf: 30.12.2016).

3| Allerdings war der Club gegen die zu starke Abhängigkeit der zukünftigen Monarchie von Großbritannien, das seit 1943 in Libyen als Ordnungsmacht fungierte; die Briten erlaubten den überwiegend jüngeren Omar-Mukhtar-Nationalisten deshalb nur die Gründung eines literarischen Clubs und nicht die Gründung einer politischen Partei. Die Nationale Front (al-Jabha al-wataniya) und der Omar-Mukhtar-Club fusionierten im Januar 1948 und bildeten die Partei des nationalen Kongresses (kurz: Nationaler Kongress/al-Mutamar al-watani).

4| Der Freie patriotische Block gab 1946 die Zahl seiner Mitglieder mit 70.000 an; die British Military Administration sprach hingegen nur von 800 Mitgliedern; dieses Beispiel zeigt die Schwierigkeit, parteiliche Gefolgschaft zu quantifizieren (ein Problem, das auch heute noch existent ist).

5| Die KPL war schon wegen ihrer antireligiösen Ideologie vor der Unabhängigkeit Libyens Ende 1951 Verfolgung durch die Sanusi-Verwaltung ausgesetzt; das Parteibüro stand unter polizeilicher Überwachung und im November 1951 wurden sieben Führungsmitglieder zwangsweise exiliert.

6| Vgl. Djaziri 2006, a. a. O. (Anm. 2), S. 124.

7| Vgl. hierzu als Überblick die wirtschaftspolitischen Passagen in Flory, Maurice: La Libye nouvelle. Rupture et continuité, Paris 1975, besonders S. 135–160.

8| Vgl. den Text unter: http://www.servat.unibe.ch/icl/ly00000_.html (letzter Abruf: 30.12.2016).

9| Vgl. als Beispiel Qaddafis Rede vom 24.1.1971, in der er u. a. ausführte: „Wir sind gegen Parteien, insbesondere solche, die von ausländischen Kreisen finanziert werden. Die arabische Nation bedarf keiner ausländischen Instrumente, damit sie das gesellschaftliche und politische Geschehen organisieren. Wir brauchen kein Parteiwesen, was immer auch ihre Parolen und Programme sind. Das Volk ist unsere große Partei und alle Parteien jeglicher Couleur werden seit Beginn der Septemberrevolution als landesverräterisch registriert.“ Zitiert nach Mattes, Hanspeter: Die Volksrevolution in der Sozialistischen Libyschen Arabischen Volksjamahiriya, Heidelberg 1982, S. 94.

10| Vgl. den Text unter: http://security-legislation.ly/sites/default/files/files/lois/339-Law%20No.%20(17)%20of%201972_EN.pdf (letzter Abruf: 30.12.2016).

11| Offiziell wurde das Parteienkriminalisierungsgesetz von 1972 vom Nationalen Übergangsrat am 4.1.2012 mit Gesetz Nr. 2/2012 aufgehoben, da es gemäß Artikel 1 des Gesetzes den Zielen der Revolution vom 17. Februar widerspricht; im Faksimile des Gesetzes vom 4.1.2012 wird in Artikel 1 allerdings fälschlicherweise Gesetz Nr. 17/1972 anstatt Gesetz Nr. 71/1972 aufgehoben.

12| Vgl. zur Organisation der ASU und den Beschlüssen ihrer zwei nationalen Kongresse (28.3.–8.4.1972; 4.–9.11.1974) Mattes 1982, a. a. O. (Anm. 9), S. 92–175 sowie Mattes, Hanspeter: Bilanz der libyschen Revolution. Drei Dekaden politischer Herrschaft Mu'ammar al-Qaddafis, Wuqûf-Kurzanalyse, Nr. 11–12, Hamburg 2001, besonders S. 45 ff., http://www.wuquf.de/www/cms/upload/wuquf_2001_libyen.pdf (letzter Abruf: 30.12.2016).

13| Als ideologische Grundlage fungierte der von Qaddafi 1975 formulierte erste Teil des „Grünen Buches“, das die politische Handlungsanleitung der von Qaddafi seit 1973 entwickelten „Dritten Universalen Theorie“ darstellte; die landesweit gebildeten legislativen Basisvolkskonferenzen, denen exekutive Volkskomitees zugeordnet waren, entsandten Delegierte in die jährlich auf nationaler Ebene tagende Allgemeine Volkskonferenz, wo die entsprechenden Gesetze formuliert und verabschiedet wurden.

14| Vgl. zur politischen Entwicklung dieser Phase und zu den politischen Strukturen der Jamahiriya: Mattes 2001, a. a. O. (Anm. 12), S. 47 ff.

15| In diesen Zeitraum fällt der Putschversuch des Revolutionsratsmitglieds Umar al-Muhaishi und die Veröffentlichung des ersten Teils des „Grünen Buches“.

16| *Vgl. Mattes, Hanspeter: Qaddafi und die islamistische Opposition, Hamburg 1995.*

17| *In Artikel 15 heißt es: „The state shall guarantee the freedom of forming political parties, societies and other civil societies, and a law shall be promulgated to regulate same"; vgl. den Text der provisorischen Verfassungserklärung unter: http://www.wipo.int/wipolex/en/text.jsp?file_id=246953 (letzter Abruf: 30.12.2016).*

18| *Dieses Verbot kritisierten insbesondere ausländische Einrichtungen, weil angesichts der finanziellen Probleme der meisten Parteien dadurch viele Parteien in ihren Aktivitäten stark eingeschränkt sein werden; begünstigt werden nur die wenigen Parteien mit engen Beziehungen zur Wirtschaft oder zu islamistischen Netzwerken. Eine solche Verzerrung kann, so die Meinung von Barah Mikail, für die demokratische Entwicklung Libyens nicht gut sein; vgl. Mikail, Barah: Civil society and foreign donors in Libya, Barcelona 2013, S. 5, http://fride.org/download/WP_Lybia.pdf (letzter Abruf: 30.12.2016). Aber auch die Lawyers for Justice in Libya (LFJL) kritisieren in ihrem zweiten Bericht (Sawti report: Freedom of expression in Libya: current legal framework) von 2015 das Finanzierungsverbot für Nichtregierungsorganisationen und Parteien aus dem Ausland, weil es den Organisationen ein vom libyschen Staat unabhängiges Handeln extrem erschwert; vgl. Abschnitt III des Berichts (The right to freedom of association), http://www.libyanjustice.org/downloads/Publications/sawti-report-en.pdf (letzter Abruf: 30.12.2016).*

19| *Das Komitee für Parteiangelegenheiten wurde im Justizministerium umgehend begründet; das Komitee gab in einer von den Medien verbreiteten Erklärung bekannt, dass es ab 26.5.2012 in seinen Räumen (innerhalb des Justizministeriums in Tripolis) entsprechende Anträge auf Parteienregistrierung entgegennehme.*

20| *Vgl. Libya Herald, Tripolis, 24.4.2012 (New law bans religious, tribal and regional parties).*

21| *Vgl. Al-Jazeera, 2.5.2012 (Libya reportedly drops ban on parties based on religious lines), http://www.aljazeera.com/news/africa/2012/05/2012522304234970.html (letzter Abruf: 30.12.2016); Libya Herald, Tripolis, 3.5.2012 (Libya drops ban on religious-based parties). Der NTC-Vorsitzende Mustafa Abd al-Jalil rechtfertigte die Streichung damit, dass in der provisorischen Verfassungserklärung alles Notwendige stehe, das auch für Parteien gelte (z. B. Verbot der Agitation gegen die nationale Einheit). Die Verabschiedung des Parteiengesetzes drängte zudem, da ja vom NTC für den 7.7.2012 die Wahlen zum GNC angesetzt waren; eine erneute Verzögerung der Verabschiedung des Parteiengesetzes hätte den Wahltermin gefährdet.*

22| *Vgl. zum Text des Gesetzes Nr. 37/2.5.2012 bezüglich der Kriminalisierung jeglicher Verherrlichung der (qaddafischen) Tyrannei (Qanun bi-shan tajrim tajmid al-taghiya), http://security-legislation.ly/node/31721 (letzter Abruf: 30.12.2016).*

23| *Vgl. zum Urteil des Verfassungsgerichts https://vivalibya.wordpress.com/2012/06/14/libya-court-scraps-anti-glorification-law/ (letzter Abruf: 30.12.2016).*

24| *Vgl. die Gründungserklärung unter: http://za-kaddafi.ru/eng/founding-declaration-of-the-libyan-people-s-national-movement/ (letzter Abruf: 30.12.2016).*

25| *Vgl den vollständigen Text des Libyan National Accord unter: https://unsmil.unmissions.org/LinkClick.aspx?fileticket=miXuJYkQAQg%3D&tabid=3559&mid=6187&language=fr (letzter Abruf: 30.12.2016).*

26| *Vgl. zum Hintergrund Mattes, Hanspeter: Libyens institutionel-*

le Zweiteilung ohne exakte Territorialgrenzen. Eine faktische Darstellung, Wuqûf-Kurzanalyse, Nr. 11, Berlin 2014, http://www.wuquf.de/www/cms/upload/wuquf_2014_11_online-analyse.pdf (letzter Abruf: 30.12.2016). Die Zweiteilung ist durch die in der Cyrenaika dominierende Vorherrschaft des House of Representatives/Thinni-Regierung (antiislamistische Orientierung) und die in Tripolitanien dominierenden Islamisten (revitalisierter Ex-GNC und davon eingesetzte Regierung Hasi bzw. Ghawil) gekennzeichnet.

27| *Im Text selbst ist zwar laufend von „parties" (Parteien) die Rede, doch bezieht sich das immer auf die involvierten Vertragsparteien, nicht auf „politische Parteien".*

28| *Kapitel II handelt vom Regierungssystem (Legislative und Exekutive), Kapitel III von der Judikative und Kapitel IV vom Verfassungsrat. Die beiden parlamentarischen Kammern (Repräsentantenhaus und Senat) werden durch Direktwahl unabhängiger Kandidaten bestimmt.*

29| *Vgl. Text der inoffiziellen UNSMIL-Übersetzung bei Libya Herald, Tripolis unter: https://www.libyaherald.com/2016/07/16/new-draft-constitution-gives-everyone-something-and-nobody-everything/ (letzter Abruf: 30.12.2016).*

30| *Die neugegründeten Parteien gaben sich weniger den äquivalenten arabischen Namen „Hizb" (Partei), sondern bevorzugten wegen dem negativen Image und der langjährigen Indoktrination unter Qaddafi („Wer Parteien bildet, verrät die Einheit des Volkes") die positive Konnotation „Bündnis" (Tahaluf) oder verwendeten noch häufiger den Begriff „Sammlungsbewegung" (Tajammu). Im öffentlichen Sprachgebrauch wird analog deshalb oft nicht von Parteien (arabisch: ahzab; Singular: hizb), sondern von politischen Gruppierungen (political entities; jamaat siyasiya) gesprochen.*

31| *Als erste politische Partei bezeichnete Maghreb Confidentiel, London, 28.7.2011 die Partei des neuen Libyen (Hizb libiya al-jadida); die Partei wurde im Juli 2011 von dem aus Banghazi stammenden und in den VAE operierenden libyschen Geschäftsmann Ramadan Salih Ben Amir (zugleich Berater des NTC) und dem Erdölspezialisten Rajab Mabruk aus Darna gegründet.*

32| *Vgl. zum Parteienboom Libya al-youm, Tripolis, 3.1.2012 (Ahzab wa tayyarat tushkilu libiya al-jadida); Middle East Online, London, März 2012 (Parties emerge in post-Qathafi Libya), http://www.middle-east-online.com/english/?id=50916 (letzter Abruf: 30.10.2016); Al-Jazeera, 3.7.2012 (Libya's political parties), http://www.aljazeera.com/news/africa/2012/06/201262624516206109.html (letzter Abruf: 30.12.2016). Die beiden Politologen Alunni und Mezran sprachen zu Recht von der „new galaxy of the Libyan political parties"; Alunni, Alice/Mezran, Karim: Post Qadhafi Libya: the electoral dilemma, ISPI Analysis, Nr. 114, Mailand, Juni 2012, http://www.ispionline.it/sites/default/files/pubblicazioni/analysis_114_2012.pdf (letzter Abruf: 30.12.2016). Die hohe Anzahl der neu gegründeten Parteien steht damit in scharfem Kontrast zur Bedeutung, die den Parteien von der libyschen Gesellschaft zugebilligt wird (vgl. Abschnitt 4 des vorliegenden Beitrags).*

33| *Im Zeitraum bis April 2012 gab es hierfür keine formalisierten Richtlinien; allerdings hat der NTC Parteien, die aus bewaffneten Brigaden hervorgingen, nicht legalisiert. NTC-Sprecher Harizi im März 2012 hierzu kategorisch: „No military persons can create parties". Dies hielt allerdings Abdullah Nakir, zu jener Zeit Führer der in Tripolis ansässigen Union revolutionärer Brigaden, nicht davon ab, die Hizb al-qimma (Gipfel-Partei) zu gründen.*

34| Vgl. Al-Jazeera, 15.4.2012 (Formation of political parties booming in Libya), (letzter Abruf: 30.12.2016); ein Verzeichnis der Ende 2013/Anfang 2014 bestehenden 145 libyschen Parteien (mitsamt ihren Logos) findet sich unter: https://www.temehu.com/political-parties.htm (letzter Abruf: 30.12.2016).

35| Vgl. Asharq al-awsat, London, 1.1.2012 (Tripoli's Revolutionist Council to launch party).

36| So z. B. die Demokratische monarchische Verfassungsbewegung/ al-Haraka al-malikiya al-dusturiya al-dimuqratiya.

37| Die Partei gründete sich am 31.7.2012; vgl. Libya al-mustaqbal, Tripolis, 1.8.2012 (Tasis al-hizb al-ittihadi al-libi ka-nawaa li-tatbiq al-fidiraliya).

38| Hierzu zählen u. a. die im Oktober 2012 gegründete Libysche liberale Partei/al-Hizb al-libirali al-libi, die National-libysche freie Sammlungsbewegung/al-Tajammu al-libi al-watani al-hurr, die von Dr. Ali al-Farjani Khamis am 1.12.2011 gegründete Freie demokratische libysche Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung/al-Hizb al-libi al-dimuqrati al-hurr lil-adala wal-tanmiya und die Partei der Freien/Hizb al-ahrar.

39| Vgl. Tripoli Post, Tripolis, 27.5.2012 (Taghyeer Party holds official launch event in Tripoli); im Jahr 2014 war die Hizb al-taghiir in den Medien mit ihrem Eintritt für freie Marktwirtschaft sehr präsent; vgl. die Facebook-Seite von Dr. Jumaa al-Qammati (Guma El-Gamaty) unter: https://www.facebook.com/permalink.php?id=255015751224191&story_fbid=10203155241867610 (letzter Abruf: 30.12.2016).

40| In Artikel 30 heißt es u. a.: „After the announcement of liberation, the Interim Transitional National Council shall move to its headquarters in Tripoli. The Interim Transitional National Council shall form an interim government within a period not exceeding thirty days and within a period not later than ninety days from the date liberation is announced and made known, the Council shall: 1. Promulgate a law on electing the General National Congress. 2. Appoint the National Supreme Commission for Elections. 3. Invite for the election of the General National Congress. The General National Congress shall be elected within a period of two hundred forty days from the date liberation is announced and made known. The General National Congress shall consist of two hundred elected members from amongst all the sons of the Libyan People in accordance with the law of electing the National Public Conference."

41| Unabhängige Kandidaten konnten durchaus einer ideologischen Richtung oder Partei nahestehen, ja selbst Parteimitglied sein; „unabhängig" *hieß in diesem Zusammenhang nur, dass sie nicht über die Parteilisten antraten, sondern als Direktkandidaten ihr Glück versuchten. Aus diesem Grunde haben sich im Einzelfall die gewählten Parteifraktionen um weitere Abgeordnete erweitert; dies galt insbesondere für die National Forces Alliance und die Justice and Construction Party.*

42| Vgl. den Text des Wahlgesetzes unter: https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0ahUKEwi39aqS1cPPAhXKJ8AKHdKPCVMQFgghMAA&url=http%3A%2F%2Faceproject.org%2Fero-en%2Fregions%2Fafrica%2FLY%2Flibya-law-no.-4-of-2012-on-the-election-of-the-e%2Fat_download%2Ffile&usg=AFQjCNHIzyOw6pAa-57GaXfHCq9rthNP3bw&cad=rja (letzter Abruf: 30.12.2016).

43| Zum Präsidenten der HNEC wurde ab Mai 2012 Nuri al-Abbar berufen; zur Gründung und den Aufgaben der HNEC vgl. im Detail das von NTC am 18.1.2012 verabschiedete Gesetz Nr. 3/2012, arabisch unter: https://www.temehu.com/NTC/2012-laws/law-3-2012-establishing-the-national-high-commission-for-elections.pdf (letzter Abruf: 30.12.2016). Das Gesetz wurde inzwischen in Details mehrfach modifiziert.

44| *Eine ausführliche, 20-seitige Darstellung des Wahlprozesses findet sich bei POMED: Backgrounder: Previewing Libya's elections, Washington DC, 5.7.2012, http://pomed.org/wp-content/uploads/2012/07/Previewing-Libyas-Elections.pdf (letzter Abruf: 30.12.2016).*

45| *Vgl. Tripoli Post, Tripolis, 7.7.2012 (Voting day in Libya takes the form of festivity).*

46| *Vgl. Magharebia, 24.7.2012 (La victoire des libéraux en Libye surprend le Maghreb); Middle East Online, London, 12.7.2012 (Islamists suffer major poll defeat in east Libya), http://www.middle-east-online.com/english/?id=53345 (letzter Abruf: 30.12.2016).*

47| *Vgl. zum Wahlergebnis (national; lokal) detailliert die Analyse von Kjaerum, Alexander u. a.: Libyan parliamentary election study, Kopenhagen: Voluntas Advisory, ohne Datum (2013), http://voluntasadvisory.com/wp-content/uploads/2015/12/Libyan_Parliamentary_election_study.pdf (letzter Abruf: 30.12.2016).*

48| *Insgesamt waren zur Wahl 2.501 unabhängige Kandidaten angetreten, darunter wegen der gesellschaftlichen Strukturen nur 85 (!) Frauen; von diesen wurde eine direkt gewählt. Im Endeffekt verschafften besonders die Parteilisten (32 gewählte Frauen) den Frauen insgesamt 33 der 200 GNC-Sitze, was einem Anteil von 16,5 Prozent entspricht (zum Vergleich: Frauen im US-amerikanischen Kongress 2012: 17 Prozent).*

49| *Vgl. zu den Hintergründen und den technischen sowie juristischen Details die informative Studie von Democratic Reporting International/Sadeq Institute: Elections for the Constituent Assembly of Libya: Assessment of the legal framework, Berlin 2013, http://www.constitutionnet.org/sites/default/files/el_assessment_final_-_cover_en_.pdf (letzter Abruf: 30.12.2016). Die Kommission sollte ursprünglich innerhalb von 120 Tagen dem GNC einen ausgearbeiteten Verfassungsentwurf übergeben; diese Frist wurde nicht eingehalten.*

50| *Vgl. Al-Jazeera, 5.7.2012 (Libya issues law for direct election of constitution-writing body).*

51| *Vgl. den Text des Wahlgesetzes Nr. 17/2013 unter: http://www.constitutionnet.org/sites/default/files/el_assessment_final_-_cover_en_.pdf, S. 33–44 (letzter Abruf: 30.12.2016).*

52| *Vgl. Libya Herald, Tripolis, 25.7.2015 (CDA members urge tribal representatives to support proposed constitution).*

53| *Vgl. Tripoli Post, 1.12.2013 (102 Libyan municipalities conduct council elections); Libya Herald, Tripolis, 12.1.2014 (Libya's first mayors elected). Die Wahlen vollzogen sich in Etappen; bis Juni 2014 hatten 74 der 102 Städte ihre Räte gewählt. Die Lokalräte wiederum wählten sich aus ihren Reihen einen Bürgermeister. Die gewählten Bürgermeister bildeten im Dezember 2014 einen Supreme Council of Municipalities, um gegenüber den Zentralverwaltungen in Tripolis und Tobruq ihre Interessen besser vertreten zu können.*

54| *Die Anzahl der Kandidatinnen pro Wahlkreis war im Durchschnitt aller Lokalwahlbezirke sehr gering (maximal fünf Prozent je nach Wahlkreis); ein Überraschungsergebnis gelang in Banghazi Najat Rashid Mansur al-Kikhya, der Schwester des ermordeten Qaddafi-Opponenten Mansur al-Kikhya, die in ihrem Wahlkreis die meisten Stimmen auf sich vereinigte; sie steht der Parteienallianz National Forces Alliance nahe.*

55| *Vgl. Reuters, 30.3.2014 (Libyan parliament passes law to organize elections), http://www.reuters.com/article/us-libya-politics-idUSBREA2T0I220140330 (letzter Abruf: 30.10.2016); zum Wahlvorgang allgemein vgl. International Foundation for Electoral Systems: Elections in Libya. June 25 Council of Representatives elections, Washington DC,*

Juni 2014, http://www.ifes.org/sites/default/files/2014_ifes_libya_council_of_representative_elections_faqs.pdf (letzter Abruf: 30.12.2016); zum Wahlverfahren heißt es dort: „In the Council of Representatives (Majlis Al Nuwab), all members will be elected through a majoritarian system for single-member and multi-member sub-constituencies. There are 13 primary electoral constituencies, further divided into 75 sub-constituencies. Of the 200 seats, 32 seats are reserved for women."

56| Insgesamt kandidierten für die 200 Sitze im House of Representatives 1.714 Kandidaten; die von ihnen zu erfüllenden Kriterien waren in Artikel 6 und 11 des Wahlgesetzes festgelegt.

57| Vgl. Libya Herald, Tripolis, 22.7.2014 (Election 2014: Final results for House of Representative elections announced).

58| Wenngleich es wegen Differenzen über Einzelaspekte zeitweise zur Suspendierung der Parteimitarbeit im General National Congress gekommen war. Vgl. Libya Herald, Tripolis, 3.7.2013 (The two biggest parties to boycott GNC except for work on constitution).

59| Dieser Tatbestand fand auch Eingang in die „Akteurslisten", die Analysten in den letzten Jahren zu Libyen erstellten; hier fehlt in der Regel die Nennung der Parteien als Akteursgruppe; vgl. z. B. Asharq al-awsat, London, 7.1.2015 (Analysis of five principal powers capable of resolving Libyan crisis); The Soufan Group: Libya, extremism & the consequences of collapse, London 2016 (besonders Abschnitt: Key actors), http://soufangroup.com/wp-content/uploads/2016/01/TSG_Libya-Extremism-and-the-Consequences-of-Collapse-Jan2016.pdf (letzter Abruf: 30.12.2016); Jason Pack: Country report – Libya, London 2014, Abschnitt: Key players and groups, http://tonyblairfaithfoundation.org/religion-geopolitics/country-profiles/libya/situation-report (letzter Abruf: 30.12.2016).

60| In Anlehnung an den wünschenswerten Verlauf „from bullets to ballots" fand in Libyen folglich im Anschluss an die GNC-Wahl der umgekehrte Prozess statt: „From ballots to bullets"; vgl. zum Kontext Phillips, David L.: From bullets to ballots. Violent muslim movements in transition, New York 2008 sowie die Sondernummer von Democratization, London, Band 23, Nr. 6, 2016 (From bullets to ballots: The transformation of rebel groups into political parties).

61| Vgl. zu den aufgeführten islamistischen Akteuren die Beiträge zu Libyen und dem „Islamischen Staat" in: Faath, Sigrid (Hrsg.): Islamische Akteure in Nordafrika, Sankt Augustin/Berlin 2016, http://www.kas.de/wf/de/33.47389/ (letzter Abruf: 30.12.2016).

62| Vgl. hierzu im Detail Algibbeshi, Ali/Mattes, Hanspeter: Die säkularen zivilgesellschaftlichen Organisationen in Libyen seit 2011, in: Faath, Sigrid (Hrsg.): Nordafrikas säkulare Zivilgesellschaften. Ihr Beitrag zur Stärkung von Demokratie und Menschenrechten, Sankt Augustin/Berlin 2016, S. 85–116, http://www.kas.de/wf/de/33.47223/ (letzter Abruf: 30.12.2016).

63| Vgl. zu den Parolen das erste Kapitel (Lösung des Demokratieproblems: Die Macht des Volkes) von al-Kadhafi, Muammar: Das Grüne Buch. Die Dritte Universaltheorie, Tripolis 1984, besonders S. 8–16.

64| Vgl. zu den Rückwirkungen: Entretien avec Seif Eddine Trabelsi: „Qui fait parti trahit": la lente émergence d'une Libye politique après la révoluion, in: Confluences Méditerranée, Paris, Nr. 98, Herbst 2016, S. 135–143. Eine 2012 gemeinsam durchgeführte Umfrage der Universitäten Banghazi und Oxford zeigte auf, dass nur zwölf Prozent der Befragten ein demokratisches System befürworteten; 25 Prozent optierten (trotz der negativen Erfahrungen mit Qaddafi) für einen „strong man", weitere

23 Prozent für eine technokratische Regierung (wie sie in Libyen seit November 2012 mit Premierminister al-Kib an der Spitze existierte); vgl. Martinez, Luis: New Lybia between the past and the future, ISPI Analysis, Nr. 113, Mailand, Juni 2012, http://www.ispionline.it/it/documents/Analysis_113_2012.pdf (letzter Abruf: 30.12.2016).

65| Vgl. hierzu ausführlich die vom United States Institute of Peace in Auftrag gegebene Studie von Cole, Peter/Mangan, Fiona: Tribe, security, justice, and peace in Libya today, Washington DC 2016, https://www.usip.org/sites/default/files/PW118-Tribe-Security-Justice-and-Peace-in-Libya-Today.pdf (letzter Abruf: 30.12.2016). Die Umfrage bestätigte damit letztendlich die offiziell ignorierten Ergebnisse einer von der Politikwissenschaftlerin Amal Obeidi (Universität Qar Yunis/Banghazi) in den 1990er Jahren durchgeführten Erhebung nach dem identitären Bezug der befragten Studenten; diese gaben als primären Bezugsrahmen den Islam, danach den Stamm/die Familie an.

66| Vgl. Cole/Mangan 2016, a. a. O. (Anm. 65), S. 10 (Tabellen 2 und 3).

67| Vgl. Agence France Presse, Paris, 29.5.2015 (Libye: des chefs tribaux au Caire annoncent la création d'un conseil représentatif).

68| Die Webseiten der meisten libyschen Parteien, die 2012 im Vorfeld der GNC-Wahl entwickelt wurden und Online gingen, sind spätestens seit 2014 wegen der aufgetretenen personellen und technischen Probleme inaktiv.

69| Vom „vielversprechenden Neustart" der Politik, wie er im Vorfeld der GNC-Wahl von libyschen Politikern und internationalen Beobachtern konstatiert wurde, ist wegen der zunehmenden Bipolarisierung zwischen islamistischen und nichtislamistischen Akteuren und der damit einhergehenden politischen und militärischen Eskalation wenig übrig geblieben; vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 16.2.2012 (Vielversprechender Neustart in Libyen).

70| Vgl. zur Umfrage Doherty, Megan: Building a new Libya. Citizen views on Libya's electoral and political processes. Findings from focus groups in Libya, conducted 10-20 April 2012, Washington DC 2012, https://www.ndi.org/files/Libya-Focus-Group-May2012.pdf (letzter Abruf: 30.12.2016).

71| Vgl. zu den Details JMW Consulting/NDI: Believing in democracy: Public opinion survey in Libya, Washington DC 2013, https://www.ndi.org/files/Believing-in-Democracy-Public-Opinion-Survey-Report-August-2013.pdf (letzter Abruf: 30.12.2016).

72| Vgl. Ali, Fathi/Robbins, Michael: Searching for stability: The Arab barometer surveys a divided Libya, Paris, September 2014, besonders Abschnitt: Few Libyans support existing political parties (S. 4), http://www.arab-reform.net/en/node/281 (letzter Abruf: 30.12.2016).

73| Parteien finden deshalb konsequenterweise in den von Hafed Al Ghwell entwickelten vier Szenarien für die Zukunft Libyens keine Erwähnung; vgl. Al Ghwell, Hafed: Four paths for Libya's future, Washington DC, 6.4.2015, http://www.atlanticcouncil.org/blogs/menasource/four-paths-for-libya-s-future (letzter Abruf: 30.12.2016).

Marokkos Parteien: Ideologischer Wettstreit und machtpolitischer Pragmatismus

Ellinor Zeino

Zusammenfassung

Mit der Verfassungsreform und der einhergehenden Reform des Parteiengesetzes 2011 wurde den politischen Parteien formell die Verantwortung als zentrale Akteure der demokratischen Erneuerung Marokkos übertragen. Die Handlungsfähigkeit und der Reformwille von Parteien sind auch unter den veränderten politischen Rahmenbedingungen begrenzt. Zum einen steht die seit 2012 erstmals von Islamisten geführte Regierungskoalition vor der Herausforderung, unterschiedliche politisch-ideologische Richtungen zu vereinen. Zum anderen stößt ihr Handlungsspielraum im Rahmen der exekutiven Monarchie auf formelle wie informelle Grenzen. Konservative Akteure in den wichtigen staatlichen Institutionen bremsen zudem politische Veränderungen und sorgen für Kontinuität. Die größte Herausforderung liegt jedoch bei den Parteien selbst und ihrer eigenen inneren demokratischen Erneuerung. Seit den Reformen des Jahres 2011 sind die Parteien gleichermaßen unter Legitimationsdruck geraten. Die Parteiführungen antworteten darauf teils mit linkem, teils mit rechtem Populismus. Der hohe Grad an Wahlenthaltung und Politikverdrossenheit offenbart das geringe gesellschaftliche Vertrauen in Parteien als integre oder kompetente Reformakteure. Eine innere demokratische Erneuerung, sei es durch die Aufstellung glaubwürdiger Programme und Kandidaten oder durch parteiinterne transparente und partizipative Gestaltungsmöglichkeiten, steht beim Großteil der Parteien noch aus. Marokkos Transformationsprozess in Richtung Demokratie befindet sich heute im Spannungsfeld von drei Reformakteuren. Während links-säkulare Kräfte lange Zeit die maßgeblichen Impulsgeber waren, erweisen sich heute wertkonservative Akteure, allen voran die islamistische Partei PJD, als dynamischste Kraft. Zudem ist der König selbst einer der wichtigsten Reformakteure. Hinzu kommt die königsnahe Partei PAM, die gleichzeitig die Hauptherausforderin der Islamisten ist. Noch ist offen, inwieweit sich säkular-liberale und islamistische Konzepte vereinbaren lassen und welche Partei den Modernisierungsprozess maßgeblich prägen wird.

1. Parteien vor neuen Herausforderungen

Das nachkoloniale Marokko etablierte ein Mehrparteiensystem mit einer ideologisch weit gefächerten Landschaft an Parteien,[1] von denen einige bereits unter dem französischen Protektorat entstanden und traditionelle Organisationsformen wie religiöse Bruderschaften in den Hintergrund treten ließen.

Trotz dieser parteipolitischen Tradition leiden Parteien unter einem anhaltenden Image- und Vertrauensverlust in der Bevölkerung. Die Protestbewegung „20. Februar", die in Anlehnung an die Proteste in Tunesien, die dort im Januar 2011 zum Machtwechsel geführt und den sogenannten Arabischen Frühling eingeleitet hatten, in Marokko zu Protesten der Bevölkerung aufrief, war gleichfalls gegen die systemnahen Establishment-Parteien gerichtet.

Seit dem Ende der Epoche der großen politischen Führer der Unabhängigkeitsbewegung dominierten systemnahe Technokraten ohne ausgeprägte politische Ideologie in den Führungspositionen von Politik und Verwaltung. Mit den Umbrüchen des Jahres 2011 trat ein neues Phänomen in den Vordergrund, das in den marokkanischen Medien als „neue Welle des Populismus" in den Parteiführungen bezeichnet wird.

Es stellt sich deshalb die Frage, ob Parteien jenseits von populistischen Slogans glaubwürdige Antworten auf die drängenden gesellschaftspolitischen Fragen Marokkos geben können und inwieweit sie ihren rechtlichen wie politischen Handlungsspielraum für eine demokratische Erneuerung nutzen. Auf mehreren Ebenen bestimmen strukturelle Gegebenheiten den Handlungsrahmen der Parteien: Die 2011 erweiterten rechtlichen Bestimmungen sowie weiterhin bestehende informelle Grenzen durch das traditionelle königliche Machtsystem engen die Handlungsmöglichkeiten der Parteien ein. In der politischen Arena hat der demokratische Wählerwillen das politische Kräfteverhältnis neu geordnet und zu tiefgreifenden Änderungen in der Koalitions- und Bündnispolitik geführt. Zudem bestimmen die eigene innere Reformfähigkeit der Parteien und der Grad der Kohärenz zwischen proklamierten Programmen und Werten einerseits und parteipolitischem Handeln andererseits die Rolle der Parteien im weiteren Demokratisierungsprozess des Landes.

Die neue islamistisch-geführte Regierungskoalition von 2011 stellte die Glaubwürdigkeit und das Potential der Parteien als effektive und effiziente politische Gestalter erneut auf die Probe.

2. Die verfassungspolitische Rolle von Parteien

Das Prinzip des Mehrparteiensystems sowie die Rolle von politischen Parteien bei der Repräsentation der Bürger wurden bereits in der Verfassung von 1962 festgeschrieben.[2] Die verfassungsrechtliche Garantie von Parteienpluralismus war zur damaligen Zeit einzigartig in den politischen Systemen Nordafrikas. Dennoch wurden politische Parteien in Marokko lange Zeit nicht anders als zivilgesellschaftliche Vereinigungen behandelt. In der Verfassung von 1996 wurden politische Parteien lediglich als ein politischer Akteur neben Gewerkschaften, lokalen Gebietskörperschaften und Berufskammern erwähnt. Ihre Rolle beschränkte sich auf die „Organisation und Repräsentation der Bürger". 2006 wurde erstmals ein Parteiengesetz mit spezifischen Regelungen für Parteien erlassen. Auch wenn das erste Parteiengesetz auf starken königlichen Vorrechten beruhte und den Handlungsspielraum von Parteien beschränkte, erkannte es den spezifischen Charakter von politischen Parteien an.

Erst mit der Verfassungsreform von 2011 und dem Erlass eines neuen Parteiengesetzes erfolgte eine institutionelle Einbindung und Anerkennung von politischen Parteien als zentrale Akteure der repräsentativen Demokratie. Die Erneuerung des Parteienstatus war ein wesentlicher Bestandteil der Verfassungsreform von 2011 und beinhaltete eine deutliche Aufwertung der gesellschaftspolitischen Rolle von Parteien, eine rechtliche Erweiterung ihres Handlungsspielraums sowie eine Stärkung des parteipolitischen Wettbewerbs im Rahmen der parlamentarischen Prozesse. Gleichzeitig bedeutet die verfassungsrechtliche Aufwertung der Parteien, dass diese politisch stärker in die Verantwortung genommen werden.

2.1. Stärkung der politischen Rolle von Parteien

Politische Parteien sollen einen wesentlichen Beitrag zur politischen Entwicklung des Landes leisten. Der Rolle von Parteien ist daher ein zentraler Platz in der aktuellen Verfassung gewidmet. Artikel 7 der Verfassung weist Parteien eine wichtige Funktion innerhalb des

politischen Systems und der demokratischen Prozesse sowie eine besondere Verantwortung für die Gestaltung der politischen Kultur des Landes zu. Parteien sollen bei der politischen (Willens-)Bildung der Bürgerinnen und Bürger mitwirken. Sie sollen die politische Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger am öffentlichen Leben sowie an der Führung von öffentlichen Angelegenheiten stärken sowie an der Ausübung des Wählerwillens mitwirken. Zudem sollen sie im Rahmen der verfassungsrechtlichen Institutionen und auf Grundlage von demokratischen Machtwechseln an der politischen Machtausübung teilnehmen.

Auch in anderen Bestimmungen der Verfassung kommt eine rechtliche Aufwertung politischer Parteien zum Ausdruck. Artikel 47 reserviert das Amt des Regierungschefs exklusiv für Parteiangehörige und regelt, dass der König den Kandidaten der parlamentarischen Mehrheitspartei zum Regierungschef ernennt. Diese Bestimmung verhindert, dass beliebige Minderheitskandidaten oder parteilose Technokraten die Regierungsverantwortung übernehmen, wie dies beispielsweise 2002 mit der Ernennung des parteilosen Driss Jettou zum Premierminister noch der Fall war. Diese „Politisierung" des Amts des Regierungschefs unterstreicht die Verantwortung der politischen Parteien zur Ausübung der exekutiven Gewalt, ihre Rolle bei der Umsetzung des Wählerwillens sowie ihre Einbindung für demokratische Machtwechsel.[3]

Stärkung der Handlungsfreiheit von Parteien

Die Verfassung und das Parteiengesetz von 2011 stärken zudem die Handlungsfreiheit und Handlungsfähigkeit von Parteien. Sie garantieren grundlegende Freiheitsrechte wie die Gründungs- und Ausübungsfreiheit im Rahmen der verfassungsrechtlichen Grenzen. Diese rechtlich fixierte Parteienfreiheit ist ein Eckpfeiler des neuen Parteienstatus und verstärkt den Schutz von politischen Parteien. Artikel 61 der Verfassung bindet die Mandate der gewählten Vertreter an ihre Parteizugehörigkeit und verstärkt dadurch die parteipolitische Disziplinierung. Während der Wahlkampfperioden erhalten politische Parteien Zugang zu den staatlichen Medien mit rechtlich garantierten Sendezeiten. Ebenso garantiert das Parteiengesetz die Möglichkeit der öffentlichen wie privaten Parteienfinanzierung für die Teilnahme an nationalen und lokalen Parlamentswahlen.[4]

Stärkung des parteipolitischen Wettbewerbs

Die Festschreibung des Mehrparteiensystems ist seit 1962 eine irreversible verfassungspolitische Errungenschaft.[5] Die Verfassung von 2011 stärkte und formalisierte die Mechanismen des parteipolitischen Wettbewerbs. Eine maßgebliche Erneuerung ist die verfassungsrechtliche Erwähnung sowie die Festschreibung von Rechten und Pflichten der parlamentarischen Opposition. Die im Parlament vertretene Opposition ist nicht lediglich eine parlamentarische Minderheit oder Protestkraft, sie soll vielmehr eine aktive und konstruktive Rolle im parlamentarischen Prozess übernehmen. Artikel 10 der Verfassung garantiert ihre Meinungs- und Versammlungsfreiheit, feste Sendezeiten in den öffentlichen Medien oder den Zugang zur öffentlichen Parteienfinanzierung. Im parlamentarischen Prozess und in den staatlichen Institutionen garantiert Artikel 10 der Opposition u. a. das Recht zum Einbringen von Gesetzesinitiativen, von Anfragen und Misstrauensvoten gegen die Regierung und die Mitwirkung bei der Wahl der Kandidaten für den Verfassungsgerichtshof. Die parlamentarische Opposition hat die Aufgabe der Kritik und Kontrolle der Regierung sowie der Mitwirkung beim Gesetzgebungsprozess im Rahmen der parlamentarischen Spielregeln. Gleichzeitig wird die Opposition implizit zu einem mitregierenden Akteur, da sie die politische Alternative für einen möglichen demokratischen Machtwechsel darstellt. Diesen verfassungsrechtlichen Schutz genießt jedoch lediglich die parlamentarische und nicht die außerparlamentarische oder gar verfassungswidrige Opposition. Mit der Zuschreibung eines privilegierten und geschützten Platzes für die parlamentarische Opposition fand daher mit der Verfassungsreform von 2011 eine „Parlamentarisierung der Opposition“[6] sowie eine Kanalisierung der oppositionellen Arbeit im Rahmen der offiziellen institutionellen Prozesse statt.

Pflichten und gesellschaftspolitische Verantwortung von Parteien

Als wesentliche Akteure im demokratischen Prozess erhalten Parteien nicht nur eine neue Legitimität, sondern auch eine besondere Verantwortung. Der Gesetzgeber nimmt Parteien stärker in die Pflicht, beispielsweise bei den Bedingungen für Parteigründungen und den Vorschriften zur inneren Ordnung.

Artikel 7 der Verfassung verbietet Parteien mit religiöser, ethnischer, sprachlicher oder regionaler Agenda sowie Parteien mit einer diskriminierenden oder menschenrechtsmissachtenden Ausrichtung. Ebenso verboten sind Parteien, die gegen die islamische Religion, die Monarchie, die verfassungsrechtlichen Prinzipien, die demokratische Grundordnung oder die nationale Einheit und territoriale Integrität gerichtet sind. Fragen der nationalen Identität sollen niemals Vorrecht einer einzelnen Partei, Fraktion oder Gruppe sein.[7] Parteigründungen sind stärker als die Gründung von Vereinigungen formalisiert und wurden im Parteiengesetz von 2011 weiter erschwert. Künftig fordert das Gesetz einen Nachweis der Repräsentativität der Parteien. Eine neue Partei muss vorab einen Gründungsantrag stellen, der von mindestens 300 Gründungsmitgliedern unterschrieben ist, die wiederum in mindestens zwei Drittel der Regionen Marokkos vertreten und auf Wahlkreislisten eingeschrieben sind (Artikel 6, Parteiengesetz). Diese Bedingungen sollen vor allem der Gründung von Mikroparteien („Hizbicules")[8] vorbeugen.

Parteien unterliegen dem Gebot der inneren demokratischen Ordnung, Transparenz und Rechenschaftspflicht. Das Parteiengesetz fordert ein Parteiprogramm, Parteistatuten sowie Regelungen zur inneren Organisation (Artikel 24). In den Statuten müssen insbesondere das regelmäßige Abhalten von Parteikongressen und weiteren Versammlungen der Parteiorgane, die Mandatsdauer für Führungspositionen, das Einrichten verschiedener Kommissionen sowie Disziplinarmaßnahmen bei Verstößen geregelt werden (Artikel 29).

Das in der Verfassung von 2011 verankerte Gleichstellungsgebot von Männern und Frauen sowie das Ziel einer „vertieften Regionalisierung" (régionalisation avancée) zeigen sich auch in den Bestimmungen für politische Parteien. Das Parteiengesetz nimmt Parteien bei der Förderung von Frauen und des politischen Nachwuchs[9] in die Verantwortung. Parteien sind angehalten, mindestens ein Drittel ihrer Führungspositionen auf nationaler wie auf regionaler Ebene mit Frauen zu besetzen sowie eine Quote für den politischen Nachwuchs festzulegen (Artikel 26). Parteien sind verpflichtet, Organisationsstrukturen auf nationaler und regionaler Ebene zu unterhalten (Artikel 27) und sollen damit indirekt einen Beitrag für die politische Dezentralisierung leisten.

Parteien sind zudem verpflichtet, ihr Vermögen und ihre finanziellen Einnahmen, darunter ihre Mitgliedsbeiträge, Parteispenden und sonstigen Einnahmen aus wirtschaftlichen Tätigkeiten, offenzulegen.

2.2. Königliche Vorrechte: Grenzen des parteipolitischen Spielraums

Die neue Handlungsfreiheit von Parteien wird von verfassungsrechtlichen und informellen Vorrechten des Königs begrenzt. Das marokkanische Mehrparteiensystem lässt politischen Wettbewerb stets nur unterhalb der zentralen Figur des Königs zu. Dies hatte in der Vergangenheit für das königliche Machtzentrum Vorteile: Die miteinander konkurrierenden politischen Kräfte hielten sich gegenseitig in Schach und eine unabhängige politische Kraft konnte nicht zu groß und einflussreich werden.[10] Der König verbleibt in seiner überparteilichen Funktion als Garant für die Stabilität und Einheit des Staates. Im Falle von politischen Krisen kann der König vom Regierungschef als höchster Schlichter angerufen werden und in den parteipolitischen Aushandlungsprozess eingreifen (Artikel 47).[11]

Daneben besitzt der König informelle Privilegien in der Landespolitik. Strategische Ministerressorts werden weiterhin mit königsnahen, parteilosen Technokraten anstelle von politischen Verantwortlichen besetzt. Als Domänen königlicher Souveränität gelten die Ressorts für Inneres, Verteidigung, religiöse Angelegenheiten sowie zu einem geringeren Grad Diplomatie und Außenpolitik. Mit dem Generalsekretär der Partei Mouvement Populaire (MP; Volksbewegung), Mohand Laenser, erhielt 2012 erstmals ein politischer Verantwortlicher den Posten des Innenministers; 2013 wurde er allerdings bereits durch den Technokraten Mohamed Hassad ersetzt.

Zudem unterhält der König einen Beraterstab (Diwan royal), der zu allen wichtigen Dossiers des Landes arbeitet und wiederholt als eine Art „Schattenkabinett" neben der offiziellen Regierung bezeichnet wurde. Diese Berater agieren als nicht im demokratischen Prozess verankerte Agenda-Setter, die Impulse für politische Richtungsentscheidungen geben können. Dennoch besteht nach Aussagen des aktuellen Regierungschefs Benkirane eine klare Aufgabentrennung zwischen königlichen Beratern und der Regierung sowie eine stillschweigende Achtung des jeweiligen Kompetenzbereichs. So würden die Berater auf eine direkte Einmischung oder Einflussnahme auf die Regierungspolitik verzichten.[12]

3. Marokkos Parteienlandschaft: Ideologische Bandbreite und Verortung der Parteien

Mit derzeit 35 offiziell zugelassenen Parteien decken die marokkanischen Parteien ein großes Spektrum an ideologischen Strömungen ab. Die aktuell relevanten Parteien lassen sich dem islamistischen (PJD) und dem nationalistisch-konservativen Spektrum (PI), dem ausdifferenzierten Spektrum „zentristischer Parteien" bzw. Parteien der Mitte und dem gleichfalls ausdifferenzierten Spektrum der Linken zuordnen. Unter den Parteien der Mitte finden sich liberale bis konservative (RNI, UC, MP) sowie sozial-liberale Parteien (PAM); unter den Linken solche mit einer moderaten, sozialdemokratischen (USFP, PPS) sowie mit einer säkularen, systemkritischen (PSU, CNI, PADS) und einer spezifisch auf Umweltschutz orientierten Ausrichtung (PGV). Eine weitere Strömung des islamistischen Spektrums, die allerdings aktuell kein parteipolitisches Gewicht hat, stellt jener Teil der islamistisch-salafistischen Bewegung dar, der sich von Gewalt distanziert und in das bestehende System integrieren will; seit 2014 engagieren sich einige Salafisten u. a. in der islamistischen Partei PRV. Die vor allem an den Universitäten einflussreiche Organisation Jamaat al-adl wal-ihsan (Gemeinschaft für Gerechtigkeit und Wohltätigkeit) als Marokkos größte nicht legalisierte islamistische Vereinigung lehnte bislang eine Parteibildung ab.[13]

3.1. Die Islamisten

PJD: Systemangepasster Islamismus

Den Islamisten, die sich in den 1990er Jahren nach einer Revision ihrer Strategie und nach der expliziten Distanzierung von Gewalt in das politische System integrieren und am Wahlprozess teilnehmen wollten, blieb eine eigene Parteigründung verwehrt. Ihnen wurde jedoch freigestellt, in eine bereits bestehende Partei einzutreten. Diesen Weg beschritten zahlreiche Mitglieder der in den 1970er Jahren entstandenen islamistischen Jugendbewegung Jamiyat al-shabiba al-islamiya al-maghribiya (Vereinigung der islamischen Jugend Marokkos), meist kurz „Shabiba Islamiya" genannt. Die Shabiba Islamiya war in den 1970er Jahren in Gewaltakte verwickelt; 1981 distanzierte sich eine Gruppe um Abdelilah Benkirane, den aktuellen Generalsekretär des PJD und Regierungschef, von dem Gewaltkurs, spaltete sich von der Shabiba Islamiya ab und gründete die

Vereinigung Mouvement de l'Unicité et de Réforme (MUR; Bewegung für Einheit und Reform). Die Vereinigung MUR widmet sich seither der Verbreitung des islamistischen Gedankengutes in der marokkanischen Gesellschaft. Diejenigen Mitglieder, die sich parteipolitisch betätigen wollten, traten in die seit den 1960er Jahren bestehende, aber inaktive Partei Mouvement Populaire Démocratique Constitutionnel (MPDC; Demokratische verfassungsmäßige Volksbewegung) ein, um 1997 erstmals an den Legislativwahlen teilzunehmen. 1998 benannte sich die Partei dann in Parti de la Justice et du Développement (PJD; Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) um.[14]

Der PJD steht der Bewegung der Muslimbrüder nahe, propagiert jedoch einen Islamismus, der sich den marokkanischen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anpasste. Die Partei wie die personell eng mit ihr verflochtene Vereinigung MUR vertritt ein konservatives Gesellschafts- und Familienbild, das sich aus ihrem islamistischen Referenzrahmen speist. Ziel ist die Durchsetzung von islamistischen Wert- und Moralvorstellungen in allen öffentlichen Bereichen wie Politik, Bildung, Medien, Wirtschaft und Kultur sowie die Arabisierung in den öffentlichen Medien wie im Bildungswesen. Als legale Partei muss der PJD die Monarchie und die religiöse Funktion des Königs anerkennen. Da nach marokkanischem Verfassungsrecht Parteien mit religiösem Bezug verboten sind, betont der PJD, dass er keine „religiöse Partei" sei, sondern eine Partei mit „islamischem Bezug" bzw. „islamischem Referenzsystem".[15] Der PJD hebt die „Spezifität" des marokkanischen Islamismus hervor, der sich von dem der ägyptischen Muslimbruderschaft oder der türkischen AKP unterscheide.[16]

Zugleich vertritt der PJD sozialkritisch-progressive Werte, die traditionell von linken Parteien proklamiert werden. Darunter fallen soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit, gute Regierungsführung, Transparenz und Rechenschaftspflicht von Verantwortungsträgern und Bürgerbeteiligung. Die Menschen- und Bürgerrechte werden im Rahmen des islamistischen Referenzsystems interpretiert und eingeräumt. Die Wirtschaft soll in den Dienst der sozialen Entwicklung gestellt werden.[17] Dennoch zeigt sich der PJD offen für marktwirtschaftliche Lösungen. Außenpolitisch tritt der PJD für „kulturelle Unabhängigkeit" ein und lehnt eine Normalisierung der Beziehungen zu Israel ab.

Die Salafisten

Der aus der arabischen Halbinsel eingeführte wahhabitische Salafismus[18] betrachtet politische Parteien und demokratische Wahlen als Spaltung der muslimischen Glaubensgemeinschaft und lehnt diese eigentlich grundsätzlich ab. Dennoch sprechen sich insbesondere seit 2012 einige marokkanische Salafisten für eine Betätigung in politischen Parteien aus und einige Parteien öffneten sich für Salafisten. Ein Beispiel ist die 2005 von Mohamed Khalidi gegründete und 2007 legalisierte islamistische Partei der Erneuerung und Tugend PRV (Parti de la Renaissance et de la Vertu); der PRV ist eine Abspaltung vom PJD. Der PRV integrierte einige jener Salafisten, die in den 2000er Jahren in Gewaltakte verwickelt waren oder dazu aufgerufen hatten, sich vor Gericht verantworten mussten und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden waren. Diejenigen, die sich nach 2011 von Gewalt distanzierten und die Verfassung anerkannten, wurden vom König amnestiert und können sich seither politisch betätigen.[19]

Der PJD wiederum verbündete sich mit dem salafistischen Prediger Hammad Kabbadj, um Wählerstimmen zu gewinnen. In den Kommunalwahlen von 2015 machte Kabbadj Wahlkampf für den PJD. Für die Parlamentswahlen 2016 kandidierte Kabbadj für den PJD in Marrakesch-Gueliz. Seine Kandidatur wurde allerdings vom Wali der Region Marrakesch annulliert.

Auch die 1996 gegründete, eigentlich dem sozial-liberalen Spektrum zuzurechnende Partei Mouvement Démocratique et Social (MDS, Demokratische und soziale Bewegung) integriert seit 2012 amnestierte Salafisten. Im Mai 2015 wurde Abdelkrim Chadli, ein ehemaliges Mitglied der Gewalt befürwortenden salafistisch-jihadistischen Bewegung, zum nationalen Koordinator der Partei gewählt.

Der nationalistische, konservative Parti de l'Istiqlal (PI; s. u.) bemühte sich im Vorfeld der Legislativwahlen vom 7. Oktober 2016 um die Einbindung von Salafisten. Die Parteiführung des PI versuchte gar Abdelwahab Rafiki, einen salafistischen Prediger und aktuelles PRV-Mitglied, für die Weiterentwicklung eines marokkanischen „Reform-Salafismus" zu gewinnen.

Exkurs: Die unangepassten Islamisten der Vereinigung al-Adl wal-ihsan

Die 1973 von Abdeslam Yassine gegründete Vereinigung al-Adl wal-ihsan (Vereinigung für Gerechtigkeit und Wohltätigkeit) gilt mit geschätzten 100.000 aktiven Mitgliedern[20] als größte islamistische Bewegung Marokkos. Die bis heute nicht legalisierte, aber geduldete Vereinigung war bis zum Tod Yassines, ihres spirituellen Führers (murshid), im Dezember 2012 auf ihn zentriert. Die Gemeinschaft ist eine Mischform zwischen religiöser Bruderschaft und politischer Bewegung,[21] die kulturelle Elemente des Sufismus und politische Thesen der Muslimbruderschaft vereinigt.[22] Die Vereinigung al-Adl wal-ihsan verfolgt ein islamistisches Gesellschaftsprojekt mit der Errichtung eines islamischen Staates als Endziel. Ihre Strategie ist die einer Islamisierung von unten durch religiöse Erziehung und Wohltätigkeitsarbeit. Gewalt lehnt sie ab. Ihre Systemkritik richtet sich gegen die Monarchie, ein säkulares demokratisches System und das Konzept der Volkssouveränität. Sie erkennt den König zudem in seiner Eigenschaft als religiöser Führer nicht an. Diese Positionen schließen eine Zulassung als Partei von vorne herein aus. Die Vereinigung nahm 2011 an der Protestbewegung „20. Februar" teil und rief zum Boykott des Verfassungsreferendums sowie der Parlamentswahlen auf.

3.2. Die Konservativen

PI: Konservativer Nationalismus

Der 1943 gegründete Parti de l'Istiqlal (PI; Unabhängigkeitspartei) gilt als älteste Partei Marokkos. Als Partei der Unabhängigkeitsbewegung war die ideologische Ausrichtung des PI stets nationalistisch. Zu den Hauptanliegen der Partei zählen die Verteidigung der nationalen Einheit und territorialen Souveränität sowie die Wahrung der marokkanischen Identität. Als Grundelemente der marokkanischen Identität gelten dem PI der Islam und die arabische Sprache. Der PI verfolgte lange eine Arabisierungspolitik zur Stärkung des Hocharabischen in der öffentlichen Verwaltung, im Bildungssektor und in den staatlichen Medien. Zugleich verteidigt der PI einen wertkonservativen marokkanischen Islam. Unter Parteiführer Allal al-Fassi griff der PI Ideen eines nationalistischen und bürger-

lichen Reformislam in Abgrenzung zu säkularen, nationalistischen Strömungen in der arabischen Welt auf.[23] Der PI vertritt Ordnungsvorstellungen einer sozialen Marktwirtschaft; seine 1962 verkündete Doktrin des Egalitarismus ebnete einen dritten Weg zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft. Grundidee ist die Wahrung eines Gleichgewichts der Kräfte. Besitzenden wird eine soziale Verantwortung zugeschrieben, ohne dabei ihre Interessen in Frage zu stellen.[24] Der PI ist ein Hauptverfechter der marokkanischen Souveränität über die Westsahara sowie von Marokkos Ansprüchen auf die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla und die Chafarinas-Inseln. Trotz des seit Jahrzehnte währenden Konflikts mit Algerien um die Westsahara befürwortet der PI eine regionale Integration im Maghreb und gute Beziehungen zu den arabischen Staaten.[25]

3.3. Die liberalen Parteien

UC: Systemkonformer Liberalismus

Die Union Constitutionnelle (UC; Verfassungsunion) wurde 1983 von Maati Bouabid mit Unterstützung des königlichen Vertrauten und späteren langjährigen Innenministers Driss Basri gegründet. Die Partei sollte ein Gegengewicht zu den Parteien der nationalen Bewegung (MP, PI, USFP) bilden. Die UC, Mitglied im Weltverband der liberalen Parteien „Liberale Internationale", betrachtet den Liberalismus als Motor für die Entwicklung des Landes. Seit 1989 bekennt sich die UC zum „Sozialen Liberalismus". Sie proklamiert den Schutz von individuellen, politischen und wirtschaftlichen Freiheitsrechten sowie die Konsolidierung der konstitutionellen Monarchie. Sie unterstützt freies Unternehmertum und privatwirtschaftliche Initiative, erlaubt jedoch staatliche Maßnahmen zum Ausgleich von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen. Unter den liberalen Parteien bekennt sie sich am klarsten zum Liberalismus[26] und setzt sich intellektuell mit liberalen Thesen auseinander.[27] Die UC vertritt jedoch keine extremen Positionen, die gegen die konservative Werteordnung der marokkanischen Gesellschaft verstoßen würden.

MP: Liberale, dem Amazigh-Erbe verpflichtete Partei

Der Mouvement Populaire (MP; Volksbewegung) wurde 1957 durch Führer der marokkanischen Unabhängigkeitsbewegung gegründet. Der MP war stets ein bedingungsloser Unterstützer der Monarchie

und der Interessenvertreter der berberophonen Bevölkerung (Amazigh). Als erste Partei berücksichtigte der MP ethnisch-sprachliche Sensibilitäten und nahm sich der Anliegen der ländlichen berberophonen Bevölkerung an. Der MP ist wirtschaftspolitisch liberal, aber gesellschaftspolitisch wertkonservativ. Als Mitglied im Weltverband „Liberale Internationale" vertritt die Partei einen liberalen Leistungsgedanken. Der MP verbindet diesen Leistungsgedanken jedoch mit dem Gleichheitsgedanken, der im Islam verankert ist. Die Partei spricht sich für sozialen Aufstieg durch Arbeit, Leistung und Verdienst aus.[28] Seit den Wahlerfolgen des islamistischen PJD bei den Legislativwahlen 2011 und 2016 sieht sich der MP als Garant für „religiöse und spirituelle Sicherheit" gegenüber religiösem Fanatismus und Extremismus.[29] Im Rahmen seiner wertkonservativen Orientierung tritt der MP als Verteidiger eines kulturellen Pluralismus sowie von ethnischer, geschlechtlicher und sozialer Chancengleichheit auf.

RNI: Liberale Partei des Zentrums

Der Rassemblement National des Indépendants (RNI; Nationale Sammlungsbewegung der Unabhängigen) wurde 1978 von Ahmed Osman, einem Schwager von König Hassan II., sowie mit Unterstützung des Innenministeriums gegründet. Der RNI vertritt einen politischen Liberalismus und verteidigte dabei stets die königlichen politischen Linien. Ab Ende der 1990er Jahre präsentiert sich der RNI verstärkt als Verfechter einer sozial-liberalen Demokratie und Fürsprecher der Mittelschicht; er fordert die letzten Jahre verstärkt den Ausgleich sozialer Ungleichheiten über eine steuerliche Umverteilungspolitik[30] und bildungspolitische Reformen.[31] Zudem präsentiert sich die Partei als Verteidiger von Pluralismus, Menschenrechten und individuellen Freiheitsrechten. Der RNI vertritt den Ansatz einer liberalen Marktwirtschaft. Das nationale Wirtschaftswachstum soll als wichtiger Vektor der Entwicklung im Fokus der Parteipolitik stehen.

PAM: Anti-islamistische „Catch-all"-Partei

Der Parti Authenticité et Modernité (PAM; Partei für Authentizität und Modernität) wurde 2008 von Fouad Ali El Himma, einem ehemaligem Staatssekretär im Innenministerium und Schulfreund von König Mohamed, als Gegenpol und Alternative zum PJD gegrün-

det. Der PAM präsentiert sich als Partei, die der Politikverdrossenheit entgegenwirken und die Marokkaner wieder mit der Politik versöhnen möchte. Die Partei ordnet sich ideologisch weder links noch rechts ein und betrachtet Ideologien als obsolete Konzepte. Trotz ihrer anti- bzw. postideologischen Einstellung sind zwei grundlegende Orientierungen erkennbar: Der PAM hat ein sozial-liberales sowie ein anti-islamistisches Profil. Die Partei vertritt eine sozial-liberale Marktwirtschaft und proklamiert das Durchsetzen von Standards der guten Regierungsführung und einer effektiven Korruptionsbekämpfung; sie vertritt zudem eine säkulare, freiheitliche und pluralistische Gesellschaftsordnung. Sie präsentiert sich als Verteidiger von progressiven, liberalen Werten, vor allem von individuellen Freiheitsrechten und Frauenrechten, die sie durch die islamistischen Organisationen gefährdet und herausgefordert sieht.

3.4. Die linken Parteien

Die linken Parteien sind zunehmend in ein „moderates" Lager, das als neuer Verbündeter des königlichen Reformkurses gemäßigte Töne anschlägt, und in ein systemkritisches Lager, das eine tiefgreifende demokratische Erneuerung und parlamentarische Monarchie fordert, gespalten.

USFP: Partei der historischen Sozialdemokratie

Die Union Socialiste des Forces Populaires (USFP; Sozialistische Union der Volkskräfte) ist 1975 aus einer Abspaltung von der 1959 gegründeten Union Nationale des Forces Populaires (UNFP; Nationale Union der Volkskräfte) entstanden, die selbst wiederum aus einer Abspaltung des linken Flügels der Istiqlal-Partei um Mehdi Ben Barka hervorgegangen war. Während die USFP in ihren Anfangszeiten systemkritisch und antikapitalistisch auftrat, vollzog sie ab 1975 einen Kurswechsel hin zu einer im Rahmen der Monarchie verfochtenen Sozialdemokratie. 2012 proklamierte der neue USFP-Generalsekretär Driss Lachgar einen „dritten Weg" der Sozialdemokratie jenseits von rechten und linken Konzepten und hoffte so, die USFP wieder zu einer Volkspartei für die Massen machen. Die USFP vertritt eine pluralistische, rechtsstaatliche und partizipative Ordnung unter Wahrung von Menschen-, Bürger- und individuellen Freiheitsrechten. Zudem fordert sie die Garantie einer bedarfsgerechten Grundversorgung aller Bürger.

PPS: Monarchietreue Ex-Kommunisten

Der Parti du Progrès et du Socialisme (PPS; Partei des Fortschritts und Sozialismus) ist die Nachfolgepartei der Kommunistischen Partei Marokkos. 1974 wurde die Kommunistische Partei Marokkos, die das Gewerkschaftswesen in Marokko einführte, legalisiert und in PPS umbenannt. Der PPS war ursprünglich marxistisch und sah sich als Interessenvertreter der Arbeiterklasse sowie der mittelständischen Handwerker und Händler in ihrem Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung. Die Partei ging bei ihrem Ziel der demokratischen Erneuerung von Beginn an den offiziellen Weg über die staatlichen Institutionen; sie sah in ihren Forderungen nie einen Widerspruch zur Monarchie oder zur Tatsache, dass die marokkanische Verfassung den Islam zur Religion des Staates erklärte. Der PPS unterschied sich damit vom religionskritischen Atheismus und der Elitenkritik des europäischen Kommunismus.[32] Seit 1995 bekennt sich die Partei offiziell nicht mehr zum Kommunismus und verfolgt einen moderaten Ansatz, um soziale Gerechtigkeit und menschliche Entwicklung zu fördern. Ihr Konzept einer Staatswirtschaft ist mit einer sozialen Marktwirtschaft vereinbar. Zugleich kritisiert die Partei Strukturen der staatlichen Rentenökonomie, die Begünstigten informelle Privilegien sichert.

FDG: Die linken Systemkritiker

Die systemkritische Linke fordert weitreichende bürgerliche Freiheits- und Partizipationsrechte und eine parlamentarische Monarchie. Angeführt wird sie von der Fédération de la Gauche Démocratique (FDG; Bündnis der demokratischen Linken). Die FDG ist eine 2007 gebildete Parteienunion, in der vertreten sind: der Parti Socialiste Unifié (PSU; Partei der vereinigten Sozialisten), der Congrès National Ittihadi (CNI; Vereinigter nationaler Kongress) und der Parti de l'Avant-Garde Démocratique et Sociale (PADS; Partei der demokratischen und sozialistischen Avantgarde).[33] Anlässlich des Verfassungsreferendums von 2011 rief die FDG zusammen mit der islamistischen Vereinigung al-Adl wal-ihsan zum Boykott auf.

PGV: Die marokkanischen Grünen

Mohamed Fares gründete 2010 die erste Partei der marokkanischen „Grünen", den Parti de la Gauche Verte (PGV; Partei der grünen Lin-

ken). Die Partei setzt auf eine ökologisch nachhaltige Entwicklung, konnte sich aber bei der marokkanischen Wählerschaft bisher nicht durchsetzen. Die Partei der Grünen in Marokko stößt möglicherweise auf politische Vorurteile und Legitimierungsprobleme, da die europäischen Grünen sich mit der mit Marokko verfeindeten Polisario-Front solidarisieren.

4. Das politische Kräfteverhältnis nach 2011

Die Parlamentswahlen vom November 2011, die vor dem Hintergrund der Ereignisse des „Arabischen Frühlings" und den in Marokko ab Februar 2011 in Gang gesetzten Reformen zu sehen sind, stellten in vielerlei Hinsicht eine Zäsur dar. Zum einen wurden sie als die freiesten Wahlen in der Geschichte Marokkos bezeichnet. Zum anderen verschob sich bei diesen Wahlen das politische Kräfteverhältnis. Die Kommunal- und Regionalwahlen von 2015 sowie die Legislativwahlen von 2016 bestätigten diese Kräfteverschiebung bei den Parteien.

4.1. Trends im parteipolitischen Kräfteverhältnis

Die Parlamentswahlen vom Oktober 2016, an denen 43 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung teilnahmen, weisen auf einen anhaltenden politischen Trend der Bipolarisierung zwischen den Islamisten des PJD und dem säkularen, dem König nahestehenden PAM hin. Der PJD behauptete sich bei diesen Wahlen als stärkste politische Kraft. Der anti-islamistische PAM etablierte sich als wichtigste Oppositionspartei und zweitstärkste Partei in der ersten Kammer des Parlaments. Die traditionellen Volksparteien PI und USFP befinden sich hingegen in einer anhaltenden Krise und müssen in der neuen bipolaren Ordnung ihre Rolle neu definieren.

Zudem zeigt sich seit den Kommunal- und Regionalwahlen von 2015 eine territoriale Zweiteilung: Während der PJD vor allem die urbanen Zentren des Landes dominiert, ist der PAM in den ländlichen Gebieten führend.

Trend 1: Konsolidierung der Islamisten als stärkste politische Kraft

In den Parlamentswahlen von 2016 konnte sich der PJD mit 31,65 Prozent der Stimmen und 125 Parlamentssitzen erneut als stärkste

Partei behaupten.[34] Seit dem erdrutschartigen Wahlsieg des PJD 2011, als die Partei eine Million Stimmen und 107 Parlamentssitze errang, etablierte sich der PJD als feste Größe in Marokkos Parteienlandschaft. Die Stammwählerschaft der Partei lebt in den urbanen Zentren Marokkos. Neben seiner islamistischen Klientel bedient der PJD sowohl sozialkritische als auch sehr wertkonservative Gesellschaftsschichten und konnte dadurch Wähler der historischen Volksparteien PI und USFP abwerben. Bereits in den Kommunal- und Regionalwahlen von 2015 zeigte sich ein besonderer Rückhalt der Partei in den städtischen Ballungszentren. Seit 2015 ist der PJD führend in drei der vier bevölkerungsstärksten Regionen (Casablanca, Rabat, Fes), die mit zusammen über 15 Millionen Einwohnern fast die Hälfte der Bevölkerung ausmachen und rund 40 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erwirtschaften.

Trend 2: Der PAM als neues Gegengewicht zu den Islamisten

Der PAM konnte 2016 von allen Parteien gegenüber 2011 am meisten Stimmen hinzugewinnen. Lag die Partei in den Parlamentswahlen von 2011 noch mit 13,16 Prozent der Stimmen (47 Sitze) auf Platz vier, konnte sie sich 2016 mit 25,82 Prozent der Stimmen und einem Zuwachs von 55 Parlamentssitzen mit nun insgesamt 102 Sitzen den zweiten Platz sichern. Auf regionaler wie kommunaler Ebene ist der PAM seit 2015 zudem führend. Der PAM stellt fünf der zwölf Präsidenten der Regionen (PJD, PI und RNI jeweils nur zwei). In den Lokalräten hält der PAM mit 21,1 Prozent der Sitze den ersten Platz und verwies den PI auf den zweiten bzw. den PJD auf den dritten Platz. In der zweiten Parlamentskammer (Chambre des Conseillers) hält der PAM nach dem PI den zweiten Platz.

Trend 3: Der Abstieg der historischen Volksparteien

Der PI verlor bei den Parlamentswahlen im Oktober 2016 deutlich an Stimmen und ist mit nur noch 11,65 Prozent der Stimmen (46 Sitze) von Platz zwei (2011: 60 Sitze) auf Platz drei gerückt. Die Kommunal- und Regionalwahlen von 2015 wahren für den PI eine der schlimmsten Verluste in der Parteigeschichte. Insbesondere die Wahlniederlage in der einstigen PI-Hochburg Fes symbolisiert den schwindenden politischen Rückhalt für die Partei. In den Regionalräten belegt der PI hinter PJD und PAM den dritten Platz. In den Kommunalräten konnte sich der PI aufgrund der guten nationalen

Abdeckung der Parteistrukturen noch den zweiten Platz hinter dem erstplatzierten PAM sichern. Die Präsidentschaft über die Regionalräte konnte der PI nur in den zwei Sahara-Regionen erringen.

Noch schlimmer traf es die sozialdemokratische USFP. In den Parlamentswahlen von 2016 errang sie mit 5,06 Prozent der Stimmen 20 Sitze und steht damit auf Rang sechs, während sie 2011 noch 39 Sitze (Rang 5) erzielte. In den Kommunalwahlen verlor sie ein Fünftel ihrer Stimmen im Vergleich zu 2009 und lag mit 5,61 Prozent der Stimmen ebenfalls auf Platz sechs. In keiner Region stellt die USFP den Präsidenten eines Regionalrats. Ihre einstige Basis, die urbanen Zentren, wo sie den Großteil ihrer Stammwählerschaft ausmacht, verlor die USFP zunehmend an den PJD. In ihren früheren Hochburgen Rabat und Agadir musste die USFP das Amt des Bürgermeisters an den PJD abgeben.

4.2. Neue Koalitions- und Bündnisstrukturen nach 2011

Die Wahlerfolge der Islamisten und das neue bipolare Kräfteverhältnis nach 2011 zwingen die traditionellen politischen Parteien, ihre aktuelle Rolle, ihre politische Positionierung und ihre Bündnispolitik zu überdenken. Die alte Trennlinie zwischen reformwilligen auf der einen und palastnahen, systembewahrenden Kräften auf der anderen Seite verläuft heute entlang anderer ideologischer Linien. Kamen früher die stärksten Reformkräfte aus dem links-säkularen Lager, verkörpert heute der PJD unter den Parteien die stärkste reformwillige Kraft gegenüber dem traditionellen Machtsystem. Der PJD, der nach den Wahlen vom 7. Oktober 2016 als stärkste Fraktion im Parlament erneut mit der Regierungsbildung beauftragt wurde, hat keinen natürlichen Bündnispartner unter Marokkos Parteien. Dies führt zu fluktuierenden Bündnisstrukturen sowie gleichzeitig zum Auflösen traditioneller Bündnisse. In den zwei seit 2012 amtierenden Koalitionsregierungen bestehend aus Islamisten (PJD), Ex-Kommunisten (PPS), Konservativ-Liberalen (MP), National-Konservativen (PI) und dem König nahestehenden Liberalen (RNI) erwiesen sich nur der PPS und der MP als beständige Regierungspartner der Islamisten.

Das Auflösen des historischen „Kutla"-Bündnisses

Das 1970 geschlossene Bündnis Demokratischer Block (al-Kutla al-dimuqratiya; meist nur als „Kutla" bezeichnet) war über zwei Jahr-

zehnte die stärkste oppositionelle Kraft, die vom damaligen König Hassan II. und dem ihm umgebenden Machzentrum eine demokratische Erneuerung einforderte. Der Demokratische Block umfasste die historischen Volksparteien PI und USFP sowie später den PPS. 2011 zerfiel das Bündnis an der Frage, ob und wie man mit den Islamisten des PJD zusammenarbeiten soll. Während der sozialistische PPS und der national-konservative PI (bis 2013) für eine Koalitionsregierung mit dem PJD bereit waren, lehnten die Sozialdemokraten der USFP dies ab und gingen in Opposition zu den Islamisten.

Nach den Wahlen vom Oktober 2016 wurde PJD-Generalsekretär Benkirane vom König verfassungsgemäß erneut mit der Regierungsbildung beauftragt und muss sich Koalitionspartner suchen, um die parlamentarische Mehrheit (198 Sitze) zu sichern. Der PJD und linke Parteien teilen einige sozial- und systemkritische Positionen. Ob sich auf dieser Basis eine ausreichende Schnittmenge an gemeinsamen Werten und Interessen finden lässt, die eine Regierungszusammenarbeit ermöglichen, bleibt offen.[35]

Ideologische Konfrontation mit den Islamisten

Der PAM und die sozialdemokratische USFP sind gegenüber den Islamisten am stärksten in Opposition gegangen. Beide Parteien begründeten ihre Opposition gegenüber dem PJD stets ideologisch; der PJD formulierte hingegen seine Differenzen mit diesen Parteien nicht ideologisch, sondern faktisch. Für den PAM ist die ideologische Konfrontation mit den Islamisten Teil seines Selbstverständnisses. Der PAM wirft dem PJD die Islamisierung und Unterminierung der freiheitlichen, pluralistischen Gesellschaftsordnung vor. Ebenso definierte USFP-Generalsekretär Lachgar die Programmatik des PJD als konträr zu den Idealen seiner Partei. Seitens des PJD wird hingegen betont, dass seine Ablehnung des PAM nicht auf ideologischen Differenzen beruhe, sondern der mangelnden demokratischen Integrität und dem fehlenden demokratischen Reformwillen des palastnahen PAM zuzuschreiben sei. Der PJD sei prinzipiell gegenüber jedem demokratischen Reformakteur, einschließlich der säkularen Linken, offen.[36]

Strategische Allianz mit den Islamisten

Als kleine Partei zeigte der MP stets ein flexibles und sehr pragmatisches Allianzverhalten und beteiligte sich seit 2012 an den PJD-ge-

führten Regierungskoalitionen. Für den MP gibt es nach eigenen Aussagen keine roten Linien hinsichtlich potentieller Koalitionspartner; natürliche Bündnispartner wären für die liberale und systemnahe Partei jedoch der RNI, die UC sowie der PAM.[37]

In den letzten beiden Regierungskoalitionen entwickelte sich der PPS bemerkenswerterweise zum engsten Koalitionspartner des PJD. Die enge und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen einer progressiv-säkularen und einer islamistischen Partei war nicht selbstverständlich. Der PPS befürchtete zunächst, wichtige Stammwähler zu verlieren, sollte die Partei mit den Islamisten koalieren. Als sozial- und systemkritische Parteien entwickelten PJD und PPS jedoch eine gemeinsame Schnittmenge an Werten und Interessen: Gemeinsame Ziele wie Korruptionsbekämpfung oder soziale Gerechtigkeit wurden in den Mittelpunkt gestellt. Ideologische Unterschiede traten entweder in den Hintergrund oder wurden in der Vergangenheit einvernehmlich ausgehandelt, wie beispielsweise im Bereich religiöser Freiheitsrechte. Beide Seiten betonen die Bedeutung der Zusammenarbeit unter „echten und seriösen" sowie reformwilligen Parteien für eine demokratische Erneuerung.[38]

Zugleich ist die Zusammenarbeit von PJD und PPS eine „Win-win"-Situation für beide Seiten. Die kleine Nischenpartei PPS konnte ihre politische Bedeutung enorm aufwerten und befindet sich heute in einer stärkeren Position als ihre linken Schwesterparteien. Der PPS spielt eine wichtige Rolle als „Scharnier-Partei" (hinge party)[39] zwischen den unterschiedlichen Koalitionspartnern und stellt für den PJD einen ansprechenden Koalitionspartner mit einer glaubwürdigen politischen Identität dar.

Schwankende Positionierung und neue Rollensuche

Der PI befindet sich in einem anhaltenden Prozess der politischen Positionierung und Rollenfindung. Aufgrund seiner schwankenden Haltung hat der PI Schwierigkeiten, loyale Bündnisse zu formen. Im Juli 2013 brach die Partei nach nur sechs Monaten die Regierungskoalition mit dem PJD ab. Während sich der PI nach dem Bruch zunächst als Speerspitze der Opposition inszenierte, leitete der PI ab Ende 2015 seine politische Neuausrichtung gegenüber der PJD-Regierung ein und kündigte seine „kritische Unterstützung" (soutien critique) an. Mit scharfer Kritik am PAM, dem Erzfeind des

PJD, untermauerte die PI-Führung den Willen zur Wiederannäherung an den PJD. Die politische Positionierung des PI seit den Wahlen vom Oktober 2016 ist vom Wunsch der erneuten Regierungsbeteiligung getrieben. Der PI definiert sein Selbstverständnis wieder mehr als Regierungs- denn als Oppositionspartei.

Die dem Königshaus nahestehende Partei RNI hatte in der Regierungskoalition, die sie im Oktober 2013 als Ersatz für den PI mit dem PJD einging, stets die geringste ideologische Nähe zum Koalitionspartner PJD. Die Zusammenarbeit zwischen PJD und RNI war ein rein pragmatisches Interessensbündnis und eher eine konjunkturelle Allianz ohne gemeinsame politische Positionen. Ab Ende 2015 brach ein scharfer Konflikt zwischen PJD und RNI über die Unterstützung von PAM-Kandidaten durch den RNI in einigen Regionen Marokkos aus. Zum Jahresanfang 2016 beschrieb der damalige RNI-Parteichef Mezouar die Zusammenarbeit mit dem PJD als reine Interessensallianz und betonte, dass sich der RNI alle Optionen zukünftiger Koalitionspartner offen halte. Auch für die kommende Zeit werde sich der RNI eher spontan und flexibel am Wählerwillen ausrichten und dementsprechend sein politisches Programm anpassen.[40]

5. Rückhalt und Einfluss der Parteien in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft

Die 2012 gebildete Regierungskoalition aus Islamisten, Sozialisten, National-Konservativen und Liberalen könnte ein Indiz dafür sein, dass ideologisch-politische Trennlinien teilweise vage sind. Marokkos Parteien lassen sich weniger anhand ihrer offiziellen ideologischen Ausrichtung, sondern vielmehr anhand ihrer Entstehungsgeschichte, ihrer Nähe zum königlichen Machtzentrum sowie anhand ihrer Verankerung in der Gesellschaft verstehen. Die Parameter der „Königsnähe" auf der einen Seite und des gesellschaftlichen Rückhalts auf der anderen Seite bestimmen im Wesentlichen das Macht- und Mobilisierungspotential einer Partei. Dabei sind Vor- und Nachteile nicht immer eindeutig bestimmbar. Eine zu große Nähe zum königlichen Machtzentrum geht oftmals zu Lasten der gesellschaftlichen Glaubwürdigkeit; ein hohes gesellschaftliches Protestpotential ohne ein Arrangement mit den bestehenden Machtstrukturen führt zum politischen Scheitern.

5.1. Das Verhältnis der Parteien zum Königshaus

Marokkos Parteien zeigen einen unterschiedlichen Grad an Unabhängigkeit vom königlichen Machtzentrum und den informellen Machtstrukturen des „Makhzan".[41] Der entstehungsgeschichtliche Hintergrund von Parteien gibt Aufschluss über ihre Nähe zum königlichen Machtzentrum. Dabei lassen sich grob drei Kategorien von Parteien ausmachen: (1) Die historischen Volksparteien, die aus der nationalen Unabhängigkeitsbewegung entstanden sind; (2) die sogenannten Systemparteien (partis administratifs), die auf Initiative oder mit Unterstützung des königlichen Machtzentrums gegründet wurden, sowie (3) die Parteien der islamistischen Bewegung.[42]

Die historischen Volksparteien: Verlust an Unabhängigkeit

Die historischen Volksparteien, darunter vor allem der konservative PI und die sozialdemokratische USFP, gehörten einst zu den dominierenden unabhängigen politischen Parteien, die für eine demokratische Machtteilung mit dem König kämpften. Bis in die 1990er Jahre waren sie die eigentliche oppositionelle Kraft.[43] Insbesondere die linken Parteien galten als scharfe Kritiker des Königshauses. Mit ihrer graduellen Verankerung in den staatlichen Institutionen setzte ein Prozess der Annäherung („Makhzanisierung") der früheren Volks- und Protestparteien an das königliche Machtzentrum ein. Die Regierung von 1998 unter Führung von USFP-Regierungschef Youssoufi wurde zum Symbol der machtpolitischen Einbindung der Oppositionskräfte im Einvernehmen mit dem Palast. Die kontrollierte Integration der Oppositionsparteien in das königliche Machtsystem neutralisierte ihr politisches Protestpotential und reduzierte ihre politische Unabhängigkeit.

Die linken Parteien veränderte und spaltete die Kooptation durch das königliche Machtzentrum am stärksten. Aus einer einst bedeutenden Protestkraft gegen feudale und autokratische Strukturen entwickelte sich eine moderate und systemnahe Linke, die „Gauche administrative"[44]. Nicht erst seit der Verfassungsreform von 2011 tritt die moderate Linke als Verbündete des Königs auf. Sie unterstützt die bereits seit Jahren eingeleiteten demokratischen Reformmaßnahmen von König Mohamed VI. wie etwa die Modernisierung des Familienrechts (Moudawana-Reform von 2004), die Anerkennung und Förderung der ethnischen und sprachlichen Vielfalt und

die vertiefte Dezentralisierung und Regionalisierung (régionalisation avancée). Mit dem König teilt sie heute fundamentale, gemeinsame politische Linien und Werte, wie die Gleichstellung von Mann und Frau, Liberalität, Umweltschutz und Internationalität. Ihre Opposition richtet sich daher fortan nicht mehr gegen das königliche Machtzentrum, sondern vielmehr gegen islamistisch-fundamentalistische Kräfte. So erklärt der USFP-Generalsekretär nach der Regierungsübernahme des PJD 2012 seine Partei zur „Opposition seiner Majestät". Die USFP legte damit eine Wandlung von einer systemkritischen hin zu einer regimeunterstützenden Opposition (opposition soutien régime)[45] zurück.

Ähnlich verhält es sich mit dem PI, dessen politische Positionen ebenfalls ab den 1990er Jahren deutlich moderater gegenüber dem Königshaus wurden. Die konservative Ausrichtung des PI sowie seine gute Vernetzung mit konservativen Eliten erleichtern zudem die Nähe der Partei zur Monarchie. Dennoch gibt es innerhalb der Partei immer wieder vereinzelte Bemühungen der Abgrenzung, insbesondere von der jüngeren Generation. So verweigerte 2013 beispielsweise ein PI-Mitglied das jährliche Treuegelöbnis (baia) gegenüber dem König.[46]

Die einst großen Volks- und Protestparteien haben heute eine deutlich größere politische Deckungsgleichheit und Schnittmenge an gemeinsamen Werten mit dem Königshaus als früher. Dies liegt zum einen daran, dass das Königshaus selbst zu einem der wesentlichen Reformakteure des Landes geworden ist. Mit ihrer Anpassung an die Spielregeln des Systems haben die historischen Volksparteien jedoch wesentliche Teile ihrer früheren politischen Unabhängigkeit verloren. Den Verlust ihres Protestpotentials sowie von Wählerstimmen versuchen sie wiederum über den Segen vom und die Nähe zum König zu kompensieren. Damit stehen sie zunehmend vor dem Dilemma, dass sich ihr Profil immer weniger von den königsnahen Systemparteien abgrenzen lässt.[47]

Die Systemparteien

Die sogenannten Systemparteien, deren Entstehungsgeschichte eng mit dem königlichen Machtzentrum und dem ihm zugeordneten Innenministerium verwoben ist, werden von Kritikern oft nicht als „echte" Parteien, sondern vielmehr als eine Verlängerung des

Sicherheitsapparates gewertet. Eines ihrer impliziten Hauptanliegen ist die Verteidigung der Monarchie, die teils als bedroht angesehen wird. Ihnen wird vorgeworfen, dass sie sich nicht dem Ziel einer demokratischen Erneuerung und Stärkung der Volkssouveränität, sondern vielmehr der Festigung der königlichen Souveränität verschrieben haben. Ebenso wird ihnen von Kritikern vorgehalten, dass sie über Beziehungen zu Kartellen von einflussreichen Personen, die im Dienste des königlichen Machtzentrums stehen, auf informelle, nicht-demokratische Mittel zurückgreifen können, um ihre Ziele durchzusetzen.[48] Dennoch unterscheiden sich die einzelnen Systemparteien im Grad ihrer Nähe zum informellen Machtzentrum.

In der marokkanischen Öffentlichkeit erfüllt der PAM am stärksten das Image einer königsnahen Systempartei. Oftmals als „Partei des Königs" oder „Partei der Macht" bezeichnet, gilt der PAM aufgrund seiner Entstehungsgeschichte als jene Partei mit den engsten Beziehungen zum Königshaus. Mit dem Parteigründer Fouad Ali El Himma, ein ehemaliger Schulfreund, langjähriger Vertrauter und aktueller Berater von König Mohamed VI., wurde die Partei um eine königsnahe Person herum zentriert und aufgebaut. Die Loyalität des PAM gegenüber der Monarchie ist sowohl traditionalistisch als auch modern. Zum einen vertritt der PAM eine traditionelle Loyalität gegenüber dem König und stützt sich auf ein Netzwerk von königsnahen Eliten. Zum anderen befürwortet der PAM eine moderne konstitutionelle Monarchie auf der Basis von Rechtsstaatlichkeit und Bürgerbeteiligung, in der allerdings der König als mitregierender Souverän einen wichtigen Handlungsspielraum behalten soll.[49]

Auch andere führende PAM-Mitglieder haben gute Beziehungen zum Königshaus. So durfte der seit Januar 2016 neu gewählte PAM-Generalsekretär Ilyas El Omari im Mai 2016 König Mohamed auf seiner Chinareise begleiten; eine Ehre, die Regierungschef Benkirane bisher verwehrt blieb.[50] Gleichzeitig haben viele führende Parteimitglieder, vor allem jene aus dem linken Parteiflügel, eine systemkritische Vergangenheit aus der Ära von König Hassan II., darunter auch Ilyas El Omari, ein ehemals linker Aktivist und politischer Häftling.[51] Auch das PAM-Mitglied Hakim Benchamas, seit Oktober 2015 Präsident der zweiten Parlamentskammer, war ein ehemaliger Linker und ein politischer Häftling unter König Hassan.

Die 2004 von König Mohamed initiierte Wahrheitskommission (Instance Équité et Réconciliation/IER) zur Aufarbeitung und Entschädigung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen unter der Regentschaft von König Hassan II. trug wesentlich zur Vertrauensbildung zwischen ehemaligen, linken Systemkritikern und Symbolträgern der Monarchie bei. Der Bruch König Mohameds mit dem Erbe seines Vaters erklärt, warum die linke, systemkritische Herkunft führender PAM-Mitglieder mit der pro-monarchischen Linie der Partei vereinbar ist. Der bemerkenswerte politische Erfolg des PAM seit seiner Gründung 2008 scheint zu bestätigen, dass enge persönliche Beziehungen zum königlichen Machtzentrum einen entscheidenden Vorteil im demokratischen Spiel darstellen können.

Unter den liberalen Parteien hat der RNI die größte Nähe zum Makhzan und wird daher von Parteienforschern und Kritikern als exemplarische Systempartei gewertet.[52] Zudem verschaffte die Partei in der Vergangenheit königsnahen Personen eine Parteimitgliedschaft, um sie als Technokraten mit Parteibuch in der Regierungskoalition einzusetzen.[53]

Der Mouvement Populaire (MP) sowie die Union Constitutionnelle (UC) hatten bei ihrer Gründung das Ziel, die Parteien der Nationalen Bewegung (insbesondere USFP und PI) zu diskreditieren sowie die Politik von König Hassan II. zu unterstützen. Bis in die 1990er Jahre erhielt die UC für ihre Wahlkämpfe nicht unerhebliche Unterstützung vom Innenministerium. Mit der politischen Einbindung der USFP und des PI ab Ende der 1990er verloren der MP und die UC an strategischer Bedeutung für das Königshaus.[54] Insbesondere die UC verschwand fast vollständig von der politischen Bühne. Während der MP noch eine gewisse politische Stammwählerschaft aufweisen kann, ist die UC mit dem Rückgang der Unterstützung aus dem traditionellen Machtzentrum quasi bedeutungslos geworden.

Die Islamisten des PJD: Pragmatische Koexistenz

Das Verhältnis des PJD und ihres Parteichefs Benkirane zu König Mohamed ist in den marokkanischen Medien viel debattiert worden. Die religiöse Referenz und islamistische Ausrichtung der Partei stellt theoretisch eine Konkurrenz zur Rolle des Königs als höchster Richtungsgeber für religiöse Angelegenheiten dar. Auch wenn der PJD nie die Grundpfeiler der Monarchie in Frage stellte, war er vor

2003 noch von staatlicher Auflösung bedroht. Mit der Zulassung einer „kontrollierten Integration"[55] der Islamisten wandelte sich der PJD von einer durch den Sicherheitsapparat stark überwachten hin zu einer politisch etablierten Partei. Dafür nahm der PJD eine politische Gratwanderung auf sich. Einerseits erlangte der PJD gesellschaftliche Popularität und Glaubwürdigkeit als eine unabhängige Anti-Establishment-Partei. Andererseits war der PJD bemüht, sich als königstreue Partei zu positionieren. In ihrer Regierungszeit seit 2012 zeigte die Partei Gesten eines vorauseilenden Gehorsams und ihrer Loyalität gegenüber dem König. Durch zahlreiche königstreue Aussagen führender Parteimitglieder erwarb der PJD seither das Etikett „Islamisten des Königs"[56]. Während dieses Verhalten von der linken wie der königsnahen Opposition teils als Anbiederung kritisiert wurde, rühmte sich Regierungschef und Generalsekretär des PJD Abdelilah Benkirane gerne mit seinen vermeintlich guten Beziehungen zum König.[57]

Marokkanische Kritiker des PJD halten zudem der Partei vor, dass sie ihre neuen verfassungsrechtlichen Spielräume gegenüber dem König nicht ausreichend nutze. Im politischen Wechselspiel mit dem König verfolgt der PJD ein vorsichtiges Austarieren seiner Spielräume. Mal zeigte die Parteiführung politische Zurückhaltung, mal ging sie Konflikte mit königsnahen Kräften ein. Mit dem königlichen Beraterstab, der zu allen strategischen politischen Angelegenheiten des Landes arbeitet, arrangierte sich der PJD. Die anfängliche (indirekte) Kritik des PJD am „königlichen Schattenkabinett" (Diwan royal) ist Loyalitätsbekundungen gewichen.[58] Die PJD-Führung übt heute viel mehr Kritik an ihren parteipolitischen Konkurrenten und den vermeintlich voreingenommenen staatlichen Medien. Etwas offenere Kritik wagte der PJD an königsnahen Technokraten in den Reihen der Koalitionsregierung: So warf der PJD z. B. Bildungsminister Belmokhtar vor, Klientelismus im Bildungssektor zu fördern, und lehnte Belmokhtars Bildungsreformpläne von 2015 ab. Zwischen dem königsnahen Landwirtschaftsminister Akhannouch, seit Oktober 2016 zudem Generalsekretär des RNI, und Regierungschef Benkirane brach 2015 ein Streit über die Verwaltung des landwirtschaftlichen Entwicklungsfonds aus. Um die Regierungskoalition zu retten, zeigte der Regierungschef letztendlich Nachgiebigkeit gegenüber dem einflussreichen Landwirtschaftsminister. Auch der Konflikt über die PJD-Medienreform von 2012 zur Arabisierung und Islamisierung der Medienlandschaft führte zu einer der schärfs-

ten Auseinandersetzungen zwischen den Islamisten des PJD und königsnahen Parteien und Persönlichkeiten in der Regierung.

Die neue verfassungsrechtliche Struktur der „doppelten Exekutive", in der sich König und Regierungschef Machtbefugnisse teilen, ist geprägt von einer pragmatischen Koexistenz zwischen Regierungspartei und Königshaus. Zwischen Königshaus und Islamisten besteht eine gewisse Interdependenz, jedoch mit größerem Handlungsspielraum auf Seiten des Königs, sowie ein beiderseitiges Interesse an Stabilität. Solange der PJD keine vitale Bedrohung für die Monarchie darstellt und eine hohe gesellschaftliche Popularität genießt, bleibt die Einbindung der Islamisten für das Königshaus vorteilhaft. Für die PJD-Führung bleibt wiederum das Vertrauen des Königs existenziell, um an der Macht zu bleiben.[59]

5.2. Die staatlichen Institutionen als Symbol der politischen Kontinuität

Der Wahlsieg der Islamisten 2011 sowie die folgenden Wahlsiege von 2015 und 2016 bescherten dem PJD eine klare Mehrheit in der ersten Parlamentskammer und etablierten die Partei in der politischen Landschaft. Der PJD wählte mit seinem Gang durch die Institutionen die Strategie einer Islamisierung von oben. Dennoch fand keine Islamisierung der staatlichen Institutionen (s. u.) statt. Die großen staatlichen Institutionen symbolisieren weiterhin die Kontinuität und Stabilität des Staates bzw. der Monarchie und werden von konservativen Monarchietreuen dominiert.

Der PJD trifft mangels eigener langjährig gewachsener Verbindungen in den staatlichen Institutionen auf Widerstände. Die Partei behält gegenüber den informellen Machtstrukturen im Staat den Charakter einer Protestpartei. Der PJD ist damit gewissermaßen Regierungs- und Oppositionspartei zugleich.

Das Parlament

Mit dem Eintritt des PJD in das parlamentarische Spiel nach den Legislativwahlen 1997 setzte einerseits eine „Parlamentarisierung" des PJD ein; andererseits kam es zu Veränderungen des Parlaments. Nach ihrer ersten Teilnahme an Legislativwahlen 1997 sowie insbesondere ab 2011 etablierten sich die Islamisten des PJD als

feste Größe im Parlament und setzten Akzente in der parlamentarischen Zusammenarbeit. So versuchten PJD-Parlamentarier z. B. neue Standards der Parlamentsarbeit durchzusetzen und praktizieren seither eine neue Streitkultur im Plenum. Die PJD verkörpert ein neues Modell parlamentarischer Arbeit auf der Basis von Disziplin, Engagement und Transparenz. Dazu zählt insbesondere die Anwesenheitspflicht ihrer Abgeordneten bei allen Parlamentssitzungen sowie ein Minimum an parlamentarischen Fragen und Gesetzesvorschlägen pro Jahr und Abgeordneter.[60] Ebenso zeigen die PJD-Mitglieder eine dynamischere politische Streitkultur mit teils turbulenten Wortgefechten sowie stark moralisierenden Debatten im Parlament.

Die zweite Parlamentskammer (Chambre des Conseillers), in der die Oppositionsparteien PI und PAM die Mehrheit stellen, wird hingegen von traditionellen und dem Königshaus nahestehenden Kräften dominiert. Die seit 2009 unter der Präsidentschaft des PAM stehende zweite Kammer bleibt ein wichtiges Gegengewicht zu den Islamisten und kann Gesetzesvorhaben der Regierung blockieren.[61]

Die Justiz

Der Verfassungsgerichtshof (Cour Constitutionnelle) als ein zentrales Staatsorgan wurde mit der Verfassungsreform von 2011 gestärkt, verbleibt aber weiterhin unter der Kontrolle von konservativen und königstreuen Kräften. Der Präsident des Gerichtshofs sowie die Hälfte seiner zwölf Mitglieder werden vom König ernannt. Der Gerichtshof kann im Parlament erlassene Gesetze sowie internationale Verträge vor Inkrafttreten auf ihre Verfassungsmäßigkeit prüfen. Das Vorschlagsrecht zur Normenkontrolle teilen sich der König, der Regierungschef, die Parlamentspräsidenten sowie ein Fünftel der Mitglieder der ersten Parlamentskammer bzw. 40 Mitglieder der zweiten Kammer.

Der Rechnungshof (Cour des Comptes) ist ein weiterer Gerichtshof, der für die politische Kontinuität und Stabilität der staatlichen Institutionen steht. Er ist für die Kontrolle der öffentlichen Finanzen, einschließlich der Finanzen der politischen Parteien, sowie für die öffentliche Parteienfinanzierung zuständig. Seit 2012 wird er von Driss Jettou, einem königsnahen Bürokraten und ehemaligen parteilosen Innenminister, geführt.

Verfassungsrechtliche Beratungsorgane: CNDH und CESE

Die Verfassung von 2011 sieht unabhängige, staatliche Beratungsorgane wie den Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialrat CESE (Conseil Économique, Social et Environnemental) und den Nationalen Menschenrechtsrat CNDH (Conseil National des Droits de l'Homme) vor. Der CESE wird seit 2013 vom ehemaligen Wirtschafts- und Finanzminister und PI-Parteimitglied Nizar Baraka geführt. Er dient als Beratungsorgan zu allen strategischen Fragen der gesellschaftspolitischen, wirtschaftlichen und umweltpolitischen Entwicklung des Königreichs. Unter der Führung von Nizar Baraka, einem renommierten Politiker aus dem königsnahen und wirtschaftspolitisch liberalen Flügel des PI, steht der CESE für eine moderate und königstreue Linie.

Der Menschenrechtsrat CNDH wird geführt von Driss Yazami, einem ehemaligen Mitglied der Wahrheitskommission (Instance Équité et Réconciliation) und der Verfassungskommission von 2011. Der CNDH hat sich wiederholt als institutionelles Gegengewicht zu den Islamisten in der Regierung gezeigt. 2014 legte der CNDH einen Bericht zur Abschaffung der Todesstrafe vor und ging damit in Konfrontation zu PJD-Justizminister Mustafa Ramid. 2015 kam es erneut zu einem politischen Schlagabtausch zwischen CNDH und PJD zum Thema Gewalt gegen Frauen. CNDH-Generalsekretär Mohamed Essabbar forderte die Abschaffung jener Paragraphen im Strafgesetzbuch, die Gewalt in der Ehe und Ehrenmorde entschuldigen, und geriet damit in Konflikt mit PJD-Justizminister Ramid und Regierungschef Benkirane.[62]

Die staatlichen Medienanstalten

Die staatlichen Medienanstalten weisen eine thematische und meinungspolitische Pluralität auf, müssen sich jedoch an „rote Linien" halten, wenn es um Kritik an königsnahen Personen und Institutionen geht. Die staatlichen Medien unterliegen offiziell der gemeinsamen Kontrolle von König und Parlament. Die Vorstände der nationalen Presseagentur MAP sowie der staatlichen Rundfunk- und Fernsehsender werden allerdings vom König ernannt. Die Kontrolle von Programm und Inhalt unterliegt der Regierung bzw. der Parlamentsmehrheit. Von Seiten des PJD erhielten die staatlichen Medien wiederholt den Vorwurf der politischen Voreingenommenheit zugunsten von königsnahen Konkurrenten, zuletzt im Wahl-

kampf 2016; zudem gerieten sie in Konflikt mit der islamistischen Medien- und Kulturpolitik des PJD. Die Versuche einer Islamisierung der Medienlandschaft durch den PJD sind, trotz der Medienreform von 2012, gescheitert.[63]

Immer wieder erntete der PJD von den staatlichen Medienanstalten, der nationalen Gewerkschaft der Presse sowie von liberalen und königsnahen Parteien, Vereinigungen und Persönlichkeiten heftige Kritik sowie Vorwürfe, die von Dirigismus, der Islamisierung der Gesellschaft und der Gefährdung der Kunst- und Meinungsfreiheit durch die PJD-Politik sprachen.

Die öffentlichen Staatsbetriebe

Die öffentlichen Staatsbetriebe, gemeinhin bezeichnet als Établissements et Entreprises Publics (EEP), unterliegen der gemeinsamen Kontrolle von König und Regierung. Die Vorstände der besonders strategischen EEP werden vom Ministerrat unter dem Vorsitz des Königs auf Vorschlag des Regierungschefs ernannt. Die Vorstände aller anderen EEP werden direkt vom Regierungschef ernannt. In der Praxis zeigte sich, dass von den zehn wirtschaftlich stärksten Staatsbetrieben neun unter der Kontrolle des Königs verblieben sind. Kritiker warfen dem Regierungschef vor, seinen Handlungsspielraum sowie sein Vorschlagsrecht bei der Ernennung der Vorstände nicht ausreichend zu nutzen.

5.3. Beziehungen zu Zivilgesellschaft und Interessengruppen

Marokko weist eine sehr breite und aktive Zivilgesellschaft auf. Manche Vereinigungen und Verbände stehen einer politischen Partei nahe; andere sind völlig unabhängig, lassen sich in der Regel jedoch einer politischen Richtung zuordnen. Politische Parteien nutzten in der Vergangenheit ihre Beziehungen zur Zivilgesellschaft, um ihren gesellschaftspolitischen Einfluss auszubauen, ihre Anhängerschaft zu mobilisieren oder bestimmte politische Themen in die öffentliche Diskussion hineinzutragen.

Die Gewerkschaften

Die Gewerkschaften waren einst eine wichtige oppositionelle Protestkraft an der Seite der beiden Volksparteien PI und USFP. Das

Gewerkschaftswesen in Marokko ist heute stark zersplittert und leidet an sinkenden Mitgliederzahlen. Dennoch mischen sich Gewerkschaften durchaus medienwirksam in politische Entscheidungen ein und positionieren sich entlang parteipolitischer Fronten. 2016 haben sich die drei größten Gewerkschaften UMT (Union Marocaine du Travail), CDT (Confédération Démocratique du Travail) und UGTM (Union Générale des Travailleurs Marocains) sowie die USFP-nahe FDT (Fédération Démocratique du Travail) für ein Aktionsprogramm gegen die Rentenreformpläne der PJD-Regierung zusammengeschlossen und zu Generalstreiks aufgerufen; vor der Parlamentswahl 2016 riefen sie zum Boykott des PJD auf.

Die sozialdemokratische USFP büßte deutlich an Einfluss innerhalb der Gewerkschaften ein. Die älteste und größte Gewerkschaft UMT sowie die CDT waren einst ein wichtiger Machtfaktor auf Seiten der USFP, stehen jedoch heute systemkritischen linken Parteien wie PSU, PADS und CNI nahe. Der USFP verbunden blieb einzig die 2004 aus der CDT abgespaltene FDT.

Die Istiqlal-Partei stärkte unter ihrem seit September 2012 amtierenden neuen Generalsekretär Hamid Chabat die Beziehungen zur parteieigenen Gewerkschaft UGTM. Als ehemaliger UGTM-Vorsitzender und Anführer der Gewerkschaftsproteste in Fes von 1990 schlug Chabat progressiv-populistische Töne an und stützt sich auf ein breites Netzwerk aus den Zeiten seiner Gewerkschaftsarbeit.

Die liberalen Parteien haben traditionell kein ausgeprägtes Gewerkschaftswesen. Die Parteien RNI und UC befürworten ausdrücklich die Trennung zwischen Parteipolitik und Gewerkschaftswesen und schließen die Gründung einer parteieigenen Gewerkschaft aus.[64] Der MP kann hingegen einige kleinere parteinahe Gewerkschaften aufweisen.[65]

Die Islamisten verfügen vor allem im Bildungssektor über gute Kontakte zu Gewerkschaften wie zur PJD-nahen UNTM (Union Nationale du Travail au Maroc). Die beiden größten Studentenverbände UNEM (Union Nationale des Étudiants du Maroc) und UGEM (Union Générale des Étudiants du Maroc) stehen hingegen fast ausschließlich unter dem Einfluss der islamistischen Vereinigung al-Adl wal-ihsan.

Der Unternehmerverband CGEM

Der einflussreiche Unternehmerverband Confédération Générale des Entreprises du Maroc (CGEM) vertritt die privatwirtschaftlichen Interessen gegenüber den anderen Sozialpartnern. Mit rund 33.000 Mitgliedern, zahlreichen Vertretern in der zweiten Parlamentskammer und dem Rückhalt der marokkanischen Großunternehmen dient die CGEM als wichtiges Netzwerk und Sprachrohr der liberalen Wirtschaftselite. Die CGEM-Mitglieder stehen eher den liberalen Systemparteien nahe und symbolisieren das wirtschaftliche Rückgrat des königsnahen Machtzentrums.[66]

Der PJD versucht, einen der Partei nahestehenden Unternehmerverband, Amal Entreprises, als Gegengewicht zur CGEM zu positionieren. Beim Besuch einer türkischen Wirtschaftsdelegation unter Führung von Präsident Erdogan im Juni 2013 in Marokko löste Regierungschef Benkirane einen Eklat aus, als er Amal Entreprises anstelle der CGEM als Verhandlungspartner einbezog. Der um den PJD-nahen Wirtschaftsmagnaten Miloud Chaabi 2004 gegründete Unternehmerverband Amal Entreprises hat rund 500 mehrheitlich kleine und mittlere Unternehmen als Mitglieder. Amal Entreprises sieht sich nach eigenen Aussagen als anti-elitäres Sprachrohr des marokkanischen Unternehmertums.[67] Der Verband fördert „islamkonformes Unternehmertum" (halal business) und unterhält ein Partnerschaftsabkommen mit dem AKP-nahen türkischen Unternehmerverband Müsiad.

Der Eklat zwischen PJD und CGEM führte der PJD-Führung deutlich vor Augen, dass sie die CGEM als Interessenvertretung nicht umgehen kann. Regierungschef Benkirane erkennt seither die CGEM als einzige offizielle Interessenvertretung auf Unternehmerseite an.

Liberale Frauen- und Menschenrechtsverbände

Marokko weist eine Vielzahl an Frauen- und Menschenrechtsverbänden auf, die meist dem links-säkularen Umfeld zuzuordnen sind. Mit den von König Mohamed angestoßenen Reformen wie der Modernisierung des Familienrechts, der Einsetzung einer Wahrheitskommission (Instance Équité et Réconciliation) zur Aufarbeitung früherer Menschenrechtsverletzungen oder der Festschreibung eines Gleichstellungsgebots in der Verfassung von 2011 nahm der König zahl-

reiche Forderungen von Frauen- und Menschenrechtsaktivisten auf und ist damit selbst zu einem der wichtigsten Reformakteure geworden.[68] Links-säkulare Frauen- und Menschenrechtsverbände, einst Monarchie- und Systemkritiker, sind heute teils wichtige Verbündete des königlichen Reformkurses. Ihre Aktivisten kommen oftmals aus links-moderaten Parteien wie PPS[69] und USFP oder haben sich um die königsnahe PAM versammelt. So ist die Menschenrechtsaktivistin und Vorsitzende der Menschenrechtsvereinigung Bayt al-hikma (Haus des Wissens), Khadija Rouissi, führendes PAM-Mitglied.

Die der Monarchie nahestehenden und die systemkritischen[70] Frauen- und Menschenrechtsverbände eint ihre Kritik an einer islamistischen Auslegung von Frauen- und Menschenrechten. Liberale Aktivisten bezogen wiederholt gegen die Politik des islamistischen PJD Stellung, beispielsweise gegen die unzureichende Modernisierung des Strafrechts oder gegen eine konservativ-religiös interpretierte Gleichstellungspolitik der PJD-Familienministerin Bassima Hakkaoui. Frauenrechtsaktivisten sowie PAM-Mitglieder warfen zudem Regierungschef Benkirane wiederholt Machismus und frauenfeindliche Kommentare vor.[71]

Die religiöse Vereinigung MUR

Die 1996 von Abdelilah Benkirane und Ahmed Raissouni gegründete religiöse Wohlfahrtsvereinigung Mouvement de l'Unicité et de la Réforme (MUR; Bewegung für Einheit und Reform) ist für den PJD die einflussreichste, eng mit der Partei verflochtene Vereinigung. Über die breite Basis des MUR kann der PJD große Teile der Bevölkerung erreichen und Wähler mobilisieren. Die Beziehung zwischen MUR und PJD ist dabei strategisch und arbeitsteilig organisiert. Die Vereinigung MUR definiert die ideologischen Ziele und fungiert als „Hüter der Moral", der PJD konkretisiert diese Ziele und Richtlinien in der Politik. Die Vereinigung MUR beschränkt sich auf religiöse Aktivitäten und Wohltätigkeitsarbeit. Der PJD gibt offiziell an, zwischen Parteiarbeit und den religiösen Aktivitäten zu trennen; personell ist der PJD jedoch eng mit dem MUR verbunden. Ein Großteil der PJD-Mitglieder, insbesondere in der PJD-Führung, ist ebenfalls Mitglied des MUR. Benkirane selbst war bis 2008 Chefredakteur der MUR-Zeitung al-Tajdid (Erneuerung).[72] Darüber hinaus bleiben Religion und die Umsetzung der islamistischen Lehre das einende Element für die Wählerschaft und Anhänger der PJD.

5.4. Parteipolitischer Rückhalt in der Gesellschaft

Politische Parteien haben in der marokkanischen Gesellschaft aus mehreren Gründen ein schlechtes Image. Partei- und Wahlprogramme gelten als vage und beliebig austauschbar; Parteiarbeit wird oftmals weniger als Überzeugungsarbeit, denn als Sichern von politischen Posten und staatlichen Privilegien[73] bewertet. Hinzu kommt der Vorwurf mangelnder transparenter oder demokratischer Strukturen innerhalb der Parteien.[74] Die hohe Quote der Wahlenthaltung, sei es aus Protest oder politischem Desinteresse, unterstreicht dieses negative Image der Parteien.[75]

Das gesellschaftliche Ansehen der einzelnen Parteien variiert allerdings. Es wird in erster Linie bestimmt über die Glaubwürdigkeit der Parteiführer und Parteiprogramme sowie über die interne demokratische Praxis, beispielsweise bei der Aufstellung von Kandidaten oder der Einbindung von Frauen und der Parteijugend. Ob politische Parteien in Zukunft die Rolle als demokratische Reformakteure wahrnehmen können – vorausgesetzt, sie wollen überhaupt als demokratische Reformakteure wirken –, hängt folglich wesentlich von ihrer Verankerung und Glaubwürdigkeit in der Gesellschaft bzw. bei der Wählerschaft ab.

PJD: Bürgernähe, Effizienz und „moralischer Populismus"

Unter den marokkanischen Parteien verfügt der PJD über die stärkste gesellschaftliche Verankerung und genießt über ein anhaltend hohes Maß an politischer Glaubwürdigkeit. Selbst von politischen Konkurrenten wird dem PJD ein besonderes Maß an Integrität, Effizienz und interner Demokratie bescheinigt.[76] Auch wenn die Korruptionsbekämpfung, eines der Hauptwahlversprechen des PJD 2011, bislang wenig erfolgreich blieb, kann sich der PJD von Korruptionsvorwürfen weitgehend freisprechen. Nach Aussagen des PJD ging die Partei eine Verpflichtung gegenüber ihren Wählern ein; dieser „Gesellschaftsvertrag" mit den Wählern sowie die Bürgernähe des PJD machen demnach den Unterschied zu anderen Parteien aus.[77]

Der PJD ist zudem eine Partei von Aktivisten und Freiwilligen, die sich insbesondere zu Wahlkampfzeiten ehrenamtlich engagieren und zum hohen politischen Mobilisierungspotential der Partei bei-

tragen. Über die Vereinigung MUR sowie die an den Universitäten aktive PJD-Parteijugend[78] betreibt der PJD eine äußerst effektive gesellschaftliche Basisarbeit.

Der PJD erfüllt zudem nach Ansicht von Beobachtern die Kriterien der internen Demokratie.[79] Seit Gründung der Partei gab es regelmäßige, demokratische Wechsel der Parteiführer. Engagierte, kompetente und junge Parteimitglieder haben im Vergleich zu anderen Parteien mehr Möglichkeiten, parteiintern Einfluss zu nehmen.

Nach außen schlägt die Parteiführung mitunter populistische Töne an. Parteichef Benkirane führte mit seiner teils provokant-derben, teils sarkastisch-humorvollen Art einen neuen politischen Kommunikationsstil und Führungstyp ein. In der breiten Bevölkerung gewann er damit große Popularität und Beachtung. Seine Interviews und verbalen Schlagabtausche finden im Internet teils mehr als 300.000 Zuschauer.

In kontroversen Debatten berief sich der PJD oft auf den demokratischen Wählerwillen und eine religiös-konservative Mehrheitsmeinung, um seine Ansichten zu vertreten. Bei Themen der öffentlichen Moral wie Fastenbrechen im Ramadan, Ehebruch oder Gewalt gegen Frauen offenbarte der PJD eine Art moralischen Populismus. Die parteinahe arabischsprachige Zeitung al-Tajdid, herausgegeben von der Vereinigung MUR, warf den Liberalen vor, ihre liberalen Sittengesetze der wertkonservativen Gesellschaftsmehrheit oktroyieren zu wollen. Über volksnahe Umfragen versuchte die Partei, eine demokratische Legitimierung zu kontroversen Themen einzuholen. So stellte PJD-Justizminister Ramid die umstrittene Strafrechtsreform auf seiner Website zur öffentlichen Debatte.

Der PJD präsentiert sich heute in der Nachfolgerolle der Volksparteien, insbesondere der sozialdemokratischen USFP, die einst mit Themen wie soziale Gerechtigkeit, politische Integrität und Bürgerbeteiligung breite Massen ansprechen und ein glaubwürdiges alternatives Gesellschaftskonzept anbieten konnte.

Der PI in der Wertekrise

Der PI war bis in die 1980er Jahre eine Volkspartei mit einer breiten gesellschaftlichen Verankerung und loyalen Stammwählerschaft.

Auch wenn die Partei einen Großteil der Wählerschaft verlor, besitzt sie immer noch die Strukturen einer Volkspartei. Sie hat darüber hinaus eine der größten Jugendorganisationen, ist in der territorialen Bürokratie gut verankert und ist in allen Gebietskörperschaften präsent.[80] Sie hat gewählte Vertreter in den unterschiedlichsten Landesteilen Marokkos, darunter auch in den Regionen der Sahara und in ländlichen Gebieten, in denen der PJD bislang noch nicht Fuß fassen konnte.

Der PI ging in der Vergangenheit Regierungskoalitionen mit dem Königshaus nahestehenden Parteien ein. Viele führende Parteimitglieder stammen zudem aus der privilegierten Oberschicht, so dass der PI seit den 1990er Jahren eher den Ruf als Partei der Macht und Bourgeoisie hat und nicht mehr als bürgernahe Volkspartei gilt.

Mit der Wahl des früheren Aktivisten und Gewerkschaftsführers Hamid Chabat zum Parteivorsitzenden 2012 wurde erstmals mit der Tradition gebrochen, die Parteiführung mit einem Mitglied der Gründungsfamilie al-Fassi zu besetzen. Hamid Chabats populistisches und anti-elitäres Auftreten stellt eine Provokation innerhalb der Partei dar. Die Wahl Chabats steht in Zusammenhang mit den Ereignissen des „Arabischen Frühlings" 2011. Im Nachklang der 2011 ausgelösten Umbrüche in Nordafrika gerieten auch Parteien wie der PI, in der interne Führungsposten eher per Akklamation denn durch demokratischen Wettbewerb besetzt wurden, unter Legitimationsdruck. Die Wahl Chabats zum neuen Parteivorsitzenden führte jedoch eher zu einer internen Spaltung denn zu einem demokratischen Kulturwandel in der Partei. Während Mitglieder des konservativen Flügels, insbesondere um Abdelouahed El Fassi, Sohn des einstigen Parteigründers, die parteiinterne Gegenbewegung „Bila Hawada" (Ohne Nachsicht) zur Absetzung Chabats gründete, versuchte Chabat wiederum, eigene Familienmitglieder in der Partei zu platzieren.[81]

Der neue populistische Kurs unter Hamid Chabat nutzte dem gesellschaftlichen Ansehen der Partei jedoch nicht; vielmehr droht der PI weitere Stammwähler zu verlieren. Der PI steckt heute mehr denn je in einer internen Wertekrise und steht vor der Herausforderung, seine konservativen Werte mit einer internen demokratischen Erneuerung glaubwürdig in Einklang zu bringen.

Die linken Parteien zwischen Spaltung und „Makhzanisierung"

Die marokkanische Linke, allen voran die USFP, war einst die führende reformorientierte Bewegung in Politik und Gesellschaft. Als Volkspartei hatte die USFP eine breite Stammwählerschaft unter der jungen Bevölkerung und intellektuellen Mittelschicht. Mit der 1998 einsetzenden Einbindung in das traditionelle Machtsystem (Einwilligung zum Regierungseintritt) verlor die USFP bei vielen Wählern ihre Glaubwürdigkeit als politische Alternative für eine demokratische Erneuerung. Die USFP verfügt heute nur noch über eine kleine treue Anhängerschaft aus vergangenen Zeiten.

Die letzten Jahre zeigen eine zunehmende politische Demobilisierung und Wahlenthaltung insbesondere unter der urbanen Mittelschicht, der einstigen linken Stammwählerschaft.[82] Auch intern sind die Sozialdemokraten geschwächt und gespalten. Die 2012 erfolgte Wahl von Driss Lachgar, einem Aktivisten aus der Parteibasis, zum Parteivorsitzenden führte zu Rissen und Lagerbildungen in der Partei. Lachgars parteiinterne Gegner werfen ihm einen autoritären und populistischen Führungsstil sowie das Besetzen von Posten mit loyalen Personen und Familienmitgliedern vor.

Enttäuschte ehemalige Anhänger der USFP finden sich heute teils in systemkritischen linken Parteien wieder oder sie gründeten ihre eigenen politischen Bewegungen wie beispielsweise Ali El Yazghi, der 2016 die Alternative Démocratique (Demokratische Alternative) ins Leben rief. Säkular-systemkritische Parteien wie PSU, CNI oder PADS genießen jedoch in der weitgehend konservativen marokkanischen Gesellschaft keine große Verankerung.

Gesellschaftlicher Rückhalt der „Systemparteien"

Die im Umfeld des Machtzentrums oder direkt aus dem Machtzentrum um das Königshaus heraus entstandenen Parteien hatten es stets schwer, sich gesellschaftlich zu verankern und ideologisch glaubwürdig zu wirken. Oftmals griffen sie populäre Themen der Volksparteien und sozialen Bewegungen auf, ohne eigene Programme zu entwickeln.

Bemerkenswert ist allerdings der Erfolg des 2008 gegründeten PAM, der sich innerhalb von wenigen Jahren zur zweitgrößten politischen

Partei Marokkos entwickelte. Der PAM warb dabei insbesondere die liberale Wählerschaft von RNI, UC und MP ab. Mehrere Gründe sind für den Erfolg des PAM verantwortlich. Zum einen ist die Nähe des PAM zum Königshaus über den Parteigründer Fouad Ali El Himma, aller Kritik zum Trotz, eine ihrer größten Stärken. Diese Königsnähe übt auf zahlreiche Anhänger eine besondere Anziehungskraft aus. Insbesondere in ländlichen Gebieten konnte der PAM Netzwerke zu regionalen Eliten und Notabeln sowie zu einflussreichen Geschäftsleuten aufbauen, für die eine solche Königsnähe attraktiv und existenziell ist. Gleichzeitig konnte sich die Partei glaubwürdig als Hauptkraft gegen die von ihr aufgezeigte Gefahr einer fortschreitenden „Islamisierung der Gesellschaft" durch Islamisten etablieren. Nach den vielerorts gescheiterten oder gewaltsamen Umbrüchen des „Arabischen Frühlings" findet das vom PAM proklamierte Leitbild einer stabilen, konstitutionellen Monarchie hohen Anklang. Zudem belegte der PAM auch traditionell linke und sozialdemokratische Themen wie Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und Bürgerbeteiligung und konnte so Anhänger aus dem säkular-linken Spektrum gewinnen. Der PAM zeigte sich hier mitunter als Vorreiter. In den Parlamentswahlen 2016 legte der PAM als einzige Partei die Wahlkampffinanzierung offen und belegte die ersten zehn Plätze der Jugendliste mit Frauen.[83]

Der MP hat eine vergleichsweise gute Verankerung in der Bevölkerung und eine ausgebaute parteiinterne Organisationsstruktur. Ursprünglich in den ländlichen Regionen verankert, ist der MP heute stärker zu einer urbanen Partei geworden. Der MP muss nach eigener Aussage die Herausforderung einer personellen wie politischen Erneuerung meistern, um seine Stammwählerschaft langfristig halten zu können. Die parteiinternen Strukturen stehen allerdings unter dem Einfluss von traditionellen, familiären Netzwerken, was eine demokratische Erneuerung und leistungsorientierte Einbindung von Frauen oder jungem Nachwuchs erschwert.[84]

Die UC musste starke Einbußen ihrer Wählerschaft hinnehmen und ist im politischen Spiel kein entscheidender Faktor mehr. Unter ihren Anhängern befinden sich vor allem liberale Intellektuelle, was der Partei einst den Ruf einer „Kaderpartei" einbrachte.

Der RNI ist von allen Systemparteien am wenigsten in der Gesellschaft verankert. Ohne parteinahe Gewerkschaft und bislang ohne

Frauen- oder Jugendorganisation weist der RNI nur wenige eigene Organisationsstrukturen auf. Die Partei ist hierarchisch organisiert und lässt nur wenig Raum für parteiinternen Wettbewerb. In den letzten Jahren versuchte der RNI zwar sein Image als inhaltsleere „Systempartei" loszuwerden – allerdings blieben diese Anstrengungen bislang erfolglos.

6. Parteipolitik in der Praxis: Zwischen Pragmatismus und moralischen Kontroversen

Mit der neuen Verfassung erhielten die politischen Parteien den Auftrag, entscheidend an der Entwicklung und Demokratisierung des Landes mitzuwirken. In der Legislaturperiode nach dem „Arabischen Frühling" gaben Parteien einige Reformimpulse. Die PJD-geführte Koalitionsregierung kann sich rühmen, zumindest quantitativ ein Vorreiter bei Gesetzesreformen zu sein. Laut Regierungssprecher Khalfi erließ die PJD-geführte Regierung mehr als doppelt so viele Gesetze wie die vorangegangenen Regierungen. Von den 19 vorgesehenen Organgesetzen, die die Verfassungsprinzipien von 2011 umsetzen sollen, wurden bis auf zwei alle bis zum Herbst 2016 verabschiedet; die beiden ausstehenden Organgesetze liegen dem Parlament zur Abstimmung vor.

Einige der mutigsten Reformen setzte die PJD-geführte Koalitionsregierung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik um. So wurden die Subventionen auf Dieselkraftstoff, Zucker und fast alle Getreidearten abgeschafft, um die staatliche Subventionskasse (Caisse de compensation) zu entlasten. Zudem konnte sie die Rentenreform mit einer Erhöhung des Rentenalters auf 63 Jahre gegen Opposition und Gewerkschaften durchsetzen. Die PJD-geführte Koalitionsregierung war die erste, die sich an die beiden notwendigen, aber unbeliebten Reformen heranwagte. Ein ebenso ungewöhnlicher Reformschritt war das Verbot der Produktion und Ausgabe von Plastiktüten im Juli 2016; eine umweltpolitische Maßnahme, die rechtzeitig vor der UN-Klimakonferenz Cop22 im November 2016 in Marrakesch erlassen wurde.

Die Islamisten des PJD wurden insbesondere dahingehend beurteilt, welche Position sie zu Freiheits- und Frauenrechten bezogen. Das Strafgesetzbuch birgt, neben dem Familienrecht, den meisten politisch-religiösen Konfliktstoff in sich. Besonders konfliktreich waren

Reformvorschläge und Debatten zu Abtreibung, ehelicher Gewalt, Straffreiheit bei Vergewaltigung oder zur Todesstrafe. Der PJD blockierte oftmals eine Modernisierung des Strafrechts oder reichte eigene konservative Reformvorschläge ein. Initiativen zum Schutz von Frauen und Minderjährigen kamen vor allem von linken Parteien wie USFP und PPS bzw. dem PAM. In der Strafrechtsreform vom März 2016 befürwortete der PJD weiterhin die Entschuldbarkeit ehelicher Gewalt im Fall des Ehebruchs und führte zugleich eine strengere Bestrafung sexueller Belästigung ein. 2014 sträubte sich der PJD gegen die Abschaffung eines umstrittenen Paragraphen, der Vergewaltigern Straffreiheit bei nachträglicher Heirat des Opfers garantiert. Erst eine große öffentliche Protestwelle führte zur Streichung des Paragraphen. In der Frage der Abtreibung zeigte sich der PJD offener und hält nach der Intervention des Königs die Legalisierung in bestimmten Fällen für denkbar.[85]

Die USFP reichte bisher erfolglos einen Gesetzesvorschlag zur Abschaffung der Todesstrafe ein. Unterstützt wurde sie dabei von den Parteien PPS, PAM und UC. Der PJD sowie der PI stellen sich weiterhin gegen die Abschaffung der Todesstrafe[86] und befürworten höchstens eine Beschränkung der Straftatbestände.

Bei der Garantie individueller Freiheitsrechte bleibt der PJD unklar, ob die Religion nur als Wertebasis oder als öffentliches Regelwerk dienen soll. In zahlreichen Debatten zu Themen der öffentlichen Moral nahm der PJD eine konservativ-moralisierende Haltung ein und berief sich auf die „Islamität des Staates". Der öffentliche Verstoß gegen das Fastengebot im Ramadan bleibt deshalb weiterhin strafbar. Die vom PJD geplante Erhöhung des Strafmaßes wurde allerdings vom Koalitionspartner PPS verhindert. Ebenso bleiben außereheliche sexuelle Beziehungen strafbar; eine Regelung, die von einigen PPS-Mitgliedern als absurd gewertet wurde. Vom PJD wurde zudem der Straftatbestand der Verachtung und Beleidigung der Religion eingeführt; bei Verstoß kann eine maximale Freiheitsstrafe von zwei Jahren drohen.

Die PJD-Führung versicherte wiederholt, dass ihre politischen Absichten sozial und nicht religiös seien: Individuelle Freiheits- und Bürgerrechte sollen respektiert werden, allerdings im Rahmen der geltenden Gesetze und im Einklang mit dem „islamischen Staatsverständnis". Ihr Wahlprogramm zur Legislativwahl vom 7. Oktober

2016 fokussierte auf Themen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, sozialen Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Armutsbekämpfung sowie der Fortführung rechtsstaatlicher Reformen.

Fazit: Parteien als demokratische Reformakteure?

Parteienpluralismus gehört im nachkolonialen Marokko zur politischen Kultur des Landes. Dennoch wurde der marokkanische Parteienpluralismus oftmals als vom Königshaus „reduzierter" oder „kontrollierter" Pluralismus kritisiert. Mit der Verfassungsreform und der einhergehenden Reform des Parteiengesetzes 2011 wurde den Parteien formell die Verantwortung als zentrale Akteure der demokratischen Erneuerung übertragen. Inwieweit Parteien handlungsfähig und handlungswillig sind, diese Rolle auszufüllen, deutete sich seit den veränderten politischen Rahmenbedingungen nach 2011 an.

Die seit 2012 erstmals von einer islamistischen Partei angeführte Regierungskoalition steht zum einen vor der Herausforderung, unterschiedliche politisch-ideologische Kräfte zu vereinen. Zum anderen stößt ihr Handlungsspielraum im Rahmen der exekutiven Monarchie auf formelle wie informelle Grenzen. Konservative Kräfte in den wichtigen staatlichen Institutionen sorgen zudem für politische Kontinuität.

Die größte Herausforderung liegt jedoch bei den Parteien selbst und ihrer eigenen inneren demokratischen Erneuerung. Nach den Umbrüchen des „Arabischen Frühlings" sind die politischen Parteien unter Legitimationsdruck geraten. Die Parteiführungen antworteten darauf teils mit linkem wie rechtem Populismus. Sie müssten sich jedoch einer ehrlichen Auseinandersetzung mit ihren eigenen Werten stellen, denn der hohe Grad an Wahlenthaltung und Politikverdrossenheit offenbart das geringe gesellschaftliche Vertrauen in Parteien als integre oder kompetente Reformakteure. Eine umfassende innere demokratische Erneuerung, sei es durch die Aufstellung glaubwürdiger Programme und Kandidaten, sei es durch parteiinterne transparente und partizipatorische Gestaltungsmöglichkeiten, steht beim Großteil der Parteien noch aus.

Marokkos politischer Transformationsprozess in Richtung Demokratisierung befindet sich heute im Spannungsfeld von drei Reform-

kräften, die in der Vergangenheit entscheidende Reformimpulse gegeben haben. Links-säkulare Kräfte waren lange Zeit die maßgeblichen demokratischen Impulsgeber. Demgegenüber haben sich heute wertkonservative Reformkräfte, allen voran der islamistische PJD, als dynamischste Kraft entwickelt. Zudem erwies sich König Mohamed VI. seit seinem Amtsantritt 1999 als einer der wichtigsten Reformakteure.

Parteien waren dabei nicht immer die Hauptimpulsgeber. Die großen vom König vorgegebenen und von den Parteien umgesetzten Reformprogramme waren königliche statt parteipolitische Projekte. Zudem konnten eine aktive Zivilgesellschaft, oftmals spontan gebildete und ereignisorientierte soziale Protestbewegungen, oder staatlich beauftrage Organe und Gremien (CNDH, IER) als Korrektiv mitwirken.

Systemkritik kommt seit 2011 eher aus dem außerparlamentarischen Raum, kleinen links-kritischen Parteien sowie dem regierenden PJD. Der PJD nimmt dabei eine doppelte Rolle als Regierungs- und Protestpartei ein. Der PJD präsentiert sich als neue Volkspartei, die einer wertkonservativen Mehrheitsgesellschaft ein religionsbasiertes Politik- und Gesellschaftskonzept anbieten will. Die parlamentarische Opposition, heute vor allem verkörpert im königsnahen PAM, wurde strategisch aufgewertet. Noch ist jedoch offen, inwieweit sich säkular-liberale, königsnahe Reformkonzepte und Reformkonzepte der Islamisten vereinbaren lassen.

1| Vgl. hierzu ausführlicher den Beitrag „Die ideologische Bandbreite der Parteien in Nordafrika: Historische Entwicklung und aktuelle Ausprägung" von Hanspeter Mattes in der vorliegenden Studie.

2| In Artikel 3 der Verfassung von 1962 wurde das bis heute bestehende Verbot einer Einparteienherrschaft festgeschrieben.

3| Vgl. Kasmi, Sanae: Le statut des partis politiques au Maroc, Rabat 2015, S. 515.

4| Nach Artikel 32 erhalten Parteien, die bei nationalen Parlamentswahlen mindestens zehn Prozent der lokalen Wahlkreise abdecken, das Recht auf öffentliche Mittel. Weitere Gelder erhalten Parteien, die in Parlamentswahlen mindestens drei Prozent der Wählerstimmen erlangen. Zudem gibt es Mittel für Wahlkampagnen und die Teilnahme an Regional- und Lokalwahlen. Eine ausländische Parteienfinanzierung ist hingegen verboten.

5| Kasmi 2015, a. a. O. (Anm. 3), S. 500.

6| Ebenda, S. 514.

7| Ebenda, S. 500.

8| *Abgeleitet aus dem arabischen Wort für Partei „hizb" und dem französischen Wort für winzig „minuscule". Andererseits wurde 2016 die Hürde für die Wahl ins Parlament von sechs auf drei Prozent der Stimmen abgesenkt.*
9| *Als „junger" Nachwuchs gelten Personen bis 40 Jahre.*
10| *Vgl. auch Azzouzi, Abdelhak/Cabanis, André: Le néo-constitutionnalisme marocain à l'épreuve du Printemps Arabe, Paris 2011, S. 84.*
11| *In der Regierungskrise 2013 zwischen PJD und Istiqlal-Partei rief der Parteiführer der Istiqlal-Partei den König als Mediator an und versetzte die Parteien in eine passive Rolle.*
12| *Vgl. das Interview mit Abdelilah Benkirane in: Telquel, Rabat, 25.5.2016, http://telquel.ma/2016/05/25/entretien-exclusif-benkirane-suis-grace-au-20-fevrier_1498729 (letzter Abruf: 30.12.2016).*
13| *Zur Vereinigung al-Adl wal-ihsan und den marokkanischen Salafisten vgl. Eibl, Ferdinand/Engelcke, Dörthe: Islamisten und der „Arabische Frühling" in Marokko: Der Kontinuität verschrieben?, in: Faath, Sigrid (Hrsg.): Islamische Akteure in Nordafrika, Sankt Augustin/Berlin 2016, insbesondere S. 114 ff. und S. 278 ff., http://www.kas.de/wf/de/33.47389/ (letzter Abruf: 30.12.2016).*
14| *Khider, Amal: Compte rendu d'ouvrage, in: Revue Marocaine des Sciences Politiques et Sociales, Rabat, Band 11, Nr. 8, 2015, S. 178.*
15| *Bei der Parteigründung wurde bewusst auf einen islamischen Bezug in der Namensgebung verzichtet.*
16| *Nichtsdestotrotz wurde die türkische AKP wiederholt vom PJD als Vorbild bezeichnet. Vgl. hierzu auch Seniguer, Haoues: Le Parti de la Justice et du Développement au Maroc (2002–2008): Des transformations idéologique sinusoïdales, in: Revue Marocaine des Sciences Politiques et Sociales, Rabat, Band 11, Nr. 8, 2015, S. 125 ff.*
17| *So Saadia Alami Bynani, PJD-Parlamentsmitglied; Gespräch mit der Autorin am 19.7.2016.*
18| *Der wahhabitisch geprägte Salafismus wurde in Marokko durch Muhamad Taqi al-Din ibn Abd al-Qadir al-Hilali (1893–1987) eingeführt. Vgl. Choukrallah, Zakaria: Aux origines du salafisme marocain, in: Actuel, Casablanca, 25.2.–2.3.2012, S. 22.*
19| *Chahir, Aziz: Qui gouverne le Maroc? Étude sociologique du leadership politique local, Casablanca 2011, S. 150.*
20| *Darüber hinaus soll sie noch weitere 25.000 Sympathisanten haben; vgl. Bekkali, Abdeslam: L'an 1 de la cyber démocratie au Maroc, Rabat 2012, S. 132.*
21| *Mouaqit, Mohammed: Note introductive, in: Revue Marocaine des Sciences Politiques et Sociales, Rabat, Band 11, Nr. 8, 2015, S. 16.*
22| *So Mohamed Tozy, zitiert von Akdim, Ait: Le Cheikh, le Makhzen et le PJD, in: Jeune Afrique, Paris, 11.12.2011, S. 42–43.*
23| *Vgl. Choukrallah 2012, a. a. O. (Anm. 18), S. 24.*
24| *Vgl. Lamrani, Ghassan: Définition, fonctions et évolution des partis politiques: Le cas du Maroc, in: Revue Marocaine des Sciences Politiques et Sociales, Rabat, Band 11, Nr. 8, 2015, S. 33.*
25| *So Abderrahim Maslouhi, Mitglied im Nationalrat der Istiqlal-Partei; Gespräch mit der Autorin am 21.7.2016.*
26| *So Elhabib Eddaqqaq, Mitglied im Politischen Büro der UC; Gespräch mit der Autorin am 23.7.2016.*
27| *So Abdelhouahed Bougriane, Projektkoordinator der Friedrich-Naumann-Stiftung in Marokko; Gespräch mit der Autorin am 22.7.2016 in Rabat.*
28| *Lamrani 2015, a. a. O. (Anm. 24), S. 53.*
29| *Vgl. hierzu die parteieigene Website http://www.alharaka.ma/fr/le-parti/qui-sommes-nous (letzter Abruf: 30.12.2016).*

30| *Vgl. Oudrhiri, Kaouthar: Le RNI défend son bilan gouvernemental et tance le PJD, in: Telquel, Rabat, 4.9.2016, http://telquel.ma/2016/09/04/rni-defend-bilan-gouvernemental-tance-pjd_1512921 (letzter Abruf: 30.12.2016).*

31| *So Mohamed Hanine, Mitglied im RNI-Nationalrat; Gespräch mit der Autorin am 15.7.2016.*

32| *Lamrani 2015, a. a. O. (Anm. 24), S. 48.*

33| *Die FDG ist mehr als eine reine Allianz oder Koalition von Parteien, stellt jedoch keine Fusion dar (Mohamed Sassi, Mitglied im PSU-Nationalrat; Gespräch mit der Autorin am 20.7.2016).*

34| *Vgl. zu den Legislativwahlen vom 7.10.2016 Mattes, Hanspeter: Islamistischer Wahlsieg in Marokko löst Krise bei der Regierungsbildung aus, Focus Nahost, Hamburg, Nr. 5, 2016, https://www.giga-hamburg.de/de/publikation/islamistischer-wahlsieg-in-marokko-loest-krise-bei-der-regierungsbildung-aus (letzter Abruf: 30.12.2016).*

35| *Das frühere PPS-Mitglied Youssef Bellal vertrat 2012 die Meinung, dass Linke und Islamisten gemeinsame Werte wie Freiheit, Würde und Gerechtigkeit teilen und die Trennlinie zwischen beiden Strömungen künstlich sei. Vgl. Interview mit Youssef Bellal, in: Telquel, Rabat, 5.–11. 5.2012, S. 23.*

36| *So Nezha El Ouafi, PJD-Parlamentsmitglied; Gespräch mit der Autorin am 19.7.2016.*

37| *So Loubna Amhair, MP-Parlamentsmitglied; Gespräch mit der Autorin am 18.11.2016.*

38| *So Karim Tej, Mitglied im Politischen Büro des PPS; Gespräch mit der Autorin am 21.7.2016.*

39| *Vgl. Kasmi, Sanae: L'élection des chefs des partis politiques au Maroc: Le Parti du Progrès et du Socialisme, in: Revue Marocaine des Sciences Politiques et Sociales, Rabat, Band 11, Nr. 8, 2015, S. 173.*

40| *So Mohamed Hanine, Mitglied im RNI-Nationalrat; Gespräch mit der Autorin am 15.7.2016.*

41| *Der Begriff des „Makhzan" (Warenhaus, Schatzkammer) bezeichnet im allgemeinen Sprachgebrauch in Marokko informelle Strukturen und Netzwerke der Günstlingswirtschaft im Staat und im weiteren Umfeld des „Palastes" bzw. des Königs.*

42| *Vgl. auch Lamrani 2015, a. a. O. (Anm. 24), S. 66.*

43| *Bis 1996 lehnten die Parteien Verfassungsreformen als von oben oktroyiert ab und boykottierten oftmals die Teilnahme an Legislativ- und Kommunalwahlen.*

44| *Zouaoui, Hassan/Kasmi, Sanae: Le système de partis marocain tenté par la réforme, in: Revue Marocaine des Sciences Politiques et Sociales, Rabat, Band 11, Nr. 8, 2015, S. 73.*

45| *Ebenda, S. 70.*

46| *Die jährliche Erneuerung der Loyalität gegenüber dem König (tajdid albaia) ist verfassungsrechtlich nicht geregelt und steht nach Meinung einiger Juristen außerhalb oder gar über der Verfassung.*

47| *So Mohamed Madani, Professor der Politikwissenschaft an der Universität Mohamed V., Rabat-Agdal; Gespräch mit der Autorin am 18.7.2016.*

48| *Ebenda.*

49| *Chahir 2011, a. a. O. (Anm. 19), S. 593.*

50| *Begründet wurde seine Begleitung der königlichen Delegation mit der Partnerschaft zwischen China und der Region Tanger–Tetouan–Al Hoceima, deren Präsident El Omari ist. Vgl. Le Site Info, 12.5.2016 (Visite royale en Chine: quel rôle pour El Omari?), http://www.lesiteinfo.com/visite-royale-en-chine-quel-role-pour-el-omari (letzter Abruf: 30.12.2016).*

51| *Vgl. Iraqi, Fahd: Le fabuleux destin d'Ilyas El Omari, in: Jeune Afrique, Paris, 25.1.2016, http://www.jeuneafrique.com/mag/292490/politique/maroc-fabuleux-destin-dilyas-el-omari-secretaire-general-pam (letzter Abruf: 30.12.2016).*

52| *So Mohamed Brahimi, Parteienforscher an der Universität Mohamed V., Rabat-Agdal; Gespräch mit der Autorin am 19.7.2016.*

53| *Wie z. B. Moulay Hafid Elalamy als Industrieminister in der Regierung Benkirane II und Aziz Akhannouch (seit 2007 Landwirtschaftsminister). Beide sind erfolgreiche Unternehmer und eng befreundet mit König Mohamed; Akhannouch ist ein Schwager des Königs.*

54| *Lamrani 2015, a. a. O. (Anm. 24), S. 61.*

55| *Chahir 2011, a. a. O. (Anm. 19), S. 592.*

56| *Vgl. Interview mit Mohamed Masbah, in: Jeune Afrique, Paris, 5.6.2015, http://www.jeuneafrique.com/233835/politique/mohamed-masbah-au-maroc-benkirane-et-le-roi-sont-interd-pendants (letzter Abruf: 30.12.2016).*

57| *Iraqi, Fahd: Au Maroc, le vrai bilan d'Abdelilah Benkirane, in: Jeune Afrique, Paris, 14.4.2016, http://www.jeuneafrique.com/mag/315148/politique/maroc-vrai-bilan-dabdelilah-benkirane (letzter Abruf: 30.12.2016).*

58| *Benkirane nutzte zu Anfang seiner Regierungszeit die Begriffe „Krokodil" und „Phantom", um das königliche Schattenkabinett zu beschreiben.*

59| *Vgl. Masbah 2015, a. a. O. (Anm. 56).*

60| *Wegner, Eva: Die „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung" in Marokko: Von Moderierung zu Pragmatismus, in: Asseburg, Muriel (Hrsg.): Moderate Islamisten als Reformakteure?, Bonn 2008, S. 126–137, hier: S. 129.*

61| *Anfang des Jahres 2016 wurden beispielsweise Gesetzentwürfe der PJD-Regierung zur Renten- und Krankenversicherung durch die zweite Kammer des Parlaments blockiert.*

62| *Die PJD argumentierte, dass Gewalt gegen die Ehefrau im Fall von Ehebruch weiterhin entschuldbar bleiben muss. Als Argumentation nannte Benkirane, dass ein betrogener Ehemann sich „natürlich" provoziert fühle und seine Emotionen nicht kontrollieren könne.*

63| *Die Medienreform beinhaltete u. a. eine Arabisierung: 80 Prozent des Programms des Staatssenders Al Oula sowie 50 Prozent des zweiten Staatssenders 2M muss in arabischer Sprache sein. Eingeführt wurden zudem der obligatorische Aufruf zum Gebet sowie ein Verbot für Glücksspiele.*

64| *Dennoch bleibt es den Einzelnen überlassen, ob sie Mitglied in einer Partei und Mitglied in einer Gewerkschaft sein wollen.*

65| *Dazu zählen beispielsweise die Union des Syndicats des Travailleurs Libres (USTL; Gewerkschaftsverband der freien Arbeiter), die Union des Syndicats Populaires (USP; Verband der Volksgewerkschaften), das Syndicat National Populaire (SNP; Nationale Volksgewerkschaft) oder das Syndicat Populaire des Salariés (SPS; Volksgewerkschaft der Lohnabhängigen).*

66| *Der ehemalige CGEM-Präsident und königsnahe Industrieminister Elalamy kam durch seine RNI-Parteimitgliedschaft in die am 10.10.2013 gebildete Koalitionsregierung.*

67| *Vgl. Taib Aisse, Präsident von Amal Entreprises, zitiert in: Économie Entreprises, Casablanca, Juli 2013 (Mais qui est Amal Entreprises?), http://www.economie-entreprises.com/mais-qui-est-amal-entreprises (letzter Abruf: 30.12.2016).*

68| *Vgl. auch Faath, Sigrid/Mattes, Hanspeter: Marokkos beachtenswerter Reformprozess seit 2011, Wuqûf-Analyse 26, Berlin 2015, http://www.wuquf.de/www/cms/upload/wuquf_2015_4_online-analyse.pdf (letzter Abruf: 30.12.2016).*

69| *Einer der großen Frauenverbände, die Association Démocratique des Femmes du Maroc (ADFM; Demokratische Vereinigung der Frauen Marokkos), wurde von führenden PPS-Mitgliedern wie Nouzha Skalli und Amina Lamrini gegründet.*

70| *Die Association Marocaine des Droits Humains (AMDH: Marokkanische Vereinigung für menschliche Rechte) steht den systemkritischen, linken Parteien PADS und PSU nahe.*

71| *Insbesondere Benkiranes Betonung der „heiligen Rolle" von Frauen in der Familie und sein Vergleich von Frauen mit „Kronleuchtern, die das Heim beleuchten", sorgten 2014 für Furore.*

72| *Vgl. hierzu Eibl/Engelcke 2016, a. a. O. (Anm. 13), S. 153–179 sowie S. 399–402 (Kurzprofil der Vereinigung MUR).*

73| *Parlamentarier und Minister erhalten mit dem Ausscheiden aus ihrem Amt eine lebenslange Rente, unabhängig von ihrem Alter oder ihrer Mandatszeit.*

74| *Vgl. auch Reifeld, Helmut: Stabilität bestätigt, Rabat 2016, S. 4, http://www.kas.de/wf/doc/kas_46638-544-1-30.pdf?161012150217 (letzter Abruf: 30.12.2016).*

75| *Zum Ansehen von Parteien in Marokko vgl. auch die Umfrage des National Democratic Institute (NDI): Youth perceptions in Morocco: Political parties in the wake of legislative elections, Washington DC 2012.*

76| *Vgl. z. B. Sassi, Mohamed: al-Ahzab al-maghribiya wa qadiya al-dimuqratiya al-dakhiliya baina al-ams wa al-yawm, in: Revue Marocaine des Sciences Politiques et Sociales, Rabat, Band 11, Nr. 8, 2015, S. 15.*

77| *So Saadia Alami Bynani, PJD-Parlamentsmitglied, im Gespräch mit der Autorin am 19.7.2016.*

78| *Die Basisarbeit der PJD-Parteijugend ist vor allem an den technischen Hochschulen spürbar. Bei vielen Erstsemestern sei bereits nach zwei Semestern eine Ideologisierung erkennbar. An manchen Fakultäten fordern Studenten das Einhalten der Gebetszeiten während der Vorlesungen ein. So Boutaina Bensalah, Professorin an der Universität Mohamed V., Rabat-Agdal, im Gespräch mit der Autorin im Juli 2016.*

79| *So Lamrani 2015, a. a. O. (Anm. 24), S. 64.*

80| *Der Generalsekretär ernennt parteipolitische Vertreter, sogenannte Inspektoren (inspecteurs provincials), für jede Provinz. Der PJD versucht dieses territoriale Modell zu kopieren. So Abderrahim Maslouhi, Mitglied im Nationalrat der Istiqlal-Partei, am 21.7.2016 im Gespräch mit der Autorin.*

81| *Für Furore und Zwist zwischen der Parteiführung und der Parteijugend Jeunesse Istiqlalienne sorgte die Platzierung von Chabats Sohn, Naoufel Chabat, auf die für junge Kandidaten reservierte Liste der Parlamentswahlen 2016.*

82| *Die niedrigere Wahlbeteiligung in den großen Städten (etwa 40 Prozent) im Vergleich zu den ländlichen Gebieten ging vor allem zu Lasten der linken Parteien. Deutlich höher lag die Wahlbeteiligung in den vom PJD dominierten ärmeren Vierteln urbaner Ballungszentren sowie in den vom PAM geführten ländlichen Wahlkreisen. So Mohamed Brahimi, Parteienforscher an der Universität Mohamed V., Rabat-Agdal, am 19.7.2016 im Gespräch mit der Autorin.*

83| *Reifeld 2016, a. a. O. (Anm. 74), S. 2.*

84| *So Loubna Amhair, MP-Parlamentsmitglied, im Gespräch mit der Autorin am 18.11.2016.*

85| *Als mögliche Fälle wurden Vergewaltigung oder Gefährdung der Gesundheit der Frau, jedoch unter Auflage der Einwilligung des Ehemanns oder Vaters, angedacht.*

86| *Die Todesstrafe ist seit 1993 ausgesetzt, wurde jedoch rechtlich nie abgeschafft, obwohl die Verfassung von 2011 das „Recht auf Leben" garantiert.*

Tunesiens politische Parteien: Fragmentiert, autozentriert und auf Profilsuche

Isabel Schäfer

Zusammenfassung

Die Parteienlandschaft Tunesiens veränderte sich seit dem Sturz des autoritären Regimes von Präsident Ben Ali am 14. Januar 2011 erheblich. Formal seit der Unabhängigkeit 1956 ein Mehrparteiensystem, wurde Tunesien bis 2011 von einer Partei, die mehrfach ihren Namen wechselte, dominiert. Nach dem politischen Umbruch 2011 wurden die bisherige Regierungspartei RCD verboten und bislang verbotene Parteien zugelassen sowie zahlreiche Parteien neu gegründet. Der Parteienpluralismus kann sich nach Jahrzehnten politischer Stagnation, Zensur und Blockade seither frei entfalten. So ist die Parteienlandschaft extrem dynamisch, aber auch volatil geworden: Parteien finden sich zu immer neuen Allianzen zusammen, benennen sich um, brechen auseinander oder erfinden sich neu. Die negativen Effekte dieser Parteienproliferation sind offenkundig: Bei den inzwischen 206 Parteien (Dezember 2016) handelt es sich überwiegend um Kleinstparteien, die in der Regel handlungsschwach sind. Interne Auseinandersetzungen um Personalien und Ämtergerangel dominieren jedoch auch die im Parlament vertretenen Parteien; von diesen verfügen lediglich zwei, die islamistische Partei Ennahda und die säkulare Partei Nida Tounes, über mehr als 60 Sitze (von 217 Sitzen). Die kontinuierliche Parlamentsarbeit und ein effizientes Regieren werden durch die internen Defizite der Parteien erheblich erschwert. In der Bevölkerung sind Politikverdrossenheit und ein negatives Bild der Parteien weit verbreitet. Das negative Bild der Parteien wirkt sich auf das Vertrauen der Bevölkerung in die Politiker und schließlich auf die Wahlbeteiligung aus. Die Parteienlandschaft Tunesiens ist zwar zersplittert, es können jedoch fünf Hauptströmungen identifiziert werden: Die islamistisch geprägten Parteien, die säkular-liberalen und die sozialistischen Zentrumsparteien, die extrem Linken, die Parteien von Funktionären und Anhängern der ehemaligen Regierungspartei RCD, die sich auf den ersten Präsidenten der Republik Tunesien, Habib Bourguiba, und dessen säkular und modernistisch orientierte „Destour-Partei" (Verfassungspartei) berufen und sich als „Destourianer" bezeichnen.

Die tunesischen Parteien handeln seit 2011 unter innenpolitisch und regional erschwerten Rahmenbedingungen und haben sichtlich Schwierigkeiten, sich programmatisch voneinander abzugrenzen und konkrete Problemlösungen anzubieten.

1. Das parteipolitische Umfeld

Seit dem Sturz des Ben-Ali-Regimes am 14. Januar 2011 veränderte sich die Parteienlandschaft Tunesiens grundlegend. Während unter dem autoritären Regime Ben Alis die Regierungspartei Rassemblement Constitutionnel Démocratique (RCD; Demokratische verfassungsmäßige Sammlungsbewegung) de facto wie eine Einheitspartei herrschte, wurden nach 2011 in einer Freiheitseuphorie über hundert neue Parteien gegründet. Bis 2016 verdoppelte sich die Zahl der Parteien auf 206 (November 2016).[1]

Die tunesische Parteienlandschaft ist extrem dynamisch und ständig in Veränderung begriffen. Die Parteien finden sich zu immer neuen Allianzen zusammen, benennen sich um, brechen auseinander und gründen sich neu. Dies kann einerseits als ein lebendiger Parteienpluralismus verstanden werden, der sich nach Jahrzehnten politischer Stagnation, Zensur und Blockade nun endlich frei entfalten kann. Andererseits hat diese Volatilität auch negative Auswirkungen auf den 2011 eingeleiteten politischen Transformationsprozess, mit dem eine demokratische Umgestaltung des Landes angestrebt wird: Eine starke Fragmentierung und Atomisierung der politischen Parteien, „Parteientourismus",[2] sowie langwieriges Personal- und Ämtergerangel erschweren ein effizientes Regieren bzw. kontinuierliche Parlamentsarbeit und wirken sich negativ auf die Wahrnehmung der Parteien in der Bevölkerung aus.

Das Parteienspektrum ist ideologisch weit gefächert: Von islamistischen, salafistisch-islamistischen über panarabische, sozialistische, liberale bis hin zu modernistischen und neoliberalen politischen Strömungen sind alle vertreten. Trotz aller ideologischen Fragmentierung der Parteien zeichnen sich allerdings größere politische Strömungen bzw. Lager ab, wobei die Zugehörigkeit zum islamistischen und zum säkularen Lager ein Hauptunterscheidungsmerkmal ist. Das Lager der säkularen Parteien umfasst Zentrumsparteien, liberale, sozialdemokratische, sozialistische und der extremen Linken zuzurechnende Parteien und die Parteigründungen der soge-

nannten Destourianer, die überwiegend aus ehemals regimenahen Personen und Mitgliedern der unter dem Ben-Ali-Regime dominanten Partei RCD bestehen. Die Destourianer stehen für ein modernistisches Staats- und Gesellschaftskonzept, wie es bereits Leitmotiv der von Habib Bourguiba geführten Partei PND (Parti Néo-Déstourien; Neue Verfassungspartei) während der Kolonialzeit war.

Historisch betrachtet lassen sich bereits seit der Kolonialzeit drei größere Strömungen erkennen, die kulturell in der Gesellschaft verwurzelt und auch im kollektiven Gedächtnis präsent sind:[3] 1. die Reformorientierten und Modernisten (wie insbesondere die Destourianer) sowie die Liberalen, 2. die Religiösen und Traditionsorientierten und 3. die Linken (Kommunisten u. a.) und die ihnen nahestehende Gewerkschaftsbewegung. Auch wenn es nach 2011 zunächst zu einer Explosion und Atomisierung der Parteien kam, so zeichnen sich nach fünf Jahren eben diese drei historischen Strömungen bereits wieder ab. Viele Akteure befinden sich noch immer in einem komplexen Prozess der Profil- und Zielsuche. Die Multiplikation an politischen Akteuren[4] trug zu einer Unübersichtlichkeit bei, die dazu führte, dass sich viele Bürger vom politischen Geschehen abwenden. Von den derzeit 206 akkreditierten Parteien Tunesiens sind de facto rund zehn politisch relevant, und langfristig werden von diesen wiederum nicht alle über politisches und gesellschaftliches Gewicht verfügen.

Die politischen Rahmenbedingungen für den tunesischen Transformationsprozess sind nicht einfach. Die Sicherheitslage verschlechterte sich seit 2011 in Tunesien und im Nachbarland Libyen erheblich. Bewaffnete islamistische Gruppen, die sich seit 2014 zur Terrororganisation „Islamischer Staat" bekennen, sind aktiv und nach den verheerenden Bombenanschlägen auf Touristen im Bardo-Museum (Tunis) und in Port El-Kantaoui bei Sousse 2015 maßgeblich mitverantwortlich für den Niedergang des Tourismus. Der gewaltsame Konflikt in Libyen begünstigte diese Gruppen, die in Libyen Trainings- und Rückzugsmöglichkeiten fanden und aus libyschen Quellen die Waffenversorgung sicherstellen konnten. Das politisch extrem unruhige Umfeld in der gesamten Region Nordafrika und Nahost, aber vor allem die anhaltende Wirtschaftskrise und die sozioökonomischen Probleme in Tunesien selbst erschweren die Arbeit aller politischen Akteure. Welche Rolle und welche Aufgaben die politischen Parteien in diesem komplexen Kon-

text überhaupt erfüllen können, will der vorliegende Beitrag klären. Zunächst werden die Rahmenbedingungen beschrieben, denen Parteien unterliegen. Anschließend werden die parteipolitischen Tendenzen, die aktuellen Debatten und Herausforderungen für die Parteien analysiert.[5]

2. Die institutionellen, politischen und materiellen Rahmenbedingungen der Parteien nach 2011

Nach dem Machtwechsel am 14. Januar 2011 wurde in Tunesien ein grundlegender institutioneller Transformationsprozess in Gang gesetzt, der eine politische Transition in Richtung Demokratisierung einleiten sollte.[6] Nach der Bildung verschiedener Übergangsinstanzen und Übergangsregierungen fanden am 23. Oktober 2011 freie Wahlen zu einer Verfassunggebenden Versammlung statt. Planmäßig hätte die Verfassunggebende Versammlung innerhalb eines Jahres die neue Verfassung vorlegen und darüber abstimmen sollen. Stattdessen konnte die neue Verfassung erst mit großer Verzögerung am 26. Januar 2014 im Parlament verabschiedet werden. Die neue progressive Verfassung, die am 10. Februar 2014 in Kraft trat, spiegelt einen für Tunesien historischen Kompromiss zwischen dem säkular und dem islamistisch orientierten Lager wider und ist dementsprechend nicht frei von Widersprüchen.[7]

Nach den ersten freien Legislativwahlen am 26. Oktober 2014 und den Präsidentschaftswahlen am 23. November (1. Runde) und 21. Dezember 2014 (2. Runde: Stichwahl)[8] geriet der institutionelle Transitionsprozess erneut ins Stocken, weil sich die Verabschiedung der in der Verfassung vorgesehenen Organgesetze verzögerte. Einige Organgesetze wurden erst im Laufe des Jahres 2016 verabschiedet, andere stehen Ende November 2016 noch aus. So verzögerte sich z. B. die Wahl des Obersten Richterrats bis Oktober 2016 wegen Differenzen über den Gesetzestext und wegen Fragen der personellen Besetzung; damit verzögerte sich wiederum die Einrichtung eines unabhängigen Verfassungsgerichts.[9]

Der Handlungsspielraum der Parteien war vor 2011 erheblich eingeschränkt. In den 1990er und 2000er Jahren fungierte der RCD de facto als Einheitspartei des Ben-Ali-Regimes. Das Parteiengesetz (Gesetz 88-32) vom 3. Mai 1988 führte zwar formal Parteienpluralismus ein und einige kleinere Parteien wurden auch zugelassen,

sie hatten aber keinen politischen Einfluss, wurden kooptiert, stark kontrolliert und in ihren Aktivitäten behindert. Zu den Pseudo-Oppositionsparteien im Parlament zählten der Parti de l'Unité Populaire (PUP; Partei der Volkseinheit), die Union Démocratique Unioniste (UDU; Demokratisch-unionistischer Zusammenschluss) und der Mouvement des Démocrates Socialistes (MDS; Bewegung der sozialistischen Demokraten); ferner die aus der Kommunistischen Partei Tunesiens hervorgegangene Partei Ettajdid[10] (Erneuerung). Zu den wenigen wirklichen Oppositionsparteien zählten die legalisierten Parteien Forum Démocratique pour le Travail et les Libertés (FDTL; Demokratisches Forum für Arbeit und Freiheiten), in Tunesien bekannter unter der Kurzbezeichnung „Ettakatol" (von arabisch: al-takatul/Forum), und der Parti Démocrate Progressiste (PDP; Demokratische Fortschrittspartei) sowie die nicht legalisierten Parteien: Parti Ouvrier Communiste Tunisien (POCT; Kommunistische Arbeiterpartei Tunesiens), 1983 gegründet und 2011 in Parti des Travailleurs (Arbeiterpartei) umbenannt, der 2001 vom Menschenrechtsaktivisten Moncef Marzouki gegründete Congrès pour la République (CPR; Kongress für die Republik) und die islamistische Opposition, die sich seit 1981 als Mouvement de la Tendance Islamique (MIT; Bewegung islamische Tendenz) formierte und sich im Februar 1989 in Bewegung Ennahda (Erneuerung) umbenannte.

Im Zuge des Machtwechsels, dem Bruch mit dem alten Regime und der institutionellen Erneuerung in Tunesien nach 2011 wurde die bisherige Regierungspartei RCD am 6. Februar 2011 durch das Innenministerium zunächst suspendiert und am 28. März 2011 per Gerichtsbeschluss bzw. am 22. April 2011 durch den Kassationsgerichtshof definitiv für aufgelöst und verboten erklärt. Die Pseudo-Oppositionsparteien verschwanden von der Bildfläche.[11] Die Parteien der außerparlamentarischen Opposition während der Ben-Ali-Ära erlebten nach 2011 hingegen einen Aufschwung.

Die Rahmenbedingungen für politische Parteien veränderten sich nach 2011 grundlegend zum Positiven. Das neue Parteiengesetz (Décret-Loi Nr. 2011-87 vom 24. September 2011) wie auch nachfolgend die 2014 verabschiedete neue Verfassung vergrößerten ihre Handlungsmöglichkeiten und vereinfachten die Gründung von Parteien. Zur Wahl der Verfassunggebenden Versammlung (ANC; Assemblée Nationale Constituante) am 23. Oktober 2011 waren bereits 116 politische Parteien registriert; davon waren 108

nach 2011 neu gegründet worden. Durch diese große Anzahl und die starke Zersplitterung erhielten viele der neueren kleinen Parteien keinen Sitz in der ANC, was zu einem Verlust von rund 30 Prozent der Wählerstimmen führte. Die islamistische Ennahda-Partei, die bereits am 1. März 2011 legalisiert worden war, profitierte von ihrer landesweiten breiten Basis, die sie über die Moscheen und ihre religiös-karitativen Einrichtungen ausgebaut hatte. Hinzu kam der hohe personelle Einsatz, mit dem Ennahda die Wahlberechtigten auf die Wahl einstimmte. Im Unterschied dazu waren die kleineren Parteien, insbesondere die Linksparteien, oft nur in Tunis und in den größeren Städten (Sfax, Sousse, Monastir, Bizerte, Gafsa) vertreten; mit ihren Diskursen konnten sie die breite Öffentlichkeit nicht erreichen. Die meisten Parteiprogramme blieben unklar und unübersichtlich. Viele Bürger ließen sich zudem nicht rechtzeitig oder gar nicht auf den Wählerlisten eintragen. Ennahda ging am 23. Oktober 2011 folglich mit 37,04 Prozent der Stimmen als Wahlsieger aus den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung hervor und erhielt 89 von 217 Sitzen.

Die neue tunesische Verfassung von 2014 sieht ein semi-präsidentielles System vor. Ziel war es ursprünglich, ein Präsidialsystem, wie es seit der Unabhängigkeit bestand, zu vermeiden, um Amtsmissbrauch zu verhindern. Dies sollte durch die Stärkung des Regierungschefs und des Parlaments geschehen. Insbesondere die Ennahda-Partei unterstützte die Idee eines parlamentarischen Systems, konnte sich damit aber nicht gegen die säkularen Parteien durchsetzen, die einem von Ennahda dominierten Parlament ungern so viel Macht einräumen wollten. Als Kompromiss einigten sich die in der Verfassunggebenden Versammlung vertretenen Parteien auf ein semi-präsidentielles System. De facto ist jedoch seit 31. Dezember 2014 mit Béji Caid Essebsi ein „starker" Präsident im Amt, während die Regierungen von „schwachen" Regierungschefs geleitet werden: zunächst von 6. Februar 2015 bis 26. August 2016 von Habib Essid, seither von Youssef Chahed. Der Regierungschef wurde bislang eher (wie unter den Präsidenten Bourguiba und Ben Ali) als ein „erster Minister" (Premierminister) denn als wirklicher Regierungschef wahrgenommen, obwohl die Verfassung (Artikel 89) klar vom „Chef du Gouvernement" (Regierungschef) spricht.

Ob sich die seit 2014 zu beobachtende Entwicklung hin zu einem erneuten Präsidialsystem unter Regierungschef Youssef Chahed

ändern wird, muss sich erst noch zeigen. Die Profile beider Ämter hängen letztendlich stark von den Personen ab, die sie ausfüllen. Die Kommunikation, Entscheidungsabläufe und detailliertere Aufgabenteilung zwischen Präsident, Regierungschef und Parlament sind jedoch noch nicht eingespielt, was häufig zu Machtkonflikten, Verzögerungen und Intransparenz führt.

Laut Verfassung (Artikel 89) beauftragt der Staatspräsident spätestens eine Woche nach Bekanntgabe des definitiven Wahlergebnisses den Kandidaten der stärksten Partei oder des stärksten Wahlbündnisses im Parlament mit der Regierungsbildung. Ab dem Zeitpunkt jedoch, als Nida Tounes die Legislativwahlen vom 26. Oktober 2014 mit 37,5 Prozent der abgegebenen Stimmen gewonnen hatte und Béji Caid Essebsi als Kandidat der Partei Nida Tounes bei den Präsidentschaftswahlen aus der Stichwahl am 21. Dezember 2014 siegreich hervorgegangen war, wurde das System ausgehebelt. Béji Caid Essebsi schlug einen parteilosen Technokraten als Regierungschef (Habib Essid) vor, der nachträglich von der Nida-Tounes-Parteispitze akzeptiert wurde und dem das Parlament als „Konsenskandidat" am 5. Februar 2015 mit 166 von 217 Stimmen das Vertrauen aussprach.

Mittlerweile steht im Zentrum des politischen Systems wieder der Staatspräsident. Das könnte sich jedoch erneut ändern, wenn der über 90-jährige Béji Caid Essebsi 2019 seine Amtszeit beendet oder vorher stirbt. Es wird in Tunesien allgemein davon ausgegangen, dass er sich aufgrund seines hohen Alters nicht noch einmal zur Wahl stellen wird.

In der Theorie und laut Verfassung muss sich der Staatspräsident politisch neutral und inklusiv verhalten, für alle Tunesier und nicht nur für eine Partei sprechen. Doch weil er auch Kompetenzen in den Bereichen Sicherheit, Außenpolitik und Verteidigung hat, ist seine Rolle ambivalent. Folglich beklagen viele, dass das aktuelle System konfus und weder eindeutig parlamentarisch noch präsidentiell sei. Ennahda-Präsident Rachid Ghannouchi schlug deshalb 2016 eine Verfassungsänderung zur Stärkung des Parlaments und des Regierungschefs vor, um die Mitgestaltungsmöglichkeiten für Ennahda zu sichern, sollte sie in die Oppositionsrolle kommen. Die Destourianer wiederum befürworten eine Verfassungsreform zur Stärkung des Präsidenten auf Kosten parlamentarischer Befugnisse.[12]

Das tunesische Parlament, die Assemblée des Représentants du Peuple (ARP; Versammlung der Repräsentanten des Volkes), ist ein Ein-Kammer-Parlament mit 217 Sitzen und wird für fünf Jahre in allgemeiner und direkter Wahl gewählt. Das Wahlsystem beruht auf dem Verhältniswahlrecht. Die ersten regulären freien Legislativwahlen fanden am 26. Oktober 2014 statt, die ersten Sitzungen des neu gewählten Parlaments wurden am 2. und 4. Dezember 2014 abgehalten. Im derzeitigen Parlament wird der Parlamentspräsident (Mohamed Ennaceur) von Nida Tounes gestellt, der erste Vizepräsident (Abdelfattah Mourou) gehört Ennahda an und die zweite Vizepräsidentin (Faouzia Ben Fodha) ist Mitglied der liberalen Partei Union Patriotique Libre (UPL; Union der freien Patrioten). Unter den 217 Abgeordneten des Parlaments sind 149 Männer (68,7 Prozent) und 68 Frauen (31,3 Prozent). Damit steht Tunesien auf Platz 40 von 193 Ländern im Ranking der Interparlamentarischen Union hinsichtlich der Anzahl weiblicher Abgeordneter in Parlamenten weltweit.[13]

Im 2014 gewählten Parlament wurden die folgenden Fraktionen gebildet, die in Tunesien als parlamentarischer Block, „bloc", bezeichnet werden. Die jeweilige Sitzzahl veränderte sich allerdings wegen Parteiaustritten oder Parteiwechseln und Parteiausschlüssen seit den Wahlen 2014. Die hier angegebenen Sitzzahlen beziehen sich auf den Stand Ende Dezember 2016; in Klammer wird zum Vergleich die Anzahl der Sitze angegeben, die bei den Legislativwahlen 2014 erzielt wurden.

- Ennahda: 69 Sitze (69);
- Nida Tounes: 67 Sitze (86);
- Bloc Al-Horra du Mouvement Machrou Tounes:[14] 20 Sitze (25);
- Front Populaire: 15 Sitze (12);
- Bloc Démocrate: 12 Sitze; im Demokratischen Block sind u. a. Abgeordnete der Parteien Al-Joumhouri, Alliance Démocratique, Mouvement des Démocrates Socialistes vertreten.
- Union Patriotique Libre (UPL): 11 Sitze (17);
- Bloc Afek Tounes: 10 Sitze; der Block umfasst die Abgeordneten der Parteien Afek Tounes, Mouvement Patriotique, Nida des Tunisiens à l'Étranger;
- Fraktionslose („Hors Groupe"): 13 (12) Sitze; vertreten sind die Abgeordneten u. a. der Parteien Al-Irada/CPR, Courant Démocratique.

Das im Parlament vertretene Parteienspektrum ist somit weit gefächert und reicht von islamistisch über säkular-zentristisch-konservativ bis zu links-extrem. An der seit 26. August 2016 amtierenden Regierung der nationalen Einheit unter Regierungschef Chahed sind sieben Parteien beteiligt: Nida Tounes, Ennahda, Afek Tounes, Al-Massar, Al-Joumhouri, Alliance Démocratique und Al-Moubadara sowie zwei parteilose Persönlichkeiten, die dem Gewerkschaftsverband UGTT nahestehen. Zur parlamentarischen Opposition zählen vor allem der Front Populaire, aber auch die Parteien Courant Démocratique und insbesondere Al-Irada/CPR. Die UPL ist zwar nicht an der Regierung beteiligt, betrachtet sich aber bislang nicht als Partei, die in Opposition zur Regierungskoalition steht. Hinzu kommen über einhundert legale Parteien, die nicht im Parlament vertreten sind, darunter z. B. die Wahlen ablehnende, für ein Kalifat werbende islamistische Partei Hizb al-tahrir (Befreiungspartei) und die sozialdemokratische FDTL, die bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung 2011 mit 284.989 Stimmen 20 Sitze gewonnen hatte, durch ihren Eintritt in die Ennahda-geführten Koalitionsregierungen (Dezember 2011 bis Januar 2014) jedoch massiv an Glaubwürdigkeit und folglich auch an Unterstützung verlor. Nach den Legislativwahlen von 2014 konnte die Partei, die nur noch 24.592 Stimmen erzielte, nicht mehr ins Parlament einziehen.[15]

Die nächste Bewährungsprobe für die Parteien steht mit den derzeit für Ende 2017 anberaumten Kommunalwahlen und Regionalwahlen an. Der Termin der Wahlen wurde bereits mehrfach verschoben, u. a. weil die Abstimmung über das Wahlgesetz aus politischen Gründen verzögert wurde und weil die Parteien des nichtislamistischen Spektrums, allen voran die durch machtpolitische Querelen geschwächte Partei Nida Tounes, organisatorisch nicht für die Wahlen bereit sind. Zudem müssen erst noch die Wahlkreise der Kommunen und Regionen von der unabhängigen Wahlbehörde Instance Supérieure Indépendante pour les Élections (ISIE) neu eingeteilt werden. ISIE-Präsident Chafik Sarsar mahnte mehrfach an, die Kommunalwahlen spätestens im Herbst 2017 durchzuführen.[16] Auch wenn die Kommunalwahlen weniger politisch als die Legislativwahlen sind, da es vor allem um lokale Fragen geht, müssen die Parteien hier zeigen, inwieweit sie in der Lage sind, Wähler in allen Landesteilen und nicht nur in der Hauptstadt zu mobilisieren, ob sie über ausreichend regionale und lokale Verwurzelung verfügen und ob sie konkrete Problemlösungen für die dringend notwendige und

in der Verfassung kodifizierte Dezentralisierung und die sozioökonomische Krise in den benachteiligten Regionen anbieten können.[17]

3. Zentrale politische Strömungen in einer sich ständig verändernden Parteienlandschaft

Die Dynamik der Parteigründungen, die nach dem Machtwechsel von 2011 einsetzte, hält bis heute an. Die starre klassische Aufteilung des Parteienspektrums in links, zentristisch, rechts wird dem tunesischen Kontext allerdings nur bedingt gerecht, auch wenn einige Parteien selbst diese Zuordnung benutzen.[18] Die Grenzen sind teilweise fließend und die Selbstdefinitionen oft widersprüchlich (z. B. „konservativ-progressistisch" oder sozialdemokratisch und gleichzeitig wirtschaftsliberal). Als zusätzliche oder alternative Kategorien kommen zum Tragen: säkular versus (religionsbasiert) islamistisch, neu gegründet versus lang verwurzelt, traditionelle Oppositionspartei versus Oppositionspartei, gebildet von Mitgliedern der ehemaligen Regierungspartei RCD. Es lässt sich zudem auch unterscheiden zwischen denjenigen Parteien, die flächendeckend, historisch und schichtenübergreifend in der Gesellschaft verankert sind, und denjenigen, die neu und (noch) nicht verankert sind bzw. nur in der Hauptstadt präsent sind. Einige Parteien sind um interne Demokratie bemüht, andere sind eher intransparent und willkürlich organisiert. Die Profile der Parteien, ihre Größe und Organisationsstrukturen und der Grad an Professionalisierung unterscheiden sich stark.

Seit den Legislativwahlen von 2014 dominieren zwei Parteien die Politik: Nida Tounes und Ennahda. Darüber hinaus existieren verschiedene mittelgroße bis kleine Zentrumsparteien sowie kleine linksextreme und radikal-islamistische Oppositionsparteien. Der Fächer der ideologischen Richtungen ist breit und die Vorstellungen über Staats- und Gesellschaftskonzepte gehen weit auseinander, sind teilweise nur sehr vage ausgeprägt und in vielen Fällen inhaltlich diffus. Auch kommt es vor, dass Parteien ihre ideologische Ausrichtung wechseln; aus dem ursprünglich säkularen CPR wurde z. B. nach und nach eine Partei, die Islamisten nahesteht und deren Wählerschaft erreichen will. Die Profile der Parteien bleiben teilweise unscharf. Folgende Parteienpole, deren Grenzen jedoch im Einzelnen durchaus fließend sind, zeichnen sich aktuell ab und dürften zumindest mittelfristig weiterbestehen und Einfluss auf die Politik nehmen.

3.1. Destourianer–Bourguibisten–Modernisten

Zur Strömung der Destourianer zählen vor allem Nida Tounes, aber auch kleinere Parteien wie Al-Moubadara oder der Parti Déstourien Libre und eine Vielzahl „Ein-Mann-Parteien".

Nida Tounes (Appel de la Tunisie; Ruf Tunesiens) definiert sich selbst als moderat-konservativ. Ideologische Referenz bildet der 1934 von Habib Bourguiba gegründete, säkulare Parti Néo-Déstourien (PND; Neue Verfassungspartei), der sich 1964 in Parti Socialiste Déstourien (PSD; Sozialistische Verfassungspartei) umbenannte. Während der Präsidentschaft Habib Bourguibas von 1957 bis 1987 avancierte der PND/PSD zur dominanten Partei Tunesiens. Bourguiba trug wesentlich zur Modernisierung Tunesiens und in diesem Zusammenhang zur Förderung der Gleichberechtigung von Frauen bei, regierte jedoch paternalistisch, autoritär und repressiv.[19]

Auf dem 79. Jahrestag der Gründung der Neo-Destour-Partei am 2. März 2013 in Ksar Hellal hielt Nida-Tounes-Gründer Béji Caid Essebsi eine Rede, in der er darauf hinwies, dass es die Destourianer gewesen seien, die aus Tunesien einen unabhängigen, modernen islamischen Staat gemacht hätten und dass die 2012 von ihm neu gegründete Partei Nida Tounes in der Nachfolge der Destour-Bewegung stehe. Seit Béji Caid Essebsi im Dezember 2014 zum Staatspräsidenten gewählt wurde, führt er die Tradition Bourguibas fort und tritt als „Landesvater" auf. Kritiker sprechen von einem eigenen Personenkult, den er ähnlich wie Bourguiba pflege. Béji Caid Essebsi (geboren 1926) war bereits unter den Präsidenten Bourguiba und Ben Ali politisch aktiv und hatte zahlreiche Ministerposten inne; 1994 zog er sich altersbedingt aus der Politik zurück. Nach dem Machtwechsel 2011 reaktivierte er sich und war von Februar bis Dezember 2011 Regierungschef der zweiten Übergangsregierung. Der bewusste Rückgriff der Destourianer von Nida Tounes auf Bourguiba soll auch signalisieren, dass Nida Tounes dort anknüpfen möchte, wo Bourguiba 1987 aufhörte. Die 24 Jahre Ben-Ali-Regime werden als ein „unglückliches Intermezzo der Geschichte" dargestellt, über das man hinwegsieht, während Habib Bourguiba im Kontrast dazu von einigen geradezu verklärt wird.

Anders sehen dies die Mitglieder des Parti Déstourien Libre (PDL; Freie Verfassungspartei), die nicht nur Bourguiba für sich beanspru-

chen, sondern auch das Erbe der Ben-Ali-Ära als positiv darstellen. Zum Lager der Destourianer zählt auch die Partei Al-Moubadara (Initiative Nationale Constitutionnelle; Nationale verfassungsmäßige Initiative), 2011 vom ehemaligen Außenminister unter Präsident Ben Ali, Kamel Morjane, gegründet. Kamel Morjane entschuldigte sich als einer von sehr wenigen ehemaligen hohen Funktionsträgern des Ben-Ali-Regimes öffentlich im Fernsehen bei der tunesischen Bevölkerung für die Ungerechtigkeiten und Fehler des Ben-Ali-Regimes. In die Partei Al-Moubadara wie in andere Parteien, die sich dem Erbe Bourguibas bzw. der Destour-Partei verpflichtet fühlen, traten zahlreiche ehemalige RCD-Mitglieder ein.

Zentrale Ziele dieser Strömung sind die Wiederbelebung der tunesischen Wirtschaft,[20] technologische Modernisierung, Sicherheit (Kampf gegen den Terrorismus), eine klare Trennung von Staat und Religion, ein moderater Islam als Teil der Identität, der aber ausschließlich im Privaten gelebt wird.

Zunächst hatte sich der Pol der Destourianer ab 2012 aus einer Anti-Ennahda-Haltung heraus formiert. Die Initiative ging auf Béji Caid Essebsi zurück, der möglichst viele kleine Parteien, säkulare und demokratische Kräfte hinter sich versammeln wollte, um einen Wahlsieg Ennahdas bei den Legislativwahlen 2014 zu verhindern.[21] Das ist ihm im Vorfeld der Legislativwahlen zwar temporär gelungen, jedoch verfügt das extrem heterogene Sammelbecken Nida Tounes über kein gemeinsames politisches Projekt außer der Anti-Ennahda-Haltung und selbst die zerfiel nach der Koalitionsentscheidung mit Ennahda im Februar 2015.

Nida Tounes versammelt ehemalige RCD-Mitglieder, Teile der Wirtschaftselite, einige Liberale ebenso wie ehemalige Gewerkschafter und sogar vereinzelt Links-Liberale, die sich aus pragmatischen oder strategischen Gründen Nida Tounes angeschlossen hatten, aber inzwischen in Teilen wieder ausgetreten sind. Die Abspaltung der 25 Nida-Tounes-Abgeordneten im Januar 2016, die unter Führung Mohsen Marzouks im Frühjahr 2016 die Partei Machrou Tounes gründeten, schwächte Nida Tounes weiter, ebenso wie anhaltende Konflikte innerhalb der Führungsriege der Partei. Ein zentraler Streitpunkt ist die Präsenz von Hafedh Caid Essebsi, Sohn des Staatspräsidenten, in der Partei, wo er seit dem Kongress von Sousse (10. Januar 2016) als Exekutivdirektor von Nida

Tounes fungiert; zahlreiche Kader von Nida Tounes lehnen dies ab. Die Partei befindet sich in einer tiefen Krise. Die Integration der verschiedenen Strömungen stellt sich als schwieriger heraus als gedacht. Der Einzige, der über integrierende Fähigkeiten verfügte, ist Parteigründer Béji Caid Essebsi, der sich jedoch nach der Wahl zum Staatspräsidenten als Parteipräsident zurückziehen musste. Von der Nida-Tounes-Krise profitieren teilweise die anderen Destour-Parteien. Nida Tounes bemüht sich zwar um eine tiefere Verwurzelung in der Bevölkerung, ist davon aber noch weit entfernt. Die Zielgruppe und potentielle Wähler finden sich vor allem innerhalb der konservativen und liberalen Mittelklasse und unter all denen, die angesichts der anhaltenden politischen und insbesondere wirtschaftlichen Probleme Tunesiens mittlerweile dem alten Regime nachtrauern.

Es gibt Überlegungen der verschiedenen kleineren Destourianer-Parteien, sich zu einer Allianz zusammenzuschließen. Mondher Zenaidi, mehrfach Minister unter Ben Ali und glückloser Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen 2014, plant derzeit die Gründung einer weiteren Partei. Angesichts der bevorstehenden Kommunal- und Regionalwahlen wird unter den Destourianern darüber diskutiert, gemeinsame Listen aufzustellen, um einem erneuten Ennahda-Sieg entgegenzuwirken.

3.2. Islamisten

Unter den islamistischen Parteien spielt Ennahda eindeutig die zentrale Rolle. Über eine persönliche Anhängerschaft vor allem in Südtunesien verfügt jedoch auch der politisch äußerst aktive Parteipräsident von Al-Irada/CPR, Moncef Marzouki, 2011 bis 2014 Staatspräsident und enger Koalitionspartner von Ennahda. Regional einflussreich war zumindest 2011 bis zu ihrer Auflösung im April 2013 auch die Partei Petition Populaire (Volkspetition).[22]

Die Partei Petition Populaire, gegründet von dem ehemaligen Ennahda-Mitglied Hechmi Hamdi, erzielte während der Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung 2011 überraschend 26 Sitze, verlor dann aber sukzessive 19 Abgeordnete an andere Parteien. Hechmi Hamdi, ein überwiegend in London lebender Unternehmer, löste die Partei formal im April 2013 auf, um unter dem Namen Courant de l'Amour (Strömung der Liebe) eine neue Partei zu grün-

den, die bei den Legislativwahlen 2014 allerdings nur zwei Sitze gewann und auf nationaler Ebene politisch bedeutungslos ist.[23]

Die radikal-islamistische Oppositionspartei Hizb al-tahrir (Befreiungspartei) lehnt Wahlen und ein parlamentarisches System ab und ist somit auch nicht im Parlament vertreten. Sie propagiert die Errichtung eines Kalifats und die strikte Anwendung der Scharia. Die Organisation wurde bereits in den 1980er Jahren in der Illegalität gegründet, aber erst 2012 unter der Ennahda-geführten Koalitionsregierung legalisiert, obwohl sie unverhohlen Wahlen und das republikanische, parlamentarische System ablehnt.[24] Ein Parteienverbot, weil die Parteiziele offenkundig der Verfassung widersprechen und die Partei auch immer wieder zu Widerstand gegen die Regierung aufgerufen hat, wurde bislang nicht durchgesetzt.

Die Partei Haraka tunis al-irada (Bewegung Tunesien des Willens; kurz Al-Irada genannt) von Moncef Marzouki ging 2015 aus der 2001 von Marzouki gegründeten Partei Congrès pour la République (CPR; Kongress für die Republik) hervor. Ursprünglich eine linke, säkulare Oppositionspartei, die auf den Respekt der universellen Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ausgerichtet war und das Ben-Ali-Regime massiv kritisierte, vertritt die Partei heute eine „revolutionäre", basisdemokratische Anti-Establishment-Haltung, gepaart mit Islamismus und tunesischem Nationalismus. Seitdem der ehemalige Staatspräsident Moncef Marzouki die Präsidentschaftswahl 2014 gegen Béji Caid Essebsi verlor, versucht er Stimmung gegen den Staatspräsidenten, Nida Tounes und die seit Sommer 2016 von Nida Tounes geführte Regierung zu machen, indem er insbesondere Partei zugunsten von Gruppen, die gegen Maßnahmen der Regierung protestieren, ergreift.[25]

Die Ennahda-Partei, eigentlich Mouvement Ennahda (Bewegung der Erneuerung), wurde unmittelbar nach dem Machtwechsel am 1. März 2011 legalisiert und ist seither mit unterschiedlicher Ministerzahl an allen Regierungen beteiligt. Während in der Wahlkampagne für die Verfassunggebende Versammlung der Schwerpunkt noch auf die religiöse (islamistische) Identität Tunesiens gelegt wurde, überwogen im Wahlkampf 2014 sozioökonomische Themen wie Bekämpfung der Armut und Arbeitslosigkeit. Die Partei beabsichtigt laut ihrem Wahlprogramm, diese Probleme durch eine liberale Wirtschaftspolitik, die Ausweitung des islamischen Finanzwesens und

Investitionen zu bewältigen.[26] Ennahda wird für das Scheitern der beiden Troika-Regierungen unter den Premierministern Hamadi Jebali und Ali Laarayedh (Dezember 2011 bis Januar 2014) und für die schwere politische Krise von 2013 verantwortlich gemacht.[27] Diese Krise – ausgelöst durch zwei politische Morde an linken Oppositionspolitikern,[28] die Ennahda bzw. Ennahda-nahestehenden Organisationen angelastet wurden – gefährdeten den weiteren friedlichen Verlauf des Transformationsprozess. Inkompetenz wurde Ennahda vor allem in Bezug auf die Wirtschafts- und Sicherheitspolitik und bei der Terrorismusbekämpfung sowie bei der Bekämpfung von Korruption vorgeworfen. Die Partei selbst wiederum präsentiert sich unbeeindruckt davon als ein „Garant der friedlichen Transition": Nur dank der Kompromissbereitschaft Ennahdas sei die Verabschiedung der neuen Verfassung 2014 überhaupt möglich gewesen.

Als Folge der internen Krise von Nida Tounes, die sich auch auf die Parlamentsfraktion auswirkte, wo im Januar 2016 25 Abgeordnete der Partei die Fraktion verließen und eine eigene Fraktion, Al-Horra (Die Freien), konstituierten, ist Ennahda mit 69 Sitzen seit Januar 2016 zur stärksten Fraktion im Parlament aufgerückt. Nach außen stellt sich Ennahda zwar als homogener Block dar, doch auch Ennahda befindet sich in einer internen Krise.[29] Es gibt strategische Differenzen zwischen den Vertretern eines pragmatischen Konsenskurses mit Nida Tounes, die bereit sind, einen zivilen Staat zu akzeptieren, und jenen, die entsprechend dem politischen Gewicht Ennahdas eine deutlich stärkere Repräsentanz in den politischen Institutionen und einen offensiven islamistischen Kurs (langfristige Einführung der Scharia) fordern.

Ennahda-Präsident Ghannouchi setzte sich jedoch mit seinem Konsenskurs auf dem 10. Parteikongress im Mai 2016 durch, so dass der offizielle, an die Öffentlichkeit (national wie international) gerichtete Diskurs ein Bekenntnis zu Konsens, Demokratie und der Trennung von religiösen Aktivitäten und parteipolitischen Aktivitäten ist. Konkrete Rückwirkungen hatte diese angekündigte Trennung der Aktivitäten allerdings noch nicht. Ghannouchi und etliche andere hohe Ennahda-Funktionsträger betonten, dass Ennahda keine säkulare Partei werde oder nunmehr Religion und Politik trenne. Es soll lediglich eine „funktionale Trennung der Aufgabenbereiche" umgesetzt werden, um effizienter und effektiver handeln zu können.

Zentrale Führungsfigur von Ennahda bleibt Parteigründer Rachid Ghannouchi, der sich bereits für eine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 2019 in Stellung bringt. Ziel der Ennahda-Führung ist es, auf nationaler Ebene die Gegner der islamistischen Bewegung in Bezug auf die politischen Ziele Ennahdas zu besänftigen, um nicht wie die Muslimbruderschaft in Ägypten 2013 Handlungsspielraum einzubüßen und die legale Existenz zu gefährden. Diesem Zweck dienen auch die internationalen Aufritte von Ennahda-Präsident Ghannouchi und anderer Ennahda-Führungspersönlichkeiten wie auch der jüngeren Modernisten-Generation (z. B. Saida Ounissi, Zied Ladhari). Die für Herbst 2017 geplanten Kommunalwahlen werden zeigen, inwieweit die Partei durch diese „Moderationsstrategie" neue Wählerpotentiale erschließen und gleichzeitig die traditionelle Wählerschaft halten kann.

3.3. Liberale

Die Partei Afek Tounes (Horizons de Tunisie; Horizonte Tunesiens) wurde kurz nach dem Machtwechsel im März 2011 gegründet und steht exemplarisch für eine liberale Wirtschafts- und Sozialordnung. Die Partei präsentiert sich als modern, „westlich" und zukunftsorientiert und spricht gezielt jüngere bis mittlere Altersgruppen und die Mittelschicht an. Das Parteiprogramm zeugt von wirtschaftlicher Kompetenz und bietet z. B. detailliertere Vorschläge für eine Steuerreform als die anderen Parteien. Ziele der Partei sind vor allem die Überwindung der Wirtschaftskrise, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Entwicklung des Privatsektors und die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen. Eine temporäre Parteienallianz unter dem Dach von Al-Joumhouri zerbrach nach wenigen Monaten aufgrund interner Konflikte und der Schwierigkeit, eine gemeinsame inhaltliche Linie zu finden. Auf parteiinterne Demokratie wird großen Wert gelegt, und Transparenz nach innen und außen sind bei Afek Tounes vergleichsweise weit entwickelt.

Die Union Patriotique Libre (UPL; Freie patriotische Union) bezeichnet sich selbst als konservative Zentrums- bzw. Zentrum-Rechts-Partei, vertritt aber vor allem einen wirtschaftsliberalen Kurs. Sie wurde 2011 von dem Unternehmer Slim Riahi gegründet, der sein Vermögen in Libyen zur Zeit der Qaddafi-Herrschaft machte und dem Sohn Muammar al-Qaddafis, Saif al-Islam, nahestand. Die UPL ist weder historisch noch gesellschaftlich verankert. Vorrangiges Par-

teiziel ist die Erleichterung der Investitionsbedingungen für große Infrastrukturprojekte. Bei den Legislativwahlen 2014 gewann die UPL 16 von 217 Sitzen. Die Partei hat wiederholt mit internen Krisen zu kämpfen; es gab zahlreiche Wechsel in den Führungsgremien der Partei und Parteiwechsel, so dass sie seit September 2016 nur noch mit elf Deputierten im Parlament vertreten ist. Die parteiinterne Demokratie ist wenig entwickelt. Kritiker werfen der UPL vor, eine „Scheinpartei" zu sein, deren Profil sich von Afek Tounes oder Nida Tounes kaum unterscheide.

3.4. Sozialdemokraten–Moderate Linke

Zu den moderat linken bzw. sozialdemokratisch orientierteren Zentrumsparteien zählen vor allem die Parteien Al-Joumhouri, Al-Massar und Alliance Démocratique. Die 2011 bis 2014 auf nationaler Ebene präsente sozialdemokratische Partei Forum Démocratique pour le Travail et les Libertés ist seit 2014, nach ihrem herben Stimmenverlust, in den nationalen Institutionen nicht mehr vertreten.

Die Partei Al-Joumhouri (Parti Républicain; Republikanische Partei) entstand im April 2012 aus einer Fusion mehrerer Zentrumsparteien und sozial-liberaler Parteien, darunter federführend die in der Ben-Ali-Ära seit 1993 aktive Oppositionspartei Parti Démocrate Progressiste (PDP; Demokratische Fortschrittspartei) von Ahmed Néjib Chebbi. Chebbi trat 2014 als Präsidentschaftskandidat an, kam aber nicht in die zweite Runde. Trotz einer gewissen Popularität, da ihm seine Opposition zum Ben-Ali-Regime zugutegehalten wurde, erzielte er bei den Präsidentschaftswahlen nur 34.025 Stimmen (1,04 Prozent der abgegebenen Stimmen). Al-Joumhouri konnte bei den Legislativwahlen 2014 nur einen Sitz gewinnen. Das Parteiprogramm legt den Fokus auf Dezentralisierung, Reform der öffentlichen Verwaltung, der Sicherheitsorgane, des Steuerwesens, Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Lösung der sozialen Verwerfungen in der Bergbauindustrie. Die Entwicklung des Privatsektors wird befürwortet, aber verbunden mit einer stark sozialen Komponente und sozialer Absicherung für Arbeitnehmer. Die Partei befindet sich seit den Legislativwahlen 2014 in einer internen Krise, zumal die Generalsekretärin der Partei, Maya Jribi, zwischenzeitlich schwer erkrankte. Seit 2016 fällt Parteisprecher Issam Chebbi praktisch ad interim die Leitung zu. Al-Joumhouri beteiligt sich an der Regierung der nationalen Einheit vom August 2016; Iyed Dahmani, einziger

Al-Joumhouri-Abgeordneter im 2014 gewählten Parlament, wurde Minister beim Regierungschef für die Beziehungen zum Parlament und am 8. September 2016 zum offiziellen Sprecher der Regierung ernannt.

Die Partei Forum Démocratique pour le Travail et les Libertés (FDTL; Demokratisches Forum für Arbeit und Freiheiten) oder in der gebräuchlichen Kurzform auch Ettakatol (Forum) genannt, 1994 von Mustapha Ben Jaafar gegründet, war eine der wenigen tatsächlichen Oppositionsparteien unter dem Ben-Ali-Regime. Die Partei, ursprünglich sozialistischen Positionen verpflichtet, definiert sich als sozialdemokratische Partei, die u. a. Mitglied in der 2013 gegründeten Progressiven Allianz, einem internationalen Zusammenschluss sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien, ist. Ziele der Partei sind der Kampf gegen soziale Ungleichheit und die Umsetzung einer sozial gerechten Wirtschaftspolitik. Nach dem Machtwechsel 2011 befürwortete Parteiführer Ben Jaafar einen Dialog mit den Islamisten Ennahdas und die Partei trat folgerichtig im Dezember 2011 in die Ennahda-geführte Koalitionsregierung ein; Mustapha Ben Jafaar wurde im Gegenzug mit den Stimmen Ennahdas zum Präsidenten der Verfassunggebenden Versammlung gewählt. Durch die Konzessionen gegenüber Ennahda verlor die Partei FDTL allerdings viele ihrer Mitglieder und Anhänger, die als Säkulare eine Zusammenarbeit mit den Islamisten kategorisch ablehnten. Auch die FDTL-Wähler fühlten sich von der Partei verraten und straften sie bei den Legislativwahlen von 2014 ab. Die Partei ist seitdem nicht mehr im Parlament vertreten und macht auch durch keinerlei breiter mediatisierte Aktivitäten mehr auf sich aufmerksam. Mustapha Ben Jaafar spielte jedoch im verfassunggebenden Prozess eine konstruktive und integrative Rolle als Präsident der Verfassunggebenden Versammlung; u. a. ist ihm zu verdanken, dass die Verfassung im Januar 2014 endlich verabschiedet werden konnte.

Die 2012 gegründete Partei Al-Massar, eigentlich al-Massar al-dimuqrati al-ijtimai (Demokratischer und sozialer Weg), ist aus einer Fusion von ehemals kommunistischen Parteien hervorgegangen, darunter die traditionsreiche, gewerkschaftsnahe Kommunistische Partei Tunesiens, die 1963 verboten wurde und nach ihrer Wiederbegründung im April 1993 als Mouvement Ettajdid (Bewegung der Erneuerung) im September 1993 legalisiert wurde. Der Mouvement Ettajdid revidierte in den 1990er Jahren seine ideologischen Grund-

lagen und verstand sich seither als Linkspartei, deren zentrale Ziele soziale Gerechtigkeit und soziale Marktwirtschaft sind. Die Partei Al-Massar vertritt diese Linie und lehnt folglich einen neoliberalen Wirtschaftskurs ab. Al-Massar erhielt im 2014 gewählten Parlament nur einen Sitz; dennoch trifft sie mit ihren Positionen einer säkularen, gemäßigt linken Partei, die für eine soziale Komponente der Politik steht, den „Nerv" breiterer gesellschaftlicher Kreise, auch wenn sich dies nicht in Wählerstimmen niederschlug. Al-Massar beschloss, die Regierung der nationalen Einheit von Regierungschef Chahed „kritisch" zu unterstützen, und erhielt einen Ministerposten zugesprochen. Al-Massar-Generalsekretär Samir Taieb übernahm das Landwirtschaftsministerium; er hat weiterhin den Parteivorsitz inne.

Die Partei Alliance Démocratique (Demokratische Allianz) unter Generalsekretär Mohamed Ben Mabrouk Hamdi ist eine sozial ausgerichtete Kleinstpartei, die im November 2012 gegründet wurde. Die Partei beteiligt sich an der seit August 2016 amtierenden Regierung der nationalen Einheit mit einem beigeordneten Minister[30] und verfügt über einen Sitz im Parlament. Entstanden ist die Partei aus einer Abspaltung von Mitgliedern des ehemaligen Parti Démocrate et Progressiste und des Parti de la Réforme et du Développement (Partei für Reform und Entwicklung). Die Partei Alliance Démocratique versucht seither, einen säkularen, demokratischen dritten Block zu bilden, der eine Alternative zu Nida Tounes und der islamistischen Ennahda sein will. Diesen Anspruch konnte die Partei bislang allerdings nicht erfüllen.[31]

Der Gewerkschaftsverband UGTT stand traditionell den Parteien des linken Lagers auch nach 2011 nahe. Die UGTT verfügt über großes politisches Gewicht und ist breit und tief in der tunesischen Gesellschaft verankert.[32] Trotz der ideologischen Nähe zum linken Lager finden sich allerdings auch UGTT-Mitglieder, die in anderen Parteien politisch engagiert sind.

Bei der im Frühjahr 2016 als Abspaltung von Nida Tounes neu gegründeten Partei Machrou Tounes (Mouvement Projet Tunisie; Bewegung Projekt Tunesien),[33] mit 20 Abgeordneten drittstärkste Kraft im Parlament (Stand: Ende Dezember 2016), ist noch unklar, in welchem politischen Lager sie sich verorten wird; klar ist nur ihr antiislamistischer Kurs. Während ihr einerseits zugeschrieben wird, eine reine

Kopie der moderat-konservativen Partei Nida Tounes zu sein und sie ideologisch dem Lager der Modernisten und Liberalen zugeordnet wird, bescheinigen ihr andere ein potentiell sozialdemokratisches Profil, insbesondere weil Parteigründer Mohsen Marzouk in seiner Studentenzeit in linken Organisationen engagiert war. Mohsen Marzouk entwickelte sich mittlerweile zu einem der professionellsten und ehrgeizigsten Berufspolitiker Tunesiens. Die Parteiführung gab deutlich zu verstehen, dass sie in keine Koalitionsregierung mit der islamistischen Ennahda einwilligen wird; Machrou Tounes ist somit nicht an der „Regierung der nationalen Einheit" beteiligt, sie sagte aber Regierungschef Chahed ihre (kritische) Unterstützung zu. Seit Herbst 2016 bereitet sich Machrou Tounes intensiv auf die Kommunalwahlen 2017 vor und baut gezielt die Parteipräsenz in allen Landesteilen auf lokaler Ebene aus. Gleichzeitig engagiert sich Mohsen Marzouk, um eine neue republikanische Front zu formieren, die den Islamisten (Ennahda) Paroli bieten kann.[34]

3.5. Extremlinke

Zentraler Akteur der extremen Linken ist der Parteienzusammenschluss Front Populaire (Volksfront). Der Front Populaire setzt sich aus acht Kleinstparteien zusammen, die mehrheitlich auf eine lange Tradition als Oppositionsparteien während der Präsidentschaft Ben Alis zurückblicken können. Die gemeinsame Plattform wurde 2012 gegründet, um der Linken mehr Gewicht zu verleihen. Unter den Mitgliedsparteien befinden sich vor allem ehemalige Kommunisten und arabische Nationalisten sowie Baathisten. Als Sprecher des Front Populaire wurde Hamma Hammami gewählt. Hammami hatte 1986 die während des Ben-Ali-Regimes verbotene kommunistische Arbeiterpartei (Parti Ouvrier Communiste Tunisien; POCT) gegründet. 2011 wurde die Partei unter dem Namen Parti des Travailleurs (Arbeiterpartei) legalisiert und gewann bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung drei Sitze.

Durch die konsequente Opposition gegen Ennahda gewann der Front Populaire zunehmend an politischem Gewicht, machte seine Mitglieder aber auch zur Zielscheibe für gewaltbereite Islamisten. Die Ermordung der linken Politiker Chokri Belaid und Mohamed Brahmi 2013 erhöhte indirekt auch die Popularität des Front Populaire, der aus den Parlamentswahlen von 2014 mit 15 Sitzen gestärkt hervorging. Das Parteienbündnis ist links bis extrem links

verortet und fordert einen säkularen Staat, in dem staatliche Regulierung ein sozialgerechtes Wirtschaftswachstum garantieren soll. Der Front Populaire positioniert sich gegen die Rückkehr der Diktatur und gegen eine neoliberale Wirtschaftspolitik. Kritiker werfen dem Front Populaire vor, eine grundsätzliche Antihaltung zu kultivieren und sich vor der Regierungsverantwortung zu drücken.

Einen Teil der Mitte- und Linksparteien verbindet eine prägende Erfahrung aus dem Jahr 2005: Der Hungerstreik vom 18. Oktober 2005 gegen die repressive Politik des Ben-Ali-Regimes brachte viele Oppositionsakteure zusammen, die heute u. a. in Parteien wie dem Parti des Travailleurs, Al-Joumhouri, Al-Massar und sogar Ennahda aktiv sind. Viele der damaligen linken Aktivisten finden sich seit 2011 in den Reihen des Parti des Patriotes Démocrates Unifiés (PPDU; Partei der vereinigten patriotischen Demokraten) und in anderen Mitgliedsparteien des Front Populaire.

Während 2005 der gemeinsame Feind der extremlinken Oppositionellen das Ben-Ali-Regime war, so verbindet seit 2011 die Mitgliedsparteien des Front Populaire ihre Ablehnung der Islamisten. Ennahda wird als der größte Gegner betrachtet, insbesondere seit den beiden politischen Morden an Linkspolitikern von 2013, die Ennahda als Anstifter indirekt angelastet werden. Eine weitere Besonderheit des Front Populaire ist auch die Mitgliedschaft einer der Baath-Ideologie verschriebenen Partei, die eigentlich linke Ideologien ablehnt.[35] Aber die gemeinsame Ablehnung der Islamisten bzw. Ennahdas wiegt stärker als diese Divergenzen.

3.6. Arabischer Nationalismus und Panarabismus

Neben den Linksparteien des Front Populaire existieren auch einige Kleinstparteien, die in der Tradition des arabischen Nationalismus, Panarabismus und des arabischen Sozialismus der 1960er und 1970er Jahre stehen. Zu diesem Parteienspektrum zählt vor allem der im Parlament mit drei Abgeordneten vertretene Courant Démocratique (Demokratische Strömung) um Ghazi Chouachi und Mohamed Abbou, ehemaliger Minister der Regierung Hamadi Jebali (Dezember 2011 bis März 2013) und ehemaliges Mitglied der Partei Congrès pour la République. Ziel dieses „arabischen Nationalismus" ist ein panarabischer Föderalstaat, in dem die von Diktaturen befreiten arabischen Staaten vereinigt werden sollen. Doch die

Mehrheit der Kleinstparteien, die sich zu dieser Strömung zählen, hat sich entweder dem Front Populaire angeschlossen oder zählt zur außerparlamentarischen Opposition, deren Präsenz und Wirkung zu vernachlässigen ist. Eigenständige Schlagkraft können diese Kleinstparteien nicht entwickeln.

4. Aktuelle Debatten der Parteien

Zu den meistdiskutierten Themen zählen die Wirtschaftskrise und die Verschuldung, die sozioökonomischen Probleme, die Ungleichheit der Regionen, Terrorismus und Sicherheitsfragen, das künftige Entwicklungsmodell, aber auch Fragen des Bildungssystems und der zunehmenden Gewalt gegen Frauen. Themen wie Übergangsjustiz und Reintegration der alten Regimevertreter traten gegenüber den Jahren 2014/2015 im Jahr 2016 etwas in den Hintergrund. Das Interesse an Fragen der Religion und Identität ist verglichen mit der Zeit der Troika-Regierungen (Dezember 2011 bis Januar 2014) ebenfalls leicht zurückgegangen, weil sich die wirtschaftlichen Probleme Tunesiens kumulierten und in den Vordergrund schoben.

Wirtschaft und Soziales

Eine zentrale Frage ist, ob Tunesien den Forderungen des Internationalen Währungsfonds nachgeben soll. Neue finanzielle Abhängigkeiten werden insbesondere von den Parteien des linken und extremlinken Spektrums befürchtet, die auch misstrauisch hinsichtlich des Nutzens des Freihandelsabkommens mit der Europäischen Union (derzeit in Verhandlung) für tunesische Unternehmen sind. Aspekte wie die Ungerechtigkeit des Steuersystems, Korruption oder das Problem des informellen Sektors werden von allen Parteien aufgeworfen; konkrete Lösungsangebote erfolgen hingegen nicht. Ähnlich ist es mit der zentralen Frage, für welches Entwicklungsmodell Tunesien sich entscheiden soll, um aus der aktuellen Krise herauszukommen und um sich in mittel- und langfristiger Perspektive auf dem Weltmarkt behaupten zu können. Auch hier fehlen konkrete innovative Vorschläge. Durchgesetzt hat sich mittlerweile die Einsicht, dass das Bildungssystem reformbedürftig ist und eine Reform dringend notwendig ist, um insbesondere die Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen höherer Bildungseinrichtungen zu verbessern.

Sicherheit, Radikalisierung

Die an der Regierung der nationalen Einheit beteiligten Parteien vertreten den Ansatz, Sicherheit ist die prioritäre Voraussetzung für die Fortsetzung der politischen und wirtschaftlichen Transformation. Um die Sicherheit der Bürger garantieren zu können, sollen demnach Sicherheitskräfte, Armee und Polizei eine Null-Toleranz-Strategie anwenden. Große Teile der tunesischen Bevölkerung sind schockiert darüber, dass so viele in Syrien aktive Jihadisten aus Tunesien kommen.[36] Die Parteien diskutieren mögliche Ursachen der Radikalisierung der jungen Menschen und potentielle Gegenmaßnahmen. Der Umgang mit rückkehrenden Jihadisten spaltet seit Herbst 2016 die Parteien und die Gesellschaft zunehmend. Sorgen bestehen auch weiterhin gegenüber unkontrollierbaren Auswirkungen des Libyen-Konflikts auf Tunesien.[37]

Neutralität des Militärs

Ob Militärangehörige und Polizisten wählen dürfen oder nicht, ist eine Frage, die seit Anfang des Jahres 2016 die Debatten der Parteien im Parlament zum Wahlgesetzentwurf für die Kommunalwahlen bestimmt. Sowohl bei der islamistischen Ennahda als auch bei den säkularen Parteien überwiegt die Ansicht, das Militär solle auf jeden Fall „neutral" bleiben; dazu gehöre, dass die Militärangehörigen von Wahlen ausgeschlossen sind.[38]

Verfassungsreform

Das semi-präsidentielle System, das mit der Verfassung von 2014 eingeführt wurde, tendiert unter Staatspräsident Béji Caid Essebsi in Richtung eines starken Präsidialsystems, in dem zum einen der Staatspräsident direkt Einfluss auf den Regierungschef nimmt, der wie im klassischen Präsidialsystem unter dem Regime Habib Bourguibas und Ben Alis zum „Ersten Minister" (Premierminister) reduziert wird; zum anderen werden die Rechte des Parlaments beschnitten, das eigentlich die Regierung kontrollieren sollte. Das Thema einer potentiellen Verfassungsreform kehrt deswegen des Öfteren wieder. Hier stehen diejenigen, die wie insbesondere Nida Tounes oder Al-Moubadara ein Präsidialsystem wollen, denen gegenüber, die ein starkes Parlament befürworten wie Ennahda, Machrou Tounes und die linken Parteien.

Bedeutung des Erbes von Habib Bourguiba

Die Verehrung für den „Landesvater" Habib Bourguiba ist weit verbreitet und parteiübergreifend. Ausnahmen bilden die extremlinken Parteien und Ennahda bzw. generell die Islamisten. Die Debatte um die Wiederaufstellung einer Bourguiba-Statue im Mai 2016 an der Avenue Bourguiba in Tunis wurde folglich ausführlich und intensiv geführt. Die Initiative ging von Staatspräsident Béji Caid Essebsi aus, der sich auch durchsetzte. Die „Rückwärtsgewandtheit" derjenigen, die ein säkulares, liberales, modernes Tunesien wollen, ist omnipräsent. Sie suchen in der tunesischen Geschichte nach Erklärungen und Lösungen für die gegenwärtigen Probleme. Begriffe wie Modernismus, Reformismus und Progressismus werden inflationär gebraucht, ohne dass sie allerdings für den heutigen Kontext neu definiert werden. Viele Parteien bezeichnen sich selbst als Modernisten, Reformisten oder Progressisten, auch wenn sie de facto konservative, nationalistische Werte vertreten und zahlreiche alte Regimevertreter in ihren Reihen haben.

Trennung von Staat und Religion

Die Trennung von Staat und Religion bleibt ein für alle Parteien anhaltend brisantes Thema; es ist jedoch angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und sozialen Spannungen in den Hintergrund getreten.[39] Anlässlich des Parteikongresses von Ennahda im Mai 2016, die vorgibt, eine fundamentale Wendung der Parteiausrichtung vorgenommen und dem Prinzip der Trennung von Religion und Politik zugestimmt zu haben, wird in den anderen Parteien und der Zivilgesellschaft darüber spekuliert, wie ernst diese Wende zu nehmen sei. Die Mehrheit der säkularen Parteien reagierte skeptisch, zumal den Ankündigungen von Ennahda bislang keine konkreten Maßnahmen folgten und die Ennahda-Führungsspitze deutlich zu verstehen gab, dass Ennahda keine säkulare Partei werde, sondern es sich lediglich um eine funktionale Trennung der Aufgabenbereiche handele.

Gewalt gegen Frauen

Tunesien war nach Verabschiedung des fortschrittlichen Personalstatuts vom August 1956 Vorreiter für Frauengleichberechtigung in den arabisch-islamisch geprägten Staaten. Die seit 2013 andau-

ernde Debatte[40] zum Gesetzentwurf, der Gewalt gegen Frauen (vor allem häusliche Gewalt) stärker bestrafen soll, zeigt, dass bei diesem Thema die Konfliktlinien weniger zwischen den Islamisten und den Säkularen verlaufen, sondern eher zwischen den Geschlechtern: Während insbesondere Männer der älteren Generation das Gesetz für wenig prioritär halten, sind weibliche Abgeordnete aus den unterschiedlichsten Parteien inklusive Ennahda deutlich anderer Ansicht.

Übergangsjustiz, Reintegration von Funktionsträgern des Ben-Ali-Regimes, Gesetz zur wirtschaftlichen Aussöhnung

Die Frage nach der Reintegration von Vertretern des alten Regimes in die seit 2011 erneuerten Institutionen ist 2016 weitgehend in den Hintergrund getreten.[41] Nur manche Ennahda-Mitglieder oder Vertreter aus dem Lager der extremen Linken hadern damit, dass die Repression, Zensur, Überwachung oder Folter, die sie unter dem alten System erleiden mussten, so schnell vergessen sein soll und belastete Personen inzwischen wieder Teil der politischen Klasse und des neuen Systems wurden, ohne konsequent zur Rechenschaft gezogen worden zu sein. Die ehemaligen Mitglieder der Regierungspartei RCD sind wiederum nur zu einer halbherzigen Selbstkritik bereit. Ein Teil scheint es zwar mit der Selbstkritik ernst zu meinen, wie die in der Partei Al-Moubadara versammelten ehemaligen Funktionsträger, ein anderer Teil vertritt aber eher die Position, dass vor 2011 unter dem RCD alles besser gewesen sei als heute; Hauptvertreter dieser Ansicht ist der Parti Déstourien Libre. Als positive Aspekte der Ben-Ali-Zeit werden z. B. genannt: innere Sicherheit, politische Stabilität, Frauenrechte, sozialer Frieden, ein weitgehend funktionierendes Bildungs- und Gesundheitssystem, eine relativ intakte Infrastruktur, stabile Wirtschaftswachstumsraten (durchschnittlich fünf Prozent pro Jahr), kein Terrorismus, Respekt vor dem Staat und den staatlichen Institutionen sowie eine ausgewogene moderate Außenpolitik. Zu den eingestandenen negativen Phänomenen der Ben-Ali-Ära werden gezählt: das Demokratiedefizit (auch innerhalb der Regierungspartei RCD), die Korruption (die aber seit 2011 noch viel schlimmer geworden sei) und der mangelnde Respekt der Menschenrechte (sowohl zivile, politische, rechtliche als auch der wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte).

In der politischen Debatte um das Gesetz zur wirtschaftlichen Aussöhnung wurde deshalb viel Skepsis artikuliert,[42] denn das Gesetz

würde mehr oder weniger diejenigen Beamten und Geschäftsleute amnestieren, die sich unter Ben Ali illegal bereichert haben, wenn diese ihre Taten bereuen und die im Gesetz fixierten Strafen akzeptieren. Damit werde, so die Gegner des Gesetzes, die Übergangsjustiz konterkariert. Die am 24. Dezember 2013 mit Organgesetz Nr. 2013-53 gegründete Instanz für Wahrheit und Gerechtigkeit ist deshalb strikt gegen den Gesetzentwurf.[43] Die Skepsis legte sich inzwischen angesichts anderer dringender Probleme deutlich, und es ist davon auszugehen, dass das Gesetz mit kleineren Abänderungen ohne größeren Widerstand verabschiedet wird. Die Instanz für Wahrheit und Würde[44] soll die Menschenrechtsverletzungen nicht nur während der Ben-Ali-Ära von 1987 bis 2011, sondern auch seit der Unabhängigkeit Tunesiens 1956 aufarbeiten. Sie nahm Ende 2014 ihre Arbeit auf und führt seit 18. November 2016 die ersten öffentlichen Anhörungen von Betroffenen durch. Die Kontroverse über die Instanz hält an. Ähnlich anhaltend ist die Kontroverse über die Instanz zur Bekämpfung von Korruption (Instance Nationale de Lutte contre la Corruption); tunesische Kritiker der Instanz, darunter die Linksparteien, bezweifeln, dass sie wirklich durchsetzungsfähig ist.

5. Herausforderungen der Parteien

Fragmentierung der Parteienlandschaft und „Parteientourismus"

Die starke Fragmentierung der Parteienlandschaft, die sich in der großen Zahl an Parteien ausdrückt, von denen die Mehrzahl Kleinstparteien sind, überfordert auch die potentiellen Wähler. Viele Bürger kennen weder die meisten Parteien noch deren Kandidaten. Dieser Sachverhalt wirkt sich für die islamistische Partei Ennahda positiv aus, weil sie als eine der wenigen Parteien im ganzen Land präsent und damit auch bekannt ist. Von den kleinen Parteien gelang es bei den Legislativwahlen 2014 deshalb nur einigen wenigen, ins Parlament einzuziehen, auch wenn das Gros nur einen, zwei oder drei Sitze gewann; politisches Gewicht haben sie im Parlament nicht.

Unter den 206 zugelassenen Parteien ist das Phänomen der sogenannten Ein-Mann-Parteien anzutreffen, das zur weiteren Zersplitterung der Parteienlandschaft führt. Zahlreiche auch nur halbwegs erfolgreiche Politiker und ehemalige Minister oder Unternehmer, die

etwas auf sich halten, gründen aus eher persönlichen Motiven eine eigene Partei, meist zusammen mit einer Handvoll Freunden und Unterstützern. Diese Parteien sind vor allem auf eine Person zugeschnitten und haben in der Regel weder ein umfassendes Gesellschaftsprojekt noch politisches Gewicht.

Angesichts der großen Zahl kleiner Parteien wird über die Einführung einer Drei-Prozent-Klausel für die nächsten Legislativwahlen (2019) nachgedacht. Bis dahin könnten allerdings noch weitere Parteien hinzugekommen sein. So denkt der ehemalige Regierungschef Mehdi Jomaa (Januar 2014 bis Dezember 2014) darüber nach, eine neue Partei zu gründen, die aus dem 2016 von ihm ins Leben gerufenen Think Tank „Tunisie Alternatives" (Alternativen für Tunesien) hervorgehen soll. Konkretere Informationen zum Programm und zur inhaltlichen Ausrichtung wurden noch nicht bekannt gegeben. Tunesische Analysten gehen davon aus, dass Mehdi Jomaa bei den nächsten Präsidentschaftswahlen antreten möchte. Vage Pläne zur Neugründung einer Partei äußerte im Sommer/Herbst 2016 auch Ahmed Néjib Chebbi, der ehemalige Präsident der Partei Al-Joumhouri, gegenüber den Medien. Aber auch Mondher Zenaidi, ein ehemaliger Minister des Ben-Ali-Regimes und „Destourianer", will sich politisch stärker einbringen und die Kompetenzen und Kapazitäten der ehemaligen Mitglieder der Destour-Jugend- und Studentenorganisation bündeln.[45]

Ein weiteres Phänomen ist der „Parteientourismus", d. h. das häufige Wechseln von Abgeordneten, prominenten Parteimitgliedern und Funktionären zwischen Parteien; wenn es sich hierbei um Abgeordnete handelt, die einen Parteiwechsel vollziehen, verändert sich jeweils die Zusammensetzung der parlamentarischen Fraktionen (in Tunesien „Blöcke" genannt). Die häufigen Parteiaustritte und Parteiwechsel werden in den tunesischen Medien ausgiebig kommentiert. In den meisten Parteien herrscht durch den Parteientourismus – eine Ausnahme ist die islamistische Partei Ennahda – anhaltende Unruhe.

Internes Demokratiedefizit und verzerrtes Parteienverständnis

Nahezu alle Parteien leiden unter einem Defizit parteiinterner Demokratie. Auch wenn die Parteien laut Parteiengesetz dazu verpflichtet sind, werden Statute und Finanzberichte nur sehr selten

bzw. gar nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Teilweise finden keine internen Wahlen statt; Parteivorstände werden nur vom Parteigründer oder Parteiführer ernannt; die Ernennung von Mitgliedern der Führungsinstanzen und Wahlkongresse wurden von vielen Parteien zudem immer wieder verschoben. Auch über die Repräsentation von Frauen und Jüngeren wird von den meisten Parteien keine Angabe gemacht. Mitgliederkarteien werden kaum geführt und Mitgliedsbeiträge nicht konsequent erhoben.

Das interne Demokratiedefizit führt immer wieder zu schweren Krisen innerhalb der Parteien und zu internen Konflikten, wie das Beispiel Nida Tounes und die „Affäre" wegen der Machtambitionen von Hafedh Caid Essebsi, Sohn des Parteigründers und Staatspräsidenten Béji Caid Essebsi, zeigt. Hafedh Caid Essebsi, der 2015 selbst den Posten des Generalsekretärs der Partei anstrebte, zu dem allerdings im Mai 2015 Mohsen Marzouk gewählt worden war, löste mit seiner Unterstützerfraktion einen internen Konflikt aus, der schließlich zum Rücktritt von Generalsekretär Mohsen Marzouk, seinem nachfolgenden Austritt aus Nida Tounes und zur Gründung einer neuen Partei, Machrou Tounes, führte. Die interne Spaltung von Nida Tounes in eine Fraktion, die Hafedh Caid Essebsi unterstützt, und eine gegnerische Fraktion setzte sich auch nach dem Parteiaustritt von Mohsen Marzouk und seiner Fraktion fort. Das innerparteiliche Problem von Nida Tounes ist weiterhin ungelöst (Stand: Ende Dezember 2016). Viele Mitglieder von Nida Tounes fordern deshalb seit Monaten einen Wahlkongress der Partei, der die Parteiführung legitimieren soll. Staatspräsident Béji Caid Essebsi hält sich trotz zahlreicher Aufrufe, den Konflikt zu lösen, aus der „Affäre" um seinen Sohn heraus und riskiert damit die Implosion der Partei Nida Tounes.[46] Die Parteikrise von Nida Tounes trug erheblich zur gegenwärtigen politischen Instabilität Tunesiens bei.

Viele Mitglieder, aber auch Funktionäre kleinerer Parteien verstehen Parteien eher als einen zivilgesellschaftlichen Verein. Die mögliche Übernahme von Regierungsverantwortung und die Notwendigkeit der inhaltlichen Vorbereitung darauf spielen häufig keine Rolle. Parteien werden nur selten als Interessenvertreter der Bevölkerung oder als Instrument politischer Meinungsbildung verstanden, sondern stellen ein Mittel dar, um persönliche Interessen und ideologische Vorstellungen durchzusetzen und um auf der politischen Bühne mitzuspielen.

Politikverdrossenheit

Angesichts der Wirtschaftskrise, der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit (15 Prozent allgemeine Arbeitslosigkeit; 30 bis 40 Prozent Jugendarbeitslosigkeit), der Verschlechterung der sozialen Lebensumstände und der Kaufkraft sowie des Nichteinhaltens von Wahlversprechen verloren viele Wähler nach dem politischen Neuanfang von 2011 das Vertrauen in die Parteien und die Politik insgesamt. Insbesondere der Bruch des Wahlversprechens von Nida-Tounes-Präsident Béji Caid Essebsi vor den Legislativ- und Präsidentschaftswahlen 2014, keine Koalition mit Ennahda einzugehen, wirkte sich negativ auf die Wähler aus.

Das Bild der Parteien leidet allerdings auch unter der Tendenz der Parteien, sich mehr mit Personalfragen als mit programmatischen und politischen Inhalten zu beschäftigen. Dazu tragen die Art der Medienberichterstattung und der häufige Regierungswechsel bei. Die von Youssef Chahed seit August 2016 geführte Regierung ist bereits die siebte Regierung Tunesiens seit dem Machtwechsel 2011. Hierin liegt auch eine Ursache für die geringe Wahlbeteiligung. In der Bevölkerung haben sich Gleichgültigkeit und Desinteresse gegenüber den immer wieder neu berufenen Regierungen entwickelt, von denen keine Lösung der zentralen Probleme mehr erwartet wird. Nur wenige jüngere Abgeordnete (wie z. B. Myriem Boujbel von Machrou Tounes) und auch das neue, verjüngte Regierungsteam um den bei Amtsantritt erst 41 Jahre alten Regierungschef Youssef Chahed versuchen, dem schlechten Image der Politiker gezielt entgegenzuwirken und durch Professionalität, Transparenz und Kompetenz zu überzeugen.

Politische Gewalt

2013 war ein dunkles Jahr, vor allem für die tunesische Linke. Die politischen Morde an Chokri Belaid (6. Februar 2013) und Mohamed Brahmi (25. Juli 2013) traumatisierten die im Front Populaire zusammengeschlossenen Parteien und wirken bis heute nach. Nach den politischen Morden, ein neues Phänomen in Tunesien, kam es zur bislang schwersten innenpolitischen Krise seit dem Machtwechsel 2011, als sich Vertreter der säkularen Zivilgesellschaft, der Gewerkschaftsverband UGTT und der Unternehmerverband UTICA an die Spitze der Proteste gegen die Ennahda-geführte Koalitionsregie-

rung und deren duldsame Politik gegenüber Gewalt propagierenden islamistischen Gruppen und Persönlichkeiten setzten. Die Proteste erzwangen einen „Fahrplan" für die Verabschiedung der neuen Verfassung, den Rücktritt der Troika-Regierung und die Einsetzung einer parteilosen Technokratenregierung bis Januar/Februar 2014.[47] Bis heute wurden die Morde jedoch nicht aufgeklärt, Beweismaterial wurde vertuscht und nicht öffentlich gemacht. Die Morde werden mit gewaltbereiten Tätern aus dem Ennahda-Umfeld in Verbindung gebracht.

Kapazitäten der Parteien und Parteienfinanzierung

Mit Ausnahme der größeren Parteien wie Ennahda oder Nida Tounes, Al-Irada/CPR und einiger Linksparteien verfügen die meisten Parteien über keine flächendeckende Präsenz auf regionaler und lokaler Ebene. Dies ist nicht nur auf fehlende finanzielle Mittel, sondern auch auf fehlende politische Kommunikationskompetenz und logistische Kapazitäten zurückzuführen; so haben viele Parteien z. B. keine Büros für lokale Parteimitglieder, Parlamentsabgeordnete haben keinen Mitarbeiterstab und keine digitale Unterstützung; im Parlament selbst fehlt ein wissenschaftlicher Dienst.[48] Manche Parteizentralen sind in den Privaträumen des Parteigründers angesiedelt. Da die Parteien keine staatliche Grundfinanzierung erhalten (mit Ausnahme der finanziellen Hilfen für die Wahlkampagnen), Mitgliedsbeiträge minimal sind und nicht systematisch eingefordert werden, hängen die Parteien wesentlich von individuellen Geldgebern und Spendern ab. Geldspenden aus dem Ausland sind zwar laut Parteiengesetz verboten, finden aber auf indirektem Wege dennoch statt. Auch stehen einige Besitzer und Finanziers von Fernsehsendern einzelnen Parteien nahe und verschaffen diesen dadurch Vorteile bei der öffentlichen Wahrnehmung.

Feminisierung und Verjüngung

Die Einführung des Paritätsprinzips im Parteiengesetz führte dazu, dass auf den Kandidatenlisten der Parteien die Anzahl von Frauen erheblich gestiegen ist. Auch im Parlament erhöhte sich der Anteil der weiblichen Abgeordneten; bei den Legislativwahlen 2014 wurden 68 Frauen gewählt; dies entspricht einem Anteil von 31,3 Prozent der 217 Abgeordneten. Innerhalb der Parteien sind Frauen vielfach aktiv und gut vertreten, auch oft in verantwortungsvolle-

ren Positionen (z. B. bei Ennahda); die Führungs-/Entscheidungsgremien bleiben allerdings von männlichen Politikern dominiert. Nur selten ist eine Frau Generalsekretärin, Parteisprecherin oder Präsidentschaftskandidatin. Keine der 206 Parteien wurde von einer Frau gegründet. Lediglich die Partei Al-Joumhouri wählte 2012 eine Frau als Generalsekretärin, Maya Jribi; der Parti Déstourien Libre wählte nach dem altersbedingten (freiwilligen) Rücktritt des Parteigründers Hamid Karoui ebenfalls eine Frau an die Spitze der Partei, Generalsekretärin Abir Moussi.

Als Fortschritt ist im Zusammenhang mit der neuen Regierung vom August 2016 zu vermerken, dass erstmals ein Schlüsselministerium (Finanzen) an eine Frau (Lamia Zribi) vergeben wurde. Eine Frauenquote für hohe Partei- oder Ministerämter ist umstritten, da sie von einem Teil der tunesischen Politikerinnen als Positivdiskriminierung empfunden wird; stattdessen fordern viele eine Ämtervergabe nach Kompetenzkriterien. Bei der Präsidentschaftswahl 2014 war die Richterin Kalthoum Kannou[49] die einzige weibliche Kandidatin unter 27 Kandidaten, erhielt aber nur 0,56 Prozent der Stimmen.

Frauen sind hingegen weiterhin stark in zivilgesellschaftlichen Organisationen vertreten und versuchen, mit ihren Vorschlägen Gesetzesinitiativen zu beeinflussen, insbesondere wenn es um Fragen der Parität und Frauenrechte geht. So engagieren sich renommierte Frauenrechtlerinnen seit 2013 für ein Gesetz, das Gewalt gegen Frauen unter Strafe stellt. Seit Juli 2016 liegt der Gesetzentwurf des Ministeriums für Frauen und Familie dem Parlament vor, ohne dass es darüber bislang eine Abstimmung gab. Die Frauenrechtlerinnen sind über die Verzögerung, aber auch vom Inhalt der Gesetzesvorlage, die ihren Erwartungen nicht entspricht, enttäuscht.[50]

Was die Präsenz der „jüngeren Generation" in den Parteien angeht, so gestaltet sich diese von Partei zu Partei sehr unterschiedlich. Auffällig ist jedoch, dass sich gegenwärtig ein Generationenwechsel vollzieht und die Präsenz der 30- bis 50-Jährigen in verantwortungsvollen Positionen (in Parteien, Regierung, Ministerien) gestiegen ist. Die unter 30-Jährigen wiederum sind eher in parteinahen Studentengruppen oder in parteilichen Arbeitsgruppen und Sektionen aktiv, meist in der Hoffnung auf einen Karrierevorteil. Die große Mehrheit der 15- bis 24-Jährigen wendete sich hingegen auch nach 2011 nicht der parteipolitischen Arbeit zu und geht auch nicht zur Wahl.[51]

6. Die Krise von Nida Tounes und die Regierung der nationalen Einheit

6.1. Die Dauerkrise von Nida Tounes

Nida Tounes schien nach den Legislativ- und Präsidentschaftswahlen 2014 ein zentraler Pfeiler des demokratischen Transitionsprozesses werden zu können. Zwei Entwicklungen sind für die Krise der Partei verantwortlich, die seither bei den Wählern ihre Glaubwürdigkeit verlor. Die Entwicklungen, die Nida Tounes in die Krise stürzten, trugen auch dazu bei, das Bild der Parteien insgesamt in der Bevölkerung weiter zu verschlechtern und die Politikverdrossenheit sowie das Misstrauen gegenüber Parteien und Politikern zu verstärken. Abgesehen von dem öffentlich gewordenen internen Demokratiedefizit der Partei Nida Tounes lähmte vor allem das Personengerangel die Regierungsarbeit. Neben persönlichen Rivalitäten zwischen dem im Mai 2015 zum Generalsekretär gewählten Mohsen Marzouk und Hafedh Caid Essebsi, dem Sohn des Parteigründers und amtierenden Staatspräsidenten Béji Caid Essebsi, ziehen sich nach den Wahlen von 2014 auch inhaltliche Gräben durch die Partei, seit Parteigründer Béji Caid Essebsi im Alleingang beschloss, eine Regierungskoalition mit der islamistischen Ennahda-Partei einzugehen.[52] Viele Nida-Tounes-Parteimitglieder und Wähler empfanden dies als Verrat am Wahlversprechen und als Verstoß gegen ihre eigenen politischen Überzeugungen und Ziele. Während des konstitutiven Parteikongresses von Nida Tounes, der erst im Januar 2016 stattfand, trat Ennahda-Präsident Rachid Ghannouchi sogar als Gastredner auf. Viele Teilnehmer empfanden das als eine Provokation und Verhöhnung, da sie Nida Tounes explizit beigetreten waren, um einen Wahlsieg und eine Regierungsbeteiligung Ennahdas zu verhindern.

Andere Gründe für die Krise von Nida Tounes kommen hinzu: insbesondere Divergenzen über die Identität der Partei, ihr Bezugssystem und die interne Organisation.[53] So beklagen z. B. die Mitglieder aus den Regionen des Landesinnern eine mangelnde Repräsentation und zu geringe demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten.[54] Der ehemalige Direktor des Präsidentenkabinetts und führendes Nida-Tounes-Mitglied Ridha Belhadj trat im Juli 2016 zurück. Er kritisierte das von Staatspräsident Béji Caid Essebsi propagierte Projekt einer „Regierung der nationalen Einheit" und zählt zu den zen-

tralen Gegnern von Hafedh Caid Essebsi und dessen Ambition, die Parteiführung zu übernehmen. Unterstützt wird Belhadj seither von zahlreichen Nida-Tounes-Mitgliedern wie u. a. von Boujemaa Rmili, Khemais Ksila und Faouzi Maaouia, die im Juni 2016 die Absetzung Hafedh Caid Essebsis wegen mangelnder Kompetenz und Erfahrung forderten. Die parteiinternen Auseinandersetzungen um die Rolle von Hafedh Caid Essebsi in der Partei setzten sich unvermindert fort: Am 20. November 2016 organisierte sich der „Reformflügel" in einem Komitee für Reform und Rettung (Comité de réforme et du salut). Die Fraktion um Hafedh Caid Essebsi bezeichnete diesen Schritt als „Putsch" gegen die offiziellen Parteistrukturen.[55] Der Konflikt um die Parteiführung spaltet und schwächt Nida Tounes anhaltend; es ist nicht auszuschließen, dass es zu weiteren Abspaltungen oder Parteiaustritten kommt, die auch Abgeordnete und damit die Stärke der Parlamentsfraktion betreffen, die seit Januar 2016 bereits erheblich schwankte.

Nachdem Nida-Tounes-Generalsekretär Mohsen Marzouk sein Amt im Dezember 2015 niedergelegt hatte und aus der Partei ausgetreten war, kam es zu weiteren Demissionen von Parteiämtern und zu Parteiaustritten, auch von Abgeordneten. Im Januar 2016 traten 25 Abgeordnete von Nida Tounes aus der parlamentarischen Fraktion der Partei aus und gründeten eine eigene Fraktion, den Block Al-Horra; seither kam es zu mehrfachen Wechseln von Abgeordneten zwischen den beiden Fraktionen. Nida Tounes büßte durch diese Abspaltung ihre Mehrheit im Parlament ein.

Nach der Gründung der Partei Machrou Tounes durch Mohsen Marzouk im März 2016 und der Umbenennung des Block Al-Horra am 21. November 2016 in „Bloc Al-Horra du Mouvement Machrou Tounes" (Block der Freien der Bewegung Projekt Tunesien), womit die Fraktion offenkundig zur Fraktion der Partei Machrou Tounes wurde, ist Machrou Tounes mit 20 Sitzen drittstärkste Kraft im Parlament.

Nida Tounes konnte die im Januar 2016 eingebüßte Position als stärkste Kraft im Parlament bis Ende des Jahres 2016 nicht mehr wiedergewinnen (Stand Ende Dezember 2016: Ennahda 69, Nida Tounes 67, Block Al-Horra/Machrou Tounes 20 Sitze).

6.2. Die Regierung der nationalen Einheit unter Youssef Chahed

Um nach der Spaltung von Nida Tounes und der Ankündigung der Gründung von Machrou Tounes einem weiteren Auseinandertriften der Parteien und einem Auseinanderbrechen der Koalitionsregierung entgegenzuwirken, verfolgte Staatspräsident Béji Caid Essebsi bereits seit Frühjahr 2016 die Idee einer „Regierung der nationalen Einheit". Auch suchte er nach einem Ersatz für Regierungschef Habib Essid, dessen Regierungsbilanz als zu dürftig eingestuft wurde. Die Mehrheit der Parlamentsabgeordneten befürwortete einen Rücktritt von Regierungschef Essid, den dieser aber ablehnte. So kam es am 30. Juli 2016 zu einem Misstrauensantrag, der schließlich die Regierung Essid zu Fall brachte. Anschließend plädierte Ennahda für eine „politische Regierung" und gegen eine erneute Technokraten-Regierung. Ennahda begründete den Wunsch nach einer „politischen Regierung" damit, dass die Parteien in der Regierungsverantwortung dann bei den nächsten Wahlen zur Verantwortung gezogen werden könnten.

An der Regierung der nationalen Einheit sollten ursprünglich zehn Parteien und zwei Sozialpartner beteiligt sein. Es wurden schließlich sieben Parteien beteiligt. Durch die Berufung zweier Persönlichkeiten mit engen Beziehungen zum Gewerkschafsverband UGTT versuchte der Regierungschef indirekt den stärksten Gewerkschaftsverband Tunesiens an der Regierung zu beteiligen, dessen Führung eine direkte Beteiligung an der Regierung abgelehnt hatte.

Als der designierte Regierungschef Youssef Chahed am 20. August 2016 seine Regierung vorstellte, erhielt sie zunächst viel Lob und Anerkennung. Besonders positiv kommentiert wurde, dass Regierungschef Youssef Chahed in seiner Antrittsrede am 26. August 2016 eine schonungslose, ehrliche Analyse der aktuellen wirtschaftlichen, sozialen und sicherheitspolitischen Situation gab, aber auch einen neuen, proaktiven Regierungsstil ankündigte, und sein Regierungsteam zahlreiche jüngere Gesichter und Frauen in verantwortungsvollen Ministerien aufzuweisen hat wie z. B. Lamia Zeribi im Finanzministerium und Héla Cheikhrouhou im Energieministerium. In zentralen Ministerien wurde jedoch auf Kontinuität gesetzt: Die Minister für auswärtige Angelegenheiten (Khemaies Jhinaoui, unabhängig), Verteidigung (Farhat Horchani, unabhängig) und Inneres

(Hédi Majdoub, unabhängig) blieben im Amt (alle drei waren von Nida Tounes vorgeschlagen worden).

Die neue Konkurrenzpartei von Nida Tounes, Machrou Tounes, lehnte eine Beteiligung an der Regierung ab; sie schlug aber den Justizminister vor und nutzte ihre Position als dritte Kraft im Parlament, um Einfluss auf die Regierungsbildung auszuüben.

Kritiker der Regierung der nationalen Einheit heben hervor, dass Staatspräsident Béji Caid Essebsi die Opposition wie das linke Parteienbündnis Front Populaire oder die Partei Al-Irada/CPR nicht in den Dialog einbezogen habe und angesichts der Nicht-Beteiligung etlicher Parteien nicht von einer Regierung der nationalen Einheit gesprochen werden könne. Der Konsens, von dem der Staatspräsident spreche, sei nur eine Illusion. Er gebe vor, für alle Tunesier zu sprechen, de facto spreche er aber nur im Namen von Nida Tounes und schütze die Interessen seines Sohnes Hafedh.

Der Parteipräsident von Al-Irada/CPR, Moncef Marzouki, hatte im Vorfeld der Regierungsbildung den Rücktritt von Staatspräsident Béji Caid Essebsis gefordert.[56] Die Union Patriotique Libre (UPL) unterzeichnete zwar das „Abkommen von Karthago" (Accord de Carthage),[57] in dem sich mehrere Parteien, der Gewerkschaftsverband UGTT und der Unternehmerverband UTICA darauf verständigten, die neue Regierung zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme Tunesiens zu unterstützen, und die Verjüngung des Regierungsteams begrüßt. Letztendlich kam es aber zu keiner Einigung über ein Ministerium für die UPL (trotz verschiedener Vorschläge der UPL). Die von Youssef Chahed in enger Konsultation mit dem Staatspräsidenten vorgeschlagenen Minister wurden von der UPL kritisiert, weil sie aus Sicht der UPL weder inhaltlich kompetent seien noch über Rückhalt innerhalb ihrer eigenen Parteien verfügen würden. Die UPL warf der Regierung Chahed zudem vor, kein Projekt zu haben; es gehe nicht nur darum, Personen auszutauschen. Vielmehr sei ein neues Projekt gefordert. Doch trotz aller Kritik stimmte die UPL im Parlament für die neue Regierung, da sie ideologisch Nida Tounes nahesteht und sich die UPL nicht in einer Oppositionsrolle wie der Front Populaire sieht.

Der Front Populaire wiederum kritisiert, dass die Chahed-Regierung auch nur in der Kontinuität der sechs Vorgängerregierungen stehe

und die gleichen sozioökonomischen Ansätze verfolge, die nicht den aktuellen Bedürfnissen der Bevölkerung entsprächen. Die Regierung der nationalen Einheit sei durch ihre politische Zusammensetzung – wie die Vorgängerregierung von Regierungschef Essid – in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt; Nida Tounes und Ennahda hätten die zentralen Ministerposten untereinander aufgeteilt, während die anderen Parteien nur Dekor seien. Der Front Populaire ist nicht davon überzeugt, dass die Regierung Chahed Tunesien aus der Krise führen kann. Der Regierung der nationalen Einheit sei es nicht gelungen, alle Parteien für ein gemeinsames Programm oder ein gemeinsames Projekt zu versammeln. Der Front Populaire zweifelt an der Existenz eines konkreten Regierungsprogrammes und er stellt in Frage, ob mit den beiden Ministerposten für UGTT-nahestehende Persönlichkeiten eine wirkliche Beteiligung der UGTT erreicht worden sei. Auf die dringenden Fragen – soziale Krise, Niedergang und Abbau des öffentlichen Sektors, sinkende Kaufkraft – habe auch die Chahed-Regierung keine Antworten.[58]

Der demokratische Transitionsprozess in Tunesien ist folglich noch lange nicht abgeschlossen, auch wenn dies gerne behauptet wird. Die Regierung der nationalen Einheit kann auch als ein Versuch verstanden werden, eine Art Waffenstillstand zwischen den verschiedenen ideologischen Lagern und Parteien herzustellen, eine Pause, um sich den akuten Problemen des Landes, wie der Arbeitslosigkeit, der Finanz- und Schuldenkrise, den sozialen Problemen und der Wirtschaftskrise, widmen zu können. Staatspräsident Caid Essebsi und sein Umfeld haben sich hierbei auch an den Transformationsprozessen der osteuropäischen Staaten nach 1989 orientiert, wo es ebenfalls Regierungen der nationalen Einheit gab, um schwere Krisenzeiten zu überstehen. Regierungschef Chahed vermittelte den Eindruck, dass ein wirklicher politischer Wille vorhanden ist, die Dinge voranzubringen. Auch ist es gelungen, einen Großteil der politischen Klasse in die Regierung einzubinden.

Nur wenige Wochen nach Einsetzung der Regierung zeigte sich allerdings bereits, dass die Unterzeichner des „Abkommens von Karthago", die prinzipiell der neuen Regierung zustimmten, nicht unbedingt gewillt sind, jedwede Maßnahme der Regierung mitzutragen. Den Handlungsspielraum, den sich der Staatspräsident für die Regierung der nationalen Einheit erhoffte, hat diese nicht erhalten; die Vorwürfe der Ziel-, Projekt- und Programmlosigkeit meh-

ren sich und der Konflikt mit dem Gewerkschaftsverband UGTT um Lohnerhöhungen und eine gerechtere Verteilung der Lasten (wie sie die UGTT fordert, u. a. durch mehr Steuergerechtigkeit) war Ende Dezember 2016 von einer Lösung weit entfernt.[59]

7. Perspektiven

Im Laufe des Jahres 2017 stehen verschiedene Ereignisse an, die Hinweise auf die weitere Entwicklung des demokratischen Transitionsprozesses in Tunesien erlauben werden.

Wenn das Parlament über das Wahlgesetz abgestimmt hat, steht den Vorbereitungen für die Kommunal- und Regionalwahlen, die für Herbst 2017 anvisiert sind, nichts mehr im Wege. Die politischen Parteien bereiten sich seit Sommer 2016 auf die Kommunalwahlen vor; sie arbeiten zum Teil zunehmend an Inhalten und Programmen, professionalisieren, verjüngen und feminisieren sich. Wird es den Parteien gelingen, sich vor Ort glaubwürdig aufzustellen und an der Basis der Bevölkerung präsent zu sein? Oder bleibt dieses Spielfeld Ennahda überlassen?

Das Abhalten und der Ausgang der Kommunal- und Regionalwahlen werden ein wichtiges Signal dafür sein, in welche Richtung sich das politische System und die Parteienlandschaft weiterentwickeln. Gute Regierungsführung, Dezentralisierung und mehr Autonomie auf regionaler und lokaler Ebene wären in jedem Fall wichtige Voraussetzungen, um den demokratischen Partizipationsprozess voranbringen zu können.

Es ist davon auszugehen, dass die meisten Parteien sich auch zukünftig als wenig stabile Organisationen erweisen und Mitgliederaustritte, Parteiwechsel, Spaltungen, Neugründungen oder Auflösungen an der Tagesordnung sein werden. Die sich abzeichnenden großen Parteiengruppen werden hingegen zumindest mittelfristig Bestand haben.

Tunesien schlug mit der Verfassung von 2014 den Weg zu einem pluralistischen parlamentarischen System ein; die Umsetzung wird durch zahlreiche Hindernisse erschwert, vor allem die Wirtschaftskrise, der Libyenkonflikt, das unruhige regionale Umfeld. Hinzu kommen machpolitische Konflikte und Korruption. Auch hinkt die

politische Kultur im Alltag und in den neuen Institutionen den Erfordernissen eines demokratischen Transitionsprozesses hinterher.

Risiken für die demokratische Transition bestehen aber auch im drohenden Fortschreiten der politischen Instabilität, sollte die Regierung der nationalen Einheit nicht schnell genug Erfolge vorweisen[60] und sich der Konflikt mit dem Gewerkschaftsverband UGTT zuspitzen sowie der wirtschaftliche und soziale Druck weiter steigen. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen, sinkende Kaufkraft, drohender Personalabbau im öffentlichen Sektor, anstehende Kürzungen der Renten, die Hochsetzung des Rentenalters sind nicht geeignet, um die Stimmung in der Bevölkerung zu heben, zumal der Alltag bereits jetzt für viele nur schwierig zu bewältigen ist und sogar die tunesische Mittelschicht schwer von Einschnitten betroffen ist.

Es ist deshalb nicht auszuschließen, dass es zu stärkeren Protestwellen kommen wird, die schnell in Gewalt umschlagen können. Käme es zum Scheitern der Regierung Chahed oder gar zu einer vorzeitigen Auflösung des Parlaments und Neuwahlen, könnte dies eine erneute innenpolitische Krise auslösen. In einer solchen Krisensituation könnte statt einer konstruktiven Zusammenarbeit von Säkularen und gemäßigten Islamisten wieder die ungelöste Frage der Orientierung von Staat und Gesellschaft in den Mittelpunkt rücken; islamistische und säkulare Vorstellungen würden sich dann konfrontativ gegenüberstehen.

Massive autoritär-monopolistische Tendenzen sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt bei keiner Partei und weder seitens der ehemaligen Regimemitglieder noch seitens Ennahdas zu beobachten, sie könnten sich aber jederzeit entwickeln. Insofern ist die Präsenz von kritischen und wachsamen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Medien für den weiteren Verlauf des politischen und gesellschaftlichen Transitionsprozesses in Tunesien ausgesprochen wichtig und unterstützenswert.

1| Vgl. Le Zénith, Tunis, 17.10.2016 (206 partis politiques en Tunisie).

2| Parteientourismus, teilweise auch als Parteientranshumanz bezeichnet, meint den Wechsel eines Parteimitglieds/Parlamentariers von einer Partei zu einer anderen, wenn dort den eigenen Interessen besser gedient

ist. Parteientranshumanz ist ein in allen nordafrikanischen Staaten anzutreffendes Phänomen.

3| Vgl. hierzu den Überblicksbeitrag von Hanspeter Mattes (Die ideologische Bandbreite der Parteien in Nordafrika: Historische Entwicklung und aktuelle Ausprägung) in der vorliegenden Studie.

4| Wie bei den parteipolitischen Akteuren kam es auch in der Zivilgesellschaft zu einem Boom an Neugründungen von Vereinigungen, der sich bis heute fortsetzt. Zu Details vgl. Axtmann, Dirk: Tunesiens säkulare Zivilgesellschaft: Eine „Schule der Demokratie" mit Stärken und Schwächen, in: Faath, Sigrid (Hrsg.): Nordafrikas säkulare Zivilgesellschaften. Ihr Beitrag zur Stärkung von Demokratie und Menschenrechten, S. 157–202, http://www.kas.de/wf/de/33.47223/ (letzter Abruf: 30.12.2016). Vgl. zu den islamistischen Akteuren und ihren Vereinigungen Axtmann, Dirk: Tunesiens Islamisten nach dem Sturz Ben Alis: Zwischen moderater Rhetorik und radikalen Positionen, in: Faath, Sigrid (Hrsg.): Islamische Akteure in Nordafrika, Sankt Augustin/Berlin 2016, S. 181–222, http://www.kas.de/wf/de/33.47389/ (letzter Abruf: 30.12.2016).

5| In diese Analyse sind zahlreiche Hintergrundgespräche eingeflossen, die in Tunis im September 2016 mit Vertretern tunesischer Parteien, mit tunesischen Wissenschaftlern und Repräsentanten deutscher politischer Stiftungen geführt wurden.

6| Zum Transitionsprozess seit 2011 vgl. Krichen, Aziz: La promesse du printemps, Tunis 2015; Redissi, Hamadi/Noura, Asma/Zghal, Abdelkader (Hrsg.): La transition démocratique en Tunisie. État des lieux (Band 1: Les acteurs; Band 2: Les thématiques), Tunis 2012; vgl. Mattes, Hanspeter/Faath, Sigrid: Der Machtwechsel in Tunesien und politische Reformperspektiven in Nahost, GIGA Focus, Hamburg, Nr. 1, 2011; Schäfer, Isabel: The Tunisian transition, Barcelona: IEMed/EuroMeSCo 2015 (EuroMeSCo Working Paper); Schäfer, Isabel: Von der Revolution ins Reformlabor. Wer gestaltet den Übergang in Tunesien?, in: Internationale Politik, Berlin, Nr. 2, März/April 2011, S. 20–25.

7| Vgl. Faath, Sigrid: Tunesiens neue Verfassung: Kein Grund zur Euphorie, Wuqûf-Kommentar, Berlin, 12.2.2014, http://www.wuquf.de/www/cms/upload/wuquf_2014_2_online-kommentar.pdf (letzter Abruf: 30.12.2016).

8| Zu den Wahlen vgl. Union Européenne: Rapport final sur les élections législatives et présidentielles. Mission d'observation électorale de l'Union Européenne, Tunisie 2014, Tunis 2014, http://www.eods.eu/library/150313-rapport-final-moeue-tunisie-2014_fr.pdf (letzter Abruf 30.12.2016); vgl. auch National Democratic Institute: Rapport final sur les élections législatives et présidentielles de 2014 en Tunisie, Tunis 2014.

9| Zunächst konnte sich die zuständige Kommission nicht darüber einigen, wer die Vorschläge für das weitere Prozedere erarbeitet. Danach ging es um die Frage, wie lange ein Verfassungsrichter kein Partei- oder Regierungsmitglied gewesen sein darf. Der Gesetzesentwurf sieht zehn Jahre vor. Nida Tounes und Ennahda möchten die zehn Jahre hingegen reduzieren; die Oppositionsparteien vermuten potentiellen Machtmissbrauch. Zum zukünftigen Verfassungsgericht vgl. Ben Achour, Rafâa (Hrsg.): Constitution et contre-pouvoirs, Tunis 2016.

10| Der Parti Communiste Tunisien war 1934 gegründet worden; 1963 wurde die Partei verboten, 1981 im Rahmen einer politischen Liberalisierungsphase erneut zugelassen. Die Partei erneuerte sich programmatisch nach den Umbrüchen in den ehemaligen kommunistischen Staaten und änderte 1993 ihren Namen in Mouvement Ettajdid.

11| *Zur Parteienlandschaft vor 2011 und in der Transitionsphase vgl. M'Rad, Hatem: Tunisie: De la révolution à la constitution, Tunis 2014; M'Rad, Hatem: Libéralisme et liberté dans le monde arabo-musulman. De l'autoritarisme à la révolution, Tunis 2011.*

12| *Vgl. Limam, Mohamed: Is Tunisia's 2014 constitution already obsolete?, 15.8.2016, https://blog.bti-project.org/2016/08/15/tunisias-2014-constitution-already-obsolete/ (letzter Abruf: 30.12.2016).*

13| *Dies entspricht dem Stand 1.9.2016; vgl. Les femmes dans les parlements nationaux, http://www.ipu.org/wmn-f/world.htm (letzter Abruf 30.12.2016).*

14| *Der parlamentarische Block Al-Horra wurde im Januar 2016 von Nida-Tounes-Dissidenten um Mohsen Marzouk gebildet; mit Gründung der Partei Machrou Tounes durch Mohsen Marzouk war praktisch der Block Al-Horra die parlamentarische Fraktion der neuen Partei. Nach internen Streitigkeiten in Machrou Tounes, die im Herbst 2016 zum Ausschluss von zwei Abgeordneten führten, die Machrou Tounes mitbegründet hatten, nannte sich der Block Al-Horra am 21.11.2016 offiziell um in Block Al-Horra du Mouvement Machrou Tounes und stellte damit den direkten Parteibezug her; drei Abgeordnete traten daraufhin aus dem Block aus. Seit 23.12.2016 zählt der Block nur noch 20 Abgeordnete.*

15| *Zur Partei FDTL/Ettakatol vgl. Ben Jaafar, Mustapha/Geisser, Vincent: Mustapha Ben Jaafar. Un si long chemin vers la démocratie. Entretien avec Vincent Geisser, Tunis 2014.*

16| *Vgl. La Presse de Tunisie, 16.9.2016 (Les élections municipales pourraient être reportées à 2018), http://www.lapresse.tn/22112016/119918/les-elections-municipales-pourraient-etre-reportees-a-2018.html (letzter Abruf: 30.12.2016).*

17| *Zum Wahlverhalten in den Regionen vgl. Gana, Alia/Van Hamme, Gilles (Hrsg.): Élections et territoires en Tunisie. Enseignements des scrutins post-révolution (2011–2014), Tunis 2016.*

18| *Vgl. als Überblick die Darstellung der politischen Parteien Tunesiens durch das IRMC: Les partis politiques tunisiens à la veille des élections législatives, Le Carnet de L'IRMC, Tunis, 21.3.2013, http://irmc.hypotheses.org/848 (letzter Abruf: 30.12.2016).*

19| *Vgl. zum politischen System unter Habib Bourguiba detailliert Kraiem, Mustapha: État et société dans la Tunisie bourguibienne, Paris 2003 (besonders Band 1) sowie Faath, Sigrid: Herrschaft und Konflikt in Tunesien. Zur politischen Enzwicklung der Ära Bourguiba, Scheessel 1989.*

20| *Zur Wirtschafts- und Sozialpolitik vgl. Nidaa Tounes (Hrsg.): L'Éspoir. Programme économique et social de Nidaa Tounes, Tunis 2014 (das Programm wurde unter Leitung von Mahmoud Ben Romdhane und Slim Chaker erstellt).*

21| *Vgl. zum politischen Kontext Wolf, Anne: Can secular parties lead the new Tunisia?, Washington DC 2014, http://carnegieendowment.org/files/tunisia_secular_parties.pdf (letzter Abruf: 30.12.2016).*

22| *Vgl. zu den islamistischen Organisationen und ihren Entwicklungen seit 2011 ausführlich Axtmann 2016, Tunesiens Islamisten, a. a. O. (Anm. 3).*

23| *Vgl. ebenda.*

24| *Vgl. ebenda.*

25| *So z. B. anlässlich der Proteste im südtunesischen Jemna, als sich Moncef Marzouki auf die Seite der Protestierenden stellte und die Maßnahmen der Regierung gegen die gesetzeswidrige Inbesitznahme von Land kritisierte. Vgl. Shemsfm.net, Tunis, 22.10.2016 (Moncef Marzouki affirme son soutien aux habitants de Jemna), http://www.shemsfm.net/*

fr/152478/moncef-marzouki-affirme-son-soutien-aux-habitants-de-jemna.html (letzter Abruf: 30.12.2016); vgl. Espace Manager, Tunis, 22.10.2016 (Marzouki pour l'association de Jemna et contre l'État: logique?), http://www.espacemanager.com/marzouki-pour-lassociation-de-jemna-et-contre-letat-logique.html (letzter Abruf: 30.12.2016).

26| Vgl. Dihstellhoff, Julius: Neue Akzente im Parlamentswahlkampf 2014 der moderat-islamistischen Ennahda in Tunesien: Einheit, Konsens und Pragmatismus (Stand: Dezember 2014), Philipps-Universität Marburg, MENA direkt. Islamismus in Bewegung, Nr. 1, Juni 2015, https://www.uni-marburg.de/cnms/politik/forschung/forschungsproj/islamismus/analysen/policy_paper/menadirekt01.pdf (letzter Abruf: 30.12.2016).

27| Vgl. hierzu ausführlich die Studie von Kraiem, Mustapha: La révolution kidnappée, Tunis 2014.

28| Es handelt sich hierbei um die Morde an Chokri Belaid (6.2.2013), Generalsekretär der linken Partei Mouvement des Patriotes Démocrates (Bewegung demokratischer Patrioten), und an Mohamed Brahmi (25.7.2013), Vorsitzender der links-nationalistischen Partei Mouvement du Peuple (Volksbewegung) bis 7.7.2013, als er kurz vor seiner Ermordung eine eigene Partei, den Courant Populaire (Volksströmung) gründete. Brahmi war 2011 in die Verfassunggebende Versammlung gewählt worden.

29| Im Verhältnis zu den anderen Parteien weist Ennahda aber eine erstaunliche Homogenität auf; vgl. zu den Gründen Leaders, Tunis, 12.11.2015 (Secrets de la cohésion de Harakat al-Nahda), http://www.leaders.com.tn/article/18402-secrets-de-la-cohesion-de-harakat-al-nahdha (letzter Abruf: 30.12.2016).

30| Es handelt sich um Mehdi Ben Gharbia, beigeordneter Minister beim Regierungschef, zuständig für die Beziehungen zu den Verfassungsinstitutionen, der Zivilgesellschaft und den Menschenrechtsorganisationen.

31| Vgl. Business News, Tunis, 8.11.2012 (Ben Hamadi, Monia: L'Alliance démocratique de Mohamed Hamdi: Une alternative ou un parti de trop?), http://www.businessnews.com.tn/L'Alliance-démocratique-de-Mohamed-Hamdi--Une-alternative-ou-un-parti-de-trop-,519,34456,1 (letzter Abruf: 30.12.2016).

32| Vgl. Yousfi, Hèla: L'UGTT, une passion tunisienne. Enquête sur les syndicalistes en révolution (2011–2014), Tunis 2015.

33| Vgl. zur Partei La Presse de Tunisie, Tunis, 25.7.2016 (Congrès fondateur de Machrou), http://www.lapresse.tn/25072016/117725/une-alternative-politique-qui-federe-deja.html (letzter Abruf: 30.12.2016).

34| Vgl. Directinfowebmanagercenter.com, Tunis, 28.11.2016 (Le mouvement projet de la Tunisie appelle à la creation d'un front national élargi), http://directinfo.webmanagercenter.com/2016/11/28/tunisie-le-mouvement-projet-de-la-tunisie-appelle-a-la-creation-dun-front-national-elargi/ (letzter Abruf: 30.12.2016). Mohsen Marzouk plädierte für eine solche Front bereits mehrfach; vgl. hierzu u. a. Le Temps, Tunis, 3.6.2016 (Mouvement Projet pour la Tunisie: Mohsen Marzouk pour un large front politique et une majorité républicaine).

35| Dies bezieht sich auf den Mouvement Baath unter Führung von Bel Haj Amor; die Partei wurde offiziell am 20.1.2011 gegründet, nachdem sie seit den 1960er Jahren in der Illegalität operierte.

36| Vgl. Ratka, Edmund/Roux, Marie-Christine: Dschihad statt Demokratie? Tunesiens marginalisierte Jugend und der islamistische Terror, in: KAS Auslandsinformationen, Sankt Augustin/Berlin, Nr. 1, 2016, S. 68–87, http://www.kas.de/wf/doc/kas_44290-544-1-30.pdf?160501142911 (letzter Abruf: 30.12.2016).

37| *Vgl. Mölling, Christian/Werenfels, Isabelle: Tunesien: Sicherheitsprobleme gefährden die Demokratisierung, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik 2014 (SWP-Aktuell 62); The Washington Times, 14.9.2016 (Arab Spring star Tunisia emerges as Islamic State's No.1 source for foreign fighters), http://www.washingtontimes.com/news/2016/sep/14/tunisia-emerges-as-isiss-no-1-source-for-foreign-f/ (letzter Abruf: 30.12.2016).*

38| *Vgl. La Presse de Tunisie, Tunis, 9.6.2016 (Corps armés et éléctions. L'institution militaire préfère garder ses distances).*

39| *Im Verfassungsprozess wurde über die Trennung von Staat und Religion besonders gestritten, vgl. Schäfer, Isabel: Meilenstein der Mäßigung. Tunesiens Verfassung ist verabschiedet, sie muss sich aber noch bewähren, in: Internationale Politik, Berlin, Nr. 2, März/April 2014, S. 31–37; dieselbe: Tunesien: Ein gespaltenes Land. Der Verfassungsprozess in Tunesien zeigt die Probleme des Übergangs, in: Internationale Politik, Berlin, Nr. 4, Juli/August 2013, S. 88–94.*

40| *Vgl. Europe Solidaire Sans Frontière, 12.8.2016 (Tunisie: Projet de loi contre la violence à l'encontre des femmes – Les droits des femmes, un combat politique), http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article38734 (letzter Abruf: 30.12.2016).*

41| *Zur Übergangsjustiz vgl. Dhouib, Sarhan (Hrsg.): Gerechtigkeit in transkultureller Perspektive, Weilerswist-Metternich 2016.*

42| *Vgl. Chennaoui, Hemda: Loi sur la réconciliation économique et financière: cacophonie à l'ARP, in: Nawaat, Tunis, 30.6.2016, http://nawaat.org/portail/2016/06/30/loi-sur-la-reconciliation-economique-et-financiere-cacophonie-a-larp/ (letzter Abruf: 30.12.2016).*

43| *Vgl. Gnet.tn, Tunis, 19.7.2016 (L'IVD refuse en bloc le projet de réconciliation économique tel qu'il est), http://www.gnet.tn/temps-fort/tunisie-l-ivd-refuse-en-bloc-le-projet-de-reconciliation-economique-tel-qu-il-est/id-menu-325.html (letzter Abruf: 30.12.2016).*

44| *Vgl. Instance Vérité et Dignité (Hrsg.): Rapport Annuel 2015, Tunis 2016, http://www.ivd.tn/fr/ (letzter Abruf: 30.12.2016); Williamson, Scott: Transitional justice falters in Tunisia, Washington DC: Carnegie Endowment 2015, http://carnegieendowment.org/sada/61365 (letzter Abruf: 30.12.2016).*

45| *Mondher Zenaidi stellte diese „Initiative des anciens jeunes et étudiants déstouriens" im November 2016 auf einer Veranstaltung der Öffentlichkeit vor; vgl. Tunisienumerique, Tunis, 6.11.2016, inklusive Video, http://www.tunisienumerique.com/tunisie-video-mondher-zenaidi-lance-sa-nouvelle-initiative-politique/309749 (letzter Abruf: 30.12.2016).*

46| *Vgl. z. B. Kapitalis, Tunis, 21.11.2016 (Nidaa Tounes est-il au bout du tunnel?), http://kapitalis.com/tunisie/2016/11/21/nidaa-tounes-est-il-au-bout-du-tunnel/ (letzter Abruf: 30.12.2016).*

47| *Vgl. Baraket, Hédia/Belhassine, Olfa: Ces nouveaux mots qui font la Tunisie, Tunis 2016.*

48| *Vgl. Ben Messaoud, Moez (Hrsg.): La communication politique dans le Monde Arabe et en Afrique. Approches et mécanismes de mise en œuvre, Tunis 2014.*

49| *Kalthoum Kannou, am 17.9.1959 in Tunis geboren, war von 2011 bis 2013 Vorsitzende der tunesischen Richtervereinigung (Association des Magistrats Tunisiens).*

50| *Vgl. hierzu u. a. den Kommentar der bekannten tunesischen Frauenrechtlerin Sana Ben Achour in: Europe Solidaire Sans Frontière, 12.8.2016 (Tunisie: Projet de loi contre la violence à l'encontre des femmes – Les droits des femmes, un combat politique), http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article38734 (letzter Abruf: 30.12.2016).*

51| Insbesondere die marginalisierte Jugend erwartet nichts mehr von der Politik. Vgl. Lamloum, Olfa/Ben Zina, Mohamed Ali (Hrsg.): Les jeunes de Douar Hicher et d'Ettadhamen. Une enquête sociologique, Tunis 2015. Ein Großteil der Jugend ist eher informell politisch aktiv und fühlt sich von den Parteien nicht vertreten. Vgl. Schäfer, Isabel (Hrsg.): Youth, revolt, recognition – The young generation during and after the „Arab Spring", Berlin 2015, http://edoc.hu-berlin.de/miscellanies/arab-spring-41600/all/PDF/arabspring.pdf (letzter Abruf: 30.12.2016).

52| Ausgangspunkt dieser Annäherung war das Treffen von Béji Caid Essebsi und Rachid Ghannouchi in Paris am 14.8.2013; vgl. Jeune Afrique, Paris, 20.8.2013 (Que se sont dit Rached Ghannouchi et Béji Caid Essebsi à Paris?).

53| Vgl. u. a. La Presse de Tunisie, Tunis, 10.11.2015 (Crise à Nidaa Tounes. Entretien avec M. Ridha Belhaj, member du comité constitutive de Nidaa Tounes).

54| Vgl. Jeune Afrique, Paris, 10.1.2016 (Nidaa Tounes tient son congress sur fond de crise interne), http://www.jeuneafrique.com/292632/politique/292632/ (letzter Abruf: 30.12.2016).

55| Vgl. La Presse de Tunisie, 23.11.2016 (Crise au sein de Nidaa Tounes. L'implosion est-elle imminente?, http://www.lapresse.tn/23112016/123371/limplosion-est-elle-imminente.html (letzter Abruf: 30.12.2016).

56| Vgl. Espace Manager, Tunis, 13.7.2016 (Marzouki à Essebsi: „Ayez le courage de démissioner et de rentrer chez vous!"), http://www.espace-manager.com/marzouki-essebsi-ayez-le-courage-de-demissionner-et-de-rentrer-chez-vous.html (letzter Abruf: 30.12.2016).

57| Das „Abkommen von Karthago" wurde am 13.7.2016 von den Parteien Nida Tounes, Ennahda, Machrou Tounes (bzw. dem parlamentarischen Block der Partei Al-Horra), UPL, Afek Tounes, Mouvement du Peuple, Al-Joumhouri, Al-Massar sowie dem Unternehmerverband UTICA, dem Gewerkschaftsverband UGTT und dem Verband der Landwirte UTAP unterzeichnet. Das Abkommen bildet die Grundlage für die Regierung der nationalen Einheit. Zum Text des Abkommens vgl. den Abdruck des Dokumentes in Arabisch bei Jawharafm.net, Tunis, 13.7.2016, http://www.jawharafm.net/fr/article/l-accord-de-carthage-signe-voici-l-integralite-du-document/92/40404 (letzter Abruf: 30.12.2016).

58| Kritiker werfen gerade dies, aber auch den Linksparteien vor; sie würden außer Parolen keine konkreten Lösungsvorschläge für die Probleme des Landes formulieren; vgl. La Presse de Tunisie, Tunis, 31.5.2016 (Bilan de cinq ans post-révolution: Une gauche déconnectée de la réalité sociale).

59| Vgl. Businessnews, Tunis, 25.11.2016 (Houcine Abbassi), http://www.businessnews.com.tn/houcine-abassi--la-greve-generale-du-8-decembre-concernera-seulement-la-fonction-publique,520,68553,3 (letzter Abruf: 30.12.2016); Huffington Post Tunisie, 13.10.2016 (Augmentations salariales), http://www.huffpostmaghreb.com/2016/10/13/ugtt-youssef-chahed_n_12474148.html (letzter Abruf: 30.12.2016).

60| Die Regierung organisierte am 29./30.11.2016 in Tunis eine internationale Investorenkonferenz, um nationale und vor allem internationale Investoren und Geber davon zu überzeugen, in Tunesien zu investieren und der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken.

Ausblick

Politische Parteien in Nordafrika: Formal aufgewertete Akteure mit begrenztem Einfluss

Sigrid Faath

1. Parteien als Nutznießer der politischen Umbrüche von 2011

In allen nordafrikanischen Staaten kam es 2011 zu Protesten der Bevölkerung, die jeweils auf nationaler Ebene zu institutionellen Veränderungen führten. Angestoßen wurden die Protestbewegungen durch die seit Ende Dezember 2010 anhaltenden Demonstrationen in Tunesien, die am 14. Januar 2011 zu einem Machwechsel führten. Das Ausmaß der nachfolgenden Proteste in Ägypten, Libyen, Marokko und Algerien und ihre jeweiligen Auswirkungen waren sehr unterschiedlich. In Ägypten und Libyen fanden ebenfalls Machtwechsel statt, in Algerien und Marokko wurden Reformen angestoßen bzw. laufende Reformen intensiviert und beschleunigt.

Das Jahr 2011 markiert wegen der politischen, gesellschaftlichen und sicherheitspolitischen Tragweite der Proteste für alle nordafrikanischen Staaten einen Einschnitt in die bisher bestehenden staatlichen Ordnungen. Am folgenschwersten waren diese Einschnitte in Libyen, Tunesien und Ägypten. In diesen drei Ländern wurden nach den erfolgreichen Machtwechseln Prozedere zur Neuorganisation des Staates und zur Neuverteilung von Macht und Ressourcen eingeleitet, die allerdings weder zu einer stabilen politischen Ordnung und der landesweiten Anerkennung der Autorität des Staates führten (Libyen, Tunesien) noch in eine Ordnung mündeten, die eine neue, weniger repressive Beziehung zwischen Staat und Bürgern aufbaute (Ägypten).

Seit dem Ende des Regimes von Muammar al-Qaddafi im Oktober 2011 scheiterte der Neuaufbau staatlicher Institutionen in Libyen, die für das gesamte Territorium Geltung beanspruchen können. Nicht in allen Staaten hebelten die sozialen Proteste 2011 die staatliche Ordnung jedoch so umfassend aus, wie dies in Libyen der Fall war, wo der Sturz des Regimes durch eine Nato-gestützte Militärintervention gefördert wurde und die Auseinandersetzungen um die Macht seither in zwei Bürgerkriege (2011, seit 2014) mündeten.

In Tunesien wiederum wurde die Machtbalance durch die Zerschlagung der vormals dominierenden Partei des Präsidenten und die Zulassung islamistischer Parteien und Vereinigungen derart verändert, dass seither die Auseinandersetzung um Macht, Ressourcenzugang und das verbindliche Modell für Staat und Gesellschaft die Funktionsweise und Durchsetzungskraft von Regierung und Institutionen in hohem Maße beeinträchtigten. Die seit 2011 massiv eingeschränkte staatliche Autorität hat anhaltend desaströse Auswirkungen auf die Wirtschaft des Landes.

Im Unterschied zu Libyen und Tunesien hatten die Proteste in Algerien und Marokko eine weitaus geringere Reichweite; die als Reaktion auf die Proteste von 2011 in Algerien und Marokko eingeleiteten Reformen verliefen dann auch in geordneten Bahnen; das heißt, die institutionelle Kontinuität wurde gewahrt.[1]

In Ägypten kam es allerdings im Juli 2013 zu einem Putsch des Militärs gegen den neuen, nach dem Machtwechsel vom Februar 2011 im Juni 2012 gewählten und der Muslimbruderschaft angehörenden Staatspräsidenten Mursi. Ihm wurde vorgeworfen, die Herrschaft der Muslimbruderschaft zu etablieren und nicht als Präsident aller Ägypter zu handeln. Dieser Absetzung folgte das Verbot der Muslimbruderschaft, ihre Deklaration als „terroristische Vereinigung", die Verfolgung, Inhaftierung und Verurteilung ihrer Mitglieder zu langjährigen bzw. lebenslänglichen Haftstrafen. Seit 2013 findet in Ägypten unter dem neuen, aus dem Militär stammenden Präsidenten Abd al-Fattah al-Sisi eine Restauration des autoritären Präsidialsystems durch Teile des „alten" Regimes und des Militärs statt.

Es soll an dieser Stelle nicht im Detail auf den Verlauf der Proteste von 2011, ihre Reichweite und ihre politischen, wirtschaftlichen, sozialen und sicherheitspolitischen Folgen in den einzelnen nordafrikanischen Staaten eingegangen werden; die Länderanalysen in der vorliegenden Studie gehen darauf näher ein und für einen Kurzüberblick sei auch auf den Einführungsbeitrag[2] verwiesen. Der Rückblick an dieser Stelle soll lediglich die sehr divergierenden Ausgangsbedingungen und Folgen der Proteste von 2011 in den einzelnen Ländern Nordafrikas in Erinnerung rufen.

Obwohl also weder die Ausgangsbedingungen noch die direkten Auswirkungen in den einzelnen Staaten vergleichbar sind, so

war doch eine Reaktion auf die Proteste von 2011 in allen Staaten identisch: Sowohl die „alten" (Algerien, Marokko) wie die „neuen" Staatsführungen (Ägypten, Libyen, Tunesien) werteten nach 2011 politische Parteien formal auf.

Für Parteien in Nordafrika gibt es somit in allen Staaten unter formalen und in Ägypten, Libyen sowie Tunesien auch unter ideologischen Gesichtspunkten betrachtet den Zustand „vor" und „nach" 2011. Die einzelnen Länderanalysen und die Themenbeiträge[3] zur Rolle von Parteien und der ideologischen Bandbreite beschreiben diese Unterschiede detailliert.

Unter formalen Gesichtspunkten betrachtet kam es in Libyen nach 2011 zu dem gravierendsten Eingriff zugunsten von Parteien verglichen mit der Situation vor 2011: In Libyen wurden Parteien bereits unter König Idris im Februar 1952, also schon wenige Monate nach der Unabhängigkeit des Landes im Dezember 1951, verboten und blieben dies auch nach der Machtübernahme von Muammar al-Qaddafi 1969 bis zum Sturz des Regimes 2011.

In Ägypten wurden seit 1978 nach der Abkehr von der Einheitspartei Arabische Sozialistische Union rund zwei Dutzend Parteien zugelassen und formal ein Mehrparteiensystem etabliert. Trotz Einrichtung eines Mehrparteiensystems dominierte in Ägypten weiterhin eine Partei den Staat und seine Institutionen. Dies galt auch für die Republik Tunesien, die in ihrer ersten Verfassung vom Juni 1959 ein Mehrparteiensystem festschrieb, aber quasi wie ein Einparteienstaat funktionierte. Bis 2011 war dies die „Partei des Staatspräsidenten", deren Vorsitz der jeweilige Staatspräsident in Personalunion innehatte.[4] Alle anderen legalen Parteien hatten auf die Entscheidungsfindung praktisch keinen Einfluss, ließen sich zum Großteil kooptieren oder nahmen die ihnen zugestandene Rolle als Pseudo-Oppositionspartei wahr.

In Algerien war nach landesweiten Protesten im Oktober 1988 mit der Verfassungsänderung vom Februar 1989 ein Mehrparteiensystem zugelassen worden. Nachdem jedoch der seit 1962 herrschenden Einheitspartei Front de Libération Nationale (FLN; Nationale Befreiungsfront) mit der islamistischen Partei Front Islamique du Salut (FIS; Islamische Heilsfront) eine Konkurrenzpartei erwachsen war, die kurz davor stand, aus den Parlamentswahlen Ende 1991/

Anfang 1992 als stärkste Partei hervorzugehen und die Regierung zu stellen, griff das Militär im Januar 1992 ein, beendete den Wahlprozess und verbot den FIS. Dies war Auslöser für einen bewaffneten Kampf zwischen Islamisten und dem Militär, der sukzessive ab 1997 beigelegt werden konnte und 1999 in einen nationalen Versöhnungsprozess mündete. Seither ist der FLN wieder stärkste Partei im Parlament. Zusammen mit dem Rassemblement National Démocratique (RND; Nationale demokratische Sammlungsbewegung), der sich 1997 vom FLN abspaltete, dominiert der FLN die staatlichen Strukturen. Der Unterschied zwischen beiden Parteien liegt hauptsächlich in den wirtschaftspolitischen Programmpunkten; der RND tritt für deutlich mehr Privatisierungen und für eine stärkere Förderung der Privatwirtschaft ein als der FLN.

Der marokkanische König wiederum schloss nach der Unabhängigkeit 1956 kategorisch die Einführung eines Einparteiensystems aus; in der ersten Verfassung des Landes 1962 wurde folglich ein Mehrparteiensystem verankert. In Marokko entwickelte sich jedoch keine dominante Partei, die ungeachtet des formal etablierten Mehrparteiensystems wie in einem Einparteiensystem alle Institutionen besetzt hätte. Der politische Handlungsspielraum der Parteien wurde vielmehr durch den König und seine herausragende Stellung als regierender Monarch, der „über" der Verfassung steht, eng begrenzt.[5]

Ein verfassungsmäßig verankertes Mehrparteiensystem bedeutete in den nordafrikanischen Staaten somit nicht, dass die jeweils dominante Partei ihren Anspruch aufgegeben hätte, in der Praxis wie in einem Einparteienstaat zu funktionieren (Ägypten, Algerien, Tunesien); ein Mehrparteiensystem war auch keine Garantie dafür, dass Parteien überhaupt eine politikbestimmende Rolle zugefallen wäre (Marokko).[6]

Ein weiterer Aspekt ist hervorzuheben: Bis 2011 repräsentierten die legalen Parteien in den formal etablierten Mehrparteiensystemen mit ihren unterschiedlichen politischen Strukturen nicht in allen Staaten ein breiteres ideologisches Spektrum. Am weitesten gefächert war das ideologische Spektrum bereits seit den 1970er Jahren in Marokko, wo neben national-konservativen, nationalistischen Parteien auch linke (sozialistische, kommunistische), liberale und ab 1997 auch islamistische Parteien zugelassen und seither im Parlament vertreten sind. In Algerien wurden ebenfalls nach

der politischen Liberalisierung 1989 neben dem bis in die 1990er Jahre nationalistisch und sozialistisch orientierten FLN weitere nationalistische, links-sozialistische und islamistische Parteien legalisiert; lediglich der FIS wurde 1992 verboten und eine Wiederzulassung kategorisch ausgeschlossen. Parteien des liberalen Spektrums entstanden in Algerien dagegen nicht. In Ägypten (seit Ende der 1970er Jahre) und in Tunesien (seit Anfang der 1980er Jahre) waren im Zuge von Liberalisierungsmaßnahmen und der kontrollierten Öffnung der Systeme Parteien zugelassen worden, die linken, sozialistischen, nationalistischen wie liberalen Ideen verhaftet sind. Hinzu kamen Parteien, die als „zentristisch" zu bezeichnen sind, weil sie wie die dominanten Regierungsparteien kein eindeutiges Profil haben, sondern „ein wenig von allem" in ihr Programm aufnahmen und sich durch ideologischen Pragmatismus auszeichnen.[7] Ausgenommen von der Zulassung waren jedoch Parteien der Islamisten.

Als nach den Protesten des Jahres 2011 in den Staaten Nordafrikas Machtwechsel bzw. Liberalisierungsmaßnahmen und politische Reformen folgten, stiegen vor allem auch in europäischen Staaten die Erwartungen; in inflationärer Weise wurde von einer Demokratisierung vor allem in Bezug auf diejenigen Staaten gesprochen, die einen Machtwechsel erlebten (Ägypten, Libyen Tunesien). Die Erwartungen an die Akteure vor Ort, insbesondere auch an die Parteien, denen nach 2011 in den eingeleiteten Transformationsprozessen eine besondere Rolle zugesprochen wurde, gründeten auf idealisierenden Vorstellungen von den Beweggründen, den Kapazitäten und den Zielen der Parteien als „Zukunftsgestalter". Diese Erwartungshaltung gegenüber Parteien ließ außer Acht, wie prägend die (historischen) politischen Erfahrungen und die gesellschaftlichen Bedingungen (Beziehungsgeflechte, Strukturen, dominante Normen) sind, die sich ihrerseits auf die politische Praxis, die politischen Parteien und das Wählerverhalten auswirken.

Es sei in diesem Zusammenhang explizit darauf verwiesen, dass in den vom Kolonialismus befreiten nordafrikanischen Staaten generell das Diktum „Einheit ist Stärke" galt (und oft noch immer gilt). Die Auslegung des Diktums „Einheit ist Stärke" ging so weit, dass selbst konstruktiv gemeinte Kritik als spalterisch ausgelegt wurde. Auf artikulierte Differenz wurde folglich mit dem Einsatz repressiver Mittel geantwortet. Diese Einheit repräsentierte exemplarisch das Staatsoberhaupt: ob Monarch, Präsident oder wie in Libyen ab

1969 der Revolutionsführer. Die Personalisierung der politischen Systeme, die sich bei den Parteien, nationalen Organisationen bis hin zu den diversen Bürgervereinigungen bis heute wiederfindet, ist u. a. eine Folge dieses Verständnisses von Einheit. Ein anschauliches Beispiel hierfür ist der Begriff „Partei" (arabisch: hizb), der mit Spaltung und Teilung in Verbindung gebracht wird und außerhalb seiner Verwendung in einem religiösen (islamischen) Kontext negativ belegt ist.[8] Die orthodoxe Interpretation des Islam in Nordafrika untermauerte die Ablehnung von Differenz, Pluralismus und Kritik, kurz, von allem, was die „Einheit" gefährden könnte, und spielte damit auch den jeweiligen weltlichen Machthabern der autoritären Systeme in die Hände.[9]

Der französische Politikwissenschaftler Bertrand Badie wies auf eine spezifische Problematik hin, die mit der Anpassung an westliche Politikmodelle verbunden ist, denen sich kein Staat auf dem afrikanischen Kontinent seit dem Ende der Kolonialzeit entziehen konnte. Die mit der Übernahme des westlichen Modells verbundenen Regeln gewährleisten nämlich nicht automatisch auch ihre Effektivität unter den lokalen Bedingungen, weil die Inhalte, die Begrifflichkeiten und Bedeutungen anders ausgelegt werden.[10] Am Beispiel der politischen Parteien in Nordafrika wird diese Problematik deutlich.

2. Formale Aufwertung von Parteien nach 2011

2.1. Aufwertung und erleichterte Zulassungsbedingungen

Eine direkte Folge der politischen Proteste des Jahres 2011 waren gesetzliche Regelungen, die politische Parteien als zentrale Akteure im politischen Prozess um die Macht anerkannten und festigten (Algerien, Marokko), die zudem den bislang verbotenen islamistischen Organisationen die Zulassung als politische Partei ermöglichten und sie in den politischen Prozess integrierten (Ägypten bis zur Politikänderung 2013, Tunesien) oder das bislang geltende generelle Parteienverbot wie in Libyen aufhoben. In Libyen schränkte allerdings der Ausbruch des zweiten Bürgerkrieges 2014 den Handlungsspielraum für politische Parteien erneut drastisch ein.

Die Aufwertung der Parteien spiegelt sich in den neuen Verfassungen Marokkos (2011), Tunesiens (2014) und Algeriens (2016) sowie den entsprechend modifizierten Parteiengesetzen wider.

So weist z. B. die marokkanische Verfassung vom Juli 2011 den Parteien eine besondere Verantwortung als Gestalter der politischen Kultur und als Förderer der politischen Willensbildung der Bürger zu. In Artikel 47 der Verfassung wird erstmals verfügt, dass das Amt des Regierungschefs an einen Parteiangehörigen zu vergeben ist und dass der König den Kandidaten jener Partei zum Regierungschef ernennt und mit der Regierungsbildung beauftragt, die bei den Legislativwahlen die Mehrheit errang. Im Rahmen der Verfassung wird schließlich die Freiheit zur Gründung von Parteien und zur parteipolitischen Betätigung garantiert. Explizit festgeschrieben wird auch die Rolle der parlamentarischen Opposition; in Artikel 10 der Verfassung werden ihr u. a. Versammlungsfreiheit und feste Sendezeiten in den öffentlichen Medien garantiert, sie kann Gesetzesinitiativen einbringen, die Regierung kontrollieren und kritisieren. Vorgeschrieben ist im Parteiengesetz, dass im Rahmen des Gleichstellungsgebots von Männern und Frauen mindestens ein Drittel der Führungspositionen auf nationaler und regionaler Ebene mit Frauen zu besetzen und Quoten für den Nachwuchs festzulegen sind (Parteiengesetz Artikel 26). Das Parteiengesetz erlaubt zudem die öffentliche und private Parteienfinanzierung.

Der Bruch mit dem Regime Präsident Ben Alis wurde in Tunesien durch eine regelrechte Kehrtwende vollzogen, da mit dem neuen Parteiengesetz vom September 2011 alle bisherigen Restriktionen bei der Zulassung von Parteien aufgehoben wurden. Die im Februar 2014 in Kraft getretene neue Verfassung etabliert ein semi-präsidentielles System und wertet das Parlament formal deutlich auf. Gemäß Verfassung beauftragt der Staatspräsident nach Bekanntgabe der definitiven Ergebnisse der Parlamentswahlen den Kandidaten der stärksten Partei oder des stärksten Wahlbündnisses im neuen Parlament mit der Regierungsbildung.

Das neue algerische Parteiengesetz vom Januar 2012 definiert erstmals explizit eine politische Partei als einen Zusammenschluss von Staatsbürgern, die auf der Basis gemeinsam geteilter Ideen danach streben, ein politisches Projekt umzusetzen und „auf demokratischem und friedlichem Weg" an die Macht kommen wollen, um verantwortlich die öffentlichen Angelegenheiten zu führen. Wenn auch das Parteiengesetz in den einzelnen Bestimmungen oft vage ist und z. B. auch nicht präzisiert, wie hoch die vorgeschriebene Repräsentanz von Frauen unter den Gründungsmitgliedern sein muss, so

stellt das Parteiengesetz von 2012 gegenüber dem Parteiengesetz von 1997 eine Verbesserung dar. Die im März 2016 in Kraft getretene neue algerische Verfassung garantiert das Recht, politische Parteien zu gründen.

In allen drei Staaten untersagen zwar die gesetzlichen Bestimmungen die Gründung von Parteien auf religiöser, linguistischer, rassischer, geschlechtlicher, korporatistischer oder regionaler Basis sowie Parteien, die Gewalt propagieren. In der Praxis wird die Bestimmung in Bezug auf islamistische Parteien, deren Referenzsystem religiöser Art ist, allerdings sehr „weich" gehandhabt, sofern die Parteien Gewalt ablehnen und sich im Rahmen der jeweiligen Verfassung bewegen. In Tunesien wurde sogar unter dem islamistischen Premierminister Hamadi Jebali im Juli 2012 die islamistische Befreiungspartei (Hizb al-tahrir) zugelassen, die Wahlen und ein republikanisches System ablehnt und seither mehrfach Gewaltakte rechtfertigte; ein Parteienverbot wurde bislang nicht erwirkt.

Anders entwickelte sich die Situation für Parteien in Ägypten. Nach dem erzwungenen Rücktritt Präsident Mubaraks im Februar 2011 übernahm der Oberste Militärrat die Macht und bestimmte den weiteren Verlauf des politischen Prozesses (Übergangsverfassung, Parlamentswahlen); Parteineugründungen und selbst die Gründung islamistischer Parteien wurden zu diesem Zeitpunkt sogar erleichtert. Nach der Absetzung des islamistischen Präsidenten Mursi im Juli 2013 und dem Verbot der Freedom and Justice Party wurden die Bestimmungen zur Gründung von Parteien mit religiösem Bezug in der neuen Verfassung von 2014 (Artikel 74) allerdings ausgeschlossen. Der 2013 verbotenen Muslimbruderschaft wurde es somit unmöglich gemacht, erneut eine Partei zu gründen, die Religion zu politischen Zwecken einsetzt. Die weiterhin legalen Parteien des islamistischen Spektrums werden damit gleichfalls an der politischen Instrumentalisierung der Religion gehindert, wenn sie nicht ihr Verbot riskieren wollen. Das neue Wahlgesetz und ein Dekret zur Neuverteilung der Wahlkreise, die im August 2015 in Kraft traten, schränken den Handlungsspielraum politischer Parteien generell ein.

In Libyen erfolgte in Artikel 15 der provisorischen Übergangsverfassung vom August 2011 ein Bekenntnis zu politischen Parteien. Das während der Ära Qaddafis gültige Parteienkriminalisierungsgesetz

von 1972 wurde im Januar 2012 aufgehoben. Es folgte Anfang Mai 2012 ein Parteiengesetz, das u. a. Soldaten und Richtern verbot, einer Partei beizutreten. Das Gesetz verbot jedoch nicht die Gründung von Parteien auf religiöser, regionaler, tribaler oder ethnischer Basis, wie es noch im Gesetzesentwurf vorgesehen war. Persönlichkeiten, die planten, entlang islamistischer, tribaler und ethnischer Linien eine Partei zu gründen, hatten massiv Druck auf den Nationalen Übergangsrat (NTC) ausgeübt und die Streichung des Passus erzwungen. Parteien spielten allerdings selbst bei den ersten Wahlen zum Parlament (General National Congress) im Juli 2012 keine dominante Rolle, weil von den 200 Parlamentssitzen nur 80 für Parteilisten reserviert waren, während 120 Sitze an unabhängige Kandidaten gingen. Das Wahlgesetz vom März 2014, das die im Juni 2014 stattfindende Wahl des neuen Parlaments (Majlis al-nuwwab) regelte, schloss Parteilisten sogar ganz aus.

Die politischen Veränderungen in Bezug auf Parteien schlugen sich nach 2011 auch numerisch nieder. Nicht in allen Staaten kam es zu einem vergleichbaren Boom an Neugründungen wie in Tunesien und Libyen, aber die Zahl der zugelassenen Parteien stieg im Vergleich zur Periode vor 2011 überall an. Zum Jahresende 2016 sind in Ägypten circa 100 Parteien zugelassen, in Algerien 50, in Marokko 35 und in Tunesien 206. In Libyen bestehen formal rund 150 Parteien, allerdings sind viele zurzeit nicht aktiv und es ist unklar, ob sie unter zukünftig verbesserten Bedingungen organisatorisch reanimiert werden können.

Die Mehrzahl der 206 Parteien Tunesiens sind Kleinstparteien („hizbicules"), die entweder im Parlament gar nicht vertreten sind oder, wenn sie den Einzug ins Parlament überhaupt schafften, nur zwischen einem und fünf Sitzen gewannen. Das marokkanische Parteiengesetz versuchte der Gründung solcher Kleinst- oder Mikroparteien vorzubeugen; in Marokko schreibt das Gesetz vor, dass der Gründungsantrag von mindestens 300 Mitgliedern zu unterzeichnen ist und diese aus mindestens Zweidrittel der Regionen des Landes stammen und in Wählerlisten eingetragen sein müssen (Parteiengesetz Artikel 6). Vergleichbar strikte Auflagen waren in Libyen nicht eingeführt worden und es gibt sie bislang auch nicht in Tunesien.

2.2. Ausdifferenzierung des Parteienspektrums und dominante ideologische Strömungen seit 2011

Die quantitative Zunahme der Parteien seit 2011 ist eng verbunden mit einer Ausdifferenzierung des Parteienspektrums. Allerdings bedeutet diese Ausdifferenzierung durch tatsächliche Neugründungen oder Neugründungen durch Abspaltungen von bestehenden Parteien sowie durch Abspaltungen von Abspaltungen oder durch Gründung von Parteibündnissen nicht automatisch eine Diversifizierung der Parteiprogrammatik. Das Gros der Parteien einer politisch-ideologischen Strömung zeichnet sich vielmehr durch eine quasi uniforme Programmatik aus, so dass die Programme austauschbar sind – wie die zusammengefassten Hauptpositionen einzelner Parteien in Anhang I zeigen.

Ein Blick auf die Entstehungsgeschichte des politischen Parteiwesens in den nordafrikanischen Staaten zeigt, dass die drei historischen ideologischen Grundströmungen bis heute fortbestehen und die aktuelle Parteienlandschaft gliedern. Es handelt sich dabei um die nationalistische, die liberale und die islamistische Grundströmung. Die nationalistische Strömung ist, wie der thematische Beitrag zur ideologischen Bandbreite der Parteien in der vorliegenden Studie im Detail aufschlüsselt, stark ausdifferenziert; es finden sich dort Parteien, die aus der „linken", sozialistischen, kommunistischen Bewegung hervorgegangen sind, aber auch „zentristische" Parteien. Parteien des zentristischen Spektrums können wiederum konservativ-traditionalistische bis säkular-modernistische, liberale Positionen vertreten; es gibt zahlreiche Schattierungen und die Übergänge sind oft fließend. Das Profil zentristischer Parteien ist nicht so klar, wie es in der Regel bei linken, sozialistischen oder islamistischen Parteien der Fall ist. Zentristische Parteien haben „von allem etwas" und verhalten sich meist politisch pragmatisch.

Unter quantitativen Gesichtspunkten gesehen verzeichnet das „zentristische" Parteienspektrum seit 2011 den größten Zuwachs; eine Ausnahme ist Libyen, wo nur wenige, sehr kleine zentristische Parteien gegründet wurden. In Tunesien und in Ägypten wurden mehrere säkular-modernistische Parteien gegründet, die sich wegen ihrer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ausrichtung oft als liberale Parteien bezeichnen. In Ägypten gründeten sich 2005 und 2007 bereits zwei liberale Parteien, denen nach 2011 mehrere Neu-

gründungen folgten; in Marokko entstand die erste liberale Partei mit Unterstützung des Königs bereits 1978; es folgten weitere Gründungen 1983 und in den 2000er Jahren; in Algerien verhinderte die sozialistische Tradition bislang die Gründung einer liberalen Partei.[11]

Unmittelbar nach den politischen Umbrüchen des Jahres 2011 gingen die islamistischen Parteien aus den ersten Legislativwahlen (Ägypten, Marokko) bzw. den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung (Tunesien) als Sieger hervor; in Libyen stellten die Islamisten im General National Congress die zweitstärkste Parteifraktion. Lediglich in Algerien mussten islamistische Parteien eine Wahlniederlage einstecken; die beiden nationalistisch-zentristischen Parteien FLN und RND verfügen in der in allgemeiner Wahl gewählten ersten Kammer des Parlaments über eine klare Mehrheit.

Der islamistische Aufschwung bei den Wahlen in Marokko und Tunesien ist zwar auch der großen Zahl der Nichtwähler zu verdanken – effektiv wurden die islamistischen Parteien nur von jeweils circa sieben Prozent (Marokko) bzw. 18 Prozent (Tunesien) Prozent der Wahlberechtigten gewählt –, aber er spiegelt insbesondere die Fähigkeit und die Effizienz der Parteien wider, ihre Wählerschaft zu mobilisieren. Es gelang den islamistischen Organisationen, ihre religiösen wie politischen Vorstellungen und Leitlinien in den gesellschaftlichen und politischen Raum hineinzutragen und die innergesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen zu beeinflussen.

Zu einer Wende kam es für Islamisten in Ägypten, wo seit dem Militärputsch im Juli 2013 die Muslimbruderschaft (und ihre Partei) als größte islamistische Organisation zerschlagen wurde und ihre Mitglieder, wenn sie nicht inhaftiert wurden, in den Untergrund gingen bzw. zum Teil den bewaffneten Kampf aufnahmen.

In Libyen fand die politische Institutionenbildung und die Auseinandersetzung der verschiedenen ideologischen Strömungen in den (gewählten) Institutionen mit Ausbruch des zweiten Bürgerkrieges 2014 und der damit einhergehenden faktischen territorialen Zweiteilung des Landes ein (vorläufiges) Ende. Der politisch-ideologische und religiös-politische Konflikt zwischen Islamisten und Vertretern anderer Positionen – eine Konfliktlinie von mehreren – wird seither in Libyen hauptsächlich gewaltsam ausgetragen.

3. Parteiinterne Problemfelder

Politische Parteien waren in den nordafrikanischen Republiken nach der Unabhängigkeit Instrumente, um in den autoritär strukturierten, neopatrimonial regierten Staaten die Politik der jeweiligen Führungspersönlichkeit oder Führungsgruppe umzusetzen und die Machtverhältnisse sowie die bestehende Machtverteilung abzusichern und fortzuschreiben. Das hierarchische Modell der Einheitspartei (Einheitsfront), das zunächst vom Modell der dominanten Regierungspartei und nach 2011 von einer Koalition aus zwei oder mehr Parteien, die eine Unterstützerfront für die Staatsspitze bilden, abgelöst wurde, prägt die internen Strukturen und die Funktionsweise der Parteien bis heute. Dies gilt nicht nur für die Republiken, sondern auch für die marokkanische Monarchie, wo die jeweils hierarchisch auf eine Persönlichkeit fixierten Parteien die übergeordnete einende Struktur mit dem König an der Spitze als „Suprasystem" akzeptieren.

Die überwiegende Zahl der politischen Parteien in den nordafrikanischen Staaten spiegelt die hierarchischen Strukturen der politischen Systeme wider. Es handelt sich auch bei den seit 2011 neu gegründeten Parteien meist um „persönliche Angelegenheiten", weil im Mittelpunkt der Gründung die persönlichen Interessen einer oder mehrerer Personen standen; häufig sind weitere Familienmitglieder Mitglied in der Partei und in führenden Positionen tätig. Die persönlichen Interessen, nicht die Werbung für ein spezifisches politisches Programm und dessen Umsetzung leiten in vielen Fällen das Handeln der Parteiführung. Lediglich islamistische Parteien weichen von diesem Schema ab. Sie sind zwar noch strikter hierarchisch organisiert und zahlreiche Familienmitglieder der Organisationsgründer sind auch in ihren Strukturen aktiv, aber sie kennen ein hohes Maß an Disziplin und wollen neben den durchaus vorhandenen Eigeninteressen ihrer Führungskader in erster Linie ein Ziel erreichen (Machtübernahme) und eine Zielvorstellung (islamistisches Gesellschafts- und Staatsmodell) umsetzen. Nicht alle islamistischen Organisationen und ihre Führer wissen diese Ambitionen für das übergeordnete Ziel indes zu zügeln, wie die Entwicklung in Ägypten 2012/2013 zeigte, an deren Ende die Entmachtung des islamistischen Staatspräsidenten Mursi stand. Die islamistischen Parteien in Marokko und in Tunesien gehen nicht zuletzt nach dem Militärputsch in Ägypten im Juli 2013 hier weitaus strategischer und

pragmatischer vor, um ihre legale Existenz und ihren Zugang zu den zentralen Institutionen des Staates nicht zu gefährden.

Das Leitmotiv „Eigeninteresse", das zahlreiche Parteigründer und führende Parteimitglieder sowie Parlamentarier kennzeichnet, drückt sich im Verhalten aus. Es sind sehr häufig Parlamentarier, die nach Wahlen die Partei wechseln, um beim Wahlsieger oder bei einer Partei, die an der Regierung beteiligt ist, mitzuarbeiten. Eine größere Nähe zum Machtzentrum erhöht die Chancen auf materielle Vorteile (Posten); aber auch immaterielle Vorteile bei der eigenen Klientel sind damit verbunden, denn die Nähe zur Macht wird bei den Parteimitgliedern und Wählern mit verbessertem Ressourcenzugang gleichgesetzt, wodurch wiederum das Ansehen der betreffenden Person steigt, die über die größte Nähe zur Macht verfügt. Dieses verbreitete Phänomen des Parteiwechsels wird in den nordafrikanischen Staaten als Parteientranshumanz oder Parteientourismus bezeichnet. Es führt dazu, dass sich die Zusammensetzung und die Mitgliederzahl von Parlamentsfraktionen selbst während der Legislaturperiode häufig verändern.

Mehrheiten im Parlament werden allerdings vor allem durch die Spaltungstendenzen der Parteien verändert. Viele Parteineugründungen vor und nach 2011 sind aus Abspaltungen hervorgegangen. Ursächlich für die Abspaltung einer Fraktion waren in der Regel personelle Unstimmigkeiten zwischen Führungskadern, politisch-strategische Differenzen hinsichtlich der Regierungsbeteiligung und der Koalitionspartner, des Kooperations- und Allianzverhaltens oder der notwendigen Reformen und Prioritätensetzung. Ein drastisches Beispiel für den Verlust der parlamentarischen Mehrheit einer Partei durch Abspaltung von 25 Parlamentariern im Januar 2016 ist Tunesien. Die siegreich aus den Legislativwahlen (2014) hervorgegangene säkulare Partei Nida Tounes ist seit der Abspaltung von Fraktionsmitgliedern nach der islamistischen Partei Ennahda nur noch zweitstärkste Fraktion im Parlament. Nida Tounes wird zudem durch personelle Querelen aufgerieben, so dass die Zukunft der Partei ungewiss ist.

Kooperationen und Allianzen von Parteien sind überwiegend kurzfristige, taktische Angelegenheiten, die schnell wieder aufgegeben werden, wenn es politisch opportun erscheint, mit einem anderen Partner zu kooperieren oder in eine Regierungskoalition einzutre-

ten. So kommt es teilweise zu Kooperationen zwischen Parteien, die antagonistische Staats- und Gesellschaftsmodelle vertreten. Die Regierungskoalitionen in Marokko seit 2012 u. a. zwischen der islamistischen Partei PJD (Parti Justice et Développement; Partei Gerechtigkeit und Entwicklung) und der säkularen, aus dem linkssozialistischen Spektrum kommenden Partei PPS (Parti du Progrès et du Socialisme; Partei für Fortschritt und Sozialismus) sind hierfür ein Beispiel.

Das Verhalten der gewählten Parteivertreter in den Parlamenten wirft zudem ein Licht auf ihr Verständnis der Funktion und Bedeutung von Parteien, Wahlen und Institutionen. Einige Parlamentarier nehmen es mit der Anwesenheit bei den anberaumten Sitzungen des Parlaments und in den Kommissionen nicht sehr genau. Minutiös dokumentiert dies z. B. seit 2012 für Tunesien die zivilgesellschaftliche Vereinigung Al-Bawsala (Der Kompass); im Herbst 2016 mussten im tunesischen Parlament mehrfach Abstimmungen zum Haushaltsgesetz 2017 verschoben werden, weil das notwendige Quorum fehlte.[12]

Diese Verhaltensweise von Parlamentariern wirkt sich auf das Ansehen der Parteien insgesamt negativ aus. Verbreitet ist die Einschätzung, dass Parteien reine Klientelparteien und Organisationen sind, die privaten Interessen dienen, aber nicht das Wohl des gesamten Landes im Blick haben. Zu dieser Einschätzung trägt auch die Bürger- bzw. Wählerferne der meisten Parteien bei.

Eine landesweite Präsenz und ein entsprechend ausgebautes Netz an Büros, das sich über das gesamte Landesterritorium oder doch große Teile erstreckt (Parteibüros und Versammlungsräume in den größeren Städten, Lokale in den Gemeinden), besitzen die wenigstens Parteien. Vor den Machtwechseln in Ägypten und Tunesien waren die ehemaligen dominanten Parteien der Staatspräsidenten die finanziell und materiell auf allen Ebenen am besten ausgestatteten Parteien. In Algerien sind dies nach wie vor der FLN und der RND. Die seit 2011 in den nationalen Parlamenten vertretenen sitzstarken Parteien sind in der Regel landesweit präsent, darunter in Marokko der islamistische PJD und in Tunesien die islamistische Partei Ennahda; vor dem Putsch und ihrem Verbot 2013 galt dies auch für die Partei der Muslimbruderschaft in Ägypten, die Freedom and Justice Party.

Die „großen" im Parlament vertretenen Parteien sind es auch, die über eigene Frauen-, Jugend- und Studentenorganisationen verfügen und zumindest über ihre Mitglieder auch in den Gewerkschaften vertreten sind. Alle Parteien haben jedoch ein eklatantes Nachwuchsproblem, weil ein parteipolitisches Engagement für viele Jugendliche und junge Erwachsene, Männer wie Frauen, wenig attraktiv ist. Wenn Interesse an einem gesellschaftlichen Engagement besteht, wird die Mitarbeit in zivilgesellschaftlichen Vereinigungen angestrebt, deren Ansehen weitaus positiver als das Ansehen von Parteien und Politikern ist.[13] Abhilfe bei den Nachwuchsproblemen der Parteien sollen gesonderte innerparteiliche Maßnahmen zur Förderung von jungen und weiblichen Parteimitgliedern schaffen; speziell die islamistischen Parteien sind hier aktiv geworden. Außerhalb des islamistischen Parteienspektrums ignorierten die Parteien bislang die Nachwuchsthematik und den Aspekt der Mitgliederwerbung bzw. Wählerbetreuung. Sie zogen Mitglieder auch nicht kontinuierlicher in den innerparteilichen Willensbildungsprozess ein; meistens geschieht dies nur während der Vorbereitung der periodisch stattfindenden Parteitage. Die Partizipation der Basis an der Entscheidungsfindung ist somit stark begrenzt. Im Allgemeinen gilt, je kleiner die Partei, desto zentralistischer die Entscheidungsfindung; je größer die Partei, desto mehr Gewicht kommt innerparteilichen Fraktionen zu, die je nach Sachlage und innerparteilichen Machtverhältnissen und Stimmungslagen von den Führungsgremien und der Führungsspitze bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden müssen; gute Beispiele hierfür sind der FLN in Algerien und die islamistische Partei Ennahda in Tunesien.

Die Parteien stehen zudem vor dem akuten Problem, sich zu professionalisieren, um entsprechend dem Bedarf an Experten in den Institutionen des Staates auch kompetente Kader (Juristen, Volkswirte, Verwaltungsexperten usw.) anbieten zu können. Die Generierung neuer Eliten für die staatlichen Institutionen und Organisationen hängt wesentlich von den Parteien ab, denen die Verfassungen eine zentrale Funktion zuweisen. Die in den Parlamenten vertretenen Parteien haben dieses Problem zumindest erkannt und debattieren darüber; bewusst sind sich die Parteiführungen, dass eine Förderung von Frauen unvermeidlich ist, weil die Post-2011-Verfassungen die Gleichstellung festschreiben. Noch ist die patriarchalische und autoritäre Tradition in den meisten Parteien allerdings sehr lebendig, so dass sich die Umsetzung dieser Forderungen diffizil gestal-

tet; dies gilt auch für die Abkehr von den bislang dominierenden Autoritätsmustern, die auf das Alter, die Herkunft (aus der Familie des Parteigründers, Parteipräsidenten) oder die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe innerhalb der Partei, die sich durch eine besondere Loyalitätsbeziehung auszeichnet (gemeinsame Erfahrungen im Exil, im Gefängnis usw.), fixiert sind. Eine Funktionszuweisung innerhalb einer Partei auf der Basis von Kompetenz und Leistung ist noch die Ausnahme.

Ein vollkommen intransparenter Bereich ist die Parteienfinanzierung. Die Parteiengesetze weisen zwar entsprechende Bestimmungen auf und verpflichten zur Transparenz. Der Öffentlichkeit stehen in der Regel jedoch keine Angaben zur Verfügung; selbst die Mitgliederzahl der Parteien wird – wenn überhaupt – nur annähernd genannt. Wie viele Parteimitglieder Beiträge zahlen bleibt ebenfalls offen. Hier kann lediglich spekuliert werden. Offensichtlich ist jedoch, dass einige Parteien mit Büros, Technik und Personal gut ausgestattet sind und folglich über hohe Mittel verfügen müssen – wo immer diese auch herstammen.[14] Die Kleinstparteien, die sich zahlreich seit 2011 gründeten, sind ebenso offenkundig quasi mittellos.

Zahlreiche der jüngsten Parteigründungen erfolgten aus persönlichen Gründen, um die Chancen auf einen offiziellen Posten und damit die Generierung von Renten zu erhöhen. Die Pflege guter Beziehungen zum jeweiligen Staatsoberhaupt ist Teil dieser Strategie.[15] Islamistischen Parteien ging es primär um die Mobilisierung ausreichender Wählerstimmen, um sich den Zugang zur Macht zu sichern. Die Parteiprogramme, ungeachtet der ideologischen Orientierung, sind meistens wenig konkret, sondern erschöpfen sich in allgemeinen Erklärungen und Forderungen, die innerhalb der ideologischen Strömungen austauschbar sind. Die Wahlentscheidung der Wähler kann somit nur entlang der großen ideologischen Trennlinien erfolgen.

4. Gesellschaftliche Faktoren mit Auswirkungen auf Parteien und das politische System

Die Gesellschaften der Staaten Nordafrikas sind von der Personalisierung der Herrschaft und den neopatrimonialen Klientelstrukturen, die sich in allen Staaten nach der Erlangung der Unabhän-

gigkeit in den neu etablierten Ordnungen vertieften, geprägt. Es entstanden Zwittersysteme, die weder modern noch vollends traditionalistisch sind, sondern sowohl traditionelle Führungskonzepte als auch moderne Institutionen, das Konzept der Legitimität durch Wahlen und Konzepte wie bürgerliche Freiheiten und Menschenrechte aufweisen. Zum Kennzeichen dieser nachkolonialen Ordnungen wurde die Personalisierung der Herrschaft und die „Privatisierung des Staates"[16] durch die jeweils Herrschenden, die staatliche Ressourcen zur Generierung von Loyalität durch Rentenverteilung nutzten. Das traditionelle Prinzip des „Gebens und Nehmens", der Unterstützung (bei Wahlen) gegen konkrete Leistungen[17] wurde ausgebaut, verfestigte die existierenden Klientelbeziehungen und übertrug sie auf die politische Ebene: Sie wurden zentrales „Bindemittel" in den Beziehungen zwischen Staatsführung (Staatspräsident/König) und Bürger, ebenso wie zwischen Parteien (Parteiführern) und Wählern. Mit diesem System eng verbunden sind überhöhte Erwartungen an die Führerpersönlichkeit (arabisch: zaim) und die Selbstüberhöhung der Inhaber von Macht, die sich in den Republiken zwar formal durch Wahlen legitimieren ließen, aber alles daran setzten, unwiderruflich zu ihren Lebenszeiten die Macht zu sichern.

Ein Umpolen auf ein demokratisches System, das keine dauerhaft institutionalisierte personalisierte Macht zulässt, das Macht nur widerruflich und temporär verleiht, wird durch diese Personalisierungsneigungen und intakten Klientelstrukturen erschwert, vor allem weil sich die Personalisierung des politischen Systems auf Parteiebene widerspiegelt und dort ihre Beharrungskräfte entfaltet.[18]

Die machtpolitischen parteiinternen Querelen sind insbesondere ein Kennzeichen der Parteien des nichtislamistischen Spektrums, die zum Großteil weder ihre Struktur noch ihre Funktionsweise oder die Mechanismen zur Rekrutierung und Ausbildung von Nachwuchs nach modernen Regeln gestalten. Stattdessen werden meistens die „alten" Familien- und Klientelbande am Leben erhalten bzw. genutzt und über diese Verbindungen Parteiposten und – falls die Partei in Regierungsverantwortung kommt – Positionen in Regierung und Staat vergeben.[19]

Hinzu kommt eine weitere Problematik: Viele Wahlberechtigte, darunter vor allem junge Menschen, halten sich aus diversen Gründen

von Parteien und Wahlen fern, weil sie sich z. B. von Parteien nicht repräsentiert bzw. „vom Staat" (den Machthabern) vergessen fühlen oder die Repräsentanten des Staates und der Parteien als eine nur dem Eigeninteresse verhaftete Schicht einstufen. Sie bringen Parteien kein Vertrauen entgegen[20] und gehen dementsprechend auch nicht zur Wahl. Veränderungen des politischen Systems und der Beziehung zwischen Staat und Staatsbürger/Wähler werden dadurch erschwert. Sollte die Zahl der Nichtwähler[21] insbesondere unter den jungen Erwachsenen in den nächsten Jahren weiter steigen, dann wird die Wahllegitimation von Regierungen und in den Republiken jene der Präsidenten prekär.[22] Problematisch ist in diesem Zusammenhang, dass linke, zentristische, liberale und säkular orientierte Parteien von dieser fehlenden Bereitschaft zur Wahlteilnahme am stärksten betroffen sind, während sich die Anhänger islamistischer Parteien umfassender mobilisieren lassen.

Unter den Wahlberechtigten ist neben dem „Rückzug" ins Private vor allem eine Hinwendung zu alternativen Formen der Interessen-, Meinungs- und Protestbekundung wie Demonstrationen, Streiks, Sit-ins und Blockaden zu beobachten; es gibt hierbei teilweise Verbindungen zu Parteien, weil diese versuchen, die Proteste für ihre Ziele und Zwecke zu instrumentalisieren. Ähnlich ist es mit den für konkrete Ziele eintretenden zivilgesellschaftlichen Vereinigungen, die seit 2011 gleichfalls einen Aufschwung erlebten; viele stehen durchaus Parteien nahe oder teilen mit einigen die Grundorientierung (wie säkular-modernistisch, säkular-nationalistisch, traditionalistisch-nationalistisch, islamistisch). Viele islamistische Vereinigungen wiederum sind Gründungen von Parteien oder Parteimitgliedern mit dem konkreten Ziel, die islamistische Bewegung an der Basis zu stärken.

5. Parteien als innenpolitischer Konfliktfaktor

Seit der Zulassung islamistischer Parteien nach den Machtwechseln in Ägypten, Tunesien und Libyen sowie den nachfolgenden Wahlerfolgen in allen drei Ländern und in Marokko ist „Religion" bzw. die Art der Religiosität und die Interpretation des Islam zu einem Unterscheidungsmerkmal geworden, das innergesellschaftlich spaltet. Die religiöse Identität, die religiösen Interpretationen und Ansichten stehen seit 2011 in den Staaten, in denen islamistische Parteien an der Regierung beteiligt sind, im Vordergrund, wenn es

um die Gestaltung von Staat und Gesellschaft geht. Die Religion wird zur Trennlinie zwischen den Parteien und Vereinigungen der Islamisten auf der einen und den Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen des weit gefächerten säkularen Spektrums auf der anderen Seite. Das säkulare Spektrum ist im Unterschied zur islamistischen Bewegung weitaus stärker aufgesplittert und fand bislang zu keiner gemeinsamen Strategie, um die Frage der Orientierung von Staat und Gesellschaft für sich zu entscheiden. Theoretisch bestünde diese Chance, weil sich bei Wahlen bislang nicht die Mehrheit der Wahlberechtigten für die islamistischen Parteien entschied.[23] Diese unklare Situation wird anhalten, auch wenn die Verfassungen der nordafrikanischen Staaten wesentliche Bestimmungen zur Durchsetzung eines modernen, Religion und Politik trennenden Zivilstaates beinhalten[24] und sich mehrfach bei Umfragen seit 2011 eine deutliche Mehrheit für eine Trennung der Sphären Politik und Religion aussprach.[25]

Zur Vertiefung der normativen und konzeptionellen Differenzen seit 2011 trug der Aufschwung der islamistischen Bewegungen wesentlich bei, mit dem auf politischer und gesellschaftlicher Ebene ein „Islamisierungsschub" einsetzte. Dieser schlug sich nicht nur optisch im Straßenbild (Kleidung) nieder, sondern führte auch zu Forderungen von islamistischen Predigern, Vereinigungen und einigen Parteien, die religiösen Rechtsnormen (in islamistischer Auslegung) verbindlich einzuführen. Gewalt gegen Andersdenkende nahm zu,[26] Aufrufe, im In- und im Ausland (Syrien) den bewaffneten Kampf zu führen, waren eine weitere Folge des islamistischen Aufschwungs.[27]

Die islamistischen Parteien fordern aktuell aufgrund der realen innenpolitischen Machtverhältnisse (Marokko; Algerien; Ägypten seit Juli 2013) bzw. des gesellschaftlichen Gegenwinds (Tunesien) die Umsetzung ihres Staats- und Gesellschaftsmodells nicht laut und offen. Die Trennlinien zwischen den Vorstellungen der modernistisch-säkular orientierten und den islamistisch orientierten Parteien sind allerdings nicht ausgeräumt. Die islamistischen Zielvorstellungen wurden lediglich pragmatisch, den Umständen entsprechend, zurückgestellt und die parteipolitische Strategie geändert. Das politische Ringen um die Deutungshoheit der Religion und die Rolle der Religion in Staat und Gesellschaft kann unter veränderten Bedingungen jederzeit wieder ausbrechen.

Solange die modernistisch-säkular ausgerichteten Parteien keine gemeinsame Strategie entwickeln, um für das Ziel des Zivilstaates eine breite Mehrheit der Wähler zu mobilisieren und das Vertrauen der Wähler zu gewinnen, und solange sie kein klares Konzept für die Lösung der anstehenden Probleme bieten, werden die politischen Systeme nicht grundlegend modernisiert werden können.

Eine drängende Aufgabe der Parteien des nichtislamistischen Spektrums, die hinsichtlich der angestrebten Staats- und Gesellschaftsordnung ein großes Maß an Übereinstimmung aufweisen, wäre es folglich, einen neuen Grundkonsens zu erarbeiten und gemeinsam dafür zu werben.

Hierzu braucht es eine stringente Kommunikation der Parteiprogrammatik und der Wertegrundlage der säkularen Parteien; in innenpolitischen Umbruch- und Krisenzeiten muss zudem das Wahlversprechen, das für den Wahlsieg einer Partei hauptsächlich verantwortlich war, auf jeden Fall eingelöst werden. Wie schnell sich innergesellschaftliche und innerparteiliche Konflikte verschärfen können, wenn zentrale Wahlversprechen nicht eingehalten werden, zeigt anschaulich das Beispiel Tunesien: Die Partei Nida Tounes, gegründet 2012 als säkulare Alternative zur islamistischen Partei Ennahda, siegte bei den Legislativwahlen 2014 wegen ihres klaren Wahlversprechens, bei einem Wahlsieg keine Koalition mit den Islamisten einzugehen. Bei den anschließenden Präsidentschaftswahlen trug ebenfalls der Nida-Tounes-Kandidat, der Parteigründer Béji Caid Essebsi, den Sieg davon. Nach den Wahlen beschloss die Parteiführung von Nida Tounes entgegen dem Wahlversprechen, eine Koalitionsregierung unter Einschluss von Ennahda zu bilden. Diese Kehrtwende schadete der Partei und ihrer Mobilisierungskraft erheblich und nachhaltig. Zusätzliche machtpolitische Kontroversen innerhalb von Nida Tounes sorgten dafür, dass sie sich im Januar 2016 spaltete, Sitze im Parlament verlor und seither im Parlament nur noch zweite politische Kraft hinter der islamistischen Partei Ennahda ist.

6. Perspektiven

Politische Parteien werden gemäß den geltenden Verfassungen als Akteure in den gewählten Institutionen der nordafrikanischen Staaten Ägypten, Algerien, Marokko und Tunesien gebraucht; somit ist

davon auszugehen, dass in diesen Ländern die jeweiligen Staatsführungen für den Fortbestand der Parteien Sorge tragen und versuchen werden, auch ein Mindestmaß an Wahlbeteiligung sicherzustellen. Für Libyen kann diesbezüglich keine Aussage getroffen werden, weil das Wahlgesetz von 2014 nur unabhängige Kandidaten zur Wahl des Repräsentantenhauses zulässt und Parteien damit de facto politisch keine Rolle zugestanden wird.

Wer von den derzeit in den Parlamenten vertretenen Parteien der unterschiedlichen politisch-ideologischen Strömungen allerdings mittel- oder langfristig überleben und sich konsolidieren wird, ist noch unklar. Prognosen über den Fortbestand der Parteien und ihre wahrscheinliche institutionelle Verankerung werden erschwert, weil nicht abgeschätzt werden kann, wie sich die Wähler bei den nächsten Wahlen verhalten werden oder inwieweit die vielfältigen internen Probleme der Parteien zur Schwächung der derzeit bestehenden Organisationen, beispielsweise durch Parteiaustritte, Spaltungen und Parteineugründungen, führen. Nicht abschätzbar sind auch Eingriffe der Staatsführungen wie in Ägypten, wo Staatspräsident Sisi die im Parlament vertretenen Parteien zur Bildung einer breiten „Front" zur Unterstützung seiner Politik auffordert. Er sieht in Parteien (und dem Parlament) keine Mitgestalter und Weichensteller der Politik, sondern will sie auf die Rolle von Organisationen reduzieren, die präsidiale Vorgaben und Entscheidungen absegnen.

In Algerien wird die parlamentarische Mehrheit für die Staatsführung durch die ehemalige Einheitspartei FLN und die 1997 abgespaltene Partei RND gesichert. Die aktive Mitgestaltung der Politik durch andere Parteien ist bislang nicht gegeben und zukünftig auch wenig wahrscheinlich.

In Marokko wurde der seit 2011 regierenden islamistisch geführten Koalitionsregierung mehrfach von Seiten des Königs, der Staatschef und Vorsitzender des Ministerrats ist, die Richtung der Reformen vorgegeben und der (schnellere) Rhythmus bei der Umsetzung von Reformen und der Verabschiedung von Gesetzen angemahnt. Auf diese Weise wurden Entscheidungen wie beispielsweise bei der Gleichstellung und Frauenförderung vorangetrieben. Mitgestaltend sind de facto die Parteien nur, wenn sich ihre Agenda mit den Modernisierungszielen der Verfassung deckt, über die der König wacht. Insofern hat in Marokko die für eine stabile konstitutionelle

Monarchie und einen partizipativen, pluralen, sozialen Rechtsstaat eintretende Partei PAM (Parti Authenticité et Modernité; Partei für Authentizität und Modernität) als „Systempartei", die es verstand, sich als Alternative zu den Islamisten aufzubauen, 2016 bei den Legislativwahlen gut abgeschnitten.

Eine andere Sachlage wiederum trifft für Tunesien zu, wo weder eine „steuernde" Staatsführung die Orientierung verbindlich vorgibt bzw. durchsetzt, noch der Staatspräsident in der Praxis als Kontrollinstanz für die Umsetzung der Verfassungsbestimmungen wirkt. Die ideologisch heterogenen und innerhalb der säkularen Grundrichtung stark fraktionierten und zerstrittenen Parteien blockieren bislang eine kohärente Politikformulierung und Politikdurchsetzung. Das Ansehen der Parteien bei den Wählern verschlechterte sich folglich seit 2011 sukzessive.

Die Entwicklungen und Struktureigenheiten der einzelnen Staaten in Nordafrika sind zu spezifisch, als dass sie verallgemeinernde Aussagen über die künftig zu erwartende Ausgestaltung der Parteiensysteme zulassen würden. Drei Beobachtungen gelten allerdings für alle fünf Länder: (1) Unter politisch-ideologischen Gesichtspunkten kann davon ausgegangen werden, dass die islamistischen Parteien Bestand haben werden, auch wenn in Ägypten die Mitglieder der Muslimbruderschaft seit 2013 verfolgt werden. (2) Soweit Parteien aus dem nichtislamistischen Spektrum mit Zuspruch der Wählerschaft rechnen können, werden es jene zentristischen Parteien sein, die eine dezidiert modernistische, soziale (sozialdemokratische) Orientierung verfolgen, die zudem die Menschen- und Freiheitsrechte in den Mittelpunkt stellen und sich klar gegen das islamistische Staats- und Gesellschaftskonzept positionieren. (3) Die Polarisierung zwischen islamistischen und nichtislamistischen Parteien wird auch in Zukunft die politische Entwicklung der nordafrikanischen Staaten prägen.

1| Vgl. Mattes, Hanspeter: Tunesien, Algerien und Marokko: drei Protestbewegungen, drei unterschiedliche Ergebnisse, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Arabische Zeitenwende. Aufstand und Revolution in der arabischen Welt, Bonn 2012, S. 163–170.

2| Vgl. in der vorliegenden Studie Faath, Sigrid: Politische Parteien in Nordafrika nach 2011: Zum Untersuchungsgegenstand.

3| *Vgl. zur Rolle, die Parteien vor und nach 2011 zugestanden wird, als Überblick den Beitrag von Jan C. Völkel (Parteien in Nordafrika: Als Politikgestalter weder gewollt noch gebraucht) in der vorliegenden Studie; vgl. zum ideologischen Spektrum der Parteien Nordafrikas vor und nach 2011 ebenfalls in der vorliegenden Studie den Beitrag von Hanspeter Mattes (Die ideologische Bandbreite der Parteien in Nordafrika: Historische Entwicklung und aktuelle Ausprägung).*

4| *In Ägypten war diese dominante Partei bis 2011 die National Democratic Party (NDP). In Tunesien wechselte die Quasi-Einheitspartei, die seit der Unabhängigkeit 1956 bis zum Machtwechsel 2011 das Land prägte, mehrfach den Namen. Aus dem Parti Néo-Déstourien (PND; Neo-Verfassungspartei) wurde 1964 der Parti Socialiste Déstourien (PSD; Sozialistische Verfassungspartei) und 1988 der Rassemblement Constitutionnel Démocratique (RCD; Demokratische verfassungsmäßige Sammlungsbewegung).*

5| *Zur marokkanischen Monarchie vgl. Faath, Sigrid: Marokko, in: Riescher, Gisela/Thumfart, Alexander (Hrsg.): Monarchien, Baden-Baden 2008, S. 173–181; vgl. auch dieselbe: „Le Hassanisme". Das marokkanische Konzept von Demokratie, in: Wuqûf, Scheessel, Band 4–5, S. 9–89.*

6| *Vgl. hierzu (einschließlich der historischen Exkurse) Axtmann, Dirk: Reform autoritärer Herrschaft. Verfassungs- und Wahlrechtsreformen in Algerien, Tunesien und Marokko zwischen 1988 und 2004, Wiesbaden 2007.*

7| *Vgl. hierzu detaillierter den Beitrag von Hanspeter Mattes zur ideologischen Bandbreite der nordafrikanischen Parteien in der vorliegenden Studie und die dort angeführten Literaturhinweise.*

8| *Vgl. ebenda.*

9| *Vgl. als Überblick Faath, Sigrid: Legitimationsproblematik autoritärer Herrschaft in Nordafrika, in: Hofbauer, Martin/Loch, Thorsten (Hrsg.): Wegweiser zur Geschichte: Nordafrika, Paderborn u. a. 2011, S. 253–263.*

10| *Vgl. hierzu Badie, Bertrand: L'État importé. Essai sur l'occidentalisation de l'ordre politique, Paris 1992, besonders S. 313 ff. (Conclusion).*

11| *Vgl. Tabelle 6 in dem Beitrag von Hanspeter Mattes zur ideologischen Bandbreite der Parteien in der vorliegenden Studie.*

12| *Vgl. hierzu die Webseite der Vereinigung http://albawsala.com.*

13| *Vgl. hierzu detaillierter Faath, Sigrid (Hrsg.): Nordafrikas säkulare Zivilgesellschaften. Ihr Beitrag zur Stärkung von Demokratie und Menschenrechten, Sankt Augustin/Berlin 2016, http://www.kas.de/wf/de/33.47223/ (letzter Abruf: 30.12.2016).*

14| *Zu den Parteien mit der offensichtlich besten Finanzausstattung zählen die islamistischen Parteien wie Ennahda in Tunesien und PJD in Marokko; über Geldtransfers aus den Golfstaaten z. B. an Ennahda wird spekuliert.*

15| *Vgl. hierzu auch die Ausführungen von Storm, Lise: Party politics and the prospects for democracy in North Africa, London 2014, S. 183 ff.*

16| *Vgl. hierzu im Detail Hibou, Béatrice (Hrsg.): La privatisation des états, Paris 1999.*

17| *Es sind somit die Parteien, die finanziell liquide sind oder durch ihre zentrale Stellung im Machtapparat Investitionen z. B. für eine Provinz oder Gemeinde versprechen oder Posten verteilen können, die bei Wahlen im Vorteil sind. Seit 2011 verteilt z. B. in Tunesien die islamistische Partei Ennahda Monate vor anstehenden Wahlen zu besonderen Feiertagen und zum Schulanfang – Ereignisse, die mit Geldausgaben für die Familien verbunden sind – Sachwerte und Geld und hält damit*

das Prinzip „Geben und Nehmen" wach; mit anderen Worten, es wird ein Verhältnis der gegenseitigen Verpflichtung aufgebaut, das bei den nächsten Wahlen Stimmen sichert.

18| Dieser Sachverhalt erschwert auch die auf Parteien konzentrierte „Demokratieförderung" durch externe Akteure erheblich.

19| Vgl. z. B. zu Marokko Actu-Maroc, 7.9.2016 (Les partis favorisent les fils de leurs leaders), http://www.actu-maroc.com/les-partis-favorisent-les-fils-de-leurs-leaders/ (letzter Abruf: 30.12.2016)

20| Vgl. in der vorliegenden Studie den Beitrag von Jan C. Völkel (Parteien in Nordafrika: Als Politikgestalter weder gewollt noch gebraucht); vgl. dort insbesondere Abschnitt 5.

21| Dieser Akt des „Nichtwählens" kann sich in zweifacher Weise ausdrücken: erstens in der Weigerung, sich in die Wählerverzeichnisse aufnehmen zu lassen, was Vorbedingung für die Teilnahme an einer Wahl ist; zweitens durch den Boykott der Wahl selbst, obwohl man sich in die Wählerliste eintragen ließ. Bei beiden Varianten ist in den nordafrikanischen Staaten die Verweigerungsquote hoch.

22| Vgl. beispielhaft zu Marokko Lamrani, Ghassane: Abstention électorale et partis politiques au Maroc, Rabat 2015. Der Autor führte im Rahmen seiner Dissertation zahlreiche Umfragen durch und kommt zu dem Schluss, dass sich mittelfristig die Wahlbeteiligung nicht signifikant verbessern wird, da es den Parteien und den politischen Akteuren generell bei den Wahlberechtigten an Glaubwürdigkeit fehle.

23| Die islamistische Partei Ennahda in Tunesien errang z. B. bei der Legislativwahl 2014 nur 947.034 Stimmen von insgesamt 5.236.244 Wahlberechtigten. Die marokkanische islamistische Partei PJD erhielt bei der Legislativwahl vom Oktober 2016 nur 1.571.659 Stimmen von rund 23 Millionen Wahlberechtigten.

24| Vgl. Faath, Sigrid: Tunesiens neue Verfassung: Kein Grund zur Euphorie, Wuqûf-Kommentar, Berlin, 12.2.2014, http://www.wuquf.de/www/cms/upload/wuquf_2014_2_online-kommentar.pdf (letzter Abruf: 30.12.2016).

25| Vgl. z. B. die von SIGMA Conseil (Tunis) mit Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführte Befragung in Ägypten Algerien, Libyen, Marokko und Tunesien zum Thema „Religion et politique en Afrique du Nord", deren Ergebnisse am 10.5.2016 in Tunis vorgestellt wurden. Zu den Ergebnissen vgl. insbesondere S. 14 des Dokuments, http://www.kas.de/wf/doc/kas_45134-1522-3-30.pdf?160510132356 (letzter Abruf: 30.12.2016).

26| Vgl. hierzu die akribische Zusammenstellung von 657 salafistisch-islamistischen Gewaltakten in Tunesien allein im Zeitraum 26.6.2011 bis 24.6.2013 bei Fontaine, Jean: Du côté des salafistes en Tunisie, Tunis 2016.

27| Vgl. hierzu die Länderanalysen in Faath, Sigrid (Hrsg.): Islamische Akteure in Nordafrika. Aktualisierte und erweiterte Ausgabe, Sankt Augustin/Berlin 2016, http://www.kas.de/wf/de/33.47389/ (letzter Abruf: 30.12.2016); vgl. ebenda den Beitrag: Die Ausbreitung der Terrormiliz „Islamischer Staat" in Nordafrika.

AUSWAHLBIBLIOGRAPHIE

Azzouzi, Abdelhak: Figures et valeurs des partis politiques maghrébins, in: derselbe: Autoritarisme et aléas de la transition démocratique dans les pays du Maghreb, Paris: L'Harmattan 2006, S. 177–221

Baduel, Pierre-Robert (Hrsg.): Les partis politiques dans les pays arabes, 1. Le Machrek, Themenheft der Zeitschrift Revue des Mondes Musulmans et de la Méditerranée, Aix-en-Provence, Nr. 81–82, 1998

Baduel, Pierre-Robert/Catusse, Myriam (Hrsg.): Les partis politiques dans les pays arabes, 2. Le Maghreb, Themenheft der Zeitschrift Revue des Mondes Musulmans et de la Méditerranée, Aix-en-Provence, Nr. 111–112, 2006 (Beiträge zu Algerien, Libyen, Marokko, Tunesien)

Beaumont, Robin/Guignard, Xavier (Hrsg.): Partis et partisans dans le monde arabe post-2011, Themenband der Zeitschrift Confluences Méditerranée, Paris, Band 98, Herbst 2016 (mit Beiträgen zu den nordafrikanischen Staaten Ägypten, Algerien, Libyen und Tunesien)

Bennani-Chraïbi: L'espace partisan marocain: un microcosme polarisé?, in: Revue Française de Science Politique, Paris, Band 63, Nr. 6, 2013, S. 1163–1192

Boduszynski, Mieczyslaw/Fabbe, Kristin/Lamont, Christopher: After the Arab Spring. Are secular parties the answer?, in: Journal of Democracy, Washington DC, Band 26, Nr. 4, 2015, S. 125–139

Campbell, Leslie: Party-building in the Middle East, in: International Journal, London, Band 65, Nr. 3, 2010, S. 561–581

Castillejo, Clare/Tilley, Helen: The road to reform. Women's political voice in Morocco, London: Overseas Development Institute 2015, http://www.developmentprogress.org/sites/developmentprogress.org/files/case-study-report/morocco_full_report-final-digital.pdf (letzter Abruf: 15.11.2016)

Centre de Recherches et d'Études en Sciences Sociales, CRESS (Hrsg.): Les partis politiques au Maroc. Du statu quo à la nécessaire réforme, Revue Marocaine des Sciences Politiques et Sociales, Rabat, Band 8, Nr. 11, 2015

Collectif des Familles des Disparu(e)s en Algérie (CFDA) u. a.: «Réformes politiques» ou verrouillage supplémentaire de la société civile et du champ politique? Une analyse critique, Kopenhagen: Euro-Mediterranean Human Rights Network 2012, http://www.algeria-watch.de/pdf/pdf_fr/remdh_reformes_politiques_2012.pdf (letzter Abruf: 15.11.2016)

Collombier, Virginie: Politics without parties: Political change and democracy building in Egypt before and after the revolution, San Domenico di Fiesole: European University Institute 2013 (EU Working paper: MWP, 2013/35), http://cadmus.eui.eu/bitstream/handle/1814/29040/MWP_2013_35_Collombier.pdf?sequence=1&isAllowed=y (letzter Abruf: 15.11.2016)

Dherib, Baccar: Pour une refondation de la gauche tunisienne, Tunis: Diwen Éditions 2010

Driss, Chérif: Élections, dumping politique et populisme: Quand l'Algérie triomphe du «printemps arabe», in: L'Année du Maghreb, Paris: CNRS Éditions, Band 9, 2013, S. 279–297

Eibl, Ferdinand: The Party of Authenticity and Modernity (PAM): trajectory of a political deus ex machina, in: The Journal of North African Studies, London, Band 17, Nr. 1, 2012, S. 45–66

Elagati, Mohamed u. a.: Citizenship in the discourse of Egyptian political parties, Kairo: Arab Forum for Alternatives/Brüssel: European Policy Center (Working Paper 6), Juni 2015, http://www2.warwick.ac.uk/fac/soc/pais/research/researchcentres/irs/euspring/publications/euspring_paper_6_citizenship_in_the_discourse_of_egyptian_political_parties.pdf (letzter Abruf: 15.11.2016)

El Maslouhi, Abderrahim: La gauche marocaine, défenseurs du trône: Sur les métamorphoses d'une opposition institutionnelle, in: L'Année du Maghreb, Paris: CNRS Éditions, Band 5, 2009, S. 37–58

El Sherif, Ashraf: The Strong Egypt Party: Representing a progressive/democratic Islamist party?, in: Contemporary Islam, Heidelberg u. a., Band 10, Nr. 3, 2016, S. 311–331

Eyadat, Zaid: A transition without players: The role of politcal parties in the Arab revolutions, in: Democracy and Security, London, Band 11, Nr. 2, 2015, S. 160–175

Fettar, Fatima/Thompson-Pomeroy, Dexter: The re-positioning of Algeria's islamist opposition: The cooptation and de-cooptation of Harakat Mujtama' Al-Silm, Washington DC: The Institute for Middle East Studies 2015, https://imes.elliott.gwu.edu/sites/imes.elliott.gwu.edu/files/downloads/documents/Capstone-Papers-2015/Fettar%20%26%20Thompson-Pomeroy%20Capstone%20Final%20Draft.pdf (letzter Abruf: 15.11.2016)

Gaub, Florence/Abd El Aziz, Dinah: Arab sprouts: New actors in a new political landscape, in: Missiroli, Antonio (Hrsg.): EUISS Yearbook of European Security 2014, Paris 2014, S. 7–30, http://www.iss.europa.eu/uploads/media/YES2014.pdf (letzter Abruf: 15.11.2016)

Hamid, Shadi: Political party development before and after the Arab Spring, in: Kamrava, Mehran (Hrsg.): Beyond the Arab Spring. The evolving ruling bargain in the Middle East, Oxford: Oxford University Press 2014, S. 131–150, http://www.brookings.edu/~/media/research/files/papers/2014/12/beyond-the-arab-spring-hamid/beyond-the-arab-spring.pdf (letzter Abruf: 15.11.2016)

Hill, Jonathan N. C.: Democratisation in the Maghreb, Edinburgh: Edingburgh University Press 2016

Hussien, Ahmed A. Hameed: Egypt's 2015 parliamentarians, new faces – old logic, Paris: Arab Reform Initiative 2016, http://www.arab-reform.net/en/file/1213/download?token=9W1h3Ome (letzter Abruf: 15.11.2016)

Kasmi, Sanae: Le statut des partis politiques au Maroc, Revue Marocaine d'Administration Locale et de Développement (REMALD), Rabat, Nr. 91, 2015

Kausch, Kristina: Political parties in young Arab democracies, Madrid: FRIDE 2012, http://fride.org/download/PB_130_Political_Parties_in_Arab_Democracies.pdf (letzter Abruf: 15.11.2016)

Kalfat, Khalil (Hrsg.): Mapping of the Arab left: Tunisia, Egypt, Yemen, Sudan, Morocco, Algeria, Tunis: Rosa Luxemburg Stiftung 2014, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Mapping_of_the_Arab_left_Tunisia_en.pdf (letzter Abruf: 15.11.2016)

Kirdis, Esen: Between movement and party: Islamic movements in Morocco and the decision to enter party politics, in: The Journal of North African Studies, London, Band 16, Nr. 1, 2015, S. 65–86

Lawson, Kay/Ibrahim, Saad E. (Hrsg.): Political parties and democracy. The Arab world (Band 5 der Serie: Political parties in context), Santa Barbara CA u. a.: Praeger 2010

Masbah, Mohammed: Islamist and secular forces in Morocco. Not a zero-sum game, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik 2014, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2014C51_msb.pdf (letzter Abruf: 15.11.2016)

Meinardus, Ronald (Hrsg.): Liberalism in the Arab world: just a good idea?, Kairo: Al-Mahrosa 2014

Muasher, Marwan: The path to sutainable political parties in the Arab world, Washington DC: Carnegie Endowment for International Peace 2013, http://carnegieendowment.org/files/sustainable_arab_polit_parties.pdf (letzter Abruf: 15.11.2016)

Ottaway, Marina: The resistable rise of islamist parties, Washington DC: Woodrow Wilson Center 2013, http://carnegieendowment.org/files/sustainable_arab_polit_parties.pdf (letzter Abruf: 15.11.2016)

Saif, Ibrahim/Abu Rumman, Muhammad: The economic agenda of the islamist parties, Washington DC: Carnegie Endowment for Internationale Peace 2012, http://carnegieendowment.org/files/islamist_econ.pdf (letzter Abruf: 15.11.2016)

Szmolka, Inmaculada: Inter- and intra-party relations in the formation of the Benkirane coalition governments in Morocco, in: The Journal of North African Studies, London, Band 20, Nr. 4, 2015, S. 654–674

Storm, Lise: Party politics and the prospects for democracy in North Africa, Boulder CO/London: Lynne Rienner 2014

Van Hamme, Gilles u. a.: Social and socio-territorial electoral base of political parties in post-revolutionary Tunisia, in: The Journal of North African Studies, London, Band 19, 2014, S. 751–769

Werenfels, Isabelle: Vom Umgang mit Islamisten im Maghreb. Zwischen Einbindung und Unterdrückung, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik 2005, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2005_S39_wrf_ks.pdf (letzter Abruf: 15.11.2016)

Wolf, Anne: Can secular parties lead the new Tunisia, Washington DC: Carnegie Endowment for International Peace 2014, http://carnegieendowment.org/files/tunisia_secular_parties.pdf (letzter Abruf: 15.11.2016)

Yildirim, A. Kadir: Muslim democratic parties in the Middle East: Economy and politics of islamist moderation, Bloomington IN: Indiana University Press 2016

Zaki, Moheb: The status of political parties in the Arab world, in: Towards a better life: How to improve the state of democracy in the Middle East and North Africa, Istanbul: Global Political Trends Center 2010, S. 79–122, http://isndemo.atlasproject.eu/asset_demo/file/41dce687-ba58-4e8d-b6fe-7538c3bc6e36/d3b1d8a9-ecb6-4063-8b13-c4177bf822c0/Chapter4mepi2010-4.pdf (letzter Abruf: 15.11.2016)

DIE AUTOREN UND AUTORINNEN

Cherif Dris, Dr.
Studium der Politikwissenschaft und Promotion in Frankreich (Aix-en-Provence). Maître de conférences an der École Nationale Supérieure de Journalisme et des Sciences de l'Information (ENSJSI) in Algier; assoziierter Wissenschaftler am Forschungsinstitut IREMAM (Institut de Recherche et d'Études sur le Monde Arabe et Méditerranéen) in Aix-en-Provence; Bearbeitung der politikwissenschaftlichen Analysen zu Algerien in dem vom IREMAM und CNRS Éditions/Paris herausgegebenen Jahrbuch zum Maghreb (L'Année du Maghreb). Darüber hinaus zahlreiche Veröffentlichungen, u. a. Élections, dumping politique et populisme: Quand l'Algérie triomphe du „printemps arabe", Paris 2013; Quatrième mandat de Bouteflika: le parachèvement de la sanctuarisation du pouvoir présidentiel, Paris 2014; Algérie 2014: De l'élection présidentielle à l'émergence des patrons dans le jeu politique, Paris 2015.
Kontakt: chrifoudz.cherif@gmail.com

Louisa Dris Aït-Hamadouche
Studium der Politikwissenschaft. Zurzeit Maître de conférences an der Faculté des Sciences Politiques et de l'Information, Université Alger 3; Mitglied im Redaktionskomitee der wissenschaftlichen Zeitschrift „Mediterranean Politics" (London); regelmäßige Beiträge in algerischen Zeitungen und im Rundfunk; zahlreiche Publikationen als Autorin und Mitherausgeberin zum algerischen politischen System, zu Wahlen, Parteien und Sicherheitsaspekten; u. a. Législatives algériennes: La légitimation électorale du discours sécuritaire, Barcelona/Paris 2012; Global security watch – The Maghreb, London 2013; The regime endurance, Kopenhagen 2014.
Kontakt: aitdris@gmail.com

Sigrid Faath, PD Dr. habil.
Studium der Politikwissenschaft, Ethnologie und Soziologie; Consultant zu politischen Entwicklungen in Nordafrika; Arbeitsschwerpunkte: Innen- und Außenpolitik nordafrikanischer Staaten; Konfliktpotentiale in Nordafrika/Nahost; hierzu zahlreiche Veröffentlichungen; u. a. Herausgeberin der Studien: Rivalitäten und Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten in Nahost, Berlin 2010; Die

Zukunft der arabisch-türkischen Beziehungen: Nationales Interesse, nicht Religion als Basis der Kooperation, Baden-Baden 2011; Nordafrikas säkulare Zivilgesellschaften, Sankt Augustin/Berlin 2016; Islamische Akteure in Nordafrika, Sankt Augustin/Berlin 2016 (2. Aktualisierte und erweiterte Ausgabe); zusammen mit Hanspeter Mattes Herausgeberin der Wuqûf-Analysen zu Entwicklungen in Nordafrika (http://www.wuquf.de).
Kontakt: sigrid@faath.eu

Jannis Grimm, M.A.
Studium der Politikwissenschaft und Arabistik/Islamwissenschaft in Münster, Kairo und Berlin; zurzeit Promotion an der Berlin Graduate School Muslim Cultures and Societies (BGSMCS) zu den Mikrodynamiken von sozialer Mobilisierung und staatlicher Repression in Nordafrika. Forschungsassistent des Projekts „Elitenwandel und neue soziale Mobilisierung in der Arabischen Welt" der Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin (SWP). Forschungsschwerpunkte: Ägypten, Soziale Bewegungen in Nordafrika, insbesondere Bewegungen des politischen Islam, Autokratien- und Repressionsforschung. Aktuelle Publikationen: Eine Schwalbe macht noch keinen Frühling. Die arabischen Umbrüche in der politikwissenschaftlichen Literatur, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Berlin u. a., Band 9, Nr. 1–2, 2015, S. 97–118; Repressionen gegen Ägyptens Zivilgesellschaft. Staatliche Gewalt, Verengung des öffentlichen Raums und außergesetzliche Verfolgung, SWP-Aktuell A60, Berlin: SWP 2015.
Kontakt: jj.grimm@fu-berlin.de

Hanspeter Mattes, Dr. phil.
Studium der Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre (Diplom-Volkswirt); seit 2017 Consultant zu politischen Entwicklungen in Nordafrika; 2007–2016 Senior Research Fellow am GIGA Institut für Nahost-Studien, Büro Berlin; zuvor 1983–2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutschen Orient-Instituts, Hamburg. Arbeitsschwerpunkte: Innen- und Außenpolitik der nordafrikanischen Staaten, insbesondere Libyens, politische Transformation, Soft-security-Probleme, staatliche Religionspolitik. Herausgeber (zusammen mit Sigrid Faath) der Wuqûf-Analysen zu Entwicklungen in Nordafrika (http://www.wuquf.de); neuere Veröffentlichungen in der Reihe GIGA Focus Nahost (http://www.giga-hamburg.de/de/publikationen/giga-focus/nahost), zuletzt: Islamistischer Wahlsieg

in Marokko löst Krise bei der Regierungsbildung aus (Focus Nahost, Nr. 5, 2016).
Kontakt: hmattes@wuquf.de

Stephan Roll, Dr. phil.
Diplom-Volkswirt; Studium der Volkswirtschaftslehre und der Islamwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Wirtschaftlicher und politischer Transformationsprozess in Ägypten; Wirtschaftseliten als politische Akteure in der arabischen Welt. Zahlreiche Veröffentlichungen, u. a. Islamistische Akteure in Ägypten. Pragmatismus als Leitmotiv nach dem Sturz Mubaraks, in: Faath, Sigrid (Hrsg.): Islamische Akteure in Nordafrika, Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung 2016, S. 37–74; Auf Sand gebaut: Ägyptens fragwürdige Strategie für Wachstum und Entwicklung (Ko-Autor: Matthias Sailer), SWP-Aktuell 2015 A25, Berlin: SWP 2015; Ägyptens Unternehmerelite nach Mubarak. Machtvoller Akteur zwischen Militär und Muslimbruderschaft, SWP-Studie S14, Berlin: SWP 2013.
Kontakt: stephan.roll@swp-berlin.org

Isabel Schäfer, Dr. phil.
Studium der Politikwissenschaft. Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) in Bonn, Dozentin für Internationale Politik am Institut für Sozialwissenschaften (ISW) der Humboldt-Universität zu Berlin; Gründung und Leitung der Projektplattform „Mittelmeer Institut Berlin" (2012–2015); zweijähriger Forschungsaufenthalt in Tunesien (2009–2011). Forschungsschwerpunkte: Europäisch-arabische und euro-mediterrane Beziehungen, politische und gesellschaftliche Transformationsprozesse in Nordafrika, insbesondere in Tunesien, Jugendarbeitslosigkeit, Zivilgesellschaft, politische Partizipation. Zahlreiche Publikationen, zuletzt: Fostering a youth-sensitive approach in the EU's policies towards the South and East Mediterranean countries – The case of Tunisia, in: Colombo, Silvia (Hrsg.): Youth activism in the South Mediterranean countries since the Arab uprisings: Challenges and policy options, EuroMeSCo Joint Policy Study, Rom, Nr. 2, 2016, S. 61–74; The Tunisian transition, Working Paper, Barcelona: IEMed/EuroMeSCo 2015.
Kontakt: isabel.schaefer@gmx.de

Jan Claudius Völkel, Dr. phil.
Studium der Politikwissenschaft, Volkswirtschaft und Islamwissenschaft. Forschungs- und Lehrtätigkeit u. a. an den Universitäten Freiburg, Salzburg und dem Europäischen Hochschulinstitut Florenz. 2013 bis 2017 DAAD-Langzeitdozent für Politikwissenschaft an der Cairo University; seit 2017 Marie Sklodowska-Curie Fellow an der Vrije Universiteit Brussel für das Forschungsprojekt „The role of national parliaments in the Arab transformation processes". Arbeitsschwerpunkte: Aktuelle Transformationsprozesse in Nordafrika/Nahost; Mittelmeerbeziehungen der Europäischen Union. Zahlreiche Veröffentlichungen; zuletzt erschienen: Sidelined by design: Egypt's parliament in transition, in: The Journal of North African Studies, London, Band 22, Nr. 4, 2017, S. 595–619; Die Dominanz der Barbarei. Regionalbericht Naher Osten und Nordafrika, Bertelsmann Transformation Index BTI 2016, Gütersloh 2016.
Kontakt: jan.voelkel@vub.be

Ellinor Zeino, Dr. phil.
Studium der Politikwissenschaft. Seit Oktober 2015 Fachverantwortung für den Bereich Krisenmanagement und Reisesicherheit, Risikoanalyse und Beratung (MENA-Region) bei EXOP GmbH, Konstanz; 2012–2015 Projektkoordinatorin der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Rabat/Marokko; August/September 2015 Senior Research Associate beim GIGA Institute of Global and Area Studies, Hamburg zur Forschung über politische Parteien im Transformationsprozess (Fallbeispiel Ägypten). Veröffentlichungen mit Bezug zu Marokko u. a.: Le Maroc comme carrefour migratoire et pays d'accueil. Quels défis pour le futur?, in: Khrouz, Nadia/Lanza, Nazarena: Migrants au Maroc, Rabat: KAS 2015, S. 175–182; Verfassungsreform und Verfassungswirklichkeit in Marokko. Zwischen monarchischer Stabilität und demokratischer Erneuerung, in: KAS Auslandsinformationen, Sankt Augustin/Berlin, Nr. 2, 2014, S. 120–156; PJD auf Erfolgskurs? Die neue Rolle der PJD als Regierungspartei zwischen äußeren Handlungsbeschränkungen und politischer Inkohärenz, KAS Länderbericht, Rabat 2012.
Kontakt: ellinor@gmx.de

Anhang 1

Kurzprofile politischer Parteien:

Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko und Tunesien

Die Parteienlandschaft in den nordafrikanischen Staaten und die Parteien als Organisation sind seit den politischen Umbrüchen des Jahres 2011 und den erweiterten Handlungsspielräumen für politische Parteien in ständiger Bewegung und Veränderung. So verschieben sich beispielsweise in Tunesien durch Parteiaus- und Parteieintritte (Parteiwechsel) von Abgeordneten parlamentarische Mehrheiten, Parteien spalten sich, es kommt zu Neugründungen. Schließlich veränderten sich seit 2011 in Ägypten, Libyen und Tunesien bereits mehrfach die politischen Rahmenbedingungen und damit die Handlungsspielräume für Parteien, so dass in keinem dieser Staaten Ende des Jahres 2016 von konsolidierten politischen Umfeldern gesprochen werden kann; weitere Veränderungen sind auch in den nächsten Jahren zu erwarten. Gefestigter im Vergleich zu Ägypten, Libyen und Tunesien sind die politischen Bedingungen für Parteien in Marokko; allerdings müssen sich auch dort einige Parteien programmatisch und personell neu aufstellen, wenn sie ausreichend Wählerschaft binden wollen, um als tatsächlicher politischer Akteur auftreten zu können. In Algerien stehen die zwei dominanten Systemparteien FLN und RND vor der Aufgabe, sich auf die Zeit nach Präsident Bouteflika strukturell, personell und programmatisch vorzubereiten.

Die in die Länderrubriken des Handbuchteils aufgenommenen politischen Parteien stellen gemessen an der Anzahl der Parteien in den nordafrikanischen Staaten nur eine kleine Auswahl dar. Es wurden ausschließlich legale Parteien aufgenommen, die in den jeweiligen nationalen Parlamenten mit mindestens zehn Sitzen vertreten sind oder als außerparlamentarische legale Oppositionspartei durch öffentliche Aktivitäten auf sich aufmerksam machen; es sind zudem Parteien, die versuchen, auf Politik und Gesellschaft einzuwirken, und eine gewisse Resonanz im politischen und gesellschaftlichen Raum auslösen. Die Anzahl der beispielhaft angeführten Parteien variiert dementsprechend in den Länderrubriken. Ägypten als bevölkerungsreichstes Land Nordafrikas ist im Handbuchteil mit 16

Parteien am stärksten vertreten, gefolgt von Tunesien mit zwölf, Libyen neun, Marokko acht und Algerien sieben Parteien.

Die Kurzprofile der Parteien sind nach Ländern geordnet; die Reihenfolge der Länderrubriken ist wie im Analyseteil der Studie alphabetisch. Innerhalb der Länderrubriken wird diese alphabetische Ordnung für die Präsentation der einzelnen Parteien beibehalten.

Die Gliederung der Kurzprofile ist identisch. Der Namensbezeichnung folgt das Gründungsdatum und in einigen Fällen das Jahr der offiziellen Registrierung (Legalisierung). Angaben zu den Mitgliedern waren nur in den seltensten Fällen zu erhalten.

Die Schreibweise der Eigennamen und Eigenbezeichnungen folgt der jeweils landesüblichen Schreibweise in lateinischer Schrift. Es wurden entsprechend für Algerien, Marokko und Tunesien die französischen Varianten der Namen angeführt und bei Ägypten und Libyen die dort gängigen englischen Varianten. Englische Bezeichnungen wurden in der Regel nicht ins Deutsche übersetzt; bei französischsprachigen Bezeichnungen wurde die deutsche Übersetzung angefügt.

Alle angeführten Webseiten wurden zuletzt am 30. Dezember 2016 abgerufen.

Die Kurzdarstellungen der einzelnen Parteien berücksichtigen die Entwicklungen der Parteien bis Dezember 2016.

Ägypten

(Zusammengestellt von Stephan Roll und Jannis Grimm)

I. Grunddaten

Rolle der Parteien laut Verfassung: Artikel 74 der 2014 in Kraft getretenen Verfassung des Landes besagt: „Alle Bürger des Landes sollen das Recht haben, politische Parteien durch Ausrufung zu gründen, wie es im Gesetz geregelt ist. Auf der Grundlage von Religion oder der Diskriminierung auf Basis von Geschlecht, Herkunft, Konfession oder geografischer Verortung dürfen keine politischen Aktivitäten praktiziert und keine politischen Parteien gegründet werden. Aktivitäten, die demokratischen Prinzipien widersprechen, geheim sind oder militärischer oder quasi-militärischer Natur sind, dürfen nicht durchgeführt werden. Politische Parteien dürfen nur durch Gerichtsbeschluss aufgelöst werden."

Parteiengesetz: Gesetz Nr. 40/1977 (Parteiengesetz 1977), Gesetz Nr. 12/2011 vom 28.3.2011 (Revision von Gesetz Nr. 40/1977); Gesetz (Decree-Law) Nr. 45/2014, Gesetz (Decree-Law) Nr. 92/2015 (Revision von Gesetz Nr. 45/2014).

Anzahl der zugelassenen Parteien: Mindestens 86 (nach Angabe des State Information Service/SIS)

Profil der Bevölkerung: 91 Millionen Einwohner (Stand Juli 2016). Bei den Parlamentswahlen 2015 waren 55,6 Millionen Menschen wahlberechtigt, rund fünf Millionen mehr als 2011.

Wahlverhalten: Die Wahlbeteiligung bei der Parlamentswahl 2015 lag offiziell bei 28,2 Prozent (Beobachter gehen von 15 bis 20 Prozent aus). 2012 lag die Beteiligung noch bei 59 Prozent.

Wahlsieger bei den beiden letzten Legislativwahlen: Wahlsieger der vorletzten Parlamentswahl, die von November 2011 bis Januar 2012 stattfand, war die Demokratische Allianz mit 235 Mandaten (37,5 Prozent). Die Freedom and Justice Party (FJP) der Muslimbruderschaft besetzte als führende Partei der Allianz 217 Sitze. Zweitstärkste Kraft wurde der von der salafistischen Nour Party angeführte

Islamische Block, der 127 Sitze (27,8 Prozent) auf sich vereinen konnte. Die Wafd Party sicherte sich 38 Sitze (9,2 Prozent), der Block „Support Egypt" gewann 34 Sitze (8,9 Prozent); 16 Sitze davon gingen an die Egyptian Social Democratic Party (ESDP), 14 an die Free Egyptians Party (FEP).

Die Parlamentswahl 2015 brachte aufgrund 324 unabhängiger Abgeordneter (von 596) ein hochgradig fragmentiertes Parlament hervor. Stärkste Allianz wurde die vom 2016 verstorbenen pensionierten Geheimdienstoffizier Samih Saif al-Yazal koordinierte und hinter Präsident Sisi stehende Wahlliste „Aus Liebe zu Ägypten" („For the love of Egypt"/„Fi hub misr"), die alle 120 Listenplätze gewann. Stärkste Partei wurde die FEP mit 63 Sitzen vor der Future of the Homeland Party mit 51 und der Wafd Party mit 35 Mandaten.

Legale Parteien mit im weitesten Sinne säkularer bis nationalkonservativer Prägung (Auswahl alphabetisch geordnet; Stand Ende 2016):

- Bread and Freedom Party (Hizb al-aish wa al-hurriya/Partei für Brot und Freiheit);
- Conference Party (Hizb al-mutamar/Konferenzpartei);
- Conservative Party (Hizb al-muhafizin/Konservative Partei);
- Constitution Party/Dostour Party (Hizb al-dustur/Verfassungspartei);
- Dignity Party/Al-Karama Party (Hizb al-karama/Partei der Würde);
- Egyptian National Movement Party/ENMP (Hizb al-haraka al-wataniya al-misriya/Ägyptische Nationalbewegung);
- Egyptian Social Democratic Party/ESDP (Hizb al-masri al-dimuqrati al-ijtimai/Sozialdemokratische Partei);
- Free Egypt Party (Hizb misr al-hurra/Partei Freies Ägypten);
- Free Egyptians Party/FEP (Hizb al-misriyin al-ahrar/Partei der freien Ägypter);
- Future of the Homeland Party (Hizb mustaqbal watan/Partei Zukunft des Heimatlandes);
- National Progressive Unionist Party, kurz: Tagammu Party (Hizb al-tajammu al-watani al-taqaddumi al-wahdawi/Nationale progressive Unionspartei);
- Wafd Party (New Wafd Party/Hizb al-wafd al-jadid/Neue Delegationspartei; seit Mai 2015: Egyptian Wafd Party);
- My Homeland Egypt (Misr baladi/Ägypten mein Vaterland);

- Protectors/Guardians of the Homeland Party (Hizb humat al-watan/Partei Beschützer der Nation);
- Reform and Development Party (Hizb al-islah wal-tanmiya/Partei für Reform und Entwicklung);
- Republican People's Party/RPP (Hizb al-shaab al-jumhuri/Republikanische Volkspartei);
- Socialist Popular Alliance Party/SPAP (Hizb al-tahaluf al-shaabi al-ishtiraki/Partei sozialistische Volksallianz).

Legale Parteien mit religiöser, islamistischer Prägung:

- Authenticity Party (Hizb al-asala/Partei für Authentizität);
- Building and Development Party (Hizb al-bina wal-tanmiya/Partei für Aufbau und Entwicklung);
- Homeland Party (Hizb al-watan/Partei des Heimatlandes);
- Nour Party/Party of the Light (Hizb al-nur/Partei des Lichts);
- Renaissance Party/Egyptian Al-Nahda Party (Hizb al-nahda/Partei der Erneuerung);
- Strong Egypt Party (Hizb misr al-qawiya/Partei Starkes Ägypten);
- Wasat Party (New Wasat Party/Hizb al-wasat al-jadid/Partei der neuen Mitte).

Parteien, denen die Legalisierung verweigert wird/ verbotene Parteien:

- Freedom and Justice Party/FJP (Hizb al-hurriya wal-adala/Partei für Freiheit und Gerechtigkeit); die FJP ist der politische Arm der Ende 2013 als Terrororganisation eingestuften Muslimbruderschaft.
- National Democratic Party/NDP (Hizb al-watani al-dimuqrati/ Nationaldemokratische Partei); die NDP war die ehemalige Regierungspartei unter Staatspräsident Mubarak.

II. Legale politische Parteien mit Vertretern im nationalen Parlament oder in den kommunalen und regionalen Räten (Auswahl)

- Conference Party
- Conservative Party
- Egyptian National Movement Party
- Egyptian Social Democratic Party

- Free Egyptians Party
- Future of the Homeland Party
- Homeland Defenders Party
- National Progressive Unionist Party
- Nour Party
- Republican People's Party
- Wafd Party

Conference Party

Hizb al-mutamar (Konferenzpartei)

Gründung: 2012; zugelassen seit 18.9.2012.

Mitgliederzahl: Keine Angaben.

Sitz/Regionalbüros: Kairo (Hauptsitz); die Partei besitzt Regionalbüros, ihre Anzahl konnte jedoch nicht ermittelt werden.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Amr Mussa (Parteigründer, zurückgetreten als Vorsitzender im Juli 2013), Umar al-Mukhtar Samaidi (Parteivorsitzender); Amin Radi (Generalsekretär); Magdi Murshid (Vizeparteipräsident).
Die Partei ist strikt hierarchisch organisiert. Die Parteimitglieder wählen den Parteivorsitzenden und übertragen diesem die Parteiführung. Ihm sind acht Vizeparteipräsidenten zur Seite gestellt, die jeweils für ein Fachgebiet zuständig sind. Diese Führungsriege präsidiert über den Obersten Rat. Dieser setzt sich aus 100 bis 150 gewählten Parteivertretern zusammen, welche die Interessen der Regionalbüros vertreten und Entscheidungen der Parteispitze an selbige delegieren.

Programm:
- Innenpolitik: Die Partei zeichnet sich durch ihre regierungsfreundliche Rhetorik aus. In ihrer Gründungserklärung betont sie die Notwendigkeit eines nationalen Konsenses in politisch instabilen Zeiten. Sie fordert eine Demokratisierung des politischen Systems, Gewaltenteilung und einen zivilen Staat. Sozialpolitisch setzt sie sich für eine bessere Gesundheitsversorgung und höhere Ausgaben im Bildungsbereich ein.

- Außenpolitik: Die Partei unterstützt die Teilnahme Ägyptens am Krieg im Jemen und fordert eine selbstbewusste ägyptische Außenpolitik.
- Gesellschaftspolitik: Die Partei hat ein offen nationalistisches Profil und sieht in der Bewahrung der ägyptischen Identität ein wichtiges politisches Ziel. Sie setzt sich für die Gleichstellung der Geschlechter und gegen Diskriminierung jedweder Art ein.
- Wirtschaftspolitik: Durch staatliche Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen sollen die wirtschaftlichen Probleme im Land bewältigt werden. Die Partei positioniert sich ablehnend gegenüber Monopolen, fordert eine angemessene Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik und eine gerechte Einkommensverteilung.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011 und Sitzgewinne: Die Partei trat bei den Parlamentswahlen 2015 mit 102 Direktkandidaten an und ist mit zwölf Abgeordneten im Parlament vertreten.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Keine.

Kooperations- und Allianzpartner: Die Partei geht auf ein Bündnis zwischen 25 politischen Parteien und Bewegungen zurück, viele davon mit Verbindungen zur ehemaligen Regierungspartei National Democratic Party. Nur fünf Parteien des Bündnisses sind in der heutigen Parteistruktur der Conference Party aufgegangen, nachdem zahlreiche Organisationen das Bündnis wieder verließen. Die Conference Party unterhält enge Kontakte zu regierungsnahen Kräften. Vor allem Amr Mussa gilt aufgrund seiner politischen Vergangenheit (ehemaliger Außenminister unter Staatspräsident Mubarak und langjähriger Generalsekretär der Arabischen Liga) als hervorragend vernetzt. Bei der Wahl 2015 trat die Conference Party auf der Wahlliste „For the love of Egypt" an. Nach der Wahl schloss sie sich der „Support Egypt"-Allianz im Parlament jedoch nicht an.

Politische Gegner: Parteien aus dem islamistisch orientierten Spektrum steht die Conference Party ablehnend gegenüber. Doch auch linksliberale Parteien zählen zu ihren Gegnern. In der Vergangenheit arbeitete sie zwar punktuell auch mit der Constitution Party, der Egyptian Social Democratic Party und anderen linksliberalen Parteien gegen die Muslimbruderschaft zusammen, dabei handelte es sich aber eher um Zweckbeziehungen als echte Allianzen.

Parteieigene und nahestehende Medien: Keine Angaben.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Umar Samaidi ist ehemaliger Marineoffizier und Sohn eines Mitglieds der legendären „Freien Offiziere" um Gamal Abdel Nasser. Auch andere Parteiführer entstammen dem Sicherheitsapparat, wie etwa der ehemalige Generalmajor der Luftwaffe und Generalsekretär der Partei, Amin Radi. Der Partei werden enge Verbindungen zum Sicherheitsapparat nachgesagt.

Parteiorganisationen: Die Partei verfügte über eine Jugendorganisation, die sich allerdings unter Parteichef Samaidi von der Partei abkoppelte und neu formierte. Ob die Partei seither eine neue Jugendorganisation gründete oder über weitere Parteiorganisationen verfügt, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

Webauftritt: https://www.facebook.com/AlmotmerParty/

Gesellschaftliches Ansehen/Einfluss: Amr Mussa trat im Juli 2013 vom Parteivorsitz zurück, da er den Weg für eine neue und andere Generation freimachen wolle. Sein Nachfolger im Amt des Parteivorsitzenden, Muhamad al-Urabi, hielt sich indes nur vierzehn Tage. Der Aufstieg des heutigen Parteichefs Umar Samaidi hat die parteieigene Jugendorganisation zum Austritt bewegt. Sie hat sich außerhalb der Parteistrukturen neu formiert. Mussas Rücktritt löste parteiinterne Richtungskämpfe aus. Allerdings verfügt die Partei über eine bestens vernetzte und finanziell gut situierte Führungsebene, die ihr zum Erfolg bei der Wahl 2015 verhalf.

Conservative Party

Hizb al-muhafazin (Konservative Partei)

Gründung: 13.3.2006; Neuzulassung 2011.

Mitgliederzahl: 1.157 Gründungsmitglieder (nach Parteiangaben).

Sitz: Mahmud Bassiuni, Downtown/Kairo (Hauptsitz).

Führungspersönlichkeiten: Akmal Kurtam (Parteivorsitzender);

Ingy Haddad (Vizeparteivorsitzender und Gründer der Bewegung Shayefeencom); Azim Muhamad Janiydi (Generalsekretär); Mustafa Abd al-Aziz (Gründer). Kurtam gilt als unangefochtener Vorsitzender der Partei.

Programm:
- Innenpolitik: Auf der Agenda der Partei stehen Freiheits- und Menschenrechte, aber auch die Stärkung der inneren Sicherheit.
- Außenpolitik: Keine Angaben.
- Gesellschaftspolitik: Die Partei verortet sich ideologisch im konservativen Lager und will nationale Werte auf islamischer Grundlage verteidigen.
- Wirtschaftspolitik: Die Partei verfolgt einen wirtschaftsliberalen Kurs, fordert eine freie, für ausländische Investitionen offen stehende Marktwirtschaft und positioniert sich ablehnend gegenüber Monopolen in der Wirtschaft.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011 und Sitzgewinne: Für die Parlamentswahlen 2015 schloss sich die Partei der Allianz „For the love of Egypt" an, gewann über die gemeinsame Liste fünf Sitze und ein Direktmandat und ist heute mit sechs Abgeordneten im Parlament vertreten.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Keine.

Kooperations- und Allianzpartner: Kurtam war einflussreiches Mitglied der National Democratic Party und pflegt enge Seilschaften zu deren ehemaligen Funktionären. Die Conservative Party gilt als Anlaufstelle für regierungsnahe Kräfte, koalierte im Wahlkampf mit „For the love of Egypt" und setzt die Zusammenarbeit mit dem Staatspräsident Sisi nahestehenden Bündnis im Parlament fort.

Politische Gegner: Die Partei grenzt sich entschieden von der Muslimbruderschaft und links-liberalen Parteien ab.

Parteieigene und nahestehende Medien: Keine Angaben.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Ingy Haddad, der Vizeparteivorsitzende, ist Mitgründer von Shayefeencom (https://www.facebook.com/shayfenkom), einer sozialen Bewegung, die 2005 zum Monitoring von Wahlen und öffentlichen Ämtern gegründet

wurde; 2011 wurde sie als Watchdog gegen Korruption neu gegründet.

Parteiorganisationen: Keine Angaben.

Webauftritt: http://almohafezeen.com/; https://www.facebook.com/Almohafezeen.Party.

Gesellschaftliches Ansehen/Einfluss: Wie viele andere Parteien auch, gilt die Conservative Party als Vertretung politischer Eliten, die sich nach dem Verbot der National Democratic Party 2011 neu formiert haben. Sie hatte 2010 ihre politischen Aktivitäten eingefroren und sich 2011 neu konstituiert.

Egyptian National Movement Party (ENM)

Hizb al-haraka al-wataniya al-misriya (Ägyptische Nationalbewegung)

Gründung: September 2012; zugelassen seit 2012.

Mitgliederzahl: Keine Angaben.

Sitz: Kairo (Hauptsitz).

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Ahmad Shafiq (Parteigründer, Parteivorsitzender); Ahmad Sarhan (Leiter von Shafiqs Wahlkampagne 2012); Ali al-Massalhi (Vizeparteivorsitzender).

Die ENM ist hierarchisch strukturiert. Der Parteivorsitzende hat umfassende exekutive Befugnisse in der Partei und wird gemeinsam mit dem vierzehnköpfigen Hohen Rat, dem er vorsitzt, durch die Vollversammlung gewählt. In der darunter folgenden Hierarchie operiert das Generalsekretariat, das sich aus dem Generalsekretär, zehn gewählten und fünf vom Parteichef ernannten Mitgliedern zusammensetzt.

Programm:

- Innenpolitik: Die ENM vertritt einige populäre Forderungen wie die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung und Verbesserungen im Gesundheitssystem. Sie verteidigt das umstrittene Protestgesetz und begrüßt die Anstrengungen der Regierung im

Kampf gegen den islamistischen Terror. Zudem tut sie sich durch öffentliche Unterstützungsappelle für Staatspräsident Sisi hervor.
- Außenpolitik: Die Partei steht hinter Ägyptens Unterstützung des von Saudi-Arabien geführten Krieges im Jemen. Ihr außenpolitisches Profil bleibt jedoch, jenseits von stetigem Lob für den Kurs der Regierung, konturlos.
- Gesellschaftspolitik: Keine Angaben.
- Wirtschaftspolitik: Den öffentlichen Sektor und Staatsbetriebe hält die Partei für wichtig, will aber zugleich ausländische Direktinvestitionen anlocken, die Wirtschaft öffnen und Subventionen reduzieren. Die Partei will staatliche Großprojekte im Rahmen von Public Private Partnerships vorantreiben und unterstützt die Wirtschaftspolitik der Regierung.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011 und Sitzgewinne: Die Partei gewann bei den Parlamentswahlen 2015 nur vier Sitze, obwohl sie 110 Direktkandidaten aufgestellt hatte. Sie hatte sich keiner Allianz angeschlossen, nachdem ein erster Anlauf für eine Kandidatur über die Staatspräsident Sisi nahestehende Liste „For the love of Egypt" gescheitert war.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Ahmad Shafiq (kurzzeitig Premierminister unter Staatspräsident Husni Mubarak im Februar 2011, damals noch Mitglied der National Democratic Party).

Kooperations- und Allianzpartner: Als führende Kraft in der Allianz „Egyptian Front" (Jabha misriya), die bei der ursprünglich für März 2015 geplanten Parlamentswahl mit einer gemeinsamen Liste antreten wollte, knüpfte die ENM enge Beziehungen zu zahlreichen kleineren Parteien. Trotz Zerbrechens der Allianz noch vor dem geplanten Wahltermin im März 2015 bleibt sie parteipolitisch gut vernetzt, auch da sie bereits 2012 Kontakte mit der Conference Party und der National Progressive Unionist Party (Tagammu Party) aufgebaut hatte. Die aus Mitgliedern der National Democratic Party geformte My Homeland Egypt Party (Misr baladi), die mit drei Abgeordneten im Parlament sitzt, gilt als ihr engster Verbündeter.

Politische Gegner: Shafiqs politische Ambitionen werden von Teilen des Staats- und Militärapparates vehement abgelehnt und torpediert. Die ENM grenzt sich ihrerseits ideologisch ebenso von linken Parteien wie von islamistischen Kräften ab.

Parteieigene und nahestehende Medien: Keine Angaben.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Die Partei hat Verbindungen zu hochrangigen ehemaligen Mitgliedern der National Democratic Party, verfügt in deren traditionellen Hochburgen Minufiya, Alexandria und Kairos Nobelviertel Heliopolis über Unterstützung und versteht sich als Vertretung des konservativen Establishments. Shafiq amtierte acht Jahre lang unter Staatspräsident Mubarak als Minister für zivile Luftfahrt und war während des Volksaufstands 2011 kurzweilig Regierungschef. Er verfügt über ausgebaute Kontakte zu ehemaligen Kadern der National Democratic Party, aber auch zu Geschäftsleuten, die heute die Partei finanziell und politisch unterstützen.

Parteiorganisationen: Keine Angaben.

Webauftritt: https://www.facebook.com/elharakaelwatanya

Gesellschaftliches Ansehen/Einfluss: Die Partei hatte sich 2012 im Nachklang von Shafiqs Präsidentschaftskandidatur formiert und wird als Sammlung ehemaliger Mitglieder und Anhänger der National Democratic Party wahrgenommen. Shafiq hatte sich 2012 aufgrund staatsanwaltlicher Ermittlungen wegen Korruption in die Vereinigten Arabischen Emirate abgesetzt. Die ENM war hoffnungsvoll in Verhandlungen über Wahlallianzen für die Parlamentswahl gestartet und 2014 Kamal Ganzuris regierungsnaher Parteiallianz „National Alliance" beigetreten, doch das Projekt scheiterte. Nachdem ägyptische Medien im Mai 2015 berichteten, die Staatsführung lehne Shafiqs Rückkehr auf die politische Bühne ab, zogen zahllose ENM-Kandidaten ihre Bewerbungen zurück. Das schlechte Abschneiden der ENM bei den Parlamentswahlen 2015 wird gemeinhin mit Shafiqs fehlendem Rückhalt im Staatsapparat begründet.

Egyptian Social Democratic Party (ESDP)

al-Hizb al-misri al-dimuqrati al-ijtimai (Ägyptische sozialdemokratische Partei)

Gründung: 21.3.2011; zugelassen seit 3.7.2011.

Mitgliederzahl: 5.000 (Parteiangaben).

Sitz: 6 Bustan, Downtown/Kairo (Hauptsitz).

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Farid Zahran (Parteivorsitzender, seit 2016); Ziad Baha al-Din (ehemaliger Vizeparteichef); Muhamad Abu al-Ghar (Parteigründer); Hussain Guhar (Mitglied des Politbüros, außenpolitischer Sprecher); Bassam Kamil (Vizevorsitzender).

Höchstes Gremium der Partei ist der Oberste Rat, die einzige Parteiorganisation, die neben dem Parteichef exekutive Funktionen ausübt. Alle Posten in Gremien wie dem Politbüro, dem Bildungs-, Medien-, Planungs- oder Jugendsekretariat werden in demokratischen Wahlen vergeben.

Programm:
- Innenpolitik: Die ESDP fordert einen modernen, zivilen und demokratischen Staat und Gewaltenteilung. Die Partei lehnt die Einmischung der Armee in die Politik strikt ab.
- Außenpolitik: Die ESDP setzt sich für einen stärkeren Einfluss Ägyptens auf internationaler Ebene ein, vor allem in den Ländern des Nilbeckens und der arabischen Welt. Die Partei unterstützt einen unabhängigen Palästinenserstaat und setzt auf diplomatischen Druck zur Lösung des Nahostkonflikts.
- Gesellschaftspolitik: Neben einer allgemeinen Krankenversicherung und staatlichen Übernahme von Behandlungskosten fordert die ESDP staatliche Leistungen für Arbeitslose. Sie strebt zudem eine Reform des Bildungssystems an.
- Wirtschaftspolitik: Die ESDP bekennt sich zur Marktwirtschaft; sie fordert aber staatliche Einschränkungen für den Privatsektor. Erklärtes Ziel der Partei ist es, durch die Förderung kleiner Unternehmen die Lücke zwischen Arm und Reich im Land zu schließen und monopolistische Strukturen in der Wirtschaft zu verhindern. Zudem fordert sie eine Restrukturierung des staatlichen Subventionssystems.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011 und Sitzgewinne: Die ESDP zog nach den Parlamentswahlen 2011, bei denen sie auf der Liste des „Egyptian Bloc" antrat, mit 16 Mandaten in die Volksvertretung ein. Bei den Parlamentswahlen 2015 trat sie mit 77 Direktkandi-

daten an und gewann vier Sitze. Im Parlament arbeitet sie mit sechs weiteren parteilosen Abgeordneten zusammen.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Hazim al-Bablawi war Interimspremierminister von Juli 2013 bis Februar 2014 und Interimsfinanzminister von Juli 2011 bis Oktober 2011; Ziad Baha al-Din war Vizepremierminister und Minister für Planung und Entwicklung in der Interimsregierung von Premierminister Bablawi (Juli 2013 bis Februar 2014).

Kooperations- und Allianzpartner: Die ESDP versteht sich als Bindeglied zwischen links- und wirtschaftsliberalen Parteien und agiert bündnispolitisch flexibel. Seit 2013 führt sie gemeinsame Kampagnen mit linksliberalen Kräften wie der Constitution Party, der Socialist Popular Alliance Party und der Dignity Party durch, pflegt aber auch stabile Kontakte zur Free Egyptians Party und Wafd Party.

Politische Gegner: Die Partei versteht sich als entschiedener Gegner islamistisch orientierter Kräfte und steht damit auch Parteien wie der verbotenen Freedom and Justice Party ablehnend gegenüber.

Parteieigene und nahestehende Medien: Mit al-Tariq betreibt die Partei ein eigenes Nachrichtenportal im Internet (http://el-tareeq.net/default.aspx).

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Die Gründung der ESDP geht auf den Zusammenschluss mehrerer zivilgesellschaftlicher Initiativen zurück, die bereits vor dem Volksaufstand 2011 organisiert waren. Entsprechend hat sie enge Kontakte zur Zivilgesellschaft. Auf internationaler Ebene ist die ESDP Vollmitglied der Sozialistischen Internationale. Sie pflegt intensive Kontakte zu sozialdemokratischen Parteien im arabischen und europäischen Raum und hat einen Beobachterstatus bei der Sozialdemokratischen Partei Europas.

Parteiorganisationen: Keine Angaben.

Webauftritt: http://www.egysdp.com/; https://www.facebook.com/Egysdp.

Gesellschaftliches Ansehen/Einfluss: Langjährige Flügelkämpfe kosteten die Partei politische Glaubwürdigkeit. Beispielhaft hierfür stehen die internen Auseinandersetzungen um eine umstrittene Unterstützungserklärung an den Obersten Militärrat im Jahr 2011. Nach einer Welle von Parteiaustritten zog die ESDP schließlich ihre Unterschrift zurück. Auch in den folgenden Jahren wurden Parteientscheidungen wiederholt infolge interner Kritik revidiert. Zudem haben Ägyptens Sozialdemokraten nach Staatspräsident Mursis Sturz 2013 an Anziehungskraft verloren. Von ihren einst über 20.000 Mitgliedern sind ihr nur wenige Tausend geblieben. Dennoch bleibt die ESDP für Teile der urbanen Mittelschicht und der Jugend attraktiv, da sie sich von Staatsführung und islamistischen Parteien nicht hat kooptieren lassen. Aufgrund ihrer Vertretung im Parlament sieht sie sich zudem in einer Mediationsfunktion zwischen Regime und außerparlamentarischer Opposition. Profitieren könnte sie zukünftig durch Parteienfusionen im linksliberalen Lager.

Free Egyptians Party (FEP)

Hizb al-misriyin al-ahrar (Partei der freien Ägypter)

Gründung: 3.4.2011; zugelassen seit 3.7.2011.

Mitgliederzahl: 110.000 (Schätzung; die FEP macht keine Angaben zu Mitgliederzahlen).

Sitz: 2 Hassan Sabry, Zamalek/Kairo (Hauptsitz).

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Issam Khalil (Parteivorsitzender, seit 2016); Shahab Wagih (Parteisprecher); Nagib Sawiris (Parteigründer); Nadir Sharkawi (Generalsekretär).

Innerhalb der Partei arbeiten zwölf Komitees, die Bereiche wie Finanzen, Kommunikation und Wirtschaftspolitik abdecken. Der Hohe Rat mit seinen 70 Mitgliedern ist das höchste Parteigremium. Alle Exekutivposten der FEP werden in allgemeinen Wahlen alle vier Jahre bestimmt; 20 Mitglieder des Hohen Rates werden vom Parteichef ernannt, fünf davon müssen unter 35 Jahre alt sein. Wichtigstes Exekutivorgan ist das zehnköpfige Politbüro, dem unter anderem Khalil und Wagih angehören.

Programm:

- Innenpolitik: Die FEP lehnte die Herrschaft des Obersten Militärrates 2011 strikt ab, unterstützte den Sturz von Staatspräsident Mursi 2013, die 2014 verabschiedete neue Verfassung und Abd al-Fattah al-Sisis Präsidentschaftskandidatur. Seither unterstützt sie grundsätzlich dessen Politik, fordert aber einen zivilen Staat und lehnt den politischen Einfluss der Armee ab. Sie setzt sich nominell für ein liberales demokratisches System und eine unabhängige Justiz ein, hält sich in ihrer Kritik an den bestehenden autoritären Verhältnissen indes zurück.
- Außenpolitik: Die FEP tritt für einen unabhängigen palästinensischen Staat in den Grenzen von vor 1967 ein und strebt nach einem Ausbau regionaler und globaler Kooperations- und Handelsbeziehungen. Außenpolitisch agiert die Partei meist unpräzise, sprach sich jedoch kritisch gegenüber ausländischer Einmischung in Ägypten aus.
- Gesellschaftspolitik: Die FEP fordert eine strikte Trennung von Staat und Religion.
- Wirtschaftspolitik: Die Partei hat ein klar wirtschaftsliberales Profil und optiert für eine liberale Marktwirtschaft, niedrige Steuern für Unternehmen, ausländische Direktinvestitionen und freie Wechselkurse. Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft lehnt sie ab, ebenso wie die wirtschaftlichen Aktivitäten des Militärs sowie Streiks und Gesetze, die den Freihandel behindern. Erklärtes oberstes Ziel der FEP ist die Armutsbekämpfung durch wirtschaftliche Entwicklung und eine sozialverträgliche Abschaffung der Subventionen.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011 und Sitzgewinne: Bei der Parlamentswahl 2011 trat die FEP mit der National Progressive Unionist Party (Tagammu Party) und der Egyptian Social Demoratic Party unter dem Dach des „Egyptian Bloc" an, der sich als säkulares Gegengewicht zu islamistischen Parteien verstand, und gewann 15 Sitze. Bei der Parlamentswahl 2015 gewann sie 65 Mandate, verlor jedoch durch einen Parteiaustritt und eine Stimmennachzählung nachträglich zwei Sitze. Die Partei war mit 227 Individualkandidaten angetreten, hatte sich den Wahllisten von „Aus Liebe zu Ägypten" (For the love of Egypt) angeschlossen, entschied sich aber nach der Wahl gegen den Beitritt zur Koalition „Support Egypt" im Parlament und agiert dort als eigenständige Kraft. Derzeit verfügt die FEP über 63 Sitze im Parlament.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Keine.

Kooperations- und Allianzpartner: Die FEP kooperierte seit 2011 mit Parteien aus verschiedensten politischen Lagern und agiert bündnispolitisch flexibel. Auch wenn sie sich der Staatspräsident Sisi nahestehenden Koalition im Parlament nicht anschloss, arbeitet sie mit ihr partiell zusammen. Enge Kontakte pflegt sie zur Wafd Party, zur Egyptian Social Democratic Party und zur Conference Party.

Politische Gegner: Die Partei präsentiert sich als entschiedener Gegner religiös orientierter islamistischer Kräfte. Die Muslimbruderschaft und deren politischer Arm, die Freedom and Justice Party, werden nicht nur als politische Gegner, sondern als Feinde gesehen. Doch auch Parteien links der Sozialdemokraten sind in der FEP unbeliebt. Allianzen mit linken Parteien, die eine grundlegende Veränderung des autoritären Status quo, soziale Umverteilungsmaßnahmen und eine Abkehr von neoliberalen Reformen befürworten, gelten als unrealistisch.

Parteieigene und nahestehende Medien: Der TV-Kanal ONTV galt als Sprachrohr der Partei, bis Haupteigner Nagib Sawiris seine Anteile 2016 an den Großunternehmer Ahmad Abu Hashima veräußerte, der seinerseits der Future of the Homeland Party nahesteht. Sawiris ist damit aus dem Mediengeschäft in Ägypten faktisch ausgestiegen, bleibt aber weiterhin einflussreich. Er besitzt seit 2016 die Mehrheit am paneuropäischen TV-Sender Euronews und an dessen neugegründetem Schwestersender Africanews.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Die Partei verfügt über enge Verbindungen zur ägyptischen Wirtschaftselite und ist nicht zuletzt hierdurch auch international gut vernetzt.

Parteiorganisationen: Keine Angaben.

Webauftritt: http://www.almasreyeenalahrrar.com//; http://www.facebook.com/almasreyeenalahrrar.

Gesellschaftliches Ansehen/Einfluss: Die FEP zählt zahlreiche Unternehmer in ihren Reihen, gilt als wirtschaftsnah und verfügt über umfangreiche finanzielle Ressourcen. Im Wahlkampf 2015 war sie landesweit omnipräsent. Politische Gegner werfen ihr das Überschrei-

ten des gesetzlich vorgeschriebenen Höchstwerts für Wahlkampfausgaben vor. Die FEP wird professionell geführt und dürfte langfristig eine politische Rolle in Ägypten spielen. Parteiinterne Flügelkämpfe blieben ihr indes nicht erspart. Diese führten 2015 zum Austritt von Ex-Parteichef Ahmad Said und von 85 weiteren Funktionären.

Future of the Homeland Party

Hizb mustaqbal watan (Partei Zukunft des Heimatlandes)

Gründung: Juli 2014; zugelassen seit August 2014.

Mitgliederzahl: 120.000 Mitglieder; 5.300 Gründungsmitglieder (Parteiangaben).

Sitz/Regionalbüros: Heliopolis/Kairo (Hauptsitz); 58 Regionalbüros.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Muhamad Badran (Parteigründer; nach Angaben der Partei seit Januar 2016 zum Studium in den USA, Rücktritt vom Parteivorsitz im September 2016); Ashraf Rashad (seit September 2016 Parteivorsitzender, zuvor Fraktionsvorsitzender); Ahmad Hassan (Sprecher); Abdallah Maghazi (führendes Parteimitglied).

Die Partei ist straff hierarchisch organisiert. Geleitet wird sie vom Parteichef und dem Exekutivkomitee, den einzigen Exekutivorganen der Partei.

Programm:
- Innenpolitik: Die Partei bezeichnet die Sicherheit der Nation als wichtigste Priorität jedes ägyptischen Bürgers. Ihre Mission sei die Förderung der Jugend. In ihrer Selbstdarstellung betont sie ferner die Rolle Badrans, der „junge, das Land liebende Menschen, die die Sicherheit des Heimatlandes und des Militärs unterstützen", zusammengebracht habe. Angesprochen werden insbesondere die Angehörigen und Unterstützer des Sicherheitsapparats. Bislang hat das Parteiprogramm außer nationalistisch-patriotischer Rhetorik wenig Konturen.
- Außenpolitik: Keine Angaben.
- Gesellschaftspolitik: Die Partei will Ägypten zu einem Land formen,

in dem jedem Bürger die gleichen Rechte und Pflichten obliegen. Ferner will sie sich gegen Diskriminierung wegen Religion, Geschlechts, Rasse oder sozialer Klasse einsetzen.
- Wirtschaftspolitik: Die wirtschaftspolitische Linie der Partei bleibt unpräzise. Sie arbeite daran, auf Basis einer freien Wirtschaft und sozialer Gerechtigkeit in Ägypten eine Atmosphäre zu schaffen, die Investitionen begünstigt und hierdurch wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht. Den Einfluss der Armee auf Ägyptens Wirtschaft sieht sie offenbar unproblematisch.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011 und Sitzgewinne: Die Partei gewann bei der Parlamentswahl 2015 53 Sitze. Ihren steilen Aufstieg dürfte sie vor allem ihren engen Beziehungen zum Sicherheitsestablishment verdanken. Einige ihrer Abgeordneten sind ehemalige Polizei- und Militäroffiziere, die meisten präsentieren sich jedoch als Unternehmer.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Keine.

Kooperations- und Allianzpartner: Die Partei ist Mitglied der Koalition „For the love of Egypt" und kooperiert mit regierungsnahen Parteien und Abgeordneten, die Staatspräsident Sisi und dessen Politik unterstützen. Im Parlament schloss sich die Partei dem Block „Support Egypt" an.

Politische Gegner: Die Partei versteht sich als entschiedener Gegner islamistisch orientierter Kräfte und insbesondere der Muslimbruderschaft, sieht aber auch alle anderen Parteien, die der politischen Führung unter Staatspräsident Sisi kritisch gegenüberstehen, als Bedrohung an.

Parteieigene und nahestehende Medien: Der parteinahe Großunternehmer Abu Hashima übernahm Anfang 2016 mit ONTV einen der größten privaten Fernsehkanäle im Land und baut seither das Programm des Senders massiv um. Parteifunktionäre erhalten dadurch gute Sendeplätze und sind medial stark über ONTV vertreten.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Die Partei ist aus einer Jugendkampagne hervorgegangen, die unter dem Namen „Future of the Nation" Ende 2013 in Kairo erstmals in Erscheinung trat und offenbar vom ägyptischen Auslandsgeheimdienst (General

Intelligence Service) finanziert wurde. Die Kampagnenleitung oblag Badran. Die Partei gilt als Sammelbecken für Ex-Funktionäre der National Democratic Party, die führende Posten in den Regionalbüros der National Democratic Party innehatten. Die Parteiführer Badran und Rashad erklärten, die Partei genieße den Rückhalt von Unternehmern wie Abu Hashima oder Hani Abu Rida, denen ihrerseits enge Beziehungen zu Netzwerken der ehemaligen Regierungspartei nachgesagt werden. Rashad verfügt eigenen Angaben zufolge über enge Kontakte zu einflussreichen Familienclans in Oberägypten.

Parteiorganisationen: Keine Angaben.

Webauftritt: http://m-watan.com/; https://www.facebook.com/mostqbalwataneg

Gesellschaftliches Ansehen/Einfluss: Die Partei betont selbst ihre Nähe zu Staatspräsident Sisi und dem Sicherheitsapparat. Badran, bei der Parteigründung erst 24 Jahre alt, war ehemaliger Vorsitzender des ägyptischen Studentenverbandes und Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung von 2013/2014. Er ist ein expliziter Unterstützter von Staatspräsident Sisi und wurde von diesem immer wieder öffentlichkeitswirksam in Szene gesetzt. Auch daher gilt die Partei als Vertretung des Staatspräsidenten sowie des Auslands- und Militärgeheimdienstes im Parlament.

Homeland Defenders Party

Hizb humat al-watan (Partei Beschützer der Nation)

Gründung: 28.2.2014

Mitgliederzahl: Keine Angaben.

Sitz/Regionalbüros: Keine Angaben.

Führungspersönlichkeiten: Jamal al-Haridi (Parteivorsitzender); Usama Abu al-Majd (Generalsekretär); Samir Ghatas (Vizeparteivorsitzender); Fuad Arafa (Parteisprecher); Kamal Amr (Parlamentarischer Sprecher).

Programm:

- Innenpolitik: Als eine von mehreren Parteineugründungen durch ehemalige Funktionäre der National Democratic Party macht sich die Partei den oft von regierungsnahen Kräften gebrauchten nationalistischen Slogan „Partei für alle Ägypter" zu eigen. Sie betont die Bedeutung der inneren Sicherheit, will die Modernisierung ländlicher Gebiete vorantreiben und staatliche Hilfen für Bedürftige ausbauen. Parteimitglieder riefen 2015 zu einer Ausweitung der Kompetenzen der staatlichen Sicherheitskräfte auf.
- Außenpolitik: Der parlamentarische Sprecher der Partei, Kamal Amr, der im Parlament den Vorsitz des Verteidigungs- und nationalen Sicherheitskomitees übernahm, betonte in einer Grundsatzrede, man sei bereit, im Interesse der Nation mit Vertretern aller Staaten zu sprechen, wenn dies zur Sicherheit Ägyptens beitrage. Explizit erwähnte er dabei die USA und Israel. Gleichzeitig befürwortet die Partei eine Diversifizierung von Ägyptens Außenbeziehungen, die sich vor allem in der Rüstungspolitik widerspiegeln soll.
- Gesellschaftspolitik: Die Partei will Ägyptens Identität bewahren, die Gleichstellung der Geschlechter fördern und spricht sich – gemäß Verfassungsartikel 74 – gegen Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Religion oder Geschlecht aus.
- Wirtschaftspolitik: Die Partei will sich für die Rechte der Arbeiterklasse und der Bauern einsetzen und kleine und mittelständische Unternehmen fördern. Ihr wirtschaftspolitisches Profil bleibt unpräzise.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011 und Sitzgewinne: Die Partei gewann bei der Parlamentswahl 2015 zehn Direktmandate und weitere acht Mandate über die Wahlliste von „For the love of Egypt".

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Keine.

Kooperations- und Allianzpartner: 2014 schloss sich die Partei der Parteienallianz „Call of Egypt" („Ruf Ägyptens"), die vornehmlich aus Parteien mit Verbindungen zur ehemaligen Regierungspartei National Democratic Party bestand, an. Nach Scheitern dieser Allianz trat sie dem Parteienbündnis „For the love of Egypt" bei und kooperiert seither mit diesem Bündnis im Parlament.

Politische Gegner: Die Partei steht islamistischen Parteien und insbesondere der Muslimbruderschaft feindlich gegenüber.

Parteieigene und nahestehende Medien: Keine Angaben.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Der Partei werden intensive Kontakte zum Sicherheitsapparat und zu ehemaligen Kadern der National Democratic Party nachgesagt. Generalsekretär Usama Abu al-Majd ist ehemaliger Armeeoffizier, ebenso wie der Parteichef selbst. Der parlamentarische Sprecher der Partei, Kamal Amr, ist ein ehemaliger Offizier des ägyptischen Militärgeheimdienstes und gilt als Vertrauter von Staatspräsident Sisi. Unter den Kandidaten, die für die Partei bei den Parlamentswahlen antraten, waren überwiegend Mitglieder der ehemaligen Regierungspartei National Democratic Party oder deren Familienangehörige.

Parteiorganisationen: Keine Angaben.

Webauftritt: https://www.facebook.com/264844890341681/

Gesellschaftliches Ansehen/Einfluss: Informationen zur Partei sind äußerst schwer einzuholen. Ihre Internetseiten in sozialen Netzwerken sind wenig aussagekräftig; es handelt sich überwiegend um unpolitische und inhaltsleere Beiträge. Parteifunktionäre werden nur sporadisch in ägyptischen Medien zitiert. Bislang operiert die erst 2014 gegründete Partei weitgehend im Dunkeln. Eine Ausnahme hiervon bildet der parlamentarische Sprecher der Partei, Kamal Amr, der mit dem Vorsitz des Parlamentskomitees für Verteidigung und nationale Sicherheit einen einflussreichen Posten übernommen hat. Amr äußert sich regelmäßig zu Themen der inneren Sicherheit und hat über sein Komitee Einfluss auf eine Reihe umstrittener und polarisierender Gesetzgebungsprozesse, darunter die Umgestaltung des Pressegesetzes, des Protestgesetzes und der Gesetzgebung für die Nichtregierungsorganisationen.

National Progressive Unionist Party (Tagammu Party)

Hizb al-tajammu al-watani al-taqaddumi al-wahdawi (Nationale progressive unionistische Partei); landläufig ist der Rufname „Tagammu" verbreitet.

Gründung: April 1976; zugelassen seit 19.4.1992.

Mitgliederzahl: Keine Angaben.

Sitz: 1 Karim al-Dawla, Kairo (Hauptsitz).

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Said Abd al-Aal (Parteivorsitzender); Hussain Abd al-Razik (Vorsitzender des Politbüros); Rifaat al-Said (ehemaliger Parteivorsitzender); Nabil Zaki (Parteisprecher).

Wichtigste Organe der Partei sind das Politbüro, das Sekretariat und das Zentralkomitee. Letzterem obliegt es, Beschlüsse der Generalversammlung, dem einzigen Organ, das die Parteicharta abändern darf, umzusetzen. Mächtigster exekutiver Posten ist der des Parteivorsitzenden.

Programm:

- Innenpolitik: Die Partei präsentiert sich in der Tradition der „Freien Offiziere" von 1952 und verfolgt eine linksnationalistische, militärfreundliche Linie, setzt sich aber für demokratische Freiheiten ein und verurteilt die Militärtribunale für Zivilisten. Sie fordert ein demokratisches und parlamentarisches System, in dem das Parlament die Regierung überwacht, der Regierung das Vertrauen entziehen und über den Haushalt mitbestimmen kann.
- Außenpolitik: Die Partei fordert einen unabhängigen palästinensischen Staat und opponiert regelmäßig gegen westlichen Einfluss in der Region. Eine Normalisierung der Beziehungen zu Israel lehnt die Partei ab.
- Gesellschaftspolitik: Die Errichtung eines demokratischen Systems sowie die Trennung von Staat und Religion zählen zu den Grundforderungen der Partei. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Religion oder des sozialen Status lehnt sie ab.
- Wirtschaftspolitik: Die Partei setzt sich für einen starken öffentlichen Sektor ein, will den Staat ermächtigen, die Bürger vor wirtschaftlicher Ausbeutung zu schützen, und lehnt Verträge mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank grundsätzlich ebenso ab wie die Privatisierung von Staatsbetrieben. Sie fordert eine verstärkte Wirtschaftskooperation arabischer Staaten untereinander.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011 und Sitzgewinne: Bei der Legislativwahl 2011 trat die Partei gemeinsam mit der Free Egyptians Party und der Egyptian Social Democratic Party unter dem Dach des „Egyptian Bloc" an. Sie besetzte nur zehn Prozent der Listenplätze und gewann drei Sitze. Bei den Parlamentswahlen 2015 trat sie einerseits mit 24 Direktkandidaten an und schloss sich zudem der Staatspräsident Sisi nahestehenden Wahlallianz „For the love of Egypt" an, gewann aber nur ein Direktmandat. Aufgrund der Berufung eines Parteimitlieds durch Staatspräsident Sisi, der 28 Abgeordnete des neuen Parlaments direkt ernannte, ist die Partei mit zwei Abgeordneten im Parlament vertreten.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Dr. Guda Abd al-Khalik (Sozialminister in der Regierung Kamal Ganzuris 2011 bis 2012).

Kooperations- und Allianzpartner: Die Partei agierte bündnispolitisch höchst pragmatisch und kooperierte in den letzten Jahren sowohl mit der Egyptian Social Democratic Party und der Free Egyptians Party, aber auch mit der Armee und Staatspräsident Sisi nahestehenden Parteien; sie entfernte sich jedoch deutlich von ideologisch ähnlichen Parteien wie der Dignity Party und der Socialist Popular Alliance Party.

Politische Gegner: Die Partei versteht sich als Gegner islamistischer Organisationen und lehnt Allianzen mit der Muslimbruderschaft oder ihr nahestehenden Parteien/Bewegungen ab.

Parteieigene und nahestehende Medien: Sie betreibt das Online-Nachrichtenportal al-Ahali (http://alahalygate.com/).

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Der staatlich kontrollierte Gewerkschaftsverband Egyptian Trade Union Federation (ETUF) zählt zu den wichtigsten Interessenverbänden, mit denen die Partei enge Kontakte pflegt.

Parteiorganisationen: Keine Angaben.

Webauftritt: http://altagamoa.org/; https://www.facebook.com/tagamoa.party

Gesellschaftliches Ansehen/Einfluss: Die Partei stand in den

1980er Jahren auf dem Zenit ihres politischen Wirkens, verlor aber ab den frühen 1990er Jahren stark an Einfluss und Unterstützung. Von ihren einst wohl über 150.000 Mitgliedern sind ihr nur noch einige zehntausend geblieben. Trotz ihrer engen Verbindungen zur Funktionärsebene der Egyptian Trade Union Federation spricht sie heute vor allem Intellektuelle der Mittelschicht an. Unter den Beschäftigten der Staatsbetriebe verlor sie massiv an Rückhalt. Unter Rifaat al-Said näherte sich die Partei zunehmend der politischen Führung an und votierte für eine, von weiten Teilen der Parteibasis abgelehnte, Teilnahme an der Parlamentswahl 2010. Diese Entscheidung hatte ebenso wie Rifaat al-Saids Kritik am Volksaufstand 2011 Massenaustritte zur Folge. Die Partei hat heute nur noch begrenzten politischen Einfluss.

Nour Party

Party of the Light/Hizb al-nur (Partei des Lichts)

Gründung: Im März 2011 als politischer Arm der salafistischen Massenorganisation al-Dawa al-salafiya gegründet; zugelassen seit 13.6.2011.

Mitgliederzahl: 7.000 (Stand 2011; nach Parteiangaben).

Sitz: 601 Horreya Boulevard, Zezenia/Alexandria (Hauptsitz).

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Yunis Makhiun (Parteivorsitzender, seit 2012); Nadir Bakar (führender Parteifunktionär); Yasir Burhami (wichtigster Scheich und offenbar Mitbegründer, aber nicht Mitglied der Partei; Burhami ist stellvertretender Generalsekretär der Dawa al-salafiya).

Die innere Organisation der Nour Party ist ein Abbild ihres bevorzugten Regierungsmodells, welches ähnlich dem französischen System eine starke Exekutive und eine große Generalversammlung vorsieht. Höchstes Gremium der Partei ist demnach der dreißig- bis vierzigköpfige Hohe Rat, der von der Generalversammlung demokratisch gewählt wird. Die Generalversammlung setzt sich aus 150 bis 200 Vertretern aller Regionalbüros und Provinzen des Landes zusammen, hat aber im Gegensatz zum Hohen Rat und dem Par-

teichef keine exekutive Funktion. Interessierte können der Partei zunächst als Mitgliedschaftsanwärter beitreten, erhalten aber erst nach Absolvierung eines Orientierungsprozesses Stimmberechtigung.

Programm:

- Innenpolitik: Die Partei mischt vor allem in gesellschaftspolitischen Debatten mit und sympathisiert mit Staatspräsident Sisi und dem Militär. Konkret setzt sich die Partei für die Erhöhung des Budgets für Entwicklung ein und fordert eine Agrarreform mit dem Ziel, das Land eigenständig mit Lebensmitteln versorgen zu können.
- Außenpolitik: Die Partei betrachtet das Friedensabkommen zwischen Israel und Ägypten von 1979 als bindendes Abkommen. Verhandlungen mit dem Land lehnt sie nicht grundsätzlich ab, spricht sich aber gegen eine Normalisierung der Beziehungen zu Israel aus und fordert Nachbesserungen am Camp-David-Vertrag.
- Gesellschaftspolitik: Im Sinne ihrer salafistischen Mutterorganisation bezeichnet die Nour Party die Scharia als „ultimative Referenz in politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen". Koran und Sunna werden als wichtigste Rechtsquellen gesehen, säkulare politische Konzepte grundsätzlich abgelehnt. Allerdings gibt sich die Partei pragmatisch und spricht sich für das Recht auf Koexistenz und demokratische Grundsätze aus. Christen will sie zugestehen, bei internen Angelegenheiten eigene Rechtsvorschriften heranzuziehen.
- Wirtschaftspolitik: Im September 2012 erklärte die Partei, sie lehne Kredite des Internationalen Währungsfonds nicht grundsätzlich ab, obwohl Zinserträge mit islamischen Rechtsnormen unvereinbar seien. 2013 wurde diese Position relativiert und das Einverständnis zu einem Kredit des Internationalen Währungsfonds an eine Zustimmung der Azhar-Universität, der obersten religiösen Autorität in Ägypten, geknüpft. Die Partei wirbt für Islamisches Bankenwesen und Mindest- sowie Maximallöhne, die an die Inflationsrate gekoppelt werden sollen.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011 und Sitzgewinne: Nach dem Verbot der Freedom and Justice Party ist die Nour Party die parlamentarisch einflussreichste islamistische Kraft im Land. Sie trat bei der Parlamentswahl 2015 mit 161 Direktkandidaten und einer eigenen Wahlliste an, gewann aber nur elf Mandate. Bei den Wahlen

2011 war sie noch zweitstärkste Kraft geworden und hatte 111 Abgeordnete im Parlament gestellt.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Keine.

Kooperations- und Allianzpartner: In der Amtszeit von Ex-Staatspräsident Mursi bot sich die Partei als Partner der Freedom and Justice Party an, obgleich sie dieser auch immer wieder Konkurrenz machte. Anfang 2013 distanzierte sie sich zunehmend von der Muslimbruderschaft und unterstützte nach dem Militärputsch im Sommer 2013 die Sisi-Administration. Ideologisch steht sie zwar salafistischen Parteien wie der Homeland Party nahe, unterscheidet sich aber von diesen durch ihre explizite Unterstützung der politischen Führung unter Staatspräsident Sisi. Sie verfügt daher trotz ideologischer Nähe kaum über Kooperationspartner im islamistischen Spektrum.

Politische Gegner: Im Parlament ist die Nour Party heute stark isoliert und wird von nahezu allen politischen Kräften gemieden. Die Free Egyptians Party und die Wafd Party, aber auch die Socialist Popular Alliance Party stehen islamistischen Kräften äußerst feindselig gegenüber.

Parteieigene und nahestehende Medien: Mit al-Nur al-jadid (Das neue Licht) verlegt die Partei eine eigene Wochenzeitung.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Die Partei ist der politische Arm der in den 1970ern gegründeten ultrakonservativen Organisation al-Dawa al-salafiya (Der Salafistische Ruf; auch als „Salafistische Bewegung" bekannt). Diese verfügt vor allem in der Region Alexandria und im südlichen Oberägypten über Rückhalt und betreibt karitative Einrichtungen wie Gesundheitszentren und Schulen.

Parteiorganisationen: Keine Angaben.

Webauftritt: https://www.facebook.com/AlnourPartyOfficialPage/; https://twitter.com/alnourpartyeg

Gesellschaftliches Ansehen/Einfluss: Die Partei gilt als islamisch-ultrakonservativ und streng puritanisch, überstand jedoch trotz des expliziten Verbots religiöser Parteien in Ägyptens Verfassung meh-

rere Verbotsverfahren. Parteifunktionäre gehen seither kreativ mit der Verfassungsauslegung um und erklärten wiederholt, die Nour Party sei eine „islamische" Partei und keine „religiöse" Partei. Entgegen ihrer ultrakonservativen Agenda agiert sie pragmatisch und setzte für die Parlamentswahl Christen und Frauen auf ihre Wahllisten.

Republican People's Party (RPP)

Hizb al-shaab al-jumhuri (Republikanische Volkspartei)

Gründung: 1992 (Einstellung der Arbeit 1999 wegen internen Konflikten um die Parteipräsidentschaft); Neugründung 2012 und Zulassung im September 2012.

Mitgliederzahl: Keine Angaben.

Sitz: Kairo (Hauptsitz).

Führungspersönlichkeiten: Hazim Umar (Gründer und Parteivorsitzender); Hasaballah al-Kafrawi (Gründer, ehemaliger Minister für Wohnungsbau, damals NDP); Yahia al-Gamal (ehemaliger Vizepremierminister, damals NDP); Safi al-Din Kharbush (Generalsekretär).

Die Partei ist straff hierarchisch organisiert. Sie wird faktisch von Parteichef Hazim Umar kontrolliert, der als Sprecher und Gesicht der Partei fungiert.

Programm:
- Innenpolitik: Die RPP bezeichnet sich als sozialdemokratische, liberale Partei, die sich für soziale Gerechtigkeit, einen zivilen Staat und Gewaltenteilung einsetzt. Sie will das Bildungssystem und die Gesundheitsversorgung reformieren und auf eine allgemeine und flächendeckende Krankenversicherung sowie eine transparente Preisgestaltung in der Medikamentenversorgung hinwirken.
- Außenpolitik: Die RRP betont die geostrategische Bedeutung Ägyptens. Sie fordert, Ägyptens Interessen im Nilbecken sicherzustellen, und setzt auf eine stärkere Rolle des Landes in der UNO sowie in der Arabischen Liga.
- Gesellschaftspolitik: Die RPP lehnt eine radikale Transformation

des Staates, wie sie während der Massenproteste im Januar 2011 gefordert wurde, ab. Das Parteiprogramm weist eine hohe Übereinstimmung mit dem Programm der National Democratic Party auf, insbesondere was den Aspekt der selektiven Liberalisierung der Wirtschaft und die Verbesserung der öffentlichen Versorgung angeht.
- Wirtschaftspolitik: Die RPP setzt zwar auf Marktwirtschaft, fordert aber auch eine aktive Beteiligung des Staates in der Wirtschaft, um das Wachstum wettbewerbsfähiger Wirtschaftszweige anzukurbeln. Kleine und mittelständische Unternehmen sollen stärker gefördert werden.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011 und Sitzgewinne: Bei der Legislativwahl 2015 trat die Partei mit 73 Direktkandidaten an und gewann 13 Mandate.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Keine.

Kooperations- und Allianzpartner: Nach ihrer Neugründung schloss sich die RPP der Conference Party unter Führung Amr Mussas an, verließ das Bündnis jedoch unmittelbar nach Mussas Rücktritt 2013. Bei den letzten Parlamentswahlen 2015 trat sie lediglich über Einzelkandidaten an und bemühte sich nicht um die Bildung einer Liste.

Politische Gegner: Die Partei präsentiert sich als politisches Gegengewicht zu islamistischen Kräften, die der Muslimbruderschaft ideologisch nahestehen.

Parteieigene und nahestehende Medien: Keine Angaben.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Die RPP gilt als Anlaufstelle für ehemalige Kader der National Democratic Party. Generalsekretär Kharbush hat hochrangige Verbindungen zu alten Funktionären der National Democratic Party und sein Stellvertreter Abdul Hamid Yunis Zaid saß für die National Democratic Party vor 2011 im Parlament.

Parteiorganisationen: Keine Angaben.

Webauftritt: https://www.facebook.com/RPP.Egypt/

Gesellschaftliches Ansehen/Einfluss: Nach der Parlamentswahl 2015 schloss sich die Partei dem Staatspräsident Sisi nahestehenden Parteienbündnis „Support Egypt" an, obwohl sie das regimetreue Wahlbündnis „For the love of Egypt" im Wahlkampf noch scharf attackiert hatte. Trotz der expliziten verbalen Distanzierung ihres Präsidenten von den Elitennetzwerken der Mubarak-Ära wird die RPP als Vertretung vormaliger Kader der National Democratic Party wahrgenommen und verfügt über enge Kontakte zur alten politischen Elite.

Wafd Party (Egyptian Wafd Party)

Hizb al-wafd al-misri (Ägyptische Delegationspartei)

Im Mai 2015 entschloss sich die Parteiführung, die Partei von New Wafd Party (Hizb al-wafd al-jadid/Neue Delegationspartei) in Egyptian Wafd Party umzubenennen; landläufig ist indes nur ihr Rufname „Wafd" verbreitet.

Gründung: 4.2.1978; zugelassen seit 1984.

Mitgliederzahl: 300.000 (nach Parteiangaben).

Sitz/Regionalbüros: 1 Bolis Hanna, Dokki/Giza (Hauptsitz); Regionalbüros in allen 27 ägyptischen Provinzen (nach Parteiangaben).

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: al-Sayyid al-Badawi (Parteivorsitzender, seit 2010); Hussam al-Khuli (Vizeparteivorsitzender); Munir Fakhry Abdel Nur (führendes Parteimitglied).

An der Spitze der Partei steht der Vorsitzende, dem ein vierzehn- bis sechzehnköpfiges gewähltes Gremium zur Seite gestellt ist. In diesem werden das politische Programm und tagesaktuelle Entwicklungen diskutiert. In der 80 bis 90 Mitglieder zählenden Parteiversammlung, die von der Parteibasis gewählt wird und administrative Aufgaben wahrnimmt, sind alle Komitees und Regionalbüros vertreten.

Programm:

- Innenpolitik: Die Partei beschreibt sich selbst als „zentristische Partei, die sich für Demokratie, Meinungsfreiheit und eine unabhängige Justiz ausspricht". Sie verfolgt eine

nationalistisch-liberale Linie, spricht sich gegen Militärtribunale für Zivilisten aus und fordert die Reform des Gesundheitssystems. Sie setzt auf ein parlamentarisches System und will die Befugnisse des Staatspräsidenten beschränken.
- Außenpolitik: Die Wafd Party bezeichnet internationale Wahlbeobachtermissionen als Einmischung in interne Angelegenheiten. Sie hält die USA für das Haupthindernis eines arabisch-israelischen Friedens und opponiert gegen den Camp-David-Vertrag.
- Gesellschaftspolitik: Sie unterstreicht ihre Konfessionsunabhängigkeit, die in ihrem Emblem durch die Kombination von Kreuz und Halbmond ausgedrückt wird. Die Wafd Party war die erste ägyptische Partei, die Kopten in hochrangige Positionen wählte; gleichzeitig akzeptiert sie die Scharia als legitime Rechtsquelle – ein Umstand, der auf ihre zweckgebundene Kooperation mit der Muslimbruderschaft in den 1980er Jahren zurückgeht.
- Wirtschaftspolitik: Die Partei tritt für eine freie Marktwirtschaft ein, äußert sich aber kritisch zu ausländischen Direktinvestitionen. Sie fordert eine Balance zwischen staatlichem und privatem Sektor, die Koppelung der Löhne an die Preisentwicklung und die Reduzierung des Haushaltsdefizits. Das Kreditabkommen mit dem Internationalen Währungsfonds unterstützt die Partei vorbehaltlos.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011 und Sitzgewinne: Mit 9,2 Prozent und 38 Mandaten ging die Partei aus den Parlamentswahlen 2011 als stärkste nichtislamistische Kraft hervor. Bei der Parlamentswahl 2015 trat sie mit 184 Direktkandidaten an, schloss sich widerwillig der Staatspräsident Sisi nahestehenden Wahlliste „For the love of Egypt" mit acht Kandidaten an und ist heute mit 35 Abgeordneten als drittstärkste Kraft im Parlament vertreten. Zu ihrem Parlamentsblock zählt die Wafd Party eigenen Angaben zufolge zehn weitere unabhängige Abgeordnete.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Taher Abu Zaid al-Sayyad (Staatsminister für Sport im Übergangskabinett von Premierminister Bablawi); Munir Fakhri Abd al-Nur (Minister für Industrie, Handel und Investitionen im Übergangskabinett Bablawi, kurzzeitig Tourismusminister im Kabinett Ahmad Shafiqs im Februar 2011).

Kooperations- und Allianzpartner: Die Partei agiert bündnispolitisch flexibel. Aufgrund ihrer langen Tradition und Finanzstärke konnte sie

in vergangenen Wahlen immer wieder kleinere Parteien für ihre Listen gewinnen. Bei den jüngsten Parlamentswahlen schloss sie sich zögerlich der Pro-Sisi-Wahlallianz „For the love of Egypt" an. Nach den Wahlen entschied sie sich aber, dem regimetreuen Mehrheitsblock „Support Egypt" im Parlament nicht beizutreten. Die Partei unterhält enge Kontakte zur Free Egyptians Party und zur Egyptian Social Democratic Party.

Politische Gegner: Die Partei verfolgt seit dem Umbruch 2011 eine klar antiislamistische Linie, grenzt sich aber auch von linken, sozialistisch-nasseristisch orientierten Parteien ab.

Parteieigene und nahestehende Medien: Die Partei betreibt mit al-Wafd eine hauseigene Tageszeitung (1984 gegründet). Mit al-Hayat unterhält Parteichef Badawi zudem einen der größten privaten TV-Kanäle im Land, dem allerdings wirtschaftliche Schwierigkeiten nachgesagt werden.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Keine Angaben.

Parteiorganisationen: Keine Angaben.

Webauftritt: https://www.facebook.com/Alwafdparty; http://alwafd.org/ (Tageszeitung al-Wafd)

Gesellschaftliches Ansehen/Einfluss: Die Partei wurde in expliziter Anlehnung an die 1923 gegründete und 1952 verbotene Partei al-Wafd ins Leben gerufen und setzt deren Tradition mit Einschränkungen fort. Sie genießt in der Mittelschicht weiterhin Ansehen, hat aber Schwierigkeiten, in junge Wählerschichten vorzustoßen. Seit ihrer offiziellen Zulassung als Partei 1984 wurde al-Wafd unter Staatspräsident Mubarak toleriert und gilt seitdem als kooptierte politische Kraft. Derweil halten die seit Jahren schwelenden innerparteilichen Flügelkämpfe an. Die wachsende interne Kritik an Parteichef Badawi veranlasste diesen 2015 dazu, mehrere hochrangige Funktionäre aus der Partei auszuschließen. Die parteiinterne Kritik an ihm hält jedoch bis heute an.

III. Politische Parteien oder Zusammenschlüsse in „außerparlamentarischer" Opposition (Auswahl)

- Constitution Party
- Dignity Party
- Socialist Popular Alliance Party
- Strong Egypt Party
- Wasat Party

Constitution Party

Hizb al-dustur (Verfassungspartei)

Gründung: 23.4.2012; zugelassen seit September 2012.

Mitgliederzahl: 18.000; davon sind nach Parteiangaben 85 Prozent jünger als 35 Jahre.

Sitz: Kairo (Hauptsitz).

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Tamir Gumaa (Vorsitzender, bis 2015); Muhamad al-Baradei (Parteigründer und Ehrenpräsident, Parteivorsitzender bis 2013); Khalid Dawud (ehemaliger Parteisprecher); George Ishak (Gründungsmitglied; Ishak ist prominenter Mitbegründer der Oppositionsbewegung „Kifaya"/„Genug", die sich 2004 gegen die Fortsetzung der Herrschaft Staatspräsident Mubaraks und seiner National Democratic Party formierte).
Sowohl der Parteivorsitz als auch der Oberste Rat der Partei, die beiden Exekutivorgane der Partei, werden von der Parteibasis demokratisch gewählt.

Programm:
- Innenpolitik: Die Partei wurde mit explizitem Bezug zum Volksaufstand 2011 gegründet und sieht ihr oberstes politisches Ziel in der Erreichung der wichtigsten Parole des Aufstandes – „Brot, Freiheit und soziale Gerechtigkeit". Sie lehnt den politischen Einfluss der Armee im Land und Militärgerichtsbarkeit für Zivilisten kategorisch ab.
- Außenpolitik: Das außenpolitische Profil der Partei bleibt vage. Die Partei steht dem Einfluss der Golfstaaten in Ägypten äußerst kritisch gegenüber.

- Gesellschaftspolitik: Sicherheit, Freiheit, Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und die Menschenwürde sollen durch die Verfassung garantiert werden. Konkret fordert die Partei u. a. die Einhaltung der Menschenrechte und eine höhere Repräsentanz von Frauen in gehobenen Positionen. Mit Hala Shukrallah wurde 2014 erstmals eine koptische Frau an die Spitze einer ägyptischen Partei gewählt.
- Wirtschaftspolitik: Die Partei setzt sich für eine soziale Marktwirtschaft ein und will insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen fördern.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011 und Sitzgewinne: Die Partei boykottierte die Parlamentswahl 2015, nachdem sich die Parteibasis trotz monatelanger Flügelkämpfe auf keine klare Position zum Urnengang einigen konnte. Seither agiert die Partei äußerst zurückhaltend. Beobachter erwarten ein Aufgehen von Teilen der Partei in der ESDP.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Muhamad al-Baradei (Vizepräsident für internationale Angelegenheiten in der Übergangsregierung von Premierminister Bablawi, nach dem Militärputsch 2013); Husam Aissa (Vizepremierminister und Bildungsminister in der Übergangsregierung Bablawi; Austritt aus der Verfassungspartei 2013).

Kooperations- und Allianzpartner: Die Partei unterhält enge Verbindungen zur Dignity Party, zur Egyptian Social Democratic Party und anderen linksliberalen Parteien; sie kooperierte mit diesen immer wieder bei Protesten und politischen Kampagnen und stellte sich 2014 hinter Hamdin Sabahis (Dignity Party) Präsidentschaftskandidatur.

Politische Gegner: Parteimitglieder sehen sich als Gegner des alten Regimes und der Muslimbruderschaft. Doch auch wirtschaftsnahen Kräften wie der Free Egyptians Party steht ihre Basis ablehnend gegenüber. Hinsichtlich ihrer Haltung gegenüber dem Militär gab es in der Partei immer wieder Flügelkämpfe.

Parteieigene und nahestehende Medien: Keine Angaben.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Keine Angaben.

Parteiorganisationen: Die Constitution Party unterhält einen Studentenverband, der zu den aktivsten organisierten Studentengruppen im Land zählt, jedoch wie die Partei aufgrund interner Flügelkämpfe stark polarisiert ist.

Webauftritt: http://aldostourparty.ca/ (Website der Hizb al-Dustur in Kanada); https://www.facebook.com/AldostourP

Gesellschaftliches Ansehen/Einfluss: Trotz der parteiinternen Querelen genießt die Partei insbesondere in Teilen der Jugend ein gewisses Ansehen. Ihre linksliberale Ausrichtung vermochte 2012 ein politisches Vakuum zu füllen, da sie gezielt regimekritische junge Unterstützer des Volksaufstands ansprach, die weder wirtschaftsliberalen noch sozialistischen Parteien beitreten wollten. Dennoch hat sich die Partei von Muhamad al-Baradeis Rücktritt aus der Regierung infolge des Rabaa-Massakers im August 2013 nicht erholt.

Dignity Party

Hizb al-karama (Partei der Würde)

Gründung: 1996; zugelassen seit 30.8.2011.

Mitgliederzahl: Keine Angaben.

Sitz: 2 Amin Samy, Mounira/Kairo (Hauptsitz).

Führungspersönlichkeiten: Muhamad Samy (Parteivorsitzender); Hamdin Sabahi (Parteigründer); Kamal Abu Aita (Parteigründer, Präsident des unabhängigen Gewerkschaftsbundes Egyptian Federation of Independent Trade Unions/EFITU, Parteiaustritt 2015); Muhamad Bayumi (Generalsekretär); Amin Iskandir (Mitglied des Politbüros).

Programm:

- Innenpolitik: Die Dignity Party präsentiert sich als nasseristische Partei, setzt sich für soziale Gerechtigkeit, politische Dezentralisierung und die Reform des Sicherheitsapparates ein. Mit der Reform des Sicherheitsapparates soll dessen Einmischung in die Politik im Land verhindert und seine Funktion darauf beschränkt werden, die Sicherheit zu gewährleisten und Kriminalität zu

bekämpfen. Dem Militär steht die Partei tendenziell wohlwollend gegenüber. Sie erkennt in einer starken Armee einen Garanten für nationale Unabhängigkeit, distanziert sich seit 2013 jedoch von Staatspräsident Sisi und der politischen Dominanz des Militärs im Institutionengefüge.

- Außenpolitik: Die Partei betont Ägyptens Führungsrolle in der Region und spricht sich gegen den Einfluss „des Westens" auf die ägyptische Politik aus. Sie will internationale Abkommen in öffentlichen Referenden zur Disposition stellen. Sie spricht sich gegen eine Normalisierung der Beziehungen zu Israel aus und kritisiert Ägyptens Unterstützung für Saudi-Arabiens Jemen-Feldzug, da dieser sunnitisch-schiitische Spannungen schüre.
- Gesellschaftspolitik: Keine Angaben.
- Wirtschaftspolitik: Die Partei setzt auf sozialistische Umverteilungspolitik. Sie fordert Mindestlöhne, eine Lohnobergrenze, die Koppelung der Löhne an die Inflation, ein progressives Steuersystem und eine Rückkehr zur staatlichen Planwirtschaft.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011 und Sitzgewinne:
Die Partei trat bei den Parlamentswahlen 2011 als Mitglied der „Democratic Alliance" an und gewann sechs Mandate. Entgegen des Trends im linksliberalen Lager, die Wahlen in 2015 zu boykottieren, entschied sich die Partei zu einer Teilnahme. Sie trat mit sieben Direktkandidaten an, blieb aber erfolglos.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Keine.

Kooperations- und Allianzpartner: Als Abspaltung von der Arab Democratic Nasserist Party steht sie Parteien, die sich in der Tradition von Ex-Staatspräsident Gamal Abdel Nasser verorten, ideologisch nahe, bleibt aber realpolitisch zur National Progressive Unionist Party (Tagammu Party) und anderen nasseristischen Parteien auf Distanz. Als Mitglied der „Democratic Alliance" knüpfte sie 2012 Kontakte zu liberalen und islamistischen Parteien, koaliert jedoch seit 2013 mit der Constitution Party und vor allem der Socialist Popular Alliance Party, mit der sie bis heute einen umfassenden Austausch pflegt. Auch mit der Strong Egypt Party arbeitet die Partei zusammen, wie etwa bei der Organisation der Demonstrationen gegen die Abtretung zweier ägyptischer Inseln im Roten Meer an Saudi-Arabien im April 2016.

Politische Gegner: Wie sie mehrfach gezeigt hat, kann die Dignity Party sowohl mit islamistisch orientierten als auch linken und liberalen Parteien kooperieren. Ihr prominentestes Mitglied Hamdin Sabahi geht in seiner öffentlichen Diktion indes vor allem zu den Parteien auf Distanz, die die Interessen der ägyptischen Wirtschaftselite repräsentieren.

Parteieigene und nahestehende Medien: Die Partei betreibt die Zeitung al-Karama.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Mit der 2012 gegründeten Egyptian Popular Current Party hat die Partei eine außerparlamentarische Bewegung an ihrer Seite, die von Gewerkschaftlern, linken Nationalisten und Vertretern von Minderheiten getragen wird und über Mobilisierungspotential verfügt. Derzeit treibt die Egyptian Popular Current Party ihre Zulassung als Partei voran, mit der Option eines späteren Zusammenschlusses mit der Dignity Party. Beide pflegen enge Kontakte zum unabhängigen Gewerkschaftsverband Egyptian Federation of Independent Trade Unions (EFITU).

Parteiorganisationen: Keine Angaben.

Webauftritt: https://www.facebook.com/156679571052816/

Gesellschaftliches Ansehen/Einfluss: Die Dignity Party gilt als eine flexible linke Partei und verfügt vor allem bei Nasseristen und Linksnationalisten über Rückhalt. Die Partei nahm aktiv am Volksaufstand 2011 teil und schloss sich 2013 den Protesten an, die Staatspräsident Mursi zu Fall brachten. Die Partei schlug sich anfangs auf die Seite des vom Militär geführten Übergangsregimes, distanzierte sich später aber von Staatspräsident Sisi. Seit 2011 erlebte die Dignity Party einen Popularitätsschub, der auch dem gutem Abschneiden des Parteigründers Hamdin Sabahi bei der Präsidentschaftswahl 2012 zu verdanken ist, bei der er mit 21 Prozent der Stimmen nur knapp die Stichwahl verpasst hatte. Bei den Präsidentschaftswahlen 2014, die weder frei noch fair waren, entfielen auf Sabahi, der als einziger Kandidat gegen Abd al-Fattah al-Sisi antrat, nur drei Prozent der Stimmen.

Socialist Popular Alliance Party (SPAP)

Hizb al-tahaluf al-shaabi al-ishtiraki (Partei Sozialistische Volksallianz)

Gründung: 12.3.2011; zugelassen seit 16.10.2011.

Mitgliederzahl: 3.000 (nach Parteiangaben).

Sitz: 30 al-Nil al-Abiat, Mohandeseen/Giza (Hauptsitz).

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Abd al-Ghaffar Shukr (Parteivorsitzender); Medhat Zahid (geschäftsführender Parteivorsitzender); Mamduh Habashi (Mitglied des Politbüros); al-Hami al-Mighani (stellvertretender Parteivorsitzender).

Höchste Instanz der SPAP ist der Parteitag, der den Parteichef, das Zentralkomitee und das elfköpfige Politbüro in demokratischer Wahl bestimmt. Über die Politik der Partei wird im Zentralkomitee entschieden.

Programm:
- Innenpolitik: Die SPAP lehnt Militärtribunale für Zivilisten ab, fordert ein kostenfreies Bildungssystem, eine freie Gesundheitsversorgung sowie eine politische Dezentralisierung. Des Weiteren tritt sie für eine Stärkung des Parlaments gegenüber der Exekutive, eine unabhängige Justiz sowie eine radikale Reform des Innenministeriums ein. Das intransparente Militärbudget soll durch das Parlament kontrolliert werden.
- Außenpolitik: Die Partei fordert die Aufhebung von Sonderkonzessionen für ausländische Mächte zur Nutzung ägyptischer Wasserwege, wenn dadurch „Schaden in der Welt" angerichtet wird. Gemeint sind damit vor allem Durchquerungen des Suezkanals durch ausländische Kriegsschiffe. Auch will sie eine Neuverhandlung des Camp-David-Vertrages mit dem Ziel, Frieden und Gerechtigkeit im arabisch-israelischen Konflikt zu erreichen.
- Gesellschaftspolitik: Die SPAP tritt für einen zivilen demokratischen Staat, die Trennung von Religion und Staat und gegen die Diskriminierung von Minderheiten ein.
- Wirtschaftspolitik: Die Partei tritt für Mindestlöhne sowie Maximallöhne ein und spricht sich gegen weitere Privatisierungen aus.

Zudem fordert sie bessere Arbeitsbedingungen, die Einhaltung von Streikrecht und Koalitionsfreiheit sowie die Überarbeitung internationaler Handelsverträge zum Wohle des ägyptischen Volkes.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011 und Sitzgewinne: Die SPAP gewann bei der Parlamentswahl 2011 acht Mandate. Die Parlamentswahl 2015 boykottierte sie. Mit Haitham al-Hariri zog jedoch der ihr nahestehende Sohn des 2015 verstorbenen SPAP-Gründers Abu al-Izz al-Hariri über die Direktwahl ins Parlament ein. Er schloss sich der informellen elfköpfigen linken Parlamentariergruppe „25-30" an.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Keine.

Kooperations- und Allianzpartner: Die SPAP kooperiert vor allem mit der Constitution Party und der Dignity Party, aber auch mit der Egyptian Social Democratic Party.

Politische Gegner: Die SPAP bezeichnet die Muslimbruderschaft als faschistische Organisation und lehnt jedwede Kooperation mit ihr nahestehenden Kräften ab. Ebenso verweigert sie Parteien, die die Staatsführung und die Wirtschaftselite repräsentieren, die Kooperation.

Parteieigene und nahestehende Medien: Die Partei veröffentlicht mit al-Tahaluf (Zusammenschluss) seit 2016 ein unregelmäßig erscheinendes Politmagazin und betreibt eine Nachrichtenseite im Internet.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Die SPAP unterhält zu den beiden unabhängigen Gewerkschaftsverbänden Ägyptens, der Egyptian Federation of Independent Trade Unions (EFITU) und dem Center for Trade Unions and Workers Services (CTUWS) enge Verbindungen.

Parteiorganisationen: Keine Angaben.

Webauftritt: https://www.facebook.com/popular.alliance.party; www.eltahalof.com (Internetzeitung al-Tahaluf).

Gesellschaftliches Ansehen/Einfluss: Die SPAP wurde von ehemaligen Mitgliedern der National Progressive Unionist Party (Tagammu

Party) sowie linken Aktivisten und Gewerkschaftlern im Zuge des Volksaufstands 2011 gegründet, nahm aktiv am politischen Geschehen im öffentlichen Raum teil und konnte insbesondere in der jugendlichen Aktivistenszene mobilisieren. Wie zahlreiche andere Parteien auch leidet sie seit 2013 unter massivem Mitgliederschwund und verlor inzwischen den Großteil ihrer einst 8.000 Mitglieder. Auch die SPAP erlebte bereits parteiinterne Spaltungen. 2013 gründeten ehemalige SPAP-Aktivisten mit der Bread and Freedom Party eine politisch einflusslose Splitterpartei.

Strong Egypt Party

Hizb misr al-qawiya (Partei Starkes Ägypten)

Gründung: 5.7.2012; zugelassen seit 31.10.2012.

Mitgliederzahl: Keine Angaben.

Sitz: 8 Ibrahim Naguib, Garden City/Kairo (Hauptsitz).

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Abd al-Munim Abu al-Futuh (Gründer, Parteivorsitzender, vormaliger Präsidentschaftskandidat und Gesicht der Partei); Ahmad Fawzi (Generalsekretär); Muhamad al-Qasas (Vizeparteivorsitzender); Mahmud al-Shayab (Parteisprecher); Ahmad Imam (Vorsitzender des Revolutionären Jugendrats der Partei); Abdul Rahman Yusif (prominentes Parteimitglied, Sohn des Predigers Yusuf al-Qaradawi).

Angeführt wird die Partei von einem Parteipräsidenten, der nicht nur dem gewählten, fünfzehn Mitglieder umfassenden Politbüro, sondern auch dem aus neunzig Mitgliedern bestehenden Obersten Rat verpflichtet ist. Alle Posten dieser drei Führungsorgane werden von der Parteibasis in demokratischer Wahl bestimmt. Die Partei ist allerdings sehr auf ihren Gründer und Vorsitzenden Abu al-Futuh zugeschnitten.

Programm:

- Innenpolitik: Die Partei kritisiert offen Ägyptens Staatsführung und lehnt insbesondere die mächtige Stellung des Staatspräsidenten im politischen System ab. Beim Verfassungsreferendum

2012 rief sie dazu auf, mit „Nein" zu stimmen; das Referendum 2014 wurde nach der Verhaftung einiger Parteimitglieder von ihr boykottiert. Die Partei begründete ihre Ablehnung der neuen Verfassung mit der Sonderstellung der Armee, die in der Verfassung garantiert wird, und der Militärgerichtsbarkeit für Zivilisten, der Verfassungsrang eingeräumt wurde.

- Außenpolitik: Außenpolitisch äußerte sich die Partei bisher vor allem zum palästinensisch-israelischen Konflikt. Sie steht dem Camp-David-Vertrag äußerst kritisch gegenüber und glaubt nicht an einen Frieden mit Israel, solange die israelische Blockade von Gaza und der Siedlungsbau im Westjordanland aufrechterhalten werden. Sie war auch bei der Organisation der Proteste gegen die Regierungsentscheidung über die Abtretung zweier Inseln im Roten Meer an Saudi-Arabien im Frühjahr 2016 beteiligt.
- Gesellschaftspolitik: Die Partei fordert einen auf den Prinzipien der Scharia basierenden Staat und vertritt einen moderaten politischen Islam.
- Wirtschaftspolitik: Im Mittelpunkt steht die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit. Sie tritt für einen moderaten Interventionismus des Staates in wirtschaftlichen Belangen ein, fordert einen Mindest- und einen Maximallohn und lehnt internationale Kreditabkommen ab.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011 und Sitzgewinne: Die Partei boykottierte die Parlamentswahlen 2015.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Keine.

Kooperations- und Allianzpartner: Bei Protesten und politischen Kampagnen arbeitet die Partei oft mit linksliberalen Kräften zusammen und wird, anders als andere Parteien mit islamistischem Hintergrund, von diesen nicht offen angefeindet. Die Partei zählt zu den regelmäßigen Unterzeichnern gemeinsamer Stellungnahmen der außerparlamentarischen Opposition, dennoch gilt sie parteipolitisch als weitgehend auf sich allein gestellt. Widerholt setzte sich die Partei öffentlich für einen innenpolitischen Versöhnungskurs mit der mittlerweile verbotenen Muslimbruderschaft ein.

Politische Gegner: Die Partei kann zwar bedingt als Abspaltung von der Muslimbruderschaft gesehen werden – ihr Gründer Abu al-Futuh gehörte der Führung der Bruderschaft an –, sie hat sich allerdings

bereits vor 2013 deutlich von dieser abgegrenzt. So rief sie 2013 zur Teilnahme an den Protesten auf, die Staatspräsident Mursis Absetzung den Weg ebneten, bezeichnete dessen Sturz aber als Staatsstreich und verurteilte die Rolle der Armee bei der politischen Transformation des Landes. Die politische Führung Ägyptens stuft die Strong Egypt Party als ihren Gegner ein und wirft der Partei ideologische Nähe zur verbotenen Muslimbruderschaft vor. Ein 2014 gegen die Strong Egypt Party eingeleitetes Verbotsverfahren war indes nicht erfolgreich.

Parteieigene und nahestehende Medien: Keine Angaben.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Keine Angaben.

Parteiorganisationen: Keine Angaben.

Webauftritt: https://www.facebook.com/MisrAlQawia; https://twitter.com/misralqawia

Gesellschaftliches Ansehen/Einfluss: Die Strong Egypt Party gilt als einzige politische Partei des islamistischen Lagers, die sich weder von den Muslimbrüdern noch dem staatlichen Establishment hat kooptieren lassen. Innerhalb der kritischen Zivilgesellschaft, und hier auch in säkularen Kreisen, genießt sie daher einen guten Ruf als unabhängige politische Kraft.

Wasat Party

Eigentlich: New Wasat Party/Hizb al-wasat al-jadid (Neue Partei der Mitte; landläufig als „Wasat" oder Wasat Party bekannt)

Gründung: Januar 1996; zugelassen seit 19.2.2011.

Mitgliederzahl: 5.000 (Stand 2011).

Sitz: 8 Pearl, Muqattam/Kairo (Hauptsitz).

Führungspersönlichkeiten: Abu al-Ala Madi (Parteigründer, Vorsitzender); Muhamad Abd al-Latif (während Madis Inhaftierung 2013

bis 2016 Interimsparteivorsitzender); Issam Sultan (Vizeparteivorsitzender, inhaftiert); Muhamad Mahsub (kommissarischer Vizeparteivorsitzender).

Programm:
- Innenpolitik: Die Partei bekennt sich zur Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz, zur Parteiendemokratie und zur Reduzierung der Befugnisse des Staatspräsidenten; Religionsfreiheit und Geschlechtergleichheit wird betont (Nichtmuslime und Frauen sollen ohne Einschränkungen auch für das Amt des Staatspräsidenten kandidieren können).
- Außenpolitik: Die internationalen Verträge werden anerkannt, der Ausbau der Beziehungen zu den Nilanrainern wird angestrebt und das Engagement zur Lösung des Nahostkonflikts soll intensiviert werden.
- Gesellschaftspolitik: Die Partei präsentiert sich als liberale Alternative zur Freedom and Justice Party der Muslimbruderschaft. Sie strebt einen säkularen demokratischen Staat auf Basis islamischer Prinzipien an. Diese werden von der Partei jedoch flexibel ausgelegt. So fanden sich in der Vergangenheit in der Führungsriege der Partei sowohl koptische Christen als auch Frauen.
- Wirtschaftspolitik: Die Partei hat grundsätzlich eine wirtschaftsliberale Ausrichtung und betont soziale Gerechtigkeit und gerechte Einkommensverteilung.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011 und Sitzgewinne: Die Partei verließ kurz vor der Parlamentswahl 2011 das von der Freedom and Justice Party angeführte Wahlbündnis „Democratic Alliance for Egypt"; sie trat daher nur mit Direktkandidaten an und gewann neun Sitze im Parlament. Die Parlamentswahlen 2015 boykottierte sie.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Muhamad Mahsub (Staatsminister für parlamentarische Angelegenheiten in der Regierung von Premierminister Hisham Qandil, August 2012 bis Dezember 2012).

Kooperations- und Allianzpartner: Vor der Parlamentswahl 2011 schloss sich die Partei dem Bündnis „Democratic Alliance for Egypt" an, verließ dieses aufgrund der Dominanz der Freedom and Justice Party aber noch vor der Abstimmung. Staatspräsident Mursis

Absetzung bezeichnete die Wasat Party als Militärputsch; sie zog sich jedoch 2014 aus der von der Muslimbruderschaft geführten „Anti-Coup-Allianz zur Widerherstellung der Legitimität" zurück.

Politische Gegner: Die Partei sieht in der Sisi-Administration klar den politischen Gegner.

Parteieigene und nahestehende Medien: Keine Angaben.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Keine Angaben.

Parteiorganisationen: Keine Angaben.

Webauftritt: http://www.alwasatparty.com/

Gesellschaftliches Ansehen/Einfluss: Die Partei geht auf eine Abspaltung von der Muslimbruderschaft 1996 zurück und wurde 2011 zugelassen. Aus dem Verbot der Freedom and Justice Party (FJP) der Muslimbruderschaft konnte sie trotz eines gewissen Bekanntheitsgrades indes kein politisches Kapital schlagen. Aufgrund ihrer ideologischen Nähe zur verbotenen FJP und der erklärten Opposition zur Sisi-Administration kann die Partei nur beschränkt operieren. Ein Verbotsverfahren gegen die Partei und zehn weitere Parteien vor einem Gericht in Alexandria wurde aber 2014 eingestellt, nachdem sich die Kammer für nicht zuständig erklärt hatte. Parteiführer Madi wurde im Juli 2013 wegen angeblicher Aufrufe zu Gewalt und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verhaftet und angeklagt und kam erst 2015 wieder frei.

Algerien

(Zusammengestellt von Cherif Dris und Louisa Dris Aït-Hamadouche)

I. Grunddaten

Rolle der Parteien laut Verfassung: In der am 6.3.2016 von Präsident Bouteflka in Kraft gesetzten Verfassungsmodifikation (Gesetz Nr. 16-01 vom 6.3.2016 bezüglich der Verfassungsmodifikation) wird in Kapitel IV (Von den Rechten und Freiheiten) auch zu Parteien Stellung genommen. In Artikel 52 heißt es, dass das Recht, politische Parteien zu gründen, anerkannt und garantiert ist. Allerdings ist die Gründung von Parteien auf religiöser, linguistischer, rassischer, geschlechtlicher, korporatistischer oder regionaler Basis verboten. Jegliche „Unterwerfung unter ausländische Interessen" in welcher Form auch immer ist ebenfalls verboten. Parteien haben sich zudem von Gewalt zu distanzieren. Näheres regelt ein Organgesetz.

Parteiengesetz: Das Parteiwesen wird durch das Organgesetz Nr. 12-04 vom 12.1.2012 geregelt; mit diesem Gesetz wird das alte Parteiengesetz Nr. 97-09 vom 6.3.1997 abgelöst. Gesetz Nr. 12-04 umfasst 84 Artikel und ist abrufbar über http://www.algeria-watch.org/pdf/pdf_fr/loi_partis_politiques_2012.pdf.

Anzahl der zugelassenen Parteien: Circa 60 Parteien sind zugelassen (Stand Ende 2016). Vgl. Tabelle 1 und Tabelle 2.

Tabelle 1: Vor 2012 zugelassene Parteien

Partei	Politisch-ideologische Tendenz
Front de Libération Nationale/FLN (Nationale Befreiungsfront)	nationalistisch-konservativ
Rassemblement National Démocratique/RND (Nationale demokratische Sammlungsbewegung)	nationalistisch-konservativ
Parti National pour la Solidarité et le Développement/PNSD (Nationale Partei für Solidarität und Entwicklung)	nationalistisch-zentristisch

Partei	Politisch-ideologische Tendenz
Ahd 54 (Epoche 54)	nationalistisch
Alliance Nationale Républicaine/ANR (Nationale republikanische Allianz)	nationalistisch
Front National Algérien/FNA (Nationale algerische Front)	nationalistisch
Mouvement El Infitah/MEI (Bewegung der Öffnung); vormals: Mouvement National de la Jeunesse Algérienne/MNJA (Nationale Bewegung der algerischen Jugend)	nationalistisch
Front des Forces Socialistes/FFS (Front sozialistischer Kräfte)	demokratisch, säkular
Rassemblement pour la Culture et la Démocratie/RCD (Sammlungsbewegung für Kultur und Demokratie)	demokratisch, säkular
Parti Socialiste des Travailleurs/PST (Sozialistische Arbeiterpartei)	sozialistisch-trotzkistisch, säkular
Parti des Travailleurs/PT (Arbeiterpartei)	sozialistisch-trotzkistisch, säkular
Mouvement Ennahda (Ennahda: Islamische Erneuerung), auch: Mouvement de la Renaissance Islamique/MRI (Bewegung der islamischen Erneuerung)	islamistisch
Mouvement de la Réforme Nationale/MRN, kurz auch: El Islah (Bewegung der nationalen Reform)	islamistisch
Mouvement de la Société pour la Paix/MSP (Bewegung der Gesellschaft des Friedens)	islamistisch
Parti du Renouveau Algérien/PRA (Partei der algerischen Erneuerung)	islamisch-basiert

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Seit 2012 wurden rund 40 Parteien zugelassen, von denen 21 bereits an den Legislativ- und Kommunal-/Regionalwahlen des Jahres 2012 teilnahmen. In der folgenden Aufstellung werden nur jene Parteien genannt, die wegen ihren Aktivitäten öffentlich wahrgenommen werden.

Tabelle 2: Nach 2012 zugelassene Parteien (Auswahl)

Partei	Politisch-ideologische Tendenz
Front Algérien pour le Développement et la Liberté/FADL (Algerische Front für Entwicklung und Freiheit)	nationalistisch
Front de la Bonne Gouvernance/FBG (Front der guten Regierungsführung)	nationalistisch
Front Démocratique Libre/FDL (Freie demokratische Front)	nationalistisch
Front El Moustakbel/FM (Front der Zukunft)	nationalistisch
Front du Militantisme National/FMN (Front des nationalen Militantismus)	nationalistisch
Front National pour la Justice Sociale/FNJS (Nationale Front für soziale Gerechtigkeit)	nationalistisch
Front National pour les Libertés/FNL (Nationale Front für die Freiheiten)	nationalistisch
Mouvement des Citoyens Libres/MCL (Bewegung der freien Bürger)	nationalistisch
Mouvement des Nationalistes Libres/MNL (Bewegung der freien Nationalisten)	nationalistisch
Parti Algérien pour la Liberté et la Démocratie/PALD (Algerische Partei für Freiheit und Demokratie)	nationalistisch
Parti de l'Avant-Garde des Libertés/ PAGL (Hizb talaia al-hurriyat; Partei Avantgarde der Freiheiten), kurz auch: Talaia al-hurriyat	nationalistisch
Parti El Fedjr El Djadid/PFD (Hizb al-fajr al-jadid; Partei der neuen Morgenröte)	nationalistisch

Partei	Politisch-ideologische Tendenz
Parti El Karama (Parti Dignité; Hizb al-karama; Partei der Würde)	nationalistisch
Parti Enour El Djazairi/PED (Hizb al-nur al-jazairi; Partei Licht Algeriens)	nationalistisch
Parti des Fidèles de la Patrie/PFP (Partei der Getreuen des Vaterlandes)	nationalistisch
Parti National Algérien/PNA (Algerische Nationalpartei)	nationalistisch
Parti Patriotique Libre/PPL (Freie patriotische Partei)	nationalistisch
Parti de l'Unité Nationale et du Développement/PUND (Partei der nationalen Einheit und der Entwicklung)	nationalistisch
Union pour le Rassemblement National/URN (Union für eine nationale Sammlungsbewegung)	nationalistisch
Mouvement Populaire Algérien/MPA (Algerische Volksbewegung)	demokratisch, säkular
Front des Jeunes Démocrates pour la Citoyenneté/FJDC (Front der jungen Demokraten für Staatsbürgerlichkeit)	demokratisch
Parti Algérie Vert pour le Développement/PAVD (Partei Grünes Algerien für Entwicklung)	demokratisch
Parti Démocratique Libre/PDL (Freie demokratische Partei)	demokratisch
Parti des Jeunes Démocrates/PJD (Partei der jungen Demokraten)	demokratisch
Parti Jil Jadid (Hizb al-jil al-jadid; Parti Nouvelle Génération; Partei Neue Generation)	demokratisch
Union pour le Changement et le Progrès/UCP (Union für Wandel und Fortschritt)	demokratisch
Union des Forces Démocratiques et Sociales/UFDS (Union der demokratischen und sozialen Kräfte)	demokratisch

Partei	Politisch-ideologische Tendenz
Front de l'Algérie Nouvelle/FAN (Front des neuen Algerien)	islamistisch
Front du Changement/FC (Front des Wandels)	islamistisch
Front de la Justice et du Développement/FJD (Front für Gerechtigkeit und Entwicklung), kurz auch: Adala (Gerechtigkeit)	islamistisch
Mouvement de la Construction Nationale/MCN (Harakat al-bina al-watani; Bewegung des nationalen Aufbaus)	islamistisch
Parti de la Justice et du Manifeste/PJM (Partei der Gerechtigkeit und des Manifestes)	islamistisch
Parti de la Liberté et de la Justice/PLJ (Partei der Freiheit und Gerechtigkeit)	islamistisch
Rassemblement de l'Éspoir de l'Algérie/Tajammu amal al-jazair/TAJ (Sammlungsbewegung Hoffnung für Algerien); unter der Abkürzung TAJ bekannt	islamistisch

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Tabelle 3: Parteispaltungen (Auswahl)

„Mutterpartei"	Parteigründung nach Abspaltung
Front de Libération Nationale (FLN)	Rassemblement National Démocratique (RND)
Front de Libération Nationale (FLN)	Parti de l'Avant-Garde des Libertés (PAGL); kurz auch: Talaia al-hurriyat
Rassemblement pour la Culture et la Démocratie (RCD)	Mouvement Populaire Algérien (MPA)
Mouvement de la Société pour la Paix (MSP)	Front du Changement (FC)
Mouvement de la Société pour la Paix (MSP)	Rassemblement de l'Éspoir de l'Algérie, unter Akronym TAJ bekannter (Tajammu amal al-jazair)

„Mutterpartei"	Parteigründung nach Abspaltung
Mouvement de la Société pour la Paix (MSP)	Mouvement pour la Prédication et le Changement (MPC)
Mouvement de la Société et de la Paix (MSP)	Mouvement de la Construction Nationale (MCN)
Ennahda	El Islah
El Islah	Front pour la Justice et le Développement (FJD)
Front des Forces Socialistes (FFS)	Union Démocratique et Sociale (UDS), nicht zugelassen
Parti National Algérien (PNA)	Union pour le Rassemblement National (URN)
Parti Socialiste des Travailleurs (PST)	Union des Travailleurs Socialistes (UTS)

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Profil der Bevölkerung: Algerien hat nach Angaben des Statistischen Amtes in Algier 41,2 Millionen Einwohner (Anfang des Jahres 2017), davon leben 30 Prozent allein in acht nordalgerischen Wilayaten; größte Agglomeration mit knapp 4 Millionen Einwohnern ist Algier. Wahlberechtigt sind nach offiziellen Angaben aus dem Jahr 2014 22.460.604 Einwohner; 2012 waren 21.645.841 Millionen Einwohner wahlberechtigt.

Wahlverhalten bei den Legislativwahlen 2012 (offizielle Angaben): Die Wahlbeteiligung an den Legislativwahlen vom 10.5.2012 betrug demnach 43,14 Prozent. Zur Wahlbeteiligung der jungen Erwachsenen gibt es keine offiziellen Zahlen. Die Vereinigung RAJ (Rassemblement-Actions-Jeunesse/Zusammenschluss-Aktionen-Jugend) führte jedoch eine entsprechende Umfrage durch. Demnach betrug die Beteiligung der 18- bis 35-Jährigen 38,9 Prozent sowohl bei Männern als auch bei Frauen. Der Prozentsatz stieg mit zunehmendem Alter. Bei den 18- bis 24-Jährigen war er mit 33 Prozent am niedrigsten; bei den 30- bis 35-Jährigen mit 40 Prozent am höchsten. Während das Bildungsniveau dieser Umfrage zufolge keinen Einfluss auf das Wahlverhalten hatte, galt dies hingegen für die berufliche Situation. Von den Arbeitslosen dieser Altersgruppe gingen

30 Prozent zur Wahl; von den jungen Erwachsenen mit einer Arbeitsstelle waren es rund 50 Prozent. Vgl. http://www.ecotechnics-int.com/pdf/la-jeunesse-algerienne-et-les-elections-legislatives-du-10-mai-2012.pdf.

Wahlverhalten bei den Kommunal- und Regionalwahlen (offizielle Angaben): Die Beteiligung bei den am 29.11.2012 abgehaltenen Wahlen zu den Kommunalversammlungen (APC/Assemblées Populaires Communales) lag bei 44,27 Prozent; bei den am gleichen Tag stattfindenden Wahlen zu den Regionalversammlungen (APW/Assemblées Populaires des Wilayas) lag die Wahlbeteiligung bei 42,84 Prozent.

Wahlsieger bei den letzten Legislativwahlen 2012: Die Legislativwahlen vom 10.5.2012 setzten den Trend von 2007 fort. Neu gegenüber 2007 war die Anhebung der Sitze in der Assemblée Populaire Nationale (APN/Nationale Volksversammlung, 1. Kammer des Parlaments) von 389 auf 462. Die Wahlbeteiligung lag bei 42,90 Prozent. Im Parlament vertreten sind 27 Parteien; 18 Sitze fielen an unabhängige Kandidaten. Mit Abstand deutlichster Wahlsieger war der Front de Libération Nationale (FLN) mit 1.324.363 Stimmen (221 Sitze; davon fielen 68 an Frauen), gefolgt vom Rassemblement National Démocratique (RND) mit 524.057 Stimmen (70 Sitze; davon fielen 23 an Frauen) und der Alliance de l'Algérie Verte, dem Zusammenschluss islamistischer Parteien, mit 475.049 Stimmen (47 Sitze; davon fielen 15 an Frauen). Die linke Partei Front des Forces Socialistes (FFS) kam an vierter Stelle und erzielte mit 188.275 Stimmen 21 Sitze (davon fielen sechs an Frauen); an fünfter Stelle kam die Arbeiterpartei (Parti des Travailleurs), die 283.585 Stimmen und damit 17 Sitze erhielt (davon entfielen zehn an Frauen). Alle anderen Parteien erzielten zwischen einem und neun Sitzen.

Wahlsieger bei den Kommunal- und Regionalwahlen 2012: Bei den Kommunalwahlen vom 10.11.2012 zeigte sich ein nahezu identisches Bild wie bei den Legislativwahlen. Sieger war mit 2.232.114 Stimmen der FLN (28,89 Prozent der Sitze), gefolgt vom RND (1.800.926 Stimmen; 24,06 Prozent der Sitze). An dritter Stelle kam der Mouvement Populaire Algérien (MPA) mit 524.861 Stimmen und an vierter Stelle die Arbeiterpartei PT mit 382.279 Stimmen. Die Alliance Verte (Wahlbündnis islamistischer Parteien) war ohne die Partei Mouvement de la Société pour la Paix (MSP) angetreten; des-

wegen waren die islamistischen Stimmen gesplittet: MSP 272.448 Stimmen (3,21 Prozent der Sitze) und Alliance Verte 228.008 Stimmen (2,69 Prozent der Sitze).

Wahrnehmung der politischen Parteien in der Bevölkerung (allgemein): Nach Angaben von Arab Barometer 2012 http://www.arabbarometer.org/country/algeria und Afrobarometer 2015, http://www.afrobarometer.org/data/algeria-round-6-data-2015.

Die Umfragen beziehen sich nicht auf einzelne Parteien, sondern auf die Parteienlandschaft insgesamt. Sie attestieren den Parteien ein eher negatives Image, da 52 Prozent der Befragten den politischen Parteien „kein Vertrauen", 27 Prozent „wenig Vertrauen" und 15 Prozent „mäßiges Vertrauen" schenken. Diese Zahlen erklären, warum fast 97 Prozent der Algerier keiner politischen Partei angehören (Arab Barometer 2012).

Ein weiterer Hinweis auf das insgesamt negative Bild der Parteien in der Bevölkerung zeigt eine Umfrage von Afrobarometer 2015: 41 Prozent der Befragten glauben demnach, dass politische Parteien die Bevölkerung spalten und es nicht gut ist, wenn es zu viele Parteien gibt, wohingegen 44 Prozent die Auffassung vertreten, dass viele Parteien notwendig sind, um den Algeriern eine echte Wahlmöglichkeit anbieten zu können (S. 22). 56 Prozent der Befragten glauben, dass die Parteiführer ihre eigenen Ambitionen verfolgen, und nur 22 Prozent meinen, dass sie im Interesse der Allgemeinheit handeln (S. 30). Es sind folgerichtig auch nur 31 Prozent der Befragten, die dem Parlament vertrauen, gegenüber 61 Prozent, die dem Parlament kein Vertrauen schenken (S. 31).

Wahrnehmung der Regierungsparteien und der Oppositionsparteien: Nach Angaben von Afrobarometer 2015, http://www.afrobarometer.org/data/algeria-round-6-data-2015, S. 32 und S. 43–44.

59 Prozent der Befragten vertrauen den Regierungsparteien nicht, gegenüber 32 Prozent, die ihnen vertrauen (S. 32); das Misstrauen gegenüber den Oppositionsparteien ist sogar noch größer: Ihnen bringen 61 Prozent kein Vertrauen entgegen; nur 21 Prozent geben an, den Oppositionsparteien Vertrauen zu schenken (S. 32).

Neben diesem allgemeinen Misstrauen glauben 31 Prozent der Befragten, dass es keinen Unterschied zwischen den Regierungs- und den Oppositionsparteien gibt (S. 43). Es ist also nicht erstaunlich, dass 34 Prozent der Befragten glauben, dass die Oppositionsparteien keine Alternative darstellen; lediglich für 26 Prozent der Befragten sind die Oppositionsparteien eine Alternative; 26 Prozent hatten keine Meinung dazu (S. 44).

Zu konkreten Themen meinen die Befragten, dass die Regierungsparteien den Anforderungen effizienter und besser gerecht werden (S. 44):

48 Prozent der Befragten glauben, dass die Regierungsparteien die Preise kontrollieren können, gegenüber 16 Prozent, die glauben, dass die Opposition dazu fähig ist (25 Prozent äußern sich dazu nicht).

50 Prozent der Befragten glauben, dass die Regierungsparteien Arbeitsplätze schaffen, gegenüber 16 Prozent, die meinen, dass die Oppositionsparteien dazu fähig seien (24 Prozent äußern sich dazu nicht)

52 Prozent der Befragten glauben, dass die Regierungsparteien die medizinische Grundversorgung sicherstellen können, gegenüber 16 Prozent, die den Oppositionsparteien diese Fähigkeit zusprechen (22 Prozent äußern sich dazu nicht).

42 Prozent der Befragten glauben, dass die Regierungsparteien gegen die Korruption der Regierung kämpfen können, gegenüber 25 Prozent, die meinen, dass die Oppositionsparteien dazu in der Lage wären (22 Prozent äußern sich dazu nicht).

II. Legale politische Parteien mit Vertretern im nationalen Parlament oder in den kommunalen und regionalen Räten (Auswahl)

- Front des Forces Socialistes (FFS)
- Front de Libération Nationale (FLN)
- Mouvement de la Société pour la Paix (MSP)
- Parti des Travailleurs (PT)
- Rassemblement pour la Culture et la Démocratie (RCD)
- Rassemblement National Démocratique (RND)

Front des Forces Socialistes (FFS)

Jabhat al-quwa al-ishtirakiya (Front sozialistischer Kräfte)

Gründung: 29.9.1963; Zulassung 1990 nach der Verfassungsänderung von 1989.

Mitgliederzahl: Keine Zahlen verfügbar.

Sitz/Regionalbüros: 56, Avenue Souidani Boudjema, El Mouradia Algier; Kontakt: ffscomdz@gmail.com. Der FFS hat circa 40 Regionalbüros (offizielle Angaben waren nicht zu erhalten).

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Generalsekretär (Erster Sekretär) ist seit 20.5.2016 Bouchafa Abdelmalek; er folgte Mohamed Nebbou nach. Seit dem Tod des Parteigründers und Präsidenten der Partei, Hocine Aït-Ahmed, am 23.12.2015 hat die Partei keinen Präsidenten mehr. Das nationale Sekretariat der Partei wurde auf der ordentlichen Sitzung des Nationalrats am 9./10.12.2016 auf 17 Mitglieder verschlankt; dem Ersten Sekretär stehen nicht mehr 34, sondern nur mehr 16 nationale Sekretäre zur Seite, darunter vier Frauen. Eine Frau ist Mitglied in der „instance présidentielle", die aus fünf Mitgliedern besteht.

Programm:

- Innenpolitik: Der FFS stellt in seinem programmatischen Text fest, dass Algerien aktuell einen Clanwechsel, jedoch keinen demokratischen Wechsel erlebe, wodurch ein inakzeptabler politischer Status quo festgeschrieben werde. Zur Lösung der Krise des Landes fordert der FFS politische, den Pluralismus stärkende und friedliche, organisierte Maßnahmen.
- Gesellschaftspolitik: Der FFS plädiert für die Fortsetzung des Kampfes zur Anerkennung des Tamazight als offizielle und mit dem Arabischen gleichgestellte nationale Sprache und die Förderung der kulturellen Vielfalt als wertvolles nationales Gut.
- Außenpolitik: Der FFS betont die Notwendigkeit, Algerien vor ausländischer Einmischung zu schützen, den Aufbau eines demokratischen Maghreb und einer solidarischen Region Nordafrika zu fördern; die algerische Afrikapolitik und die militärischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Optionen Algeriens sind neu zu definieren.

- Wirtschafts- und Sozialpolitik:
  Auf wirtschaftlicher Ebene: Der FFS tritt für eine in Kooperation mit der Bevölkerung gestaltete wirtschaftliche Entwicklung und für die Dezentralisierung der wirtschaftlichen Entscheidungsgewalt ein. Der Zugriff ausländischen Kapitals auf strategische Sektoren soll verhindert und die wirtschaftliche Abhängigkeit durch die Deckung der primären Bedürfnisse der Bevölkerung aus der nationalen Produktion verringert werden.
  Auf sozialer Ebene: Ein moderner Sozialstaat soll errichtet werden, in dem alle Zugang zu einer sozialen Grundversorgung erhalten, das Mindesteinkommen für mittellose Familien garantiert und die Würde des Bürgers respektiert wird.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: Der FFS nahm an den Wahlen 2012 teil und gewann mit 188.275 Stimmen 21 Sitze von insgesamt 462 Sitzen. Von den 21 Sitzen des FFS fielen sechs an Frauen.

Teilnahme an Kommunal- und Regionalwahlen seit 2011: Der FFS nahm an den Wahlen 2012 teil und gewann mit 296.991 Stimmen 954 Sitze (3,83 Prozent) in den Kommunalversammlungen.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Keine.

Kooperations- und Allianzpartner: Theoretisch alle sozialdemokratisch ausgerichteten politischen Parteien/Gruppen.

Politische Gegner/Rivalen: Gegner sind die an der Regierung beteiligten Parteien; Rivale/Konkurrent ist der RCD (Rassemblement pour la Culture et la Démocratie), dessen Hauptverbreitungsgebiet wie beim FFS die Kabylei und der Großraum Algier ist.

Parteieigene und nahestehende Medien: Die Partei verfügt über keine eigenen Medien. Ideologische Affinitäten mit dem FFS haben die frankophonen Tageszeitungen Libre Algérie (Freies Algerien) und La Nation (Die Nation).

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Keine.

Parteiorganisationen: Der FFS gründete keine eigenen Vereinigungen. Die Vereinigung RAJ (Rassemblement-Actions-Jeunesse;

Zusammenschluss-Aktionen-Jugend) steht der Partei nahe und teilt die politischen Positionen.

Webauftritt: http://www.ffs-dz.net

Front de Libération Nationale (FLN)

Hizb jabhat al-tahrir al-watani (Nationale Befreiungsfront)

Gründung: 1.11.1954.

Mitgliederzahl: Zahlen sind nicht verfügbar; Schätzungen sprechen von rund 900.000 Mitgliedern; der FLN setzte sich im März 2016 selbst das Ziel, bis Jahresende „1 Million" Mitglieder zu haben.

Sitz/Regionalbüros: Rue Mohamed Baki, Hydra, Algier. Kontakt: pfln2014@gmail.com. Die Partei ist in allen 48 Wilayaten Algeriens vertreten; sie verfügt über 122 „Mohafadha", die wiederum in „Kasmates" (Lokalsektionen der Partei auf Gemeindeebene) unterteilt sind.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Generalsekretär der Partei war vom 1.9.2013 bis 22.10.2016 Amar Saidani; nach dessen Rücktritt übernahm Djamel Ould Abbès die Leitung. Im Politbüro, das mit dem Generalsekretär 20 Mitglieder umfasst, sind vier Frauen vertreten. Im Zentralkomitee der Partei sitzen zwischen 455 und 505 Mitglieder (laut Statut vom Mai 2015). Ehrenpräsident des FLN ist seit 2015 Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika.

Programm: Die wichtigsten Ziele der Partei und die offiziellen normativen Positionen gemäß dem offiziellen Programm sowie die Vorschläge der Partei zur Lösung der Probleme des Landes sind:

- Innenpolitik: Der FLN setzt sich für ein stabiles und in seinen Entscheidungen souveränes Algerien ein. Der Staat muss zentralistisch und mit einer starken Exekutivgewalt geführt werden.
- Gesellschaftspolitik: Der Islam, die arabische Sprache, die Werte des 1. Novembers 1954 sowie die Amazighsprache und Amazigh-Kultur („Amazighité") bilden die Eckpfeiler der algerischen Identität.
- Außenpolitik: Der FLN will das Projekt zur Integration der Maghrebstaaten wiederbeleben und eine maghrebinische

Wirtschaftseinheit umsetzen; der FLN unterstützt das Anliegen der Palästinenser und die Bemühungen der Vereinten Nationen zur Beendung des Dekolonisierungsprozesses; der FLN ist für die Fortsetzung der algerischen Bemühungen zur Aufnahme in die Welthandelsorganisation und zur Umsetzung eines gerechten Assoziationsabkommens mit der Europäischen Union.

- Wirtschafts- und Sozialpolitik:
  Auf wirtschaftlicher Ebene: Der FLN steht für eine diversifizierte, weniger von Erdöl und Erdgas abhängige Wirtschaft, zu deren Prioritäten zählen: die Förderung und Aufwertung der Landwirtschaft; die Belebung und Umstrukturierung der Industrie; das Aufheben aller Hindernisse für Privatinvestitionen; die Förderung von Public-Private-Partnerships (PPP), des öffentlichen Sektors in der Schwerindustrie sowie nationaler und ausländischer Investitionen zur Wiederbelebung des Tourismus.
  Auf sozialer Ebene: Der FLN ist für eine Stärkung der Fortsetzung der nationalen Solidarität gegenüber den benachteiligten Schichten, die Fortsetzung der Subventionspolitik, um die Kaufkraft der Bürger zu erhalten, und die Förderung der Frau und ihrer Rolle in der Gesellschaft.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: Der FLN gewann bei den Wahlen im Mai 2012 221 Sitze in der ersten Kammer des 462 Sitze umfassenden Parlaments.

Teilnahme an den Kommunal- und Regionalwahlen seit 2011: Bei den Kommunal- und Regionalwahlen im November 2012 sicherte sich der FLN 7.191 Sitze.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Als stärkste Fraktion im Parlament stellt die Partei den Premierminister (seit 29.4.2014 Abdelmalek Sellal) und dominiert die Regierung. In der aktuellen Regierung Sellal vom 11.6.2016 (Sellal V) ist der FLN mit 16 Ministern vertreten.

Kooperations- und Allianzpartner: Der FLN kooperiert insbesondere mit den Parteien RND (Rassemblement National Démocratique), TAJ (Rassemblement de l'Éspoir de l'Algérie), MPA (Mouvement Populaire Algérien) und ANR (Alliance Nationale Républicaine; Nationale republikanische Allianz).

Politische Gegner/Rivalen: Als Gegner werden der MSP (Mouvement de la Société pour la Paix) und der PAGL (Parti de l'Avant-Garde des Libertés) wahrgenommen. Als Rivale gilt der RND (Rassemblement National Démocratique), seinerseits eine Abspaltung des FLN (1997).

Parteieigene und nahestehende Medien: Sawt El Ahrar (La Voix des Libres); zudem die regierungsnahen Zeitungen wie insbesondere El Moudjahid (frankophon), Echaab (al-Shaab; arabisch) und El Massa (al-Masa; arabisch).

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: FLN-nah ist der Gewerkschaftsverband Union Générale des Travailleurs Algériens (UGTA). Dem FLN stehen u. a. die Unternehmer Bahaeddine Tliba, Djemai Mohamed (beide sind auch Abgeordnete), Mohamed Zaim und einige Mitglieder der Unternehmerorganisation FCE (Forum des Chefs d'Entreprises) nahe.

Parteiorganisationen: Seit Einführung des Mehrparteiensystems 1989 und insbesondere seit der Gründung des RND 1997 löste sich die frühere organische Verbindung der Massenorganisation mit dem FLN. Dennoch gibt es weiterhin Affinitäten zwischen diesen Organisationen und dem FLN; zu nennen wären hier die Union Nationale des Étudiants Algériens (UNEA; Nationale Union der algerischen Studenten), die Union Nationale de la Jeunesse Algérienne (UNJA; Nationale Union der algerischen Jugend), die Union Nationale des Femmes Algériennes (UNFA; Nationale Union der algerischen Frauen), die Union Nationale des Paysans Algériens (UNPA; Nationale Organisation der algerischen Bauern), die Organisation Nationale des Anciens Moudjahidines (ONAM; Nationale Organisation der ehemaligen Kämpfer, gemeint sind die Kämpfer im algerischen Befreiungskrieg), die Organisation Nationale des Enfants des Chouhadas (Martyres) (ONEC; Nationale Organisation der Kinder der Märtyrer, d. h. der im nationalen algerischen Befreiungskrieg Gefallenen), denn etliche aktive Mitglieder dieser Organisationen sind auch Mitglieder des FLN. Die ONEC hat zudem auch enge Beziehungen zum RND.

Webauftritt: http://www.pfln.org.dz/; https://www.facebook.com/fln.net/

Mouvement de la Société pour la Paix (MSP)

Harakat mujtamaa al-silm (Bewegung der Gesellschaft des Friedens)

Gründung: Im März 1991 unter dem Namen Harakat al-mujtamaa al-islami (Mouvement de la Société Islamique; Bewegung der islamischen Gesellschaft) gegründet; im April 1997 erfolgte die Namensänderung in MSP.

Mitgliederzahl: Keine Zahlen verfügbar.

Sitz/Regionalbüros: 63, Rue Ali Hadad, Algier; Kontakt: info@hmsalgeria.net. Der MSP verfügt über sogenannte Konsultativbüros und Exekutivbüros in allen 48 Wilayaten.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Präsident des MSP ist seit dem 5. Kongress der Partei (4.3.2013) Abderrazak Mokri; er folgt Aboudjerra Soltani (Präsident von 2003 bis 2013) nach. Im Nationalen Büro der Partei (Exekutivinstanz) sitzen 20 Mitglieder, darunter zwei Frauen. Der Parteikongress tagt seit Mai 1991 (1. Kongress) circa alle fünf Jahre (4. Kongress: März 2008; 5. Kongress: Mai 2013).

Programm:

- Innenpolitik: Der MSP steht laut Programm für die Einführung der Prinzipien des Islam als Rechtsquelle Algeriens, den Aufbau eines demokratischen und sozialen, im Rahmen der islamischen Prinzipien souveränen, wie im Manifest vom 1. November 1954 festgeschriebenen algerischen Staates, die Förderung der Menschenrechte und den Respekt der Würde des Bürgers, die Entwicklung eines staatsbürgerlichen Systems, die Durchführung grundlegender politischer Reformen (Verfassungsreform; Einführung eines parlamentarischen Systems) sowie für Gewaltenteilung und die Unabhängigkeit der Justiz.
- Gesellschaftspolitik: Der MSP verteidigt und fördert die Werte und Prinzipien der algerischen Gesellschaft; die Partei will sich um die Verbreitung der arabischen Sprache und die Förderung der Amazigh-Kultur und Amazigh-Sprache bemühen. Der MSP fordert die Förderung der Rolle der Frau, damit diese ihre zivilisatorische Rolle erfüllen und der Familie, der Gesellschaft und dem Land dienen kann.

- Außenpolitik: Der MSP tritt für die Förderung und Entwicklung bilateraler und multilateraler Beziehungen, die Verteidigung der Anliegen der Palästinenser, die Bekämpfung aller Versuche zur Normalisierung der Beziehungen mit Israel, die Unterstützung der arabischen, muslimischen und „aller gerechten" Angelegenheiten, die Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und des Rechts der Völker auf die freie Wahl ihrer Führer ohne ausländische Einflussnahme ein.
- Wirtschafts- und Sozialpolitik:
  Auf wirtschaftlicher Ebene: Die Partei will die Entwicklung eines nicht mehr von Erdöl- und Erdgas abhängigen Wirtschaftssystems mit entsprechender Wertschöpfung fördern; sie will die Erdöleinkünfte zur Umsetzung einer klaren wirtschaftlichen Vision verwenden, sich für ein islamisches Finanzwesen und Bankensystem einsetzen, die öffentlichen Ausgaben effizienter einsetzen, den strategischen öffentlichen Sektor schützen, gleichzeitig jedoch den Privatsektor fördern und bürokratische Hürden abbauen. Der MSP will das wirtschaftliche Umfeld für nationale und internationale Partnerschaften verbessern.
  Auf sozialer Ebene: Die Partei tritt für den Schutz der algerischen Familie vor den Gefahren der Auflösung, der Aufhebung der guten Sitten und der Bekehrung zum Christentum ein. Sie will den Schutz der Kinder, der Mütter und der älteren Personen fördern; sie will die Sozialversicherung auf Arbeitslose ausweiten, soziale Gerechtigkeit und das Gleichheitsprinzip innerhalb der Gesellschaft unterstützen.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: Der MSP nahm im Rahmen des islamistischen Parteienbündnisses Alliance Verte (Grüne Allianz) an den Legislativwahlen im Mai 2012 teil; die Alliance Verte gewann mit 475.049 Stimmen 47 der insgesamt 462 Sitze der ersten Parlamentskammer.

Teilnahme an Kommunal- und Regionalwahlen seit 2011: Der MSP nahm an den Wahlen 2012 teil und gewann 718 Sitze.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Der MSP kündigte im Mai 2014 die Regierungsbeteiligung auf; MSP-Minister Mustafa Benbada (Minister für Handel) verließ daraufhin die Regierung.

Kooperations- und Allianzpartner: Seit 2014 die Parteien RCD

(Rassemblement pour la Culture et la Démocratie), PAGL (Parti de l'Avant-Garde des Libertés), Parti Jil Jadid (Partei Neue Generation), FJD (Front pour la Justice et le Développement); mit diesen Parteien kooperiert der MSP im Rahmen des Oppositionsbündnisses CNTLD (Nationale Koordination für Freiheiten und demokratische Transition).

Politische Gegner/Rivalen: Gegner sind die Parteien FLN (Front de Libération Nationale), RND (Rassemblement National Démocratique) und die islamistisch orientierte Partei TAJ (Rassemblement de l'Éspoir de l'Algérie), die aus einer Abspaltung des MSP hervorgegangen, ist und seither gleichzeitig Rivale und Konkurrent des MSP ist.

Parteieigene und nahestehende Medien: Die Zeitung El Bilad (Das Land) und der Fersehsender El Bilad TV sowie bis zur Schließung des Fernsehsenders 2015 El Watan TV (Heimat). Der Gründer und Direktor des Senders El Watan TV, Djaafar Chelli, stand wegen einer Affäre im Zusammenhang mit dem Sender vor Gericht, wurde verurteilt und im Juli 2016 aus der Haft entlassen. Chelli ist Mitglied im Politischen Büro des MSP.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Keine.

Parteiorganisationen: Die Vereinigung al-Irshad wal-islah (Orientierung und Reform) steht dem MSP nahe; ebenso die Studentenunion UGEL (Union Générale des Étudiants Algériens; Allgemeine Union der algerischen Studenten).

Webauftritt: http://hmsalgeria.net und http://okbob.net; die Partei verfügt über eine Facebook-Seite https://www.facebook.com/HmsDz.

Parti des Travailleurs (PT)

Hizb al-ummal (Arbeiterpartei)

Gründung: 1990

Mitgliederzahl: Keine Zahlen verfügbar.

Sitz/Regionalbüros: 2, Rue Belkheir Belkacemi, Hassan Badi, El Harrach (bei Algier). Kontakt: contact@pt.dz. Die Anzahl der regionalen Büros konnte nicht ermittelt werden.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Generalsekretärin ist seit Gründung der Partei Louisa Hanoune. Zwischen den Parteitagen ist das Zentralkomitee die höchste Entscheidungsinstanz, die auch das Politbüro (al-maktab al-siyasi) wählt. Das Statut der Partei legt keine Zahlen hinsichtlich der Mitglieder von Zentralkomitee und Politbüro fest. Alle beigeordneten Sekretäre des Politbüros sind Männer.

Programm: Das Programm leitet sich aus der Charta ab, die sich die Partei 1990 gab.

- Innenpolitik: Im Zentrum des Programms stehen die Verteidigung der „einen und unteilbaren Republik", der Kampf gegen die Regionalisierung, die Förderung der „lokalen Besonderheiten" und die Schaffung von Freihandelszonen. Der PT spricht sich gegen die Reform der bestehenden Strukturen des Staates und seiner Aufgaben aus.
- Gesellschaftspolitik: Der PT verteidigt das Recht auf öffentliche, kostenlose und obligatorische Schulbildung bis zum Alter von 16 Jahren, er ist gegen die Privatisierung der Schulbildung und Kinderarbeit. Er setzt sich für das Recht auf ein öffentliches Gesundheitswesen ein und ist gegen die Privatisierung des Gesundheitssektors; er ist ferner für das Recht auf eine Wohnung, für das Verbot von Löhnen unterhalb der Mindestlohngrenze, für die Ratifizierung aller Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation zugunsten der Arbeitnehmer, für die Einführung eines Mindestlohns für Berufseinsteiger und für Arbeitslosengeld für entlassene Arbeitnehmer bis zur erneuten Einstellung.
- Außenpolitik: Der PT ist internationalistisch, Mitglied der Entente Internationale des Travailleurs (International Liaison Committee of Workers and Peoples). Er spricht sich für die Souveränität des palästinensischen Volkes und sein Recht auf einen eigenen Staat aus. Er verpflichtet sich, sich für den Erhalt der Integrität der Maghrebstaaten einzusetzen. Der PT bekämpft alle imperialistischen und Besatzungskriege, die Plünderung der Reichtümer der Völker und ausländische Einmischung. Er unterstützt die Integrität der Nationen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Der PT befürwortet die Annäherung an Marokko und die Änderung der Position Algeriens bezüglich der Westsahara.
- Wirtschafts- und Sozialpolitik: Als Mitglied der internationalen Arbeiterbewegung beruft sich der PT auf den Sozialismus, d. h. auf das kollektive Eigentum der Produktionsmittel und nationalen Reichtümer; dies setzt eine echte Demokratie voraus, damit das

Volk seine volle Souveränität ausüben kann. Die Partei kämpft für die Einstellung der Auslandsverschuldung, die Nationalisierung des Bodens, der natürlichen Ressourcen und Rohstoffe und der Infrastruktur (Eisenbahnen, Wasser, Strom, Häfen, Flughäfen, kulturelles und künstlerisches Erbe, Telekommunikation, Luft- und Seetransport usw.). Die Partei setzt sich für den Erhalt der Staatsbetriebe und die sozialen Errungenschaften der nationalen Unabhängigkeit ein, ist gegen die Privatisierung und für die Renationalisierung des öffentlichen Dienstes und der privatisierten Unternehmen sowie für die Wiedereröffnung geschlossener Unternehmen. Die Partei fordert einen nationalen Entwicklungsplan auf der Grundlage eines Programms für öffentliche Arbeiten, finanziert durch öffentliche Investitionen. Sie will eine echte Landreform, die eine Verteilung des Bodens ausschließlich an Bauern vorsieht. Der PT bekämpft die internationalen Finanzinstitutionen, die sich gegen die Gewerkschaften wenden und sie in der „Zivilgesellschaft" und den „Sozialforen" aufgehen lassen wollen, um sie über die „partizipative Demokratie" zu korrumpieren und zu zerstören.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: Bei den Wahlen zur ersten Kammer des Parlaments 2012 erhielt die Partei 283.585 Stimmen (3,7 Prozent der abgegebenen Stimmen) und ist mit 17 Abgeordneten (3,7 Prozent der Abgeordneten) im Parlament vertreten. 50 Prozent der PT-Abgeordneten sind Frauen. Im Senat, der zweiten Kammer des Parlaments, ist die Partei nicht präsent.

Teilnahme an Kommunal- und Regionalwahlen seit 2011: Bei den Wahlen 2012 errang der PT mit 382.279 Stimmen 826 Sitze (3,32 Prozent der Sitze). Von den 826 Gewählten sind 190 Frauen.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Keine.

Kooperations- und Allianzpartner: Die Partei unterstützt den Staatspräsidenten und dessen Programm. Der PT tendiert allerdings zu Alleingängen, d. h. das Kooperationsverhalten ist nicht ausgeprägt.

Politische Gegner: Der FLN (Front de Libération Nationale) speziell unter Führung von Generalsekretär Amar Saidani; seit dessen Rücktritt im Oktober 2016 trat eine leichte Entspannung ein.

Parteieigene und nahestehende Medien: Die frankophone Zeitung Fraternité (Brüderlichkeit); die arabophone Zeitung Taabir al-shabab (Expression Jeunesse; Ausdruck der Jugend), deren letzte Ausgabe (Nummer 24) allerdings im November 2014 erschienen ist.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Die Sektion des Stahlwerkes von El-Hajjar innerhalb des Gewerkschaftsverbandes UGTA (Union Générale des Travailleurs Algériens; Generalunion der algerischen Arbeiter) steht dem PT nahe.

Parteiorganisationen: Der PT verfügt über eine Jugendorganisation, die Organisation des Jeunes pour la Révolution (OJR; Organisation der Jungen für die Revolution).

Webauftritt: http://www.pt.dz/; https://www.facebook.com/pageofficiellept.

Rassemblement pour la Culture et la Démocratie (RCD)

al-Tajammu min ajli al-thaqafa wal-dimuqratiya (Sammlungsbewegung für Kultur und Demokratie)

Gründung: 1989

Mitgliederzahl: 2016 zahlten 37.000 Personen Mitgliedsbeiträge; die Partei ist besonders in der Kabylei stark vertreten.

Sitz/Regionalbüros: 40, Rue Mohamed Chaabane, El-Biar, Algier. Die Partei verfügt über 37 regionale Büros (2016).

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Generalsekretär des RCD ist seit 10.3.2012 Mohcine Belabbas. Im nationalen Sekretariat der Partei sind von 26 Mitgliedern sechs Frauen.

Programm

- Innenpolitik: Der RCD spricht sich für einen Einheitsstaat der Regionen („Etat unitaire régionalisé") aus, der auf dem Prinzip der „variablen Regionalisierung" beruht. Dieser Staat soll auf natürlichen Regionen, die ihr Regionalparlament wählen und über Kompetenzen in der Wirtschafts-, Sozial-, Kultur- und

Identitätspolitik verfügen, beruhen. Diese Regionalisierung erfordert eine entsprechende Verwaltungsaufteilung, die große Wirtschaftsregionen umfasst.

- Gesellschaftspolitik: Eine moderne, säkulare Republik braucht, so das Programm des RCD, einen Entwicklungsplan für die Kultureinrichtungen. Das Monopol auf die Produktions- und Vertriebsmittel von Kultur und Medien soll aufgehoben werden, eine neue Politik zur Förderung der Buchproduktion, die staatliche Unterstützung benötigt, soll formuliert werden; Theater- und Filmproduktionen sollen in den Regionen und auf nationaler Ebene sowie in den verschiedenen Landessprachen Algeriens wiederbelebt und gefördert werden. Unterstützt werden sollen kulturelle Vereinigungen; das nationale archäologische und architektonische Kulturerbe soll geschützt werden; im Ausland befindliches Kulturgut soll zurückgewonnen werden. Eine weitere Priorität der Partei ist die Förderung des Tamazight als offizielle, der arabischen Sprache gleichgestellte Sprache; die französische und englische Sprache sollen als Unterrichtssprachen gefördert werden.
- Außenpolitik: Das nationale Interesse bildet die Leitlinie der algerischen Außenpolitik. Aus diesem Grund überdenkt der RCD die gegenwärtige geographische Verteilung der diplomatischen Vertretungen Algeriens, die sich an den Erfordernissen der Außenpolitik und der Wirtschaftsbeziehungen orientieren sollen. Der RCD tritt für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein, das als wesentliche Voraussetzung für den Frieden in der Welt angesehen wird. Die Partei spricht sich für eine allgemeine Abrüstung durch die Zerstörung von Massenvernichtungswaffen und insbesondere der atomaren, biologischen und chemischen Waffen aus und fordert die Schaffung atomwaffenfreier Zonen. Der RCD befürwortet einen pragmatischen Ansatz bei der Förderung der Integration der Maghrebstaaten; insbesondere im wirtschaftlichen Bereich soll die Integrationspolitik an konkreten und durchführbaren Projekten ausgerichtet werden. Die drei Maghrebstaaten (Algerien, Marokko, Tunesien) sollten ihre Zivilgesellschaften und ihre Wirtschaftsakteure dazu ermutigen, gegenseitig nutzbringende Partnerschaften zu schließen. Die Maghrebstaaten sollten schrittweise Teile ihrer nationalen Souveränität zugunsten eines föderalen Systems, in dem die Regionen einen entscheidenden Faktor der Entwicklung darstellen, aufgeben. Der RCD befürwortet die Öffnung der Grenze zu Marokko.
- Wirtschafts- und Sozialpolitik: Der RCD tritt für den Ausstieg

aus der Rentenwirtschaft ein; die Partei ist für die schrittweise Umschulung der Angestellten des öffentlichen Dienstes auf Tätigkeiten in der Güterproduktion und im Dienstleistungsbereich; hierfür sollen zinsbegünstigte Darlehen für alle Investitionsprojekte bereitgestellt und das Megaprojekt „Train the Trainer" für insgesamt 500.000 Personen zur Ausbildung von hochqualifiziertem, in den modernen Technologien geschultem Personal durchgeführt werden. Die Partei fordert, die Prospektion von Bergbau- und Erdölvorkommen, insbesondere im Süden des Landes, durch steuerliche Anreize für ausländische Unternehmen voranzutreiben; Ziel soll sein, die Finanzkapazitäten Algeriens zu verbessern, das Haushaltsdefizit zu reduzieren und die Inflationsrate auf unter vier Prozent zu senken. Der RCD plädiert dafür, dass sich die Wirtschaftspolitik auf bestimmte Sektoren konzentriert: Landwirtschaft, chemische und petrochemische Industrie, neue Informations- und Kommunikationstechnologien, Tourismus, Verbesserung des Straßennetzes, die neuen Energien.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: Der RCD boykottierte die Legislativwahlen vom Mai 2012.

Teilnahme an Kommunal- und Regionalwahlen seit 2011: Der RCD nahm an den Kommunalwahlen im November 2012 teil und gewann mit 145.209 Stimmen 526 Sitze (2,11 Prozent der Sitze); 70 der 526 Sitze fielen an Frauen.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Keine.

Kooperations- und Allianzpartner: Der RCD kooperiert mit den Parteien MSP (Mouvement de la Société pour la Paix), Parti Jil Jadid (Partei Neue Generation) und PAGL (Parti de l'Avant-Garde des Libertés) im Rahmen der oppositionellen Initiative der Nationalen Koordination für Freiheiten und demokratische Transition (CNLTD).

Politische Gegner/Rivalen: Gegner sind die Regierungsparteien; ein direkter Konkurrent ist der FFS (Front des Forces Socialistes), der gleichfalls in der Kabylei stark vertreten ist.

Parteieigene und nahestehende Medien: Es gibt Positionsübereinstimmungen mit den frankophonen Tageszeitungen Liberté, El Watan, Le Soir d'Algérie.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Keine Gewerkschaft ist mit der Partei direkt verbunden. Es bestehen allerdings Übereinstimmungen in den Positionen mit drei autonomen Gewerkschaften des Gesundheitssektors (SNPSP; SMP; SNPPSP); ferner zum Rassemblement Algérien des Femmes Démocrates (RAFD; Algerische Sammlungsbewegung der demokratischen Frauen), zur Ligue de Défense des Droits de l'Homme (LDDH; Liga zur Verteidigung der Menschenrechte) und zur algerischen Sektion von Amnesty International.

Parteiorganisationen: Der RCD verfügt über eine Jugendorganisation, die Jeunesse Libre RCD (Freie Jugend RCD).

Webauftritt: http://www.rcd-algerie.org/; https://www.facebook.com/Site-officiel-du-RCD-70499175488/.

Rassemblement National Démocratique (RND)

al-Tajammu al-watani al-dimuqrati (Nationale demokratische Sammlungsbewegung)

Gründung: Der RND wurde am 21.2.1997 als Abspaltung vom FLN gegründet.

Mitgliederzahl: Keine Angaben möglich.

Sitz/Regionalbüros: Der Hauptsitz befindet sich in Algier (10, Les Asphodèles, Ben Aknoun). Die Partei verfügt über Büros in allen 48 Wilayaten.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Höchstes Entscheidungsgremium der Partei ist der alle fünf Jahre tagende Kongress (zuletzt: Mai 2016). Der Kongress wählt den Generalsekretär und den Nationalen Rat (Conseil National); zwischen den Kongressen ist der Nationale Rat die höchste Instanz. Der Nationale Rat wählt sich ein Exekutivbüro, das sogenannte Nationale Büro (Bureau National), das zwischen 15 und 21 Mitglieder umfasst und dem der Generalsekretär vorsteht. Das Nationale Büro besteht aktuell aus 21 Mitgliedern, darunter fünf Frauen; Generalsekretär der Partei ist seit 10.6.2015 Ahmed Ouyahia, Ex-Regierungschef (1995–1998; 2003–2006; 2008–2012) und seit 13.3.2014 Leiter des Büros von Staatspräsident Bouteflika.

Programm: Das offizielle Parteiprogramm ist auf der Webseite der Partei http://www.rnd-dz.com/Sommaire%20programme%20RND.pdf einzusehen. Das Statut der Partei wurde vom RND-Kongress am 5.5.2016 verabschiedet.

- Innenpolitik: Die nationalistische und konservative Partei verteidigt die Werte des 1. November 1954, die nationale Einheit und die über allem stehende Souveränität. Der RND spricht sich für die Stärkung der pluralistischen Demokratie, die Entwicklung und die Pluralität der Medien des Landes und die Förderung zivilgesellschaftlicher Vereinigungen aus.
- Gesellschaftspolitik: Der RND fordert ein starkes Engagement zur Förderung eines (moderaten) Verständnisses des Islam, zur Stärkung der Kultur als Grundlage der nationalen Identität und zur Förderung der Bildung und des Geschichtsbewusstseins insbesondere in der jungen Generation.
- Außenpolitik: Der RND seht für die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, die Respektierung des Völkerrechts und des Selbstbestimmungsrechts der Völker.
- Wirtschaftspolitik: Zu den Prioritäten zählen die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen, die Modernisierung der Staatsbetriebe, das Mobilisieren ausländischen Know-hows durch Partnerschaften, die wirtschaftliche Integration des Landes, die Belebung der Landwirtschaft, des Tourismus, des Wohnungsbaus und des Bergbaus, die bessere Nutzung der nationalen Energiereserven, die Förderung der Industrie und der Nicht-Erdöl-Exporte, die Öffnung gegenüber nationalem Privatkapital, der Kampf gegen Betrug, den Schwarzmarkt und die Wirtschaftskriminalität.
- Sozialpolitik: Der RND tritt für die Sicherung der Kaufkraft der Arbeitnehmer, des sozialen Schutzes und der Errungenschaften der Sozialpolitik ein; die Sozialpolitik soll rationalisiert werden, um ihre Nachhaltigkeit zu gewährleisten.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: Der RND nahm an den Legislativwahlen vom Mai 2012 teil und gewann mit 524.057 Stimmen (6,9 Prozent der abgegebenen Stimmen) 70 der 462 Sitze der ersten Kammer des Parlaments (14,7 Prozent der Sitze).

In der zweiten Kammer des Parlaments (Conseil de la Nation; Senat) nimmt der RND 44 von 144 Sitzen ein.

Teilnahme an Kommunal-/Regionalwahlen seit 2011: Bei den Kommunalwahlen vom November 2012 gewann der RND mit 1.800.926 Stimmen 5.988 Sitze (24,06 Prozent der zu vergebenen Sitze); 854 Frauen wurden gewählt.

Regierungsbeteiligung seit 2011: In der aktuellen Regierung Premierminister Sellals (Sellal V) ist der RND mit sechs Ministern, darunter allerdings keine Frau, vertreten.

Kooperations- und Allianzpartner: Der RND kooperiert mit den Parteien FLN, TAJ (Rassemblement de l'Éspoir de l'Algérie), MPA (Mouvement Populaire Algérien).

Politische Gegner/Rivalen: Gegner sind die Parteien der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition; direkter Konkurrent ist der FLN.

Parteieigene und nahestehende Medien: RND-nah ist die arabophone Tageszeitung Ajouaa (Atmosphäre). Es gibt zudem Übereinstimmungen mit den staatlichen Medien.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: RND und FLN konkurrieren um den Einfluss auf die Massenorganisationen wie z. B. auf die nationale algerische Frauenorganisation UNFA, die Generalunion der algerischen Studenten UGEA oder die Nationale Organisation der Moudjahidine (Kämpfer im algerischen Befreiungskrieg) ONM. Der Einfluss schwankt je nach den (wechselnden) Kräfteverhältnissen in den Organisationen selbst.

Parteiorganisationen: Der RND gründete unter seiner Schirmherrschaft in den Wilayaten, also auf regionaler Ebene, jeweils eine Struktur zur Einbindung der Jugend, die sogenannte Commission de Wilaya de l'Organisation de la Jeunesse (Wilaya-Kommission zur Organisation der Jugend).

Webauftritt: http://www.rnd-dz.org/; https://www.facebook.com/RASSEMBLEMENTNATIONALDEMOCRATIQUECOM.DZ/

III. Legale politische Parteien der außerparlamentarischen Opposition (Auswahl)

Parti de l'Avant-Garde des Libertés (PAGL)

Hizb talaia al-hurriyat (Partei Avantgarde der Freiheiten)

Gründung: Gründungskongress 13.–15.6.2015; zugelassen seit September 2015.

Mitgliederzahl: Keine Zahlen verfügbar.

Sitz/Regionalbüros: 9, Rue Manaa Lakhdar, Ben Aknoune, Algier; Kontakt: talaie.elhouriat.fr@gmail.com**.** Es wurden keine Angaben zu den regionalen Büros gemacht. Die Partei verfügt jedoch über Büros in Frankreich, Belgien, den USA und Kanada.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Ali Benflis (Parteipräsident); Politisches Büro (31 Mitglieder, davon sieben Frauen). Das Zentralkomitee der Partei hat 390 Mitglieder. Mit dem Parteiaufbau in den Wilayaten/Kommunen ist Ahmed Attaf (Ex-Außenminister und Generalsekretär des Politischen Büros) beauftragt.

Programm:

- Innenpolitik: Die Partei tritt ein für die Konsolidierung des demokratischen und sozialen Staates auf der Basis der islamischen Prinzipien der Erklärung vom 1. November 1954; sie bekennt sich zum republikanischen und demokratischen Charakter des Staates, will den Aufbau eines modernen Nationalstaates, der die Einheit und den nationalen Zusammenhalt garantiert, fördern und die Bürgerrechte sowie die Wahl- und Meinungsfreiheit schützen. Die Partei will nationale Aktionen zur Förderung der Demokratie und der Errichtung des Rechtsstaates, zur Einführung des Prinzips der guten Regierungsführung und zur Umsetzung des Schutzes der individuellen und kollektiven Grundrechte und Freiheiten unterstützen.
- Gesellschaftspolitik: Die Partei will die Eckpfeiler der nationalen Identität (Islam, die arabische Sprache und Kultur sowie die Amazigh-Sprache und Amazigh-Kultur) bewahren und konsolidieren; sie steht ein für die Realisierung von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit sowie die Moralisierung des öffentlichen

Lebens durch den Kampf gegen Regionalismus, Vetternwirtschaft und Klientelismus.

- Außenpolitik: Die Partei will die Rolle Algeriens in der internationalen Staatengemeinschaft fördern, solidarische außenpolitische Bande stärken und die außenpolitische Kooperation inhaltlich und formal am nationalen Interesse ausrichten. Die Partei will gerechte Anliegen weltweit unterstützen, insbesondere wenn es dabei um Freiheitsaspekte und das Recht der Völker auf Selbstbestimmung geht.
- Wirtschafts- und Sozialpolitik:
  Auf wirtschaftlicher Ebene: Die Partei plädiert für ein Wirtschaftsmodell, das die Eigeninitiative und die Diversifizierung der Ressourcen fördert.
  Auf sozialer Ebene: Die Partei tritt für eine gerechte Verteilung des nationalen Reichtums (soziale Gerechtigkeit) ein; sie will die Rolle der Frau und der Jugend innerhalb der Gesellschaft fördern, sagt jeder Form von Diskrimination, Ausschluss und Marginalisierung auf politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Ebene den Kampf an.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: Die Partei existierte zum Zeitpunkt der Legislativwahlen im Mai 2012 noch nicht. Die Legislativwahlen im April 2017 will die Partei boykottieren.

Teilnahme an Kommunal- und Regionalwahlen seit 2011: Die Partei existierte zum Zeitpunkt der Wahlen im November 2012 noch nicht.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Keine.

Kooperations- und Allianzpartner: Die Partei kooperiert mit den Parteien RCD (Rassemblement pour la Culture et la Démocratie), Parti Jil Jadid (Partei Neue Generation), FJD (Front pour la Justice et le Développement) im Rahmen der oppositionellen Initiative der Nationalen Koordination für Freiheiten und demokratische Transition (CNTLD).

Politische Gegner: Die Parteien FLN (Front de Libération Nationale), RND (Rassemblement National Démocratique), PT (Parti des Travailleurs) und TAJ (Rassemblement de l'Éspoir de l'Algérie).

Parteieigene und nahestehende Medien: Keine bzw. es lässt sich zurzeit (noch) keine Nähe bestimmter Medien zur Partei erkennen.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Keine Angaben möglich.

Parteiorganisationen: Einige Organisationen, die den Parteien FLN und RND nahestehen, spalteten sich, weil Teile ihrer Mitglieder und Kader Ali Benflis unterstützen.

Webauftritt: http://www.th-dz.org/

Libyen

(Zusammengestellt von Hanspeter Mattes)

I. Grunddaten

Rolle der Parteien laut Verfassung: In Libyen gilt seit dem 3.8.2011 die vom Nationalen Übergangsrat (National Transitional Council/ NTC) verabschiedete provisorische Verfassungserklärung (al-Ilan al-dusturi) als politisches Grundlagendokument. Das Dokument enthält 37 Artikel und legt die Roadmap fest, die nach der „Befreiung Libyens" von der Herrschaft Qaddafis einzuhalten ist (Regierungsbildung; Wahl eines Parlaments usw.); die Proklamation der „Befreiung Libyens" erfolgte am 23.10.2011.

Parteiengesetz: Der NTC verabschiedete auf der Basis der provisorischen Verfassungserklärung am 2.5.2012 Gesetz Nr. 29/2012 zur Organisation politischer Parteien (kurz: Parteiengesetz), das in 33 Artikeln die Voraussetzungen definiert, die politische Parteien für eine Legalisierung erfüllen müssen (Text des Gesetzes in Arabisch unter: https://www.temehu.com/NTC/2012-laws/law-29-2012-regarding-political-parties.pdf); jede Partei muss mindestens 250 Mitglieder haben, die die libysche Staatsbürgerschaft nachweisen müssen; die Parteien müssen die Prinzipien der provisorischen Verfassungserklärung unterstützen, haben sich friedlich zu betätigen und dürfen folglich gemäß Artikel 9 auch keine bewaffneten Einheiten unterhalten.

Anzahl der zugelassenen Parteien: Im Zeitraum zwischen dem Sturz des Qaddafi-Regimes (Proklamation der „Befreiung Libyens" durch den NTC am 23.10.2011) und der Wahl des Allgemeinen Nationalkongresses (General National Congress/GNC) am 7.7.2012 haben sich in Libyen rund 130 Parteien gegründet; welche davon politisch registriert und zugelassen waren, ist nicht bekannt. Von den gegründeten Parteien wurden 2012 von der libyschen Analyseplattform Temehu etwa 40 Prozent dem nationalistischen Spektrum, etwa 20 Prozent dem liberalen, 20 Prozent dem islamistischen und 15 Prozent dem Pro-Amazigh-Spektrum zugeordnet sowie fünf Prozent als explizit säkular eingestuft (vgl. https://www.temehu.com/political-parties.htm). Politisch bedeutsam waren nach der Wahl aber nur eine Handvoll Parteien; alle anderen Parteien haben lediglich eine lokale Reichweite. Fünfzehn die-

ser Kleinstparteien erzielten nur einen Sitz im GNC (in der Regel der Parteipräsident in seinem Heimatort); alle anderen Parteien blieben wegen der extrem geringen Stimmenzahl ohne Chance auf Einzug in den GNC.

Profil der Bevölkerung: Laut dem letzten Zensus von 2006 betrug die Einwohnerzahl Libyens 5,658 Millionen Personen; 2011 wurde die Zahl auf 6,355 Millionen geschätzt. Der Bürgerkrieg 2011 führte zu einer hohen Binnenmigration und zur Flucht zahlreicher Libyer (insbesondere solche mit engen Beziehungen zum gestürzten Qaddafi-Regime) nach Tunesien und Ägypten (zeitweise lebten bis zu einer Million Libyer in Tunesien und bis zu 800.000 Libyer in Ägypten). Deswegen kann die Bevölkerungsanzahl innerhalb Libyens für 2016 nicht exakt angegeben werden (in einigen Quellen werden für Januar 2016 6,271 Millionen Einwohner angegeben).

Für die GNC-Wahl im Juli 2012 ließen sich 2.865.937 Libyer/Libyerinnen über 18 Jahre registrieren. Diese Zahl ist hoch, da Libyen eine junge Gesellschaft ist; der Anteil der unter Achtzehnjährigen an der Gesamtbevölkerung liegt bei rund 35 Prozent (Wahlberechtigte: 3,4 Millionen). An der Wahl nahmen 1.764.840 Personen (61,58 Prozent der registrierten Wähler) teil.

Wahlverhalten: Das Wahlverhalten entwickelte sich zwischen 2012 (Wahl des GNC) und 2014 (Wahl des House of Representatives) deutlich ins Negative. War 2012 noch von einer „optimistischen" Stimmung („Wahlparty") die Rede und sowohl die Wählerregistrierung als auch die Wahlbeteiligung hoch, gingen diese Ziffern 2014 drastisch zurück (Wählerregistrierung nur noch 1,5 Millionen; Wahlbeteiligung: 630.000 registrierte Wähler; 42 Prozent).

Wahlsieger bei den beiden letzten Legislativwahlen: Seit 2011 fanden in Libyen zwei Legislativwahlen statt: Die Wahl des GNC am 7.7.2012 und die Wahl des Abgeordnetenhauses (House of Representatives/HoR; Majlis al-nuwwab) am 24.6.2014. Nur bei der Wahl zum GNC waren von den 200 Deputierten 80 über Parteilisten zu bestimmen; 120 Sitze waren Einzelkandidaten vorbehalten; bei der Wahl des Abgeordnetenhauses gab es keine Parteilisten.

Die 80 für Parteien reservierten Sitze bei der GNC-Wahl 2012 fielen an insgesamt 21 Parteien: 39 an die National Forces Alliance, 17

an die Freedom and Justice Party, drei an die National Front Party, je zwei an die Union for the Homeland, die National Centrist Party und die Wadi al-Hayat Party sowie je ein Sitz an 15 weitere Kleinstparteien.

Wahlsieger bei den Kommunalwahlen: Bei den im Frühsommer 2014 sukzessive in einzelnen libyschen Städten stattfindenden Kommunalwahlen (Wahl der Gemeinderäte) kandidierten nur Einzelpersonen („unabhängige Kandidaten"); es gab keine Parteilisten.

Legale Parteien mit im weitesten Sinne säkularer bis national-konservativer Prägung: Hierzu zählen in erster Linie die National Forces Alliance (NFA), aber auch die National Centrist Party, die Union for the Homeland Party, die Free Libyans Party, die Democratic Party, die Patriotic Reform Party (pro-Amazigh), die Change Party (Hizb al-taghiir) und die National Party for Development and Welfare.

Legale Parteien mit religiöser, islamistischer Prägung: Das Spektrum religiös ausgerichteter und islamistischer Parteien ist ausgeprägt; am wichtigsten sind die von der libyschen Muslimbruderschaft gegründete Justice and Construction Party (JCP), die Homeland Party, die Umma Party (Partei der islamischen Gemeinde), die National Front Party (NFP), die Summit Party (Hizb al-qimma/ Gipfel-Partei).

Parteien, denen die Legalisierung verweigert wird: Parteien, die an das Qaddafi-Regime anknüpfen wollen, sind zum einen durch das Parteiengesetz von 2012 (Anerkennung der Provisorischen Verfassungserklärung), besonders aber durch das Gesetz Nr. 37 vom 2.5.2012 (Gesetz zur Kriminalisierung der „Glorifizierung des Qaddafi-Regimes"; arabischer Gesetzestext unter https://www.temehu.com/NTC/2012-laws/law-37-2012-criminalising-glorification-of-tyrant.pdf) verboten.

Verboten wurde auch explizit die am 15.2.2012 von Ägypten aus gegründete libysch-nationale Volksbewegung LPNM (Libyan Popular National Movement); zugleich wurde die LPNM von der Teilnahme an den GNC-Wahlen ausgeschlossen. Gründer und Generalsekretär der LPNM war Ex-Generalmajor al-Khuwildy al-Humaidy, seit 1969 Mitglied im Revolutionsrat Qaddafis und zuletzt Mitglied der Qaddafischen Revolutionsführung (Qiyada thawriya); die LPNM kritisierte

in verschiedenen Erklärungen das seit 2011 vorherrschende Chaos, die anhaltende Gewalt und insbesondere die Marginalisierung der dunkelhäutigen Stämme Libyens.

Das am 5.5.2013 vom GNC verabschiedete sogenannte Politische Isolationsgesetz (Gesetz Nr. 13/2013; http://muftah.org/full-text-libyas-political-isolation-law/#.V-jy3RL6izl) verbietet zudem die Übernahme politischer und administrativer Ämter durch ehemalige Funktionäre des Qaddafi-Regimes; alle Mitglieder politischer Parteien sind diesem Gesetz unterworfen, wodurch gegebenenfalls die Übernahme von politischen Ämtern blockiert werden kann.

II. Legale politische Parteien mit Vertretern im nationalen Parlament oder in den kommunalen und regionalen Räten (Auswahl)

- Democratic Party (DP)
- Free Libyans Party (FLP)
- Homeland Party
- Justice and Construction Party (JCP)
- National Centrist Party (NCP)
- National Forces Alliance (NFA)
- National Front Party (NFP)
- Umma Party
- The Union for the Homeland Party

Democratic Party (DP)

al-Hizb al-dimuqrati (Demokratische Partei)

Gründung: Die DP wurde am 14.7.2011 durch Mitglieder der libyschen Freiheits- und Demokratiekampagne, die sich im Frühsommer 2011 für die Unterstützung des National Transitional Council engagierten, gegründet. Der Slogan der Partei lautet dementsprechend „Freiheit und Demokratie für das libysche Volk".

Mitgliederzahl: Nicht im Detail bekannt, aber eher limitiert; viele Mitglieder lebten laut Parteigründer Shibani 2011/2012 (noch) im Ausland.

Sitz: Tripolis; Regionalbüros sind nicht bekannt.

Führungspersönlichkeiten: Als Parteigründer gilt Ahmad Shibani; die anderen Führungskader sind namentlich nicht bekannt.

Programm: Die Partei tritt für die demokratische Transition Libyens ein, versteht sich als liberal, säkular und menschenrechtsorientiert. Die Religionsfreiheit nimmt einen hohen Stellenwert ein. Die Partei ist zudem für die Anerkennung Israels und die Rückkehr der jüdischen Minderheit, die zwischen 1948 und 1967 aus Libyen vertrieben wurde.

Nach der Gründung der Partei 2011 optierte die Partei für eine starke UN-Rolle analog dem Engagement des UN-Sondergesandten für Libyen Adrian Pelt im Dekolonisationsprozess 1949 bis 1951 und wünschte sich eine UN-Stabilisierungsstreitmacht im Lande. Zugleich engagiert sich die Partei für die Vergangenheitsbewältigung und fordert die Einsetzung einer entsprechenden Versöhnungskommission.

Die Grundlagen der von der Partei angestrebten säkularen, weltoffenen und toleranten Gesellschaft wurden in einer im September 2011 veröffentlichten 25 Punkte/Forderungen umfassenden Charta (The Libyan National Charter) niedergelegt (Text nicht mehr im Internet verfügbar; vgl. hierzu aber das Interview von Shibani unter http://de.qantara.de/inhalt/interview-mit-ahmed-shebani-fuer-ein-saekulares-und-demokratisches-libyen).

Shibani tritt für die strikte Trennung von Religion und Staat ein; vgl. hierzu sein Statement vom Oktober 2014 unter http://www.defenceviewpoints.co.uk/articles-and-analysis/the-separation-of-mosque-and-state.

Teilnahme an Wahlen seit 2011: Die Partei nahm an der Wahl zum General National Congress (7.7.2012) teil, erzielte aber keinen Parlamentssitz.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Keine.

Aktivitäten seit 2011: Die Partei zeigte in Libyen bei diversen Veranstaltungen Präsenz; Gleiches gilt für Parteipräsident Shibani, von dem gelegentlich Interviews überliefert sind. Allerdings trug die Tat-

sache, dass die DP 2012 bis 2014 keinen Abgeordneten im General National Congress stellte, mit dazu bei, dass die politische Reichweite und die Möglichkeit, im Parlament Themendebatten zu beeinflussen, sehr gering war und ist.

Kooperationspartner: Die DP engagiert sich innerhalb unterschiedlichster Konstellationen für ihre Ziele, darunter in Gesprächen mit Abgeordneten im 2014 reaktivierten General National Congress genauso wie auch innerhalb des House of Representatives.

International arbeitet die DP mit demokratieorientierten Einrichtungen wie der Westminster Foundation for Democracy oder der Gorbatschow-Stiftung zusammen.

Politische Gegner: Islamistische Parteien und Brigaden sowie Großmufti Sadiq al-Ghariani lehnen den von der Partei propagierten säkularen Staat strikt ab und sind folglich die Hauptgegner der DP.

Webauftritt: Die ursprüngliche URL http://www.thedemocraticpartylibya.org ist nicht mehr aktiv.

Free Libyans Party (FLP)

Hizb al-libiyin al-ahrar (Partei der freien Libyer); teilweise wird die Partei auch The Liberal Libyans Party oder The Party of Free Libyans genannt.

Gründung: Die FLP wurde am 13.4.2012 in Tripolis im Vorfeld der Wahl zum General National Congress gegründet.

Mitgliederzahl: Die Zahl der Mitglieder ist nicht bekannt; sie ist jedoch eher gering. Bestätigt ist, dass auch Tuareg und Tubu Parteimitglieder (und Sympathisanten) sind.

Sitz: Tripolis; Regionalbüros sind nicht bekannt.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Gründer der Partei ist der Rechtsanwalt Mohamed Ibrahim Allagi (auch: al-Allaqi), der 2011 Minister für Justiz und Menschenrechte in dem vom National Transitional Council (NTC) eingesetzten Executive Board unter Vorsitz von

Mahmud Jibril war; seit 2012 ist er Vorsitzender des vom NTC mit Gesetz Nr.5/2011 neu geschaffenen staatlichen National Council for Civil Liberties and Human Rights. Neben Allagi sind mehrere ehemalige NTC-Mitglieder in der Partei engagiert.

Programm: Die FLP ist das Hauptsprachrohr der liberalen Strömung Libyens. Laut den öffentlichen Erklärungen des Parteigründers tritt die FLP für „Gerechtigkeit, Entwicklung und Freiheit" (so das Parteimotto) ein; die Partei versteht sich als eine an „Verfassungswerten orientierte Partei" und plädiert für Gewaltenteilung und insbesondere die Unabhängigkeit der Justiz sowie die Freiheit der Medien. Die Partei will Sprachrohr aller gesellschaftlichen Komponenten sein, also der Jugend und der Frauen sowie insbesondere der ethnischen Gruppen der Tuareg und Tubu. Die FLP nannte als erste Partei diese ethnischen Gruppen explizit in ihrem Programm (und fand Nachahmer).

Wirtschaftspolitisch tritt die Partei für Marktwirtschaft und freien Handel ein.

Teilnahme an Wahlen seit 2011 und Sitzgewinne: Die FLP nahm im Juli 2012 an der Wahl des General National Congress teil, erzielte aber nur wenige Stimmen und konnte folglich keinen der 80 für Parteien reservierten Sitze gewinnen.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Keine.

Aktivitäten seit 2011: Die Partei ist existent, entfaltete aber keine Aktivitäten, die Eingang in die Medien gefunden hätten.

Kooperationspartner: Die FLP kooperiert mit anderen säkularen oder demokratisch ausgerichteten Parteien; die Partei unterstützt eher das House of Representatives als den 2014 rekonstituierten General National Congress.

Politische Gegner: Gegner der FLP sind die islamistisch ausgerichteten Parteien und islamistischen Brigaden.

Webauftritt: Bislang kein Webauftritt.

Homeland Party

Hizb al-watan (Vaterlandspartei)

Gründung: Die Partei gründete sich nach Erreichen der selbst festgelegten Präsenz in Gesamtlibyen (Lokalbüros in 24 Städten) im Mai 2012 offiziell. Hervorgegangen ist sie aus der von Ali al-Sallabi, maßgeblich unterstützt von Abd al-Hakim Belhaj und Muhamad Busedra, bereits am 10.11.2011 ins Leben gerufenen Nationalen Sammlungsbewegung für Freiheit, Gerechtigkeit und Entwicklung (al-Tajammu al-watani min ajli al-hurriya wal-adala wal-tanmiya), die sich nach internen Auseinandersetzungen und Richtungskämpfen im Januar 2012 in Hizb al-watan umbenannte. Das Logo der Partei ist ein stilisiertes, arabisches „Wau" für „al-Watan"; das Motto lautet: „Wir sind alle Partner von al-Watan" (Kullna shuraka al-watan).

Mitgliederzahl: Zahlen zu den Mitgliedern liegen nicht vor; angesichts einer gesicherten Präsenz der Partei in über 20 Städten kann die Mitgliederzahl für libysche Maßstäbe eher als hoch bezeichnet werden. Nach Eigenangaben vermochte die Partei dank ihres offenen Ansatzes viele jüngere Erwachsene und Frauen für sich gewinnen, die bislang wenig politisch aktiv waren. Sie umfasst – ebenfalls nach eigenen Angaben – auch einige ehemalige Mitglieder der Libyan Islamic Fighting Group (LIFG) wie Abd al-Hakim Belhaj und Salafisten aus dem libysch-nationalistischen Zweig. Die Partei will in ihren Reihen keine Personen dulden, die eng mit dem alten Regime kooperierten. Sie will insbesondere in den auch in Zukunft für die politische Entwicklung wichtigen Stämmen politisch unbelastete „new sons" für sich rekrutieren.

Sitz/Regionalbüros: Hauptsitz ist Tripolis; zumindest 2012 gesicherte Präsenz der Partei mit Büros in über zwanzig Städten Libyens.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Ein offizieller Parteiführer ist nicht bekanntgegeben worden; de facto gilt Abd al-Hakim Belhaj als Parteichef; weitere hohe Parteikader sind Imhamad Ghula (Organisation), Mahmud Hamza und Mansur Saif al-Nasr. Ali al-Sallabi ist nach der Kritik an seiner Person (wegen eigenmächtigem Handeln ohne Rücksprache mit der Partei) der Partei zwar noch verbunden, übt aber keine offizielle Führungsposition aus. Die Partei will junge Erwachsene in die politische Partizipation einbeziehen und

akzeptiert ausdrücklich Frauen in hohen innerparteilichen (und staatlichen) Führungsämtern. Innerhalb der Partei gibt es zwei sehr aktive Komitees: eines für die Jugend (untergliedert in zwei Subkomitees für die Altersgruppe 16 bis 20 Jahre und 21 bis 30 Jahre) und eines für Frauen.

Programm: Die Partei optiert für eine „moderate islamische Demokratie"; sie versteht sich gemäß ihrem im April 2012 vorgelegten Programm als „politische" (Hizb siyasi) und nicht als „religiöse" Partei (Hizb dini), im Unterschied zur Justice and Construction Party, die sich als religiöse Partei einstuft. Der islamische Bezugsrahmen umfasst im Parteiprogramm zwei Seiten.

Die Partei formulierte in verschiedenen Grundsatzpapieren und im Parteiprogramm ihre Positionen aus. Demnach versteht sie sich als Initiative, um den demokratischen Wandel in Libyen zu unterstützen; demokratische Prozesse, die Bindung des Bürgers an den Staat, Pluralismus, Dezentralisierung („nationale Einheit ohne Zentralismus") und freie Medien seien hierfür eine Grundvoraussetzung. Für die innerparteiliche Demokratie bedeute das die Stärkung der Interaktion zwischen Parteimitgliedern und den Bürgern (vgl. hierzu das Positionspapier: Mafhum al-sharaka bi-hizb al-watan) sowie Offenheit für Diskussionen und eine Anpassung des Programmes an neue Gegebenheiten („flexible Partei ohne dogmatisches, fertiges Programm").

Die Partei formulierte auf der Basis der drei Grundpositionen: Schutz der Freiheiten, Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung ein Programm (Hizb al-watan: barnamj, April 2012, 25 S.), das zehn Achsen umfasst:

- Allgemeine Freiheiten. (Sie tritt ein für die Garantie eines umfassenden Menschenrechtsschutzes.)
- Der politische Rahmen: Gerechtigkeit als Grundlage des Staates. (Es folgt ein Plädoyer für den Rechtsstaat, dezentrale Strukturen, Wahlen.)
- Der wirtschaftliche Rahmen. (Es wird u. a. für Marktwirtschaft, die Öffnung gegenüber der Weltwirtschaft, den Aufbau staatlicher Unternehmen, für bürgerorientierte wirtschaftliche Dienstleistungen und Infrastrukturmaßnahmen plädiert und die Berufstätigkeit von Frauen befürwortet.)
- Justiz. (Die Partei tritt für die Unabhängigkeit der Justiz und die Reform des Justizsystems ein.)

- Gesundheit.
- Bildung und Forschung. (Es wird für einen deutlichen Ausbau und die Reform der Curricula plädiert.)
- Der libysche Bürger. (Er hat demnach Anspruch auf würdigen Wohnraum und Arbeit; die Frauen sind Partner der Männer und gleichermaßen beim Aufbau des Staates zu beteiligen; die Jugend ist zu fördern und zur Arbeit in zivilgesellschaftlichen Vereinigungen zu ermutigen; die Partei lehnt es ab, Frauen das Tragen des Hijab vorzuschreiben.)
- Ressourcen des Staates. (Notwendig sei eine effiziente Kontrolle der Staatsausgaben und Korruptionsbekämpfung.)
- Wissenschaft, Kunst und Kultur. (Freiheit in diesen Bereichen sei zu gewährleisten; es gilt aber auch die Umsetzung der strategischen Ziele: Schutz der arabischen Sprache, Schutz des libyschen Nationalerbes und Schutz der islamischen Prägung des Staates/ al-Tabia al-islami lil-dawla.)
- Außenpolitik. (Der demokratische, souveräne Nationalstaat Libyen sei Teil der internationalen Staatengemeinschaft und trete für Kooperation mit den Nachbarstaaten sowie Stabilität und partnerschaftliche Beziehungen mit den Staaten der Welt ein; Libyen praktiziere die Nichteinmischung in die Angelegenheiten von Drittstaaten und lehne die Einmischung Dritter in innerlibysche Angelegenheiten ab; eine enge arabische Kooperation in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Sicherheitspolitik wird befürwortet; alle Beschlüsse/ Resolutionen der Arabischen Liga, der Organisation Islamische Konferenz und der Afrikanischen Union werden akzeptiert, nicht jedoch alle Beschlüsse/Resolutionen der UNO; es wird für einen gerechten Ausgleich im Nahostkonflikt, u. a. durch Gründung eines palästinensischen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt, plädiert.)

Hinsichtlich des islamischen Referenzrahmens (Positionspapier): Mafhum al-marjaiya al-islamiya), dem zufolge „der Islam" der Rahmen für alle politischen Überlegungen und alle gesellschaftlichen Projekte sein soll, wird im Detail auf folgende Prinzipien verwiesen, die es hochzuhalten gelte: die menschliche Würde, das Schura-/Beratungsprinzip, Gerechtigkeit, der politische und intellektuelle Pluralismus, der Kampf gegen politische und gesellschaftliche Gruppen, die „einzig gültige Wahrheiten" verkünden, sowie Schutz der Schwachen. Das Positionspapier schließt mit der Feststellung: „All dies sind die allgemeinen Prinzipien der Marjaiya islamiya, die der Staat zu befolgen hat, und die auch die Grundlage der Vaterlandspartei sind".

Teilnahme an Wahlen seit 2011: Die Partei nahm im Rahmen der 80 für Parteien reservierten Plätze an der Wahl zum General National Congress (7.7.2012) teil; die Partei stellte in 59 der 73 Wahlkreise eigene Kandidaten auf und war überzeugt, gut abzuschneiden; sie verfehlte ihr Ziel, da sie nur 51.292 Stimmen (3,45 Prozent der abgegebenen Stimmen) erhielt, was nicht für einen Sitz im Parlament reichte.

Auch bei der Wahl des House of Representatives am 25.6.2014 konnte die Partei als Folge des komplizierten Wahlrechts und der Kandidatur ausschließlich individueller Kandidaten keinen Abgeordneten aus ihren Reihen durchsetzen.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Keine.

Aktivitäten seit 2011: Die Partei führte seit ihrer Gründung landesweit zahlreiche öffentliche Diskussionsrunden („open-discussion meetings") durch und warb erfolgreich Mitglieder (allerdings sei dies, so die Parteiangaben, im ländlichen Raum sehr schwer; in Stammesgebieten sei vor allem der Zugang zu Frauen nicht leicht). Die sukzessive Eröffnung von Regionalbüros sei Beweis für die Richtigkeit des partizipativen Politikansatzes, der allen Raum zur aktiven Mitgestaltung gebe. Nach eigenen Angaben verfügt die Partei nach der Justice and Construction Party über die zweitbeste Parteistruktur im Lande.

Seit dem zweiten Bürgerkrieg ab Sommer 2014 engagierte sich die Homeland Party wie auch Parteiführer Belhaj stark für das Gelingen des Dialogprozesses; Belhaj nahm selbst auch an einigen Treffen (u. a. im März 2015 in Algier) teil; Belhajs Plädoyer: „Libyen braucht den Rechtsstaat und Institutionen".

Kooperationspartner: Die Partei hat nach eigenen Angaben keinen „natürlichen" Kooperationspartner; sie ist nicht auf die anderen islamistischen Parteien fixiert und offen für einen breiten Dialog mit allen an Pluralismus und Rechtsstaat interessierten Gruppen/Parteien. De facto ist sie aber ideologisch eng mit den anderen islamistischen Parteien verbunden.

Politische Gegner: Alle Gruppen/Parteien, die „Intoleranz und Missachtung von Rechten an den Tag legen" (nach Parteiangaben). Die

Homeland Party wendet sich gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat".

Webauftritt: Alwattan Party (deaktiviert); zeitweise (2012/2013) existierte in arabischer Sprache eine Seite bei Facebook (Mubadara hizb al-watan).

Justice and Construction Party (JCP)

Hizb al-adala wal-bina (Partei für Gerechtigkeit und Aufbau)

Gründung: Die JCP hielt ihren Gründungskongress vom 1. bis 3.3.2012 in Tripolis ab; am Gründungskongress nahmen zahlreiche Mitglieder des Nationalen Übergangsrates teil. Der Begriff „Construction" (al-bina) im Namen der Partei steht momentan für den Wiederaufbau des durch den Bürgerkrieg teilweise zerstörten Landes. Die 1.360 Teilnehmer des Kongresses stammten aus ganz Libyen und wurden von den vorläufigen Parteizellen gewählt. Die Partei ist seit Mai 2012 legalisiert. Auch wenn die JCP formal als unabhängig gilt und angestrebt wird, dass sich rund 35 Prozent der Mitglieder nicht aus der Muslimbruderschaft rekrutieren, so ist die Partei doch der parteipolitische Arm der Muslimbrüder.

Mitgliederzahl: Unbekannt. Wie bereits auf dem Gründungskongress erkennbar, ist der Anteil an jüngeren Erwachsenen und Frauen beachtlich: 13 Prozent der Teilnehmer waren unter 25 Jahren alt und 15 Prozent waren Frauen.

Sitz/Regionalbüros: Parteisitz ist Tripolis; Parteibüros existieren in allen größeren Städten (im März 2012 waren Büros in 18 Städten nachgewiesen; Tendenz steigend). Parteikader Nazir Kawan bezeichnete die JCP als größte Partei in Libyen mit einem starken Mitgliederzuwachs bei allen Regionalbüros. Unterstützung kommt vor allem von Frauenseite; so haben allein 100 Frauengruppen den Gründungskongress mit organisiert.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Die führenden Parteigremien wurden gemäß den vom Gründungskongress verabschiedeten Statuten am 3.3.2012 erstmals für die Dauer einer zweijährigen Übergangsperiode gewählt. Zum Parteiführer wurde Muhamad

Hasan Sawan (Suwwan) mit 51,5 Prozent der Stimmen (Gegenkandidat Imad al-Bannani 48,5 Prozent) gewählt. Sawan (geboren 1959 in Misrata, Studium an der Universität Qar Yunis in Banghazi, unter Qaddafi acht Jahre inhaftiert) war Mitglied im Konsultativrat der Muslimbruderschaft. Sprecher der Partei ist Muhamad Gaair. Am 27.4.2014 wurde Sawan auf dem regulären ersten Parteitag (Tripolis, 26. bis 27.4.2014) mit der Mehrheit von 340 Stimmen im Amt bestätigt.

Das fünfzehnköpfige Exekutivkomitee der Partei wird vom Parteitag (bzw. 2012 vom Gründungskongress) gewählt; unter seinen Mitgliedern befindet sich Nizar Kawan, der als zweiter Parteisprecher fungiert; Kawan war vorher Sprecher der Muslimbruderschaft für Tripolis und wegen seiner häufigen Auftritte im Fernsehsender Al-Jazira in ganz Libyen bekannt; er ist 1976 geboren und Politikwissenschaftler (Studium in Tripolis; Masterarbeit über die Zivilgesellschaft).

Der Höchste Parteirat umfasst 48 Personen; 20 Mitglieder werden vom Parteitag, 25 Mitglieder von den Regionalbüros und drei Mitglieder von den Auslandsgemeinden bestimmt. Führer der 17 JCP-Abgeordneten in dem im Juli 2012 gewählten General National Congress war bis zu dessen Auflösung im August 2014 Abd al-Rahman al-Dibani. Eine Doppelmitgliedschaft in Führungsgremien der Muslimbruderschaft und der JCP ist laut Statuten untersagt.

Programm: Die JCP versteht sich explizit als nationale religiöse und zentristische Partei mit demokratischer Orientierung und ist damit nach eigenem Verständnis der Antipode zu nichtislamistischen/säkularen Parteien, auch wenn diese in ihren Programmen eine islamische Referenz (in der Regel: Scharia ist Quelle oder eine der Quellen der Gesetzgebung) integrieren. Die JCP vertritt folgende Programmpunkte:

- Innenpolitik: Die Muslimbruderschaft will sich mit allen gesellschaftlichen Facetten beschäftigen und versteht ihren Ansatz als „umfassend" (shamila); die Parteigründung ist Teil dieser umfassenden Konzeption und folgt der Auffassung, dass man ohne Politik und Partei die Gesellschaft nicht erreichen und im eigenen Sinne beeinflussen kann. Zudem wird die Parteigründung als ein wichtiges Element zum Aufbau von Demokratie im post-qaddafischen Libyen erachtet. Die Partei versteht sich

als moderat und basiert nach eigenem Selbstverständnis auf der Scharia. Die Partei akzeptiert Parteienpluralismus und den Wechsel in politischen Führungsämtern. Eine Theokratie wie in Iran und extremistische Positionen werden abgelehnt (Leitlinie ist eine mehrheitsfähige moderate Politik/siyasa wasatiya). Gleichfalls wird Gewalt als Mittel der Politik zurückgewiesen. Im Wahlprogramm zu den Parlamentswahlen Juli 2012 stellten die Aspekte Sicherheit, der Aufbau staatlicher Institutionen und der wirtschaftliche Wiederaufbau die prioritären Handlungsachsen dar. Die Partei strebt in der Verfassung, nach den langjährigen Erfahrungen mit autoritären Präsidenten in der Region sowie der 40-jährigen Herrschaft Qaddafis, die Festschreibung eines starken Parlamentes an; die Partei will nur einen abgeschwächten Präsidentialismus akzeptieren. Abgelehnt wird auch der Föderalismus („Spaltung des Landes") zugunsten eines politischen Zentralismus mit partieller Dezentralisierung.

- Außenpolitik: Die JCP beschäftigte sich bislang angesichts der komplexen innerlibyschen Lage kaum mit außenpolitischen Aspekten. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass die Partei propalästinensisch bzw. antizionistisch orientiert ist. Die Beziehungen zur Türkei und zu den benachbarten Transformationsstaaten sind gutnachbarlich. Die islamistischen Regierungsparteien AKP (Türkei) und Ennahda (Tunesien) sind auf gleicher Wellenlänge liegende Kooperationspartner; Gleiches galt bis zur Entmachtung des ägyptischen Staatspräsidenten Mursi im Juli 2013 für die bei den vorausgegangenen Parlamentswahlen in Ägypten siegreiche FJP.

Beteiligung an Wahlen seit 2011: Die Partei nahm an der Wahl zum General National Congress am 7.7.2012 teil und bewarb sich um die 80 für Parteien reservierten Plätze; sie trat in allen 73 Wahlkreisen mit dem erklärten Ziel an, stärkste Partei zu werden. Die JCP erhielt 152.441 Stimmen (10,27 Prozent der abgegebenen Stimmen) und erzielte folglich nur 17 Parlamentssitze, deutlich weniger als erwartet (Gewinner war die liberale National Forces Alliance/NFA mit 39 Mandaten).

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Parteiführer Sawan erklärte sich Ende Juli 2012 trotz des schwachen Abschneidens bei der GNC-Wahl bereit, in einer zukünftigen Koalitionsregierung mitzuwirken; in der Regierung Zaidan (ab 30.12.2012) stellte die Partei vier Minis-

ter, was Parteipräsident Sawan nicht hinderte, dem Regierungschef Schwäche und politische Fehlentscheidungen vorzuhalten und im Oktober 2013 gar seinen Rücktritt zu fordern. Da dieser ausblieb, traten die JCP-Minister am 21.1.2014 aus der Regierung aus.

Aktivitäten seit 2011: Die JCP führte nach ihrer Gründung im März 2012 zahlreiche öffentliche Veranstaltungen durch, um sich bekannt zu machen und über ihre Ziele zu informieren. Das Wahlziel wurde mit 17 Parlamentssitzen dennoch deutlich verfehlt. Die JCP beteiligte sich an der Wahl zum House of Representatives vom 25.6.2014. Die Anzahl der siegreichen Kandidaten kann nicht exakt angegeben werden, da sie alle als „Unabhängige" antraten; die siegreichen JCP-Abgeordneten zählten jedoch zu der Gruppe von Abgeordneten, die die Sitzungen des House of Representatives in Tobruq boykottierten.

Im Zuge der seit Mai 2014 eskalierenden Auseinandersetzungen zwischen den Kräften der „Operation Karama" (Operation Würde) und der „Operation Fajr" (Operation Morgenröte) optierte die JCP für Dialog; Parteichef Sawan führte selbst mit zahlreichen ausländischen Diplomaten und Politikern entsprechende Gespräche; im Oktober 2015 unterstütze er die Friedensanstrengungen des UN-Sondergesandten Leon bzw. seines Nachfolgers Kobler (Treffen am 15.11.2015) und kritisierte die obstruierende Haltung des revitalisierten General National Congress. Sawan rief im Februar 2016 schließlich alle Konfliktparteien auf, die vorgeschlagene Regierung der nationalen Einheit unter Fayez al-Sarraj zu unterstützen; die JCP veröffentlichte am 30.3.2016 hierzu eine offizielle Stellungnahme („The Justice & Construction Party announces its support for National Unity Government").

Kooperationspartner: Der natürliche Kooperationspartner der JCP bei allen gesellschaftlichen Problembereichen, die einer Reform bedürfen, ist entsprechend der Gründungsgeschichte die Muslimbruderschaft; die Partei sympathisiert zudem mit jenen islamistischen Brigaden (insbesondere aus Misrata), deren Profil nicht allzu salafistisch ist. Außenpolitische Kooperationspartner sind die türkische AKP und die tunesische Ennahda-Partei.

Politische Gegner: Gegner sind de facto alle nichtislamistischen Parteien, besonders die National Forces Alliance (NFA) von Ex-Premierminister Mahmud Jibril; andere islamistische Parteien und die

gesellschaftlich einflussreichen Salafisten sind nicht prinzipiell programmatische Gegner, weil es eine hohe Übereinstimmung hinsichtlich der islamischen Gesellschaftskonzeption gibt; Gegner sind sie eher in taktischen Fragen, wobei der jeweilige politische Kontext und der Gewalteinsatz über den Grad der Rivalität und des Gegeneinander entscheidet. In diesem Sinne galt der im August 2014 revitalisierte General National Congress zunächst als politisch akzeptable Institution, mit der die JCP noch Gemeinsamkeiten hatte, bevor sich die Bürgerkriegssituation wegen der intransigenten Haltung des General National Congress verschlechterte. Die Ansar al-sharia wie auch die Terrormiliz „Islamischer Staat" gelten wegen ihrer Gewaltbereitschaft und extremen Positionen als politische Gegner der JCP.

Parteieigene und nahestehende Medien: Die Partei gibt eine Zeitschrift heraus, al-Adala wal-Bina (33 Ausgaben bis Mai 2016 erschienen); über die Aktivitäten der JCP informieren neben der Webseite auch die der Muslimbruderschaft nahestehenden Zeitungen Libya al-Youm und al-Manara.

Webauftritt: http://www.ab.ly

National Centrist Party (NCP)

al-Tayyar al-watani al-wasati (Nationale zentristische Strömung/ Partei)

Gründung: Die offizielle Gründungsveranstaltung fand am 27.2.2012 statt; an der Veranstaltung im Rixos-Hotel in Tripolis nahmen rund tausend Personen teil. Die NCP versteht sich als Sammelorgan von rund zwanzig zentristischen Gruppen, die sich 2011 landesweit bildeten, darunter am 23.10.2011 die Gruppierung von Abd al-Salam Tarhuni, die der Sammelbewegung ihren Namen gab.

Mitgliederzahl: Nicht bekannt; wahrscheinlich nur wenige Hundert.

Sitz: Tripolis

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Parteigründer ist Ali Abd al-Salam Tarhuni. Tarhuni, geboren 1951 im ostlibyschen al-Marj, absolvierte ein Wirtschaftsstudium in Libyen (Master 1973) und setzte

danach in den USA sein Studium fort (University of Michigan; PhD 1983). Tarhuni unterstützte die libysche Auslandsopposition gegen Qaddafi. Nach Beginn des Bürgerkrieges 2011 kehrte er nach Libyen zurück und wurde Sprecher des National Transitional Council (NTC) und zugleich vom 23.3. bis 22.11.2011 Finanzminister innerhalb des vom NTC als Regierung eingesetzten Executive Board (Vorsitzender Mahmud Jibril); ab 3.9.2011 war er Vizevorsitzender des Exekutive Board. Wegen zu massiver Einmischung Katars lehnte er weitere Ämter unter dem ab 22.11.2011 eingesetzten Premierminister al-Kib ab. Nach der Wahl der sechzigköpfigen Verfassungskommission (20.2.2014), deren Hauptaufgabe die Ausarbeitung der neuen libyschen Verfassung ist, wurde Tarhuni am 22.4.2014 zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Diese Funktion wurde ihm 2016 durch das Höchste Gericht entzogen, weil er US-amerikanischer Staatsbürger ist.

Programm: Die Partei wirkte weniger durch programmatische Texte nach außen denn durch Reden des Parteigründers Tarhuni. Obwohl im Prinzip säkular orientiert, wird gegenüber der Öffentlichkeit betont, dass Libyen ein islamisches Land ist und bleibt. Tarhuni plädiert für eine auf Konsens und Moderation begründete Politik („We are moderate. We are the middle.") und lehnt Radikalismus (tatarruf) in jeglicher Form ab. Sozioökonomisch hat für die Partei Bildungspolitik oberste Priorität; Männer und Frauen sind wirtschaftlich gleichberechtigt zu behandeln.

Teilnahme an Wahlen seit 2011: Die Partei nahm im Rahmen der 80 für Parteien reservierten Plätze an der Wahl zum General National Congress (7.7.2012) teil; sie erhielt 59.417 Stimmen (4,0 Prozent der abgegebenen Stimmen) und erzielte damit zwei der insgesamt 200 Parlamentssitze.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Keine.

Aktivitäten seit 2011: Die Partei ist existent, hat aber keine Aktivitäten entfaltet, die Eingang in die Medien gefunden hätten.

Kooperationspartner: Im Prinzip alle nichtislamistischen Parteien und Gruppen; Tarhuni bezeichnete die NFA Jibrils als natürlichen Kooperationspartner.

Politische Gegner: Islamistische Parteien; islamistische Brigaden.

Webauftritt: Die frühere URL http://www.ncplibya.ly ist nicht mehr aktiv; in Betrieb ist zurzeit eine Facebook-Seite: https://www.facebook.com/NCP.Libya/posts/331062783641747.

National Forces Alliance (NFA)

Tahaluf al-quwa al-wataniya (Allianz der nationalen Kräfte)

Gründung: Konstituierung am 21.2.2012 auf der Versammlung des „Treffens nationaler Kräfte" in Tripolis/Hotel Rixos; nach Angaben der NFA Legalisierung kurz nach Gründung (nach anderslautenden Angaben aus Libyen angeblich bis heute nicht legalisiert); die NFA ist ein Bündnis aus 61 Parteien (Stand 25.6.2012), 236 zivilgesellschaftlichen Organisationen und rund 280 prominenteren Einzelpersönlichkeiten.

Mitgliederzahl: Die Mitgliederzahl ist nicht bekannt; als Folge des breiten Parteienbündnisses ist sie eher hoch (mehrere Tausend). Die NFA stützt sich stark auf lokale Vertreter, darunter auch Amazigh, Tuareg und Tubu; der Anteil an zurückgekehrten Exillibyern ist nicht stark ausgeprägt.

Sitz: Der Hauptsitz war 2012 bis 2014 Tripolis; seit dem Ausbruch des zweiten Bürgerkrieges im Sommer 2014 verfügt die Partei über keinen permanenten Hauptsitz mehr; Mahmud Jibril steuert die NFA vom Ausland (Abu Dhabi/VAE) aus, wo er sich die meiste Zeit aufhält. Die NFA ist landesweit verankert, auch wenn die politischen Umstände derzeit nicht überall politische Aktionen zulassen.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Als Parteigründer und Parteivorsitzender fungiert seit seiner Wahl am 14.3.2012 Dr. Mahmud Jibril al-Warfalli (geboren Mai 1952 in Bani Walid); er ist das Gesicht der NFA nach „außen". Permanentes Exekutivorgan ist das neunköpfige Generalsekretariat. Weitere Führungskader sind Abd al-Rahman al-Shatir (erster Generalsekretär); Dr. Faisal al-Krikshi (Generalsekretär ab 3.10.2012); Salah al-Din al-Bishari (Generalsekretär 2016) und Abdulmajid Meligta. Der Führer der NFA-Fraktion im General National Congress 2012 bis 2014 war Tawfiq Shuhaibi; seit 2013 fungiert er als Sprecher der NFA.

Programm: Die NFA tritt für einen demokratisch verfassten Rechtsstaat mit liberalen Grundzügen ein; die NFA nimmt Rücksicht auf den Konservatismus der libyschen Gesellschaft und verzichtet deswegen explizit darauf, sich als säkulare Partei zu bezeichnen. Die NFA bezeichnet Libyen demzufolge als einen „moderat-islamischen Staat". Demokratie, Liberalismus und Ablehnung von Extremismus sind die ideologischen Grundkonstanten der Partei.

- Innenpolitisch optiert die NFA für den schnellen Abschluss des Verfassungsgebungsprozesses und die Befriedung des Landes. Die NFA unterstützt deshalb den innerlibyschen Dialog und nahm an diversen Dialogrunden teil. Jibril tritt zudem für die Einsammlung der „22 Millionen Waffen" ein, die in Libyen zirkulieren sollen (Interview Jibrils vom 8.9.2014). Die NFA ist gegen die Wiederauflage föderaler Strukturen wie zu Zeiten der Monarchie, aber für eine starke Dezentralisierung (Transfer von Kompetenzen an die Lokalräte); Generalsekretär Krishki nannte das Bildungssystem, Gesundheit und Verkehr als zentrale Sektoren.
- Wirtschaftspolitisch ist die NFA für Freihandel und eine Gesetzgebung, die ausländische Direktinvestitionen fördert. Die NFA akzeptiert die Globalisierung der Wirtschaft und plant die Ausarbeitung einer nationalen Globalisierungsstrategie, in der die Diversifizierung der Wirtschaft eine zentrale Rolle spielen soll; die Privatisierung von Staatsfirmen ist nicht tabu. Zugleich optiert die NFA für sozialwirtschaftliche Maßnahmen (Mindestlöhne; Ausbau des Sozialversicherungssystems); nach Wiederherstellung stabiler politischer Strukturen hat der Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Infrastruktur oberste Priorität (Erdölinstallationen, Strom, Wasser, Verkehr).
- Außenpolitisch ist die NFA nationalistisch ausgerichtet und zu einer breiten Kooperation vor allem mit jenen Staaten bereit, die 2011 den Regimewechsel unterstützten; hinzu kommen aus geostrategischen Gründen Russland und China.

Teilnahme an Wahlen seit 2011: Die Partei nahm im Rahmen der 80 für Parteien reservierten Plätze an der Wahl zum General National Congress (7.7.2012) teil. Die Kandidaten der NFA traten in 70 Wahlkreisen an; die NFA erhielt 714.769 Stimmen (48,14 Prozent der abgegebenen Stimmen) und erzielte damit 39 der insgesamt 200 Parlamentssitze. Von den angetretenen Parteien war sie eindeutiger Wahlsieger, da sie mehr als doppelt so viele Sitze wie die islamistische JCP gewann; sie blieb jedoch unter den 55 Sitzen, die sich

Generalsekretär Krikshi erhofft hatte. Allerdings galten 25 Abgeordnete (darunter Abd al-Rahman al-Shatir), die sich als „unabhängige Kandidaten" um die für Unabhängige reservierten 120 Sitze im General National Congress bewarben, als NFA-Mitglieder oder NFA-Sympathisanten. Von den gewählten 39 NFA-Abgeordneten waren 24 Frauen; 34 der 39 Abgeordneten waren unter 35 Jahre alt.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Noch vor der eigentlichen Gründung der Partei war der spätere Parteipräsident Mahmud Jibril vom 5.3.2011 bis 23.10.2011 der Vorsitzende des vom National Transitional Council eingesetzten Executive Board. Jibril kandidierte auch nach der Wahl des General National Congress im Juli 2012 für den Posten des Premierministers, unterlag aber dem Mitglied der Muslimbruderschaft Abu Shaqur (der seinerseits aber keine Regierung zustande bekam und dann im Oktober Ali Zaidan Platz machen musste). In der Regierung Zaidan (2012 bis 2014) fielen fünf Ministerposten an NFA-Mitglieder. In der nachfolgenden Regierung von Abdullah al-Thinni (ab 11.3.2014) war die NFA gleichfalls mit wenigen Posten vertreten.

In einer Erklärung vom 9.10.2015 stellte die NFA fest, dass die Bedingungen für eine Unterstützung der Regierung der nationalen Einheit oder die Übernahme von Ministerposten in der Regierung der nationalen Einheit noch nicht gekommen seien.

Aktivitäten seit 2011: Die NFA engagiert sich für die friedliche politische Transition und plädierte deshalb im Rahmen der nationalen Versöhnungspolitik auch dafür, Personen, die unter Qaddafi zentrale Funktionen innehatten, von der Übernahme neuer Ämter im „revolutionären Libyen" auszuschließen. Jibril bzw. die NFA wollte indes nur eine stark abgeschwächte Variante des politischen Isolationsgesetzes und lehnte die im Mai 2013 verabschiedete rigide Version ab (vgl. hierzu das Interview mit Jibril unter http://english.aawsat.com/2013/06/article55306432/mahmoud-jibril-on-libyas-political-isolation-law). Aus Protest gegen das Gesetz und wegen weiteren Kritikpunkten am General National Congress (Vorwurf schlechter Verwaltung, Ausübung von Druck durch bewaffnete Brigaden) fror die NFA ab 5.7.2013 ihre Mitarbeit im General National Congress zunächst zeitweilig ein. Angesichts der Blockaden im General National Congress Anfang des Jahres 2014 und dem beginnenden Kampf zwischen islamistischen und nichtislamistischen Akteuren

erklärte die NFA „politische Arbeit für wirkungslos". Mit der Spaltung der Institutionen ab 2014 und der Neuwahl des House of Representatives im Juni 2014 reaktivierte die NFA ihre Aktivitäten, insbesondere ihr Engagement im Dialogprozess. In diesem Zusammenhang gab es auch Treffen Jibrils mit den UN-Sondergesandten für Libyen Bernadino Leon (z. B. am 15.7.2015) bzw. Martin Kobler. Seither sind immer wieder zu dieser Thematik Interviews von Parteipräsident Jibril und Positionsbestimmungen zu einzelnen Aspekten des Libyan National Accord und dessen Umsetzung bekannt geworden, ohne dass der reale Einfluss der Partei auf die politische Entwicklung genauer bestimmt werden kann; in keinem Fall war er kursbestimmend.

Kooperationspartner: Natürliche Kooperationspartner sind die über sechzig Parteien, die Teil der NFA sind.

Politische Gegner: De facto die islamistischen Parteien und die islamistischen Brigaden. Der den Salafisten nahestehende Großmufti Sadiq al-Ghariani erließ vor der Wahl zum General National Congress im Juli 2012 ein Fatwa, in dem er jenen, die für die NFA votieren, mit „Takfir" (Erklärung zu Ungläubigen) drohte; Auslöser war der von Ghariani abgelehnte Liberalismus, für den die NFA steht.

Webauftritt: Die ursprüngliche URL http://www.nff.ly ist nicht mehr aktiv; die NFA besitzt keine derzeit aktive Facebook-Seite.

National Front Party (NFP)

Hizb al-jabha al-wataniya (Nationale Front-Partei)

Gründung: Im März 2012 wurde die Parteigründung angekündigt, offiziell erfolgt ist sie am 9.5.2012. Die NFP ist die Nachfolgeorganisation der bereits im Oktober 1981 von Muhamad al-Muqariyaf (al-Magariaf) im Exil gegründeten National Front for the Salvation of Libya (NFSL), deren Ziel der Sturz des Qaddafi-Regimes war; Sitz der NFSL waren die USA. Die NFSL publizierte zwischen 1984 und 2011 eine Flut an Publikationen zu den Menschenrechtsverletzungen des Qaddafi-Regimes. Der bewaffnete Arm der NFSL versuchte am 8.5.1984 einen Angriff auf das Hauptquartier Qaddafis Bab al-Aziziya in Tripolis.

Mitgliederzahl: Die Zahl der Mitglieder ist nicht bekannt; die frühere Anzahl der Opponenten innerhalb der NFSL war gleichfalls nicht bekannt (allerdings waren prominente Post-Qaddafi-Politiker wie Premierminister Abderrahman al-Kib, Premierminister Ali Zaidan und Mustafa Abu Shaqur zumindest zeitweise Mitglieder der NFSL).

Sitz/Regionalbüros: Der Hauptsitz der Partei ist Tripolis; 2012 bis 2014 existierte ein großes Regionalbüro in Banghazi. Die NFP ist landesweit vertreten; die Anzahl der Regionalbüros ist aber nicht bekannt (sie dürfte im islamistisch kontrollierten Tripolitanien höher liegen als in Ostlibyen, wo das House of Representatives und Feldmarschall Haftar das Sagen haben). Laut Parteiangaben waren die Hauptzentren der Partei zumindest 2012 bis 2014 Tripolis, Banghazi, Misrata und Darna.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Gründer war der 1940 in Banghazi geborene Muhamad Yusuf al-Muqaryif, Ex-Diplomat Qaddafis. Muqaryif wurde nach der Rückkehr aus über dreißigjährigem Exil auf dem ersten Parteitag in Banghazi im Mai 2012 zum Parteipräsidenten gewählt (Rücktritt am 28.5.2013 nach Verabschiedung des Politischen Isolationsgesetzes durch den General National Congress Anfang Mai 2013); neuer Parteiführer wurde der bisherige Vizepräsident Muhamad Ali Abdallah al-Darat. Darat steht einem 16 Mitglieder umfassenden Höchsten Führungskomitee vor, das jeweils vom Parteitag gewählt wird. Im Führungskomitee sitzt u. a. Ibrahim Sahad (NFSL-Generalsekretär von 2001 bis 2012).

Programm: Die NFP veröffentlichte 2012 ein umfangreiches, über vierzigseitiges Parteiprogramm (in Arabisch) sowie ein sieben Punkte umfassendes Leitpapier zu den Grundprinzipien und Zielen der Partei („Ja" zu einer Verfassung; „Ja" zur nationalen Versöhnung; „Ja" zur nationalen Unabhängigkeit; „Ja" zur sozialen Gerechtigkeit; „Ja" zum Schutz der Familie usw.). Die Partei versteht sich selbst als „liberal" und „progressiv", als Partei, die Pluralismus und Demokratie befürwortet; de facto ist die NFP aber (wie bereits die NFSL) eine islamistischen Gruppen und Parteien nahestehende Organisation.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: Die Partei nahm im Rahmen der 80 für Parteien reservierten Plätze an der Wahl zum General National Congress (7.7.2012) teil; sie stellte in 45 Wahlbezirken

Kandidaten auf, darunter 22 Frauen. Die NFP erhielt 60.592 Stimmen (4,08 Prozent der abgegebenen Stimmen) und erzielte damit drei Parlamentssitze; Muqaryif gewann den Sitz in Ajidabiya. Weitere der Partei nahestehende Libyer/Parteimitglieder wurden als unabhängige Kandidaten gewählt.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Die NFP war nicht direkt an den Regierungen al-Kib, Zaidan, al-Thinni beteiligt; Parteipräsident Muqaryif wurde aber nach der Wahl des General National Congress im Juli 2012 von den Abgeordneten am 9.8.2012 zum GNC-Präsidenten und damit De-facto-Staatschef gewählt. (Nach seinem Rücktritt im Mai 2013 wurde am 25.6.2013 Nuri Abu Sahmain sein Nachfolger.)

Aktivitäten seit 2011: Die NFP äußerte sich seit ihrer Gründung zu vielen innerlibyschen politischen Entwicklungen; u. a. befürwortete die NFP 2013 einen scharfen Kurs gegenüber ehemaligen Qaddafi-Funktionären und optierte für die rigide Ausgestaltung des sogenannten Politischen Isolationsgesetzes. Die Partei drängte auch auf eine schnelle Lösung der offenen Verfassungsfrage und diskutierte regelmäßig dienstags innerhalb der Partei Aspekte rund um die Verfassung. Seit Beginn des zweiten Bürgerkrieges 2014 und der Wahl des House of Representatives im Juni 2014 ist die NFP nicht mehr als Partei parlamentarisch vertreten; sie engagiert sich aber für den politischen Dialogprozess.

Kooperationspartner: Die Partei steht den islamistischen Parteien und den Kräften der „Operation Fajr" (Operation Morgenröte) nahe; Parteigründer Muqaryif unterhielt gute Beziehungen zur Muslimbruderschaft. International ist die NFP nicht vernetzt.

Politischer Gegner: Die Partei opponiert gegen die von Feldmarschall Khalifa Haftar geleitete „Operation Karama" (Operation Würde).

Webauftritt: Die Webseite http://www.jabha.ly ist derzeit nicht aktiv.

Umma Party

Hizb al-umma (Partei der islamischen Gemeinde)

Gründung: 2012

Mitgliederzahl: Die Zahl der Mitglieder ist unbekannt.

Sitz/Regionalbüros: Hauptsitz der Partei ist Tripolis; über die regionale Verankerung ist wenig bekannt; die von der Partei angesprochene Zielgruppe (primär stark religiös orientierte Mitglieder der Kampfbrigaden) ist allerdings zahlenmäßig beschränkt.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Alle wichtigen Führungskader stammen aus der ehemaligen Führungsgruppe der Libyan Islamic Fighting Group wie z. B. Miftah al-Mabruk al-Dhawadi oder Khalid al-Sharif.

Programmpunkte: Die Partei veröffentlichte bislang kein Parteiprogramm; auf öffentlichen Werbeplakaten tritt sie für Wohlfahrt und Würde für alle Staatsbürger ein. Das islamische Profil beschränkt sich auf wenige Aussagen wie Umsetzung der Scharia und Einführung koranischer Prinzipien. Was dies abgesehen von der geforderten Einführung der Polygamie bedeutet, wird nicht ausgeführt. Die Partei blieb hier vor allem im Vorfeld der Wahlen zum General National Congress – wie allerdings andere Akteure auch – vage und legte ihre „islamischen Karten" nicht auf den Tisch.

Teilnahme an Wahlen: Die Partei nahm im Rahmen der 80 für Parteien reservierten Plätze an der Wahl zum General National Congress (7.7.2012) teil; sie erhielt nur wenige Tausend Stimmen, was bei weitem zu keinem Parlamentssitz reichte. Bei der Wahl zum House of Representatives am 25.6.2014 wurden gleichfalls keine Mandate erzielt.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Keine.

Aktivitäten seit 2011: Die Partei führte bislang hauptsächlich in Tripolis und Banghazi Parteiveranstaltungen durch und war aufgrund ihrer Werbe-/Wahlplakate 2012 bis 2014 öffentlich sichtbar. Die Akti-

vitäten der Partei sind seit Ausbruch des zweiten Bürgerkrieges 2014 drastisch zurückgegangen.

Kooperationspartner: Prinzipiell sind alle islamistischen Parteien und die salafistischen Gruppen potentielle Kooperationspartner; faktisch entscheidet über eine Kooperation der jeweilige Kontext.

Politische Gegner: Die dezidiert einer islamischen Gesellschaftskonzeption folgende Parteilinie macht alle nichtislamistischen/säkularen Parteien und zivilgesellschaftlichen Gruppen zu Gegnern.

Webauftritt: Nicht vorhanden.

The Union for the Homeland Party (UHP)

Ittihad min ajli al-watan (Union für die Heimat bzw. Union für das Vaterland)

Gründung: Gegründet wurde die UHP am 29.1.2012 in Tripolis; die UHP ist eine Sammlung von ähnlich ausgerichteten Kleinstparteien, Gruppen und Vereinigungen sowie Einzelpersönlichkeiten (deren exakte Zusammensetzung ist nicht bekannt).

Mitgliederzahl: Nicht bekannt; Zentrum der Partei ist der Großraum Misrata.

Sitz: Tripolis, de facto aber Misrata, der Heimatort des Parteigründers Abd al-Rahman al-Sawihli.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Prominentestes Gründungsmitglied ist Abd al-Rahman al-Sawihli, der Enkel des berühmten libyschen Freiheitshelden Ramadan al-Sawihli und langjähriger Opponent des Qaddafi-Regimes; Vizepräsident ist Ramadan Abdallah. Organisator der Wahlkampagne 2012 war Salah al-Bakkush. Es existiert ein Leitungsgremium mit 22 Mitgliedern (mit jeweils spezifischen Aufgaben).

Programm: Einigendes programmatisches Band ist der „Schutz der libyschen Revolution vom 17. Februar", der Kampf gegen die Restau-

ration der Militärherrschaft in Libyen und der Kampf gegen die Loyalisten des gestürzten Qaddafi-Regimes und ihre Sabotageversuche gegenüber der neuen Ordnung; zugleich tritt die UHP für die „Wiedereinsetzung des Volkes in seine Rechte" und mehr Transparenz ein. Die UHP optiert für eine starke politische Dezentralisierung, lehnt aber den 1951 bis 1963 praktizierten Föderalismus (drei weitgehend autonome libysche Bundestaaten: Tripolitanien, Cyrenaika, Fezzan) ab. Im Unterschied zu islamistischen Parteien, die ein stärker parlamentarisches System bevorzugen, optiert die UPH für einen Semi-Präsidentialismus.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: Die Partei nahm im Rahmen der 80 für Parteien reservierten Plätze an der Wahl zum General National Congress (7.7.2012) teil; sie erhielt 66.772 Stimmen (4,5 Prozent der abgegebenen Stimmen), davon die meisten im Großraum Misrata; die UHP erzielte zwei Parlamentssitze, darunter einen für Abd al-Rahman al-Sawihli.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Die UHP war nicht mit namentlich prominenten Vertretern in den Regierungen al-Kib, Zaidan und al-Thinni vertreten. Im Sommer 2014 schwenkte die UHP in das Lager der „Operation Fajr" (Operation Morgenröte) und unterstütze die Rekonstituierung des General National Congress als Gegenparlament zum House of Representatives. Die UHP unterstützt den innerlibyschen Dialogprozess und das am 17.12.2015 in Skhirat verabschiedete Libyan Political Agreement, in dem das House of Representatives (als erste Kammer des Parlaments) und der reaktivierte General National Congress in Form des Supreme Council of State (zweite Kammer) vorgesehen ist. Ramadan al-Sawihli wurde am 6.4.2016 zum Präsidenten des Supreme Council of State gewählt.

Kooperationspartner: Die UHP sympathisiert mit anderen islamistischen Gruppen und unterstützte ab 2014 die „Operation Fajr"; auf militärischem Gebiet bestehen enge Verbindungen zu den islamistischen Brigaden der Stadt Misrata, dem Libya Revolutionaries Operation Room sowie den sogenannten Libya Shield Forces. Im Februar 2015 weilte Sawihli in Kiew, um dort (trotz des anhaltenden UN-Waffenembargos) über Waffenkäufe für die islamistischen Brigaden zu verhandeln.

Politische Gegner: Die UHP hat sich als politischer Gegner der Qaddafi-loyalen Kräfte profiliert und ist zugleich vehementer Unterstützer der rigiden Form des im Mai 2013 vom General National Congress verabschiedeten Political Isolation Law (Gesetz Nr. 13 vom 5.5.2013); die Partei steht in Opposition zur „Operation Karama" und Feldmarschall Khalifa Haftar.

Webauftritt: Die 2012 aktive URL http://www.ufh.ly ist seit 2014 inaktiv.

III. Politische Parteien oder Zusammenschlüsse in „außerparlamentarischer" Opposition

In Libyen gab es unter den Parteien, die 2012 nicht in den General National Congress gewählt wurden, keine formalisierten Zusammenschlüsse, um aus den Reihen der Opposition heraus Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen.

Zusammenschlüsse sind ab 2014 nicht für Parteien, sondern vielmehr für bewaffnete Gruppen kennzeichnend, wobei sich seit Sommer 2014 insbesondere die in der (nichtislamistisch ausgerichteten) „Operation Karama" (Operation Würde) und der (islamistisch ausgerichteten) „Operation Fajr" (Operation Morgenröte) zusammengeschlossenen Brigaden bekämpfen.

Marokko

(Zusammengestellt von Ellinor Zeino)

I. Grunddaten

Rolle der Parteien laut Verfassung: Die Verfassung von 2011 wertet politische Parteien als wesentliche Akteure im demokratischen Prozess und weist ihnen eine besondere Verantwortung für die demokratische Entwicklung des Lands zu. Gemäß Artikel 7 sollen Parteien bei der politischen Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger sowie beim Ausüben des Wählerwillens mitwirken, die politische Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger am öffentlichen Leben sowie an der Führung von öffentlichen Angelegenheiten stärken und an der Machtausübung auf der Grundlage von Pluralismus und demokratischen Machtwechseln sowie im Rahmen der verfassungsmäßigen Institutionen teilnehmen.

Parteiengesetz: 2011 wurde ein neues Parteiengesetz erlassen, das 2015 einige Ergänzungen erfuhr: Loi organique relative aux partis politiques, Nr. 29-2011 und Loi organique relative aux partis politiques, Nr. 33-2015; beide Gesetze sind abrufbar unter http://www.sgg.gov.ma/CodesTextesLois/loiorganique_partiespolitiques.aspx.

Anzahl der zugelassenen Parteien: Nach Angaben des Innenministeriums von 2016 sind 35 Parteien offiziell zugelassen. Die Liste der Parteien findet sich im offiziellen Annuaire des Partis Politiques unter: http://www.maroc.ma/fr/content/annuaire-des-partis-politiques.

Profil der Bevölkerung: Marokko hat nach offiziellen Angaben des statistischen Amtes 33,848 Millionen Einwohner (2014). Über 20 Millionen Marokkaner sind wahlberechtigt; für die Legislativwahlen am 7.10.2016 ließen sich 15.702.592 Millionen Wähler registrieren.

Wahlverhalten: Die Wahlbeteiligung an den Legislativwahlen lag 2016 bei 43 Prozent, 2011 bei 45,4 Prozent und 2007 noch bei 37 Prozent. Von den 2016 knapp 16 Millionen registrierten Wählern waren 55 Prozent Männer und 45 Prozent Frauen. 30 Prozent der Wähler waren unter 35 Jahre, 43 Prozent zwischen 35 und 54 Jahre sowie 27 Prozent über 54 Jahre. 55 Prozent der registrierten Wähler waren 2016 aus den städtischen Ballungszentren, 45 Prozent aus

ländlichen Gebieten. Bei den Kommunal- und Regionalwahlen lag die Wahlbeteiligung bei 53,6 Prozent, bei den Kommunalwahlen von 2009 bei 52,4 Prozent. Die Wahlbeteiligung in den ländlichen Gebieten war jeweils höher als in den städtischen Zentren.

Wahlsieger bei den beiden letzten Legislativwahlen: 2011 erlangte der islamistische Parti de la Justice et du Développement (PJD; Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) als Wahlsieger einen Stimmenanteil von 22,8 Prozent (1.080.914 Stimmen; 107 Sitze). 2016 errang der PJD als Wahlsieger 31,65 Prozent der Stimmen (125 Sitze). Bei den Wahlen zur zweiten Parlamentskammer (Chambre des Conseillers) 2015 gewann der Parti de l'Istiqlal (PI; Unabhängigkeitspartei) 24 Sitze, der Parti Authenticité et Modernité (PAM; Partei für Authentizität und Modernität) 23 Sitze und der PJD zwölf Sitze.

Wahlsieger bei den beiden letzten Kommunal- und Regionalwahlen: In den Kommunal- und Regionalwahlen vom 4.9.2015 errang der PAM bei den Wahlen zu den Lokalräten (conseils communaux) als Wahlsieger 21 Prozent der Stimmen (1.333.546 Stimmen). In den parallelen Wahlen für die Regionalräte (conseils régionaux) ging der PJD als Wahlsieger mit 25,6 Prozent der Stimmen (1.672.178 Stimmen) hervor. In den Kommunalwahlen von 2009 hatte der PAM als Wahlsieger einen Stimmenanteil von 21,15 Prozent erzielt.

Legale Parteien mit im weitesten Sinne säkularer bis national-konservativer Prägung: Mouvement Populaire (MP; Volksbewegung); Parti Authenticité et Modernité (PAM; Partei für Authentizität und Modernität); Parti de l'Istiqlal (PI; Unabhängigkeitspartei); Rassemblement National des Indépendants (RNI; Nationale Sammlungsbewegung der Unabhängigen); Union Constitutionnelle (UC; Verfassungsunion). Die Parteien des linken Spektrums sind: Parti Annahj Addimoqrati (Parti La Voie Démocratique/Partei demokratischer Weg); Congrès National Ittihadi (CNI; Vereinigter nationaler Kongress); Parti de l'Action (PA; Partei der Aktion); Parti de l'Avant-Garde Démocratique et Socialiste (PADS; Partei der demokratischen und sozialistischen Avantgarde); Parti de la Gauche Verte (PGV; Partei der Grünen Linken); Parti du Progrès et du Socialisme (PPS; Partei für Fortschritt und Sozialismus); Parti Socialiste (PS; Sozialistische Partei); Parti Socialiste Unifié (PSU; Partei der vereinigten Sozialisten); Parti Travailliste (PT; Arbeiterpartei); Union Socialiste des Forces Populaires (USFP; Sozialistische Union der Volkskräfte).

Legale Parteien mit religiöser, islamistischer Prägung: Größte Partei des islamistischen Spektrums ist der Parti de la Justice et du Développement (PJD; Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung); alle anderen Parteien des Spektrums sind als „Kleinstparteien" zu bezeichnen wie der Parti de la Renaissance et de la Vertu (PRV; Partei für Erneuerung und Tugend); Hizb al-umma (Partei der islamischen Gemeinschaft); seit der Öffnung gegenüber amnestierten Salafisten nach 2012 zählt auch der Mouvement Démocratique et Social (MDS; Demokratische und soziale Bewegung) zu dieser Rubrik.

Parteien, denen die Legalisierung verweigert wird: Parteien, denen eine Legalisierung verweigert wird, sind die beiden islamistischen Parteien Hizb al-tahrir (Befreiungspartei), die ein Kalifat anstrebt, und die 2008 suspendierte Hizb al-badil al-hadari (Partei der zivilisatorischen Alternative), die in Gewaltakte verwickelt war. Die Vereinigung al-Adl wal-ihsan (Jamaat al-adl wal-ihsan/Vereinigung für Gerechtigkeit und Wohltätigkeit), die ein Kalifat anstrebt, erwog in der Vergangenheit öfters, sich als Partei zu konstituieren, nahm jedoch stets wieder davon Abstand, weil die Voraussetzung hierfür gewesen wäre, die Monarchie und die Rolle des Königs als religiöses Oberhaupt nach Artikel 41 der marokkanischen Verfassung anzuerkennen.

II. Legale politische Parteien mit Vertretern im nationalen Parlament oder in den kommunalen und regionalen Räten (Auswahl)

- Mouvement Populaire (MP)
- Parti Authenticité et Modernité (PAM)
- Parti de l'Istiqlal (PI)
- Parti de la Justice et du Développement (PJD)
- Parti du Progrès et du Socialisme (PPS)
- Rassemblement National des Indépendants (RNI)
- Union Constitutionnelle (UC)
- Union Socialiste des Forces Populaires (USFP)

Mouvement Populaire (MP)

al-Haraka al-shaabiya (Volksbewegung)

Gründung: 1957; zugelassen seit 1958.

Mitgliederzahl: Unbekannt.

Sitz/Regionalbüros: Hauptsitz ist Rabat (66, Avenue Patrice Lumumba). Die Partei unterhält Büros auf der Ebene der Regionen, Provinzen und Gemeinden.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Die Partei wird geführt von Mohand Laenser. Das Exekutivorgan der Partei ist das Politische Büro (Bureau Politique) mit 42 Mitgliedern, darunter sechs Frauen. Weitere Führungsorgane sind der Nationalkongress (Congrès National), das Zentralkomittee (Commission Centrale) sowie der Nationalrat (Conseil National), der rund 400 Mitglieder umfasst. Der Nationalrat stimmt über die inhaltlichen Linien sowie das jeweilige Wahlprogramm ab. Die Partei ist landesweit verankert. Sie unterhält Büros auf regionaler Ebene (bureaux régionaux), auf Provinzebene (conseils et bureaux provinciaux) sowie auf lokaler Ebene (bureaux locaux). Zudem gibt es permanente Parteikommissionen wie die Kommission der „Parteiweisen", die Kommission für Finanzkontrolle, die Kommission für Disziplinarangelegenheiten sowie eine Wahlkommission.

Programm:

- Innenpolitik: Der MP proklamiert den Schutz von Rechtsstaatlichkeit und individuellen Freiheitsrechten. Er will die demokratische Bürgerbeteiligung insbesondere auf lokaler Ebene fördern.
  Die Partei verbindet soziale Gerechtigkeit und Solidarität mit Chancengleichheit, beispielsweise über die Förderung von Frauen, jungen und benachteiligten Menschen. Lokale Entwicklung der ländlichen Regionen soll über die Garantie von staatlichen Basisleistungen erfolgen.
- Gesellschaftspolitik: Der MP betont die marokkanische Identität und Kultur und lehnt kulturelle Entfremdung durch westliche oder Einflüsse aus dem Nahen Osten ab. Zur marokkanischen Identität zählt der MP insbesondere das Amazigh-Erbe; er plädiert für eine verstärkte Integration der Sprache Tamazight ins nationale Bildungssystem sowie deren Verbreitung in den Medien. Kulturellen Pluralismus betrachtet der MP als Garant für die nationale Einheit und Stabilität. Der MP lehnt religiösen Extremismus ab.
- Wirtschaftspolitik: Der MP vertritt eine soziale Marktwirtschaft. Die Verbesserung des Investitionsklimas in den strategischen industriellen Sektoren sowie in der Landwirtschaft soll die

dringend benötigten Arbeitsplätze schaffen. Um Marokkos junge Generation wettbewerbsfähig zu machen plädiert der MP für die Förderung der wissenschaftlichen und technischen Forschung sowie die verstärkte Einbeziehung von neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in allen Bereichen.

- Außenpolitik: Der MP proklamiert die Wiedererlangung der territorialen Souveränität über die spanischen Enklaven in Nordmarokko auf der Basis von Respekt, internationalem Dialog und internationalem Recht. Für die Westsahara betrachtet der MP einen Autonomiestatus als die gerechteste Konfliktlösung. Zudem betont der MP Marokkos Zugehörigkeit zur afrikanischen, arabischen und islamischen Welt und setzt sich für eine vertiefte Kooperation und Integration im Maghreb und eine verbesserte Interessenvertretung der Auslandsmarokkaner ein.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: 2011 kam die Partei mit 32 Sitzen auf Rang 6; unter den 32 Gewählten waren fünf Frauen. Bei den Wahlen 2016 gewann der MP 27 Parlamentssitze und wurde damit fünftstärkste Partei. In der zweiten Parlamentskammer (Chambre des Conseillers) ist die Partei seit 2015 mit zehn Repräsentanten vertreten, darunter ist keine Frau.

Teilnahme an Kommunal- und Regionalwahlen seit 2011: Bei den Kommunal- und Regionalwahlen im September 2015 gewann der MP 58 Sitze der Regionalräte (Conseils régionaux) sowie 3.007 Sitze der Kommunalräte (Conseils communaux). Zudem erlangte der MP die Präsidentschaft über den Regionalrat von Fes-Meknes.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Der MP ist seit 2012 an den Regierungen beteiligt. In der Regierung Benkirane vom Oktober 2013 erhielt die Partei sechs Ministerposten; der Posten des beigeordneten Ministers für Umwelt wurde mit einer Frau, Hakima El Haite, besetzt.

Kooperations- und Allianzpartner: Der MP ist seit 2012 Koalitionspartner des islamistischen PJD. Der MP war bis 2011 jahrelang mit den säkularen Parteien UC und RNI im Parteienbündnis Wifaq Watani (Nationale Übereinkunft) vereint. Im Vorfeld der Parlamentswahlen von 2011 ist der MP dem kurzlebigen Parteienbündnis Alliance pour la Démocratie (Allianz für die Demokratie) zusammen mit den Parteien PAM, PS, PT, PGV, RNI und UC sowie dem islamistischen PRV beigetreten.

Politische Gegner: Nach eigenen Aussagen ist der MP gegen keine andere politische Partei gerichtet.

Parteieigene und nahestehende Medien: Der MP unterhält zwei parteieigene Tageszeitungen, die arabischsprachige al-Haraka (Die Bewegung) und die französischsprachige La Tribune (Die Tribüne).

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Der MP unterhält die Gewerkschaft Syndicat Populaire des Salariés (SPS; Volksgewerkschaft der Lohnabhängigen). Der Partei nahe stehen die Gewerkschaften Union des Syndicats des Travailleurs Libres (USTL; Gewerkschaftsverband der freien Arbeiter), Union des Syndicats Populaires (USP; Verband der Volksgewerkschaften) und Syndicat National Populaire (SNP; Nationale Volksgewerkschaft).

Parteiorganisationen: Der MP unterhält eine Frauenorganisation (Femmes Haraki), eine Organisation der Parteijugend (Jeunesse Haraki) sowie die Scouts Populaires (Shaf shaabi/Pfadfinder).

Webauftritt: http://www.alharaka.ma/

Gesellschaftliche Wahrnehmung: Der MP hat seit langem das Image einer königstreuen, wertkonservativen Partei der lokalen berberophonen Eliten.

Parti Authenticité et Modernité (PAM)

Hizb al-asala wal-muasira (Partei für Authentizität und Modernität)

Gründung: Die Partei wurde im August 2008 von Fouad Ali El Himma, einem Vertrauensmann sowie Schulfreund von König Mohamed VI., gegründet. Sie ist aus der im Januar 2008 gebildeten Vereinigung Mouvement pour tous les Démocrates (MTD; Bewegung für alle Demokraten) hervorgegangen.

Mitgliederzahl: 115.000 bis 120.000 (2015); weitere 85.000 Mitglieder sollen nach Parteiangaben 2016 hinzugekommen sein.

Sitz/Regionalbüros: Parteisitz ist Rabat (Avenue Mohamed VI, Route de Zaers, Rabat-Souissi). Es gibt Verbindungsbüros auf Ebene der Regionen und Provinzen.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Generalsekretär ist seit Januar 2016 Ilyas El Omari, der zugleich Präsident des Regionalrats Tanger-Tetouan-Al Hoceima ist. Die zentralen Organe auf nationaler Ebene sind das Politische Büro (Bureau Politique) mit 30 Mitgliedern (darunter elf Frauen), der Nationalrat (Conseil National) sowie der Parteikongress. Parallel dazu bestehen eine Reihe von Kommissionen zu den Themen Wahlen, Transparenz, Finanzkontrolle, öffentliche Angelegenheiten, Partizipation.

Programm:

- Innenpolitik: Der PAM proklamiert die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit, guter Regierungsführung und Bürgerbeteiligung. Die Partei will eine verbesserte Korruptionsbekämpfung in der öffentlichen Verwaltung, beispielsweise durch Datendigitalisierung, umsetzen. Die Partei befürwortet die Förderung einer aktiven Rolle von Frauen wie auch von Jugendlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und will sich folgerichtig für die Stärkung von Menschen-, Bürger- und Frauenrechten sowie eine weitere rechtliche Gleichstellung von Frauen einsetzen. Der PAM plädiert für die Abschaffung der Todesstrafe. Zudem unterstützt die Partei Dezentralisierung und regionale Entwicklung. Sie tritt für die Teillegalisierung des Cannabisanbaus für medizinische Zwecke und zur Entwicklung der ländlichen Bevölkerung der nördlichen Rif-Region ein.
- Gesellschaftspolitik: Der PAM steht für eine säkulare, pluralistische und freiheitliche Gesellschaftsordnung. Die Partei präsentiert sich als Verteidiger der konstitutionellen Monarchie und einer offenen, modernen Gesellschaft, die sie gegen die Gefahr einer „Fundamentalisierung und Islamisierung" schützen will.
- Wirtschaftspolitik: Die Partei steht für eine ausgewogene Wirtschafts-, Sozial- und Fiskalpolitik, die sowohl Unternehmertum (vor allem kleine und mittlere Unternehmen) und Beschäftigung belebt als auch den Mittelstand stärkt. Sie will eine stärkere Besteuerung von Luxusgütern umsetzen und Umweltverschmutzung sowie Steuerflucht bekämpfen. Sie spricht sich für Industrialisierung und technische Innovation beispielsweise im Bereich der erneuerbaren Energien aus, um Marokko wettbewerbsfähiger zu

machen. Der PAM befürwortet eine Außenwirtschaftsförderung durch das Einwerben ausländischer Investitionen sowie die Förderung des Tourismus.
- Außenpolitik: Die Partei will Marokkos Rolle als Drehkreuz und Mittler zwischen Afrika, Europa und Asien und über den Atlantik ausbauen und gute Beziehungen zu strategischen Partnern fördern. Sie hebt zudem Marokkos Bedeutung bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus hervor.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: Bei den Wahlen 2011 wurde der PAM mit 47 Sitzen viertstärkste Partei im Parlament (zehn der 47 Sitze gingen an Frauen); 2016 gewann der PAM 102 Sitze und wurde damit zweitstärkste Partei in der ersten Kammer des Parlaments. In der zweiten Parlamentskammer (Chambre des Conseillers) ist der PAM seit 2015 zweitstärkste Partei (23 Sitze, davon zwei mit Frauen besetzt).

Teilnahme an Kommunal- und Regionalwahlen seit 2011: In den Kommunal- und Regionalwahlen von 2015 gewann der PAM 132 Sitze der Regionalräte (Conseils régionaux) sowie 6.655 Sitze der Kommunalräte (Conseils communaux). Zudem erlangte der PAM die Präsidentschaft über die Regionalräte von fünf Regionen (Tanger-Tetouan-Al Hoceima; Oriental; Beni Mellal-Khenifra; Grand Casablanca-Settat; Marrakesch-Safi).

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Keine.

Kooperations- und Allianzpartner: Im Vorfeld der Parlamentswahlen von 2011 bildete der PAM mit den säkularen Parteien MP, RNI und UC, den linken (säkularen) Parteien PGV, PS und PT und mit der islamistischen Partei PRV die Alliance pour la Démocratie (Allianz für Demokratie). Diese Allianz aus acht Parteien richtete sich insbesondere gegen den islamistischen PJD. Als natürliche Bündnispartner betrachtet der PAM säkulare Parteien wie RNI, UC oder MP. Zwischen PAM und USFP gab es zeitweilig ebenfalls Annäherungen. Dauerhaftere Kooperationen oder gar Allianzen knüpfte der PAM bislang nicht.

Politische Gegner: Hauptgegner ist die moderat-islamistische PJD. Linke, systemkritische Parteien wie das Bündnis der demokratischen Linken (Fédération de la Gauche Démocratique) oder die extrem-linke Partei Annahj Addimoqrati (Parti La Voie Démocratique/

Partei Demokratischer Weg) sind ebenfalls erklärte Gegner des PAM. Zudem positionierte sich ab 2015 verstärkt die national-konservative Istiqlal-Partei gegen den PAM.

Parteieigene und nahestehende Medien: Der Parteivorsitzende Ilyas El Omari ist Gründer der Mediengruppe Akhir Saâ, die eine arabischsprachige Tageszeitung, Akhir Saâ (Letzte Stunde), die französischsprachige Wochenzeitung La dépêche du Maroc, das Frauenmagazin Likouli Nissae (Für alle Frauen), die Analysezeitschrift Afkar (Gedanken) sowie das in Tamazigh erscheinende Magazin Tafoukt (Sonne) unterhält. Die Mediengruppe betreibt zudem die Website http://www.qushq.com.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Der PAM unterhält keine parteieigene Gewerkschaft. Parteinahe Interessengruppen sind die von Khadija Rouissi geführte Menschenrechtsvereinigung Bayt al-hikma (Haus des Wissens) oder die Bürgerrechtsbewegung Mouvement Vigilance Citoyenne (MVC; Bewegung wachsamer Bürger). Ebenso stehen zahlreiche Parteimitglieder der 2004 von König Mohamed ins Leben gerufenen Wahrheitskommission Instance Équité et Réconciliation (IER) zur Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen unter der Ära von König Hassan II. nahe.

Parteiorganisationen: Der PAM hat eine parteieigene Frauenorganisation sowie seit 2015 eine Organisation für die Parteijugend, die von Frau Najwa Koukouss Raji geführt wird. Es bestehen ferner Unterorganisationen der Partei, die zu den Themen Soziales, Umwelt, Lebensqualität und Produktion arbeiten.

Webauftritt: http://www.pam.ma/

Gesellschaftliche Wahrnehmung: Der PAM wird aufgrund seiner Nähe zum König oftmals als „Systempartei" (parti administratif) sowie als „Partei des Machtzentrums" (parti du pouvoir; hizb al-sulta) bezeichnet.

Parti de l'Istiqlal (PI)

Hizb al-istiqlal/Unabhängigkeitspartei

Gründung: 1943; zugelassen seit 1944.

Mitgliederzahl: Unbekannt. Nach Schätzungen soll der PI in etwa 700.000 Mitglieder haben.

Sitz/Regionalbüros: Hauptsitz ist Rabat (4, Avenue Ibn Toumert, Rabat-Bab El Had). Die Partei besitzt in allen Regionen und Provinzen Verbindungsbüros.

Führungsorgane/Führungspersönlichkeiten: Generalsekretär des PI ist seit 2012 Abdelhamid Chabat, ein früherer Gewerkschaftsführer und ehemaliger Bürgermeister der Stadt Fes. Ein neunzehnköpfiges Exekutivbüro (Bureau Exécutif) steht an der Spitze der Partei; dem Exekutivbüro gehören derzeit drei Frauen an. Hinzu kommt der vom Parteikongress gewählte Nationalrat sowie ein Organ der „Parteiweisen", der Conseil de la Présidence (Rat der Präsidentschaft). Der PI ist territorial die am besten organisierte und strukturierte Partei. Sie ist in jeder Region und Provinz vertreten. Der Generalsekretär ernennt für jede Provinz einen Inspektor (inspecteur provincial), der die Partei in der jeweiligen Provinz repräsentiert. Der PI ist eine sehr hierarchisch organisierte Partei, deren Führungspositionen traditionell von Mitgliedern der Familie des Parteigründers Allal al-Fassi (geboren 1910, gestorben 1974) dominiert wurden. Zu den „jungen Wölfen" (jeunes loups), die dem Fassi-Flügel der Partei nahestehen, gehören Ahmed Taoufiq Hejira (53 Jahre), Nizar Baraka (48 Jahre), Karim Ghellab (45 Jahre), Adil Douiri (48 Jahre) und Yasmina Baddou (54 Jahre).

Programm:

- Innenpolitik: Der PI legt ein besonderes Augenmerk auf die Bildungspolitik als wichtiger Vektor der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Partei steht für die Stärkung rechtsstaatlicher Prinzipien, lehnt jedoch die formelle Abschaffung der Todesstrafe ab.
- Gesellschaftspolitik: Der PI ist Verteidiger der marokkanischen Identität, deren Grundelemente der Islam und die arabische Sprache sind. Die Partei verfolgt eine Arabisierungspolitik zur Förderung der arabischen Sprache, beispielsweise in den Medien, im Bildungssektor und in der öffentlichen Verwaltung. Zugleich erkennt sie das kulturelle Erbe der Amazigh als wichtigen Bestandteil der marokkanischen Identität an. Sie vertritt einen bürgerlichen marokkanischen Islam im Einklang mit der Monarchie und dem König als religiöses Oberhaupt.
- Wirtschaftspolitik: Die Partei verfolgt einen moderaten Ansatz zur Umsetzung einer sozialen Markwirtschaft. Ihre Doktrin des

Egalitarismus (taadaliya) basiert auf einem Ausgleich zwischen den verschiedenen sozioökonomischen Akteuren und Interessen sowie einer Stärkung der Mittelschicht.
- Außenpolitik: Der PI ist ein vehementer Verfechter der territorialen Souveränität und Einheit des marokkanischen Staates, insbesondere mit Blick auf die Westsahara, die spanischen Enklaven Ceuta (Sebta) und Melilla sowie die ebenfalls von Spanien beanspruchten Chafarinas-Inseln. Gleichzeitig spricht sich die Partei für eine regionale Integration im Maghreb und die Pflege guter Beziehungen zu den arabischen Staaten aus.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: Bei den Wahlen 2011 kam der PI auf 60 Sitze und wurde damit zweitstärkste Partei nach dem PJD. 2016 musste der PI Verluste hinnehmen: Die Partei gewann nur noch 46 Parlamentssitze und wurde damit nach PJD und PAM drittstärkste Partei in der ersten Kammer des Parlaments. In der zweiten Parlamentskammer (Chambre des Conseillers) wurde sie 2015 mit 24 Sitzen die stärkste Partei; unter den 24 PI-Senatoren sind zwei Frauen. Die PI-nahe Gewerkschaft UGTM hat drei Vertreter (darunter eine Frau) in der zweiten Parlamentskammer.

Teilnahme an Kommunal- und Regionalwahlen seit 2011: Bei den Kommunal- und Regionalwahlen von 2015 gewann der PI 119 Sitze der Regionalräte (Conseils régionaux) sowie 5.106 Sitze der Kommunalräte (Conseils communaux). Zudem übt die Partei die Präsidentschaft über die Regionalräte der zwei Sahara-Regionen Laayoune-Sakia El Hamra und Eddakhla-Oued Eddahab aus.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Der PI war mit sechs Ministern (darunter keine Frau) an der Regierung Benkirane ab Januar 2012 beteiligt; im Juli 2013 kündigte der PI die Zusammenarbeit auf. Nach den Parlamentswahlen vom Oktober 2016 zeigte sich der PI erneut für Koalitionsverhandlungen mit dem zur Regierungsbildung beauftragten PJD-Generalsekretär Benkirane offen.

Kooperations- und Allianzpartner: Von Januar 2012 bis Juli 2013 war der PI Koalitionspartner der islamistischen PJD. Vor 2011 waren die langjährigen Bündnispartner des PI die aus dem linken Parteienspektrum stammenden Parteien USFP und PPS, mit denen der PI 1998 das Parteienbündnis Demokratischer Block (al-Kutla al-dimuqratiya; kurz als Kutla bekannt) begründet hatte.

Politische Gegner: Seit dem Bruch der Koalition mit dem PJD im Juli 2013 befindet sich der PI in Opposition zur Regierungspartei PJD. Ende 2015 zeichnete sich eine Wiederannäherung in Form einer „kritischen Unterstützung" ab. Gleichzeitig ging der PI ab Ende 2015 verstärkt in Konfrontation zum königsnahen PAM.

Parteieigene und nahestehende Medien: Der PI besitzt eine parteieigene, arabischsprachige Tageszeitung, al-Alam (Die Welt), und eine parteinahe französischsprachige Tageszeitung, L'Opinion (Die Meinung).

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Als PI-nahe Gewerkschaft gilt die Union Générale des Travailleurs Marocains (UGTM; Allgemeiner Verband der marokkanischen Arbeiter). Dem PI stehen ferner verschiedene Interessengruppen nahe wie z. B. die Association Marocaine pour la Défense de la Langue Arabe (Marokkanische Vereinigung zur Pflege der arabischen Sprache).

Parteiorganisationen: Die parteieigene Jugendorganisation Jeunesse Istiqlalienne gehört zu den größten politischen Jugendorganisationen Marokkos. Ebenso unterhält der PI eine Frauenorganisation. Zudem verfügt die Partei über unterschiedliche Netzwerke und Verbände, z. B. einen Verband für Hochschulprofessoren, für Architekten oder für Ärzte.

Webauftritt: http://www.listiqlal.ma/; http://istiqlal.org/

Gesellschaftliche Wahrnehmung: Aufgrund des lange Zeit vorherrschenden Einflusses von Mitgliedern der Familie des Parteigründers Allal al-Fassi in den führenden Gremien der Partei hatte der PI den Ruf, eine „Familienpartei" und eine Partei der Bourgeoisie zu sein.

Parti de la Justice et du Développement (PJD)

Hizb al-adala wal-tanmiya (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung)

Gründung: 1996 entfalteten die Islamisten um Abdelilah Benkirane, die zuvor in Vereinigungen aktiv waren, legale politische Aktivitäten im Rahmen der seit 1967 bestehenden, aber in den 1990er Jahren nicht mehr aktiven Partei Mouvement Populaire Démocratique

et Constitutionnel (MPDC; Demokratische und verfassungsmäßige Volksbewegung); unter dem Label MPDC nahmen sie 1997 erstmals an Parlamentswahlen teil. Die Umbenennung der Partei in PJD erfolgte 1998.

Mitgliederzahl: Keine offiziellen Angaben; geschätzt werden rund 15.000 (Anteil junger Erwachsener bis 30 Jahren: etwa 20 Prozent; Frauen sollen etwa ein Fünftel der Mitglieder stellen).

Sitz/Regionalbüros: Hauptsitz ist Rabat (4, Rue al-Afghani, Rabat-Les Orangers); Regionalbüros bestehen in allen größeren Städten.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Amtierender Generalsekretär ist Premierminister Abdelilah Benkirane. Stellvertretender Generalsekretär war bis zu seinem Tod am 7.12.2014 Staatsminister Abdellah Baha; sein Nachfolger wurde Slimane El Amrani. Weitere Mitglieder des Generalsekretariats sind u. a. Mustapha Ramid, Lahcen Daoudi, Bassima Hakkaoui sowie Mustapha Khalfi.

Als Exekutivorgan fungiert das 24 Mitglieder umfassende Generalsekretariat (darunter vier Frauen), das alle vier Jahre vom Nationalrat der Partei gewählt wird. Der Nationalrat (al-Majlis al-watani) umfasst 196 Mitglieder und wird vom PJD-Kongress gewählt. Der eigentlich für Herbst 2016 anstehende reguläre Parteitag (Tagung des Nationalkongresses) wurde auf dem am 28.5.2016 in Rabat abgehaltenen Sonderparteitag auf 2017 verschoben, weil die bevorstehende Wahl der ersten Kammer des Parlaments am 7.10.2016 und die kurz danach stattfindende UN-Klimakonferenz (COP22) in Marrakesch eine ordentliche Vorbereitung des Parteikongresses behindert hätten. Das Mandat des Parteivorsitzenden Benkirane wurde folglich außerordentlich um ein Jahr bis zum nächsten regulären Parteitag verlängert.

Programm:

- Innenpolitik: Die Partei bekennt sich zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie; umgesetzt werden sollen gemäß Programm die Reform des Bildungssystems, eine weitreichende Justizreform und die Korruptionsbekämpfung. Der Zugang zu Gesundheitsvorsorge für alle Marokkaner, eine Steuerhöhung für gehobene Einkommen, die Errichtung eines islamischen Bankenwesens und die Reform des Pressegesetzes sind weitere zentrale Programmpunkte.

- Gesellschaftspolitik: Der PJD strebt die Wiederherstellung einer Werteordnung auf der Grundlage „islamischer Werte" und der „pluralen nationalen Identität" Marokkos an.
- Wirtschaftspolitik: Der PJD stellt die Wirtschaftspolitik in den Dienst des Sozialen. Die Stärkung des Wirtschaftswachstums soll der Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie der menschlichen Entwicklung dienen. Die Partei fördert die soziale Umverteilung zugunsten benachteiligter Gruppen (wie z. B. über die Einführung einer Witwenrente). Dennoch unterstützt sie dabei auch wirtschaftsliberale und pragmatische Ansätze wie die Abschaffung von Subventionen oder die Modernisierung des Rentensystems.
- Außenpolitik: Der PJD steht für die Wiederherstellung der nationalen Einheit (im Hinblick auf die Westsahara), für Gespräche mit Spanien über den Verbleib der Enklaven Ceuta und Melilla, für die politische Einbindung der Auslandsmarokkaner sowie für ausgewogenere Beziehungen mit der Europäischen Union und den USA. Eine Normalisierung der Beziehungen mit Israel wird abgelehnt.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: Der PJD nahm an den letzten beiden Legislativwahlen 2011 und 2016 teil und errang jeweils die höchste Stimmenanzahl. 2016 gewann der PJD 125 Parlamentssitze der ersten Kammer, 2011 waren es 107 Sitze gewesen. In der zweiten Parlamentskammer, dem Senat (Chambre des Conseillers), hat der PJD seit den Wahlen 2015 zwölf Vertreter (darunter keine Frau). Die PJD-nahe Gewerkschaft UNTM (Union Nationale du Travail au Maroc) hat vier Vertreter in der zweiten Kammer, darunter zwei Frauen.

Teilnahme an Kommunal- und Regionalwahlen seit 2011: In den Kommunal- und Regionalwahlen von 2015 gewann der PJD 174 Sitze der Regionalräte (Conseils régionaux) sowie 5.021 Sitze der Kommunalräte (Conseils communaux). Zudem erlangte der PJD die Präsidentschaft über die Regionalräte von zwei Regionen (Rabat-Salé-Kenitra, Draa-Tafilalet).

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Der PJD ist seit den Legislativwahlen von 2011 Regierungspartei; in der Regierung vom Januar 2012 bis Oktober 2013 stellte die Partei zwölf Minister (darunter eine Frau); ab Oktober 2013 stellte sie elf Minister (darunter zwei Frauen); nach den Wahlen vom Oktober 2016 wurde der PJD als stärkste Fraktion im Parlament erneut mit der Regierungsbildung

beauftragt. Die Regierungsbildung erwies sich als schwierig. Bis Ende des Jahres 2016 kam keine neue Regierung zustande.

Kooperationspartner: Der PJD kooperiert auf nationaler und lokaler Ebene mit säkularen Parteien. Politische Koalitionspartner des PJD in der Regierung vom Januar 2012 waren die nationalkonservative Istiqlal-Partei, die säkular und links orientierte Partei für Fortschritt und Sozialismus PPS sowie die Partei der Volksbewegung MP. In der am 10.10.2013 nach dem Regierungsaustritt der Istiqlal-Partei neu gebildeten Regierung wurde neben PPS und MP der säkulare RNI neuer Kooperationspartner. Der PJD lehnt Gewalt als politisches Mittel explizit ab und unterhält keine nachweisbaren Verbindungen zu salafistisch-jihadistischen bzw. bewaffneten Gruppen. Die Partei unterhält jedoch Kontakte zu Daawa-Salafisten und zu Salafistenpredigern wie Mohamed al-Fizazi, der sich seit seiner Amnestie 2012 gleichfalls von Gewalt distanziert.

Politische Gegner: Hauptgegner des PJD ist der säkular-liberale PAM, der dem Königshaus nahesteht. Ebenso positionierten sich die USFP sowie nach dem Koalitionsbruch 2013 die Istiqlal-Partei gegen den PJD. Seit Ende 2015 kam es verstärkt zu Konflikten mit dem Koalitionspartner RNI. Nach den Wahlen vom Oktober 2016 erklärten sich die Istiqlal-Partei und die USFP sowie der RNI zu Koalitionsverhandlungen mit dem PJD bereit.

Parteieigene und nahestehende Medien: Ein PJD-Organ ist die Zeitung al-Misbah (Die Lampe); ein Sprachrohr des PJD ist auch die Zeitung al-Tajdid (Erneuerung), die von der Vereinigung MUR (Mouvement de l'Unicité et de Réforme/Bewegung Einheit und Reform) herausgegeben wird. Der MUR ist faktisch der zivilgesellschaftliche Arm des PJD; öffentliche Äußerungen des MUR werden weitaus radikaler formuliert, als dies im Rahmen der Parteiaktivitäten bzw. innerhalb des offiziellen Parteidiskurses der Fall ist. Weitere Publikationen des PJD sind online auf der Webseite der Partei einzusehen. Darüber hinaus gilt der Chefredakteur der sich unabhängig nennenden arabischsprachigen Tageszeitung Akhbar al-yawm (Nachrichten des Tages) als PJD-nah, was ihn jedoch nicht davon abhält, auch parteikritische Positionen zu vertreten.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Die Gewerkschaft UNTM (Union Nationale du Travail au Maroc/Nationaler Ver-

band der Arbeit in Marokko) ist PJD-nah. Der PJD steht dem Unternehmerverband Amal Entreprises nahe, der wiederum ein Partnerschaftsabkommen mit dem türkischen AKP-nahen Unternehmerverband Müsiad unterhält. Auf zivilgesellschaftlicher Ebene kooperiert der PJD eng mit der Vereinigung Mouvement Unicité et Réforme (MUR; Bewegung für Einheit und Reform), in der die meisten Kader des PJD Mitglied sind, mit der PJD-nahen Gewerkschaft UNTM und u. a. auch mit dem Netzwerk islamistischer Frauenorganisationen Forum Azzahra. Zudem steht die Partei der Vereinigung La Coalition Nationale pour la Langue Arabe (Die nationale Koalition für die arabische Sprache), die sich der Förderung des Hocharabischen widmet, nahe.

Parteiorganisationen: Die Partei hat eigene Frauen-, Studenten- und Jugendorganisationen sowie zahlreiche Netzwerke zu verschiedenen Themen. Besonders aktiv ist die Organisation der Parteijugend Jeunesse de la Justice et du Développement (Shabiba al-adala wa al-tanmiya/Jugend für Gerechtigkeit und Entwicklung) an den staatlichen Universitäten. Zudem unterhalten Parteimitlieder das Berufsnetzwerk L'Espace Marocain des Professionnels (Al-fadha al-maghribi lil-muhaniyin/Marokkanisches Forum der Berufstätigen).

Webauftritt: http://www.pjd.ma/

Gesellschaftliche Wahrnehmung: Der PJD wird selbst von parteipolitischen Konkurrenten und Kritikern als „echte" politische Partei mit einem hohen Grad an transparenten und demokratischen parteiinternen Strukturen sowie einer besonderen Bürgernähe und gesellschaftlichen Verwurzelung wahrgenommen. Ihre Mitglieder gelten als engagiert, kompetent und weitgehend korruptionsfrei.

Parti du Progrès et du Socialisme (PPS)

Hizb al-taqaddum wal-ishtirakiya (Partei für Fortschritt und Sozialismus)

Gründung: 1974. Der PPS ist aus der Kommunistischen Partei Marokkos (PCM) hervorgegangen, die wiederum zunächst als Ableger der Kommunistischen Partei Frankreichs während des französischen Protektorats über Marokko entstand. Der PPS ist seit 1974 zugelassen.

Mitgliederzahl: Unbekannt. Nach Schätzungen hat die Partei bis zu 40.000 Mitglieder.

Sitz: Parteisitz ist Rabat (29, Avenue Mohamed VI, Route des Zaers).

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Generalsekretär ist Mohamed Nabil Benabdallah. Die Exekutivorgane der Partei sind das Politische Büro mit 32 Mitgliedern (darunter acht Frauen) sowie der Präsidialrat (al-majlis al-riasa) mit elf Mitgliedern (darunter keine Frau). Der Generalsekretär wird in geheimer Wahl durch das Zentralkomitee gewählt. Nouzha Skalli, ehemalige Familienministerin, die 2014 für den Parteivorsitz kandidiert hat, gehört zu den präsentesten Frauen in der Parteiführung.

Programm:

- Innenpolitik: Der PPS will eine sozial gerechte Politik umsetzen und menschliche Entwicklung, vor allem in den Bereichen Gesundheit, Wohnungsbau, Bildung und in den ländlichen Regionen, fördern. Zudem steht der PPS für die Stärkung von Freiheits- und Frauenrechten; in diesem Zusammenhang steht die Reform des Straf- und Familienrechts auf der Agenda der Partei. Der PPS befürwortet die Abschaffung der Todesstrafe.
- Gesellschaftspolitik: Der PPS vertritt ein Gesellschaftsmodell, das auf sozialer Solidarität insbesondere mit benachteiligten Bevölkerungsgruppen beruht.
- Wirtschaftspolitik: Der PPS befürwortet die Förderung des wirtschaftlichen Wachstums, der Investitionstätigkeit und die Verbesserung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit, allerdings nicht auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit oder zulasten von Menschen- und Arbeitnehmerrechten. Zudem befürwortet der PPS eine ökologisch nachhaltige Politik im Bereich der erneuerbaren Energien, bei der Bekämpfung der Desertifikation und beim Wassermanagement.
- Außenpolitik: Der PPS vertritt eine Strategie der Öffnung insbesondere gegenüber Afrika südlich der Sahara sowie eine konstruktive und menschenwürdige Auseinandersetzung mit dem Thema der Migration aus dem subsaharischen Afrika. Die Partei sieht es als erforderlich an, die Freihandelsabkommen mit den USA und der Türkei auf nachteilige Vertragsinhalte für Marokko zu überprüfen und gegebenenfalls neue Konditionen zu verhandeln.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: 2011 kam die Partei auf 18 Sitze (Rang 8); 2016 gewann der PPS zwölf Parlamentssitze in der ersten Kammer des Parlaments und blieb in der Rangfolge der Parteien auf dem achten Platz. In der zweiten Parlamentskammer (Chambre des Conseillers) ist der PPS seit 2015 mit zwei Repräsentanten vertreten (darunter keine Frau).

Teilnahme an Kommunal- und Regionalwahlen seit 2011: Bei den Kommunal- und Regionalwahlen von 2015 gewann der PPS 23 Sitze der Regionalräte (Conseils régionaux) sowie 1.766 Sitze der Kommunalräte (Conseils communaux). Der PPS hält keine Präsidentschaft über eine Region.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Die Partei war in der Regierung Benkirane von 2012 bis 2013 mit vier Ministern vertreten (darunter keine Frau). In der Regierung Benkirane vom 10.10.2013 erhielt der PPS fünf Ministerposten; ein Ministerium wurde mit einer Frau besetzt.

Kooperations- und Allianzpartner: Der PPS war ein langjähriger Bündnispartner der sozialdemokratischen USFP und der nationalkonservativen Istiqlal-Partei, mit denen der PPS bis 2011 das Parteibündnis al-Kutla al-dimuqratiya (Demokratischer Block) unterhielt. Seit 2012 ist der PPS Koalitionspartner des islamistischen PJD.

Parteieigene und nahestehende Medien: Der PPS hat zwei parteieigene Tageszeitungen, die französischsprachige Al Bayane (Bekanntmachung) sowie die arabischsprachige Bayane al-yawm (Bekanntmachung des Tages).

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Die Gewerkschaft Fédération Démocratique de l'Enseignement (Demokratischer Verband des Bildungswesens) steht dem PPS nahe. Der PPS gründete zudem 1997 die Commission Ouvrières Marocaines (Marokkanische Arbeiterkommission).

Parteiorganisationen: Der PPS hat eine Parteijugendorganisation (La Jeunesse Socialiste/al-Shabiba al-ishtirakiya) sowie eine Kinderpioniergruppe (Organisation des Pionniers Enfants du Maroc/Munazzama al-talaia atfal al-maghrib).

Webauftritt: http://ppsmaroc.com

Gesellschaftliche Wahrnehmung: Aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte wird die Partei als eine tief in der Gesellschaft verwurzelte Partei gewertet.

Rassemblement National des Indépendants (RNI)

al-Tajammu al-watani lil-ahrar (Nationale Sammlungsbewegung der Unabhängigen)

Gründung und Zulassung: 1978

Mitgliederzahl: Unbekannt.

Sitz/Regionalbüros: Hauptsitz ist Rabat (6, Rue Laos, Rabat-Hassan). Es sind Regionalbüros in allen zwölf Regionen Marokkos vorhanden.

Führungsorgane/Führungspersönlichkeiten: Parteivorsitzender ist seit 12.10.2016 der Milliardär Aziz Akhannouch, ein enger Vertrauter König Mohameds sowie zugleich seit Oktober 2007 Minister für Landwirtschaft. Das Exekutivbüro der Partei (al-Maktab al-siyasi) besteht aus 36 Mitgliedern, von diesen sind knapp ein Drittel Frauen. Etwa fünf Posten sind zudem für Nachwuchspolitiker unter 40 Jahren reserviert. Der Nationalrat (al-Majlis al-watani) umfasst 800 Mitglieder. Der Parteikongress besteht aus Repräsentanten der Regionen und Provinzen und versammelt sich alle vier Jahre zur Wahl der Führungsgremien. Zudem gibt es permanente Kommissionen zu Themen wie Frauen, Jugend, Finanzen, Menschenrechte und Wahlkampf. Auf regionaler Ebene unterhält der RNI in allen zwölf Regionen ein Regionalbüro. Für jede Provinz wird ein Koordinator ernannt. Auf lokaler Ebene gibt es Parteivertreter in jeder urbanen und jeder ländlichen Kommune; diese Parteirepräsentanten sind für den direkten Kontakt zu den Bürgern zuständig.

Programm:

- Innenpolitik: Der RNI vertritt sozialliberale Werte. Er will die soziale Chancengleichheit, beispielsweise durch eine Bildungs- und Alphabetisierungspolitik, verbessern. Die Gesundheitsversorgung

soll ausgebaut, die Armut bekämpft und die regionale Entwicklung sowie die Beteiligung von Frauen und Jugendlichen in allen Bereichen vorangetrieben werden. Zudem will der RNI Bürger- und Freiheitsrechte und den Zugang zu rechtsstaatlichem Schutz stärken.

- Gesellschaftspolitik: Der RNI proklamiert die Verteidigung von Diversität, Menschenrechten sowie von individuellen Freiheitsrechten. Er vertritt die Trennung von Religion und Politik. Zugleich lehnt er ausländische, „importierte" Ideologien ab und betont die „marokkanische Besonderheit" der nationalen Identität.
- Wirtschaftspolitik: Der RNI vertritt einen moderaten Wirtschaftsliberalismus, in dem Marktwirtschaft und staatliche Maßnahmen zur Förderung der sozialen und nachhaltigen Entwicklung eine Verbindung eingehen. Zur Modernisierung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit will der RNI u. a. eine verstärkte Digitalisierung (Plan Maroc Numérique), die Industrialisierung Marokkos, die Unterstützung von Unternehmen-Start-ups und die Diversifizierung von Finanzdienstleistungen (Casablanca Finance City) vorantreiben. Der RNI will das allgemeine Geschäftsklima verbessern und Anreize für ausländische Investoren schaffen.
- Außenpolitik: Der RNI betont die Notwendigkeit zur Diversifizierung der außenpolitischen Beziehungen; der Ausbau der Beziehungen mit aufstrebenden Schwellenländern in Afrika und Asien soll vorangetrieben werden.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: 2011 wurde der RNI mit 52 Sitzen drittstärkste Partei in der ersten Parlamentskammer. 2016 musste die Partei Verluste hinnehmen: Der RNI gewann nur noch 37 Parlamentssitze und wurde damit viertstärkste Partei. In der zweiten Parlamentskammer steht der RNI seit 2015 mit acht Sitzen unter den Parteien an fünfter Stelle; unter den RNI-Repräsentanten in der zweiten Kammer ist keine Frau.

Teilnahme an Kommunal- und Regionalwahlen seit 2011: In den Kommunal- und Regionalwahlen von 2015 gewann der RNI 90 Sitze der Regionalräte (Conseils régionaux) sowie 4.408 Sitze der Kommunalräte (Conseils communaux). Zudem erlangte der RNI die Präsidentschaft über die Regionalräte von zwei Regionen (Souss-Massa und Guelmin-Oued Noun).

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Der RNI trat im Oktober

2013 in die Regierung von PJD-Regierungschef Benkirane ein und stellte in dieser Regierung acht Minister (darunter zwei Frauen).

Kooperations- und Allianzpartner: Der RNI ist seit 2013 Koalitionspartner des islamistischen PJD. Der RNI war bis 2011 jahrelang mit den liberalen Parteien UC und MP im Parteienbündnis Wifaq Watani (Nationale Übereinkunft) vereint. Im Vorfeld der Parlamentswahlen von 2011 trat der RNI dem kurzlebigen Parteienbündnis Alliance pour la Démocratie (Allianz für die Demokratie) bei, in dem die säkularen Parteien MP, PAM, PGV, PS, PT und UC sowie der islamistische PRV vertreten waren.

Politische Gegner: Bevor der RNI der PJD-geführten Koalitionsregierung im Oktober 2013 beitrat, positionierte sich die Partei als politischer Gegner zum islamistischen PJD. Seit Ende 2015 zeichneten sich Konflikte mit dem PJD ab. Nach den Legislativwahlen vom Oktober 2016 weigerte sich der RNI allerdings nicht, Gespräche mit dem PJD zu führen, dessen Generalsekretär nach dem PJD-Wahlsieg mit der Regierungsbildung beauftragt wurde.

Parteieigene und nahestehende Medien: Die Parteizeitung al-Mithaq al-watani (Nationaler Pakt) wurde eingestellt. Als Sprachrohr werden die nationale Presse und öffentlichen Massenmedien sowie die parteieigene Website genutzt.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Es gibt keine parteinahe Gewerkschaft. Die Gründung einer solchen wurde in der Vergangenheit parteiintern diskutiert, aber von der Parteiführung mit der Begründung abgelehnt, dass Politik und die Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten von einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung getrennt sein müssten. Den Parteimitgliedern steht es jedoch frei, zugleich Gewerkschaftsmitglied zu sein.

Parteiorganisationen: Es gibt eine Vereinigung für die gewählten Vertreter des RNI (Association des Élus RNIstes) sowie ein Netzwerk von Universitätsprofessoren (Réseau des Professeurs Universitaires). Der RNI plant seit 2012 die Gründung einer Frauen- und Jugendorganisation. Die Gründung einer Organisation der Parteijugend war für Mai 2016 angekündigt worden; bis Ende 2016 wurde die Ankündigung nicht umgesetzt.

Webauftritt: http://rni.ma/

Gesellschaftliche Wahrnehmung: Der RNI wird von Kritikern und Parteienforschern aufgrund seiner Entstehungsgeschichte innerhalb des Machtzentrums um das Königshaus und den Sicherheitsapparat als exemplarische „Systempartei" (parti administratif) gewertet.

Union Constitutionnelle (UC)

al-Ittihad al-dusturi (Verfassungsunion)

Gründung: 1983; die UC ist seit 1983 zugelassen.

Mitgliederzahl: Unbekannt.

Sitz: Parteisitz ist Casablanca (158, Avenue des FAR, Casablanca-Sidi Belyout).

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Generalsekretär ist seit 2015 der Geschäftsmann und ehemalige Bürgermeister von Casablanca, Mohamed Sajid. Das Exekutivorgan der Partei ist das Politische Büro mit 31 Mitgliedern. Ein Frauenanteil von 30 Prozent sowie ein Anteil von 30 Prozent Nachwuchsmitgliedern (unter 40 Jahren) wird laut Parteiaussagen in den Führungsorganen respektiert.

Programm:
- Innenpolitik: Die UC vertritt einen gesellschafts- wie wirtschaftspolitischen Liberalismus. Sie will einen Open-Government-Ansatz, der den Bürgern einen transparenten Zugang zu Informationen der öffentlichen Verwaltung garantiert, umsetzen und tritt für eine vertiefte politische Dezentralisierung sowie eine stärkere lokale Selbstverwaltung und Bürgerbeteiligung ein. Mehr Sicherheit in den Städten will sie durch Integrationsmaßnahmen für jugendliche Gewalttäter erreichen.
- Gesellschaftspolitik: Die UC proklamiert eine freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung und den Schutz individueller Freiheitsrechte. Zudem plädiert sie gegen einen regulierenden Wohlfahrtstaat und will stattdessen einen Staat, der lediglich günstige Rahmenbedingungen schafft (État facilitateur).
- Wirtschaftspolitik: Die UC will Investitionen durch die Anpassung

der Besteuerung von Unternehmen, insbesondere von kleinen und mittelständischen Unternehmen, fördern. Die UC proklamiert den Schutz von freiem Unternehmertum und die Förderung von privatwirtschaftlichen Initiativen, erlaubt jedoch staatliche Maßnahmen zum Ausgleich von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen.

- Außenpolitik: Die UC will gute Beziehungen zu Partnern Marokkos in Europa, Afrika und der arabischen Welt fördern. Ebenso unterstützt sie gute transatlantische Beziehungen. Sie betont Marokkos Einbettung in internationale und supranationale Organisationen (wie die UNO, die Arabische Liga oder die Organisation Islamische Konferenz). Zugleich vertritt sie das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: 2011 errang die UC 23 Sitze in der ersten Kammer des Parlaments und wurde siebtstärkste Partei. 2016 gewann die UC 19 Parlamentssitze der ersten Kammer und blieb damit siebstärkste Partei. In der zweiten Parlamentskammer (Chambre des Conseillers) erlangte sie 2015 mit drei Sitzen Rang 7; unter den drei UC-Repräsentanten in der zweiten Kammer befindet sich keine Frau.

Teilnahme an Kommunal- und Regionalwahlen seit 2011: In den Kommunal- und Regionalwahlen von 2015 gewann die UC 27 Sitze der Regionalräte (Conseils régionaux) sowie 1.489 Sitze der Kommunalräte (Conseils communaux). Die UC hält keine Präsidentschaft über eine Region.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Keine.

Kooperations- und Allianzpartner: Die UC war bis 2011 jahrelang mit den Parteien MP und RNI im Parteienbündnis Wifaq Watani (Nationale Übereinkunft) vereint. Im Vorfeld der Parlamentswahlen von 2011 ist die UC dem kurzlebigen Parteienbündnis Alliance pour la Démocratie (Allianz für die Demokratie) zusammen mit den säkularen Parteien MP, PAM, PGV, PS, PT und RNI sowie dem islamistischen PRV beigetreten.

Politische Gegner: Als liberale Partei ist die UC ein ideologischer Gegner des islamistischen PJD.

Parteieigene und nahestehende Medien: Die UC unterhält die arabischsprachige Tageszeitung Rissalat al-umma (Botschaft der Gemeinde).

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Die UC hat keine parteieigene Gewerkschaft, da sie offiziell eine Trennung zwischen Politik und Gewerkschaftswesen proklamiert. Die Union Marocaine du Travail (UMT; Marokkanischer Arbeiterverband) steht ihr jedoch ideologisch nahe. Als liberale Partei unterhält die UC zudem gute Beziehungen zum Unternehmerverband Confédération Générale des Entreprises du Maroc (CGEM; Allgemeiner Verbund der Unternehmen Marokkos).

Parteiorganisationen: Die UC hat eine Organisation der Parteijugend, die Organisation de la Jeunesse Constitutionnelle (OJC; Organisation der verfassungsmäßigen Jugend).

Webauftritt: http://possible.ma (provisorische Website); http://puc.ma (im Aufbau).

Gesellschaftliche Wahrnehmung: Die UC wurde nach ihrer Gründung als Partei von Führungskadern (parti des cadres) wahrgenommen. Heute kann sie eine breitere Wählerschaft für sich beanspruchen. Wegen ihrer entstehungsgeschichtlichen Nähe zum Machtzentrum wird sie als „Systempartei" (parti administratif) bezeichnet.

Union Socialiste des Forces Populaires (USFP)

al-Ittihad al-ishtiraki lil-quwat al-shaabiya (Sozialistische Union der Volkskräfte)

Gründung: 1975; zugelassen seit 1975. Die USFP ist eine Abspaltung der 1959 gegründeten Partei Union Nationale des Forces Populaires (UNFP; Nationale Union der Volkskräfte).

Mitgliederzahl: Unbekannt. Nach Schätzungen hat die USFP bis zu 90.000 Mitglieder.

Sitz/Regionalbüros: Parteisitz ist Rabat (9, Avenue Al Araar, Rabat-Hay Ryad). Die USFP unterhält zudem Parteibüros auf der Ebene der

Regionen und Provinzen. Die Partei ist in jeder Region mit jeweils einem Sekretär (darunter keine Frau) sowie mit 58 Sekretären in den Provinzen (darunter zwei Frauen) vertreten.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Erster Sekretär (al-Katib al-awwal) ist der aus Rabat stammende Driss Lachgar. Exekutivorgan ist das Politische Büro mit 36 Mitgliedern (darunter elf Frauen). Die Partei verfügt über einen Verwaltungsausschuss (al-Lajna al-idariya) sowie einen Nationalen Ausschuss (al-Lajna al-wataniya). Die USFP rühmt sich, unter allen Parteien landesweit die höchste Frauenquote in den Leitungsbüros der Partei zu haben. Die USFP hebt zudem hervor, dass 50 Prozent der führenden Parteimitglieder unter 50 Jahre alt sind.

Programm:

- Innenpolitik: Die USFP tritt für eine parlamentarische Monarchie sowie für Rechtsstaatlichkeit und Bürgerbeteiligung ein. Sie fordert die Stärkung von Menschen-, Bürger- und Freiheitsrechten und ist für die Abschaffung der Todesstrafe.
- Gesellschaftspolitik: Die USFP vertritt eine pluralistische, freiheitliche und sozial gerechte Gesellschaftsordnung. Sie will jede Art von geschlechtlicher, ethnischer oder religiöser Diskriminierung bekämpfen. Die rechtliche wie gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen, beispielsweise durch die Modernisierung des Familienrechts oder des Strafrechts, genießt besondere Priorität.
- Wirtschaftspolitik: Die USFP proklamiert eine humane und soziale Marktwirtschaft ohne physische oder geistige Ausbeutung. Soziale Gerechtigkeit, staatlicher sozialer Schutz beispielsweise durch staatliche Leistungen sind Anliegen der Partei; ebenso die stärkere Bekämpfung von Steuerflucht. In ihrem Wahlprogramm 2016 versprach sie zudem die Schaffung von 150.000 neuen Arbeitsplätzen pro Jahr sowie eine Steigerung des Durchschnittseinkommens um 20 Prozent.
- Außenpolitik: Die USFP tritt für die Rückgewinnung der marokkanischen Souveränität über die spanischen Enklaven Ceuta, Melilla und die vor Melilla gelegenen spanisch verwalteten Chafarinas-Inseln ein. Die Marokkanität der Westsahara steht für die USFP außer Frage. Die Partei befürwortet eine vertiefte Integration und friedliche Koexistenz im Maghreb. Die USFP ist für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, einschließlich des palästinensischen Volkes, und verurteilt jede Form von Besatzung und

Unterdrückung. Sie fordert den Einsatz für mehr Gerechtigkeit in der Globalisierung, den Schutz der natürlichen Ressourcen sowie die Förderung von Toleranz und Frieden zwischen den Völkern.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: Die USFP gewann 2011 39 Sitze in der ersten Kammer des Parlaments; 2016 musste sie Verluste hinnehmen: Sie kam lediglich auf 20 Sitze und war damit in der Rangfolge der Parteien an sechster Stelle. In der zweiten Parlamentskammer (Chambre des Conseillers) ist die USFP seit 2015 mit fünf Repräsentanten vertreten (darunter keine Frau). Die USFP-nahe Gewerkschaft FDT erhielt dabei in der zweiten Kammer einen Sitz, der von einem männlichen Parteimitglied besetzt wird.

Teilnahme an Kommunal- und Regionalwahlen seit 2011: Bei den Kommunal- und Regionalwahlen von 2015 gewann die USFP 48 Sitze der Regionalräte sowie 2.656 Sitze der Kommunalräte. Die USFP konnte keine Präsidentschaft über eine Region erlangen.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Keine.

Kooperations- und Allianzpartner: Die USFP war bis 2011 ein langjähriger Verbündeter des sozialistischen PPS und der nationalkonservativen Istiqlal-Partei, mit denen sie seit 1998 das Parteibündnis al-Kutla al-dimuqratiya (Demokratischer Block) bildete.

Politische Gegner: Hauptgegner der USFP war bislang der islamistische PJD. Nach den Legislativwahlen vom Oktober 2016 nahm die USFP jedoch Koalitionsverhandlungen mit dem PJD auf.

Parteieigene und nahestehende Medien: Die USFP unterhält zwei parteieigene Tageszeitungen, die arabischsprachige al-Ittihad al-ishtiraki (Sozialistische Union) sowie die französischsprachige Libération (Befreiung).

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Die Gewerkschaft Fédération Démocratique du Travail (FDT; Demokratischer Verband der Arbeit) steht der USFP nahe. Frühere parteinahe Gewerkschaften waren die Union Marocaine du Travail (UMT; Marokkanischer Arbeiterverband) sowie die Confédération Démocratique du Travail (CDT; Demokratischer Arbeiterbund). Die UMT umfasst heute unterschiedliche politische Strömungen. Die CDT steht aktu-

ell der links-systemkritischen Partei Congrès National Ittihadi (CNI; Vereinigter nationaler Kongress) nahe, die 2001 von ehemaligen USFP-Mitgliedern gegründet wurde.

Parteiorganisationen: Die USFP hat seit 1975 eine Organisation der Parteijugend, die Chabiba Ittihadia, sowie eine Frauenorganisation (Femmes Ittihadi) und eine Studentenorganisation (Étudiants Ittihadi).

Webauftritt: http://http://usfp.org.ma/

Gesellschaftliche Wahrnehmung: Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung 1998 wurde der USFP vor allem in linken Kreisen vorgeworfen, sie habe sich vom königlichen Machtsystem kooptieren lassen. Dennoch wird sie aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte als eine in der Gesellschaft verwurzelte Partei (parti sociétal) und nicht als „Systempartei" (parti administratif) gewertet.

Tunesien

(Zusammengestellt von Isabel Schäfer)

I. Grunddaten

Rolle der Parteien laut Verfassung: Die neue tunesische Verfassung wurde am 26.1.2014 angenommen und trat am 10.2.2014 in Kraft. In Artikel 34 wird das Wahlrecht garantiert; der Staat wird gemäß Artikel 34 darüber wachen, dass Frauen in den gewählten Parlamenten repräsentiert sein werden. Artikel 35 gewährt die Freiheit, politische Parteien, Gewerkschaften und Vereine zu gründen. Diese müssen sich in ihren Statuten verpflichten, die Verfassung und das Gesetz zu achten sowie ihre Finanzen offenzulegen und Gewalt abzulehnen. Nach den Parlamentswahlen beauftragt gemäß Artikel 89 der Staatspräsident die Partei oder das Parteienbündnis mit den meisten Sitzen mit der Regierungsbildung, die binnen maximal zwei Monaten zu erfolgen hat. Text der Verfassung vom 27.1.2014 unter http://www.legislation.tn/sites/default/files/news/constitution-b-a-t.pdf.

Parteiengesetz: Décret-loi Nr. 2011-87 vom 24.9.2011 (Journal Officiel de la République Tunisienne/JORT, Nr. 74, 30.9.2011, S. 1973–1976; http://www.legislation.tn/sites/default/files/journal-officiel/2011/2011F/Jo0742011.pdf). Mit dem neuen Parteiengesetz soll politischer Pluralismus und das Prinzip der Transparenz im Parteienmanagement garantiert werden (Artikel 1). Eine politische Partei wird definiert als eine Vereinigung tunesischer Bürger, die darauf abzielt, die Bürger politisch zu betreuen, sich für die Werte der Staatsbürgerschaft einzusetzen sowie an Wahlen teilzunehmen (Artikel 2). Jedweder Aufruf zu Hass oder Gewalt ist verboten. Das Parteiengesetz vereinfacht die Gründung von Parteien erheblich. Bis 2011 musste der Antrag auf Zulassung als Partei beim Innenministerium gestellt werden. Seit 2011 ist dieser Antrag beim Premierministeramt zu stellen; kommt innerhalb von 60 Tagen kein gegenteiliger Bescheid, kann sich die Partei als zugelassen betrachten (Artikel 10).

Gesetz zur unabhängigen Wahlbehörde: Mit Gesetz 2012-23 vom 20.12.2012 wurde die unabhängige Wahlbehörde ISIE (Instance Supérieure Indépendante pour les Élections) geschaffen und deren Rechte und Pflichten festgelegt. Dies ist eine erhebliche institutionelle Veränderung, da zwischen 1959 und 2011 alle Wahlen vom

Innenministerium organisiert worden waren. Die ISIE bereitet das jeweilige Wahlgesetz vor, über das dann das Parlament abzustimmen hat. Vgl. Loi 2012-23 unter: http://www.legislation.tn/sites/default/files/fraction-journal-officiel/2012/2012F/101/TF2012231.pdf.

Wahlgesetz: Gesetz Nr. 2014-163 und Gesetz Nr. 2014-164 vom 24.7.2014 (JORT, Nr. 59, 26.7.2014) regelten die Präsidentschafts- und Legislativwahlen 2014. Als Kandidat für die Parlamentswahlen kann nur antreten, wer über 23 Jahre alt ist und seit mindestens zehn Jahren die tunesische Staatsbürgerschaft besitzt. Das Parlament wird für fünf Jahre gewählt (Artikel 56). Es gilt das allgemeine direkte Wahlrecht. Die Wahlen sind allgemein, frei, direkt und geheim (Artikel 55).

Anzahl der zugelassenen Parteien: 206 (Stand: 30.9.2016; nach offiziellen Angaben).

Profil der Bevölkerung: 11,154 Millionen Einwohner (Stand Juli 2015). Nach Angaben des tunesischen statistischen Amtes (Institut National de la Statistique) waren 2014 7,5 Millionen Einwohner wahlberechtigt. Wahlberechtigt sind alle Personen über 18 Jahre mit tunesischer Staatsbürgerschaft.

Wahlverhalten: Die ersten Wahlen nach dem Machtwechsel in Tunesien vom 14.1.2011 waren die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung (Assemblée Nationale Constituante/ANC) am 23.10.2011: 51,7 Prozent der eingeschriebenen Wähler gaben ihre Stimme ab (4.308.888 Stimmen, davon gültige Stimmen: 4.053.148). Es kandidierten 11.686 Kandidaten auf 1.517 Listen.

Bei den Legislativwahlen am 26.10.2014 gaben 67 Prozent der eingeschriebenen Wähler ihre Stimme ab (3.579.257 Stimmen; davon waren gültig: 3.408.170). Von den 7,5 Millionen insgesamt Wahlberechtigten (2014) hatten sich somit lediglich 47,7 Prozent an der Wahl beteiligt. Es kandidierten 15.652 Kandidaten auf 1.500 Listen.

Bei den Präsidentschaftswahlen am 23.11.2014 (1. Runde) waren von den 7,5 Millionen Wahlberechtigten 5.285.136 in die Wahlregister eingeschrieben. 62,5 Prozent der eingeschriebenen Wähler (3.339.666) gingen zur Wahl (44,5 Prozent der Wahlberechtigten).

In der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen (Stichwahl) am 21.12.2014 wurden 3.110.042 Stimmen abgegeben; 60,1 Prozent der eingeschriebenen Wähler nahmen an der Wahl teil (42,5 Prozent der Wahlberechtigten).

Wahlsieger bei den beiden letzten Legislativwahlen:

- Wahlsieger bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung (ANC) am 23.10.2011 war die islamistische Partei Ennahda, die 89 von 217 Sitzen mit 1.501.320 Stimmen (37 Prozent der abgegebenen Stimmen) gewann.
- Wahlsieger bei den ersten Wahlen zum Parlament nach Verabschiedung der neuen Verfassung am 26.10.2014 war die säkulare Partei Nida Tounes, die 86 von 217 Sitzen mit 1.279.941 Stimmen (37,5 Prozent der abgegebenen Stimmen) gewann.
- Es gibt insgesamt 33 Wahlkreise, davon 27 in Tunesien und sechs im Ausland. Die beiden größten Parteien (Nida Tounes, Ennahda) waren in allen Wahlkreisen vertreten; Nida Tounes wurde vor allem im Norden Tunesiens gewählt, Ennahda vor allem im Süden. 31 Prozent der Abgeordneten sind Frauen. Die nächsten Parlamentswahlen sind bei einer Legislaturperiode von fünf Jahren für 2019 geplant. Aktuell sind 18 Parteien im Parlament vertreten, davon acht mit nur einem Sitz.

Parteien/Parteikandidaten und ihre politisch-ideologische Orientierung bei den Präsidentschaftswahlen von 2014: Die Präsidentschaftswahlen am 23.11.2014 (1. Wahlgang) und am 21.12.2014 (2. Wahlgang) waren die ersten freien, demokratischen Präsidentschaftswahlen seit Jahrzehnten. Es handelte sich um die elften Präsidentschaftswahlen seit der Unabhängigkeit Tunesiens, die zehnten Wahlen mit allgemeinem direkten Wahlrecht und die erste Präsidentschaftswahl seit 2011, die auf der Grundlage der neuen Verfassung stattfand. Der Präsident wird für fünf Jahre gewählt und kann einmal wiedergewählt werden. 27 Kandidaten traten zur Wahl an, darunter eine Frau. In der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen von 2014 erzielte keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit. Béji Caid Essebsi (Partei Nida Tounes) erreichte Platz 1 (1.289.384 Stimmen; 39,4 Prozent der abgegebenen Stimmen), Moncef Marzouki (Partei Congrès pour la République/CPR) wurde von zahlreichen Ennahda-Unterstützern gewählt und kam auf Platz 2 (1.092.418 Stimmen; 33,4 Prozent der abgegebenen Stimmen) und Hamma Hammami (linkes Parteienbündnis Front Populaire) belegte überraschend Platz 3

(255.529 Stimmen; 7,8 Prozent der abgegebenen Stimmen). In der zweiten Runde traten Béji Caid Essebsi und Moncef Marzouki gegeneinander an. Béji Caid Essebsi gewann die Wahl mit 1.731.529 Stimmen (55,68 Prozent der abgegebenen Stimmen) gegenüber Moncef Marzouki, der 1.378.513 Stimmen erzielte (44,32 Prozent der abgegebenen Stimmen). Béji Caid Essebsi wurde damit erster Präsident der „2. Republik Tunesien"; seinen Vorsitz der Partei Nida Tounes gab er mit Amtsantritt auf. Mit diesen Präsidentschaftswahlen endete nach offizieller tunesischer Sicht die „Transitionsphase", die mit dem Machtwechsel („Sturz Präsident Ben Alis") am 14.1.2011 eingeleitet worden war.

Regierungen seit 2011:

- „Transitionsregierung I" unter Premierminister Mohamed Ghannouchi, langjähriger Minister unter Präsident Ben Ali und Mitglied der ehemaligen Regierungspartei RCD (Rassemblement Constitutionnel Démocratique): 17.1.2011 bis 27.2.2011.
- „Transitionsregierung II" unter Premierminister Béji Caid Essebsi: 27.2.2011 bis 24.12.2011 (Béji Caid Essebsi war 2011 85 Jahre alt und hatte sich 1994 nach einer langen politischen Karriere auf diversen Ministerposten aus der Politik zurückgezogen; erst im April 2012 gründete er die säkular orientierte Partei Nida Tounes als Gegengewicht zur islamistischen Partei Ennahda).
- Koalitionsregierung („Troika-Regierung") der Parteien Ennahda, Forum Démocratique pour le Travail et les Libertés (FDTL) und Congrès pour la République (CPR) unter Premierminister Hamadi Jebali (Ennahda): 24.12.2011 bis 13.3.2013.
- Koalitionsregierung („Troika-Regierung") der Parteien Ennahda, Forum Démocratique pour le Travail et les Libertés (FDTL) und Congrès pour la République (CPR) unter Premierminister Ali Laarayedh (Ennahda): 13.3.2013 bis 29.1.2014.
- Technokraten-Regierung unter Regierungschef Mehdi Jomaa (parteilos): 29.1.2014 bis 6.2.2015.
- Regierung unter Regierungschef Habib Essid (parteilos), Beteiligung von vier Parteien (Nida Tounes, Ennahda, Afek Tounes, Union Patriotique Libre/UPL): 6.2.2015 bis 26.8.2016.
- „Regierung der nationalen Einheit" unter Regierungschef Youssef Chahed (Nida Tounes), Beteiligung von sieben Parteien (Nida Tounes, Ennahda, Afek Tounes, Al Joumhouri, Alliance Démocratique, Al Massar/Voie Démocratique et Sociale, Al-Moubadara): eingesetzt am 26.8.2016.

Wahlsieger bei den beiden letzten Kommunal-/Regionalwahlen: Die letzten Kommunalwahlen fanden 2010 noch unter Präsident Ben Ali statt. Auf der Grundlage der neuen Verfassung von 2014 waren die ersten freien Kommunalwahlen und erstmals auch Regionalwahlen für den 30.10.2016, dann für den 26.3.2017 geplant. Im Sommer 2016 wurde jedoch nicht wie vorgesehen das Wahlgesetz vom Parlament verabschiedet, so dass die Wahlbehörde ISIE auch nicht die Vorbereitungen für die Durchführung der Wahlen treffen konnte. Infolgedessen musste der Wahltermin erneut verschoben werden (aktuell ist Mitte/Herbst 2017 bzw. 2018 anvisiert). Ein Teil der Parlamentarier sah die Kommunalwahlen als nicht prioritär an. Als ein weiterer Grund für die mehrfache Verschiebung wird angegeben, dass sich die meisten Parteien (mit Ausnahme von Ennahda) als nicht ausreichend vorbereitet einstufen. ISIE-Präsident Chafik Sarsar warnte davor, dass die Wahlberechtigten durch die mehrfachen Verschiebungen das Interesse an den Wahlen gänzlich verlieren könnten und das Vertrauen in den demokratischen Prozess und in die Institutionen durch die Verschiebung gefährdet wird.

Legale Parteien und Parteibündnisse mit im weitesten Sinne säkularer bis national-konservativer Prägung (Auswahl):

- Afek Tounes (Horizons de Tunisie; Horizonte Tunesiens)
- Al-Joumhouri (Parti Républicain/PR; Republikanische Partei)
- Alliance Démocratique (Demokratische Allianz)
- Al-Massar (kurz für: Voie Démocratique et Sociale; Demokratischer und sozialer Weg)
- Al-Moubadara (kurz für: Initiative Nationale Constitutionnelle; Nationale verfassungsmäßige Initiative)
- Appels des Tunisiens à l'Étranger (Appell der Auslandstunesier)
- Courant Démocratique (CD; Demokratische Strömung)
- Front Populaire (FP; Volksfront; Bündnis aus acht linken Parteien)
- Machrou Tounes (kurz für: Mouvement Machrou Tounes; Mouvement Projet Tunisie; Bewegung Projekt Tunesien)
- Mouvement Echaab (Mouvement du Peuple; Volksbewegung)
- Nida Tounes (Appel de la Tunisie; Ruf Tunesiens)
- Union Patriotique Libre (UPL; Freie patriotische Union)
- Parti Déstourien Libre (PDL; Freie Verfassungspartei)
- Parti de la Voix des Agriculteurs (Partei Stimme der Landwirte)

Legale Parteien mit religiöser, islamistischer Prägung (Auswahl alphabetisch geordnet):

- Al-Irada (kurz für: Mouvement Tunisie Volonté/MTV; Bewegung Tunesien des Willens); Al-Irada trat 2016 quasi die Nachfolge des Congrès pour la République (CPR; Kongress für die Republik) an; die Partei will islamistische Wählerstimmen binden.
- Courant de l'Amour (Strömung der Liebe)
- Ennahda (Mouvement/Parti Ennahda; Bewegung/Partei der Erneuerung)
- Hizb al-tahrir (Befreiungspartei)
- Hizb al-umma (Partei der islamischen Gemeinde)
- Jabhat al-islah (Reformfront)

Parteien, denen die Legalisierung verweigert wird: Keine. Die islamistische Hizb al-tahrir (Befreiungspartei), die ein Kalifat fordert und sich an Wahlen nicht beteiligt, wurde 2012 legalisiert; wegen extremistischer Aufrufe wurden im Sommer 2016 die Aktivitäten der Partei zeitweilig suspendiert; wegen „Formfehlern" wurde die Suspendierung Ende August 2016 per Beschluss des Gerichts erster Instanz in Tunis wieder aufgehoben.

II. Legale politische Parteien und Parteienbündnisse mit Vertretern im nationalen Parlament (Auswahl)

- Afek Tounes (Parti Horizons de Tunisie)
- Al-Irada/CPR (Mouvement Tunisie Volonté/Congrès pour la République)
- Al-Joumhouri (Parti Républicain)
- Al-Massar (Voie Démocratique et Sociale)
- Al-Moubadara (Initiative Nationale Constitutionnelle)
- Courant Démocratique
- Ennahda (Mouvement Ennahda)
- Front Populaire – Parteienbündnis
- Machrou Tounes (Mouvement Projet Tunisie)
- Nida Tounes (Appel de la Tunisie)
- Parti Déstourien Libre
- Union Patriotique Libre

Afek Tounes

Parti Horizons de Tunisie (Partei Horizonte Tunesiens)

Gründung: 28.3.2011. Durch eine temporäre Fusion mit Al-Joumhouri wurde die Existenz von Afek Tounes als eigenständige Partei am 9.4.2012 unterbrochen; am 28.8.2013 gründete sich Afek Tounes offiziell wieder neu. Nach Auflösung der Fusion mit Al-Joumhouri verteilten sich die ehemaligen Afek-Tounes-Mitglieder auf die neu gegründete Partei Afek Tounes, auf Nida Tounes und auf Vereinigungen der Zivilgesellschaft.

Mitgliederzahl: Die Partei hat 12.000 Mitglieder (Parteiangaben). Demnach sind circa 30 Prozent der Mitglieder Frauen, 70 Prozent der Mitglieder sind unter 50 Jahre alt; das Durchschnittsalter der Mitglieder liegt bei 30 bis 45 Jahren.

Sitz/Regionalbüros: 12 bis, Rue Imam Muslim, El Menzah 4, 1002 Tunis. Kontakt: contact@afek-tounes.org.

Afek Tounes verfügt nach eigenen Angaben über 90 lokale Sektionen und 24 regionale Büros.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Erster Parteipräsident war Mohamed Louzir von 2011 bis 2012; Louzir ist seit 2013 Präsident des Nationalrats von Afek Tounes. Die in den Medien präsenteste Führungspersönlichkeit ist Yassin Brahim, der im September 2013 vom Nationalrat zum Präsidenten der Partei gewählt wurde. Der Präsident repräsentiert die Partei nach außen und ist Hauptansprechpartner für die staatlichen Einrichtungen. Er steht dem Politischen Büro vor, das die Tagesgeschäfte der Partei führt und sich einmal pro Woche trifft. Das Politische Büro wurde am 8.7.2016 um sechs Mitglieder und am 6.12.2016 nochmals um zwei Mitglieder erweitert, so dass das Politische Büro Ende 2016 25 Mitglieder umfasst; darunter der Parteipräsident Yassin Brahim und der Präsident des Nationalrats Mohamed Louzir. Afek Tounes ernannte zwei Parteisprecher, Rym Mahjoub und Walid Sfar.

Der Nationalrat ist die höchste Instanz der Partei und legt die großen strategischen Linien sowie die interne Organisation auf regionaler und nationaler Ebene fest. Er besteht aus 101 Mitgliedern

aus verschiedenen Regionen, davon ungefähr ein Drittel junge Mitglieder und ein Viertel weibliche Mitglieder. Dem Präsidenten des Nationalrats Mohamed Louzir steht als Vizepräsident ein junges Parteimitglied, Ahmed Ben Mustapha, und eine Vizepräsidentin, Emna Hamila, zur Seite. Der Nationalrat tritt alle acht Wochen zusammen. Der Nationalrat hat fünf Kommissionen, zuständig für die interne Geschäftsordnung, für Disziplin, für den regionalen und institutionellen Ausbau und die Mitgliederwerbung der Partei, für Einspruchsverfahren/Rechtsmittel sowie für Haushaltskontrolle. Afek Tounes verfügt zudem über vier Arbeitsgruppen (für Politik, Sozioökonomisches, Internationales, Strategie und Zukunft).

Die Partei hat darüber hinaus eine Leitungsinstanz („Direction"), die für die Umsetzung der Beschlüsse des Politischen Büros in konkrete Aktionen verantwortlich ist. Direktor dieser Instanz ist Noomane Fehri (Mitglied des Politischen Büros und Abgeordneter). Die Direktion der Partei umfasst Abteilungen u. a. für Finanzen, Logistik, interne Kommunikation, Informatik. Die Partei befindet sich noch immer in ihrer konstitutiven Phase, da sie 2014 erst wieder neu gegründet wurde. Der zweite Parteikongress soll vom 24. bis 26.3.2017 stattfinden.

Programm: Die Partei definiert sich als liberal und fortschrittlich, verortet sich im Bereich „Zentrum-Rechts". Sie distanziert sich vom linken, arabischen Nationalismus. Afek Tounes versteht Liberalismus im Sinne der liberalen Tradition der früheren Linken, nicht als „wilden Kapitalismus". Wichtige Prinzipien sind ein Intergenerationenansatz, eine globale Weltanschauung und ein liberales Gesellschaftsmodell. Zentrale Werte: das zivilisatorische Erbe des tunesischen Reformismus, tunesische Identität, Säkularismus, Modernismus, Freiheit, Gerechtigkeit, Würde, Solidarität.

- Innenpolitik: Ziele sind die Neubegründung des Staates, eine Verwaltungsreform, staatliche Regulierung nur in strategisch wichtigen Wirtschaftssektoren, Energieeffizienz, Dezentralisierung, wirtschaftliche und soziale Aufwertung der Regionen, Rechtsstaatlichkeit.
- Außenpolitik: Keine spezifische Linie.
- Gesellschaftspolitik: Afek Tounes tritt für eine Bildungsreform, Beschäftigungsmaßnahmen für die junge Generation, die Reform des Gesundheitssystems, die Förderung der Jugend, des Jungunternehmertums und der Privatinitiativen, die Reform

der Familienpolitik sowie die Entwicklung von Kultur und des Freizeitsektors ein.
- Wirtschaftspolitik: Afek Tounes will ein neues Entwicklungsmodell umsetzen; die Partei optiert für soziale Gerechtigkeit, Armutsbekämpfung, Beschäftigungspolitik, die Reduzierung der Steuern, die Förderung des Privatsektors und die Förderung von Innovation, Sonderentwicklungsprogramme und die Integration des informellen Sektors.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung am 23.10.2011 gewann die Partei vier Sitze. Die Abgeordnete Emna Menif trat während ihrer Mandatszeit aus der Partei aus. Afek Tounes gewann bei den Legislativwahlen am 26.10.2014 acht Sitze von 217 und wurde damit fünftstärkste Kraft im Parlament.

Teilnahme an Kommunal- und Regionalwahlen seit 2011: Die Teilnahme an den Kommunal- und Regionalwahlen 2017 ist geplant.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Afek Tounes war an zwei Regierungen beteiligt. In der Regierung von Regierungschef Essid (Februar 2015 bis August 2016) stellte Afek Tounes drei Minister: Yassin Brahim: Minister für regionale Entwicklung, Investitionen und internationale Zusammenarbeit; Noomane Fehri: Minister für Technologie, Telekommunikation und digitale Wirtschaft; Samira Merai: Ministerin für Frauen, Familie und Kindheit. In der seit August 2016 amtierenden Regierung der nationalen Einheit von Premierminister Chahed stellt Afek Tounes zwei Minister: Samira Merai wurde Ministerin für Gesundheit, Riadh Mouakher Minister für lokale Angelegenheiten und Umwelt; darüber hinaus erhielt Afek Tounes zwei Staatssekretärsposten (für Verkehr und für Jugendangelegenheiten).

Kooperations- und Allianzpartner: Eine temporäre Fusion der Partei Afek Tounes mit dem Parti Démocrate Progressiste (PDP; Progressive demokratische Partei) unter dem Dach der Partei Al-Joumhouri (Parti Républicain/Republikanische Partei) bestand zwischen April 2012 und August 2013, wurde aber aufgrund interner Schwierigkeiten, eine gemeinsame Linie zu finden, aufgelöst. Mit der islamistischen Partei Ennahda teilt Afek Tounes lediglich den Wirtschafsliberalismus. Gesellschaftspolitisch steht die säkulare Partei Afek Tounes der Partei Machrou Tounes nahe.

Politische Gegner: Zu Al-Irada/CPR besteht eine offene Feindschaft; zur Union Patriotique Libre, Machrou Tounes und Nida Tounes besteht eher ein Konkurrenzverhältnis.

Parteieigene und nahestehende Medien: Keine.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Es existieren personelle Überschneidungen mit dem Gewerkschaftsverband UGTT und den Unternehmerverbänden CONECT und UTICA; es gibt aber keine institutionalisierte Kooperation.

Parteiorganisationen: Keine. Die Partei hat sich bewusst gegen spezifische Frauen- oder Jugendorganisationen entschieden.

Webauftritt: http://www.afektounes.tn; https://www.facebook.com/afek.tounes.pageofficielle/ (86.451 Followers). https://twitter.com/AfekTN (5.045 Followers).

Al-Irada/CPR

Al-Irada (Volonté/Wille), gängige Kurzbezeichnung für: Haraka Tunis al-irada/Mouvement Tunisie Volonté (Bewegung Tunesien des Willens); Al-Irada ist aus der Partei Congrès pour la République (Kongress für die Republik) hervorgegangen und faktisch dessen Nachfolgeorganisation

Gründung: 20.12.2015; zugelassen seit 2.5.2016. Im Dezember 2014, nach dem Misserfolg von CPR-Gründer und CPR-Präsident Moncef Marzouki bei den Präsidentschaftswahlen, kündigte Marzouki bereits die Neugründung einer „Mouvance du peuple des citoyens" (Volksbewegung der Bürger) an. Nach der Kampagne zur Präsidentschaftswahl war der CPR politisch am Ende, weshalb Moncef Marzouki beschloss, unter einem neuen Namen weiterzumachen. Die Gründung von Al-Irada wurde bewusst im Dezember 2015 bekannt gegeben, als sich die Partei Nida Tounes in einer Krise befand. Ein vorbereitender Kongress fand am 20.3.2015 statt. Der Antrag auf Zulassung der Partei wurde aus symbolischen Gründen am 17.12.2015, dem vierten Jahrestag des Beginns der „tunesischen Revolution" gestellt. Am 20.12.2015 fand der konstitutive Parteikongress in Tunis statt. Die Partei Al-Irada ist nach Angaben von Moncef Marzouki vom September

2016 dabei, ihre Basisstrukturen zu erneuern und auszuweiten und einen Parteikongress vorzubereiten. Der Nationalrat des CPR hatte die Fusion des Rest-CPR mit Al-Irada beschlossen; dagegen klagten die CPR-Kader Abdelwaheb Maatar und Samir Ben Amor. Die Klage wurde am 2.1.2017 in erster Instanz abgewiesen.

Mitgliederzahl: Der CPR hatte ursprünglich etwa 14.000 Mitglieder; Al-Irada soll etwa 300 Mitglieder (2016) haben. Die heutigen Mitglieder Al-Iradas unterstützten Marzouki bereits während seines Wahlkampfes und seiner Präsidentschaftskandidatur 2014.

Sitz/Regionalbüros: 1, Rue Abou Bakr Seddiq, Menzah 6, 1092 Tunis. Kontakt: contact@alirada.tn.

Der CPR verfügte ursprünglich über 15 Regionalbüros; die meisten Regionalbüros mussten nach dem negativen Wahlergebnis der Präsidentschaftswahlen geschlossen werden. Die Partei Al-Irada ist 2016 damit beschäftigt, die Schulden des CPR zu begleichen. Al-Irada ist zwar noch in einigen Gouvernoraten präsent, kann den lokalen Büros aber keine finanzielle Unterstützung geben.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Präsident ist Moncef Marzouki, Generalsekretär Adnen Mansar. Al-Irada wurde von elf Personen gegründet. (Statut der Partei: http://www.tunisienews.tn/?p=32513 (21.9.2016).) Diese Gründungsmitglieder erhalten jedoch keine Privilegien, wie es in vielen anderen Parteien der Fall ist. Auf diese Feststellung legt die Partei besonderen Wert. Es gibt ein Exekutivbüro mit 13 Mitgliedern, darunter sind die vier wichtigsten Personen der Partei: Moncef Marzouki, Adnen Mansar, der Geschäftsführer (directeur exécutif) Hassan Marzouki (nicht verwandt mit dem Parteipräsidenten) und die Schatzmeisterin Lamane Mehri. Jedes Exekutivbüro-Mitglied muss eine Kommission leiten. Es gibt eine „Instance politique" (Politische Instanz; entspricht in der Aufgabenstellung einem Politischen Büro); diese „Politische Instanz" umfasst 61 Mitglieder; Vorsitzender ist Moncef Marzouki. Zu den Kommissionen der Partei zählen thematische Kommissionen (z. B. zu Wirtschaftsfragen), eine Ad-hoc-Kommission (für politisch aktuelle Fragen, die Dossiers für die Abgeordneten vorbereitet wie z. B. zum aktuellen Thema Wassermangel und Landwirtschaftsreform) sowie eine Kommission „Instance stratégique", die sich mit Grundsatzfragen beschäftigt. Jedes Parteimitglied kann Mitglied einer Kommission werden, muss

jedoch belegen können (z. B. anhand des Lebenslaufes), dass er/sie einen inhaltlichen Bezug zum Themenbereich der Kommission hat und etwas Substantielles beitragen kann. Die jeweilige Kommission wird von einem ausgewiesenen Experten für die jeweilige Fragestellung geleitet.

Programm: Die Partei selbst definiert sich als linke Zentrumspartei („centre gauche"). Viele Externe bezeichnen die Partei als populistisch. Demokratie und Menschenrechte stehen im Vordergrund. Der Partei liegt keine spezifische Ideologie zugrunde, jedoch vereint sie eine besondere Mischung aus verschiedenen Strömungen: Zum einen steht die arabisch-muslimische Identität im Vordergrund, zum anderen Laizismus/Säkularismus (im Parteistatut verankert) sowie Nasserismus/arabischer Nationalismus. Es besteht allerdings eine Kluft zwischen den inhaltlichen Vorstellungen der eher konservativ eingestellten Basis und der Parteiführung. So versteht die Parteiführung die arabisch-muslimische Identität als verankert in der Modernität und gebunden an ein universelles Menschenrechtsverständnis. Viele Mitglieder an der Basis können mit dieser Art von Universalismus und einem säkularen Religionsverständnis nichts anfangen. Sie verstehen den Slogan „arabisch-islamische Identität" als Sympathie für den Islam. So sind viele, die nicht Ennahda-Mitglied werden wollten, CPR- bzw. Al-Irada-Mitglied geworden. Andererseits pflegt Parteipräsident Marzouki selbst seit 2011 eine intensive Annäherung an die islamistische Ennahda-Partei, pflegt Kontakte zu Salafisten und warb bei den Präsidentschaftswahlen gezielt um Stimmen aus dem islamistischen Lager. Die Tatsache, dass die Partei einen religiösen Bezug pflegt, spricht junge Menschen an. Die Argumentation der Parteiführung verläuft oft entlang binärer Linien (Schwarz-Weiß-Denken, keine Zwischentöne, die Guten und die Bösen). Positionen sind oft wechselhaft und werden der politischen Konjunktur angepasst.

- Innenpolitik: Demokratie, Menschenrechte, die Errichtung eines gerechten Staates für alle und einer solidarischen Gesellschaft sowie Korruptionsbekämpfung stehen oben auf der Agenda. Al-Irada/CPR forderte als erste Partei in Tunesien die Abschaffung der Todesstrafe, was die Mehrheit der Bevölkerung als ein Tabu empfindet. Die Partei versteht sich auch als eine „Partei des Widerstands".
- Außenpolitik: Al-Irada/CPR verurteilte als eine der ersten Parteien vehement den Militärputsch in Ägypten 2013 und das autoritäre Vorgehen des türkischen Staatspräsidenten Erdogan gegen die Opposition 2016. Die Unterstützung der Protestbewegungen in

den anderen Ländern des „Arabischen Frühlings" war der Partei wichtig. Die Partei sprach sich sehr früh für einen Abbruch der offiziellen Beziehungen zu dem Regime Bashar al-Asads in Syrien aus. Wichtiges außenpolitisches Ziel ist die Wiederbelebung der Maghrebunion. Al-Irada/CPR befürwortet eine kritische Evaluierung der bisherigen Beziehungen zur EU, insbesondere im Hinblick auf das Freihandelsabkommen ALECA. Eine enge Zusammenarbeit mit der EU wird zwar befürwortet, allerdings auf der Grundlage einer gerechteren Ausbalancierung der Beziehungen.

- Gesellschaftspolitik: Al-Irada/CPR fordert eine Prüfung der öffentlichen Banken und lehnt das Gesetz über die wirtschaftliche Aussöhnung strikt ab. Dies sei „Diebstahl am Volk" und das Nicht-zur-Rechenschaft-Ziehen öffne Tür und Tor für weitere Korruption auf allen Ebenen. Jeder Bürger erwarte dann Vergebung für Betrug.
- Wirtschaftspolitik: Als zentrales Problem wird die Korruption definiert, die für das Absinken des Bruttoinlandproduktes und die Zerstörung von Arbeitsplätzen verantwortlich gemacht wird. Die Partei rechnet 2017 mit einer sozialen Revolution, wenn die Bevölkerung verstanden habe, dass sich auch unter der Regierung der nationalen Einheit nichts erheblich ändere.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: Der CPR nahm an den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung am 23.10.2011 teil und gewann 29 der 217 Sitze; der CPR wurde damit zweitstärkste Kraft nach Ennahda. Parteipräsident Moncef Marzouki wurde am 12.12.2011 mit Unterstützung der Ennahda-Stimmen von der Verfassunggebenden Versammlung zum Übergangspräsidenten der tunesischen Republik gewählt. Bei den Legislativwahlen vom 26.10.2014 gewann der CPR lediglich vier Sitze von 217. Im Parlament veränderte sich nach der Gründung von Al-Irada die Repräsentanz: Al-Irada ist mit einem, der CPR weiterhin mit drei Sitzen repräsentiert.

Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen 2014: Moncef Marzouki gewann bei den Präsidentschaftswahlen in der ersten Runde (23.11.2014) 33,4 Prozent der abgegebenen Stimmen (1.092.418 Stimmen) und kam damit in die Stichwahl mit Nida-Tounes-Präsident Béji Caid Essebsi. In der zweiten Runde (21.12.2014) erzielte Marzouki 44,3 Prozent der abgegebenen Stimmen (1.378.513 Stimmen) und verlor damit gegen Caid Essebsi, der 55,68 Prozent der Stimmen (1.731.529 Stimmen) gewann.

Teilnahme an Kommunal- und Regionalwahlen seit 2011: Die Teilnahme an den Kommunal- und Regionalwahlen 2017 ist geplant und in Vorbereitung.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Der CPR war an der Troika-Regierung unter Ennahda-Premierminister Hamadi Jebali (Dezember 2011 bis März 2013) beteiligt und stellte vier Minister; der CPR war ebenfalls an der zweiten Troika-Regierung unter Ennahda-Premierminister Ali Laarayedh (März 2013 bis Januar 2014) beteiligt und stellte drei Minister.

Kooperations- und Allianzpartner: Ennahda und FDTL im Rahmen der Troika-Regierungen. Aktuell ist die Partei Al-Irada/CPR eher isoliert.

Politische Gegner: Nida Tounes besteht aus Perspektive von Al-Irada/CPR aus Interessennetzwerken, die kein Gesellschaftsprojekt anzubieten haben und das Erbe Habib Bourgibas aus rein politischem Kalkül missbrauchen. Afek Tounes wird von Al-Irada/CPR beschuldigt, in Korruptionsaffären verwickelt zu sein.

Parteieigene und nahestehende Medien: Keine eigenen Parteimedien außer einer Facebook-Seite. Nach Ansicht der Partei sei die große Mehrheit der alteingesessenen Pressemedien („zu 90 Prozent") gegen Al-Irada/CRP eingestellt und versuche, sie zu vernichten.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Die Beziehungen zum Gewerkschaftsverband UGTT sind konfliktreich, obwohl inhaltlich viele Übereinstimmungen bestehen. Mit der aktuellen Gewerkschaftsführung ist nach Meinung der Parteiführung keine Zusammenarbeit möglich; Al-Irada hofft auf eine neue UGTT-Führungsriege.

Parteiorganisationen: Keine.

Webauftritt: http://alirada.tn; https://www.facebook.com/alirada.tn/; https://www.facebook.com/Association.IRADA/ (65.916 Followers).

Gesellschaftliche Wahrnehmung: Moncef Marzouki hatte 2011 einen gewissen Vertrauensvorschuss durch seine über Al-Jazeera-TV breit mediatisierte Rolle als Oppositioneller des Ben-Ali-Regimes. Als Übergangspräsident und Mitverantwortlicher für die Troika-Regierun-

gen enttäuschte er nach 2011 viele Wähler. Auch wird ihm vorgeworfen, das Amt des Staatspräsidenten zu persönlichen Zwecken missbraucht zu haben, um „alte Rechnungen" aus der Ben-Ali-Zeit zu begleichen.

Al-Joumhouri

al-Hizb al-jumhuri/Parti Républicain (Republikanische Partei)

Gründung: 7.–9.4.2012 (Gründungskongress in Sousse); zugelassen seit 9.4.2012. Die Partei entstand aus einer Fusion mehrerer Zentrumsparteien und sozial-liberaler Parteien in der Verfassunggebenden Versammlung, darunter der Parti Démocrate Progressiste (PDP), Afek Tounes und Parti Républicain. Die traditionsreiche PDP war eine der wenigen wirklichen Oppositionsparteien unter Präsiden Ben Ali und blickt auf eine lange Parteigeschichte zurück. 2012 war es das Ziel, der Opposition zur Troika-Regierung mehr Gewicht zu verleihen und eine große Zentrumspartei zu gründen. Ein Großteil der Parteien zog sich jedoch am 29.4.2012 wieder aus der Partei Al-Joumhouri zurück; ein Teil gründete die Alliance Démocratique (u. a. Mehdi Ben Gharbia, Mohamed Ben Mabrouk Hamdi, Moncef Cheikhrouhou), ehemalige Mitglieder von Afek Tounes gründeten ihre Partei neu, ein anderer Teil wanderte zu Nida Tounes ab. Anschließend näherte sich Al-Joumhouri an die Partei Al-Massar (Voie Démocratique et Sociale) sowie an Nida Tounes (2012 gegründet) an. Zusammen bildeten sie temporär ab Januar 2013 das Bündnis „Union für Tunesien" (Union pour la Tunisie). Im Januar 2014 zog sich Al-Joumhouri wiederum aus der Union pour la Tunisie zurück. Die in Al-Joumhouri verbliebenen Mitglieder entsprechen mehr oder weniger der ehemaligen PDP. Die Partei befindet sich in einer Krise und in einem Umbruchprozess. Am 31.8.2016 verkündete der ehemalige PDP-Gründer und Präsident der Hohen Politischen Instanz von Al-Joumhouri, Ahmed Néjib Chebbi, dass er überlege, eine neue Partei zu gründen.

Mitgliederzahl: Keine Angaben.

Sitz/Regionalbüros: 10, Rue Eve Nohel, 1000 Tunis. Kontakt: adhesions@aljoumhouri.org. Angaben zu Regionalbüros wurden nicht gemacht.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Während des Gründungskongresses im April 2012 wurde Maya Jribi zur Generalsekretärin, Yassine Brahim zum Geschäftsführer (sécrétaire exécutif) und Ahmed Néjib Chebbi zum Präsidenten gewählt. Yassine Brahim trat im Juli 2013 wieder aus der Partei aus und gründete Afek Tounes neu. Das Exekutivbüro besteht seit August 2013 aus 16 Mitgliedern, darunter Generalsekretärin Maya Jribi, der Präsident der Hohen Politischen Instanz Ahmed Néjib Chebbi, Parteisprecher Issam Chebbi und der Abgeordnete Iyed Dahmani. Das Exekutivbüro tritt einmal pro Woche zusammen, setzt die Entscheidungen des Politbüros um und kontrolliert die regionalen Parteistrukturen. Das Politbüro besteht aus circa 60 Mitgliedern, trifft sich monatlich, definiert die allgemeinen Linien der Partei und schlägt sie dem Zentralkomitee vor. Das Zentralkomitee hat 140 Mitglieder, die sich alle drei Monate treffen und über Koalitionsentscheidungen, strategische Fragen und die vom Politbüro vorgeschlagene politische Agenda abstimmen.

Programm: Die ideologische Ausrichtung ist sozial-liberal; die Partei definiert sich als sozialdemokratisch und progressiv.

- Innenpolitik: Die Partei tritt für eine Versöhnung des moralisch-sittlichen, kulturellen islamischen Erbes mit einem modernen, auf den Menschen- und Bürgerrechten basierenden Staat ein.
- Außenpolitik: Die Partei betont die Komplementarität von nationaler tunesischer Identität, arabisch-muslimischer Zugehörigkeit und Weltoffenheit. Al-Joumhouri kritisierte 2012 die Entscheidung Moncef Marzoukis, die diplomatischen Beziehungen zum Regime Bashar al-Asads in Syrien abzubrechen; die Partei kritisierte im Juli 2013 auch den Militärputsch in Ägypten gegen einen gewählten Präsidenten.
- Gesellschaftspolitik und Wirtschaftspolitik: Die Partei will wirtschaftliche, finanzielle und soziale Entwicklung fördern und plädiert für einen Ausgleich zwischen Wirtschaftseffizienz und sozialer Gerechtigkeit mit dem Ziel nachhaltiger Entwicklung. Steuergerechtigkeit und „Sozialversicherung für alle" sind Ziele der Partei. Al-Joumhouri ist für Marktwirtschaft und die Entwicklung des Privatsektors, fordert jedoch von den Unternehmern, soziale Verantwortung zu übernehmen. Die Partei plädiert für staatliche Regulierung in strategischen Sektoren und setzt auf erneuerbare Energien und Umweltschutz.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: Das Parteienbündnis entstand erst nach der Wahl der Verfassunggebenden Versammlung am 23.10.2011. Die Partei PDP, als späterer Initiator des Zusammenschlusses in Al-Joumhouri, hatte an den Wahlen teilgenommen und acht Sitze gewonnen. Damit wurde die PDP stärkste Oppositionspartei gegenüber der Troika-Regierung unter Ennahda-Premierminister Hamadi Jebali, der sie ihre Stimmen im Dezember 2011 versagte. Um der parlamentarischen Opposition mehr Gewicht zu geben, schloss sich der PDP mit den Parteien Afek Tounes, die vier Sitze hatte, und Al-Massar, die fünf Sitze hatte, zusammen, um Al-Joumhouri zu gründen. Weitere kleine Parteien schlossen sich an, treten aber nach und nach wieder aus. Mit dem Ende der Arbeiten der Verfassunggebenden Versammlung zerfiel auch das Bündnis. Bei den Legislativwahlen vom 26.10.2014 gewann Al-Joumhouri nur einen Sitz. Der Misserfolg stürzte die Partei in eine tiefe Krise, von der sie sich bis heute nicht erholt hat.

Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen von 2014: Ahmed Néjib Chebbi trat als Kandidat für Al-Joumhouri bei den Präsidentschaftswahlen 2014 an, erzielte jedoch nur 1,04 Prozent der abgegebenen Stimmen (34.025 Stimmen).

Teilnahme an Kommunal- und Regionalwahlen seit 2011: Die Wahlen stehen in Tunesien noch aus.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: In seiner Eigenschaft als bekannterer Oppositioneller und Präsident einer Oppositionspartei unter dem Ben-Ali-Regime wurde Ahmed Néjib Chebbi in die erste Regierung nach dem Machtwechsel berufen und war vom 17.1. bis 7.3.2011 Minister für regionale und lokale Entwicklung (Rücktritt). Nach den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung bot Premierminister Hamadi Jebali (Ennahda) Ahmed Néjib Chebbi und Maya Jribi im Dezember 2011 Ministerposten an, die diese aber ausschlugen. Al-Joumhouri verweigerte auch im März 2013 der Regierung von Premierminister Ali Laarayedh (Ennahda) ihre Zustimmung.

Al-Joumhouri-Abgeordnete enthielten sich beim Vertrauensvotum für die Technokraten-Regierung unter Regierungschef Mehdi Jomaa im Januar 2014.

An der Regierung der nationalen Einheit von Regierungschef Chahed (seit 26.8.2016) ist Al-Joumhouri mit einem Minister beteiligt: Iyed Dahmani, gleichzeitig der einzige Al-Joumhouri-Abgeordnete, wurde zum Minister beim Regierungschef für die Beziehungen zum Parlament ernannt; am 8.9.2016 wurde er zudem offizieller Sprecher der Regierung.

Kooperations- und Allianzpartner: Nida Tounes, Afek Tounes, Front Populaire.

Politische Gegner: Islamistische Parteien, insbesondere Ennahda.

Parteieigene und nahestehende Medien: Die arabischsprachige Wochenzeitung al-Mawqif (Position), gegründet 1984, war bis 2012 das Parteiorgan des PDP und ist seither eingestellt. Die Partei nutzt hauptsächlich Facebook zur Kommunikation.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Keine.

Parteiorganisationen: Die Parteijugend verfügt über eine Organisation, Les Jeunes d'Al Joumhouri (Die Jungen von Al-Joumhouri); ihr erster Kongress fand im November 2012 unter dem Motto „No Pasaran" („Sie werden nicht durchkommen") statt („Sie" bezog sich auf die Islamisten Ennahdas).

Webauftritt: http://aljoumhouri.info/index.php/ar/; https://www.facebook.com/AljoumhouriOfficiel/ (78.245 Followers).

Gesellschaftliche Wahrnehmung: Die Partei (bzw. die Vorgängerpartei PDP) genießt als ehemalige Oppositionspartei unter dem Ben-Ali-Regime immer noch über ein gewisses Ansehen.

AL-MASSAR

al-Massar al-dimuqrati al-ijtimai/La Voie Démocratique et Sociale (Demokratischer und sozialer Weg)

Gründung: 1.4.2012; zugelassen seit 1.4.2012. Die Partei entstand aus einer Fusion der Partei Mouvement Ettajdid (Bewegung der Erneuerung), des Parti du Travail Tunisien (PTT; Tunesische Arbeiter-

partei) und Unabhängigen des ehemaligen Pôle Démocratique Modernisten (PDM; Demokratischer und modernistischer Pol). Zentraler Kern ist heute die tunesische Arbeiterpartei PTT. Der PDM verließ die Fusion im September 2012.

Mitgliederzahl: Keine Angaben.

Sitz/Regionalbüros: 7, Rue de la Liberté, Tunis. Kontakt: secretariat.almassar@gmail.com.
Vor den Legislativwahlen 2014 hatte Al-Massar 55 Sektionen und 20 Regionalbüros; seither verfügt die Partei nur noch über circa zehn Regionalbüros.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Generalsekretär ist Samir Taieb (er gehörte vorher Ettajdid und dem Pôle Démocratique Moderniste an; 2011 wurde er in die Verfassunggebende Versammlung gewählt). Am 2.9.2016 wurde Hichem Skik zum Koordinator der Partei (coordinateur général) bestimmt, um den Generalsekretär, der zum Minister für Landwirtschaft in der Regierung Chahed (August 2016) ernannt worden war, zu entlasten. Ehemaliger Präsident der Partei war Ahmed Ibrahim, der im April 2016 verstarb. Der konstitutive Parteikongress fand vom 22. bis 23.6.2014 statt. Die Partei befindet sich in einem Umbruchprozess (Generationenwechsel) und seit dem Tod ihres Präsidenten Ibrahim in einer internen Krise. Es existiert eine gemischte Kommission, die sich mit Genderfragen und Gleichstellung im Wahlprogramm, der Geschäftsordnung und dem Parteistatut beschäftigt.

Programm: Al-Massar ist eine Linkspartei. Zentrale Werte sind: Gleichheit und Gerechtigkeit. Die Partei versteht sich auch als eine traditionsreiche „militante Partei" mit einer universellen Berufung, aber nicht als ideologische antikapitalistische Partei.

- Innenpolitik: Al-Massar tritt ein für Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit und die Entwicklung aller Landesregionen. Al-Massar will gegen Korruption, Betrug, Steuerflucht und den Schwarzhandel vorgehen.
- Außenpolitik: Ziel der Partei ist es, Partnerschaft, Respekt und Frieden zu fördern und einen neuen Ansatz zur Terrorismusbekämpfung zu entwickeln. Die Beziehungen zur EU sollen nicht auf ökonomische Beziehungen reduziert bleiben, sondern auf den gemeinsamen universellen Werten aufbauen.

- Gesellschaftspolitik und Wirtschaftspolitik: Al-Massar ist gegen neoliberale Konzepte der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds. Innerhalb der Partei gibt es jedoch darüber hinaus keinen Konsens: Von Anhängern des starken Staates bis zu Befürwortern der freien Marktwirtschaft sind alle Positionen vertreten. Ziele sind auch: mehr Transparenz, eine gerechtere Steuerpolitik, die Erhöhung der Steuereinnahmen des Staates, Korruptionsbekämpfung, eine Reform des Entwicklungsmodells (weg vom Billigtourismus und von Billigtextil), Start-up-Förderung, Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologie, Förderung der Autoindustrie und einer modernen Landwirtschaft. Al-Massar plädiert zudem für eine Reform des Bildungswesens und der Berufsbildung.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung am 23.10.2011 gewann die Partei fünf Sitze. Bei den Legislativwahlen am 26.10.2014 gewann Al-Massar nur einen Sitz; die Partei sah dieses Ergebnis als ihr „Waterloo" an. Der Misserfolg spaltete und schwächte dementsprechend die Partei.

Teilnahme an Kommunal- und Regionalwahlen seit 2011: Die Teilnahme an den Kommunal- und Regionalwahlen 2017 ist geplant.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: In der Regierung von Premierminister Mohamed Ghannouchi (Januar bis Februar 2011) war die Partei unter dem Label Mouvement Ettajdid für 40 Tage mit einem Minister vertreten (Ahmed Brahim, Minister für Hochschulpolitik und Forschung). Eine Beteiligung an den von Ennahda geführten Troika-Regierungen (2011 bis 2014) lehnte die Partei aus ideologischen Gründen ab. Trotz dieser kategorischen Ablehnung, an Regierungen teilzunehmen, in denen Ennahda vertreten ist, beteiligte sich Al-Massar an der Regierung der nationalen Einheit von Regierungschef Chahed (ab 26.8.2016) mit einem Minister: Al-Massar-Generalsekretär Samir Taieb übernahm das Landwirtschaftsministerium.

Kooperations- und Allianzpartner: Al-Massar zählt sich wie der Front Populaire und der Parti Républicain zur „demokratischen Familie" der ehemaligen Opposition gegen Präsident Ben-Ali. Al-Massar pflegt gute Beziehungen zu Afek Tounes, auch wenn Al-Massar den Wirtschaftsliberalismus von Afek Tounes ablehnt; es gibt aber Paralle-

len in Bezug auf das Verständnis repräsentativer Demokratie und des modernistischen Gesellschaftsprojekts.

Politische Gegner: Zu Ennahda (und anderen islamistischen Parteien/Organisationen) besteht eine ausgeprägte ideologische Feindschaft, insbesondere in Bezug auf die unterschiedlichen Gesellschaftsprojekte. Al-Massar wirft Ennahda vor, den Terrorismus banalisiert zu haben. Al-Massar distanziert sich von allen Parteien, die sie als Symbole der Korruption und des Populismus betrachtet, wie Al-Irada/CPR, Union Patriotique Libre, Courant Démocratique oder die Parteigründungen von Mitgliedern der ehemaligen Regierungspartei RCD. Al-Massar geht auch auf Distanz zu Nationalisten und Nasseristen.

Parteieigene und nahestehende Medien: Die Partei gibt mit al-Tariq al-jadid (Der neue Weg) eine interne Parteizeitung heraus. Es ist geplant, die Zeitung in ein Monatsmagazin oder in eine Online-Zeitung umzuwandeln. Die Gewerkschaft für Bildung und Hochschulwesen steht der Partei nahe, weshalb Al-Massar manchmal vorgeworfen wird, zu elitär und Universitäts-orientiert zu sein.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Die Partei steht dem Gewerkschaftsverband UGTT sehr nahe. Viele Parteimitglieder sind gleichzeitig UGTT-Mitglieder (vor allem in der Gewerkschaft für Bildung und Hochschulwesen).

Parteiorganisationen: Aktuell keine. Eine Frauenorganisation ist im Aufbau, aber die Partei befürwortet eher eine horizontale Parität.

Webauftritt: https://www.facebook.com/AlMassar.Page.Officielle/ (13.294 Followers); https://twitter.com/el_massar (5.666 Followers)

Al-Moubadara

al-Mubadara (Die Initiative); auch: al-Mubadara al-wataniya al-dusturiya/Initiative Nationale Déstourienne (Nationale konstitutionelle Initiative)

Gründung: Al-Moubadara wurde am 1.4.2011 gegründet und zugelassen. Die Partei sammelt ehemalige Mitglieder der Regierungspartei RCD, die am 9.3.2011 aufgelöst worden war. Kamel Morjane (2005–

2010 Verteidigungsminister; 2010 bis zum Machtwechsel 2011 Außenminister) fusionierte im März 2013 bzw. offiziell am 1.12.2013 Al-Moubadara mit der Partei al-Watan al-hurr (Freies Heimatland), die ebenfalls von einem ehemaligen RCD-Minister, Mohamed Jegham, gegründet worden war, und mit sechs weiteren kleinen Parteien: Parti de l'Unité et de la Réforme (Partei Einheit und Reform), Union Populaire Républicaine (Republikanische Volksunion), La Voix du Tunisien (Die Stimme des Tunesiers), Mouvement Progressiste Tunisien (Progressive tunesische Bewegung), Alliance pour la Tunisie (Allianz für Tunesien), Parti Nationaliste Tunisien (Tunesische nationalistische Partei). Seit dem Zusammenschluss nennt sich die Partei Initiative Nationale Déstourienne. Die Kurzform al-Moubadara ist jedoch geläufiger.

Mitgliederzahl: Circa 50.000 (nach Parteiangaben). Vor allem ehemalige RCD-Mitglieder schlossen sich der Partei an; nach Parteiangaben gibt es Parteinachwuchs (Durchschnittsalter 30 Jahre) von jungen politisch Engagierten, die unter dem Ben-Ali-Regime noch nicht politisch aktiv waren.

Sitz/Regionalbüros: 13, Rue du Docteur Burnet, Tunis-Mutuelleville. Die Partei hat in fast allen 24 Gouvernoraten Vertreter bzw. Ansprechpartner, aber nicht in allen 24 Gouvernoraten unterhält die Partei Büros; Büros gibt es nach Parteiangaben in Tunis (zwei Büros), in Sfax, Sousse, Gafsa, Nabeul, Beja, Gabes.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Parteigründer und Präsident ist Kamel Morjane (er kandidierte bei den Präsidentschaftswahlen 2014, erhielt jedoch lediglich 1,27 Prozent der abgegebenen Stimmen). Vizepräsident ist Mohamed Jegham. Die Partei verfügt über ein Politische Büros, ein Exekutivbüro und einen Nationalrat. Der Nationalrat besteht aus 60 Mitgliedern. In den Führungsorganen sind circa ein Fünftel der Mitglieder Frauen. Die Partei stellt mit Néziha Labidi die Frauenministerin in der seit August 2016 amtierenden Regierung der nationalen Einheit von Regierungschef Chahed.

Programm: Laut Selbstdefinition ist Al-Moubadara eine sozial-liberale, sozialdemokratische Zentrumspartei. Ziel ist die Rekonversion ehemaliger RCD-Mitglieder in das neue politische System. Zentrale Referenzen sind die tunesische Geschichte und Tradition, der Unabhängigkeitskampf, das politische Erbe Habib Bourguibas, des ersten

Präsidenten der Republik Tunesien. Die Parteiführung betont, zu ihrer Vergangenheit zu stehen; sie sei aber zur Selbstkritik und zur kritischen Überprüfung der Bourguiba- und Ben-Ali-Ära bereit, um darauf aufbauend Zukunftsvisionen entwickeln zu können. Die Partei hat vier zentrale Ziele: (1) Die Verbreitung und Umsetzung des Gedankenguts der „école réformiste tunisienne", d. h. einer modernistischen Orientierung. (2) Der Aufbau eines demokratischen Staates, der auf dem Respekt der Freiheiten und der Menschenrechte basiert. (3) Die Förderung von Privatinitiativen, des Privatsektors, einer Kultur der Selbstverantwortung und des Unternehmertums. (4) Die Förderung einer weltoffenen Kultur und kultureller Interaktion.
Ein weiteres wichtiges Anliegen der Partei ist die Dezentralisierung bzw. Neustrukturierung der Regionen und Gouvernorate: Die Partei schlägt eine horizontale Umstrukturierung in Regionen vor, so dass jede Region über ein Küstengebiet verfügen würde. Die 24 Gouvernorate sollen fünf bis sechs Regionen weichen. Wichtig seien die Autonomie und Unabhängigkeit dieser Regionen und die Investitionsförderung. Die Regionalräte (conseils régionaux) müssten gewählt und nicht ernannt werden, um mehr Autorität und Legitimität zu erhalten. Die Regionen brauchen mehr rechtliche Eigenständigkeit (personalité juridique), ähnlich wie die deutschen Bundesländer, um auch direkte Verhandlungen und Abkommen mit dem Ausland führen zu können. Al-Moubadara lehnt den aktuell herrschenden Zentralismus ab. Die Bürger, die Regionen und deren Vertreter müssten mehr in die Verantwortung genommen werden.

- Innenpolitik: Die sicherheitspolitische Bekämpfung des Terrorismus wird für wichtig erachtet. Dringend sei eine Reform der religiösen Erziehung in den Schulen im Sinne eines aufgeklärten, toleranten Islam. Aktuell sei die Religionserziehung weiterhin rückwärtsgewandt, altmodisch, teilweise fundamentalistisch und die Religionslehrer nicht gut ausgebildet.
- Außenpolitik: Al-Moubadara tritt für eine Kontinuität der tunesischen Außenpolitik ein. Die Golfstaaten (Katar, VAE, Saudi-Arabien) werden kritisiert, weil sie in der Vergangenheit eine sehr negative Rolle gespielt und radikales Gedankengut nach Tunesien gebracht hätten. Kritisch wird auf die Türkei geblickt, deren jetzige Entwicklung unter Präsident Erdogan als Rückentwicklung negativ gewertet wird. Dabei sei die Türkei früher für Tunesien immer ein Modell in Bezug auf die Modernisierung des Staates und der Gesellschaft und die Trennung von Staat und Religion gewesen.

- Gesellschaftspolitik: Vorrang hat für Al-Moubadara die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch eine Reform des Bildungssystems, um dem „Skill Mismatch" entgegenzuwirken. Bildung solle wie früher wieder sozialen Aufstieg ermöglichen. Al-Moubadara fordert dringend berufliche Umorientierungsprogramme für Arbeitslose, aber auch eine neue Arbeitsemigrationspolitik: Es müsse mehr die Nachfrage aktuell gefragter Kompetenzen auf dem Weltmarkt und die Beschäftigungsfähigkeit tunesischer Arbeitssuchender berücksichtigt werden.
- Wirtschaftspolitik: Al-Moubadara spricht sich für ein liberales Wirtschaftsmodell mit einer sozialen Dimension aus. Die Partei vergleicht sich mit der deutschen SPD und grenzt sich vom Wirtschaftsliberalismus der Ben-Ali-Ära, aber auch von den sozialistischen Ideen, die in Tunesien in den 1960er Jahren umgesetzt wurden (Verstaatlichung, Kollektive), ab.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung am 23.10.2011 gewann die Partei fünf Sitze (2,3 Prozent der abgegebenen Stimmen).

Bei den Legislativwahlen am 26.10.2014 erzielte Al-Moubadara lediglich drei Sitze.

Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen von 2014: Kamel Morjane erhielt in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen 1,27 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Teilnahme an Kommunal- und Regionalwahlen seit 2011: Al-Moubadara will an den Kommunal- und Regionalwahlen 2017 teilnehmen. Geplant sind gemischte Listen mit anderen Parteien, die in der Tradition der „Destourianer" stehen.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Kamel Morjane war Minister in der Übergangsregierung von Mohamed Ghannouchi bis zum 27.1.2011. Zusammen mit zahlreichen anderen RCD-Mitgliedern wurde er von einem Anwaltskonsortium wegen Machtmissbrauch und Entwendung öffentlicher Gelder verklagt. Während der Anhörung am 21.4.2011 wurde die Klage gegen ihn fallengelassen und er wurde freigelassen, durfte das Land bis zum 3.2.2014 aber nicht verlassen.

Al-Moubadara ist in der Regierung der nationalen Einheit von Regierungschef Chahed (ab 26.8.2016) mit einer Ministerin (Néziha Labidi als Frauenministerin) vertreten.

Kooperations- und Allianzpartner: Nida Tounes, „Destourianer" (ehemalige Mitglieder der Regierungspartei RCD und all jene, die sich zur säkularen Tradition und Errungenschaften des ersten tunesischen Staatspräsidenten, Habib Bourguiba, bekennen), Al-Joumhouri. Über eine Fusion bzw. Parteiallianz mit Nida Tounes wurde gesprochen, aber Nida Tounes verlangte, dass die Moubadara-Mitglieder ihre Partei aufgeben und sich voll in Nida Tounes integrieren, was diese ablehnten. Staatspräsident Béji Caid Essebsi lud Al-Moubadara zur Beteiligung an der Regierung der nationalen Einheit ein. Gleichzeitig ist Nida Tounes auch eine Konkurrenzpartei für Al-Moubadara. Als Konkurrenz wird auch der Parti Déstourien Libre betrachtet; eine Zusammenarbeit zu späterem Zeitpunkt wird jedoch nicht ausgeschlossen, ebenso mit anderen kleineren Parteien, die in der Tradition Habib Bourguibas stehen.

Politische Gegner: Ennahda und deren Staats- und Gesellschaftsmodell. Ennahda wird als Profiteur des politischen Umbruchs von 2011 eingestuft, allerdings erkennt Al-Moubadara auch die Notwendigkeit eines Dialogs mit den Islamisten Ennahdas an. Die Al-Moubadara-Führung ist der Meinung, dass sich Ennahda-Präsident Rachid Ghannouchi positiv entwickelt habe, dass jedoch die Ennahda-Partei weiterhin in Modernisten und Fundamentalisten gespalten sei. Ennahda müsse sich von innen heraus reformieren und moderater werden.

Parteieigene und nahestehende Medien: Keine.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Keine.

Parteiorganisationen: Der Parteinachwuchs trifft sich im Rahmen der Gruppe „Les Jeunes de Moubadara" (Die Jungen von Moubadara).

Webauftritt: https://www.facebook.com/initiative.tn/

Courant Démocratique

al-Tayyar al-dimuqrati (Demokratische Strömung)

Gründung: April 2013, zugelassen seit: 30.5.2013. Die Partei ist eine Initiative Mohamed Abbous, ehemaliger Generalsekretär des Congrès pour la République (CPR), und einiger Dissidenten des CPR.

Mitgliederzahl: 3.016 (nach Parteiangaben; Stand August 2016).

Sitz/Regionalbüros: 25, Rue de Marseille, 1000 Tunis. Kontakt: direction@attayar.tn. Die Partei hat 17 Regionalbüros.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Präsident ist Mohamed Abbou, der auch die Partei gründete. Abbou war ehemaliger Generalsekretär des CPR. Auf dem ersten Parteikongress des Courant Démocratique wurde Ghazi Chaouachi am 27.3.2016 zum Generalsekretär gewählt. Der Parteikongress wählte auch den Nationalrat. Die Partei verfügt über 21 Kommissionen (u. a. zum Steuersystem, neue Technologien und Digitalwirtschaft, Ausbildung und Humanressourcen, Kultur, Gesundheit und soziale Sicherung, Investitionen usw.).

Programm: Die Partei ist dem „arabischen Nationalismus" verpflichtet und strebt eine „Föderale Union der arabischen Staaten" an.

- Innenpolitik und Gesellschaftspolitik: Priorität hat für den Courant Démocratique die Korruptionsbekämpfung. Ziel ist ein politisches System, das soziale Gerechtigkeit, gerechte Wohlstandsverteilung sowie das Recht auf kostenfreie Bildung und Sozialversicherung für alle verwirklicht, Rechtsstaatlichkeit umsetzt, die Unabhängigkeit der Justiz sichert, die Menschen- und Bürgerrechte sowie die Gleichstellung der Frau respektiert, die Gleichheit der Bürger unabhängig von regionaler, religiöser, ethnischer Zugehörigkeit, die Unabhängigkeit der Zivilgesellschaft und den Umweltschutz gewährleistet.
- Außenpolitik: Keine spezifische Linie.
- Wirtschaftspolitik: Die Partei schützt Privatbesitz, setzt auf Privatinitiative und freien Wettbewerb, verlangt jedoch auch vom Staat, dass er reguliert, investiert und Staatsunternehmen in den strategischen Sektoren schützt sowie eine Reform des öffentlichen Sektors umsetzt.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011 und Sitzgewinne: Der Courant Démocratique nahm an den Legislativwahlen vom 23.10.2014 teil und gewann drei Sitze; die Partei zählt zur Fraktion der Unabhängigen („hors groupe") im Parlament. Die Abgeordneten des Courant Démocratique sind: Ghazi Chaouachi (Generalsekretär der Partei), Samia Abbou und Noomene El Euch.

Teilnahme an Kommunal- und Regionalwahlen seit 2011: Die Partei machte keine Angaben, ob sie an den voraussichtlich 2017 stattfindenden Kommunalwahlen teilnehmen wird.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Der Courant Démocratique war vom 24.12.2011 bis 13.3.2013 mit einem Minister (Mohamed Abbou, Minister für Verwaltungsreform) an der Troika-Regierung von Premierminister Jebali beteiligt. An der Regierung der nationalen Einheit von Regierungschef Chahed (seit 26.8.2016 im Amt) ist die Partei nicht beteiligt. Alle drei Abgeordneten des Courant Démocratique stimmten gegen die Regierung Chahed.

Kooperations- und Allianzpartner: Die Partei hat keine spezifischen Kooperationspartner.

Politische Gegner: Nida Tounes, Ennahda.

Parteieigene und nahestehende Medien: Keine.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Keine.

Parteiorganisationen: Keine.

Webauftritt: http://attayar.tn; https://www.facebook.com/Attayar.page.officielle/ (99.585 Followers); https://twitter.com/Attayar_Attayar (503 Followers)

Ennahda

Harakat al-nahda /Mouvement Ennahda (Bewegung der Erneuerung)

Gründung: Die Gründung erfolgte 1981 unter dem Namen „Bewegung der islamischen Tendenz", eine Umbenennung in Mouvement

Ennahda (Bewegung der Erneuerung) erfolgte 1989; legalisiert wurde Ennahda als politische Partei am 1.3.2011.

Mitgliederzahl: Die kursierenden Zahlen sind nicht überprüfbar; es wird von circa 50.000 bis 100.000 Mitgliedern ausgegangen; nach Parteiangaben vom Sommer 2016 hat Ennahda angeblich 850.000 (!) Mitglieder; 30 Prozent der Mitglieder sind Frauen, 25 Prozent sind unter 50 Jahre alt (nach Parteiangaben).

Sitz/Regionalbüros: Rue Elless, 1073 Tunis-Montplaisir. Ennahda besitzt nach Angaben der Partei in allen 24 Gouvernoraten Regionalbüros, 264 lokale Sektionen sowie lokale Zellen (hierzu keine Zahlenangabe erhältlich).

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Präsident Ennahdas ist Rachid Ghannouchi; er wurde zuletzt auf dem 10. Parteitag, der vom 20. bis 22.5.2016 stattfand, in direkter Wahl durch die Parteitagsdelegierten mit 800 von 1.200 Stimmen für weitere fünf Jahre zum Parteipräsidenten gewählt. Generalsekretär der Partei ist Zied Ladhari.

Während des Parteitags wurde ein neues Parteistatut verabschiedet (878 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 19 Enthaltungen). Dieses erlaubt dem Parteipräsidenten für drei hohe Staatsposten zu kandidieren (Parlamentspräsident, Regierungschef, Staatspräsident) und die Mitglieder des Politischen Büros (al-maktab al-siyasi) auszuwählen. Der Konsultativrat muss allerdings seine Zustimmung erteilen: Die Kandidaten für das Politische Büro sind angenommen, wenn die „Mehrheit der anwesenden Konsultativratsmitglieder" dafür stimmt.

Der Konsultativrat (Majlis al-shura) ist die zentrale Instanz der Partei (150 Mitglieder, davon 20 Prozent Frauen). Auf dem 10. Parteitag wurden 100 Mitglieder direkt von den Delegierten des Parteikongresses gewählt. Die Wahl der übrigen 50 Mitglieder obliegt dem neu konstituierten Konsultativrat, der am 11.6.2016 Abdelkarim Harouni zum neuen Präsidenten des Konsultativrats und Zied Ladhari als Repräsentant der jungen Generation zum neuen Generalsekretär der Partei wählte.

Am 17.7.2016 wurden die Mitglieder des Politischen Büros bestimmt, dessen Vorsitz bis zum 28.9.2016 Parteipräsident Ghannouchi wahrnahm und das ursprünglich 25 Personen umfasste. Eine gleich-

zeitige Mitgliedschaft im Konsultativrat und im Politischen Büro ist nicht vorgesehen. Am 28.9.2016 wurde die personelle Erweiterung des Politischen Büros von 25 auf 36 Personen (inklusive Vorsitzendem) und seine Umstrukturierung zur Effizienzsteigerung der Parteiarbeit durch Parteipräsident Ghannouchi bekannt gegeben: Vorsitzender des Politischen Büros ist seither Noureddine Arbaoui; zehn Mitglieder sind sogenannte Funktionsträger, darunter Rachid Ghannouchi (Präsident der Bewegung), Abdelfattah Mourou (1. Stellvertreter des Präsidenten der Bewegung), Ali Laarayedh (2. Stellvertreter des Präsidenten der Bewegung), Noureddine Bhiri (3. Stellvertreter des Präsidenten der Bewegung und Vorsitzender der Ennahda-Fraktion im Parlament), Badreddine Abdelkefi (Stellvertreter Noureddine Bhiris), Zied Ladhari (Generalsekretär der Bewegung), Jamal Taher Aoui (Verantwortlicher für Kommunikation/ Medien/Information), Meherzia Laabidi (Verantwortliche für die Zivilgesellschaft), Mohamed Ghannudi (Verantwortlicher für Studenten), Lotfi Zitoun (Politischer Berater des Präsidenten der Bewegung). Die anderen 25 Mitglieder sind nicht mit spezifischen Funktionen betraut.

Programm: Ennahda definiert sich selbst seit ihrem 10. Parteitag als islamische Zentrum-Rechts-Partei. Ziel ist eine neue „islamische Demokratie". Die Parteiführung will sich öffnen und auch Liberale für sich gewinnen. Die Ennahda-Führung bekennt sich zu Demokratie, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit, Frauenrechten und zum Schutz von Minderheiten und lehnt Gewalt offiziell ab; Ennahda distanzierte sich jedoch erst ab Sommer 2013 von den Gewalt anwendenden islamistischen Gruppen. Zur Einführung der Scharia, zur Gleichberechtigung/Gleichstellung von Mann und Frau usw. bestehen allerdings unterschiedliche Positionen innerhalb der Partei, zwischen einem politisch-pragmatischen Flügel um Ghannouchi und einer islamistisch-salafistischen, sittlich-moralische Grundsatzpositionen und Werte in den Mittelpunkt stellenden Parteibasis. Mehrere Artikel der neuen Verfassung wurden unter dem Einfluss Ennahdas so formuliert, dass eine islamistische Interpretation möglich ist (z. B. Artikel 6, der den Staat zum „Hüter der Religion" bestimmt; Artikel 39, der den Staat zur Stärkung der arabisch-muslimischen Identität verpflichtet). Während des 10. Parteikongresses im Mai 2016 wendete sich Rachid Ghannouchi vom „politischen Islam" ab und bekannte sich zur „muslimischen Demokratie"; die Partei, so die Ankündigung, werde religiöse Aktivitäten (dawa) ausschließlich den ihr nahestehenden Vereinen überlassen.

- Innenpolitik: Priorität haben Korruptionsbekämpfung und die Verwaltungsreform. Ennahda befürwortet ein baldiges Abhalten der Kommunalwahlen. Es sei wichtig, schnell Entscheidungen auf lokaler Ebene fällen zu können. Ennahda tritt für politische Reformen auf der Grundlage der „islamischen Werte" und eine Stärkung der islamischen Institutionen ein, insbesondere der Zitouna-Moschee und der Zitouna-Hochschule.
- Außenpolitik: Angestrebt wird die friedliche Koexistenz mit allen Völkern, insbesondere die Stärkung der Kooperation mit den arabisch-islamischen Bruderstaaten bei Aufrechterhaltung der engen Anbindung an Europa. Priorität haben eine dauerhafte diplomatische Lösung des Libyen-Konflikts, ohne die Großprojekte in Tunesien nicht denkbar seien, und gute Beziehungen zu Algerien (gemeinsame Grenze, Terrorismusbekämpfung). Ennahda verfolgt nach eigenen Angaben eine „diplomatie populaire" (Volksdiplomatie). Rachid Ghannouchi reiste deswegen nach Frankreich, Italien, in die Türkei usw., um der Welt zu zeigen, dass in Tunesien eine Aussöhnung zwischen religiösen und säkularen Parteien möglich sei. Ennahda wolle der Welt ein positives Bild von Tunesien zeigen.
- Gesellschaftspolitik: Ziel ist die Errichtung einer demokratischen, pluralistischen, auf den „Werten des Islam" beruhenden Gesellschaft.
- Wirtschaftspolitik: Ennahda strebt einen Wirtschaftsliberalismus mit „menschlichem Antlitz" an. Infrastrukturprojekte sollen Arbeitsplätze schaffen und die Lebensbedingungen der Bürger verbessern: Straßen, Krankenhäuser, Verwaltungsdienste sollen ausgebaut und mehr Bürgernähe hergestellt werden. Die von Ennahda unterstützte Investorenkonferenz Ende November 2016 in Tunis sollte Investoren anlocken. Arbeitsplätze müssen im Privatsektor und im öffentlichen Sektor geschaffen werden. Das Gesetz über die „wirtschaftliche Aussöhnung" mit Vertretern des Ben-Ali-Regimes, die sich wegen Korruption zu verantworten haben, wird grundsätzlich befürwortet, aber nur mit entsprechenden Kontrollmechanismen, um zukünftig Wirtschaftskriminalität und Korruption zu verhindern; zudem sollen die freigegebenen Gelder in die tunesische Wirtschaft reinvestiert werden.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung am 23.10.2011 gewann Ennahda mit 1,5 Millionen Stimmen 89 Sitze von 217 und wurde damit stärkste politische Kraft in der Verfassunggebenden Versammlung.

Bei den Legislativwahlen am 26.10.2014 musste die Partei Verluste hinnehmen: Sie erhielt 947.000 Stimmen und damit 69 von 217 Sitzen im neuen Parlament und wurde lediglich zweitstärkste politische Kraft. Seit der Spaltung von Nida Tounes im Januar 2016 und anhaltenden Querelen in Nida Tounes, die zu weiteren Parteiwechseln von Nida-Tounes-Abgeordneten führten, ist Ennahda wieder stärkste Fraktion im Parlament. Von den 69 Ennahda-Abgeordneten sind 27 Frauen.

Teilnahme an Kommunal- und Regionalwahlen seit 2011: Ennahda bereitet die Teilnahme an den Kommunalwahlen seit 2016 intensiv vor und plädiert für eine zügige Abhaltung der Wahlen.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Ennahda war an vier Regierungen seit 2011 beteiligt. Während der beiden Troika-Regierungen (Ennahda, CPR, FDTL) stellte Ennahda jeweils die Premierminister (Hamadi Jebali und Ali Laarayedh).

In der Regierung Jebali (24.12.2011–13.3.2013) hatte Ennahda zwölf Minister, darunter: Ali Laarayedh (Innenminister), Rafik Abdessalam (Außenminister), Noureddine Bhiri (Justiz), Samir Dilou (Menschenrechte/Übergangsjustiz).

In der Regierung Laarayedh (13.3.2013–29.1.2014) hatte Ennahda sieben Minister, darunter: Samir Dilou (Menschenrechte), Abdellatif Mekki (Gesundheit), Abdelkrim Harouni (Verkehr), Moncef Ben Salem (Hochschule und Forschung), Mohamed Ben Salem (Landwirtschaft).

In der Regierung des parteilosen Regierungschefs Essid vom 2.2.2015–26.8.2016 war Ennahda mit einem Minister vertreten (Zied Ladhari, Minister für Berufsbildung und Beschäftigung).

In der Regierung der nationalen Einheit von Regierungschef Chahed (seit 26.8.2016) hat Ennahda drei Minister: Imed Hammami (Berufsbildung und Beschäftigung), Zied Ladhari (Industrie und Handel), Amouar Maarouf (Informationstechnologien, Digitalisierung), sowie drei Staatssekretäre und drei Regierungsberater.

Kooperations- und Allianzpartner: Seit 2014 vor allem Nida Tounes. Ennahda erklärte sich jeweils zur Zusammenarbeit mit den Parteien bereit, die unter Einschluss Ennahdas eine Regierungskoalition bilde-

ten. Al Irada/CPR wird nicht als Gegner angesehen, aber es besteht eine strategische Konkurrenz.

Politische Gegner: Man habe keine „Gegner", nur potentielle Konkurrenten, so die offizielle Verlautbarung von Ennahda. Die politischen Differenzen zu linken politischen Parteien wie den Front Populaire (Volksfront) und zu Machrou Tounes sowie zur Führungsebene des Gewerkschaftsverbandes UGTT sind ausgeprägt.

Parteieigene und nahestehende Medien: Ennahda vertreibt eine arabischsprachige Wochenzeitung, El-Fajr (Die Morgenröte). Eine Ennahda-nahe islamistische Online-Tageszeitung ist ferner al-Damir (Das Gewissen). Ennahda-nah sind auch die islamistischen Fernsehsender Al-Insan TV, Zitouna TV, Hidaya TV.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Im August 2013 gründeten islamistisch-orientierte Gewerkschafter eine eigene Gewerkschaft, die Organisation Tunisienne du Travail (OTT), die Ennahda-nah ist. Im Verband für Landwirtschaft und Fischerei UTAP (Union Tunisienne de l'Agriculture et de la Pêche) ist der Einfluss Ennahdas ausgeprägt. Die an den Universitäten einflussreiche Studentenunion UGTE (Union Générale Tunisienne des Étudiants) ist eine Ennahda-Gründung.

Parteiorganisationen: Ennahda hat eine Anlaufstelle für Frauen, das „Büro der Frauen" (Vorsitz: Wassila Zoghlami) und eine Studentengruppe, La Jeunesse d'Ennahda à l'Université (JNU).

Webauftritt: http://www.ennahdha.tn; https://www.facebook.com/Nahdha.International/ (34.706 Followers); https://twitter.com/NahdhaTunisie?ref_src=twsrc%5Etfw.

Front Populaire (FP)

al-Jabha al-shaabiya (Volksfront)

Gründung: Die Gründung des Zusammenschlusses erfolgte seit Frühsommer 2012 in mehreren Etappen. Am 26.9.2012 wurde auf einer Pressekonferenz der Zusammenschluss bekannt gegeben; am 7.10.2012 fand in Tunis ein erstes großes, offizielles Treffen statt.

Der FP ist ein Parteienzusammenschluss der extremen Linken; hinzu kommen einige parteipolitisch unabhängige Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft. Aktuell sind im FP folgende Parteien vertreten:

- Parti des Travailleurs (Arbeiterpartei), Generalsekretär Hamma Hammami;
- Mouvement du Peuple bzw. Courant Populaire oder Mouvement Echaab (Volksbewegung), Generalsekretär Zouhair Maghzaoui;
- Parti des Patriotes Démocrates Unifiés (PPDU; Partei der vereinigten demokratischen Patrioten; kurz: Al-Watad), Generalsekretär Zied Lakdhar;
- La Ligue de la Gauche Ouvrière (Liga der linken Arbeiterschaft), Generalsekretär Nizar Amami;
- Mouvement Populaire Baath (Baathistische Volksbewegung), Generalsekretär Othmen Bel Haj Amor;
- Parti d'Avantgarde Arabe Démocratique (Partei der arabischen demokratischen Avantgarde), Generalsekretär Ahmed Seddik;
- Parti Populaire pour la Liberté et le Progrès (Volkspartei für Freiheit und Fortschritt), Generalsekretär Jelloul Azzouna;
- Al Qutb (Der Pol), Generalsekretär Riadh Ben Fadhel.

Mitgliederzahl: Nach Angaben des FP „einige Tausend".

Sitz/Regionalbüros: In den Büroräumen des Parti des Travailleurs (44, Rue de Palestine, 1002 Tunis). Nach Angaben des FP hat der Parteienzusammenschluss Koordinatoren in allen 24 Gouvernoraten; Unterbüros sind im Aufbau.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Aktueller Sprecher des FP ist Hamma Hammami. Präsident der Parlamentariergruppe des FP ist Ahmed Seddik. Aktuell gibt es keinen Generalsekretär. Es existiert ein Zentralkomitee, das sich aus den Parteiführern der Mitgliedsparteien, je einem Parteimitglied sowie den unabhängigen Mitgliedern zusammensetzt. Die Parteienvertreter werden von ihren jeweiligen Parteien gewählt und in das FP-Zentralkomitee entsandt. Jedes Jahr findet eine Nationalkonferenz statt, die sich mit zwei Schwerpunktthemen beschäftigt; die politische Agenda für das jeweils kommende Jahr und organisatorische Fragen werden während der Konferenz beschlossen und die politischen Positionen harmonisiert. 2016 wurde die dritte Nationalkonvention verabschiedet, welche die gemeinsamen Positionen des FP definiert.

Programm: Im Parteienbündnis des FP sind verschiedene, teils antagonistische Ideologien vertreten: Marxismus, arabischer Nationalismus, Ökologie, Sozialismus, Kommunismus, Antikapitalismus. Aktuelle Prioritäten sind: Tunesien aus der Krise zu führen und Korruption zu bekämpfen. Der FP fordert ein besseres Leben und soziale Gerechtigkeit für jene, die 2011 „die Revolution" gemacht haben. Der FP übte hauptsächlich Kritik an den jeweiligen Regierungen.

- Innenpolitik: Der FP wirft der aktuellen Regierung Chahed vor, die Menschenrechte und Fragen der Gouvernanz unter dem Vorwand der sozioökonomischen und Finanzkrise zu vernachlässigen. Der FP übt Kritik an der hohen Zahl an Regierungen seit 2011 (die Regierung Chahed ist die siebte) und an der mangelnden Evaluierung der Vorgängerregierungen. Der FP fordert die Ursachenbekämpfung des Terrorismus.
- Außenpolitik: Der FP spricht sich für die Kooperation mit der EU und der internationalen Gemeinschaft aus, will jedoch die Souveränität Tunesiens besser gewahrt sehen. Staatspräsident Béji Caid Essebsi habe die Regierung der nationalen Einheit nur vorangetrieben, um die internationalen Geber und die EU zufrieden zu stellen. Der FP zeigt sich entsetzt darüber, wie viel Vertrauen die EU den Islamisten (Ennahda) schenkt. Kritik wird außerdem an den Waffenexporten der USA und der EU in die arabischen Staaten und an der westlichen Energiepolitik geübt.
- Gesellschaftspolitik und Wirtschaftspolitik: Der FP betont die Notwendigkeit, unter Einbeziehung der Bevölkerung ein neues Entwicklungs- und Wirtschaftsmodell zu erarbeiten und soziale Gerechtigkeit und Dezentralisierung konkret umzusetzen. Der FP kritisiert die Zusammenarbeit der Regierung mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, die Tunesien regieren würden. Er übt Kritik an der Staatsverschuldung und fordert die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des informellen Sektors.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011 und Sitzgewinne: Der FP nahm an den Legislativwahlen vom 26.10.2014 teil und gewann insgesamt 15 Sitze; davon fielen fünf Sitze auf den Parti des Travailleurs, zwei Sitze auf den Mouvement du Peuple/Courant Populaire, vier Sitze auf den PPDU/Al-Watad und je ein Sitz auf die Ligue de la Gauche Ouvrière, den Mouvement Populaire Baath, den Parti Avantgarde Arabe Démocratique und die Vereinigung Attac.

Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen 2014: Hamma Hammami, FP-Präsident und Generalsekretär des Parti des Travailleurs, kandidierte bei den Präsidentschaftswahlen am 23.11.2014 und gewann 7,82 Prozent der abgegebenen Stimmen (255.529 Stimmen).

Teilnahme an Kommunal- und Regionalwahlen seit 2011: Die Teilnahme an den Kommunal- und Regionalwahlen 2017 ist geplant.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Keine. Bislang hat sich der FP an keiner Regierung beteiligt und gibt an, eine aktive Oppositionsrolle spielen zu wollen; die Regierung Chahed habe kein überzeugendes Konzept; es gebe zudem zu viele inhaltliche Divergenzen insbesondere in Bezug auf die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Im Vorfeld der Bildung der Regierung der nationalen Einheit führte der designierte Regierungschef Youssef Chahed im August 2016 Gespräche mit FP-Mitglied Mongi Rahoui (PPDU/Al-Watad), um ihn als Minister (Wirtschaft) zu gewinnen; der FP drohte ihm mit Ausschluss und Mongi Rahoui lehnte folglich ab.

Kooperations- und Allianzpartner: Al-Massar, Al-Joumhouri.

Politische Gegner: Ennahda, Nida Tounes, Afek Tounes, Machrou Tounes, Al-Irada/CPR, FDTL. Der FP vertritt sozialistische, kommunistische, linke bis extrem-linke Positionen, so dass eine Zusammenarbeit oder Koalition mit der (neo)liberal ausgerichteten Partei Nida Tounes nicht denkbar wäre. Insbesondere in wirtschaftspolitischen Fragen gehen die Ansätze weit auseinander. Eine Beteiligung an der Chahed-Regierung wäre, so der FP, ein Betrug an den Interessen seiner Wähler.

Ebenso konträr steht der FP zu Ennahda: Der FP und seine Wählerschaft sind säkular und lehnen eine Vermischung von Politik und Religion bzw. den „politischen Islam" kategorisch ab. Ennahda ist „Feindbild Nr. 1" des FP. Dieses Feindbild verstärkte sich, nachdem zwei prominente linke Politiker, Chokri Belaid und Mohamed Brahmi, 2013 ermordet wurden. Es wird davon ausgegangen, dass die Täter aus dem Ennahda-Umfeld kamen bzw. die gewaltbereite islamistische Gruppe Ansar al-sharia in die Morde verstrickt war. Gegen Mitglieder des FP werden weiterhin Morddrohungen ausgesprochen und einige führende FP-Mitglieder erhalten deswegen Personenschutz.

Parteieigene und nahestehende Medien: Keine.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Mitglieder und Sympathisanten des FP und seiner Mitgliedsparteien sind gewerkschaftlich in der UGTT organisiert.

Parteiorganisationen: Jede Mitgliedspartei des FP hat eine eigene Studentengruppe.

Webauftritt: http://www.front-populaire.org

Machrou Tounes

Harakat mashrua tunis/Mouvement Projet Tunisie (MPT) (Bewegung Projekt Tunesien); die Parlamentsfraktion nennt sich Al-Horra du MPT (Die Freien des MPT)

Gründung: Am 20.3.2016 durch das ehemalige Nida-Tounes-Gründungsmitglied und Ex-Nida-Tounes-Generalsekretär Mohsen Marzouk; zugelassen seit 11.5.2016. Machrou Tounes ist aus einer Abspaltung von Nida Tounes hervorgegangen.

Mitgliederzahl: Keine Angaben; circa 150 Gründungsmitglieder. Seit dem 15.9.2016 werden Mitgliedskarten ausgegeben. An Regionalkongressen der Partei im Mai und Juni 2016 nahmen 24.000 Personen teil.

Sitz/Regionalbüros: 63, Avenue Mohamed V, 1002 Tunis-Belvédère. Nach Parteiangaben sind 24 Regionalbüros im Aufbau. Wahlen zu den provisorischen Regionalbüros und deren Präsidenten fanden Anfang September 2016 statt.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Generalsekretär ist Mohsen Marzouk. Während des Gründungskongresses vom 23. bis 25.7.2016 wurden das interne Statut der Partei festgelegt und Mohsen Marzouk für zwei Jahre zum Generalsekretär gewählt. Am 17./18.9.2016 wählten 900 Kongressteilnehmer ein zentrales Parteibüro (Zentralrat) mit 270 Mitgliedern, die wiederum die 71 Mitglieder des Politbüros bestimmten: Im Politbüro sitzen 24 Vertreter der Regionen, 20 Vertreter der nationalen Ebene und die Mitglieder der

Parlamentsfraktion Al-Horra. Leiter des Politbüros ist Aymen Bejaoui. Präsidentin des Zentralrats der Partei ist Watfa Belaid, Vizepräsident Montasser Bouzouara, Berichterstatterin Ahlem Belhadj. Es gibt sechs Kommissionen (für die Geschäftsordnung, politische Orientierung, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik u. a.) und drei Parteisprecher. Das Politbüro wählte am 6.11.2016 das 19 Mitglieder umfassende Exekutivbüro; ex officio sind der Generalsekretär der Partei, Mohsen Marzouk, und der Präsident der Parlamentariergruppe Al-Horra, Abderraouf Cherif, Mitglied im Exekutivbüro. Laut Statut sollen 35 Prozent Jugend- sowie Gender-Parität respektiert werden; eine direkte Frauenquote gibt es nicht, die Benennungen sollen nach Kompetenz erfolgen.

Programm: Machrou Tounes definiert sich als Zentrum-Links-Partei; sie tritt für sozial-liberale Werte und einen sozialen Kapitalismus ein. Ihr Slogan lautet: „Unser Projekt ist die Reform" (Tunesiens). Die Partei versteht sich als modernistisch, demokratisch, nationalistisch, säkular, möchte das politische Erbe Habib Bourguibas wiederbeleben, lehnt den politischen Islam ab und befürwortet eine strikte Trennung von Politik und Religion. Ziel ist die politische, ökonomische und soziale Entwicklung Tunesiens. Das Parteiprogramm besteht aus sechs Achsen: Konsolidierung des demokratischen Prozesses; Beschäftigung und Entwicklung; Wirtschaftsreformen; Terrorismusbekämpfung; Korruptionsbekämpfung; Stärkung der Außenpolitik.

- Innenpolitik und Gesellschaftspolitik: Rechtsstaatlichkeit steht für Machrou Tounes an oberster Stelle. Die Instanz zur Bekämpfung der Korruption soll mehr finanzielle Mittel erhalten, um ihre Arbeit auch tatsächlich umsetzen zu können. Die Partei will für ein staatsbürgerliches Konzept sensibilisieren. Ein neues, seriöses, modernes und professionelles Bild von Abgeordneten als Vertreter des Volkes soll vermittelt werden.
- Außenpolitik: Die Souveränität Tunesiens hat Priorität; Tunesien soll einen neutralen Kurs in der Außenpolitik umsetzen und mit allen internationalen Partnern kooperieren.
- Wirtschaftspolitik: Priorität haben die Landwirtschaft, das Ankurbeln der Wirtschaft, nationale und internationale Investitionen (vor allem im Landesinneren), der Abbau bürokratischer Hindernisse, das Vorgehen gegen den informellen Sektor, eine Steuer- und Verwaltungsreform, die Sanierung des Staatshaushalts, die Suche nach Lösungen für die Phosphatindustrie, der Ausbau des

Privatsektors und die Förderung innovativer Bereiche. Machrou Tounes befürwortet prinzipiell das Gesetz zur wirtschaftlichen Aussöhnung und erhofft dadurch Investitionen in die Wirtschaft.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: Die Partei wurde erst 2016 gegründet und konnte somit noch an keiner Wahl teilnehmen. Erster Test werden die Kommunalwahlen 2017 sein.

Durch die Abspaltung von Nida Tounes verfügt Machrou Tounes jedoch über Abgeordnete im Parlament. Die im Januar 2016 von Nida Tounes abgespaltene Parlamentsfraktion „Al-Horra" nennt sich seit 21.11.2016 offiziell „Bloc Al-Horra du Mouvement Machrou Tounes" und ist mit derzeit 20 Mitgliedern die drittstärkste Kraft im Parlament (Stand: Ende Dezember 2016).

Teilnahme an Kommunal- und Regionalwahlen seit 2011: Die Teilnahme an den Kommunal- und Regionalwahlen ist geplant.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Keine. Eine Beteiligung an der Regierung der nationalen Einheit vom 26.8.2016 wurde abgelehnt, weil sich die Partei gerade erst konstituiert hat. Machrou Tounes ist bereit, als kritischer „Watchdog" die Regierung zu unterstützen. Die Ernennung Youssef Chaheds zum Regierungschef wurde kritisiert; die Machrou-Tounes-Abgeordneten stimmten am 26.8.2016 dennoch für ihn.

Kooperations- und Allianzpartner: Potentielle Kooperationspartner sind alle säkularen Parteien der „demokratische Familie", von Front Populaire bis zu Afek Tounes. Die Partei Nida Tounes ist nach Ansicht von Machrou Tounes „am Ende".

Politische Gegner: Ennahda (ideologische Differenz), Al-Irada/CPR.

Parteieigene und nahestehende Medien: Medien, die seit der Parteigründung Nida Tounes unterstützten, boykottierten zunächst bewusst Machrou Tounes nach der Gründung. Mittlerweile werden Parteivertreter von Machrou Tounes auch zu TV-Sendungen eingeladen.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Machrou-Tounes-Mitglieder sind zum Teil auch aktive oder ehemalige UGTT-Mitglieder.

Parteiorganisationen: Die Organisation der jungen Parteimitglieder, „Les Jeunes de Machrou" (Munazzama shabab al-mashrua) wurde im April 2016 gegründet; sie setzt sich aktuell z. B. dafür ein, dass es bei der Wahl des Exekutivbüros eine Jugendquote gibt. Eine Frauengruppe wurde bewusst nicht gegründet.

Webauftritt: http://www.machrou3na.com/; https://www.facebook.com/Machrou3ouna (Followers: 111.286); Youtube: Mouvement Machrou3TounesTV; Twitter: @Machrou3Tounes.

Nida Tounes

Nida tunis/Appel de la Tunisie (Ruf Tunesiens)

Gründung: Als Initiative wurde Nida Tounes am 20.4.2012 gegründet, als Partei konstituierte sie sich am 16.6.2012; zugelassen ist die Partei seit 6.7.2012.

Mitgliederzahl: Circa 110.000 Mitglieder (nach Parteiangaben).

Sitz: 3, Rue du Lac de Garde, 1053 Tunis-Les Berges du Lac. Kontakt: contact@Nidatounes.org. Nida Tounes verfügte zeitweise über Regionalbüros in allen 24 Gouvernoraten; nach den Wahlen 2014 wurden sie teilweise geschlossen.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Präsident: Mohamed Ennaceur; Gründer und erster Präsident bis zu seiner Wahl zum Staatspräsidenten 2014: Béji Caid Essebsi; der Posten des Generalsekretärs ist vakant, seit Mohsen Marzouk, der am 13.5.2015 vom Politischen Büro zum Generalsekretär gewählt wurde, am 13.12.2015 demissionierte; Geschäftsführender Direktor (directeur exécutif) seit 10.1.2016 (Kongress von Sousse): Hafedh Caid Essebsi; er leitet seither das Generalsekretariat, dem 13 Sekretäre angehören, die für spezifische Aufgaben zuständig sind. Vorsitzender der Nida-Tounes-Fraktion im Parlament: Sofiene Toubel. Ein 34 Mitglieder umfassendes Politisches Büro (auch Politisches Komitee genannt) ist das kollektive Führungsorgan, dessen Vorsitz am 21.9.2016 der seit August amtierende Regierungschef und Nida-Tounes-Mitglied Youssef Chahed übernahm. Infolge der parteiinternen Machtkämpfe, die auch nach dem Parteiaustritt des ehemaligen Generalsekretärs Mohsen Marzouk und der

ihn unterstützenden Fraktion weitergehen, sind die Parteiinstanzen nicht mehr voll funktionsfähig. Im Januar 2016 traten über zwanzig Nida-Tounes-Abgeordnete aus der parlamentarischen Fraktion der Partei aus und gründeten eine eigene, den „bloc Al-Horra" (Block „Die Freien"); Nida Tounes verlor damit die Mehrheit im Parlament. Die Parteibasis ist weitestgehend abgekoppelt von den Führungsgremien (inhaltlich, personell, strategisch). Erst am 9./10.1.2016 fand der konstitutive Parteikongress in Sousse statt (1.400 Kongressteilnehmer), der als Vorbereitung für einen Wahlkongress im Juni 2016 dienen sollte; dieser kam jedoch wegen der internen Machtkämpfe an der Führungsspitze der Partei nicht zustande. Ein konkreter Termin für den Parteikongress wurde bis Ende 2016 nicht festgelegt. Die Zukunft der Partei ist ungewiss.

Programm: Nida Tounes versteht sich als säkulare, sozial-liberale, dem tunesischen Nationalismus und dem kulturellen Erbe verpflichtete Zentrumspartei. Die Partei versteht sich als Bewahrerin des Erbes von Habib Bourguiba; sie tritt für einen starken Staat, der Rechtsstaatlichkeit umsetzt, sozial handelt und Freiheit sichert (vor allem die Freiheit der Frauen und der Zivilgesellschaft), ein. Zugleich versteht sie sich als Gegenmacht zum Schutz vor autoritären Tendenzen. Das Parteiprogramm führt fünf Schwerpunkte für die künftige Arbeit der Partei an: Vertrauen schaffen in der Bevölkerung, einen demokratischen und sozialen Staat aufbauen, der Jugend durch Bildung und Beschäftigung neue Hoffnung geben, regionale Entwicklung fördern und einen neuen Sozialvertrag begründen; hierzu gehört die Umsetzung sozialer Gerechtigkeit und die Förderung wirtschaftlicher Integration (regional und global).

- Innenpolitik: Gefördert werden sollen der Rechtsstaat, Demokratie, die Emanzipation der Frau, Bildung, universelle Werte und ein toleranter Islam. Die bestehenden Institutionen sollen gestärkt und für die Bürger transparenter werden.
- Außenpolitik: Die Position Tunesiens in der internationalen Gemeinschaft soll konsolidiert werden; angestrebt werden die Wiederbelebung der Maghrebunion und insbesondere die Wiederherstellung der Sicherheit in Libyen.
- Gesellschaftspolitik: Ein „sozialer Notplan" unter besonderer Berücksichtigung der Jugend und der benachteiligten Regionen soll erstellt werden, auf dessen Grundlage Maßnahmen zur Umsetzung von sozialer Gleichheit und zur Stärkung der nationalen Solidarität entwickelt werden sollen. Die Freiheiten und (sozialen)

Rechte für Frauen sollen gesichert und weiterentwickelt werden; ein Gesetz, das Gewalt gegen Frauen unter Strafe stellt, wird angestrebt.

- Wirtschaftspolitik: Nida Tounes macht sich in ihrem Programm für einen Rettungsplan für die Wirtschaft und den Staatshaushalt stark. Sie stellt die Wiedergewinnung des Vertrauens der Bürger, die Verbesserung der Kaufkraft, die Erneuerung des Entwicklungsmodells, die Schaffung von Arbeitsplätzen vor allem für arbeitslose Hochschulabgänger mit Diplom durch nationale und internationale Investitionen, die Verbesserung des Investitionsklimas und die Förderung des Privatsektors (kleine und mittlere Unternehmen) ins Zentrum ihrer Politik. Sie bekennt sich zur freien Marktwirtschaft, zum Abbau des öffentlichen Sektors, aber auch zu einem starken Staat. Das Gesetz zur wirtschaftlichen Aussöhnung befürwortet Nida Tounes.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: Bei den Legislativwahlen vom 26.10.2014 konnte Nida Tounes 86 Sitze (von 217) gewinnen und wurde damit stärkste Partei im Parlament. Seit Januar 2016 und der Abspaltung von Abgeordneten sowie einem Karussell von Parteiaustritten und Wiedereintritten variiert die Sitzzahl; Nida Tounes ist jedoch seither mit 67 Sitzen (Stand: Ende Dezember 2016) nach Ennahda nur noch zweitstärkste Partei im Parlament.

Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen 2014: Der Nida-Tounes-Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen, Parteigründer Béji Caid Essebsi, führte im ersten Wahlgang (23.11.2014) mit 39,46 Prozent der abgegebenen Stimmen (1.289.384 Stimmen) und gewann die Wahl im zweiten Wahlgang (21.12.2014) mit 55,68 Prozent der abgegebenen Stimmen (1.731.529 Stimmen).

Teilnahme an Kommunal- und Regionalwahlen seit 2011: Die Teilnahme an den Kommunal- und Regionalwahlen (Herbst 2017) ist geplant. Die politische Kommunikation und die Zusammenarbeit zwischen Parteiführung und Parteibasis soll hierzu verbessert werden, z. B. durch Fortbildungen zur Rolle der Bürgermeister und Gouverneure und zu lokaler Regierungsführung. Es ist noch unklar, ob Nida Tounes als Partei ihren Fortbestand überhaupt sichern und an den Wahlen teilnehmen kann bzw. ob sie alleine in die Wahlen gehen wird oder ob es eine gemeinsame Liste einer „Front der Progressisten/Modernisten" geben wird.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Nida Tounes nahm an der Koalitionsregierung von Regierungschef Essid (2.2.2015–26.8.2016) teil und stellte acht Minister. Nida Tounes ist nach dem Eintritt der Ministerin für Jugend und Sport (Majdouline Cherni) in die Partei Nida Tounes mit fünf Ministern und vier Staatssekretären in der Regierung der nationalen Einheit von Regierungschef Youssef Chahed (Nida Tounes) vom 26.8.2016 vertreten.

Kooperations- und Allianzpartner: Nida Tounes steht ideologisch allen Parteien nahe, die sich in die Tradition der Neodestour-Partei des ersten Präsidenten der Republik Tunesien, Habib Bourguiba, stellen, wie z. B. Al-Moubadara, PDL; als „Freunde" werden auch alle säkularen Parteien bezeichnet, die zur „demokratischen Familie" gerechnet werden, wie z. B. Afek Tounes, Al-Massar, Al-Joumhouri.

Politische Gegner: Zunächst war die islamistische Partei Ennahda „Feindbild Nr. 1" und das einzig verbindende Element des Sammelbeckens Nida Tounes, das von linken Gewerkschaftern bis hin zu ehemaligen RCD-Mitgliedern ein extrem breites Spektrum umfasst. Der Wahlkampfslogan von Nida Tounes 2014 lautete „Wir müssen uns alle gegen Ennahda vereinigen". Kaum waren die Wahlen gewonnen, begannen die Koalitionsgespräche mit Ennahda. Dennoch wird Ennahda (trotz Kooperation innerhalb der Koalitionsregierungen seit 2014) weiterhin als Rivale/Konkurrent definiert. Aktuell befinden sich die Gegner von Nida Tounes im linksextremen Lager (Front Populaire), teilweise besteht eine Konkurrenz zu den anderen Parteien der Destour-Tradition wie Al-Moubadara, PDL, aber vor allem zu Machrou Tounes.

Parteieigene und nahestehende Medien: 2014 veröffentlichte Nida Tounes eine elektronische Parteizeitung „AnNida" (Chefredakteur: Lazhar Akremi); wegen der internen Probleme der Partei wurde sie (2016) eingestellt.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Nida Tounes steht dem Arbeitgeberverband UTICA nah. Es gibt viele personelle Überschneidungen und Verbindungen. Die Beziehungen zum Gewerkschaftsverband UGTT sind nach Angaben der Partei gut, da es auch hier Überschneidungen bei den Mitgliedern gebe.

Parteiorganisationen: Seit September 2015 existiert eine Sektion Frauen (Front National des Femmes de Nida Tounes), die zur Ein-

haltung des Paritätsprinzips innerhalb der Partei auffordert. Ziel ist es, mittelfristig keine speziellen Frauenorganisationen innerhalb der Partei zu benötigen, sondern Ämter nach Kompetenzen und nicht nach Quote besetzen zu können.

Webauftritt: Die Webseite der Partei und die Facebookseite funktionieren zurzeit nicht.

Gesellschaftliche Wahrnehmung: Im September 2012, kurz nach der Gründung der Partei, hatte Nida Tounes zunächst sehr schnell einen großen Vertrauensvorsprung in der Bevölkerung gewonnen, weil sie sich klar als Verteidigerin eines säkularen Staats- und Gesellschaftskonzeptes präsentierte. Mit dieser Positionierung gelang es Nida Tounes, die Legislativwahlen und Präsidentschaftswahlen zu ihren Gunsten zu entscheiden. Die Kehrtwende nach den Wahlen 2014 und das Koalitionsangebot an Ennahda wurden von vielen Wählern als „Wahlbetrug" empfunden und sorgten auch innerhalb der Partei für erhebliche Spannungen. Das Eingehen der Koalition mit Ennahda und die sich 2015 zuspitzenden persönlichen Konflikte und Machtkämpfe innerhalb der Partei zwischen Hafedh Caid Essebsi, dem Sohn von Parteigründer und Staatspräsident Béji Caid Essebsi, und Mohsen Marzouk (Generalsekretär von Nida Tounes 31.5.2015 bis 13.12.2015) sowie einer Fraktion innerhalb der Partei, die Hafedh Caid Essebsis Führungsambitionen ablehnt, führte zu Parteiaustritten, blockierte die Parteiarbeit und hatte massive negative Auswirkungen auf das Außenbild.

Parti Déstourien Libre (PDL)

al-Hizb al-dusturi al-hurr (Freie Verfassungspartei)

Gründung: 15.6.2013 (unter dem Namen: Mouvement Déstourien); zugelassen seit 28.9.2013. Auf dem Parteikongress am 13.8.2016 erfolgte die Namensänderung. Die Partei versteht sich als eine Fortführung der 2011 verbotenen und aufgelösten Regierungspartei RCD (Rassemblement Constitutionnel Démocratique) und beansprucht für sich das Erbe der 1920 gegründeten Destour-Partei (Verfassungspartei) und der 1934 von Habib Bourguiba gegründeten Neo-Destour-Partei, die in den 1960er Jahren in Sozialistische Destour-Partei umbenannt wurde und aus der schließlich 1988 der RCD hervorging.

Für 2020 plant der PDL bereits eine 100-Jahr-Feier, um diese Tradition zu würdigen. Die stark mediatisierte Umbenennung in PDL wurde bewusst auf den 60. Jahrestag der Verabschiedung des fortschrittlichen Personenstandgesetzes am 13.8.2016 gelegt; der 13.8. ist zudem gleichzeitig der jährliche nationale Frauenfeiertag in Tunesien.

Mitgliederzahl: Mehrere Tausend laut Parteiangaben. Es existiert eine Frauenquote (30 Prozent) für die internen Parteistrukturen. Langfristiges Ziel ist ein Frauenanteil von 50 Prozent in allen Parteistrukturen.

Sitz/Regionalbüros: 7, Rue Hédi Khefacha, 1004 Tunis-El Menzah 1. Die Partei hat nach eigenen Angaben 20 Regionalbüros. Es gibt 20 Landesverbände, die auf regionaler Ebene gewählt werden, und 138 Delegationen auf lokaler Ebene. Parteizellen existieren überall im Land.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Präsidentin ist seit 13.8.2016 Abir Moussi (sie ist Nachfolgerin von Parteigründer Hamed Karoui, ehemaliges RCD-Mitglied und Premierminister 1989 bis 1999). Generalsekretär des PDL war bis 16.10.2016 Hatem Laamari; er wurde wegen internen Unstimmigkeiten von Parteipräsidentin Moussi abgesetzt, ficht die Absetzung jedoch an. Ein 23-köpfiges Politisches Büro ist das Leitungsorgan der Partei. Es gibt sechs stellvertretende Generalsekretäre (davon drei Frauen) für verschiedene Themenfelder: Außenpolitik, Wirtschaft, Bildung, Frauen, Jugend und interne Parteistruktur. Das Politische Büro wird vom Parteikongress direkt gewählt. Das Zentralkomitee besteht aus 200 Mitgliedern, die von den Vertretern der Regionen gewählt werden. Im Zentralkomitee sind die Regionen, die Jugend, Kader und Führungskader repräsentativ vertreten. Die Partei verfügt über ein Studienzentrum (Centre des Études Stratégiques/Markaz al-dirasat) und einen wissenschaftlichen Beirat, die u. a. Seminare zu aktuellen Themen organisieren; hinzu kommt eine Politische Akademie, die für die Schulung der jungen Parteimitglieder und der Parteikader in politischer Kommunikation und in Bezug auf das neue Parteiprogramm zuständig ist. Eine Reihe thematischer Kommissionen (Frauen, Jugend, Wirtschaft, regionale Entwicklung, Investitionen, Soziales, Außenpolitik usw.) ist mit der Weiterentwicklung des Parteiprogramms und der Vorbereitung des nächsten Wahlprogramms betraut.

Programm: Die Partei definiert sich selbst als modernistische und moderate Zentrumspartei.

Innenpolitik: Der PDL stellt sich hinter die Ziele und Werte, die bereits vor der Unabhängigkeit Tunesiens 1956 vom Parti Déstourien vertreten wurden: Modernität, Moderation, Säkularismus und die Förderung von Frauenrechten.

Außenpolitik: Der PDL plädiert für die Fortsetzung des außenpolitischen Kurses aus der Zeit des Ben-Ali-Regimes, d. h. enge Zusammenarbeit mit der EU; Tunesien soll Mediator in arabischen Organisationen (Arabische Liga, Maghrebunion) sein; Intensivierung der Beziehungen zu neuen Partnern (wie China, Subsahara-Afrika).

Gesellschaftspolitik: Der PDL tritt für eine Inklusion der ehemaligen RCD-Mitglieder/-Anhänger, für die Anerkennung der Errungenschaften der Ben-Ali- und RCD-Ära und für das Gesetz zur wirtschaftlichen Aussöhnung ein.

Wirtschaftspolitik: Der PDL fordert eine soziale Wirtschaftspolitik, die auf einer Partnerschaft zwischen Vertretern der Wirtschaft und den Arbeitnehmern beruht. Priorität hat für den PDL die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch eine Reform der Berufsausbildung, die Entwicklung des Privatsektors, die Förderung der Unternehmensgründung (Start-ups; Klein- und Mittelbetriebe) sowie der Abbau des öffentlichen Sektors.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: Der PDL nahm an den Legislativwahlen vom 26.10.2014 teil, trat in 23 Wahlkreisen an, gewann jedoch keinen Sitz.

Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen 2014: Abderrahim Zouari (Ministerposten unter Ben Ali und zeitweise RCD-Generalsekretär) trat für die Partei, damals noch Mouvement Déstourien, an, zog die Kandidatur zurück, erhielt dennoch 0,08 Prozent der abgegebenen Stimmen. Der Mouvement Déstourien unterstützte offiziell nach dem Rückzug Zouaris den Nida-Tounes-Kandidaten Béji Caid Essebsi.

Teilnahme an Kommunal- und Regionalwahlen seit 2011: Die Partei bringt sich aktuell für die Kommunal- und Regionalwahlen in Stellung und plant in allen Wahlkreisen anzutreten; unter Umständen will sie mit anderen Destour-Parteien und mit Nida Tounes zusammen antreten.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Bislang keine Regierungsteilnahme. Die Partei nahm zwar an den Konsultationen im Vorfeld der Bildung der Regierung der nationalen Einheit vom 26.8.2016 teil, sie wurde jedoch nicht offiziell als potentieller Regierungspartner angefragt und es wurden ihr keine Posten angeboten. Die Partei bestreitet daher den Charakter der aktuellen Regierung als einer Regierung der nationalen Einheit. Sie wünscht Regierungschef Youssef Chahed aber dennoch Erfolg bei seiner Mission.

Kooperations- und Allianzpartner: Prinzipiell alle Parteien der „Déstour"-Familie (wie Nida Tounes, Al-Moubadara).

Politische Gegner: Als Gegner werden vor allem Ennahda und Front Populaire, aber auch z. B. Al-Irada/CPR und UPL erachtet. Die Partei Al-Joumhouri, so der PDL, „sei nicht mehr existent", das Profil von Machrou Tounes sei noch unklar.

Parteieigene und nahestehende Medien: Eine interne Parteizeitung ist in Planung. Nahestehende Medien gibt es nicht, aber laut Parteiangaben „zahlreiche" Unterstützer und Mitglieder in den Medien, der Verwaltung und den staatlichen Institutionen. Nach 2011 wurden der RCD und ab 2013 die Partei Mouvement Déstourien/PDL in den Medien stark kritisiert oder ignoriert. Die Partei selbst stilisiert sich als „Opfer einer Diabolisierungskampagne". Das ändert sich aktuell (2016) laut PDL-Präsidentin Moussi. Die Partei werde nun auch wieder zu TV-Sendungen eingeladen.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Viele ehemalige RCD-Mitglieder waren und sind gleichzeitig Mitglieder im Gewerkschaftsverband UGTT oder im Unternehmerverband UTICA. PDL-Mitglieder sind nach Parteiangaben beispielsweise „gut" in Bildungseinrichtungen vertreten, im Zentralkomitee der UTICA, aber auch in zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Parteiorganisationen: Die Jugendorganisation „Union des Jeunes" bzw. „Union des Organisations des Jeunes Déstouriens" umfasst mehrere Untergruppen: Studierende, Jugendliche, Schüler zwischen 16 und 18 Jahren. Ein Forum für Frauen (Forum de la Femme) ist für Frauenfragen zuständig; der Nationale Rat der Mitglieder (Conseil National des Militants) versammelt ehemalige RCD-Parteiaktive.

Webauftritt: Keine Webseite.

Gesellschaftliche Wahrnehmung: Es liegen keine aktuellen Umfrageergebnisse vor, die Anhaltspunkte über die Wahrnehmung der Partei in der Gesellschaft geben. Die ehemalige De-facto-Einheitspartei RCD ist politisch diskreditiert und bei vielen unbeliebt. Gleichzeitig trauern viele ehemalige RCD-Mitglieder den alten Zeiten nach und begrüßen eine Rückkehr in die Politik in Form des PDL.

Union Patriotique Libre (UPL)

al-Ittihad al-watani al-hurr (Freie patriotische Union)

Gründung: Die Gründung erfolgte im April 2011 durch den Unternehmer Slim Riahi; zugelassen ist die UPL seit 19.5.2011. Am 7.3.2013 fusionierte die UPL mit sieben weiteren liberalen Kleinstparteien.

Mitgliederzahl: „Einige hundert" laut Parteiangaben. Im Gegensatz zu den anderen Parteien, die auf ehrenamtlichem Engagement beruhen, bezahlt die UPL ihre Kandidaten und Wahlkampfteams.

Sitz/Regionalbüros: Immeuble Le Forum du Lac, Les Jardins du Lac 2, 1053 Tunis-Les Berges du Lac. Kontakt: contact@upl.tn. Zur Anzahl der Regionalbüros wurden keine Angaben gemacht.

Führungspersönlichkeiten/Führungsorgane: Präsident und Gründer der Partei ist der im Energie- und Immobiliensektor engagierte Unternehmer Slim Riahi, der in Libyen aufwuchs und dem Sohn von Muammar al-Qaddafi, Saif al-Islam, nahestand. Vizepräsidenten und Generalsekretäre der UPL wechselten seit der Gründung der Partei häufig. Derzeitiger Vize-Generalsekretär ist Taoufik Jemli, Parteisprecherin ist Samira Chaouachi (Stand: Ende 2016). Das Politische Büro, das alle 14 Tage zusammentritt, umfasst 25 Mitglieder, darunter die UPL-Abgeordneten. Acht Frauen sind im Politbüro vertreten (es wird großer Wert auf Parität zwischen Frauen und Männern in allen Parteiorganen gelegt). Die Mitglieder des Politischen Büros sind mehrheitlich zwischen 31 und 48 Jahre alt. Der 400 Mitglieder starke Nationalrat trifft sich zweimal jährlich. Der erste Wahlkongress der Partei sollte im Oktober 2016 stattfinden, er wurde jedoch vertagt.

2016 traten zahlreiche Führungsmitglieder aus der Partei aus, darunter Ahmed Kedidi, Mohsen Hassen, Néjib Derouiche, Souheil Alouini (wechselte zu Nida Tounes), Maher Ben Dhia, Hatem El Euchi.

Programm: Die UPL ist der ideologischen Richtung des Liberalismus zuzurechnen. Ziel der UPL ist es, eine moderne Gesellschaft, basierend auf freier Marktwirtschaft mit einer sozialen Dimension, zu etablieren. Der politische Islam wird abgelehnt. Die UPL definiert sich selbst als realistische Zentrum-Rechts-Partei, mit einer liberalen bzw. neoliberalen Ausrichtung, die links von Nida Tounes steht. Realismus ist ein wichtiges Parteiprinzip.

- Innenpolitik: Die UPL möchte verhindern, dass die „tunesische Revolution" von denen konfisziert wird, die sie nicht angeführt haben (Ennahda, Islamisten). Die Partei stellt sich als volksnah dar, distanziert sich von den traditionellen Eliten, von „sterilen Spaltungen und hochtrabenden Diskursen". Sie will ein neues Tunesien aufbauen, das den Hoffnungen der Bevölkerung, die 2010/2011 demonstrierte, treu bleibt: Freiheit, „wahre Demokratie", Arbeit, soziale Gerechtigkeit, sozialer Frieden, Gleichheit zwischen den Regionen, Hoffnung auf ein besseres Leben für die junge Generation.
- Außenpolitik: Die UPL plädiert für die Integration der Maghrebstaaten und kritisiert die hohen wirtschaftlichen Kosten der Nicht-Integration des Maghreb; sie befürwortet eine schnelle Lösung des Konflikts in Libyen und fordert eine stärkere Varianz in den Außenbeziehungen und eine Abkehr von der bisher zentralen EU-Orientierung, da sich die EU in einer Krise befindet; allerdings sollen die strategischen Beziehungen zur EU und den USA weiterhin beibehalten bleiben. Die UPL will den Ausbau der Beziehungen zu afrikanischen Staaten fördern.
- Gesellschaftspolitik: Bildung, Ausbildung und Abschlüsse sollen für die junge Generation wieder sozialen Aufstieg ermöglichen. Die UPL fordert deswegen eine Reform der Berufsausbildung, mehr Kohärenz in Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt; sie will die Sozialsysteme aus der Krise führen, ein flexibles Renteneintrittsalter einführen und die Umstrukturierung der Regionen in Angriff nehmen.
- Wirtschaftspolitik: Der Ansatz der Partei ist neoliberal. Slim Riahi möchte vor allem das Investitions- und Geschäftsklima in Tunesien verbessern. Die Privatisierung der tunesischen Wirtschaft und der Abbau der Verwaltungshürden für Unternehmer werden

befürwortet. Tunesien soll international wettbewerbsfähig werden. Durch Mega-Infrastrukturprojekte sollen nationale und internationale Investoren angezogen werden und Arbeitsplätze in den bislang benachteiligten Regionen geschaffen werden. Die UPL schlägt die Schaffung von Zollfreigebieten in Ben Guerdane, Le Kef und Jendouba vor. Die UPL lobt die Wirtschaftsstrategie des ägyptischen Präsidenten, der durch Mega-Projekte Investoren angelockt habe.

Teilnahme an Legislativwahlen seit 2011: Die UPL nahm an den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung am 23.10.2011 teil und gewann einen Sitz (Noureddine Mrabti); die UPL erhielt insgesamt 1,26 Prozent der abgegebenen Stimmen (55.665 Stimmen). Bei den Legislativwahlen vom 26.10.2014 erzielte die UPL 16 von 217 Sitzen. Die Partei war in allen 33 Wahlbezirken präsent, gewann 4,02 Prozent der abgegebenen Stimmen (137.110 Stimmen) und war damit drittstärkste Partei im Parlament. Die UPL hielt sich mehrfach nicht an die Wahlkampfregeln und setzte überteuerte Wahlkampfmittel ein; sie wurde zudem beschuldigt, Kandidaten und Wähler gekauft zu haben. Die UPL-Abgeordneten stammen vor allem aus dem Süden Tunesiens.

Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen von 2014: Der UPL-Kandidat Slim Riahi erhielt in der ersten Wahlrunde 5,5 Prozent der abgegebenen Stimmen (181.407 Stimmen).

Teilnahme an Kommunal- und Regionalwahlen seit 2011: Die Teilnahme an den Kommunal- und Regionalwahlen 2017 ist geplant.

Beteiligung an Regierungen seit 2011: Die UPL war an der Regierung von Regierungschef Essid (6.2.2015–26.8.2016) mit drei Ministern beteiligt (Minister für Staatsdomänen und Ländereien war Hatem El Euchi; Minister für Umwelt und nachhaltige Entwicklung: Nejib Derouiche; Minister für Jugend und Sport: Maher Ben Dhia). An der Regierung der nationalen Einheit unter Regierungschef Youssef Chahed (seit 26.8.2016) beteiligte sich die UPL nicht.

Kooperations- und Allianzpartner: Nach 2011 bildete die UPL zeitweise eine gemeinsame Fraktion mit Überläufern aus der Partei Petition Populaire (Volkspetition). Von 2014 bis 2016 war die UPL Teil der Koalitionsregierung mit Nida Tounes, Afek Tounes und Ennahda. Die UPL ist nicht an der Regierung der nationalen Einheit beteiligt, aber

sie stimmte für die Regierung. Sie sieht sich ideologisch Nida Tounes, Machrou Tounes und Afek Tounes nahestehend.

Politische Gegner: Ennahda (auch wenn es inhaltlich einige Überschneidungen gibt in Bezug auf die Interessenvertretung der marginalisierten Bevölkerung); die UPL ist davon überzeugt, dass Ennahda noch lange brauchen wird, um sich zu demokratisieren. Der Dialog mit Ennahda wird jedoch respektvoll geführt. Der Front Populaire wird von der UPL als radikale Opposition eingestuft.

Parteieigene und nahestehende Medien: Zeitweise (2012) existierte eine parteieigene arabischsprachige Wochenzeitung, Tunis al-hurra (Freies Tunesien), die Themen zu Politik, Kultur und Sport behandelte; Slim Riahi war Präsident der Geschäftsführung der Zeitung. Slim Riahi kaufte 20 Prozent der Dar-Assabah-Mediengruppe und geriet wegen Vermischung von Geschäftsinteressen und politischen Aktivitäten in die Kritik. Zeitweise besaß er einen eigenen TV-Sender. Eine interne Parteizeitung existiert derzeit nicht.

Parteinahe Gewerkschaften und Interessengruppen: Keine. Slim Riahi ist allerdings Präsident des Fußballvereins Club Africain Tunis.

Parteiorganisationen: Keine.

Webauftritt: http.//www.upl.tn (funktioniert derzeit nicht); https://www.facebook.com/uplvivelatunisie (105.099 Followers); https://twitter.com/upl2014 (260 Followers).

Gesellschaftliche Wahrnehmung: Das Image der UPL ist eher schlecht, da die Partei vor allem als ein Projekt des reichen Unternehmers Slim Riahi wahrgenommen wird und Programm und Ziele der Partei nicht klar kommuniziert werden.

Anhang 2

ZUSAMMENFASSUNG

Im Rückblick stellt das Jahr 2011 für alle Staaten Nordafrikas eine Zäsur dar, auch wenn die Protestbewegungen lediglich in Tunesien, Ägypten und Libyen direkt in einen Machtwechsel mündeten. Offenkundig ist, dass mit den politischen Veränderungen, die auf diese Proteste in allen nordafrikanischen Staaten folgten, die postkoloniale Ära der alles dominierenden Regierungsparteien in Tunesien und Ägypten sowie der zentral gesteuerten Volkskonferenzen in Libyen endete.

Obwohl weder die Ausgangsbedingungen noch die direkten Auswirkungen in den einzelnen Staaten vergleichbar sind, so war doch eine Reaktion auf die Proteste von 2011 in allen Staaten identisch: Sowohl die „alten" (Algerien, Marokko) wie die „neuen" Staatsführungen (Ägypten, Libyen, Tunesien) werteten nach 2011 politische Parteien formal auf. Diese Aufwertung der Parteien spiegelt sich in den neuen Verfassungen Marokkos (2011), Tunesiens (2014), Ägyptens (2014) und Algeriens (2016) sowie der libyschen provisorischen Verfassungserklärung (2011) wider.

Eine direkte Folge der politischen Proteste des Jahres 2011 waren die gesetzlichen Regelungen, die politische Parteien als zentrale Akteure im politischen Prozess um die Macht anerkannten und festigten (Algerien; Marokko), die bislang verbotenen islamistischen Organisationen die Zulassung als politische Partei ermöglichten und sie in den politischen Prozess integrierten (Ägypten bis zur Politikänderung 2013; Tunesien) oder das bislang geltende generelle Parteienverbot wie in Libyen aufhoben.

Die politischen Veränderungen in Bezug auf Parteien schlugen sich nach 2011 auch numerisch nieder. Nicht in allen Staaten kam es zu einem vergleichbaren Boom an Neugründungen wie in Tunesien und Libyen, aber die Zahl der zugelassenen Parteien stieg im Vergleich zur Periode vor 2011 überall an. Zum Jahresende 2016 sind in Ägypten circa 100 Parteien zugelassen, in Algerien 50, in Marokko 35 und in Tunesien 206. In Libyen bestehen formal rund 150 Parteien, allerdings sind viele wegen des anhaltenden Bürgerkriegs zurzeit nicht aktiv.

Die quantitative Zunahme der Parteien ist eng mit einer Ausdifferenzierung des Parteienspektrums verbunden. Diese Ausdifferenzierung durch tatsächliche Neugründungen oder Neugründungen durch Abspaltungen von bestehenden Parteien bedeutet jedoch nicht automatisch, dass sich die Parteiprogramme inhaltlich auch diversifizierten. Das Gros der Parteien innerhalb einer politisch-ideologischen Strömung zeichnet sich vielmehr durch eine quasi uniforme Programmatik aus, so dass die Programme austauschbar sind.

Ein Blick auf die Entstehungsgeschichte des politischen Parteiwesens in den nordafrikanischen Staaten zeigt, dass die drei historischen ideologischen Grundströmungen bis heute fortbestehen und die aktuelle Parteienlandschaft gliedern. Es handelt sich dabei um die nationalistische, die liberale und die islamistische Grundströmung. Die nationalistische Strömung ist stark ausdifferenziert; es finden sich dort Parteien, die aus der „linken", sozialistischen, kommunistischen Bewegung hervorgegangen sind, aber auch „zentristische" Parteien. Parteien des zentristischen Spektrums können wiederum konservativ-traditionalistische bis säkular-modernistische, liberale Positionen vertreten; es gibt zahlreiche Schattierungen und die Übergänge sind oft fließend. Unter quantitativen Gesichtspunkten gesehen verzeichnet das „zentristische" Parteienspektrum seit 2011 den größten Zuwachs.

Seit der Zulassung islamistischer Parteien nach den Machtwechseln in Ägypten, Tunesien und Libyen sowie den nachfolgenden Wahlerfolgen in allen drei Ländern und in Marokko ist „Religion" bzw. die Art der Religiosität und die Interpretation des Islam zu einem Unterscheidungsmerkmal geworden, das innergesellschaftlich spaltet. Die religiöse Identität, die religiösen Interpretationen und Ansichten stehen seit 2011 in den Staaten, in denen islamistische Parteien an der Regierung beteiligt sind, im Vordergrund, wenn es um die Gestaltung von Staat und Gesellschaft geht. Die Religion wird zur Trennlinie zwischen den Parteien und Vereinigungen der Islamisten auf der einen und den Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen des weit gefächerten säkularen Spektrums auf der anderen Seite. Das säkulare Spektrum ist im Unterschied zur islamistischen Bewegung weitaus stärker aufgesplittert und fand bislang zu keiner gemeinsamen Strategie, um die Frage der Orientierung von Staat und Gesellschaft für sich zu entscheiden.

Wer von den derzeit in den Parlamenten vertretenen Parteien der unterschiedlichen politisch-ideologischen Strömungen allerdings mittel- oder langfristig überleben und sich konsolidieren wird, ist noch unklar. Prognosen über den Fortbestand der Parteien und ihre wahrscheinliche institutionelle Verankerung werden erschwert, weil nicht abgeschätzt werden kann, wie sich die Wähler bei den nächsten Wahlen verhalten werden oder inwieweit die vielfältigen internen Probleme der Parteien zur Schwächung der derzeit bestehenden Organisationen, beispielsweise durch Parteiaustritte, Spaltungen und Parteineugründungen, führen. Nicht abschätzbar sind auch Eingriffe der Staatsführungen wie in Ägypten, wo Staatspräsident Sisi die im Parlament vertretenen Parteien zur Bildung einer breiten „Front" zur Unterstützung seiner Politik aufforderte. Er sieht in Parteien (und dem Parlament) keine Mitgestalter und Weichensteller der Politik, sondern will sie auf die Rolle von Organisationen reduzieren, die präsidiale Vorgaben und Entscheidungen absegnen.

Die Entwicklungen und Struktureigenheiten der einzelnen Staaten in Nordafrika sind zu spezifisch, als dass sie verallgemeinernde Aussagen über die künftig zu erwartende Ausgestaltung der Parteiensysteme zulassen. Drei Beobachtungen gelten allerdings für alle fünf Länder: (1) Unter politisch-ideologischen Gesichtspunkten kann davon ausgegangen werden, dass die islamistischen Parteien Bestand haben werden, auch wenn in Ägypten die Mitglieder der Muslimbruderschaft seit 2013 verfolgt werden. (2) Soweit Parteien aus dem nichtislamistischen Spektrum mit Zuspruch der Wählerschaft rechnen können, werden es jene zentristischen Parteien sein, die eine dezidiert modernistische, soziale (sozialdemokratische) Orientierung verfolgen, die zudem die Menschen- und Freiheitsrechte in den Mittelpunkt stellen und sich klar gegen das islamistische Staats- und Gesellschaftskonzept positionieren. (3) Die Polarisierung zwischen islamistischen und nichtislamistischen Parteien wird auch in Zukunft die politische Entwicklung der nordafrikanischen Staaten prägen.